

UB Braunschweig

84



2301-333-3

Bibliothek  
der Verlagsbuchhandlung  
**FRIEDR. VIEWEG & SOHN**  
Braunschweig

Das  
**Criminal = Gesetz = Buch**

für das  
**Herzogthum Braunschweig.**

Mit den  
Motiven der Herzoglichen Landesregierung  
und  
Erläuterungen aus den ständischen Verhandlungen.

Braunschweig,  
Verlag von Friedrich Vieweg und Sohn.

1840.

Im Verlage von Friedrich Vieweg und Sohn, in Braunschweig  
erschieden noch folgende juristische Werke:

**Müller's Lehrbuch des Criminalprozesses.**

**L e h r b u c h**  
des  
**teutschen gemeinen Criminalprozesses,**  
mit besonderer Berücksichtigung  
der  
teutschen Particularrechte,  
bearbeitet  
von

**Dr. Wilhelm Müller.**

Preis 2 Thlr. 16 Sgr.

---

**Sell's Recuperatio der Römer.**

Die  
**Recuperatio der Römer.**

Eine rechtshistorische Abhandlung

von  
**Dr. Carl Sell.**

Beitrag zum Völkerrechte des Alterthums überhaupt, insbesondere  
des Römischen.

Preis 2 Thlr. 12 Sgr.

---

**Scholz III. Schäfererecht.**

Das  
**Schäfererecht**

nach  
gemeinem Rechte, und mit besonderer Rücksicht auf die Gesetze  
mehrerer deutschen Staaten,

für  
**Juristen und Landwirthe**  
bearbeitet

von  
**J. Scholz** dem Dritten,  
Oberappellations- und Landesgerichts-Procurator zu Wolfenbüttel.  
Mit einer Vorrede vom Geheimenrathe Dr. Mittermayer,  
Professor zu Heidelberg.  
Preis 2 Thlr. 8 Sgr.



Das

**Criminal = Gesetz = Buch**

für das

**Herzogthum Braunschweig.**

---

---

Druck und Papier  
von J. F. Vieweg und Sohn  
in Braunschweig.

---

Das  
**Criminal-Gesetz-Buch**

für das  
**Herzogthum Braunschweig.**

---

Nebst den  
**Motiven der Herzogl. Landesregierung**  
und

**Erläuterungen aus den ständischen Verhandlungen.**

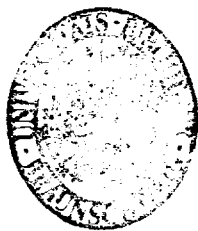
---

**Braunschweig,**  
Verlag von Friedrich Vieweg und Sohn.

1840.

«— lex quae ad puniendum non iracundia sed aequitate ducitur.»

Cicero de officiis I. cap. 25.



## V o r r e d e .

---

Das mit dem ersten October 1840 in Kraft getretene Criminalgesetzbuch für das Herzogthum Braunschweig nimmt in der Reihe der legislativen Arbeiten, welche die neuere Zeit im Gebiete des Strafrechts aufzuweisen hat, nicht die geringste Stelle ein, und die nur als Beilage zu den ständischen Verhandlungen gedruckten Motive sind reich an vortrefflichen Ansichten und Entwicklungen über Gegenstände der Criminalgesetzgebung und Criminalpolitik. Unentbehrlich aber sind die Motive für die richtige Auffassung und Anwendung der Bestimmungen des Criminalgesetzbuches, und mehrfache Beiträge hierzu haben die Verhandlungen der Stände geliefert. — Es darf daher vorausgesetzt werden, daß dem Auslande eine Ausgabe des hiesigen Criminalgesetzbuches sammt den dasselbe erläuternden Motiven und Verhandlungen willkommen sein werde, und insbesondere ist es wünschenswerth, daß die Hülfsmittel zum Verständnisse des Criminalgesetzbuches allen denen, die solches anzuwenden haben, zugänglich gemacht werden.

Zu diesem Zwecke ist die gegenwärtige Ausgabe veranstaltet. Sie enthält eine vollständige Zusammenstellung desjenigen Materials, durch welches eine genauere Kenntniß des Criminalgesetzbuches gewonnen und aus welchem die authentische Interpretation geschöpft werden kann.

Auf literarisches Verdienst macht die Bearbeitung keinen Anspruch, für den practischen Gebrauch wird sie nicht ohne Nutzen sein.

Zuvörderst ist von den Criminalgesetzen (das landesherrliche Einführungsstatut und das Gesetz die gegen Kinder wegen verbrecherischer Handlungen zu ergreifenden polizeilichen Maßregeln betreffend waren als wesentliche Bestandtheile der Criminallegislation mit aufzunehmen) ein wörtlicher Abdruck gegeben, sodann folgen die Motive der Herzoglichen Landesregierung und diesen sind unter der Rubrik — Bemerkungen — die in den ständischen Verhandlungen zerstreut vorkommenden Erläuterungen am gehörigen Orte eingeschaltet. Nur wenn zum Behufe der Erläuterung lediglich auf andere Bestimmungen des Criminalgesetzbuches hinzuweisen war, sind der Abfür-

zung wegen, ohne daß jedoch hierin Vollständigkeit zu erreichen die Absicht gewesen, die einschlägigen §§. in den Noten unter dem Texte allegirt. Die Beilagen gewähren eine Uebersicht der für die verschiedenen Grade der verbrecherischen Thätigkeit und für die verschiedenen Arten der Mitschuldigen angenommenen Strafabstufungen und des Verhältnisses, in dem sie zu einander stehen, eine Uebersicht der für vorsätzliche und unvorsätzliche Beschädigungen festgesetzten Strafen, und eine Uebersicht der einzelnen Verbrechen und die in Ansehung deren Strafwürdigkeit dem Gesetze zum Grunde gelegten Abstufungen.

Es ist für zweckmäßig erachtet, den aus den ständischen Verhandlungen entnommenen Erläuterungen noch einige andere Bemerkungen hinzuzufügen. Da bei jenen die Stelle, wo sie sich in den gedruckten Verhandlungen der Stände-Versammlung finden, angeführt worden, so sind die nachgetragenen Bemerkungen durch den Mangel eines solchen Citates kenntlich. Die neben den Uberschriftsparagraphen in Klammern befindlichen Paragraphenzahlen beziehen sich auf den Entwurf und die ständischen Verhandlungen, und sind zur Erleichterung des Nachschlagens beigefügt.

In Folge der ständischen Verhandlungen \*) sind die §§. 54. (47 a), 128. (120 a), 176. (168 a), 246. (227 a), 270. (250 a), 273. (252 a), neu hinzugekommen, und auch sonst hat dadurch der von der Herzoglichen Landesregierung vorgelegte Entwurf mannigfaltige Abänderungen erlitten; aber keine die mit den ursprünglich angenommenen Principien im Widerspruche stände. Deshalb hat es ohne Interesse geschehen, sämmtliche diese Abänderungen einzeln bemerklich zu machen, wohl aber ist es alsdann geschehen, wenn solches zur Rechtfertigung oder zur Erläuterung der getroffenen Bestimmungen dienen konnte. Aus dem angegebenen Grunde sind auch, und zwar mit Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums, die Motive an einigen Stellen sofort mit dem publicirten Gesetze in Uebereinstimmung gebracht.

Es bleibt übrig, den Wunsch auszusprechen, »daß derselbe Geist, welcher das Gesetz dictirte, die Rechtsanwendung leiten möge!«

Wolfenbüttel, den 4ten October 1840.

\*) Siehe deren Nachweisung.

Nachweisung  
der  
ständischen Verhandlungen über die  
Criminalgesetze.

Von den Verhandlungen der Stände-Versammlung auf dem dritten ordentlichen Landtage von 1839/40 beziehen sich die nachstehend verzeichneten auf die Criminalgesetze, und zwar

- I. auf das landesfürstliche Einführungspatent,
  1. Entwurf des landesherrl. Einführungspatentes Anl. III. des Protocolles Nr. VII.
  2. Motive zum Einführungspatente Anl. III.a. des Prot. Nr. VII.
  3. Commissionsbericht über den Entwurf des Einführungspatentes vom 22sten April 1840. Anl. III. zu Nr. XLI.
  4. Schreiben der Stände-Versammlung an S. Staatsministerium vom 8ten Mai 1840. Anl. III. zu Nr. LIV.
  5. Schreiben des S. Staatsminist. an die Stände-Versammlung vom 10. Mai 1840. Anl. VI. zu Nr. LVI.
  6. Schreiben der Stände-Versammlung an S. Staatsministerium v. 12. Mai 1840. Anl. IV. zu Nr. LVII.

II. auf das Criminalgesetzbuch,

1. Entwurf des Criminalgesetzbuches Anl. II. zu Nr. VII.
2. Motive zu dem Entwurfe des C. G. B. Anl. II a. zu Nr. VII.
3. Commissionsbericht über den Entwurf des C. G. B. vom 9ten April 1840. Anl. IV. zu Nr. XXXVIII. (citirt mit den Buchstaben: C. B.)
4. Schreiben der Stände-Versammlung an S. Staatsministerium vom 5ten Mai 1840. Anl. II. zu Nr. LI.
5. Schreiben des S. Staatsministeriums vom 8ten Mai 1840. Anl. I. zu Nr. LV.
6. Schreiben der Stände-Versammlung an S. Staatsministerium vom 11ten Mai 1840. Anl. III. zu Nr. LVI

7. Schreiben des H. Staatsministeriums an die Stände-Versammlung vom 11ten Mai 1840. Anl. I. zu Nr. LVII.
8. Schreiben der Stände-Versammlung an H. Staatsministerium vom 12ten Mai 1840. Anl. II. zu Nr. LVII.

III. auf das Gesetz die gegen Kinder wegen verbrecherischer Handlungen zu ergreifenden polizeilichen Massregeln betreffend,

1. Entwurf dieses Gesetzes, Anl. X. zu Nr. VII.
2. Commissionsbericht über den gedachten Entwurf, vom 22sten April 1840. Anl. IV. zu Nr. XLI.
3. Schreiben der Stände-Versammlung an H. Staatsministerium vom 6ten Mai 1840. Anl. I. zu Nr. LII.
4. Schreiben H. Staatsministeriums an die Stände-Versammlung vom 8ten Mai 1840. Anl. II. zu Nr. LV.
5. Schreiben der Stände-Versammlung an H. Staatsministerium vom 12. Mai 1840. Anl. III. zu Nr. LVII.

Die Protocolle Nr. XLI. bis LI. LV. bis LVII. enthalten die in den Sitzungen der Stände-Versammlung über obenerwähnte Gesetze stattgehabten Beratungen.



Landesherrliches Patent,  
die  
**Einführung des Criminalgesetz-Buches**  
betreffend.

d. d. Braunschweig, den 10ten Juli 1840.

---

(Gesetz- und Verordnungsammlung v. 1840. Nr. 16. (28.)

Braunschweig, den 21. Juli 1840.)

**Von Gottes Gnaden, Wir, Wilhelm, Herzog zu  
Braunschweig und Lüneburg &c.**

fügen hiemit zu wissen:

Um einem längst anerkannten Bedürfnisse abzuhelpfen, haben Wir die Ausarbeitung eines Criminalgesetzbuches befohlen, und indem Wir dasselbe nach erfolgter Zustimmung Unserer getreuen Stände hierneben zur Publication bringen, erlassen Wir zugleich unter ständischer Zustimmung über dessen Anwendung die nachfolgenden gesetzlichen Bestimmungen:

§. I. Das Criminalgesetzbuch erhält vom 1. October 1840 an Gesetzeskraft.

§. II. Von diesem Zeitpunkte an treten alle in Gesetzen, Verordnungen oder Rescripten enthaltenen Bestimmungen außer Wirksamkeit, welche sich auf Gegenstände beziehen, die den Inhalt des gegenwärtigen Gesetzbuches bilden.

§. III. Es bleiben daher unverändert bestehen die aus dem Völkerrechte fließenden oder durch Staatsverträge festgestellten Grundsätze über Bestrafung von Verbrechen; ferner alle Strafgesetze, welche sich nicht auf die in dem gegenwärtigen Gesetzbuche mit Strafe bedroheten einzelnen Verbrechen beziehen, namentlich also die strafrechtlichen Bestimmungen, welche das Landesgrundgesetz, die Steuer- und Zollgesetze, die Postordnung, die Polizeigesetze, das Gesetz über die Verpflichtung zum Kriegsdienste, die Forst- und Jagd-Straf-Gesetze enthalten, so wie die über die Befugnisse der Steuer-, Jagd- und Forst-Beamten und des Polizeimilitäirs erlassenen gesetzlichen Vorschriften.

Auch die Bestimmungen des Civilrechtes über die rechtlichen Folgen der Verbrechen erleiden keine Abänderung.

§. IV. Hinsichtlich der neben dem Criminalgesetzbuche in Kraft bleibenden Strafgesetze bestimmen Wir indeß noch Folgendes:

- 1) die in diesen Gesetzen angedrohten, in das Criminalgesetzbuch aufgenommenen Strafarten sollen künftig auf die in dem Criminalgesetzbuche (§. 9. bis 13.) vorgeschriebene Weise vollzogen werden und die im §. 17. des Gesetzbuches vorgeschriebenen rechtlichen Folgen haben;
- 2) künftig soll statt der im Forst- und Jagd-Strafgesetze angedrohten Zuchthausstrafe, Zwangsarbeit, und statt Zwangsarbeit, Gefängniß in der Landesstrafanstalt, mit Beibehaltung der Tare von 16 Ggr. für einen Straftag erkannt werden;
- 3) eine in Gemäßheit der Kriegsartikel erkannte Karrenstrafe ist in der Kettenstrafanstalt in der für die Kettenstrafe in dem Criminalgesetzbuche vorgeschriebenen Weise (§. 9.) zu vollziehen; auch soll dasjenige, was in der zweiten Abtheilung der Verordnung, die Militair-Strafen und Proceßse betreffend, über die Karrenstrafe verordnet ist (Art. 134. bis Art. 156.), künftig von der Kettenstrafe gelten, und die daselbst von der Zuchthaus- und Zwangsarbeits-Strafe gegebenen Vorschriften sollen nach wie vor bei diesen Strafarten Anwendung finden, jedoch wird der Art. 142. dieser Verordnung dahin abgeändert, daß künftig jede Zuchthausstrafe die Ausstoßung aus dem Militair zur Folge haben soll.

Die Bestimmung des §. 5. des Criminalgesetzbuches ist auf die Militairstrafgesetze erst nach Erlassung der in dieser Hinsicht erforderlichen gesetzlichen Vorschriften anzuwenden.

§. V. Auf die vor dem 1. October 1840 begangenen verbrecherischen Handlungen, über welche an diesem Tage noch nicht in letzter Instanz erkannt ist, oder hinsichtlich deren der Verurtheilte sich nicht dem Erkenntnisse erster Instanz unterworfen hat, ist das Criminalgesetzbuch insoweit anzuwenden, als solches dem Angeeschuldigten günstiger ist.

§. VI. Wegen solcher vor dem 1. October 1840 begangener Verbrechen, auf welche, diesen Grundsätzen zufolge, (§. V.) das Criminalgesetzbuch keine Anwendung leidet, soll indeß auf andere, als die durch dasselbe zugelassenen Strafarten nicht erkannt und zu dem Ende, wenn nach dem bestehenden Rechte auf Karrenstrafe zu erkennen wäre, auf Kettenstrafe; wenn auf Zuchthaus von 5 Jahren und darüber zu erkennen wäre, auf Zuchthaus, und wenn auf Zuchthaus unter 5 Jahren zu erkennen wäre, auf Zwangsarbeit erkannt werden.

Bei den hiernach zu erkennenden Ketten- oder Zuchthaus-Strafen fällt indeß der einsame Arrest, und bei Zuchthaus auch die ausgezeichnete Kleidung hinweg.

§. VII. Gleichfalls finden auf die am 1. October 1840 in den Strafanstalten befindlichen Personen die Bestimmungen der §§. 9. bis 13. des Criminalgesetzbuches Anwendung, und die Sträflinge der Karrenanstalt sind den Kettensträflingen und die zu Zuchthaus von fünf Jahren und darüber Verurtheilten den Zuchthaussträflingen gleich zu behandeln, jedoch mit der am Schlusse des §. VI. enthaltenen Beschränkung.

Die zu Zuchthaus bis von fünf Jahren Verurtheilten sind dagegen den zu Zwangsarbeit Verurtheilten gleich zu achten.

§. VIII. Die nach der bisherigen Gesetzgebung erkannten Criminalstrafen begründen die Rückfallsstrafen und sowohl in dieser Beziehung als rücksichtlich der Verjährung der vor dem 1. October 1840 begangenen Verbrechen gelten für die Gleichstellung der jetzt bestehenden und der durch das Criminalgesetzbuch eingeführten Freiheitsstrafen die in den §§. V. und VI. gegebenen Bestimmungen.

§. IX. Am 1. October 1840 anhängige, von Amtswegen eingeleitete Untersuchungen, welche nach den Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzbuches nur auf Anzeige eines Betheiligten einzuleiten gewesen sein würden, und in welchen ein Erkenntniß noch nicht abgegeben worden, sind nur fortzusetzen, wenn einer der zur Anzeige Berechtigten darauf anträgt. Die untersuchenden Gerichte werden innerhalb 14 Tagen nach dem 1. October 1840 einen Termin zur Erklärung der Berechtigten zu diesem Ende ansetzen.

§. X. Um Zweifeln zu begegnen, wollen Wir den §. 20. Nr. 1. des Gesetzes vom 15. October 1832, wegen Modification der Verordnung vom 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betreffend, hierdurch dahin erklären: daß die Competenz der Gerichte in Criminalsachen sich nach dem höchsten der begangenen Handlung angedroheten Strafmaße richtet, und daher nicht mit dadurch bestimmt wird: ob Gründe eintreten, welche die Strafbarkeit ausschließen (§. 30. bis 34., §. 166., §. 243. des Criminal-Gesetz-Buches), oder tilgen (§. 67. bis 72. des Criminalgesetzbuches), oder das Gericht nur ermächtigen, die gesetzliche Strafe herabzusetzen (§. 62. des Criminalgesetzbuches.).

§. XI. Der §. 14. des Gesetzes vom 23. Februar 1837, Nr. 7., wird dahin abgeändert und erweitert, daß Dienstentsetzung und Dienstentlassung aller in dem §. 248. des Criminalgesetzbuches aufgeführten Personen in erster Instanz von Unserm Herzogl. Landesgerichte zu erkennen ist.

Alle, die es angeht, haben sich hienach zu achten.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Herzogl. Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, am 10. Juli 1840.

**Wilhelm,** Herzog.

(L. S.)

von Schleinitz.

**C r i m i n a l = G e s e h = B u c h**

für das

**Herzogthum Braunschweig.**

# Inhalts-Verzeichniß.

---

## Erstes Buch.

### Allgemeine Bestimmungen über Verbrechen und Strafen.

#### Titel 1.

##### Umfang des Gesetzbuches.

1. Verbrechen im Inlande §. 1.
2. Verbrechen im Auslande §. 2.
3. Verbrechen der Militair-Personen §. 3.
4. Anwendungsregel §. 4.
5. Anwendbarkeit der allgemeinen Bestimmungen §. 5.

#### Titel 2.

##### Von den Strafen.

1. Allgemeiner Grundsatz §. 6.
2. Besondere Bestimmungen §. 7—25.
  - I. Selbstständige Strafen §. 7—20.
    - A. Todesstrafe §. 7.
    - B. Freiheitsstrafen §. 8—17.
      - a) deren Arten §. 8—13.
        1. Allgemeine Bestimmung §. 8.
        2. Besondere Bestimmungen §. 9—12.
          - A. Kettenstrafe §. 9.
          - B. Zuchthaus §. 10.
          - C. Zwangsarbeit §. 11.
          - D. Gefängniß §. 12.
        3. Gemeinschaftliche Bestimmungen über deren Vollziehung §. 13.
      - b) deren Dauer §. 14.

- c) deren Theilbarkeit §. 15.
- d) deren Berechnung §. 16.
- e) deren Folgen §. 17.
- C. Geldstrafen §. 18.
- D. Verweis §. 19.
- E. Dienst-Entsetzung und Dienst-Entlassung §. 20.
- II. Nebenstrafübel §. 21—24.
  - A. Confiscation §. 21.
  - B. Stellung unter polizeiliche Aufsicht §. 22.
  - C. Landesverweisung §. 23.
  - D. Bekanntmachung der Strafen §. 24.
- III. Zusammentreffen mehrerer Strafen §. 25.

### Titel 3.

#### Allgemeine Bedingungen der Strafbarkeit.

- 1. Allgemeiner Grundsatz §. 26.
- 2. Böser Vorsatz §. 27. 28.
- 3. Fahrlässigkeit §. 29.
- A. Zurechnung §. 30—34.
  - I. Nichtzurechnungsfähige §. 30.
  - II. Wahn und Rechtsunwissenheit §. 31.
  - III. Irrthum in Thatfachen §. 32.
  - IV. Zwang §. 33.
  - V. Nothstand §. 34.

### Titel 4.

#### Vollendung, Versuch und Vorbereitung der Verbrechen.

- 1. Vollendung §. 35.
- 2. Versuch §. 36—39.
  - I. Allgemeine Bestimmungen §. 36.
  - II. Besondere Bestimmungen §. 37—39.
    - A. bei Mitschuldigen §. 37.
    - B. bei unbestimmten Verbrechen §. 38.
    - C. bei unbestimmtem Schaden §. 39.
  - III. Vorbereitungen §. 40.

### Titel 5.

#### Von den Mitschuldigen.

- 1. Urheber und Anstifter §. 41.
- 2. Theilnehmer §. 42—45.



- I. Nicht vertragmäßige Teilnehmer §. 42.
- II. Vertragmäßige Teilnehmer §. 43—45.
  - A. Gleiche Teilnehmer §. 43.
  - B. Ungleiche Teilnehmer §. 44. 45.
    - a) Ersten Grades §. 44.
    - b) Zweiten Grades §. 45.
3. Beihilfe §. 46.
4. Strafbare Begünstigung §. 47.
5. Strafbare Mitwissenschaft §. 48.
 

Straflose Begünstigung und Mitwissenschaft §. 49.
6. Gemeinschaftliche Bestimmungen §. 50—54.
  - I. Zusammentreffende Anstiftung, Theilnahme und Beihilfe §. 50.
  - II. Zurücktretende Anstifter, vertragmäßige Teilnehmer und Gehülfen §. 51.
  - III. Ueberschreitung des Auftrages oder der Uebereinkunft §. 52.
  - IV. Werthsberechnung §. 53.
  - V. Verhältniß der Strafbarkeit bei Mitschuldigen §. 54.

### Titel 6.

**Gründe der Erhöhung oder Herabsetzung der auf die Uebertretung gesetzten Strafen.**

1. Zusammentreffen mehrerer Uebertretungen.
  - I. Gleichzeitiges Zusammentreffen §. 55.
  - II. Fortsetzung des Verbrechens §. 56.
  - III. Zusammentreffen mehrerer Strafabstufungsgründe §. 57.
  - IV. Rückfall §. 58.
  - V. Gleichartige Verbrechen §. 59.
2. Jugend und Blödsinn §. 60.
3. Unverschuldete Haft und Leiden §. 61.
4. Zusammentreffen mehrerer Strafherabsetzungs- oder wichtiger Minderungsgründe §. 62.

### Titel 7.

**Gründe der Strafzumessung innerhalb des gesetzlichen Strafmaßes.**

1. Allgemeiner Grundsatz §. 63.
2. Besondere Bestimmungen §. 64—66.
  - I. Erschwerungsgründe §. 64. 65.
    - A. aus der Person des Thäters §. 64.

- B. aus der Beschaffenheit der That §. 65.  
 II. Minderungsgründe §. 66.

### **Titel 8.**

#### **Eiligung der Strafbarkeit.**

1. Durch den Tod des Verbrechers §. 67.
2. Durch Strafe, Niederschlagung der Untersuchung und Begnadigung §. 68.
3. Durch Absteigen von dem Unternehmen, durch Zurücktreten und Anzeige bei der Obrigkeit §. 69.
4. Durch Zurücknahme der Anzeige §. 70.
5. Durch Verjährung §. 71. 72.
  - I. Deren Zeitfristen §. 71.
  - II. Deren Anfang, Lauf und Ende §. 72.

### **Titel 9.**

Wörterklärungen §. 73—80.

## **Zweites Buch.**

Besondere Bestimmungen über die einzelnen Verbrechen und deren Bestrafung.

### **Titel 1.**

#### **Öeffentliche Verbrechen.**

Capitel 1. Hochverrath, Landesverrath und Staatsgefährliche Handlungen.

- I. Hochverrath §. 81—83.
  1. Hochverrath selbst §. 81.
  2. Verschwörung §. 82.
  3. Vorbereitung des Hochverraths §. 83.
- II. Landesverrath §. 84. 85.
  1. ersten Grades §. 84.
  2. zweiten Grades §. 85.
- III. Staatsgefährliche Handlungen §. 86—89.
  1. Verrätherische Angriffe oder Unternehmungen gegen auswärtige Regenten und Staaten §. 86.
  2. Verleitung zur Desertion und unerlaubtes Werben §. 87.
  3. Unerlaubte Verbindungen §. 88.
  4. Verbreitung falscher Nachrichten und Aufreizung §. 89.

## Capitel 2. Majestäts-Verbrechen.

- I. Beleidigung des Staatsoberhauptes §. 90—92.
  1. Thätliche Beleidigung §. 90.
  2. Thätliche Drohung §. 91.
  3. Beleidigungen ohne Thätlichkeiten §. 92.
- II. Beleidigungen der Landesfürstin und des Erbprinzen §. 93.
- III. Beleidigungen der Mitglieder des Herzoglichen oder anderer Fürstlichen Häuser und der Gesandten §. 94.
- IV. Vorschriften wegen des Verfahrens §. 95.

## Capitel 3. Verbrechen gegen die öffentliche Ruhe.

- I. Aufruhr §. 96—100.
  1. ersten Grades §. 96.
  2. zweiten Grades §. 97.
  3. dritten Grades §. 98.
  4. Meutereien der Gefangenen §. 99.
  5. Aufforderung zum Aufruhr §. 100.
- II. Auflauf §. 101.
- III. Deffentliche Gewalt §. 102.
- IV. Deffentliche Drohungen §. 103.
- V. Störung des Gottesdienstes §. 104.
- VI. Burgfriedensbruch §. 105.
- VII. Eindringen in Gerichts- und andere öffentliche Gebäude §. 106.

## Capitel 4. Verbrechen gegen die öffentliche Ordnung.

- I. Widerseßlichkeit und Thätlichkeiten wider die Obrigkeit §. 107. 108.
- II. Befreiung eines Gefangenen §. 109.
- III. Verletzung amtlicher Bekanntmachungen und Siegel und Ungehorsam gegen die Obrigkeit §. 110.
- IV. Anmaßung öffentlicher Dienste und Ehrenrechte §. 111.
- V. Bestechung §. 112. 113.
- VI. Erschleichung öffentlicher Rechte §. 114.
- VII. Beleidigung der Landesregierung §. 115.
- VIII. Beleidigung öffentlicher Behörden und Beamten §. 116.
- IX. Störung der religiösen Ordnung §. 117.
- X. Selbsthülfe §. 118.
- XI. Zweikampf 119—122.
- XII. Bössliche Einstellung der Arbeit §. 123.
- XIII. Rückkehr eines Verwiesenen §. 124.
- XIV. Ueberschreitung der Begrenzung §. 125.

Capitel 5. Verbrechen wider öffentliche Treue und Glauben.

I. Fälschmünzen §. 126.

II. Münzverfälschung §. 127.

III. Verbreitung falschen oder verfälschten Geldes §. 128. 129.

IV. Fälschung von Creditpapieren §. 130.

V. Fälschung des Stempelpapiers, öffentlicher Urkunden, Siegel und Stempel §. 131.

VI. Unterdrückung öffentlicher Urkunden §. 132.

VII. Vorbereitung zu Münz-, Creditpapier- und Urkundenfälschung §. 133.

VIII. Gränzverfälschung §. 134.

IX. Meineid §. 135.

X. Falsche Versicherung an Eidesstatt und Anerbieten zum Meineide §. 136.

XI. Leichtsinziger Eid §. 137.

XII. Eidesbruch §. 138.

A. Gemeinschaftliche Bestimmungen für Meineid, leichtsinnigen Eid und Eidesbruch §. 139.

B. Gemeinschaftliche Bestimmungen für Meineid, leichtsinnigen Eid und falsche Versicherung an Eidesstatt §. 140 — 142.

1. Beziehung auf einen bereits geleisteten Eid §. 140.

2. Vollendung dieser Verbrechen §. 141.

3. Widerruf §. 142.

XIII. Urkundenfälschung zum Nachtheile eines Angeeschuldigten §. 143.

XIV. Falsche Anklage §. 144.

**Titel 2.**

Privatverbrechen.

Erster Abschnitt.

Verbrechen an der Person und an persönlichen Rechten.

Capitel 1. Verbrechen wider das Leben Anderer.

I. Vorsätzliche Tödtungen §. 145 — 151.

1. Mord §. 145.

2. Todtschlag §. 146.

3. Tödtung mit Einwilligung des Entleibten. §. 147.

4. Anstiftung und Beihülfe zum Selbstmorde §. 148.

5. Kindesmord §. 149.

6. Tödtung einer Mißgeburt §. 150.

7. Vorbereitungen zum Morde §. 151.

II. Unvorsätzliche Tödtungen §. 152.

III. Gemeinschaftliche Bestimmungen bei Tödtungen §. 153. 154.

1. Tödtung durch Mehrere §. 153.

2. Thatbestand der Tödtung §. 154.

- IV. Abtreibung der Leibesfrucht §. 155.
- V. Aussetzung Hülflöser §. 156.
- VI. Veranstaltung einer hülflösen Niederkunft §. 157.
- VII. Gemeinschaftliche Bestimmungen für Kindesmord, Abtreibung der Leibesfrucht, Aussetzung und Veranstaltung einer hülflösen Niederkunft §. 158.

### Capitel 2. Beschädigungen an der Person.

- I. Vorsätzliche Beschädigungen §. 159. 160.
  - 1. Vorbedachte §. 159.
  - 2. In Leidenschaft §. 160.
- II. Unvorsätzliche Beschädigungen §. 161. 162.
- III. Gemeinschaftliche Bestimmungen für vorsätzliche und unvorsätzliche Beschädigungen §. 163—165.
  - 1. Beschädigung durch Mehrere §. 163.
  - 2. Erschwerungsgründe §. 164.
  - 3. Schmerzgeld §. 165.

### Capitel 3. Nothwehr.

- I. Erfordernisse der Nothwehr §. 166.
- II. Ueberschreitung der Gränzen der Nothwehr §. 167.
- III. Unterlassene Anzeige einer Verletzung durch Nothwehr oder einer Gesetzübertretung aus Zwang oder im Nothstande §. 168.

### Capitel 4. Verbrechen wider die Freiheit der Person.

- I. Menschenraub §. 169.
- II. Widerrechtliches Gefangenhalten §. 170.
- III. Entführung §. 171.
- IV. Nothzucht §. 172. 173.
- V. Schändung §. 174.
- VI. Raub §. 175. 176.
- VII. Erpressung §. 177.
- VIII. Röthigung §. 178.
- IX. Drohungen §. 179.
- X. Störung des Hausfriedens §. 180.

### Capitel 5. Verbrechen wider den Stand der Person.

- I. Untertrückung der Familienrechte §. 181.
- II. Beeinträchtigung der Familienrechte §. 182.
- III. Verleitung zur Ehe §. 183.

IV. Betrügliche Ehe oder Eheverlöbniß §. 184.

V. Zwang zur Ehe §. 185.

VI. Verleitung zur Auswanderung §. 186.

### Capitel 6. Verbrechen wider die Sitten.

I. Mehrfache Ehe §. 187.

II. Ehebruch §. 188.

III. Gemeinschaftliche Bestimmungen für mehrfache Ehe und Ehebruch §. 189.

IV. Ruppelei §. 190.

V. Verführung §. 191.

VI. Blutschande §. 192 — 194.

VII. Widernatürliche Unzucht §. 195.

VIII. Unzüchtige, zum öffentlichen Aergerniß gereichende Handlungen §. 196.

IX. Vollendung der Unzuchtverbrechen §. 197.

### Capitel 7. Ehrenkränkungen.

I. Beleidigung §. 198.

II. Verläumdung §. 199.

III. Erwiderung der Beleidigung oder Verläumdung §. 200.

IV. Einrede der Wahrheit §. 201.

V. Verbreitung falscher Nachrichten über eine Person §. 202.

VI. Bekanntmachung des Erkenntnisses §. 203.

## Zweiter Abschnitt.

### Verbrechen an dem Vermögen Anderer.

#### Capitel 1. Vermögensbeschädigungen.

I. Vorsätzliche Beschädigungen §. 204 — 211.

1. Brandstiftung §. 204 — 208.

2. Gemeingefährliche Beschädigung §. 209.

3. Vergiftung von Weiden und Verbreitung von Viehseuchen §. 210.

4. Einfache Beschädigung §. 211.

II. Unvorsätzliche Brandstiftung und Beschädigung §. 212.

#### Capitel 2. Diebstahl und Unterschlagung.

I. Diebstahl §. 213 — 219.

1. Eigentlicher Diebstahl §. 213 — 218.

2. Entwendung von Leichen und aus Gräbern §. 219.

II. Unterschlagung §. 220—222.

III. Funddiebstahl §. 223.

### Capitel 3. Betrug und Fälschung.

I. Betrug §. 224—227.

II. Fälschung §. 228—230.

III. Bücher §. 231. 232.

IV. Strafbarer Bankerott §. 233—236.

1. Betrüglicher Bankerott §. 233.

2. Muthwilliger Bankerott §. 234.

3. Fahrlässiger Bankerott §. 235.

4. Erschwerungsgründe §. 236.

V. Betrügliche Verletzung fremder Geheimnisse §. 237.

VI. Betrügliche Entwendung eigener Sachen §. 238.

VII. Widerrechtliche Benutzung fremder Sachen §. 239.

### Capitel 4. Gemeinschaftliche Bestimmungen für Diebstahl, Unterschlagung und Betrug.

Entwendung, Unterschlagung und Betrug unter Angehörigen §. 240.

### Capitel 5. Gemeinschaftliche Bestimmungen für die Verbre- chen an dem Vermögen Anderer.

I. Bestimmung des Werthes §. 241.

II. Bestimmung des Werthes bei Miteigenthum §. 242.

III. Thätige Reue §. 243.

### Dritter Abschnitt.

**Vorschriften für die Fälle, in welchen die Untersuchung  
nicht von Amtswegen anzustellen ist.**

I. Nicht von Amtswegen zu untersuchende Verbrechen §. 244.

II. Zur Anzeige berechnigte Personen §. 245.

III. Anzeige bei mehreren Mitschuldigen §. 246.

IV. Zurücknahme der Anzeige §. 247.

### Titel 3.

#### Amtsverbrechen.

#### Capitel 1. Allgemeine Bestimmungen.

I. Umfang dieser Bestimmungen §. 248.

II. Eigenthümliche Strafarten §. 249.

III. Gehülfen und Begünstiger §. 250.

IV. Straflosigkeit befolgter Befehle §. 251.

V. Theilnahme Nichtangestellter an Amtsverbrechen §. 252.

VI. Verübung gemeiner Verbrechen mit Amtsmißbrauch §. 253.

VII. Disciplinarstrafe §. 254.

VIII. Bedingung der Anstellung der Untersuchung §. 255.

### Capitel 2. Verletzung allgemeiner Dienstplichten.

I. Bestechung §. 256.

II. Annahme von Geschenken §. 257.

III. Mißbrauch der Amtsgewalt §. 258.

IV. Erpressung im Amte §. 259.

V. Unterschlagung §. 260.

VI. Unerlaubte Benutzung anvertrauter Gelder und Sachen §. 261.

VII. Rechnungsfälschung §. 262.

VIII. Fälschung bei Amtshandlungen §. 263.

IX. Verführung öffentlicher Einkünfte und eigennützige Geschäftsführung.  
§. 264.

X. Verletzung der Amtsverschwiegenheit §. 265.

XI. Amtserschleichung §. 266.

XII. Verlassung des Amtes §. 267.

XIII. Ungehorsam im Dienste §. 268.

XIV. Theilnahme an unerlaubten Verbindungen §. 269.

XV. Unterlassene Anzeige verübter Verbrechen §. 270.

### Capitel 3. Verletzung besonderer Amtspflichten.

I. Der Justiz- und Polizeibeamten.

1. Rechtswidrige Einleitung der Untersuchung §. 271.

2. Rechtswidrige Verlängerung der Haft §. 272 — 274.

3. Mißhandlung der Angeschuldigten und Zeugen §. 275, 276.

4. Verschuldete Entweichung eines Gefangenen §. 277.

5. Unterlassung der Untersuchung §. 278.

6. Beugung des Rechts §. 279, 280.

7. Pflichtwidrige Nichtverhinderung von Verbrechen §. 281.

II. Der Kirchendiener §. 282, 283.

III. Der Schuldiener §. 284.

IV. Untreue der Rechtsanwälte §. 285.

V. Unvorsätzliche Tödtung oder Beschädigung einer Person in Ausübung eines öffentlichen Amtes §. 286.

VI. Pflichtwidriges Verhalten der Gesundheitsbeamten §. 287.



**Erstes Buch.**

---

**Allgemeine Bestimmungen**  
über  
**Verbrechen und Strafen.**

---

## **Titel 1.**

### **Umfang des Gesetzbuches.**

---

#### §. 1. (§. 1.)

##### 1. Verbrechen im Inlande.

Wer innerhalb der Grenzen des Herzogthums den Bestimmungen dieses Gesetzbuches zuwider handelt, soll nach dessen Inhalt gerichtet werden, er sei Landeseinwohner oder Fremder.

#### §. 2. (§. 2.)

##### 2. Verbrechen im Auslande.

Wenn die hiesigen Gerichte über im Auslande begangene Verbrechen zu erkennen haben (Landesgrundgesetz §. 205.), kommen die Bestimmungen dieses Gesetzbuches zur Anwendung.

#### §. 3. (§. 3.)

##### 3. Verbrechen der Militairpersonen.

Militairische Verbrechen, so wie nicht militairische Verbrechen der Militairpersonen im Felde, sind nicht nach diesem Gesetzbuche, sondern nach den Militairstrafgesetzen zu beurtheilen.

#### §. 4. (§. 4.)

##### 4. Anwendungsregel.

Die Vorschriften dieses Gesetzbuches sind auf solche Handlungen oder Unterlassungen anzuwenden, welche entweder nach den Worten oder nach dem Sinne oder nach dem Grunde der einzelnen Bestimmungen desselben, als darin unzweifelhaft enthalten, anzusehen sind.

#### §. 5. (§. 5.)

##### 5. Anwendbarkeit der allgemeinen Bestimmungen.

Die allgemeinen Bestimmungen dieses Gesetzbuches beziehen sich zunächst auf die in dessen zweitem Buche aufgeführten Verbrechen. Insofern jedoch andere Strafgesetze bisher aus dem gemeinen Deutschen

Criminalrechte ergänzt wurden, sind sie nunmehr aus den allgemeinen Bestimmungen dieses Gesetzbuches zu ergänzen \*).

\*) Einführungsstatut §. IV. am Ende.

## T i t e l 2. Von den Strafen.

### §. 6. (§. 6.)

#### 1. Allgemeiner Grundsatz.

Nur auf die in diesem Gesetzbuche verordneten Strafäuel soll erkannt und nur diese dürfen vollzogen werden.

### §. 7. (§. 7.)

#### 2. Besondere Bestimmungen.

##### 1. Selbstständige Strafen.

##### A. Todesstrafe.

Die Todesstrafe wird durch Enthauptung öffentlich vollstreckt.

Die Hinrichtung Schwangerer ist bis nach erfolgter Niederkunft zuverschieben.

Von mehreren zum Tode Verurtheilten soll keiner vor den Augen des Andern hingerichtet werden.

### §. 8. (§. 8.)

#### B. Freiheitsstrafen.

##### a. Deren Arten.

#### 1. Allgemeine Bestimmung.

Die zulässigen Freiheitsstrafen sind:

Kettenstrafe, Zuchthaus, Zwangsarbeit, Gefängniß.

### §. 9. (§. 8.)

#### 2. Besondere Bestimmungen.

##### A. Kettenstrafe.

Zu Kettenstrafe Verurtheilte sollen Fesseln und eine ausgezeichnete Kleidung tragen, auch von sechs Monaten der Strafzeit einen Monat in einsamem Arreste zubringen und zwar in der Regel jeden sechsten Monat. Wird von dieser Regel abgewichen, so müssen mindestens drei Monate nach Vollziehung des letzten einsamen Arrestes verstrichen sein, bevor von Neuem einsamer Arrest vollzogen wird. Während desselben

erhalten die Kettensträflinge jeden zweiten Tag nur Wasser und Brod und sonst die durch die Hausordnung vorgeschriebene Kost.

§. 10. (§. 8.)

B. Zucht haus.

Züchtlinge sollen eine ausgezeichnete, jedoch von der der Kettensträflinge verschiedene Kleidung tragen und von zwölf Monaten der Strafzeit einen Monat in einsamem Arreste zubringen und zwar in der Regel jeden zwölften Monat. Wird von dieser Regel abgewichen, so müssen mindestens sechs Monate nach Vollziehung des letzten einsamen Arrestes verstrichen sein, bevor von Neuem einsamer Arrest vollzogen wird. Während desselben wird den Züchtlingen jeden dritten Tag nur Wasser und Brod und sonst die durch die Hausordnung vorgeschriebene Kost verabreicht.

§. 11. (§. 8.)

C. Zwangsarbeit.

Zwangsarbeit wird in der für diese Strafart bestimmten Anstalt vollzogen und die Sträflinge werden der Hausordnung gemäß beköstigt.

§. 12. (§. 8.)

D. Gefängniß.

Gefängnißstrafe über drei Monate wird in einer eigenen Landesstrafanstalt, Gefängniß von oder unter drei Monaten in den Kreisgefängnissen oder nach Ermessen des Gerichts in dem sogenannten Bürgergehoram oder den Arrestlocalen vollzogen. Gefängnißsträflingen, welche selbst die Kosten der Strafvollziehung bestreiten, ist gestattet, jedoch nach Vorschrift der Hausordnung, sich selbst zu beköstigen.

§. 13. (§. 8.)

3. Gemeinshaftliche Bestimmungen über deren Vollziehung.

Alle Strafgefangene sind zu Arbeiten anzuhalten, welche ihrer Körperbeschaffenheit und ihren früheren bürgerlichen Verhältnissen thunlichst entsprechen. So weit solches mit diesem Grundsatz verträglich ist, sind die zu schwereren Strafen Verurtheilten zu schwereren Arbeiten zu verwenden.

Sie werden in jeder Strafanstalt dergestalt in Classen getheilt, daß eine Sanderung der mit Handarbeiten beschäftigten von den zu solchen nicht zu verwendenden, so wie der jugendlichen von den älteren und verdorbenern Verbrechern stattfindet.

Zu Gefängnißstrafe Verurtheilte können wider ihren Willen weder zu öffentlichen noch zu solchen Arbeiten gebraucht werden, in deren

Verrichtung nach ihren bürgerlichen Verhältnissen eine Erschwerung der Strafe für sie liegen würde.

Der Ertrag der Arbeiten gebührt den Sträflingen nur insoweit, als der Ueberschuss, zufolge der Bestimmungen der Hausordnungen, ihnen überlassen wird.

Gefängnißsträflinge indeß, welche die Kosten der Strafvollziehung selbst bestreiten, können sich die mit der Gefängnißordnung verträglichen Arbeiten oder Beschäftigungen wählen, und deren Ertrag verbleibt ihnen.

Alle sonstigen Bestimmungen über die Ordnung und Disciplin in den Strafanstalten erläßt die Landesregierung.

#### §. 14. (§. 9.)

##### b. Deren Dauer.

Kettenstrafe ist lebenslänglich oder zeitlich; die übrigen Freiheitsstrafen sind zeitlich.

Die Dauer der zeitlichen Freiheitsstrafen ist eine ordentliche und außerordentliche \*).

Deren ordentliche Dauer wird bestimmt:

bei der Kettenstrafe auf nicht unter fünf und nicht über funfzehn Jahre;

bei der Zuchthausstrafe auf nicht unter zwei und nicht über zehn Jahre;

bei der Zwangsarbeit auf nicht unter einen Monat und nicht über fünf Jahre;

bei Gefängniß auf nicht unter vierzehn Tage und nicht über drei Jahre;

Deren außerordentliche Dauer kann betragen:

bei Kettenstrafe nicht unter drei und nicht über fünf und zwanzig Jahre;

\*) Zur Erleichterung der Uebersicht ist eine nachstehende Tabelle beigelegt:

#### Dauer der zeitlichen Freiheitsstrafen.

Strafarten	ordentliche Dauer		außerordentliche Dauer	
	geringste Dauer	längste Dauer	geringste Dauer	längste Dauer
	nicht unter	nicht über	nicht unter	nicht über
Kettenstrafe	5 Jahre	15 Jahre	3 Jahre	25 Jahre
Zuchthaus	2 Jahre	10 Jahre	1 Jahr	15 Jahre
Zwangsarbeit	1 Monat	5 Jahre	14 Tage	10 Jahre
Gefängniß	14 Tage	3 Jahre	1 Tag	5 Jahre

bei Zuchthaus nicht unter ein Jahr und nicht über funfzehn Jahre;  
bei Zwangsarbeit nicht unter vierzehn Tage und nicht über zehn  
Jahre;

bei Gefängniß nicht unter einen Tag und nicht über fünf Jahre,  
vorbehältlich der hinsichtlich dieser Strafart bei einzelnen Verbrechen \*) gegebenen besonderen Bestimmungen.

Wenn eine Freiheitsstrafe ohne eine nähere ausdrückliche Bestimmung in diesem Gesetzbuche angedrohet ist, kann sie nur in den Grenzen ihrer ordentlichen Dauer angewendet werden.

Wenn das Gesetz die Anwendung einer gelindern als der auf das Verbrechen gesetzten Strafart vorschreibt, so kann die gelindere Strafe das Zeitmaaf nicht übersteigen, in welchem die schwerere Strafe, an deren Stelle sie tritt, angedrohet ist. (Vergl. §. 36. 44. und 45.)

\*) §. 119.

### §. 15. (§. 10.)

#### c. Deren Theilbarkeit.

Die Kettenstrafe ist nach Vierteljahren, die Zuchthausstrafe nach Monaten, die Zwangsarbeit nach Wochen, die Gefängnißstrafe nach Tagen theilbar.

### §. 16. (§. 11.)

#### d. Deren Berechnung.

Bei den Freiheitsstrafen wird ein Tag zu vierundzwanzig Stunden, eine Woche zu sieben Tagen, ein Monat und ein Jahr nach dem Kalender gerechnet.

### §. 17. (§. 12.)

#### e. Deren Folgen.

Die gesetzliche Folge der Ketten- oder Zuchthausstrafe ist der Verlust aller Ehren, politischen und Dienstrechte\*), so wie der Fähigkeit, diese Rechte zu erlangen; ferner der Verlust der Innungsrechte, der Gewerbe-Concessionen und der Fähigkeit, eine Vormundschaft oder Curatel über Andere als die eigenen Kinder zu führen.

Zwangsarbeit hat den Verlust der politischen und Dienstrechte, so wie der Fähigkeit, dieselben zu erlangen, zur Folge. Gefängnißstrafe über ein Jahr, wegen eines vorsätzlichen Verbrechens, zieht den Verlust der Dienstrechte nach sich und während der Dauer der Gefängnißstrafen ruhen alle politischen Rechte.

\*) §§. 71. 75. 76.

Die Bestimmungen des Wahlgesetzes vom 12. Oct. 1832 Nr. 23. (§. 2.), des Staatsdienstgesetzes vom 12. Oct. 1832 Nr. 25. (§. 59. 60. 62. 64.), der Städteordnung vom 4. Juni 1834 Nr. 5. (§. 16. 22. 97.), der Gildeordnung vom 29. Oct. 1821 Nr. 8. (§. 128. Nr. 2. und 3.) und des Gewerbesteuergesetzes vom 4. Apr. 1837 Nr. 19. (§. 32. Nr. 2. und 3.) bleiben übrigens unverändert.

### §. 18. (§. 13.)

#### C. Geldstrafen.

Auf die neben Gefängniß angedrohte verhältnismäßige Geldstrafe finden die, über die Gefängnißstrafe in den nachfolgenden Titeln gegebenen allgemeinen Vorschriften gleichfalls Anwendung.

Es kann sowohl die ganze Strafe, als ein Theil derselben, jedoch nur bis zu der Dauer von einem Jahre, in Gelde festgesetzt werden.

Das Verhältniß der Gefängnißstrafe zur Geldstrafe wird dahin bestimmt, daß je nach den Vermögensverhältnissen des zu Verurtheilenden ein Tag Gefängniß zu 1 bis 5 Thlr. nach richterlichem Ermessen zu berechnen ist.

### §. 19. (§. 14.)

#### D. Verweis.

Der Verweis soll vor besetztem, oder in schwereren Fällen, vor vollständig versammeltem Gerichte ertheilt werden.

### §. 20. (§. 15.)

#### E. Dienstentsetzung, Dienstentlassung.

Die Bestimmungen über Dienstentsetzung und Dienstentlassung, als selbstständige Strafen, enthält der dritte Titel des zweiten Buches \*).

---

\*) §. 249.

### §. 21. (§. 16.)

#### 2. Nebenstrafußel.

##### A. Confiscation.

Die zur Begehung eines vorsätzlichen Verbrechens bestimmten oder gebrauchten Werkzeuge oder Mittel, insofern sie dem Verbrecher gehören oder von dem Eigenthümer wissentlich zu dem verbrecherischen Zwecke hergelassen sind, so wie die durch die verbrecherische Thätigkeit hervorgerufenen Sachen, sind zu confisciren.

## §. 22. (§. 17.)

## B. Stellung unter polizeiliche Aufsicht \*).

Der öffentlichen Sicherheit und Sittlichkeit gefährliche Verbrecher sind nach erlittener Strafe unter polizeiliche Aufsicht zu stellen, auf nicht weniger als ein Jahr und auf nicht mehr als fünf Jahre.

Der unter polizeiliche Aufsicht Gestellte darf über Nacht seinen Gemeindebezirk ohne Erlaubniß der Ortsbehörde nicht verlassen, er bedarf zu einer über drei Tage dauernden Abwesenheit der Erlaubniß des Amtes, der Polizeidirection oder der Stadtpolizeibehörde, und diese Behörden haben das Recht, zu jeder Zeit Hausdurchsuchungen bei dem unter Aufsicht Gestellten vornehmen zu lassen.

Die Gerichte haben in dem Erkenntnisse die Dauer der polizeilichen Aufsicht zu bestimmen.

\*) §. 125. §. 24.

## §. 23. (§. 18.)

## C. Landesverweisung \*).

Bei Ausländern ist, statt auf Stellung unter polizeiliche Aufsicht, auf Landesverweisung zu erkennen.

\*) §. 124. §. 24.

## §. 24. (§. 19.)

## D. Bekanntmachung der Vollziehung der Strafe.

Die Bekanntmachung der Strafvollziehung durch die Braunschweigischen Anzeigen soll stattfinden, wenn auf Zuchthaus oder eine härtere Strafe, Landesverweisung oder Stellung unter polizeiliche Aufsicht erkannt ist, oder dem Beleidigten das Recht zusteht \*), deren Bekanntmachung zu verlangen.

Außerdem kann das Gericht in dem Erkenntnisse die Bekanntmachung der Vollziehung der Strafe verfügen, wenn es solche nach Beschaffenheit des Falles angemessen erachtet.

Die Bekanntmachung soll von dem die Strafvollziehung besorgenden Gerichte erlassen werden, und enthalten

- 1) den Namen, Geburts- und Wohnort des Verbrechers,
- 2) das begangene Verbrechen,
- 3) die vollstreckbare, und eintretenden Falls die im Wege der Gnade an deren Stelle gesetzte Strafe.

\*) §. 203. 144.



## §. 25. (§. 20.)

## 3. Zusammentreffen mehrerer Strafen.

Todesstrafe hebt die anderen Strafarten auf, mit Ausnahme der vollstreckbaren Geldstrafe und Confiscation.

Lebenslängliche Kettenstrafe schließt die anderen Strafarten aus, mit Ausnahme der Todesstrafe, Geldstrafe und Confiscation. Ist indeß gegen einen zu lebenslänglicher Kettenstrafe bereits Verurtheilten wegen anderer Verbrechen Freiheitsstrafe von Neuem zu erkennen, so ist die lebenslängliche Kettenstrafe dadurch zu verschärfen, daß, wenn Kettenstrafe oder Zuchthaus verwirkt ist, statt jeden sechsten, jeden dritten Monat, und wenn Zwangsarbeit oder Gefängniß verwirkt ist, statt jeden sechsten, jeden vierten Monat einsamer Arrest eintritt. Diese Verschärfung soll mindestens während eines Jahres und höchstens auf die Dauer von fünf Jahren stattfinden.

Sind gegen dieselbe Person zugleich mehrere zeitliche Freiheitsstrafen zu erkennen, so sind, wenn alle derselben Strafart angehören, dieselben zusammen zu rechnen, und falls sie verschiedene Strafarten enthalten, in die zu erkennende schwerste Strafart zu verwandeln. In beiden Fällen kann jedoch nie die längste außerordentliche Dauer der anzuwendenden Strafart überschritten werden.

Ist neben bereits erkannten, noch nicht vollzogenen, zeitlichen Freiheitsstrafen von Neuem zeitliche Freiheitsstrafe zu erkennen, so sind gleichartige Strafen nach einander zu vollziehen, ungleichartige aber in die verwirkte schwerste Strafart durch das zuletzt erkennende Gericht erster Instanz zu verwandeln. Es kann in beiden Fällen die längste außerordentliche Dauer der anzuwendenden Strafart nur überschritten werden, wenn das jetzt zu bestrafende Verbrechen begangen ist, nachdem die unvollzogene Strafe vollstreckbar geworden war.

Bei Verwandlung der Freiheitsstrafen sollen  
 drei Monate Kettenstrafe vier Monaten Zuchthaus;  
 ein Monat Zuchthaus sechs Wochen Zwangsarbeit;  
 eine Woche Zwangsarbeit zehntägigem Gefängnisse  
 gleichgeachtet, eine kürzere Strafzeit aber nicht berücksichtigt werden, es wäre denn, daß eine Strafverwandlung neben bereits erkannten unvollzogenen Freiheitsstrafen stattfände.

Geldstrafen, Verweise und Confiscation werden neben den zeitlichen Freiheitsstrafen und neben einander erkannt und vollzogen. Es kann jedoch das höchste Maaß der Geldstrafe (§. 18. Absatz 2.) nur überschritten werden, wenn das jetzt zu bestrafende Verbrechen begangen ist, nachdem die unvollzogene Geldstrafe vollstreckbar geworden war.

## T i t e l 3.

### Allgemeine Bedingungen der Strafbarkeit.

#### §. 26. (§. 21.)

##### 1. Allgemeiner Grundsatz.

Nur wer aus bösem Vorsatze oder, in den besonders bestimmten Fällen, aus Fahrlässigkeit das Strafgesetz übertritt, ist strafbar.

#### §. 27. (§. 22.)

##### 2. Böser Vorsatz.

Wer sich zu einer Handlung oder Unterlassung, durch welche das Strafgesetz übertreten wird, mit Absicht bestimmt, ist als vorsätzlicher Verbrecher zu strafen.

#### §. 28. (§. 23.)

Unbestimmter böser Vorsatz, Zusammentreffen des bösen Vorsatzes und der Fahrlässigkeit und Irrthum im Gegenstande des Verbrechens.

Der Erfolg eines Verbrechens ist dem Thäter auch alsdann als vorsätzlich zuzurechnen, wenn er nicht ausschließlich diesen, sondern unbestimmt diesen oder einen geringeren Erfolg beabsichtigte.

Dagegen ist der eingetretene nicht mit beabsichtigte, so wie der durch eine nicht mit beabsichtigte Wirkung zufällig hervorgebrachte strafbare Erfolg nicht zum Vorsatze, sondern zur Fahrlässigkeit zuzurechnen.

Es wird indeß der böse Vorsatz dadurch nicht ausgeschlossen, daß der Thäter irrtümlich seine verbrecherische Thätigkeit gegen eine andere Person oder eine andere Sache richtet, als die, worauf seine Absicht eigentlich ging.

#### §. 29. (§. 24.)

##### 3. Fahrlässigkeit.

Wer ohne Absicht, aus Mangel an Aufmerksamkeit oder Ueberlegung das Strafgesetz übertritt, ist, jedoch nur in den besonders bestimmten Fällen (§. 26.), wegen Verbrechens aus Fahrlässigkeit zu strafen.

#### §. 30. (§. 25.)

##### 4. Zurechnung.

##### 1. Nichtzurechnungsfähige.

Kinder unter vierzehn Jahren, Personen, welche des Vernunftgebrauchs völlig beraubt sind, ohne genügsame Ausbildung gebliebene

Taubstumme, so wie diejenigen, welche zur Zeit der Begehung der That ohne ihr Verschulden völlig bewusstlos waren, können wegen gesetzwidriger Handlungen nicht bestraft werden.

Diese Strafflosigkeit solcher Nichtzurechnungsfähiger schließt die erforderlichen und zulässigen polizeilichen Maßregeln gegen dieselben nicht aus \*).

\*) Gesetz v. 10. Juli 1840. Nr. 30.

### §. 31. (§. 26. Abs. 1.)

#### II. Wahn und Rechtsunwissenheit.

Der Wahn, die durch das Gesetz mit Strafe bedrohte Uebertretung sei nach dem Gewissen oder der Religion erlaubt; Unwissenheit über die Strafbarkeit der That oder über die Art und Größe der Strafe; endlich die Beschaffenheit des Beweggrundes und Endzweckes des Thäters schließen die Zurechnung nicht aus.

### §. 32. (§. 26. Abs. 2. u. 3.)

#### III. Irrthum in Thatfachen.

Wer eine an sich nicht gesetzwidrige Handlung zu begehen glaubt, welche wegen thatsächlicher ihm ohne sein Verschulden unbekannter Umstände dennoch strafbar ist, bleibt strafflos.

Wird die Strafbarkeit eines Verbrechens durch Umstände vermehrt, welche dem Thäter ohne sein Verschulden unbekannt geblieben sind, so ist er nur nach den ihm bekannten Verhältnissen zu strafen.

### §. 33. (§. 27.)

#### IV. Zwang.

Wer durch unwiderstehliche körperliche Gewalt oder durch gefährliche Drohungen \*) gegen ihn selbst oder seine Angehörigen (§. 73.) zu Uebertretungen des Strafgesetzes gezwungen wird, ist straffrei \*\*).

\*) §. 79.    \*\*) §. 168.

### §. 34. (§. 28.)

#### V. Nothstand.

Wer eine gesetzwidrige Handlung begeht zur Rettung seiner selbst oder seiner Angehörigen (§. 73.), aus einer gegenwärtigen dringenden Gefahr für Leib oder Leben, welche die Folge eines unverschuldeten und auf andere Weise nicht abzuwendenden Nothstandes ist, bleibt strafflos \*).

\*) §. 168.

## T i t e l 4.

# Vollendung, Versuch und Vorbereitung von Verbrechen.

### §. 35. (§. 29.)

#### 1. Vollendung.

Die auf das Verbrechen gesetzte Strafe kommt nur dann zur Anwendung, wenn das Verbrechen vollbracht und, falls ein bestimmter Erfolg zu den gesetzlichen Erfordernissen desselben gehört, dieser bewirkt ist.

### §. 36. (§. 30.)

#### 2. Versuch.

##### I. Allgemeine Bestimmungen.

Wer die Vollführung eines vorsätzlichen Verbrechens anfängt, solche aber nicht vollendet, oder falls ein bestimmter Erfolg zu den gesetzlichen Erfordernissen des Verbrechens gehört, diesen nicht bewirkt, soll, vorbehaltlich der im zweiten Buche gegebenen Bestimmungen \*), mit einer gelindern als der auf das Verbrechen selbst gesetzten Strafe be-  
legt werden. Diese soll, wenn Alles geschehen ist, was zur Vollführung des Verbrechens von Seiten des Thäters geschehen mußte, wegen eines solchen beendigten Versuches nicht unter die dem vollendeten Verbrechen angedrohte Strafart, und, falls diese von ihrer geringsten ordentlichen Dauer an, angedrohet ist, nicht unter die Grenzen ihrer geringsten außerordentlichen Dauer herabsinken. Statt Todesstrafe soll zeitliche Kettenstrafe nicht unter zehn Jahren bis zu deren längsten außerordentlichen Dauer eintreten.

Wegen eines nicht beendigten Versuches ist auf die gelindere Strafart, welche der auf das Verbrechen gesetzten zunächst folgt, zu erkennen. Statt Todesstrafe tritt zeitliche Kettenstrafe ein und bei mit Gefängniß bedrohten Verbrechen, diese Strafart von der geringsten außerordentlichen Dauer an bis zu einem Drittel der festgesetzten Strafe und falls Gefängniß von der geringsten ordentlichen Dauer an angedrohet ist, tritt dasselbe von der geringsten außerordentlichen Dauer an oder verhältnismäßige Geldstrafe ein.

Neben diesen Strafen finden die nicht selbstständigen Strafzübel (§. 21 — 24.) bei dem Versuche ebenso Anwendung, wie bei dem vollendeten Verbrechen.

\*) §§. 81. 84. 86. 92. 136. 149 Abs. 4.

Die Strafe des nicht beendigten Versuches tritt auch dann ein, wenn an dem Gegenstande, gegen welchen die That gerichtet ist, das Verbrechen nicht begangen werden kann, oder der Thäter aus Irrthum in Thatfachen ein untaugliches Mittel, oder das gewählte taugliche Mittel in unzureichender oder unzumuthlicher Art, anwendet.

Hat der Thäter aus Mangel an Einsicht ein unter allen Umständen und gänzlich untaugliches Mittel angewendet, so ist er nach den Vorschriften über die Vorbereitung von Verbrechen zu beurtheilen.

### §. 37. (§. 31.)

#### II. Besondere Bestimmungen.

##### A. Bei Mitschuldigen.

Anstiftung (§. 41.), ausdrückliche oder stillschweigende Uebereinkunft (§. 43.), und Beihilfe (§. 46.) zur Verübung eines bestimmten Verbrechens soll, auch wenn der Anfang zu dessen Ausführung noch nicht gemacht ist, vorbehaltlich der bei einzelnen Verbrechen gegebenen besondern Bestimmungen \*) folgendergestalt bestraft werden:

- 1) den Anstifter trifft die Strafe des nicht beendigten Versuches, jedoch von deren geringsten außerordentlichen Dauer an;
- 2) diejenigen, welche die Begehung einer verbrecherischen Handlung ~~anzufangen sich haben bestimmen lassen~~, die vertragmäßigen Theilnehmer ~~und die Gehälfen nach~~ mit der gelinderen Strafart, welche der auf den nicht beendigten Versuch ~~gesetzte Zusatz~~ folgt, zu belegen, so daß statt Gefängniß von der geringsten außerordentlichen Dauer an Verweis eintreten kann.

\*) §§. 82 — 89. 96 — 102. 105. 120. 123.

### §. 38. (§. 32.)

##### B. Bei unbestimmten Verbrechen.

Die Vereinigung zur Verübung verschiedener, einzeln noch unbestimmter Verbrechen ist als nicht beendigter Versuch des schwersten der Verbrechen, auf welche die Absicht gerichtet war, zu bestrafen.

### §. 39. (§. 33.)

##### C. Bei unbestimmtem Schaden.

Richtet sich die Größe der Strafe des Verbrechens nach der verursachten Beschädigung, oder nach dem Werthe des Gegenstandes, oder nach anderen Straf Abstufungsgründen, und liegt in diesen Beziehungen eine bestimmte Absicht des Thäters nicht vor, so kann nur die auf das Verbrechen gesetzte gelindeste Strafe als Maßstab für die Strafe des Versuches dienen.

## §. 40. (§. 34.)

## III. Vorbereitungen.

Vorbereitungen zu der noch nicht angefangenen Ausführung eines Verbrechens sind, vorbehältlich der besonders gegebenen Bestimmungen oder insofern sie nicht schon an sich eine Gesetzesübertretung enthalten, straffrei.

Es kann indeß wegen solcher Vorbereitungen die Stellung unter polizeiliche Aufsicht erkannt werden, wenn sie sich auf Verbrechen beziehen, die mit Zuchthaus oder einer schwereren Strafe bedrohet sind.

\*) §. 22.

**Titel 5.****Von den Mitschuldigen.**

## §. 41. (§. 35.)

## 1. Urheber und Anstifter.

Nicht nur, wer selbst das Verbrechen verübt (der Urheber) leidet die gesetzliche Strafe, sondern auch, wer durch Gewalt, Drohung, Befehl, Auftrag, Versprechen oder Geben eines Lohnes, Ueberredung, absichtliche Erregung oder Benützung eines Irrthums oder einer Gemüthsbewegung oder auf andere Weise einen Andern zur Begehung einer verbrecherischen Handlung bestimmt (der Anstifter), wird eben so bestraft, als ob er selbst die That begangen hätte\*).

\*) §. 54.

## §. 42. (§. 36.)

## 2. Theilnehmer.

## I. Nicht vertragmäßige Theilnehmer.

Von Mehreren, welche ohne ausdrückliche oder stillschweigende Uebereinkunft bei Ausführung einer verbrecherischen Handlung mitwirken, trifft Jeden nur die durch seine eigene Thätigkeit verwirkte Strafe.

## §. 43. (§. 37.)

## II. Vertragmäßige Theilnehmer.

## A. Gleiche Theilnehmer.

Mehrere, welche sich durch ausdrückliche oder stillschweigende Uebereinkunft zu gemeinschaftlicher Verübung eines Verbrechens verbinden, sollen nach folgenden Grundsätzen bestraft werden:

- 1) Jeder, der bei Ausführung der verbrecherischen Handlung, sowie jeder der vor und nach deren Ausführung mitwirkt, ist als Urheber derselben zu bestrafen, ohne Rücksicht auf seine eigene Thätigkeit.

Jedoch soll gegen einen vertragsmäßigen Theilnehmer, welcher bei Ausführung des Verbrechens nur gegenwärtig ist, ohne thätig zu sein, oder welcher nur vor und nach derselben mitgehandelt hat, statt auf Todesstrafe auf lebenslängliche Kettenstrafe erkannt werden.

#### §. 44. (§. 38.)

##### B. Ungleiche Theilnehmer.

###### a. Ersten Grades.

- 2) Diejenigen, welche nur vor dem Anfange der Ausführung oder nur nach vollbrachtem Verbrechen mit gehandelt haben, sollen mit gelinderer Strafe belegt werden, und zwar:

- I. Wenn das Verbrechen vollbracht ist, mit der Strafe des beendigten Versuches;
- II. wenn die Ausführung bis zu einem beendigten Versuche vorgeschritten ist, mit der Strafe des nicht beendigten Versuches, und endlich
- III. wenn sie bei dem nicht beendigten Versuche stehen geblieben ist, mit diesen Strafen, jedoch von deren geringsten außerordentlichen Dauer an.

#### §. 45. (§. 39.)

###### b. Zweiten Grades.

- 3) Denjenigen, welcher weder bei der Ausführung des Verbrechens anwesend, noch vor oder nach derselben irgendwie thätig ist, soll
- I. bei vollbrachtem Verbrechen die Strafe des nicht beendigten Versuches;
  - II. bei beendigtem Versuche die Strafe des nicht beendigten Versuches, von deren geringsten außerordentlichen Dauer an, und
  - III. bei nicht beendigtem Versuche die gelindere Strafart treffen, welche der auf diesen gesetzten zunächst folgt (§. 37. Nr. 2.)

#### §. 46. (§. 40.)

##### 3. Beihülfe.

Wer Andern vor dem Anfange der Ausführung eines von ihnen beschlossenen Verbrechens entweder die Zusage seiner Hülfe nach

vollbrachter That ertheilt, oder zu dessen Vollbringung Rath und Anschlag giebt oder sonst Hülfe leistet, soll, wenn er eine solche Zusage ertheilt und zugleich auf andere Weise Hülfe geleistet hat, wie ein ungleicher Theilnehmer ersten Grades, wenn er aber nur durch eine solche Zusage oder auf andere Weise Beihülfe geleistet hat, wie ein ungleicher Theilnehmer zweiten Grades bestraft werden.

§. 47. (§. 45.)

4. Strafbare Begünstigung.

Wer ohne vorhergehende ausdrückliche oder stillschweigende Uebereinkunft dem Verbrecher erst nach begangener That in Beziehung auf dieselbe wissentlich Vorschub leistet, namentlich denselben wissentlich aufnimmt, verbirgt, zur Flucht oder zur Unterdrückung der Spuren oder Beweismittel des Verbrechens behülflich ist, oder die Gegenstände des Verbrechens wissentlich annimmt, verheimlicht, an sich bringt, an Andere absetzt oder absetzen hilft, soll

wenn er die Begünstigung von Verbrechen gewerbmäßig betreibt, wie ein ungleicher Theilnehmer zweiten Grades, sonst, statt mit der auf die That gesetzten Todes- oder Kettenstrafe, mit Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr, im anderen Fällen mit Gefängniß

belegt werden.

Wenn jedoch Gefängniß auf der verbrecherischen Handlung steht, so ist Gefängniß von der geringsten außerordentlichen Dauer an bis zu einem Drittheile der festgesetzten Strafe und zwar, wenn Gefängniß von seiner geringsten ordentlichen Dauer an der verbrecherischen Handlung angedrohet ist, solche Strafart von der geringsten außerordentlichen Dauer an, oder verhältnismäßige Geldstrafe zu erkennen.

§. 48. (§. 46.)

5. Strafbare Mitwissenschaft.

Wer glaubwürdige Kenntniß von der bevorstehenden Ausführung folgender Verbrechen hat, nämlich des Hochverrathes, des Landesverrathes, des Aufstandes, des Falschmünzens, der Fälschung von Creditpapieren, der Tödtung, der schweren Körperbeschädigung, des Menschenraubes, der Nothzucht, des Raubes, der Brandstiftung, der gemeingefährlichen Beschädigung, des Diebstahls mit Waffen oder Einbruch, und solche nicht durch schleunige, der Obrigkeit oder dem Gefährdeten gegebene Nachricht oder durch sonstige ihm zu Gebote stehende Mittel, so weit dies ohne Gefahr für ihn oder seine Angehörigen geschehen kann, zu verhindern sucht, soll, sofern die Ausführung hernach wirklich unternommen oder erfolgt ist, Gefängniß nicht unter ein Jahr erleiden, wenn das Ver-



brechen mit Todes- oder lebenslänglicher Kettenstrafe bedrohet ist, sonst Gefängniß. Wenn jedoch Gefängniß auf der verbrecherischen Handlung steht, so ist Gefängniß von der geringsten außerordentlichen Dauer an bis zu einem Drittheile der festgesetzten Strafe und zwar, wenn Gefängniß von seiner geringsten ordentlichen Dauer an der verbrecherischen Handlung angedrohet ist, solche Strafart von der geringsten außerordentlichen Dauer an, oder verhältnismäßige Geldstrafe zu erkennen.

Wer weiß, daß ein Unschuldiger wegen irgend eines Verbrechens zur Untersuchung und Haft gezogen oder durch gerichtliches Erkenntniß zu einer Strafe verurtheilt oder nur von der Instanz absolviert ist, den Thäter kennt und ihn nicht anzeigt, soll nach gleichen Grundsätzen bestraft werden.

#### §. 49. (§. 47.)

##### **Straflose Begünstigung und Mitwissenschaft.**

Die Bestimmungen der §§. 47. und 48. leiden keine Anwendung auf die Angehörigen (§. 73.) des Verbrechers, es wäre denn, daß sie an dem verbrecherischen Gewinne selbstständig handelnd Theil genommen hätten, oder von Amtswegen zu einer Anzeige verpflichtet wären.

#### §. 50. (§. 41.)

##### **6. Gemeinschaftliche Bestimmungen.**

###### **1. Zusammentreffende Anstiftung, Theilnahme und Beihilfe.**

Ein Anstifter, der zugleich Theilnehmer oder Gehülfe ist, wird nach den über Anstiftung von Verbrechen gegebenen Bestimmungen (§. 37. № 1., §. 41. und §. 51. № 1.) beurtheilt.

#### §. 51. (§. 42.)

###### **II. Zurütretende Anstifter, vertragsmäßige Theilnehmer und Gehülfen.**

Haben Anstifter, vertragsmäßige Theilnehmer oder Gehülfen vor dem Anfange der Ausführung des verbrecherischen Vorhabens solche, soviel sie vermogten, zu verhindern gesucht, ohne jedoch zeitig der Obrigkeit Anzeige zu machen (§. 69. № 3.), oder hat den Genossen der Anstifter seinen ernstlichen Willen, daß die Verübung der That unterbleibe, oder der vertragsmäßige Theilnehmer seinen völligen Rücktritt erklärt, oder hat der Gehülfe seine Zusage, insofern nur in dieser seine Beihilfe besteht, zurückgenommen, und es wird in Folge der Anstiftung, Uebereinkunft oder Beihilfe von den Genossen dennoch zu der Ausführung des Verbrechens geschritten, so sind sie folgendergestalt zu strafen:

1) den Anstifter trifft, wenn die begangene That mit Todes- oder Ket-

tenstrafe bedrohet ist, Zuchthaus; wenn sie mit Zuchthaus bedrohet ist, Zwangsarbeit; in anderen Fällen Gefängnißstrafe. Wenn jedoch Gefängniß auf der verbrecherischen Handlung steht, so ist Gefängniß von der geringsten außerordentlichen Dauer an bis zu einem Drittheile der festgesetzten Strafe und zwar, wenn Gefängniß von seiner geringsten ordentlichen Dauer an der verbrecherischen Handlung angedrohet ist, solche Strafart von der geringsten außerordentlichen Dauer an oder verhältnißmäßige Geldstrafe zu erkennen.

- 2) Der vertragsmäßige Theilnehmer und Gehülfe ist, wenn auf die begangene That Todes- oder Kettenstrafe gesetzt ist, mit Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr, sonst mit Gefängniß- oder Geldstrafe zu belegen, und zwar nach den unter N<sup>o</sup> 1. gegebenen Vorschriften.

### §. 52. (§. 43.)

#### III. Ueberschreitung der Absicht oder Uebereinkunft.

Hat ein Genosse bei Ausführung der That eine nicht bei der Anstiftung oder Hülfsleistung beabsichtigte oder in der Uebereinkunft begriffene Handlung begangen, so fällt diese dem Anstifter, dem Gehülfen oder vertragsmäßigen Theilnehmer nicht zur Schuld.

### §. 53. (§. 44.)

#### IV. Werthsberechnung.

Nichtet sich die Größe der Strafe nach dem Werthe des Gegenstandes des Verbrechens oder dem angerichteten Schaden, so ist jedem Mitschuldigen dessen ganzer Betrag anzurechnen.

### §. 54. (§. 47a.)

#### V. Verhältniß der Strafbarkeit bei Mitschuldigen.

Die aus den persönlichen Verhältnissen eines Mitschuldigen sich ergebenden besonderen Eigenschaften der That, so wie die in dessen Person liegenden besonderen Straf-Erhöhung-, Herabsetzungs- oder Zurechnungsgründe wirken auf die übrigen Mitschuldigen nicht zurück, sondern deren Strafbarkeit ist lediglich nach den in ihnen selbst liegenden Gründen dieser Art zu beurtheilen\*).

\*) §. 41. a. E. §. 252.

## T i t e l 6.

# Gründe der Erhöhung oder Herabsetzung der auf die Uebertretung gesetzten Strafen.

### §. 55. (§. 48.)

#### 1. Zusammentreffen mehrerer Uebertretungen.

##### 1. Gleichzeitiges Zusammentreffen.

Sind durch dieselbe Handlung mehrere Uebertretungen begangen, so ist die auf die begangene schwerste Uebertretung gesetzte Strafart in verhältnißmäßig höherem Maaße anzuwenden, und dieses Strafmaaß kann bis zur längsten außerordentlichen Dauer der anzuwendenden Strafart steigen, wenn eine der zu bestrafenden Uebertretungen bis zu der längsten ordentlichen Dauer ihrer Strafart bedrohet ist.

Sind durch verschiedene Handlungen, welche nicht allein die Fortsetzung desselben Verbrechens sind, mehrere Uebertretungen begangen und zugleich zu bestrafen, so trifft den Thäter die durch jede derselben verschuldete Strafe, bei deren Bestimmung nach der §. 25. gegebenen Vorschrift zu verfahren ist.

Finden sich unter den zugleich zu bestrafenden Verbrechen indessen mehrere gegen fremdes Eigenthum gerichtete und gleichartige\*), so ist auf die schwerste Strafe zu erkennen, welche sich ergibt, je nachdem man die so eben gegebene Bestimmung zur Anwendung bringt, oder je nachdem man den Betrag sämmtlicher Verbrechen zusammenrechnet, die allein nach diesem Betrage sich ergebende Strafe anwendet und die etwa vorhandenen Auszeichnungen nur als Strafzumessungsgründe berücksichtigt. Nach gleichen Grundsätzen sind auch mehrere zusammentreffende Versuche dieser Verbrechen zu beurtheilen, nicht aber zusammentreffende vollführte und versuchte Verbrechen.

---

\*) §. 59.

### §. 56. (§. 49.)

#### II. Fortsetzung des Verbrechens.

Wenn die verschiedenen strafbaren Handlungen die Uebertretung desselben Strafgesetzes enthalten und entweder in Beziehung auf dasselbe dauernde Verhältniß begangen oder als die fortschreitende Ausführung desselben Entschlusses oder endlich als die Bestandtheile einer und derselben That zu betrachten sind, so sind diese verschiedenen Gesetzesübertretungen nur als ein Verbrechen zu bestrafen.

## §. 57. (§. 50.)

## III. Zusammentreffen mehrerer Strafabschufungsgründe.

Treffen bei einer Uebertretung mehrere Strafabschufungsgründe zusammen, so tritt die Strafe der schwersten Auszeichnung ein, und die übrigen, so wie das Zusammentreffen mehrerer, dieselbe Strafe bedingender Auszeichnungen sind als Erschwerungsgründe anzusehen.

## §. 58. (§. 51.)

## IV. Rückfall.

Wer, nachdem er wegen einer Uebertretung zufolge rechtlichen Erkenntnisses ganz oder theilweise Strafe erlitten hat, derselben oder einer gleichartigen \*) Uebertretung sich schuldig macht, soll mit härterer Strafe belegt werden, welche indeß die längste ordentliche Dauer der auf die Uebertretung gesetzten Strafart und insofern diese bis zu ihrer längsten ordentlichen Dauer der Uebertretung angedrohet ist, deren längste außerordentliche Dauer nicht übersteigen kann.

Anstiftung, Theilnahme und Versuch begründen die Rückfallsstrafen, keineswegs aber Beihülfe, Begünstigung und Mitwissenschaft; ausgenommen, wenn wegen einer dieser Arten der Mitschuld bereits Strafe vollzogen und dieselbe Art der Mitschuld an demselben oder einem gleichartigen Verbrechen wieder zu bestrafen ist.

Hat der Thäter wegen derselben oder einer gleichartigen verbrecherischen Handlung bereits eine schwerere als die jetzt zu erkennende Strafart erduldet, so ist diese in jene zu verwandeln, auch wenn sie unter die festgesetzte geringste außerordentliche Dauer derselben herabsinken sollte, jedoch vergeßt, daß selbst, wenn nach den über die Strafverwandlung gegebenen Bestimmungen (§. 25.) sich ein kürzeres Zeitmaaß, als das, nach welchem jede Strafart theilbar ist (§. 15.), ergeben sollte, doch unter dieses geringste Maaß nicht herabgegangen werden soll.

\*) §. 59.

## §. 59. (§. 52.)

## V. Gleichartige Verbrechen.

Als gleichartige Verbrechen sind im Sinne des §. 55. und des §. 58. nur die nachstehend unter jeder einzelnen Ziffer aufgeführten zu betrachten, nämlich

- 1) Aufruhr und Auflauf;
- 2) Falschmünzen, Münzverfälschung und Verbreitung falschen \*) Geldes;
- 3) Fälschung von Creditpapieren, des Stempelpapiers und öffentlicher Urkunden;
- 4) Meineid, leichtsinniger Eid und Eidesbruch;

\*) (oder verfälschten).

- 5) Nothzucht, Schändung, Mißbrauch von Kindern zur Unzucht und widernatürliche Unzucht;
- 6) Raub, gewaltsame Erpressung und Diebstahl mit Waffen;
- 7) Falsche Anklage und Verläumdung;
- 8) Diebstahl, Unterschlagung, Betrug und Fälschung.

Verbrechen aus Vorsatz und Fahrlässigkeit sind nicht gleichartig.

§. 60. (§. 53.)

## 2. Jugend und Blödsinn.

Gegen Verbrecher unter einundzwanzig Jahren so wie gegen Personen, bei welchen durch verhinderten Vernunftgebrauch, unverschuldete Verdunkelung des Bewußtseins, Blödsinn oder Taubstummheit die Zurechnungsfähigkeit \*) zwar nicht aufgehoben, aber doch erheblich vermindert ist, soll auf eine mildere Strafe, und zwar statt Todes- oder Kettenstrafe, auf Zuchthaus, bis zu dessen längsten außerordentlichen Dauer; statt Zuchthaus und Zwangsarbeit auf die zunächst folgende gelindere Strafart bis zu deren längsten außerordentlichen Dauer, und bei mit Gefängniß bedroheten verbrecherischen Handlungen zwar auf die bestimmte Strafart, jedoch von ihrer geringsten außerordentlichen Dauer an, erkannt werden.

Hätte ein jugendlicher Verbrecher über achtzehn Jahre indeß mit besonderer Ueberlegung und Bosheit gehandelt, so soll, statt auf Todes- oder lebenslängliche Kettenstrafe, auf zeitliche Kettenstrafe bis zu deren längsten außerordentlichen Dauer erkannt werden.

\*) §. 30.

§. 61. (§. 54.)

## 3. Unverschuldete Haft und Leiden.

Die Dauer unverschuldeter Haft ist auf zeitliche Freiheitsstrafen anzurechnen, und zwar dergestalt, daß dieselbe den verschiedenen Arten der Freiheitsstrafen gleich geachtet wird, auch wenn auf diese Weise der noch übrig bleibende Strafrest unter die für die zu erkennende Strafart festgesetzte geringste außerordentliche Dauer herabsinken, oder, insofern als Strafrest selbst nicht das geringste Maaß, nach welchem jede Strafart theilbar ist (§. 15.), übrig bleibt, ganz aufgehoben werden sollte.

Gleichmaßen soll der Richter dem Verbrecher die demselben während der Untersuchung etwa durch die Behörden oder deren Diener widerrechtlicher Weise zugefügten Uebel auf zeitliche Freiheitsstrafen nach vernünftigem Ermessen in Anrechnung bringen.

Durch Anrechnung der Haft oder solcher Uebel werden indeß die

gesetzlichen Folgen der eigentlich zu erkennenden Strafart nicht aufgehoben.

§. 62. (§. 55.)

4. Zusammentreffen mehrerer Strafherabsetzungs- oder wichtiger Minderungsgründe.

Wenn so viele und so wichtige Strafherabsetzungs- oder, in dem §. 66. unter Nummer 1 bis 8 aufgeführte, Strafminderungsgründe, besonders solche, welche die Zurechnungsfähigkeit und die Bössartigkeit des Thäters vermindern, zusammentreffen, daß nach richterlichem Ermessen selbst die geringste der That angedrohte Strafe mit deren Strafbarkeit nicht im richtigen Verhältnisse stünde, so sind die Gerichte ermächtigt:

- 1) Nicht nur bis auf die geringste außerordentliche Dauer der zu erkennenden Strafart herabzugehen, sondern auch
- 2) auf die zunächst folgende geringere Strafart bis zu deren längsten außerordentlichen Dauer zu erkennen, und zwar statt Todesstrafe lebenslängliche oder zeitliche Kettenstrafe bis von jener Dauer, wenn die Strafherabsetzungs- oder Minderungsgründe in einem Falle zusammentreffen, der schon mit der geringsten außerordentlichen Dauer der zu erkennenden Strafart bedrohet, oder durch die ganz ungewöhnliche Zahl und Wichtigkeit der Minderungsgründe die geringere Strafart gerechtfertigt ist.

In beiden Fällen ist, wenn auf Gefängniß zu erkennen sein würde, statt dessen auf Verweis zu erkennen.

Auch sind bei dem Vorhandensein dieser Umstände die Gerichte ermächtigt, dem Thäter, welchem weder Gewinnsucht noch sonst eine schändliche Gesinnung beigemessen werden kann, die Fähigkeit, Ehren- und Dienstrechte künftig zu erlangen, so wie die Fähigkeit, eine Vormundschaft oder Curatel künftig zu führen \*), vorzubehalten.

\*) §. 17.

## Titel 7.

### Gründe der Strafzumessung innerhalb des gesetzlichen Strafmaasses.

§. 63. (§. 56.)

1. Allgemeiner Grundsatz.

Innerhalb der durch das Gesetz bestimmten Gränzen hat der Richter dem Schuldigen, unter sorgfältiger Berücksichtigung der besondern

Umstände jedes einzelnen Falles, die Strafe zuzumessen, und zwar vornehmlich nach Maaßgabe der bewiesenen Bösartigkeit des Thäters und außerdem nach der Gefährlichkeit und Schädlichkeit der verbrecherischen Handlung.

Ueber die durch das Gesetz bestimmten Gränzen hinaus darf der Richter wegen solcher Erschwerungs- oder Minderungsgründe nicht erkennen, und daher, außer in dem durch das Gesetz ausdrücklich bestimmten Falle (§. 62.), weder die festgesetzte Strafart noch das festgesetzte Strafmaaß ändern.

#### §. 64. (§. 57.)

### 2. Besondere Bestimmungen.

#### 1. Erschwerungsgründe,

##### A. Aus der Person des Thäters.

Die Strafbarkeit des Thäters steigt:

- 1) Je zahlreicher und wichtiger die Beweggründe für Unterlassung der That, je mannichfacher und größer die verletzten Pflichten und je deutlicher diese Beweggründe und Pflichten zu erkennen sind;
- 2) je mehr Geflossenheit, List oder Dreistigkeit angewendet ist oder je mehrere und größere Hindernisse zu überwinden sind;
- 3) je mehr Theilnehmer zu dem Verbrechen sich verbunden haben, je verwerflicher die Mittel, sie heranzuziehen, gewesen sind und je mehr sich der Anstifter, Theilnehmer, Gehülfe oder Begünstiger durch Thätigkeit vor seinen Genossen bei Begehung des Verbrechens ausgezeichnet hat;
- 4) je geringfügiger die Veranlassung zur That ist und je mehr der Thäter aus freiem Antriebe und Lust an dem Verbrechen gehandelt hat;
- 5) je bösartiger und gefährlicher die Begierden sind, welche zu dem Verbrechen reizten;
- 6) je verdorbener der frühere Lebenswandel des Thäters ist, besonders je öfter er wegen anderer Verbrechen bereits verurtheilt oder bestraft ist, und je größer die vorher erlittenen Strafen gewesen sind;
- 7) bei fahrlässigen Verbrechen, je mehr der Thäter die Gefährlichkeit seiner Handlung einsah oder je mehr er im Stande war, die Entstehung des rechtswidrigen Erfolges und dessen Größe vorherzusehen.

#### §. 65. (§. 58.)

##### B. Aus der Beschaffenheit der That.

Die Strafbarkeit der That steigt:

- 1) Mit der Größe der beabsichtigten oder entstandenen Beschädigung ;
- 2) mit dem Umfange der Gefahr oder Beschädigung, je nachdem diese sich nur auf Einzelne oder eine unbestimmte Menge, auf ganze Gemeinden oder den Staat erstrecken ;
- 3) bei den Mitschuldigen mit der Größe und Gefährlichkeit des Verbrechens, auf welche sich ihre Mitschuld bezieht ;
- 4) bei versuchten Verbrechen mit der größeren Annäherung an die Vollendung der That, mit der Gefährlichkeit der angewendeten Mittel und je mehr nur in äußeren, von dem Thäter unabhängigen Umständen die unterbliebene Ausführung des Unternehmens liegt ;
- 5) bei mehreren durch dieselbe Handlung verübten Verbrechen mit der Zahl und Schwere der einzelnen Uebertretungen ;
- 6) bei dem Rückfall, mit der Zahl und Schwere der bereits erlittenen Strafen und der Kürze der Zeit, die zwischen der zuletzt erlittenen und jetzt zu erkennenden Strafe liegt.

§. 66. (§. 59.)

## II. Minderungsgründe.

Die Strafe wird gemindert:

- 1) Wenn der Thäter aus Mangel an Unterricht, wegen Verstandeschwäche oder Trunkenheit (insofern diese Zustände die Zurechnung nicht ausschließen\*) oder erheblich vermindern\*\*) die Strafwürdigkeit und die ganze Gefährlichkeit seiner Handlung nicht eingesehen hat ;
- 2) wenn er durch Ueberredung, arglistige Versprechen, Befehl oder Drohungen (sofern diese die Strafbarkeit nicht ausschließen\*\*\*) zu dem Verbrechen verleitet ist ;
- 3) wenn er durch eine, die Strafbarkeit nicht aufhebende Noth†) zu dem Verbrechen veranlaßt ist ;
- 4) wenn eine ungesuchte günstige Gelegenheit ihn zu der That fortgerissen hat ;
- 5) wenn er in zufällig entstandener, an sich zu entschuldigender Gemüthsbewegung gehandelt hat ;
- 6) wenn sein bisheriger Lebenswandel oder sein Benehmen bei Ausführung der That ihn als weniger gefährlich darstellt, insbesondere
  - a. wenn er seine Genossen von größerem Schaden abgehalten hat ;
  - b. wenn er die schädlichen Folgen des Verbrechens zu verhindern sucht ;
  - c. wenn er den verursachten Schaden zu vergüten freiwillig bemüht ist ;

\*) §. 30.

\*\*) §. 60.

\*\*\*) §. 33. 251.

†) §. 34.



- d. wenn der zurücktretende Anstifter, Theilnehmer oder Gehülfe, den Umständen nach, zu erwarten berechtigt war, daß die Ausführung des Verbrechens unterbleiben werde;
  - e. wenn der Schuldige sich selbst dem Gerichte anzeigt und die §. 69. Nr. 3. enthaltene Bestimmung nicht auf ihn anzuwenden ist;
  - f. wenn er in der Untersuchung vor der Ueberführung seine Schuld bekennt;
- 7) wenn, seiner bürgerlichen Verhältnisse oder seines vorgerückten Lebens-Alters wegen, die Strafe ihn besonders hart trifft;
  - 8) wenn seit Verübung des Verbrechens längere Zeit verflossen ist, und er inzwischen keine neue Verbrechen beging.
  - 9) wenn bei dem Zusammentreffen mehrerer, nicht durch dieselbe Handlung begangener Uebertretungen, durch Zusammenrechnung der vollen verwirkten Strafen ein verhältnißmäßig zu hartes Strafmaß entstehen würde.

## Titel 8.

### Tilgung der Strafbarkeit.

#### 4. 67. (§. 60.)

##### 1. Durch den Tod des Verbrechers.

Durch den Tod des Verbrechers erlischt das Verbrechen.

Während seiner Lebenszeit gegen ihn ergangene vollstreckbare Erkenntnisse auf Confiscation, Geldstrafen und Untersuchungskosten, sind indeß auch gegen seine Erben zu vollziehen.

#### §. 68. (§. 61.)

##### 2. Durch Strafe, Niederschlagung der Untersuchung und Begnadigung.

Wer wegen einer verbrecherischen Handlung die erkannte Strafe erlitten, Niederschlagung der Untersuchung oder Begnadigung erlangt hat, kann wegen dieser That nicht wieder zur Untersuchung und Strafe gezogen werden.

Die ohne Beschränkung zugestandene Begnadigung tilgt die sämtlichen Folgen der erkannten Strafe \*).

\*) §. 17.

## §. 69. (§. 63.)

3. Durch Abstecken von dem Unternehmen, durch Zurücktreten und Anzeige bei der Obrigkeit.

Straffrei soll sein:

- 1) Der Thäter, welcher von der begonnenen Ausführung des Verbrechens aus freiem Antriebe völlig absteht, insofern nicht die bereits unternommene Handlung an sich strafbar ist;
- 2) der Anstifter, vertragmäßige Theilnehmer oder Gehülfe, welcher von dem verbrecherischen Vorhaben zurücktritt (§. 51.), wenn die Ausführung desselben unterblieben ist;
- 3) der Mitschuldige, der zu einer Zeit, wo noch der Vollführung des Verbrechens vorgebeugt werden konnte, von diesem und seinen Genossen der Obrigkeit, bevor sie eingeschritten, Anzeige macht.

## §. 69. (§. 63.)

## 4. Durch Zurücknahme der Anzeige.

Bei Verbrechen, welche nicht von Amtswegen untersucht werden\*), erlischt die Strafbarkeit durch rechtsgültige Zurücknahme der Anzeige\*\*).

\*) §. 244.    \*\*) §. 247.

## §. 71. (§. 64.)

## 5. Durch Verjährung.

## I. Deren Zeitrisen.

- 1) Die gerichtliche Verfolgung ist nicht mehr zulässig:

- I. wegen der von Amtswegen zu untersuchenden verbrecherischen Handlungen
  - A. nach zwanzig Jahren und zwar nur insofern überall keine Untersuchung eingeleitet worden, wegen der mit Todes- oder lebenslänglicher Kettenstrafe;
  - B. nach funfzehn Jahren wegen der mit zeitlicher Kettenstrafe;
  - C. nach zehn Jahren wegen der mit Zuchthaus;
  - D. nach fünf Jahren wegen der mit Zwangsarbeit oder Gefängniß nicht unter ein Jahr;
  - E. nach drei Jahren, wegen der mit Zwangsarbeit oder Gefängnißstrafe bis von einem Jahre bedrohten Uebertretungen;
- II. wegen der nicht von Amtswegen zu untersuchenden verbreche-

rischen Handlungen\*) erlischt das Recht zur Anzeige nach einem Jahre oder nach fünf Jahren (§. 72. Absatz 2.); nach gemachter Anzeige treten aber auch für die Verjährung dieser Uebertretungen die unter I. bestimmten Zeiträume ein.

2) Von den bereits erkannten Strafen verjährt:

- I. zeitliche Kettenstrafe in zwanzig Jahren, oder wenn die zu verjährende Strafe von längerer Dauer ist, in diesem längeren Zeitraume;
- II. Zuchthaus in funfzehn;
- III. Zwangsarbeit oder Gefängnißstrafe nicht unter ein Jahr, in zehn;
- IV. Zwangsarbeit oder Gefängniß bis von einem Jahre oder Verweis in fünf Jahren.

Die Verjährung der Strafe hebt aber die mit derselben verbundenen gesetzlichen Folgen nicht auf. (§. 17.)

Wegen mit Todesstrafe oder lebenslänglicher Kettenstrafe bedrohter verbrecherischen Handlungen findet, wenn bereits die Untersuchung eingeleitet oder die Todes- oder lebenslängliche Kettenstrafe erkannt worden, eine Verjährung nicht statt. Nach Ablauf von zwanzig Jahren soll indeß statt der Todesstrafe lebenslängliche Kettenstrafe erkannt oder vollzogen werden.

Ist seit Beendigung der Strafvollziehung die für die erlittene Strafart (Nr. 2.) bestimmte Verjährungsfrist abgelaufen, so hört der Rückfall auf, ein Straferhöhungsgrund zu sein.

---

\*) §. 244.

## §. 72. (§. 65.)

### II. Deren Anfang, Lauf und Ende.

Die Verjährung der gerichtlichen Verfolgung der von Amtswegen zu untersuchenden Verbrechen beginnt mit dem Augenblicke, in welchem das Verbrechen vollbracht oder die Versuchshandlung beendet ist, bei fortbauenden Verbrechen \*) mit deren Aufhören.

Die einjährige Verjährung der Anzeige beginnt mit dem Augenblicke, in welchem der zur Anzeige Berechtigte Wissenschaft von dem Verbrechen erhält; die gerichtliche Anzeige ist indeß nicht mehr zulässig, insofern eine fünfjährige Frist, vom Augenblicke der Verübung der verbrecherischen Handlung an, bereits abgelaufen ist.

---

\*) §. 56.

Die Verjährung der Rechtsverfolgung wird durch jede gegen den Verbrecher als solchen gerichtete Handlung des untersuchenden Gerichts, bei den nicht von Amtswegen zu untersuchenden Verbrechen auch durch die Anzeige oder jede neue Anregung des Betheiligten unterbrochen. Sie läuft wieder von der letzten gerichtlichen Handlung oder Anregung des Betheiligten an.

Die Verjährung der Strafen beginnt mit der Eröffnung des vollstreckbaren Erkenntnisses, oder, falls der Anfang mit der Strafvollstreckung bereits gemacht ist, mit dem Augenblicke, in welchem sie eingestellt wird oder der Verurtheilte sich derselben entzieht.

Sie wird unterbrochen durch Erneuerung der Strafvollstreckung oder durch Ergreifung des Verurtheilten zum Zweck der Strafvollziehung.

Die Verjährung ist beendet mit dem Anfange des letzten Tages der Verjährungsfrist.

Was hier über die Verjährung verordnet worden, gilt auch für den Anfang, den Lauf und das Ende des im §. 71. erwähnten, die Todesstrafe ausschließenden zwanzigjährigen Zeitraums.

## T i t e l 9.

### W o r t e r k l ä r u n g e n.

#### §. 73. (§. 66.)

##### A n g e h ö r i g e.

Unter Angehörigen sind zu verstehen: Blutsverwandte, in auf- und absteigender Linie und in der Seitenlinie bis zum vierten Grade (civilrechtlicher Berechnung) einschließlich, Stief- und Schwieger-Eltern und Kinder, Ehegatten, Schwäger, Verlobte, angenommene Eltern und Kinder, Vormund und Mündel.

#### §. 74. (§. 67.)

##### E h r e n r e c h t e.

Zu den Ehrenrechten gehören: der Adel, Würden, auch geistliche und academische, Titel, Orden und Ehrenzeichen.

#### §. 75. (§. 68.)

##### P o l i t i s c h e R e c h t e.

Die politischen Rechte begreifen unter sich das Recht, bei Gemeinde- oder landschaftlichen Wahlen zu wählen oder gewählt zu werden.

## §. 75. (§. 69.)

**Dienstrechte.**

Zu den Dienstrechten sind diejenigen zu rechnen, welche aus einer öffentlichen Function entspringen, zu deren Ausübung die Beeidigung oder die Verpflichtung mittelst Handgelöbnisses an Eides Statt vor einer obrigkeitlichen Behörde \*) erfolgt, also auch der mit der öffentlichen Function verbundene Titel, Rang und Gehalt, so wie der Genuss einer Pension in Folge eines solchen Dienstes.

\*) §. 248. Nr. 5.

## §. 77. (§. 70.)

**Obrigkeit.**

Zu den Obrigkeiten gehören: die Magistrate der Städte und mit städtischer Verwaltung versehenen Flecken, die Herzoglichen Stadt-Polizeibehörden und Polizeidirectionen, die Ämter und Stadtgerichte, die Kreisgerichte, so wie alle obere Justiz- und Administrationsbehörden.

## §. 78. (§. 71.)

**Obere und untere Beamte.**

Als obere Beamte sind im Sinne dieses Gesetzbuches zu betrachten: alle Justiz-, Polizei- und Administrations- und städtische Beamte, welche nach den Bestimmungen des Staatsdienstgesetzes und der Städteordnung zu den Beamten der ersten Classe gehören; ferner Militairbeamte mit Offiziersrang, so wie diejenigen Personen, welche in Gemäßheit der §§. 10. und 11. der Verordnung vom 26. März 1823 Nr. 7. und der Verordnung von demselben Tage Nr. 9. die Localpolizei verwalten;

als untere Beamte: alle Justiz-, Polizei-, Administrations- und städtische Beamte, welche nach den Bestimmungen des Staatsdienstgesetzes und der Städteordnung zu den Beamten zweiter Classe gehören, die Ortsvorsteher und die diese vertretenden Ortsgeschworenen, endlich Militairbeamte ohne Offiziersrang.

## §. 79. (§. 72.)

**Gefährliche Drohungen.**

Gefährliche Drohungen sind solche, die mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben verbunden sind.

## §. 80. (§. 73.)

**Waffen.**

Waffen sind Werkzeuge, deren gewöhnliche Wirkung bei gewaltthätigem Gebrauche lebensgefährlich ist.

## **Zweites Buch.**

---

# **B e s o n d e r e   B e s t i m m u n g e n**

**ü b e r   d i e**

# **e i n z e l n e n   e r b r e c h e n   u n d   d e r e n   B e s t r a f u n g .**

---

## **Titel 1.**

### **Öeffentliche Verbrechen.**

#### **Capitel 1.**

**Hochverrath, Landesverrath und staatsgefährliche Handlungen.**

---

#### **§. 81. (§. 74.)**

##### **I. H o c h v e r r a t h .**

###### **1) Hochverrath selbst.**

**Wer**

- I. ein vorsätzliches Verbrechen wider das Leben, die Gesundheit oder die Freiheit des Staatsoberhauptes (Landesfürsten oder Landesregenten) vollendet oder auszuführen angefangen hat;

**II. einen gewaltsamen Angriff macht**

- 1) gegen das Regierungsrecht des Staatsoberhauptes;
- 2) gegen die Selbstständigkeit des Staates, um das ganze Herzogthum oder einen Theil desselben einem fremden Staate zu unterwerfen oder einzuverleiben;
- 3) gegen die Landesverfassung, um dieselbe ganz oder in wesentlichen Theilen umzustürzen;
- 4) gegen die Selbstständigkeit und Verfassung des deutschen Bundes,

soß mit dem Tode bestraft werden.

Wäre indeß ein gegen die Gesundheit oder Freiheit des Staatsoberhauptes gerichtetes Unternehmen nur bis zu dem nicht beendigten Versuche vorgeschritten, so ist lebenslängliche oder zeitliche Kettenstrafe nicht unter zehn Jahren zu erkennen.

Ist bei einem hochverrättherischen Angriffe (Nr. II. 1. bis 4.) eine vorsätzliche Tödtung, ein Raub oder eine Brandstiftung verübt, so kön-

nen die Gerichte von der ihnen §. 62. ertheilten Ermächtigung nicht Gebrauch machen.

### §. 82. (§. 75.)

#### 2) Verschwörung.

Wenn zwei oder mehrere Personen die Art und Zeit der Ausführung eines hochverrätherischen Unternehmens verabredet haben, so sollen sie, im Falle die hochverrätherische Absicht gegen das Leben des Staatsoberhauptes gerichtet ist, mit lebenslänglicher, sonst aber mit zeitlicher Kettenstrafe belegt werden.

### §. 83. (§. 76.)

#### 3) Vorbereitung des Hochverraths.

Wer eine Handlung zur Vorbereitung des Verbrechens des Hochverraths begeht, soll bestraft werden:

- 1) mit Zuchthaus, wenn er öffentlich, durch Rede oder Schrift zu hochverrätherischen Handlungen aufgefordert; Verbindungszeichen aufgesteckt oder vertheilt; Mannschaften angeworben oder in den Waffen geübt; Versammlungen zu hochverrätherischen Zwecken gehalten oder solchen als Theilnehmer beigewohnt; Waffen oder sonstige zum Angriffe dienliche Mittel ausgetheilt oder angenommen hat;
- 2) mit Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr in andern Fällen, insbesondere wenn er die Verbreitung von Grundsätzen, durch welche die Existenz des Staates gefährdet wird, mit Andern verabredet; zu hochverrätherischen Handlungen auffordert; hochverrätherische Pläne Andern mittheilt; zu hochverrätherischen Zwecken aufreizende Schriften verbreitet; Waffen oder andere Angriffsmittel anschafft oder bereit hält.

### §. 84. (§. 77.)

#### II. L a n d e s v e r r a t h.

##### 1) Ersten Grades.

Wer eine auswärtige Macht zum Kriege wider das Herzogthum oder den deutschen Bund auffordert oder Einverständnisse unterhält, um einen solchen Krieg zu veranlassen; nach ausgebrochenem Kriege die Waffen wider das Herzogthum oder den deutschen Bund oder deren Bundesgenossen trägt; Soldaten zum Aufstande oder vor dem Feinde zur Desertion verführt; dem Feinde Vertheidigungsposten verrätherisch übergiebt; ihm Operationspläne und dergleichen mittheilt; ihm Mannschaften oder Kriegsbedarf zuführt; ihm als Spion dient oder die Absichten feindlicher Spione



befördert; oder sonst den Feind freiwillig in seinen Unternehmungen gegen das Herzogthum unterstützt;

wer mit dem Bewußtsein der Gefährlichkeit seiner Handlung, Briefe, Urkunden, oder Geheimnisse des Staats, welche auf dessen politische oder rechtliche Verhältnisse sich beziehen, einer fremden Regierung verräth oder ausliefert, oder solche zu Gunsten einer fremden Regierung unterdrückt oder verfälscht, oder ein ihm aufgetragenes Staatsgeschäft bösslich zum Nachtheil des Staats führt,

soll mit zeitlicher und, im Falle ein erheblicher Schaden gestiftet ist, selbst mit lebenslänglicher Kettenstrafe belegt werden.

#### §. 85. (§. 78.)

##### 2. Zweiten Grades.

Wer mit dem Bewußtsein der Gefährlichkeit seiner Handlung in einer öffentlichen oder Privatangelegenheit eine fremde Macht zu einer den Staat gefährdenden Einmischung auffordert; die Staatsgränzen zu Gunsten des Nachbarstaates verrückt oder ungewiß macht, soll Zuchthaus erleiden.

#### §. 86. (§. 79.)

### III. Staatsgefährliche Handlungen.

1) Verrätherische Angriffe oder Unternehmungen gegen auswärtige Regenten und Staaten.

Wer gegen einen auswärtigen verbündeten Regenten oder Staat sich einer Handlung schuldig macht, welche, gegen das Staatsoberhaupt oder das Herzogthum verübt, als Hochverrath oder Landesverrath anzusehen sein würde, soll folgende Strafen erleiden:

- 1) Wegen hochverrätherischer Handlungen zeitliche Kettenstrafe und wenn die in dem vorliegenden Absätze des §. 81. erwähnten Umstände eintreten, oder wegen einer hochverrätherischen Verschwörung gegen das Leben des Regenten Zuchthaus; wegen anderer hochverrätherischer Verschwörungen Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr, und wegen Vorbereitungen zum Hochverrathe Gefängniß nicht unter ein Jahr;
- 2) wegen landesverrätherischer Handlungen ersten Grades Zuchthaus, und wegen landesverrätherischer Handlungen zweiten Grades Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr.

#### §. 87. (§. 80.)

##### 2. Verleitung zur Desertion und unerlaubtes Verben.

Wer Soldaten zur Desertion verleitet, oder deren Desertion beför-

dert oder begünstigt, oder Landes-Einwohner zum auswärtigen Kriegsdienste anwirbt, soll, falls dies zu einer Zeit geschehen ist, wo das stehende Truppendeichs auf den Kriegsfuß gesetzt, oder vermöge eines Bundesbeschlusses mobil gemacht ist, Zwangsarbeitsstrafe nicht unter ein Jahr, sonst Zwangsarbeit bis von einem Jahre erleiden.

### §. 88. (§. 81.)

#### 3) Unerlaubte Verbindungen.

Wer an unerlaubten Verbindungen Theil nimmt, soll

- 1) mit Gefängnißstrafe nicht unter ein Jahr belegt werden, wenn die Verbindung bezweckt, die Vollstreckung der Geseze oder die Ausübung der Verwaltungsbefugnisse der Landesregierung zu hemmen oder unwirksam zu machen;
- 2) mit Gefängnißstrafe von drei Monaten bis von einem Jahre, wenn die Verbindung als ordnungswidrig von der Landesregierung untersagt ist.

### §. 89. (§. 82.)

#### 4) Verbreitung falscher Nachrichten und Aufreizung.

Wer wissenschaftlich falsche für den Staat nachtheilige oder für die öffentliche Sicherheit beunruhigende Nachrichten, oder aufreizende Schriften gegen die Landesregierung oder Landesverfassung verbreitet, oder sich aufreizender Aeußerungen gegen dieselbe schuldig macht, erleidet Gefängniß bis von einem Jahre.

## Capitel 2.

### Majestätsverbrechen.

#### §. 90. (§. 83.)

##### I. Beleidigungen des Staatsoberhauptes \*).

###### 1) Thätliche Beleidigungen.

Wer, außer dem Falle des Hochverraths, das Staatsoberhaupt \*\*) thätlich beleidigt, soll, im Falle vorbedachter Thätlichkeit, mit lebenslänglicher, in anderen Fällen, mit zeitlicher Kettenstrafe nicht unter zehn Jahren belegt werden.

\*) §. 95.    \*\*) §. 81. Nr. I.

## §. 91. (§. 84.)

## 2) Thätliche Drohungen.

Wer das Staatsoberhaupt \*) durch thätliche Drohungen beleidigt, soll, wenn die thätliche Drohung mit Vorbedacht geschehen, zeitliche Kettenstrafe bis von zehn Jahren; wenn solche Handlung in leidenschaftlicher Aufwallung verübt worden, Zuchthausstrafe nicht unter fünf Jahren erleiden.

\*) §. 81. Nr. 1.

## §. 92. (§. 85.)

## 3) Beleidigungen ohne Thätlichkeiten.

Wer das Staatsoberhaupt \*) durch Worte oder Handlungen (jedoch ohne Thätlichkeiten oder thätliche Drohungen), in Gegenwart oder öffentlich, d. h. durch verbreitete Schriften oder bildliche Darstellungen, oder an öffentlichen Orten, oder vor einer versammelten Menge schmätzt oder der Geringschätzung Preis zu geben sucht, oder wer dergleichen Schriften oder Darstellungen bösllich verbreitet, soll mit Zuchthaus; wer auf andere Weise Dessen Ehre angreift, oder die Ihm schuldige Ehrfurcht bösllich verlegt, mit Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr belegt werden.

\*) §. 81. Nr. 1.

## §. 93. (§. 86.)

## II. Beleidigungen der Landesfürstin und des Erbprinzen \*).

Wer die Landesfürstin oder den Erbprinzen beleidigt, wird im Falle einer vorbedachten Thätlichkeit mit zeitlicher Kettenstrafe nicht unter zehn Jahren, im Falle anderer thätlicher Beleidigungen mit Kettenstrafe bis von zehn Jahren; im Falle thätlicher Drohungen mit Zuchthaus; im Falle nicht thätlicher, jedoch öffentlicher oder in Gegenwart zugefügter Ehrverletzungen, mit Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr; in anderen Fällen mit Gefängniß von sechs Monaten bis von einem Jahre

bestraft.

\*) §. 95.

## §. 94. (§. 87.)

## III. Beleidigung der Mitglieder des Herzoglichen oder anderer Fürstlichen Häuser und der Gesandten \*).

Wer ein Mitglied des Herzoglichen Hauses oder der Familie eines

\*) §. 95.

auswärtigen souveränen Fürsten oder die diplomatischen Repräsentanten auswärtiger Höfe thätlich oder durch thätliche Drohungen beleidigt, soll Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr; wer diese Personen in Gegenwart oder öffentlich, jedoch ohne Thätlichkeiten beleidigt, Zwangsarbeit von sechs Monaten bis von einem Jahre, und in anderen Fällen Gefängniß von drei Monaten bis von einem Jahre erleiden.

§. 95. (§. 88.)

#### IV. Vorschriften wegen des Verfahrens.

Wegen aller in diesem Capitel enthaltenen Verbrechen werden die Gerichte zwar sofort von Amtswegen die Untersuchung einleiten, besonders die nöthigen Sicherheitsmaaßregeln treffen, die Untersuchung jedoch erst nach eingeholter landesherrlicher Genehmigung fortsetzen.

### Capitel 3.

#### Verbrechen gegen die öffentliche Ruhe.

##### I. Aufruhr.

§. 96. (§. 89.)

##### 1) Ersten Grades.

Wenn eine Menschenmenge, um gegen die Obrigkeit Gewalt zu verüben, sich öffentlich zusammenrottet, sei es, um eine Anordnung zu erzwingen oder zu hindern; oder um wegen einer Amtshandlung Rache zu nehmen oder zu einem anderen ähnlichen rechtswidrigen Zwecke, so sollen

I. wenn vorsätzliche Tödtung, Raub oder Brandstiftung verübt worden,

1) Anstifter, Räufelsführer und bewaffnete Theilnehmer mit zeitlicher Kettenstrafe;

2) nicht bewaffnete Theilnehmer mit Zuchthaus bestraft werden;

II. wenn geringere Gewaltthaten an Personen oder Sachen verübt sind,

1) Anstifter, Räufelsführer und bewaffnete Theilnehmer, Zuchthaus;

2) nicht bewaffnete Theilnehmer Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr erleiden.

§. 97. (§. 90.)

##### 2) Zweiten Grades.

Hat die zusammengeworfene Menge sich auf Befehl der Obrigkeit

oder deren Diener oder der bewaffneten Macht zwar nicht zerstreuet, ist jedoch, bevor an Personen oder Sachen Gewalt verübt worden, die Ruhe wieder hergestellt, so soll gegen Anstifter, Räbelsführer und bewaffnete Theilnehmer Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr, gegen nicht bewaffnete Gefängniß nicht unter ein Jahr erkannt werden.

§. 98. (§. 91.)

3) Dritten Grades.

Haben sich die Aufrührer sofort auf Befehl der Obrigkeit, deren Diener oder der bewaffneten Macht, oder freiwillig zerstreuet, so sollen nur die Anstifter und Anführer bestraft werden, und zwar mit Gefängniß nicht unter ein Jahr.

Gegen diejenigen, welche der aufrührerischen Menge sich als Zuschauer zugesellen und auf obrigkeitliche Aufforderung sich nicht entfernen, ist auf Gefängniß bis von drei Monaten oder verhältnißmäßige Geldstrafe zu erkennen.

§. 99. (§. 92.)

4) Meutereien der Gefangenen.

Gefangene der Straf-, Corrections- oder sonstigen Gefangenen-Anstalten, welche sich zusammenrotten, um mit Gewalt sich zu befreien, sind als Aufrührer zu bestrafen.

§. 100. (§. 93.)

5) Aufforderung zum Aufruhr.

Wer mündlich eine versammelte Menge, oder durch verbreitete Schriften, oder öffentliche Aufschläge oder sonst auf irgend eine Weise zum Aufruhr auffordert, ohne daß derselbe zum Ausbruche gekommen ist, wird mit Gefängniß nicht unter ein Jahr belegt.

§. 101. (§. 94.)

II. Auf lauf.

Wenn eine zusammengelaufene Menge der Obrigkeit oder ihren Dienern, oder der bewaffneten Macht bei Ausübung des Dienstes Ungehorsam oder Geringschätzung bezeigt, so tritt Gefängnißstrafe bis von einem Jahre ein.

Gegen diejenigen, welche der Menge als Zuschauer sich beigesellen und auf obrigkeitliche Aufforderung sich nicht entfernen, ist auf Gefängniß bis von vier Wochen oder verhältnißmäßige Geldstrafe zu erkennen.

## §. 102. (§. 95.)

## III. Oeffentliche Gewalt.

Mehrere, welche sich zusammenrotten, um gegen Personen oder Sachen Gewalt öffentlich zu verüben, sollen

- 1) wenn Gewalt an Personen verübt ist, die bewaffneten Theilnehmer mit Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr, die nicht bewaffneten mit Gefängnißstrafe nicht unter ein Jahr;
- 2) wenn sie an Sachen verübt ist, mit Gefängniß von drei Monaten bis von einem Jahre;
- 3) wenn weder an Personen noch Sachen Gewalt verübt worden, mit Gefängniß bis von sechs Monaten bestraft werden.

## §. 103. (§. 96.)

## IV. Oeffentliche Drohungen.

Wer die Bewohner einer ganzen Ortschaft durch Brandzeichen oder durch Drohbriefe mit Mord, Raub oder Brand bedrohet, erleidet Zwangsarbeitsstrafe nicht unter ein Jahr;

wer öffentlich gefährliche Drohungen ausstößt, oder Brand- oder Drohbriefe wissentlich auslegt oder verbreitet, Gefängniß bis von einem Jahre.

## §. 104. (§. 97.)

## V. Störung des Gottesdienstes.

Wer in eine Kirche oder in einen andern von der Regierung gestatteten religiösen Versammlungsort zur Zeit des Gottesdienstes gewaltthätig einfällt, um den Gottesdienst zu stören, oder wer gottesdienstliche Versammlungen oder Verrichtungen durch Gewalt oder gefährliche Drohungen verhindert, soll mit Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr bestraft werden.

Ungebührliche, jedoch nicht gewaltsame Störungen des Gottesdienstes oder gottesdienstlicher Verrichtungen sind mit Gefängniß bis von einem Jahre oder verhältnißmäßiger Geldstrafe zu belegen.

## §. 105. (§. 98.)

## VI. Burgfriedensbruch.

Wer widerrechtlich in Herzogliche Residenzen oder den dazu gehörigen geschlossenen Bezirk eindringt, oder wider ergangenes Verbot darin verweilt, erleidet

- 1) wenn eine solche Handlung während der Anwesenheit des Staatsoberhauptes oder der Landesfürstin begangen ist, Gefängniß nicht

unter ein Jahr, sobald zugleich Gewalt an Personen oder Sachen verübt worden oder der Thäter bewaffnet gewesen; sonst Gefängniß von einem Monate bis von einem Jahre;

- 2) wurde sie während der Abwesenheit des Staatsoberhauptes und der Landesfürstin begangen, so tritt Gefängniß von sechs Monaten bis von einem Jahre ein, wenn Gewalt an Personen oder Sachen verübt worden, oder wenn der Thäter bewaffnet gewesen; sonst Gefängniß bis von sechs Monaten oder verhältnismäßige Geldstrafe.

§. 106. (§. 99)

## VII. Eindringen in Gerichts- und andere öffentliche Gebäude.

Mit den im §. 105. unter Nummer 2 bestimmten Strafen sollen auch diejenigen belegt werden, welche in Gerichts- oder andere zum öffentlichen Dienste bestimmte Gebäude oder den dazu gehörigen geschlossenen Bezirk widerrechtlich eindringen oder wider ergangenes Verbot darin verweilen.

### Capitel 4.

## Verbrechen gegen die öffentliche Ordnung.

(§. 107. — §. 100.)

### I. Widerseßlichkeit und Thätlichkeiten gegen die Obrigkeit.

- 1) Wer einen oberen öffentlichen Beamten oder Officier während der Ausübung des Dienstes thätlich mißhandelt oder an demselben wegen einer Diensthandlung thätliche Rache nimmt, erleidet, falls er mit Verbedacht gehandelt, Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr, sonst Zwangsarbeit von sechs Monaten bis von einem Jahre;
- 2) wer den rechtmäßigen Befehlen und Anordnungen der Obrigkeit oder oberen öffentlichen Beamten oder Officiere gewaltsam Widerstand leistet, oder einen oberen öffentlichen Beamten oder Officier durch Gewalt oder gefährliche Drohungen zu einer Amtshandlung nöthigt oder davon abhält, wird, falls Waffen angewendet worden, mit Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr, sonst mit Zwangsarbeit bis von einem Jahre belegt;
- 3) wer gegen untere öffentliche Beamte, das Polizei-Militair oder Militair-Patronillen eines der oben unter 2 genannten Verbrechen verübt, erleidet, falls er bewaffnet gewesen, Zwangsarbeit bis

von einem Jahre, in anderen Fällen, oder wenn er gegen untere öffentliche Beamte, das Polizei-Militair oder Militair-Patrouillen eines der oben unter 1 genannten Verbrechen begeht, Gefängniß bis von einem Jahre. Die unter 3 bestimmten Strafen erleiden auch die, welche sich eines der gedachten Verbrechen gegen Schildwachen schuldig machen, jedoch nicht unter drei Monaten.

#### §. 108. (§. 101.)

Verabredung, Verleitung und Aufforderung zu Widerseßlichkeit.

Wer mit Anderen übereinkommt, gesetzlichen oder rechtmäßigen obrigkeitlichen Anordnungen den Gehorsam zu verweigern, oder wer eine ganze Gemeinde oder eine Classe derselben zu der Verweigerung gesetzlich bestimmter öffentlicher oder anderer unzweifelhafter Abgaben und Leistungen verleitet, oder endlich, wer mündlich oder schriftlich zu solchem Ungehorsam oder solcher Verweigerung auffordert, soll Gefängnißstrafe bis von sechs Monaten erleiden.

#### §. 109. (§. 102.)

##### II. Befreiung eines Gefangenen.

Wer einen Gefangenen aus öffentlicher Haft befreit, soll, falls dabei Gewaltthatigkeiten an Personen oder gefährliche Drohungen verübt worden, mit den im §. 107. unter Nummer 2 bestimmten Strafen, sonst mit Gefängniß bis von einem Jahre bestraft werden.

Wer eine Person aus den Händen unterer Beamten oder des Militairs bei Ausführung einer Verhaftung befreit, oder die Verhaftung gewaltsam verhindert, ist nach den §. 107. Nr. 3. gegebenen Bestimmungen zu bestrafen.

#### §. 110. (§. 103.)

##### III. Verletzungen öffentlicher Bekanntmachungen und Siegel und Ungehorsam gegen die Obrigkeit.

Wer Hoheitszeichen, amtliche öffentlich aushängende Bekanntmachungen, amtlich angelegte Verschlussmittel oder amtliche Bezeichnungen eines Gegenstandes verlegt oder vernichtet, wer obrigkeitlich sequestrirte, gepfändete oder mit Beschlag belegte Gegenstände verlegt, vernichtet, veräußert oder verbraucht, um dadurch Ungehorsam oder Verachtung gegen die Obrigkeit zu bezeigen oder deren Verfügungen zu vereiteln, wird mit Gefängniß bis von 6 Monaten oder verhältnißmäßiger Geldstrafe belegt.

Liegt einer Handlung der Art nur Muthwille zum Grunde, so tritt polizeiliche Bestrafung mit Gefängniß oder Geldbuße ein.



## §. 111. (§. 104.)

## IV. Anmaßung öffentlicher Dienste und Ehrenrechte.

Wer sich die Ausübung eines ihm nicht übertragenen öffentlichen Dienstes oder ihm nicht gebührender Ehrenrechte (§. 74.) anmaßt, ist mit Gefängniß bis von sechs Monaten oder verhältnißmäßiger Geldstrafe zu belegen.

## §. 112. (§. 105.)

## V. Bestechung.

Wer, um einen öffentlichen Beamten zu einer Amtshandlung oder deren Unterlassung zu bestimmen, ihm selbst oder dessen Angehörigen ein Geschenk oder sonst einen Vortheil verspricht oder giebt, soll, mag das Angebotene angenommen sein oder nicht, mit Gefängniß bis von einem Jahre oder verhältnißmäßiger Geldstrafe belegt werden und das Geschenk oder dessen Werth verfällt der Armenkasse des Wohnorts des Beamten.

## §. 113. (§. 106.)

Bestechung in Beziehung auf die Ausübung öffentlicher Rechte, Störung dieser Rechte und Bestechung von Zeugen und Sachverständigen.

Gleiche Strafe soll leiden:

- I. wer, um sich wegen Besetzung von ihm zu vergebender Aemter oder wegen Ausübung seines Stimmrechts bei Gemeinde- oder landschaftlichen Wahlen zu bestimmen, Geschenke oder sonstige Vortheile für sich oder seine Angehörigen annimmt oder versprechen läßt;
- II. wer andere Personen oder ihre Angehörigen, um sie bei Ausübung dieser Rechte zu bestimmen, gewalthätig behandelt oder bedroht, oder ihnen Geschenke oder sonstige Vortheile giebt oder verspricht;
- III. wer Zeugen oder Sachverständigen, in Beziehung auf ihre Angaben vor einer öffentlichen Behörde, außer den gesetzlichen Gebühren, Geschenke oder sonstige Vortheile für sich oder ihre Angehörigen giebt oder verspricht, so wie der Zeuge oder Sachverständige, der solche Geschenke oder Vortheile für sich oder seine Angehörigen annimmt oder sich versprechen läßt; auch soll das Geschenk oder dessen Werth der Armenkasse des Wohnorts des Schuldigen oder, wenn derselbe ein Ausländer ist, der vom Gerichte zu bezeichnenden Armenkasse verfallen.

## §. 114. (§. 107.)

## VI. Erschleichung öffentlicher Rechte.

Wer durch falsche Angaben über seine persönlichen oder Vermögensverhältnisse das Bürgerrecht oder das Stimmrecht, oder die Wahlfähigkeit bei Gemeinde- oder landschaftlichen Wahlen oder die Befugniß zu einem Gewerbe erschleicht, wird mit Gefängniß bis von einem Jahre belegt.

## §. 115. (§. 108.)

## VII. Beleidigung der Landesregierung.

Wer die Ehrerbietung gegen die Landesregierung öffentlich, sei es mündlich oder in verbreiteten Schriften oder Bildwerken, oder in Eingaben an eine Behörde oder mündlich in Gegenwart einer Behörde, durch Erdichtung oder Entstellung von Thatfachen oder durch ehrenkränkende Worte oder Handlungen verletzt, soll, wenn die Ehrenkränkung eine Verläumdung (§. 199.) enthält, mit Gefängniß nicht unter ein Jahr, in anderen Fällen mit Gefängniß bis von einem Jahre bestraft werden.

## §. 116. (§. 109.)

## VIII. Beleidigung öffentlicher Behörden und Beamten.

Wer die Ehrerbietung gegen die Obrigkeit oder obere öffentliche Beamte oder Officiere während der Ausübung des Dienstes oder in Beziehung auf Dienstverhältnisse durch ehrenkränkende Worte oder Handlungen, jedoch ohne Thätlichkeiten, verletzt, erleidet Gefängniß bis von einem Jahre;

wer einer solchen Ehrenkränkung gegen untergeordnete Beamte, Unterofficiere oder Soldaten im Polizeidienste oder Militair-Patrouillen sich schuldig macht, wird, falls die Beleidigung vor einer versammelten Menge oder bei einer feierlichen Gelegenheit statt gefunden hat, mit Gefängniß bis von sechs Monaten oder verhältnißmäßiger Geldstrafe belegt, in anderen Fällen aber polizeilich mit Gefängniß oder Geldbuße bestraft. Solche Ehrenkränkungen gegen Schildwachen sind mit Gefängniß bis von sechs Monaten zu bestrafen.

## §. 117. (§. 110.)

## IX. Störung der religiösen Ordnung.

Wer öffentlich, mündlich oder in verbreiteten Schriften Gott lästert oder Gegenstände der Verehrung einer vom Staate anerkannten Religion herabwürdigt oder Religionshaß zu erwecken sucht, wird mit Gefängniß bis von einem Jahre bestraft.

## §. 118. (§. 115.)

## X. Selbsthülfe

Wer, außer in den gesetzlich erlaubten Fällen, einen wirklichen oder vermeintlichen Rechtsanspruch eigenmächtig in Vollzug setzt, erleidet, wenn dabei Gewalt an Personen oder Sachen geübt wurde, Gefängniß bis von sechs Monaten oder verhältnißmäßige Geldstrafe.

## §. 119. (§. 111.)

## XI. Zweikampf.

Wer einen Anderen zum Zweikampfe mit Waffen herausfordert, oder wer auf eine solche Ausforderung sich stellt, soll folgende Strafen erleiden:

- I. Gefängniß von fünf bis von funfzehn Jahren, wenn verabredet ist, daß der Zweikampf so lange, bis einer der Kämpfer getödtet sei, fortgesetzt werden solle, und die Tödtung wirklich erfolgt;
- II. wenn ohne solche Verabredung der Zweikampf stattgefunden hat,
  - 1) Gefängniß von zwei bis von zehn Jahren, wenn derjenige, welcher das Duell herbeiführte, seinen Gegner; Gefängniß von einem Jahre bis von fünf Jahren, wenn dieser jenen tödtet;
  - 2) Gefängniß nicht unter ein Jahr, wenn eine lebensgefährliche oder mit bleibendem Nachtheil für die Gesundheit verbundene Verwundung erfolgte;
  - 3) Gefängniß von drei Monaten bis von einem Jahre, wenn bei dem Zweikampfe eine geringere oder gar keine Verletzung erfolgte.

Derjenige, welcher durch die Beschaffenheit der Beleidigung oder durch leichtsinnige oder boshafte Ausforderung den Zweikampf herbeigeführt hat, ist in den Fällen unter I. II. 2. und 3. innerhalb der Gränze dieser Strafbestimmungen härter zu strafen.

Wer jedoch mit vorsätzlicher Verletzung der hergebrachten oder verabredeten Regeln des Zweikampfes seinen Gegner tödtet oder verlegt, ist nicht mit den auf den Zweikampf, sondern mit den auf Tödtung oder Körperverletzung gesetzten Strafen zu belegen.

## §. 120. (§. 112.)

## Beihülfe.

Wer einem Zweikampfe als Secundant oder Zeuge beivohnt, wird, wenn die im vorhergehenden Paragraphen unter I. erwähnte Verabredung statt gehabt hat und er sie kannte, mit Gefängniß von

drei bis sechs Monaten, in andern Fällen mit Gefängniß bis von acht Wochen oder verhältnißmäßiger Geldstrafe belegt.

Secundanten oder Zeugen, welche den Zweikampf selbst oder während des Kampfes dessen schädlichen Erfolg, so viel an ihnen war, zu verhindern bemühet waren, so wie zugezogene Aerzte, sind straffrei.

Der Secundant jedoch, welcher durch vorsätzliche Verletzung der hergebrachten oder verabredeten Regeln des Zweikampfes eine Tödtung oder Körperverletzung verschuldet, ist mit den auf diese Verbrechen gesetzten Strafen zu belegen.

#### §. 121. (§. 113.)

##### Ausforderung.

Die Herausforderung zum Zweikampfe und deren Annahme wird, wenn dessen Ausführung verhindert ist, an den Duellanten mit Gefängniß bis von drei Monaten oder verhältnißmäßiger Geldbuße, an den Secundanten und Zeugen (insofern nicht der §. 120. aufgeführte Grund der Straflosigkeit eintritt) mit Gefängniß bis von vier Wochen oder verhältnißmäßiger Geldbuße bestraft. Sind die Parteien freiwillig von dem Kampfe vor dessen Beginnen abgestanden, so findet keine Strafe statt.

#### §. 122. (§. 114.)

##### Anreizung zum Zweikampf.

Wer Andere zum Zweikampfe aufhetzt, erleidet Gefängniß von drei Monaten bis von einem Jahre; wer einem Betheiligten wegen Ablehnung oder Beilegung eines Zweikampfes, Unterlassung oder Anzeige einer Ausforderung, Verachtung bezeugt, Gefängniß bis von drei Monaten oder verhältnißmäßige Geldstrafe.

#### §. 123. (§. 118.)

##### XII. Bössliche Einstellung der Arbeit.

Bergwerks-, Hütten-, Wald- und Fabrik-Arbeiter, Handwerker und Tagelöhner, welche, um Beschwerden durchzusetzen oder wegen angeblicher Beschwerden gegen ihre Vorgesetzten, Meister und Lohnherren, die Einstellung der Arbeit verabreden, zu einer solchen Uebereinkunft auffordern oder die Obrigkeit damit bedrohen, sollen mit folgenden Strafen belegt werden:

- 1) mit Gefängniß von drei bis von sechs Monaten, wenn die Arbeit wirklich eingestellt und das Einschreiten der Obrigkeit vergeblich ist;

- 2) die Anstifter und Rädelesführer mit Gefängniß bis von drei Monaten, die gemeinen Theilnehmer mit Gefängniß bis von vier Wochen, wenn die Arbeit eingestellt und erst auf Einschreiten der Obrigkeit wieder begonnen ist;
- 3) mit Gefängniß bis von vier Wochen in anderen Fällen.

§. 124. (§. 116.)

XIII. Rückkehr eines Verwiesenen.

Wer durch ein Straferkenntniß aus dem Herzogthume verwiesen ist\*) und dahin ohne Erlaubniß einer hiesigen Polizeibehörde zurückkehrt, erleidet Zwangsarbeit bis von einem Jahre, welche ihm in dem Erkenntniße, das die Verweisung ausspricht, angedrohen ist.

\*) §. 23.

§ 125. (§. 117.)

XIV. Ueberschreitung der Begränzung.

Wer durch ein Straferkenntniß unter polizeiliche Aufsicht gestellt ist\*), wird, wenn er über drei Tage ohne Erlaubniß des Amtes, der Polizeidirection oder der Stadtpolizeibehörde von seinem Gemeindebezirke abwesend ist, mit Gefängniß bis von drei Monaten, wenn er über Nacht ohne Erlaubniß der Ortsbehörde denselben verläßt, polizeilich mit Gefängniß bestraft.

\*) §. 22.

Capitel 5.

Verbrechen wider öffentliche Treue und Glauben.

§ 126. (§. 119.)

I. Falschmünzen.

Wer in gewinnsüchtiger Absicht falsches Metall- oder Papiergeld verfertigt, ist mit Zuchthausstrafe zu belegen oder mit Zwangsarbeit bis von einem Jahre, wenn das falsche Geld als solches leicht erkennbar ist.

Die Strafe ist um so strenger zuzumessen, wenn das falsche Geld ausgegeben, wenn der innere Gehalt zu geringe, wenn dasselbe geprägt oder im täglichen Verkehr befindliches Geld nachgemacht ist.

## § 127. (§. 120.)

## II. Münzverfälschung.

Wer in gewinnstüchtiger Absicht den Werth ächter Gold- oder Silbermünzen verringert oder denselben oder Papiergelde durch Veränderung des Stempels oder der Bezeichnung einen höheren Werth beilegt, soll, falls der gehabte oder beabsichtigte Gewinn fünfzehn Thaler übersteigt, Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr, sonst Zwangsarbeit bis von einem Jahre erleiden.

## §. 128. (§. 120 a.)

## III. Verbreitung falschen oder verfälschten Geldes.

1) Im Einverständnisse mit den Falschmünzern oder Münzverfälschern.

Wer im Einverständnisse mit den Falschmünzern oder Münzverfälschern falsches oder verfälschtes Geld in Umlauf setzt, soll einem Falschmünzer oder Münzverfälscher gleich gestraft werden.

## §. 129. (§. 121.)

2) Ohne solches Einverständniß.

Wer ohne Einverständniß mit den Falschmünzern oder Münzverfälschern falsches oder verfälschtes Geld wissentlich ausgiebt, wird, falls er solches in gewinnstüchtiger Absicht an sich gebracht, mit der Strafe der Münzverfälschung (§. 127.) belegt.

Lag dem Erwerbe eine gewinnstüchtige Absicht nicht zum Grunde, so ist nur das wissentliche Ausgeben falschen oder durch Veränderung des Stempels oder der Bezeichnung verfälschten Metallgeldes, so wie das wissentliche Ausgeben falschen oder verfälschten Papiergeldes, und zwar, wenn die ausgegebene Summe fünfzehn Thaler übersteigt, mit Zwangsarbeit bis von einem Jahre, sonst mit Gefängniß bis von sechs Monaten oder verhältnismäßiger Geldstrafe zu bestrafen.

Wer falsches Geld eingenommen hat, vermeidet dadurch dessen Confiscation, daß er dasselbe gegen Erstattung des Metallwerthes an die Münzstätte abliefern.

## §. 130. (§. 122.)

## IV. Fälschung von Creditpapieren.

Wer Staatspapiere oder von Privatpersonen, Corporationen, Creditvereinen oder Gesellschaften unter öffentlicher Autorität ausgestellte, auf den Inhaber lautende, Schuldverschreibungen, Actien oder deren Stelle vertretende Interimsscheine oder Quittungen, oder zu diesen Papieren gehörige Zinsscheine, in gewinnstüchtiger Absicht fälschlich ver-

fertigt oder verfälscht, wird einem Falschmünzer oder Münzverfälscher gleich gestraft.

Die wissentliche Verbreitung solcher falschen oder verfälschten Papiere wird mit denselben Strafen, wie die Verbreitung falschen oder verfälschten Geldes, belegt, wenn der Betrag jedoch dreißig Thaler übersteigt, mit Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr.

#### §. 131. (§. 123.)

### V. Fälschung des Stempelpapiers, öffentlicher Urkunden, Siegel und Stempel.

Wer bösslich oder in gewinnfüchtiger Absicht falsches Stempelpapier, falsche öffentliche Urkunden, Loose oder Ziehungslisten von Lotterien, Siegel oder Stempel verfertigt oder ächte verfälscht, oder wissentlich dergleichen gebraucht, soll folgende Strafen erleiden:

- 1) Zuchthaus, wenn die Unterschrift des Landesfürsten oder einer obern Landesbehörde gemißbraucht ist, oder der beabsichtigte oder gestiftete Schaden oder Nachtheil dreißig Thaler übersteigt;
- 2) Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr, wenn der beabsichtigte oder gestiftete Schaden oder Vortheil fünfzehn Thaler übersteigt, oder die Fälschung sich auf gerichtliche oder Notariats-Urkunden bezieht;
- 3) Zwangsarbeit bis von einem Jahre in anderen Fällen.

Die Verfälschung von Pässen, Reiserouten, einfachen öffentlichen Zeugnissen und dergleichen, ohne gewinnfüchtige Absicht, ist polizeilich mit Gefängniß zu strafen.

#### §. 132. (§. 124.)

### VI. Unterdrückung öffentlicher Urkunden.

Die böswillige oder gewinnfüchtige Vernichtung oder Unterdrückung öffentlicher Urkunden oder Acten zum Nachtheile des Staates oder Anderer ist der Fälschung derselben gleich zu strafen.

#### §. 133. (§. 125.)

### VII. Vorbereitung zu Münz-, Creditpapier- und Urkunden-Fälschung.

Wer zum Zwecke der Verübung von Münzverbrechen, Fälschung der Creditpapiere oder des Stempelpapiers oder öffentlicher Urkunden, Stempel oder andere hierzu dienende Werkzeuge oder Gegenstände verfertigt oder angeschafft hat, ist, auch wenn von solchen noch kein Gebrauch gemacht worden, mit Gefängniß bis von einem Jahre zu belegen.

## §. 134. (§. 126.)

## VIII. Grenzverfälschung.

Wer unter öffentlicher Autorität gesetzte Gränzzeichen oder Merkmale des Wasserstandes wegnimmt, vernichtet, verrückt, oder dergleichen Zeichen, als unter öffentlicher Autorität aufgestellt, fälschlich setzt, soll, wenn er in gewinnstüchtiger Absicht gehandelt, mit Zwangsarbeit bis von sechs Monaten, sonst polizeilich mit Gefängniß bestraft werden.

## §. 135. (§. 127.)

## IX. Meineid.

Wer mit der Ueberzeugung der Unwahrheit seine falsche Angabe vor einer öffentlichen zur Abnahme von Eiden befugten Behörde durch förmlichen Eid bekräftigt \*), soll folgende Strafen erleiden:

- 1) wenn es in einer Untersuchungssache geschehen, um einen Unschuldigen in Strafe oder einen Schuldigen in eine schwerere Strafe, als er verwirkt hat, zu bringen: Zuchtsaus, nicht unter drei Jahren, und falls an dem fälschlich Angeschuldigten eine härtere Strafart als Zuchthaus in Folge des Meineides ganz oder theilweise wirklich vollzogen wäre, diese härtere Strafart;
- 2) wenn von Parteien, Zeugen oder Sachverständigen in einem Civil-Proceß meineidig geschworen ist, Zuchthaus;
- 3) in anderen Fällen Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr.

---

\*) §. 141.

## §. 136. (§. 128.)

## X. Falsche Versicherung an Eidesstatt und Anerbieten zum Meineide.

Wer vor einer öffentlichen Behörde wissentlich eine falsche Angabe mittelst Handgelöbnisses oder Versicherung an Eidesstatt bekräftigt oder zu einem falschen Eide vor Gericht sich bereit erklärt \*), solchen aber, weil er von den Betheiligten für abgeleistet angenommen ist, nicht geschworen hat, soll Zwangsarbeit bis von einem Jahre leiden.

---

\*) §. 141.

## §. 137. (§. 129.)

## XI. Leichtfinniger Eid.

Wer aus Mangel an pflichtmäßiger Besonnenheit, Ueberlegung oder Nachforschung eine falsche eidliche Angabe vor einer öffentlichen



Behörde macht \*), soll mit Gefängniß bis von einem Jahre bestraft werden.

\*) §. 141.

§. 138. (§. 130.)

## XII. Eidesbruch.

Wer ein rechtsverbindliches Versprechen durch einen Eid oder durch Angelöbniß an Eidesstatt vor einer öffentlichen Behörde bekräftigt und solches Angelöbniß wissentlich bricht, soll Gefängniß bis von einem Jahre erleiden.

§. 139. (§. 131.)

### A. Gemeinschaftliche Bestimmungen für Meineid, leichtsinnigen Eid und Eidesbruch.

Die statt des Eides gesetzlich zulässigen Bekräftigungsformeln der Mennoniten und Anhänger ähnlicher Sekten sind dem förmlichen Eide gleich zu achten.

Insofern den Notaren gestattet ist, Eide abzunehmen, sind die vor denselben geschworenen als vor einer öffentlichen Behörde abgeleistet zu betrachten.

§. 140. (§. 132.)

### B. Gemeinschaftliche Bestimmungen für Meineid, leichtsinnigen Eid und falsche Versicherung an Eidesstatt.

#### 1) Beziehung auf einen bereits geleisteten Eid.

Ist die falsche Angabe mit Beziehung oder Verweisung auf einen bereits geleisteten, für den vorliegenden Fall zur Angabe der Wahrheit verpflichtenden und zu deren rechtllichem Beweise dienlichen Eid, oder eine solche Versicherung an Eidesstatt gemacht, so treten die für den Meineid oder leichtsinnigen Eid oder die falsche Versicherung an Eidesstatt festgesetzten Strafen gleichfalls ein.

§. 141. (§. 133.)

#### 2) Vollendung dieser Verbrechen.

Das Verbrechen des Meineides, des leichtsinnigen Eides, der falschen Versicherung an Eidesstatt und des Erbietens zum falschen Eide ist vollendet, sobald der Eid geleistet, die Versicherung ertheilt, das Anerbieten gemacht, und entweder die falsche Angabe mündlich vor der Behörde erfolgt oder ihr schriftlich übergeben ist.

§. 142. (§. 134.)

#### 3) Widerruf.

Wer eine in eigener Sache oder zum Nachtheile eines Angeschuldigten gemachte falsche eidliche Angabe nach Vollendung des Verbre-

chens freiwillig widerruft und zwar sofort, d. h. bevor er die Stätte verlassen hat, an welcher durch gesprochene Worte die Vollendung erfolgt ist, oder innerhalb vierundzwanzig Stunden, nachdem die Schrift, in deren Uebergabe die Vollendung liegt, der Behörde übergeben ist, wird straffrei.

§. 143. (§. 135.)

XIII. Urkundenfälschung zum Nachtheil eines Ange-  
schuldigten.

Wer in einer Untersuchungssache zum Nachtheile des Angeschul-  
digten einer Fälschung von Urkunden oder des wissentlichen Gebrauches  
falscher Urkunden sich schuldig macht, oder Urkunden oder andere Be-  
weismittel unterdrückt, ist mit den §. 135. unter Nummer 1 festgesetz-  
ten Strafen zu belegen.

§. 144. (§. 136.)

XIV. Falsche Anklage.

Wer gegen eine Person, um eine Untersuchung wider sie oder ihre Be-  
strafung zu veranlassen, bei der Obbrigkeit eine strafbare Handlung oder  
Verdachtsgründe wissentlich fälschlich anzeigt, soll folgende Strafen  
leiden:

- 1) Zuchthaus, wenn die verbrecherische Handlung, auf welche sich  
die Anzeige bezieht, mit Todes- oder Kettenstrafe;
- 2) Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr, wenn sie mit Zuchthaus;
- 3) Zwangsarbeit bis von einem Jahre, wenn sie mit Zwangsarbeit,  
Dienstentsetzung oder Dienstentlassung bedrohet ist und
- 4) Gefängniß bis von einem Jahre in anderen Fällen.

Auch in den Fällen unter Nummer 2, 3 und 4 soll, auf Antrag des  
Angeschuldigten, die erkannte Strafe öffentlich bekannt gemacht werden\*).

\*) §. 24.

## T i t e l 2.

### P r i v a t v e r b r e c h e n.

#### Erster Abschnitt.

#### Verbrechen an der Person und an persönlichen Rechten.

##### Capitel 1.

##### Verbrechen wider das Leben Anderer.

##### §. 145. (§. 137.)

##### I. Vorsätzliche Tödtungen.

##### 1) Mord.

Wer die von ihm verursachte Tödtung eines Menschen mit Vorbedacht oder Ueberlegung, oder in Folge eines mit Vorbedacht gefaßten Entschlusses ausgeführt hat, soll mit dem Tode bestraft werden.

Ist der Mord verübt um zu rauben, um Lohn, auf heimtückische Weise, durch Gift oder Brand, mit Peinigung des Entlebten, von mehreren vertragemäßigen Theilnehmern \*), oder an Angehörigen des Thäters (§. 73.), so können die Gerichte von der ihnen §. 62. ertheilten Ermächtigung nicht Gebrauch machen.

\*) §. 43.

##### §. 146. (§. 138.)

##### 2) Todtschlag.

Wer ohne Vorbedacht oder Ueberlegung, in leidenschaftlicher Aufwallung, eine Tödtung beschließt und ausführt, erleidet zeitliche Kettenstrafe.

Ist der Thäter durch schwere Beleidigungen zum Zorne gereizt und auf der Stelle zu der That hingerissen, so ist auf Zuchthaus, und, wenn die Beleidigungen in besonders schweren Beschimpfungen oder thätlichen Mißhandlungen bestanden, auf Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr zu erkennen.

##### §. 147. (§. 139.)

##### 3) Tödtung mit Einwilligung des Entlebten.

Ist der Thäter durch das ausdrückliche und ernstliche Verlangen des Getödteten zu der Tödtung bestimmt, so ist auf Gefängniß nicht unter

ein Jahr, und, falls der Entleibte ein Todtkranker oder tödtlich Verwundeter war, auf Gefängniß von drei Monaten bis von einem Jahre zu erkennen.

§. 148. (§. 140.)

4) Anstiftung und Beihülfe zum Selbstmorde.

Wer einen Andern zum Selbstmorde anstiftet, soll mit Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr, wer an dem Selbstmorde eines Andern Theil nimmt oder ihm dazu Hülfe leistet, soll nach den §. 147. gegebenen Bestimmungen bestraft werden.

§. 149. (§. 141.)

5) Kindesmord.

Eine Mutter, die ihr Kind während der Geburt oder innerhalb der ersten vierundzwanzig Stunden nach derselben tödtet, soll, wenn es ein eheliches ist, Kettenstrafe nicht unter zehn Jahren, wenn es ein uneheliches ist, Zuchthausstrafe erleiden.

Die nämlichen Strafen treten ein, wenn das Verbrechen nach Ablauf von vierundzwanzig Stunden verübt ist und sich ergiebt, daß der besondere geistige und körperliche, die Zurechnung mindernde Zustand der Thäterin noch fortgedauert hat.

Die Strafe ist um so strenger zuzumessen, je länger die That schon vor oder erst nach der Entbindung beschloffen und mit Vorbedacht oder Ueberlegung ausgeführt ist.

Tödtung eines nicht lebensfähigen Kindes ist als beendigter Versuch des Kindesmordes zu strafen.

§. 150. (§. 142.)

6) Tödtung einer Mißgeburt.

Wer eine lebendig zur Welt gekommene Leibesfrucht, welcher die menschliche Gestalt fehlt, wegen dieses Mangels eigenmächtig tödtet, wird mit Gefängniß bis von sechs Wochen oder verhältnißmäßiger Geldstrafe belegt.

§. 151. (§. 143. Abs. 1.)

7) Vorbereitungen zum Morde.

Wer in mörderischer Absicht mit Waffen anklauert, oder Gifte, oder durch Explosion tödtende Stoffe anschafft oder zubereitet, ist mit Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr zu belegen.

§. 152. (§. 144.)

II. Unvorsätzliche Tödtungen.

Wer, ohne daß ihm der Vorsatz, zu tödten, beigemessen werden

kann, durch die Verübung eines andern vorsätzlichen Verbrechens den Tod eines Menschen verursacht, erleidet, wenn dieser Erfolg seiner That mit Wahrscheinlichkeit zu erwarten war, Zuchthausstrafe, sonst Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr.

Anderer, durch Fahrlässigkeit verursachte Tödtungen sind, wenn der Thäter den Erfolg seiner Handlung mit Wahrscheinlichkeit voraussehen kann, oder in derselben zugleich die Uebertretung eines Polizeiverbotes liegt, mit Gefängniß nicht unter ein Jahr, sonst mit Gefängniß bis von einem Jahre oder verhältnißmäßiger Geldstrafe zu belegen.

### §. 153. (§. 145.)

#### III. Gemeinschaftliche Bestimmungen bei Tödtungen.

##### 1) Tödtung durch Mehrere.

Wenn Mehrere, und zwar ohne ausdrückliche oder stillschweigende Uebereinkunft, bei Tödtung einer Person thätig gewesen sind, so trifft jeden, in dessen Handlung die selbstständige Ursache des erfolgten Todes liegt, die Strafe der Tödtung. Die übrigen Thäter aber, im Falle der Urheber der Tödtung ermittelt wird, so wie sämmtliche Thäter in dem Falle, wenn der Urheber der Tödtung nicht ausgemittelt werden kann, oder wenn ihre Handlungen nicht einzeln, sondern nur durch ihr Zusammentreffen tödtlich waren, sind nicht mit der Strafe der Tödtung, sondern nur mit der Strafe der von ihnen begangenen verbrecherischen Handlungen zu belegen.

Ist der Getödtete in einem Kaufhandel erschlagen, so sollen diejenigen, welche an der Schlägerei gegen ihn bewaffnet Theil genommen haben, schon allein um deswillen Gefängniß nicht unter ein Jahr, die übrigen Theilnehmer an der Schlägerei Gefängniß von drei Monaten bis von einem Jahre erleiden.

### §. 154. (§. 146.)

##### 2) Thatbestand der Tödtung.

Bei dem Verbrechen der Tödtung ist es ohne Einfluß auf die rechtliche Beurtheilung der Tödtlichkeit einer Beschädigung, ob eine solche in anderen Fällen durch Hülfe der Kunst geheilt sei; ob ihr tödtlicher Erfolg durch zeitige Hülfe hätte verhindert werden können; ob die Beschädigung unmittelbar oder durch andere, jedoch aus ihr entstandene und durch sie in Wirksamkeit gesetzte Zwischenursachen den Tod bewirkt habe, ob sie allgemein tödtlich sei, oder nur wegen der eigenthümlichen Leibesbeschaffenheit des Getödteten oder wegen der zufälligen Umstände, unter welchen sie ihm zugefügt worden, tödtlich wurde.

## §. 155. (§. 147.)

## IV. Abtreibung der Leibesfrucht.

Wer die Frucht einer Schwangeren in deren Leibe oder durch vorzeitige Abtreibung tödtet, soll

- 1) wenn dies ohne Einwilligung der Schwangeren geschieht, Kettenstrafe bis von zehn Jahren;
- 2) wenn es mit ihrer Einwilligung geschieht oder wenn sie selbst die Thäterin ist, Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr erleiden.

Gewerbmäßige Beihülfe zu diesem Verbrechen ist mit Zuchthaus zu bestrafen.

## §. 156. (§. 148.)

## V. Aussetzung Hülflöser.

Wer in seiner Obhut befindliche, wegen jugendlichen Alters, Gebrechlichkeit oder Krankheit hülfslose Personen aussetzt oder in hülfsloser Lage verläßt, soll

- 1) wenn die Rettung des Ausgesetzten nach den Umständen mit Wahrscheinlichkeit sich nicht erwarten ließ, Zuchthaus;
- 2) wenn sie mit Wahrscheinlichkeit zu erwarten war, Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr;
- 3) wenn gar keine Gefahr zu befürchten war, Gefängniß bis von drei Monaten erleiden.

## §. 157. (§. 143. Abs. 2. §. 149.)

## VI. Veranstaltung einer hülfslosen Niederkunft.

Eine Person, welche ihre Niederkunft verheimlicht und dadurch die erforderlichen Hülfsleistungen Anderer ausschließt, erleidet, wenn solches in Kindesmörderischer Absicht geschehen, Zwangsarbeit von sechs Monaten bis von einem Jahre, wenn es in der Absicht geschehen, das Kind auszusetzen, oder wenn das neugeborene Kind abhanden gebracht ist, Gefängniß von sechs Monaten bis von einem Jahre, sonst Gefängniß bis von sechs Monaten.

## §. 158. (§. 150.)

## VII. Gemeinschaftliche Bestimmungen für Selbstmord, Kindesmord, Abtreibung der Leibesfrucht, Aussetzung und Veranstaltung einer hülfslosen Niederkunft.

Ehemänner, Aeltern, Vormünder oder andere Personen, welche eine ihrer Obhut untergebene Person durch Mißhandlungen oder gefährliche Drohungen, oder durch Verführung in eine hülfslose Lage, zu einem

Selbstmorde, zu einem Kindesmorde, der Tödtung einer Leibesfrucht, der Aussetzung oder Veranstellung einer hilflosen Niederkunft veranlassen, sollen eben so wie wegen Beihülfe zu diesen Handlungen bestraft werden.

## Capitel 2.

### Beschädigungen an der Person.

#### §. 159. (§. 151.)

##### 1. Vorsätzliche Beschädigung.

###### 1) Vorbedachte.

Wer die von ihm verursachte Beschädigung eines Anderen mit Vorbedacht oder Ueberlegung, oder in Folge eines mit Vorbedacht gefaßten Entschlusses ausführt, soll folgende Strafen erleiden:

- 1) Zeitliche Kettenstrafe, wenn er solche Sachen vergiftet, durch deren Gebrauch eine unbestimmte Menschenzahl an der Gesundheit beschädigt werden kann, oder wenn er mit gemeiner Gefahr ansteckende lebensgefährliche Krankheiten verbreitet;
- 2) Kettenstrafe bis von zehn Jahren, wenn er dem Beschädigten einen bleibenden Nachtheil an der Gesundheit oder eine bleibende Arbeitsunfähigkeit zugefügt, ihn beträchtlich verkrümmt, verunstaltet oder in eine Geisteskrankheit versetzt hat;
- 3) Zuchthaus, wenn er ihm eine zwar vorübergehende, aber länger als drei Monate dauernde Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit zugezogen, oder ihn in einem geringeren Grade verkrümmt oder verunstaltet hat, oder wenn Gift von ihm angewendet worden, ohne daß der unter Nummer 2 erwähnte Erfolg eingetreten ist;
- 4) Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr, wenn die Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit kürzere Zeit dauert, oder der Verletzte heimtückisch überfallen oder mit Waffen beschädigt ist, ohne daß eine der unter Nummer 2 und 3 gedachten Folgen eingetreten wäre;
- 4) Gefängniß von drei Monaten bis von einem Jahre, wenn gar keine Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit eingetreten, auch keiner der unter Nummer 3 und 4 erwähnten Umständen vorhanden ist \*).

---

\*) §. 244.

#### §. 160. (§. 152.)

##### 2) in leidenschaftlicher Aufwallung.

Wer in leidenschaftlicher Aufwallung der Beschädigung eines Andern sich schuldig macht, soll folgende Strafen erleiden:

- 1) Zuchthaus, wenn er eine der im §. 159. unter Nummer 2 aufgeführten Beschädigungen;
- 2) Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr, wenn er eine der im §. 159. unter 3 aufgeführten Beschädigungen verursacht;
- 3) Gefängniß nicht unter ein Jahr, wenn der Verletzte mit Waffen beschädigt ist, ohne daß eine der unter Nummer 1 und 2 aufgeführten Folgen eingetreten ist;
- 4) Gefängniß von drei Monaten bis von einem Jahre, wenn dem Beschädigten eine nicht länger als drei Monate dauernde Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit zugefügt ist;
- 5) Gefängniß bis von sechs Monaten, wenn gar keine Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit entstanden und keiner der unter Nummer 2 und 3 erwähnten Umstände vorhanden ist \*).

Ist der Thäter durch schwere Beleidigungen zum Zorne gereizt, so ist in dem Falle unter Nummer 1 auf Gefängniß nicht unter ein Jahr, in dem Falle unter 2 auf Gefängniß bis von einem Jahre, in den Fällen unter 3 und 4 auf Gefängniß bis von sechs Monaten zu erkennen, und in dem Falle 5 tritt polizeiliche Bestrafung mit Gefängniß ein.

\*) §. 244.

#### §. 161. (§. 153.)

##### II. Unvorsätzliche Beschädigung einer Person.

Wer durch die Verübung eines anderen vorsätzlichen Verbrechen eine Person beschädigt, soll, wenn er die Beschädigung mit Wahrscheinlichkeit voraussehen konnte und eine der im §. 159. unter 2 aufgeführten Verletzungen zugefügt ist, Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr, in dem Falle 3 des §. 159. Gefängniß von sechs Monaten bis von einem Jahre, sonst Gefängniß bis von vier Monaten erleiden.

Anderer Beschädigungen einer Person durch Unvorsichtigkeit, Ungeächlichkeit, Fahrlässigkeit, Uebertretung der Polizeiverbote, oder Ueberschreitung des Züchtigungsrechts, sind, wenn sie einen der §. 159. unter 2 und 3 aufgeführten Erfolge gehabt haben, mit Gefängniß bis von einem Jahre, oder verhältnismäßiger Geldstrafe, sonst polizeilich mit Gefängniß oder Geld zu bestrafen.

#### §. 162. (§. 154.)

##### Gemeingefährliche unvorsätzliche Körper-Verletzung.

Wer, ohne den Vorsatz zu beschädigen, einer der im §. 159. unter Nummer 1 bezeichneten Handlungen begeht, insbesondere öffentlich verkäufliche oder zum öffentlichen Gebrauche dienende Gegenstände mit Ge-



fahr für Menschen vergiftet, oder solche Gegenstände wissentlich absetzt, ist in dem Falle 2 des §. 159. mit Gefängniß nicht unter ein Jahr, in dem Falle 3 mit Gefängniß von drei bis von sechs Monaten, sonst mit Gefängniß bis von sechs Monaten oder verhältnißmäßiger Geldstrafe zu belegen.

§. 163. (§. 155.)

III. Gemeinschaftliche Bestimmungen für vorsätzliche und unvorsätzliche Beschädigungen der Person.

1) Beschädigungen durch Mehrere.

Wenn Mehrere und zwar ohne ausdrückliche oder stillschweigende Uebereinkunft bei der Beschädigung eines Anderen thätig waren, so sind sie nach den oben §. 153. für die Tödtung durch Mehrere aufgestellten Grundsätzen zu beurtheilen.

Ist der Beschädigte in einem Kaufhandel verwundet, und wenigstens eine Zeitlang krank, oder arbeitsunfähig gewesen, so sollen diejenigen, welche an der Schlägerei gegen ihn bewaffnet Theil genommen haben, schon allein um deswillen Gefängniß von drei bis von sechs Monaten, die übrigen Theilnehmer an der Schlägerei Gefängniß bis von drei Monaten oder verhältnißmäßige Geldstrafe erleiden.

§. 164. (§. 156.)

2) Erschwerungsgründe.

Wer ein in diesem Capitel aufgeführtes vorsätzliches Verbrechen an Angehörigen (§. 73.) oder an Personen, denen er besondere Achtung schuldig ist, oder an Schwangeren verübt, dem soll die Strafe um so strenger zugemessen werden.

§. 165. (§. 157.)

3) Schmerzgeld.

Dem Beschädigten, welcher nicht zuerst Thätlichkeiten verübt hat, soll auf seinen Antrag nach Maßgabe der gehaltenen Leiden ein Schmerzgeld von einem Thaler bis von dreihundert Thalern in dem Straferekenntniß zuerkannt werden, vorbehältlich seiner Entschädigungsansprüche.

**Capitel 3.**

**N o t h w e h r.**

§. 166. (§. 158.)

I. Erfordernisse der Nothwehr.

Wer, um sich oder Andere gegen einen unzweifelhaft drohenden oder bereits begonnenen gewalthätigen rechtswidrigen Angriff auf die Person,

die Ehre oder das Vermögen, oder gegen widerrechtliches Eindringen in ein Besizthum zu schützen, Jemand tödtet oder verlegt, ist straffrei, insofern die Art der Vertheidigung im gehörigen Verhältnisse mit der abzuwendenden Gefahr steht, und nicht Zeit und Gelegenheit zu anderen ihm nicht unbekannten Mitteln vorhanden ist, wodurch die Absicht des Angreifers auf eine für ihn unschädlichere Weise vereitelt werden konnte.

Nach gleichen Grundsätzen sind diejenigen zu beurtheilen, welche bei Ausrichtung ihrer Amtsobliegenheiten, oder bei Ausführung obrigkeitlicher Befehle, oder bei Ergreifung auf frischer That ertappter, oder mit Stedbriefen verfolgter Verbrecher, oder bei Verfolgung des mit der gestohlenen Sache entlaufenden Räubers oder Diebes, oder endlich bei Vertreibung der in ein Besizthum widerrechtlich Eingedrungenen, gewaltamen Widerstand finden.

#### §. 167. (§. 159.)

##### II. Ueberschreitung der Gränzen der Nothwehr.

Wer die Gränzen gerechter Nothwehr überschreitet, ist im Falle vorsätzlicher oder unvorsätzlicher Tödtung nach den in dem zweiten Absatze des §. 146. und §. 152. enthaltenen Strafbestimmungen, im Falle vorsätzlicher oder unvorsätzlicher Verletzung, nach den in dem letzten Absatze des §. 160. und des §. 161. gegebenen Vorschriften zu bestrafen.

Geht aus den Umständen hervor, daß der Angegriffene, im Zustande geminderter Besonnenheit, aus Ueberraschung, Furcht oder Schrecken, die Gränze erlaubter Vertheidigung überschritten hat, so kann ihm diese Ueberschreitung überall nicht zugerechnet werden.

Dasselbe findet statt, wenn die Anwendung eines erlaubten Vertheidigungsmittels eine größere Verletzung bewirkte, als der Angegriffene beabsichtigte und als den Umständen nach zur Abwehrung des Angriffs erforderlich war.

#### §. 168. (§. 160.)

##### III. Unterlassene Anzeige einer Verletzung durch Nothwehr, oder einer Gesetzes-Übertretung aus Zwang oder im Nothstande.

Wer unterläßt, die von ihm in der Nothwehr verursachte Tödtung oder Verwundung, oder die aus Zwang oder in einem Nothstande von ihm begangene geschwidrige Handlung (§. 33. 34.) der Obrigkeit sofort anzuzeigen, soll Gefängniß bis von drei Monaten erleiden.

## Capitel 4.

## Verbrechen wider die Freiheit der Person.

## §. 169. (§. 161.)

## I. Menschenraub.

Wer ohne Recht sich eines Menschen durch Gewalt, gefährliche Drohungen, oder List, oder vor dessen vierzehntem Jahre, selbst mit seiner Einwilligung, bemächtigt, und ihm dem Schutze des Staats oder derjenigen, welche ihn in ihrer rechtmäßigen Gewalt haben, entzieht, soll folgende Strafen erleiden:

- 1) Kettenstrafe über zehn Jahr, wenn dabei die Sklaverei, Leibeigenschaft oder die mit Gefahr für Leben oder Freiheit verbundene Auslieferung der geraubten Person an eine auswärtige Macht beabsichtigt, und lebenslängliche Kettenstrafe, wenn die Absicht erreicht ist;
- 2) Kettenstrafe bis von zehn Jahren, wenn der Geraubte zum auswärtigen Kriegs- oder Schiffsdienst gebraucht werden soll, oder der Raub von Bettlern, Landstreichern, Gauklern und dergleichen Personen an Kindern unter vierzehn Jahren verübt ist;
- 3) Zuchthaus in anderen Fällen.

Wäre in dem unter 2 aufgeführten Falle ein Kind unter vierzehn Jahren den daselbst bezeichneten Personen von dessen Aeltern, Vormündern oder Erziehern überlassen, so sind diese, wenn sie aus Haß, Rache oder in gewinnfüchtiger Absicht gehandelt haben, mit Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr, sonst mit Gefängniß von drei Monaten bis von einem Jahre, die Annahmer des Kindes aber mit Gefängniß bis von drei Monaten zu belegen, insofern nicht die obrigkeitliche Behörde des Kindes die Genehmigung zu dessen Ueberlassung erteilt hat.

## §. 170. (§. 162.)

## II. Widerrechtliches Gefangenhalten.

Wer ohne Recht einen Menschen durch Einsperrung oder auf andere Weise der Freiheit beraubt, ist

- 1) wenn die Gefangenhaltung über drei Monate dauerte oder mit anderen körperlichen Leiden für den Gefangenen verbunden war, mit Zuchthaus;
- 2) wenn die Gefangenhaltung über vierzehn Tage dauerte, mit Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr;
- 3) in anderen Fällen mit Gefängniß bis von einem Jahre zu bestrafen.

Mißbrauch des Züchtigungsgerechts zu einer längern als vierzehntägigen Einsperrung ist mit Gefängniß bis von einem Jahre zu belegen.

## §. 171. (§. 163.)

## III. Entführung \*).

Wer eine Frauens-Person, um zur Unzucht mißbraucht, oder zur Ehe gezwungen zu werden, mit Gewalt, gefährlichen Drohungen oder List, oder falls sie das fünfzehnte Jahr nicht überschritten hatte, selbst mit ihrer Einwilligung dem Schutze des Staats oder ihrer Aeltern, Vormünder oder Erzieher entzieht, soll Zuchthausstrafe erleiden.

Ist die Entführte eine Ehefrau und mit ihrer Zustimmung aber ohne Willen des Ehemannes entführt, so ist gegen den Entführer auf Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr, gegen die Entführte auf Gefängniß von drei Monaten bis von einem Jahre zu erkennen.

Ist eine unverehelichte Person über fünfzehn Jahre mit ihrer Einwilligung, jedoch ohne Willen ihres Vaters oder Vormundes entführt, so trifft, wenn keine Ehe beabsichtigt wurde, den Entführer Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr, die Entführte Gefängniß bis von sechs Monaten, anderen Falls den Entführer Gefängniß von sechs Monaten bis von einem Jahre, die Entführte Gefängniß bis von drei Monaten.

Ist zwischen dem Entführer und der Entführten eine Ehe geschlossen, so kann nur, nachdem diese für nichtig erklärt ist, eine Untersuchung eingeleitet werden.

In allen diesen Fällen ist die Strafe um so strenger zuzumessen, wenn des Entführers verbrecherische Absicht erreicht ist \*\*).

\*) §. 244.    \*\*) §. 197.

## §. 172. (§. 165.)

## IV. Nothzucht \*).

Wer gegen eine Frauensperson Gewalt oder gefährliche Drohungen anwendet, oder sie in einem Zustand der Betäubung versetzt, um sie zur Duldung des unehelichen Beischlafs zu nöthigen, soll folgende Strafen erleiden:

- 1) Kettenstrafe bis von zehn Jahren, wenn der Angriff lebensgefährlich war, oder wenn Mehrere die That gemeinschaftlich verübten, oder wenn die Angegriffene das fünfzehnte Jahr nicht überschritten hatte und in allen diesen Fällen außerdem die verbrecherische Absicht erreicht ist \*\*);
- 2) Zuchthaus in anderen Fällen jedoch nicht unter drei Jahren, wenn auch nur einer der im vorigen Absätze aufgeführten erschwerenden Umstände eintritt, oder die verbrecherische Absicht erreicht worden \*\*\*).

War die Genothzüchtigte eine Person, die sich um Lohn Preis

\*) §. 244. 245.    \*\*) §. 197.    \*\*\*) §. 197.

gibt, so ist in dem Falle 1. auf Zuchthaus, im Falle 2. auf Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr zu erkennen.

§. 173. (§. 166.)

Wer eine Frauens- oder Mannsperson durch Gewalt oder gefährliche Drohungen, oder nachdem er sie in einen Zustand der Betäubung versetzt hat, zur naturwidrigen Befriedigung des Geschlechtstriebes mißbraucht \*), soll einem Nothzüchtiger gleich bestraft werden.

\*) §. 197. 244.

§. 174. (§. 167.)

V. Schändung \*).

Wer eine wahnsinnige, blödsinnige oder in einem bewußtlosen Zustande ohne sein Verschulden befindliche Person zur Befriedigung des Geschlechtstriebes mißbraucht, ist mit Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr zu belegen.

War die Mißbrauchte eine Person, die sich um Lohn Preis giebt, so tritt nur polizeiliche Bestrafung mit Gefängniß ein.

\*) §. 197. 244. 245.

§. 175. (§. 168.)

VI. Raub.

Wer Gewalt an einer Person verübt oder sie gefährlich bedroht, um zu stehlen, soll folgende Strafen erleiden:

I. Kettenstrafe über zehn Jahre,

A. wenn der räuberische Angriff lebensgefährlich war, oder der Angegriffene gepeinigt ist;

B. wenn wenigstens drei der nachstehend unten № 1 bis 5 aufgeführten Umstände zusammentreffen, nämlich

1) wenn Mehrere sich zu der That verbunden haben;

2) der Ueberfall zur Nachtzeit oder

3) mit Eindringen in eine Wohnung oder den dazu gehörigen geschlossenen Bezirk (§. 217.) oder

4) mit Waffen (§. 80.) oder

5) mit Unkenntlichmachen der Thäter durch Anschwärzung, Verummten und dergleichen geschehen ist;

II. Kettenstrafe bis von zehn Jahren, wenn nur zwei der vorstehend unter № 1 bis 5 aufgeführten Umstände zusammentreffen;

III. Zuchthaus in andern Fällen.

Hat der Räuber seinen verbrecherischen Zweck erreicht, so ist die Strafe um so strenger zuzumessen.

## §. 176. (§. 168 a.)

## Vorbereitung zum Raube.

Wer in räuberischer Absicht mit Waffen aufkaut, soll Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr erleiden.

## §. 177. (§. 169.)

## VII. Erpressung.

Wer Gewalt an einer Person verübt oder sie gefährlich bedrohet, nicht um zu stehlen, sondern um sich oder Andern einen rechtswidrigen Vortheil zu verschaffen, ist einem Räuber gleich zu bestrafen.

## §. 178. (§. 170.)

## VIII. Nöthigung.

Wer Gewalt oder gefährliche Drohungen gegen eine Person anwendet, um sie zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung rechtswidrig zu nöthigen, ist, insofern die That nicht in ein anderes Verbrechen übergeht:

- 1) wenn die §. 175. unter I. \*) aufgeführten Erschwerungsgründe eintreten, mit Zuchthaus;
- 2) wenn wenigstens zwei der §. 175. unter I B. 1 bis 5 aufgeführten Erschwerungsgründe eintreten, mit Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr;
- 3) in andern Fällen mit Gefängniß von drei Monaten bis von einem Jahre zu belegen.

Bei der Strafzumessung ist insbesondere die größere oder geringere Verwerflichkeit des Zweckes der Nöthigung zu berücksichtigen.

\*) Das Citat »§. 175. unter I.« welches sich auch in dem Entwurfe findet, beruhet auf einem Uebersehen, indem vielmehr hier citirt werden muß — §. 175. unter I. A., — wie sich aus §. 178. Nr. 2. klar ergibt.

## §. 179. (§. 171.)

## IX. Drohungen.

Wer nicht gefährliche Drohungen anwendet, um sich oder Andern einen rechtswidrigen Vortheil zu verschaffen, oder um Jemanden zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung rechtswidrig zu nöthigen, oder Andere mit der Verübung von Verbrechen bedrohet, soll, wenn mit Mord oder Brandstiftung gedrohet worden, Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr, sonst Gefängniß bis von einem Jahre oder verhältnißmäßige Geldstrafe erleiden.

## §. 180. (§. 172.)

## X. Störung des Hausfriedens \*).

Wer in die Wohnung eines Andern oder den dazu gehörigen geschlossenen Bezirk widerrechtlich eindringt oder wider das Verbot des Berechtigten darin verweilt, soll,

- 1) wenn es mit Waffen geschehen oder Gewalt an Personen oder Sachen verübt worden, und die Handlung in kein schwereres Verbrechen übergeht, mit Gefängniß von drei Monaten bis von einem Jahre;
- 2) sonst mit Gefängniß bis von drei Monaten oder verhältnißmäßiger Geldstrafe belegt werden.

---

\*) §. 244.

## Capitel 5.

## Verbrechen wider den Stand der Person.

## §. 181. (§. 173.)

## I. Unterdrückung der Familienrechte.

Wer durch widerrechtliche Handlungen die Familienrechte eines Menschen zu dessen Nachtheil unterdrückt oder verändert, wer in dieser Absicht ein Kind, denjenigen, welchen es angehört, vorenthält, oder Andern ein fremdes Kind als ihnen angehörig unterschiebt, ist mit Zuchthaus zu bestrafen.

## §. 182. (§. 164.)

## II. Beeinträchtigung der Familienrechte \*).

Wer eine unter ehelicher, väterlicher oder vormundschaftlicher Gewalt stehende Person hinwegführt, um sie dieser Gewalt oder den aus derselben fließenden Anordnungen zu entziehen, soll, wenn es ohne Willen der hinweggeführten Person geschehen, Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr, wenn es mit deren Willen geschehen, Gefängniß bis von einem Jahre erleiden, und ist in diesem letzten Falle die hinweggeführte Person mit Gefängniß bis von drei Monaten zu belegen.

---

\*) §. 244.

## §. 182. (§. 174.)

## III. Verleitung zur Ehe \*).

Wer eine Person durch Betrug, wozu auch die Verschweigung ihm bekannter gesetzlicher Ehehindernisse zu rechnen, zu einer ungültigen Ehe

mit sich oder einem Dritten verleitet, ist mit Gefängniß bis von einem Jahre zu bestrafen.

\*) §. 244.

#### §. 184. (§. 175.)

##### IV. Betrügliche Ehe oder Eheverlöbniß \*).

Wer eine unverheirathete Frauensperson durch vorgespiegelte Trauung, oder durch einen anderen Betrug, in einen solchen Irrthum versetzt, daß sie sich zu Gestattung des Beischlafs verpflichtet halten mußte, ist mit Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr; wer sie durch förmliches, jedoch betrügliches Versprechen der Ehe zum Beischlafe verführt, und nachher die Erfüllung des Versprechens ohne rechtsgültige Ursachen oder aus rechtsgültigen Ursachen, die von ihm betrüglich verschwiegen oder abgelaugnet sind, verweigert, ist mit Gefängniß von drei Monaten bis von einem Jahre zu belegen.

\*) §. 244.

#### §. 185. (§. 176.)

##### V. Zwang zur Ehe \*).

Eltern oder Vormünder, welche ihr Kind oder Mündel durch thätlichen Zwang oder Drohungen zur Eingehung einer Ehe genöthigt haben, sollen, wenn diese deshalb für ungültig erklärt ist, mit Gefängniß bis von sechs Monaten belegt werden.

\*) §. 244. 245.

#### §. 186. (§. 177.)

##### VI. Verleitung zur Auswanderung.

Wer einen Landeseinwohner durch betrüglische Vorspiegelungen zur Auswanderung verleitet, soll, wenn der Verleitete dadurch in eine hilfsbedürftige Lage gerathen ist, mit Zwangsarbeit von drei Monaten bis von einem Jahre, sonst mit Gefängniß bis von sechs Monaten bestraft werden.

### Capitel 6.

#### Verbrechen wider die Sitten.

#### §. 187. (§. 178.)

##### 1. Mehrfache Ehe.

Wer nach gehörig geschlossener und vor förmlich aufgelöseter Ehe eine neue Ehe eingeht, ist mit Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr zu be-



strafen, und die Strafe ihm um so strenger zuzumessen, wenn er unter Verheimlichung seines Ehestandes eine unverheirathete Person zur Ehe verleitet oder wissentlich eines Anderen Ehegatten geheirathet hat.

Eine ledige Person, welche eine bereits verehelichte wissentlich heirathet, erleidet Gefängniß von drei Monaten bis von einem Jahre.

§. 188. (§. 179.)

#### II. Ehebruch \*).

Wer nach gehörig geschlossener und vor förmlich aufgelöseter Ehe die eheliche Treue bricht, soll, wenn es wissentlich mit eines Anderen Ehegatten geschehen, mit zwei- bis sechsmonatigem Gefängniß, sonst mit Gefängniß bis von vier Monaten belegt werden.

Eine unverhehlte Person, welche wissentlich mit einer verehelichten dieses Verbrechen begeht, trifft Gefängniß bis von zwei Monaten.

Eine Untersuchung wegen Ehebruchs hat nur statt, wenn wegen desselben die Ehe gerichtlich geschieden worden, bei doppeltem Ehebruche also auch nur gegen den Ehegatten, dessen Ehe gerichtlich aus diesem Grunde getrennt ist.

\*) §. 197. 244.

§. 189. (§. 180.)

#### III. Gemeinschaftliche Bestimmungen für mehrfache Ehe und Ehebruch.

Der einer mehrfachen Ehe oder eines Ehebruchs Schuldige soll in folgenden Fällen mit milderer Strafe, welche bei mehrfacher Ehe für den Ehegatten sechsmonatige bis einjährige Gefängnißstrafe, und in den anderen Fällen die Hälfte der angedrohten Strafen nicht übersteigen soll, belegt werden, nämlich:

- 1) wenn seine Ehe nichtig und später gerichtlich dafür erklärt ist;
- 2) wenn eine Separation von Tisch und Bett auf wenigstens zwei Jahre erfolgt ist;
- 3) wenn sein Ehegatte abwesend und dessen Tod mit Wahrscheinlichkeit vorauszusetzen ist.

§. 190. (§. 181.)

#### IV. Kupplerei \*).

Wer Frauenspersonen zur Unzucht mit Anderen überläßt, versührt oder dazu Vorschub leistet, soll

- 1) wenn die Ueberlassene seine Ehefrau, sein Kind, Mündel, Zögling

\*) §. 197.

Beichtkind, eine seiner Aufsicht anvertraute Untergebene oder Gefangene war, oder das funfzehnte Jahr noch nicht überschritten hatte, mit Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr;

- 2) in anderen Fällen mit Zwangsarbeit von drei Monaten bis von einem Jahre belegt werden.

War die Ueberlassene eine Person, welche sich um Lohn Preis giebt, so tritt Gefängnißstrafe bis von einem Jahre ein.

Die Strafe ist um so strenger zuzumessen, wenn die Kuppelerei gewerbmäßig betrieben ist.

#### §. 191. (§. 182.)

### V. V e r f ü h r u n g \*).

Wer sein Pflugekind, Mündel, Beichtkind oder seinen Zögling, oder ein Kind unter funfzehn Jahren zur Unzucht verleitet, oder eine seiner Aufsicht anvertraute Untergebene oder Gefangene zur Unzucht mißbraucht, ist mit Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr zu belegen.

War die Mißbrauchte eine Person, die sich um Lohn Preis giebt, so ist auf Gefängniß bis von einem Jahre zu erkennen.

\*) §. 197. 244. 245.

#### §. 192. (§. 183.)

### VI. B l u t s c h a n d e \*).

Wer Blutsverwandte in absteigender Linie zur Unzucht mißbraucht, ist mit Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr, und Kinder oder Enkel über funfzehn Jahr, welche sich dazu hingeben, sind mit Gefängniß bis von einem Jahre zu belegen.

\*) §. 197.

#### §. 193. (§. 184.)

Stief- oder Schwieger-Ältern, welche sich dieses Verbrechens mit ihren Stief- oder Schwiegerkindern schuldig machen, sind mit Zwangsarbeit von sechs Monaten bis von einem Jahre, die Stief- und Schwiegerkinder aber, insofern sie das funfzehnte Jahr überschritten haben, mit Gefängniß bis von sechs Monaten zu belegen.

Besteht die Ehe, durch welche das stief- oder schwieger-älterliche Verhältniß begründet wurde, nicht mehr, so soll die Strafe der Ältern sechs Monate und die der Kinder zwei Monate Gefängniß nicht übersteigen.

#### §. 194. (§. 185.)

Vollbürtige oder halbbürtige Geschwister erleiden wegen dieses Verbrechens Gefängniß bis von einem Jahre.

Audere Unzuchtöfalle unter Personen, welche ſich wegen Verwandſchaft nicht heirathen dürfen, ſind polizeilich mit Gefängniß zu beſtrafen.

§. 195. (§. 186.)

#### VII. Widernatürliche Unzucht \*).

Unzucht wider die Natur iſt, inſofern dazu Kinder unter fünfzehn Jahren mißbraucht ſind, mit Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr, ſonſt mit Zwangsarbeit biß von einem Jahre zu beſtrafen.

\*) §. 197. 244.

§. 196. (§. 187.)

#### VIII. Unzüchtige, zum öffentlichen Aergerniß gereichende Handlungen.

Die Verletzung der Sittlichkeit durch unzüchtige, zum öffentlichen Aergerniß gereichende Handlungen, Verbreitung unzüchtiger Schriften oder bildlicher Darſtellungen, iſt mit Gefängniß biß von ſechs Monaten zu beſtrafen.

§. 197. (§. 188.)

#### IX. Vollendung der Unzuchtö-Verbrechen.

Hinſichtlich der in dieſem Capitel §. 188., §. 190. biß §. 195. einſchließlich aufgeführten Verbrechen, ſo wie hinſichtlich der Entführung, Nothzucht und Schändung iſt die Unzucht für vollbracht, oder die verbrecheriſche Abſicht für erreicht zu achten, ſobald die körperliche Vereinigung erfolgt iſt.

### Capitel 7.

#### Ehrenkränkungen.

§. 198. (§. 189.)

##### 1. Beleidigung \*).

Wer gegen einen Andern ehrenkränkende oder, nach der gemeinen Meinung, Verachtung ausdrückende Handlungen oder Aeußerungen ſich erlaubt, ſoll beſtraft werden:

- 1) mit Gefängniß biß von einem Jahre oder verhältnißmäßiger Geſt-  
ſtrafe, wenn die Ehrenkränkung durch vorbedachte Thätlichkeiten,  
verübt oder durch Schriften oder bildliche Darſtellungen verbreitet  
iſt, deren Verfaſſer ſich gar nicht oder nicht mit ſeinem wahren  
Namen genannt hat (Paſquill);

\*) §. 241.

- 2) mit Gefängniß bis von neun Monaten oder verhältnißmäßiger Geldstrafe, wenn die Beleidigung durch nicht vorbedachte Thätlichkeiten, in verbreiteten Schriften oder Bildwerken, vor einer versammelten Menge oder bei einer feierlichen Gelegenheit verübt ist; wenn die Beleidigung für die Standesverhältnisse, den Geschäftsbetrieb oder das Fortkommen des Beleidigten nachtheilige Folgen haben kann; wenn sie gegen Vorgesetzte oder Personen, denen der Beleidiger besondere Achtung oder Ehrerbietung schuldig ist, oder gegen religiöse oder politische Körperschaften gerichtet ist.

In anderen Fällen tritt Polizeistrafe mit Gefängniß oder Geldbuße ein.

#### §. 199. (§. 190.)

### II. V e r l ä u m d u n g \*).

Wer durch üble Nachrede oder durch öffentliche oder heimliche Verbreitung einem Andern ein Verbrechen oder eine Handlung, die dessen guten Ruf zu gefährden geeignet ist, wissentlich fälschlich beimißt, ist mit Gefängnißstrafe bis von einem Jahre zu belegen, wenn dem Beleidigten ein mit Zwangsarbeit, Dienstentsetzung oder Dienstentlassung oder härterer Strafe bedrohtes Verbrechen beigemessen oder durch die Verläumdung ein erheblicher Nachtheil zugefügt ist.

In anderen Fällen tritt Polizeistrafe mit Gefängniß ein.

\*) §. 244.

#### §. 200. (§. 191.)

### III. E r w i d e r u n g d e r B e l e i d i g u n g o d e r V e r l ä u m d u n g.

Wer eine Ehrenkränkung oder Verläumdung erwidert, ist zwar nach Maßgabe der in der Erwiderung liegenden Beleidigung zu bestrafen, jedoch ist die vorangegangene Reizung als Minderungsgrund, und, wenn solche sehr bedeutend war, als Grund, die Sache polizeilich mit Gefängniß oder Geldbuße zu bestrafen, anzusehen.

#### §. 201. (§. 192.)

### IV. E i n r e d e d e r W a h r h e i t.

Die Erzählung einer wahren, jedoch der Ehre eines Anderen nachtheiligen Thatfache, oder die Vorhaltung einer strafbaren oder den Ruf gefährdenden Handlung ist strafflos, wenn sie auf eine Art geschieht, die an sich nicht ehrenkränkend ist, oder der Vorhaltende durch seine Stellung zu dem Beschuldigten zu solcher, nach Zeit, Ort und in dem angewandten Maße berechtigt war.

## §. 202. (§. 193.)

## V. Verbreitung falscher Nachrichten über eine Person.

Wer über einen Andern, ohne ehrenkränkende oder verläumderische Absicht, jedoch wissentlich falsche, demselben nachtheilige Nachrichten verbreitet, soll, wenn durch seine Handlung ein erheblicher Schaden entstanden ist, mit Gefängniß bis von sechs Monaten oder verhältnißmäßiger Geldstrafe, sonst polizeilich mit Gefängniß oder Geldbuße bestraft werden.

## §. 203. (§. 194.)

## VI. Bekanntmachung des Erkenntnisses.

Der durch öffentliche Beleidigung, öffentliche Verläumdung oder Verbreitung falscher Nachrichten Gefränkter ist berechtigt, die Bekanntmachung des Straferkenntnisses auf Kosten des Verurtheilten zu fordern \*).

---

\*) §. 24. Abs. 2.

## Zweiter Abschnitt.

## Verbrechen an dem Vermögen Anderer.

## Capitel 1.

## Vermögens-Beschädigungen.

## §. 204. (§. 195.)

## 1. Vorsätzliche Beschädigungen.

## I. Brandstiftung.

## A. Brandstiftung mit Gefahr für Personen.

Wer bewohnte Gebäude oder gewöhnliche Aufenthaltsorte von Menschen, und zwar insofern sie nur zum zeitlichen Aufenthalte dienen, zu einer Zeit, wo, seiner Wissenschaft nach, Personen sich in denselben befinden, oder Gegenstände, welche das Feuer dahin leiten konnten, in Brand steckt \*), soll folgendermaßen bestraft werden:

- 1) mit lebenslänglicher Kettenstrafe, wenn von einem Einzelnen, oder von Mehreren nach vorhergehender Uebereinkunft, das Feuer zu-

---

\*) §. 207.

gleich an verschiedenen Stellen einer Ortschaft, oder wenn es um Aufruhr, öffentliche Gewalt, Mord, Raub oder Diebstahl zu begehen, angelegt worden; wenn die Löschmittel vorher von dem Thäter entfernt oder unbrauchbar gemacht sind, oder die Löschung durch offene Gewalt oder gefährliche Drohungen verhindert wird; oder wenn durch den Ausbruch des Feuers, nach den dem Thäter bekannten Umständen, eine versammelte Menschenmenge in augenscheinliche Gefahr gebracht wird;

- 2) mit zeitlicher Kettenstrafe nicht unter zehn Jahre, wenn das Feuer an Herzogl. Residenzschlösser oder Gebäude, in welchen der Staat Sammlungen, Archive, Registraturen oder Vorräthe bewahrt, gelegt ist; wenn Pulver oder andere, eine Explosion hervorbringende Dinge zur Verübung des Verbrechens benutzt, oder Gebäude angezündet sind, in welchen Vorräthe von solchen Gegenständen sich befinden und dieses der Thäter weiß; wenn das Feuer nach den dem Thäter bekannten Umständen mit augenscheinlicher Gefahr für Menschen verbunden oder zu einer Zeit, in welcher diese schlafen, angelegt ist; endlich, wenn der Verbrecher die Brandstiftung wiederholt hat;
- 3) mit zeitlicher Kettenstrafe bis von zehn Jahren in anderen durch obige Umstände nicht erschwerten Fällen.

§. 205. (§. 196.)

#### B. Brandstiftung an fremden Sachen ohne Gefahr für Personen.

Wer fremde nicht bewohnte Gebäude oder Aufenthaltsorte, oder nur zum zeitlichen Aufenthalte für Menschen bestimmte Orte zu einer Zeit, wo, seiner Wissenschaft nach, solche sich nicht darin befinden, Bergwerke, Waldungen, Torfmoore, Fruchtdimmen, Holzvorräthe und ähnliche Sachen oder Gegenstände, welche dahin das Feuer leiten konnten, in Brand steckt\*), ohne daß das Feuer bewohnte Gebäude oder Aufenthaltsorte ergreifen konnte, soll, wenn durch Verbreitung des Feuers Menschenleben in Gefahr gebracht sind, oder der angerichtete Schaden fünfhundert Thaler übersteigt, mit Zuchthaus; wenn er funfzehn Thaler übersteigt, mit Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr; bei geringerem Betrage mit Zwangsarbeit bis von einem Jahre bestraft werden.

\*) §. 207.

§. 206. (§. 197.)

#### C. Brandstiftung an eigenen Sachen ohne Gefahr für Personen und fremdes Eigenthum.

Wer, ohne Gefahr für Personen oder fremdes Eigenthum, eigene Gebäude, Bergwerke, Waldungen, Torfmoore, Fruchtdimmen, Holzvor-

räthe und dergleichen in Brand steckt \*), soll, wenn dieses in betrüglicher Absicht geschehen und der angerichtete Schaden fünfhundert Thaler übersteigt, Zuchthaus, wenn er funfzehn Thaler übersteigt, Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr; bei minderem Betrage, oder bei sonstiger rechtswidriger Absicht, Zwangsarbeit bis von einem Jahre erleiden.

\*) §. 207.

#### §. 207. (§. 198.)

##### D. Vollenbung der Brandstiftung.

Das Verbrechen der Brandstiftung ist vollendet, sobald der gebrauchte Zündstoff den anzuzündenden Gegenstand durch Entflammen oder Glimmen ergriffen hat.

#### §. 208. (§. 199.)

##### E. Thätige Reue.

Hat der Thäter das ausgebrochene Feuer gleich selbst gelöscht, so daß, außer dem durch den Ausbruch des Feuers selbst und unmittelbar entstandenen, ein weiterer Schaden nicht verursacht worden, so ist auf Gefängniß bis von einem Jahre zu erkennen.

#### §. 209. (§. 200.)

##### 2) Gemeingefährliche Beschädigungen.

Wer Ueberschwemmungen oder Eigenthums-Beschädigungen durch Explosion von Pulver oder ähnlichen Stoffen mit Gefahr für Menschen oder deren Wohnungen verursacht; wer Eisenbahnen, Brücken, Kunststraßen oder andere zum öffentlichen Gebrauche dienende Bauwerke oder Anlagen mit Gefahr für Menschen beschädigt oder unbrauchbar macht, soll, wenn nach den dem Thäter bekannten Umständen die Beschädigung mit augenscheinlicher Gefahr für Menschen verbunden war, Zuchthausstrafe, in anderen Fällen Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr erleiden.

#### §. 210. (§. 201.)

##### 3) Vergiftung von Weiden und Verbreitung von Viehseuchen.

Wer, um Thiere Anderer zu tödten oder zu beschädigen, Weiden oder Viehtränken oder zu gleichem Zwecke dienende Wasserbehälter, Futterbehälter oder das Viehfutter vergiftet, oder Viehseuchen verbreitet, soll, wenn der von ihm verursachte Schaden fünfhundert Thaler übersteigt, mit Zuchthaus, wenn er funfzehn Thaler übersteigt, mit Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr, bei geringerem Betrage mit Zwangsarbeit bis von einem Jahre belegt werden.

## §. 211. (§ 202.)

## 4) Einfache Beschädigung\*).

Wer fremdes Eigenthum rechtswidrig zerstört oder beschädigt, soll folgende Strafe leiden:

- 1) Gefängniß nicht unter ein Jahr, wenn der angerichtete Schaden fünfhundert Thaler übersteigt;
- 2) Gefängniß von sechs Monaten bis von einem Jahre,
  - A. wenn der Schadensbetrag dreißig Thaler übersteigt, oder
  - B. die Beschädigung an dem Gottesdienste gewidmeten Gegenständen, an Herzoglichen Schlössern und deren Zubehörungen, an öffentlichen Sammlungen für Kunst und Wissenschaft, an Eisenbahnen, Brücken, Kunststraßen oder andern zum öffentlichen Gebrauche dienenden Bauwerken oder Anlagen, oder an öffentlichen Denkmalen, oder an Feuerlöschgeräthen verübt ist, und der Schaden funfzehn Thaler übersteigt;
- 3) Gefängniß bis von sechs Monaten,
  - A. wenn der Schaden fünf Thaler übersteigt, oder
  - B. die Beschädigung an den unter Nummer 2 genannten Gegenständen verübt ist, und der Schaden zwei Thaler übersteigt.

Anderere Eigenthumsbeschädigungen sind polizeilich mit Gefängniß oder Geld zu strafen.

\*) §. 243. 244.

## §. 212. (§ 203.)

## II. Unvorsätzliche Brandstiftung und Beschädigung.

Wer durch Fahrlässigkeit einen Brand oder eine andere Eigenthumsbeschädigung verursacht, oder wer das bei ihm ausgebrochene Feuer zu verheimlichen sucht und auf diese Weise dessen Löschung verhindert, soll:

- 1) wenn in seiner Handlung zugleich die Uebertretung eines andern Strafgesetzes liegt und durch sie Personen in Lebensgefahr gebracht sind, Gefängniß nicht unter ein Jahr;
- 2) wenn Personen in Gefahr gebracht sind oder wenn der angerichtete Schaden fünfhundert Thaler übersteigt, Gefängniß von sechs Monaten bis von einem Jahre;
- 3) wenn der angerichtete Schaden dreißig Thaler übersteigt, Gefängniß bis von sechs Monaten erleiden.

In anderen Fällen sind unvorsätzliche Beschädigungen polizeilich mit Gefängniß oder Geld zu strafen.



## Capitel 2.

## Diebstahl und Unterschlagung.

§. 213. (§. 204. Nr. I.)

## I. Diebstahl \*).

## 1) Eigenthlicher Diebstahl.

Wer wissentlich eine fremde, in dem Gewahrsame eines Andern befindliche, bewegliche Sache ohne Einwilligung des Berechtigten, jedoch ohne Gewalt an einer Person, an sich nimmt, um sich dieselbe in gewinnföchtiger Absicht zuzueignen, soll folgendermaßen bestraft werden:

- I. mit Kettenstrafe über zehn Jahre oder bis von zehn Jahren, oder mit Zuchthaus, nach Maßgabe der über Bestrafung des Raubes §. 175. gegebenen Bestimmungen, wenn er sich zur Unternehmung der That mit Waffen versehen und nach vollbrachtem Diebstahle von denselben, um sich oder das gestohlene Gut zu schützen, gegen Personen, zu deren Mißhandlung oder gefährlichen Bedrohung, Gebrauch gemacht hat;

\*) §. 243.

§. 214. (§. 204. Nr. II.)

## Fortsetzung.

## II. mit Zuchthaus:

- 1) wenn er sich zur Unternehmung der That mit Waffen versehen hat, um sich erforderlichen Falls zur Wehr zu setzen und entweder in eine Wohnung eingedrungen ist \*) oder zur Nachtzeit gestohlen hat; oder
- 2) wenn er von den am Orte der That gefundenen Waffen, nach vollbrachtem Diebstahle, um sich oder das gestohlene Gut zu schützen, gegen Personen, zu deren Mißhandlung oder gefährlichen Bedrohung Gebrauch gemacht hat; oder
- 3) wenn er, in Gemeinschaft mit einem oder mehreren Genossen, um zur Nachtzeit zu stehlen, in eine Wohnung eingedrungen ist \*\*), und der Werth des Gestohlenen dreißig Thaler übersteigt; oder
- 4) wenn er das Stehlen gewerbmäßig treibt und bereits zwei Mal wegen Diebstahls Zwangsarbeitsstrafe verwirkt und erlitten hat; oder
- 5) wenn der Werth des Gestohlenen fünfhundert Thaler übersteigt;

\*) §. 217. \*\*) §. 217.

## §. 215. (§. 204. Nr. III.)

## Fortsetzung.

## III. mit Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr;

- 1) wenn er, um sich erforderlichen Falls zur Wehr zu setzen, zur Unternehmung der That sich mit Waffen versehen oder am Orte der That gefundene Waffen an sich genommen hat; oder
- 2) wenn der Dieb das Stehlen gewerbmäßig betreibt; oder
- 3) wenn der Werth des Gestohlenen fünf Thaler übersteigt und entweder
  - A. eine dem kirchlichen Gebrauche unmittelbar geweihte Sache aus einem Gotteshause, oder
  - B. wenn Gegenstände, die zur unmittelbaren Vertheilung unter die Armen bestimmt sind, gestohlen worden; oder
  - C. wenn während eines die Verwahrung des Eigenthums erschwerenden Nothstandes gestohlen ist; oder
  - D. der Bestohlene durch den Diebstahl in eine hilflose Lage versetzt ist, und der Thäter dieses wußte; oder
  - E. der Diebstahl durch Ueberraschung einer Person, nicht gewaltsame Thätlichkeiten oder nicht gefährliche Drohungen gegen dieselbe verübt ist; oder
  - F. der Dieb, um zur Nachtzeit zu stehlen, in eine Wohnung eingedrungen ist \*); oder
  - G. innerhalb eines Wohngebäudes\*\*) Wände, Thüren oder Behälter erbrochen, oder Thüren und Behälter mit Dietrichen oder Nachschlüsseln eröffnet hat;
- 4) wenn der Werth des Gestohlenen funfzehn Thaler übersteigt und der Dieb entweder
  - A. Herzogliches Eigenthum aus Herzoglichen Residenzschlössern oder deren Zubehörungen; im Staatseigenthume oder unter gerichtlichem Siegel oder in obrigkeitlichem Gewahrsam befindliche Sachen; oder
  - B. Post- oder Fracht-Güter, oder Sachen der Reisenden auf öffentlichen Straßen oder auf den Post-, Pack- oder Bahnhöfen; oder
  - C. Feld- oder Gartenfrüchte\*\*\*), Bäume aus Gärten, im Freien befindliche Ackergeräthe, Bleichstücke, Bienenstöcke oder Vieh, oder dergleichen der öffentlichen Sicherheit anvertraute Sachen; oder

\*) §. 217. \*\*) §. 217. \*\*\*) §. 244.

- D. auf Messen oder Märkten, oder sonst im Gedränge einer versammelten Menschenmenge, oder aus offenen Kaufmannsläden; oder
- E. in Gemeinschaft mit mehreren Genossen gestohlen hat; oder
- F. wenn eine Person bestohlen ist, in deren Kost oder Lohn der Dieb als Commis, Lehrling, Diensthote, Geselle, Lehrjunge, Fabrikarbeiter oder in einem ähnlichen Verhältnisse steht, oder Jemand, der mit solcher Person in derselben häuslichen Gemeinschaft lebt \*); oder
- G. wenn Wirths oder deren Diensthoten Sachen der Gäste, oder diese in einem Wirthshause, in welchem sie aufgenommen sind, oder Wächter und Hüter, die ihnen anvertrauten Sachen stehlen; oder
- II. wenn der Dieb innerhalb einer Wohnung \*\*) Thüren oder Behälter mit den zu dem Ende ohne Einwilligung des Eigenthümers erlangten ächten Schlüsseln eröffnet hat;

5) wenn der Werth des Gestohlenen dreißig Thaler übersteigt;

\*) §. 244. \*\*) §. 217.

§. 216. (§. 204. Nr. IV.)

Fortsetzung.

IV. mit Zwangsarbeit bis von einem Jahre:

- 1) wenn einer der §. 215. unter Nummer 3. unter den Buchstaben A. bis G. aufgeführten Umstände eintritt, jedoch der Werth des Gestohlenen fünf Thaler nicht übersteigt; oder
- 2) wenn der Werth des Gestohlenen zwei Thaler übersteigt und entweder
  - A. einer der §. 215. unter Nummer 4. unter den Buchstaben A. bis H. aufgeführten Umstände eintritt, oder
  - B. der Dieb bereits zwei Mal wegen Diebstahls polizeilich bestraft ist;
- 3) wenn der Werth des Gestohlenen fünf Thaler übersteigt.

Findet sich bei einem Diebstahle keiner der in den Paragraphen 213. bis 216. aufgeführten Umstände, so ist derselbe polizeilich mit Gefängniß zu bestrafen.

§. 217. (§. 205.)

Wörterklärungen.

Unter Wohnungen sind im Sinne der §§. 173., 214. und 215.

solche Gebäude zu verstehen, in welchen Menschen wirklich wohnen, wenn sie sich auch zur Zeit des Diebstahls nicht in denselben aufhalten, so wie die zu denselben gehörigen geschlossenen Bezirke.

Unter dem Eindringen in Wohnungen ist nicht nur gewaltsames Einbrechen oder Einsteigen zu verstehen, sondern auch das Eingehen in dieselben durch von dem Berechtigten nicht gestattete Eröffnung der Fenster oder Thüren, oder durch Einschleichen oder verheimlichtes Zurückbleiben in denselben, um zu stehlen.

#### §. 218. (§. 206.)

##### Erschwerungsgründe.

Es ist als Erschwerungsgrund zu betrachten, wenn zum kirchlichen Gebrauche unmittelbar geweihte Sachen nicht aus einem Gotteshause oder aus einem Gotteshause nicht geweihte Sachen gestohlen, oder wenn in nicht bewohnte Gebäude, oder in bewohnte Gebäude zur Tageszeit, um zu stehlen, eingedrungen ist.

#### §. 219. (§. 207.)

##### 2) Entwendungen von Leichen und aus Gräbern.

Die Entwendung von Leichen ist, wenn sie in gewinnföchtiger Absicht geschieht, mit sechsmonatiger bis einjähriger Zwangsarbeit; wenn der Thäter einen wissenschaftlichen Zweck hatte, mit Gefängniß von drei bis sechs Monaten zu bestrafen.

Die Entwendung von Sachen aus Gräbern oder Grabstätten ist, insofern nach den Bestimmungen der §§. 213. bis 216. keine härtere Strafe eintritt, auch wenn der Betrag des Gestohlenen fünf Thaler nicht übersteigt, mit Zwangsarbeit bis von einem Jahre zu belegen.

#### §. 220. (§. 208. Nr. I.)

##### II. U n t e r s c h l a g u n g \*).

Wer wissentlich eine fremde bewegliche Sache, die er in seinem Besitze oder Gewahrsame hat, widerrechtlich in gewinnföchtiger Absicht sich aneignet, insbesondere dieselbe veräußert, ganz oder theilweise verbraucht, oder solche, um sie sich anzueignen, verpfändet oder gegen den zur Zurückforderung Berechtigten deren Besitz abläugnet oder verheimlicht, ist folgendermaßen zu strafen:

- I. mit Zuchthaus, wenn der Werth des Unterschlagenen fünfhundert Thaler übersteigt;

\*) §. 243.

## §. 221. (§. 208. Nr. II.)

Fortsetzung.

## II. mit Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr;

- 1) wenn der Werth des Unterschlagenen funfzehn Thaler übersteigt, und entweder
  - A. der Thäter zu dem Beschädigten in dem §. 215. unter Nr. 4. unter dem Buchstaben F. aufgeführten Verhältnisse steht \*); oder
  - B. Wirths oder deren Dienstboten Sachen der Gäste oder diese Sachen der Wirths oder öffentliche Boten, öffentliche Fuhr- und Schiffsleute, Privatrechnungsführer oder Verwalter, Vormünder und Curatoren, Depositare, Bevollmächtigte, Gesellschaftsgenossen, Handelsleute, welche den Commissions- oder Expeditionshandel treiben und deren Gehülfsen und Diener ihnen anvertrautes Gut unterschlagen; oder
  - C. der Thäter zu dem Geschäfte in Ansehung dessen er sich einer Unterschlagung schuldig gemacht, obwohl dasselbe kein öffentliches und amtliches ist, doch vor einer öffentlichen Behörde beeidigt worden; oder
  - D. ihm die unterschlagenen Gegenstände zur Zeit einer eingetretenen Noth in Verwahrung gegeben sind;
- 2) wenn der Werth des Unterschlagenen dreißig Thaler übersteigt;

\*) §. 244.

## §. 222. (§. 208. Nr. III.)

Fortsetzung.

## III. mit Zwangsarbeit bis von einem Jahre,

- 1) wenn der Werth des Unterschlagenen zwei Thaler übersteigt, und entweder einer der §. 221. unter Nr. 1. unter den Buchstaben A. bis D. aufgeführten Fälle eintritt oder der Thäter wegen Unterschlagung bereits zwei Mal Polizeistrafe erlitten hat;
- 2) wenn der Werth des Unterschlagenen fünf Thaler übersteigt.

Unterschlagungen, bei denen keiner der in den Paragraphen 220. bis 222. aufgeführten Umstände sich findet, sind polizeilich mit Gefängniß zu bestrafen.

## §. 223. (§. 209.)

## III. F u n d d i e b s t a h l.

Wer sich eine gefundene Sache widerrechtlich zueignet, ist nach Maßgabe des Werthes derselben ebenso, als ob er sie unterschlagen hätte, zu strafen, jedoch statt mit Zuchthaus mit Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr, statt mit Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr mit Gefängniß nicht unter ein Jahr, und statt mit Zwangsarbeit bis von einem Jahre mit Gefängniß von gleicher Dauer.

## Capitel 3.

## B e t r u g u n d F ä l s c h u n g.

## §. 224. (§. 210. Nr. I.)

## I. Betrug\*).

Wer den Irrthum eines Andern rechtswidrig veranlaßt oder benutzt, um demselben einen Vermögensschaden zuzufügen oder in gewinnfüchtiger Absicht und seinen verbrecherischen Zweck erreicht, soll folgendermaßen bestraft werden:

- I. mit Zuchthaus, wenn der angesiftete Schaden oder der erlangte Vortheil fünfhundert Thaler übersteigt;

---

\*) §. 243.

## §. 225. (§. 210. Nr. II.)

## Fortsetzung.

## II. mit Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr,

- 1) wenn der Werth jenes Schadens oder Vortheils funfzehn Thaler übersteigt und entweder
  - A. einer der im §. 221. unter der Nummer 1. unter den Buchstaben A. bis C. aufgeführten Umstände bei dem Betrüge eintritt; oder
  - B. der Thäter den Betrug gewerbsmäßig betreibt; oder
  - C. die Religion, eine religiöse Handlung oder eine der Religion geheiligte Sache als Mittel zur Ausübung des Verbrechens mißbraucht; oder
  - D. falsche Amtstitel, falsche amtliche Aufträge oder Befugnisse vorgiebt; oder
  - E. sich fremder Namen oder Wappen fälschlich bedient; oder
  - F. als Kunstverständiger oder Schiedsrichter in seinem Wirkungskreise den Betrug begeht; oder

- 2) wenn der Betrag jenes Vortheils oder Schadens dreißig Thaler übersteigt;

§. 226. (§. 210. Nr. III.)

Fortsetzung.

III. mit Zwangsarbeit bis von einem Jahre,

- 1) wenn der Werth jenes Vortheils oder Schadens zwei Thaler übersteigt und entweder

- A. einer der §. 225. unter der Nummer 1. unter den Buchstaben A. bis F. aufgeführten Umstände eintritt; oder
- B. Collekten zu wohlthätigen oder frommen Zwecken unter unwahrem Vorgeben gesammelt sind; oder
- C. der Betrug mit abergläubischer oder hinterlistiger Verblendung verübt ist;

- 2) wenn der Betrag des Betruges fünf Thaler übersteigt.

Betrügereien, die durch keinen der in den §§. 224. bis 226. aufgeführten Umstände erschwert werden, sind polizeilich mit Gefängniß zu bestrafen.

§ 227. (§. 211.)

Beschränkung dieser Vorschriften bei Verträgen.

In Verträgen ist ein Betrug nur dann strafbar, wenn dem Betrogenen der erlittene Schaden auf sein Anfordern nicht sofort ersetzt wird \*).

---

\*) §. 244.

§. 228. (§. 212. Nr. I.)

II. Fälschung.

Wer

- 1) unächte Sachen verfertigt, oder ächte verfälscht und davon als von ächten oder unverfälschten zu dem Vermögensschaden eines Andern oder in gewinnstüchtiger Absicht einen rechtswidrigen Gebrauch macht, oder wer
- 2) zu einem der bezeichneten Zwecke wissentlich von falschen oder verfälschten Sachen, die ein Anderer gefertigt oder verfälscht hat, Gebrauch macht,

soll folgende Strafen leiden:

- 1. Zuchthaus, wenn der erlangte oder beabsichtigte Vortheil, der angestiftete oder beabsichtigte Schaden fünfhundert Thaler übersteigt;

## §. 229. (§. 212. Nr. II.)

Fortsetzung.

## II. Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr,

- 1) wenn jener Vortheil oder Schaden funfzehn Thaler übersteigt und entweder
  - A. die Fälschung Wechsel, kaufmännische Creditbriefe oder Handelsbücher betrifft; oder
  - B. der Thäter in seinem Gewerbe falsches Maaß oder Gewicht gebraucht hat; oder
  - C. bei der Fälschung einer der §. 221. unter der Nummer 1. unter den Buchstaben A. bis C. aufgeführten Umstände eintritt;
- 2) wenn der Betrag der Fälschung dreißig Thaler übersteigt;

## §. 230. (§. 212. Nr. III.)

Fortsetzung.

## III. Zwangsarbeit bis von einem Jahre,

- 1) wenn der Betrag der Fälschung zwei Thaler übersteigt und entweder
  - A. einer der §. 229. unter Nr. 1. unter den Buchstaben A. bis C. aufgeführten Umstände eintritt; oder das Verbrechen
  - B. mittelst Verfertigung falscher oder Verfälschung, Vernichtung, Beschädigung oder Unterdrückung ächter Privaturkunden oder Privatsiegel; oder
  - C. im Handel durch Nachbildung oder Verfälschung der besondern Kennzeichen, Stempel oder Etiketten einer Fabrik oder eines Handelshauses verübt ist;
- 2) wenn der Betrag der Fälschung fünf Thaler übersteigt.

Fälschungen, die durch keinen der in den §§. 228. bis 230. erwähnten Umstände erschwert werden, sind polizeilich mit Gefängniß zu strafen.

## §. 231. (§. 213.)

## III. Wucher.

## 1) Betrügerlicher Wucher.

Ein Gläubiger, der den gesetzlich erlaubten Zinsfuß überschreitet und um den Schuldner zu täuschen den wucherlichen Vertrag so eingekleidet hat, daß daraus das wahre Verhältniß der Zinsen oder der statt derselben bedungenen Vortheile zum Capitale nicht deutlich zu sehen ist, soll einem Betrüger gleich gestraft werden.



## §. 232. (§. 214.)

## 2) Gemeiner Wucher.

Ein Gläubiger, der sich höhere, als die gesetzlich erlaubten Zinsen oder statt derselben den erlaubten Zinsfuß überschreitende Vortheile oder größere Summen oder bessere Münzsorten, als er zu fordern berechtigt ist, oder für die gestattete Stundung ein Mehreres als die gesetzlich gestatteten Zinsen oder deren Werth versprechen oder leisten läßt, oder bei Darlehen dem Schuldner statt baaren Geldes oder demselben gleichzuachtender Staats- oder Creditpapiere, Sachen aushändigt, ist mit Gefängniß bis von einem Jahre oder verhältnißmäßiger Geldstrafe zu belegen.

Diese Strafbestimmungen finden auf eigentlich kaufmännische diesem Gewerbsbetriebe eigenthümliche Geschäfte keine Anwendung.

## §. 233. (§. 215.)

## IV. Strafbarer Bankerott.

## 1) Betrüglcher Bankerott.

Ein nicht zahlsfähiger oder sich fälschlich für zahlungsunfähig ausgebender Schuldner, der, um seine Gläubiger zu verkürzen, betrüglche Handlungen vornimmt, insbesondere

- A. die erforderlichen Notizen über sein Vermögen zu geben sich weigert, oder als Kaufmann, Banquier, Geldwechsler oder Fabrikant in solcher Absicht seine Bücher verbirgt, vertilgt oder verfälscht, oder ohne Handelsbücher zu hinterlassen oder mit Hinterlassung von verwirrten Handelsbüchern austritt oder seinen Aufenthalt verbirgt;
  - B. Vermögensstücke verheimlicht, Waaren, Sachen oder Gelder verbirgt, oder Andern in Verwahrung giebt; Gelder unter fremdem Namen belegt, oder unter fremdem Namen Ankäufe macht; den Betrag seiner Schulden größer angiebt als er ist; nicht wirklich vorhandene Forderungen bezahlt; einzelne Gläubiger widerrechtlich begünstigt; heimlich Zahlungen aufnimmt; Schenkungen macht; Waaren oder Effecten unter dem Werthe verschleudert; Wechsel oder Privathypothek-Verschreibungen vordatirt; durch falsche Angaben oder Papiere sich Credit erschleicht;
- soß folgende Strafen erleiden:

- I. Zuchthaus, wenn der Betrag des den Gläubigern gestifteten Schadens fünfhundert Thaler übersteigt;
- II. Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr, wenn der Betrag dieses Schadens dreißig Thaler übersteigt;

### III. Zwangsarbeit bis von einem Jahre in anderen Fällen.

In den unter A. gedachten Fällen wird der ganze Betrag, um welchen die Gläubiger verkürzt werden, in den unter B. gedachten Fällen aber der Betrag, um welchen sie durch die einzelnen daselbst erwähnten Handlungen verkürzt werden, als der betrüglich angefügte Schaden angesehen.

#### §. 234. (§. 216.)

##### 2) Muthwilliger Bankerott.

###### Wer

A. durch einen mit seinem Einkommen nicht im Verhältnisse stehenden und des Lebens Nothdurst überschreitenden Aufwand oder durch gewagte, mit seinem Vermögen nicht im Verhältnisse stehende Unternehmungen, sich außer Stand gesetzt hat, seine Gläubiger zu befriedigen, sowie der nicht zahlfähige Kaufmann, Banquier, Geldwechsler oder Fabrikant, der entweder gar keine Bücher oder diese so unvollständig geführt hat, daß aus denselben der Vermögens- und Schuldenbestand nicht ersehen werden kann, oder der nicht wenigstens alle zwei Jahr Bilanz gezogen hat, insofern die Handelsliste nach dem Umfange seines Geschäfts die Führung von Büchern erforderlich macht; oder

###### wer

B. zu einer Zeit, wo er seine Zahlungsunfähigkeit kannte, annoch Waaren auf Credit oder Darlehne aufgenommen hat, oder andere Schuldverbindlichkeiten eingegangen ist, ohne seine Gläubiger von seinem Vermögensverfall in Kenntniß zu setzen, soll, wenn der angerichtete Schaden fünfhundert Thaler übersteigt, mit Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr, sonst mit Zwangsarbeit bis von einem Jahre belegt werden.

In den unter A. gedachten Fällen wird der ganze Betrag, um welchen die Gläubiger verkürzt werden, in den unter B. gedachten Fällen aber der Betrag, um welchen sie durch die einzelnen daselbst erwähnten Handlungen verkürzt werden, als der muthwillig angerichtete Schaden angesehen.

#### §. 235. (§. 217.)

##### 3) Fahrlässiger Bankerott.

Wer nicht im Stande ist, nachzuweisen, daß ihm hinsichtlich seiner Zahlungsunfähigkeit ein dem Manne von gewöhnlicher Vorsicht beizumessendes Verschulden nicht zur Last fällt, oder durch Vernachlässigung seines Nahrungsbetriebes oder unordentlichen Haushalt seine Zahlungs-

unfähigkeit herbeigeführt hat, soll, nach Maßgabe des angerichteten Schadens, Gefängniß bis von einem Jahre erleiden.

§. 236. (§. 218.)

4) Erschwerungsgründe.

Bei dem strafbaren Bankerotte ist es als ein erheblicher Erschwerungsgrund anzusehen, wenn der Schuldner einen Verlust an einem Vermögen verursacht hat, welches Kraft einer vertragsmäßig eingegangenen oder obrigkeitlich übertragenen Verbindlichkeit seiner Verwaltung anvertrauet gewesen ist.

§. 237. (§. 219.)

V. Betrüglische Verletzung fremder Geheimnisse \*).

Wer, um einem Andern zu schaden, oder um sich oder einem Andern einen rechtswidrigen Vortheil zu verschaffen, fremde Briefe, Urkunden, Acten, Handelsbücher oder andere Papiere erbricht, liefert, abschreibt, oder wer unbefugter Weise Anderen Geheimnisse mittheilt, welche ihm als Gehülfsen in Fabriken oder Handelshäusern in Beziehung auf diesen Beruf anvertrauet sind, ist mit Gefängniß bis von einem Jahre zu belegen.

---

\*) §. 244.

§. 238. (§. 220.)

VI. Betrüglische Entwendung eigener Sachen \*).

Wer die eigene bewegliche Sache dem Nießbraucher, dem Pfandgläubiger oder sonstigen rechtmäßigen Inhaber entwendet, oder wer seine mit obrigkeitlichem Beschlage belegte bewegliche Sache demselben heimlicher Weise entzieht, und dadurch die Berechtigten um ihr Benutzungsrecht oder ihre Befriedigung bringt, soll, nach Maßgabe des Werths des Gegenstandes des Verbrechens, einem Betrüger gleich gestraft werden.

---

\*) §. 244.

§. 239. (§. 221.)

VII. Widerrechtliche Benutzung fremder Sachen \*).

Wer eine fremde Sache widerrechtlich benutzt, ist, wenn der Gegenstand des Verbrechens den Werth von funfzehn Thalern übersteigt, mit Gefängniß bis von drei Monaten oder verhältnißmäßiger Geldstrafe zu belegen, sonst polizeilich mit Gefängniß oder Geld zu strafen.

---

\*) §. 243. 244.

### Capitel 4.

## Gemeinschaftliche Bestimmungen für Diebstahl, Unterschlagung und Betrug.

§. 240. (§. 222.)

### Entwendung, Unterschlagung und Betrug unter Angehörigen \*).

Entwendungen, Unterschlagungen und Betrug unter Angehörigen \*\*) sind, wenn sie den Betrag von fünfzehn Thalern übersteigen, mit Gefängniß bis von einem Jahre, und zwar nicht unter drei Monaten, wenn nach den Bestimmungen der §§. 215., 221., 225. Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr eintreten würde; bei geringerem Betrage aber polizeilich mit Gefängniß zu bestrafen.

\*) §. 244. \*\*) §. 73.

### Capitel 5.

## Gemeinschaftliche Bestimmungen für die Verbrechen an dem Vermögen Anderer.

§. 241. (§. 223.)

### I. Bestimmung des Werthes.

Der Betrag eines Verbrechens an fremdem Vermögen wird nach dem gemeinen Werthe, welchen der Gegenstand des Verbrechens zur Zeit der Verübung desselben hatte, bestimmt.

Hat der Gegenstand des Verbrechens, besonderer Verhältnisse wegen, für den Beschädigten allein einen Werth, oder doch einen höhern als den gemeinen Werth, und der Thäter hatte Kenntniß hievon, so liegt in diesem Umfande ein Erschwerungsgrund.

§. 242. (§. 224.)

### II. Bestimmung des Werthes bei Miteigenthum.

Ist das Verbrechen in Beziehung auf eine Sache begangen, an welcher dem Thäter ein Miteigenthum oder Miterbrecht zusteht, so kommt bei Schätzung des Werthes nur der Betrag in Anschlag, welcher nach Abzug des dem Thäter zustehenden Theiles übrig bleibt.

§. 243. (§. 225.)

### III. Thätige Reue.

Wer der einfachen Vermögens-Beschädigung, des Diebstahls, der Unterschlagung, des Betruges oder der widerrechtlichen Benützung

fremder Sachen sich schuldig macht und, bevor die Obrigkeit eingeschritten ist, dem Beschädigten aus freiem Antriebe Ersatz aus bereiten Mitteln sogleich gewährt, soll

- 1) wenn das Verbrechen zu denjenigen gehört, bei welchen das Gesetz allein nach dem Werthe des Gegenstandes des Verbrechens die Strafe bestimmt hat, bei vollständigem Ersatze ganz straffrei sein, bei theilweisem Ersatze aber nur nach Maßgabe des Werthes des nicht Ersehten bestraft, und hiebei seine thätige Reue als Minderungsgrund berücksichtigt werden;
- 2) wenn das Verbrechen zu den unter Nummer 1. erwähnten nicht gehört, ist der vollständige oder theilweise Ersatz nur ein erheblicher Minderungsgrund.

Der Verbrauch unterschlagener Gelder oder anderer vertretbarer Sachen soll auch dann strafflos sein, wenn solche vor dem Einschreiten der Obrigkeit zwar nicht aus freiem Antriebe, aber doch auf Anfordern des Berechtigten, aus bereiten Mitteln sogleich ersetzt werden \*).

---

\*) §. 261. Abs. 2.

### Dritter Abschnitt.

Vorschriften für die Fälle, in welchen die Untersuchung nicht von Amtswegen anzustellen ist.

#### §. 244. (S. 226.)

##### 1. Nicht von Amtswegen zu untersuchende Verbrechen.

Wegen folgender Privatverbrechen soll die Untersuchung nicht von Amtswegen, sondern nur auf Anzeige eines Theilheiligen, angestellt werden, nämlich wegen Beschädigungen an der Person, welche weder Krankheit noch Arbeitsunfähigkeit zur Folge gehabt haben (§. 159. N<sup>o</sup> 5. und 160. N<sup>o</sup> 5.); wegen Entführung (§. 171.), Nothzucht (§. 172. und 173.), Schändung (§. 174.), Störung des Hausfriedens (§. 180.), Beeinträchtigung der Familienrechte (§. 182.), Verleitung zur Ehe (§. 183.), betrügerlicher Ehe oder Eheverlöbniß (§. 184.), Zwangs zur Ehe (§. 185.), Ehebruchs (§. 188.), Verführung (§. 191.), widernatürlicher Unzucht (§. 195.), Ehrenkränkungen (§. 198. und 199.), einfacher Vermögensbeschädigungen (§. 211.), Hausdiebstahls, wenn der Werth des

Gestohlenen fünf Thaler nicht übersteigt (§. 215. № 4. F. und §. 216. № 2. A.), Diebstahls von Feld- und Gartenfrüchten, insofern sie zum unmittelbaren Genuße verbraucht sind (§. 215. № 4. C. und 216. № 2. A.), häuslicher Veruntreuungen, insofern der Werth des Unterschlagenen fünf Thaler nicht übersteigt (§. 221. № 1. A. und 222. № 1.), Betrugs bei Verträgen (§. 227.), betrüglischer Verletzung fremder Geheimnisse (§. 237.), betrüglischer Entwendung eigener Sachen (§. 238.), widerrechtlicher Benützung fremder Sachen (§. 239.), Entwendung, Unterschlagung und Betrug unter Angehörigen (§. 240.).

Ausnahmsweise findet indeß auch wegen dieser Verbrechen eine Untersuchung von Amtswegen statt, wenn durch dieselbe Handlung \*) zugleich ein anderes mindestens mit Zwangsarbeit bedrohetes Verbrechen begangen ist; wenn durch deren Verübung die öffentliche Ruhe gestört oder ein öffentliches Aergeruiß gegeben ist.

\*) §. 55. Abs. 1.

§. 245. (§. 227.)

## II. Zur Anzeige berechnigte Personen.

Zur Anzeige berechnigt ist die verletzte Person, insofern sie das vierzehnte Jahr überschritten hat, oder falls sie wegen jüngern Alters, wegen Krankheit oder Abwesenheit vor Gericht zu handeln verhindert ist, derjenige, welcher sie Kraft väterlicher, vormundschastlicher oder ehelicher Gewalt vertritt.

Wegen Entführung, Nothzucht, Schändung, Verleitung zur Ehe, betrüglischer Ehe und Eheverlöbniß, Verführung und Ehrenfränkungen, hat derjenige, welcher die verletzte Person kraft väterlicher, vormundschastlicher oder ehelicher Gewalt vertritt, auch ein selbstständiges Recht zur Anzeige, selbst wider deren Willen.

Hat indeß der Vormund selbst sich der Nothzucht, Schändung, des Zwanges zur Ehe oder der Verführung seines Mündels schuldig gemacht, so ist gegen ihn von Amtswegen zu verfahren.

Bei Ehrenfränkungen wider Verstorbene sind die Ehegatten, Blutsverwandten in auf- und absteigender Linie, Geschwister und Erben des Verstorbenen zur Anzeige berechnigt.

§. 246. (§. 227 a.)

## III. Anzeige bei mehreren Mitschuldigen.

Die gegen einen Mitschuldigen gemachte Anzeige ist als gegen alle Mitschuldige gerichtet anzusehen.

Wird hinsichtlich eines Mitschuldigen die Art des Verbrechens durch

das besondere Verhältniß bestimmt, in welchem er zu dem Verletzten steht, so kann auch gegen die übrigen Mitschuldigen nicht von Amtswegen verfahren werden. Der Berechtigte kann indeß verlangen, daß gegen diese allein ausnahmsweise die Untersuchung gerichtet werde.

§. 247. (§. 228.)

#### IV. Zurücknahme der Anzeige.

Die Zurücknahme der Anzeige geschieht durch eine Erklärung zu Protocoll dessen, oder, falls mehrere betheiligt sind, aller derer, welche die Anzeige gemacht haben, vor dem untersuchenden Gerichte. Die Zurücknahme der Anzeige hinsichtlich eines Mitschuldigen wirkt auch auf die übrigen mit.

Sie hat nur Wirkung mit Zustimmung des, oder, falls mehrere Personen beschuldigt sind, der sämmtlichen Angeschuldigten.

Sie findet nicht mehr statt nach Eröffnung des Erkenntnisses erster Instanz.

Bei Ehrenkränkungen verbleibt dem Beleidigten indeß das Recht, dem Beleidiger die Strafe ganz oder theilweise zu erlassen.

### T i t e l 3.

## A m t s - V e r b r e c h e n .

### Capitel 1.

#### Allgemeine Bestimmungen.

§. 248. (§. 229.)

#### 1. Umfang dieser Bestimmungen.

Die nachfolgenden Bestimmungen sind anzuwenden:

- 1) auf alle im Civil-Staats-Dienste stehende Personen;
- 2) auf landschaftliche Beamte;
- 3) auf Kirchen- und Schulbeamte;
- 4) auf Gemeinde-Beamte, so wie diejenigen Personen, welche in Gemäßheit der §§. 10. und 11. der Verordnung vom 26. März 1823 *N* 7. und der Verordnung von demselben Tage *N* 9. die Local-Polizei verwalten;
- 5) auf Procuratoren, Notare, Advocaten, Aerzte, Wundärzte, Abothe-

ter, Mäfler und überhaupt solche Personen, welche von einer obrigkeitlichen Behörde mit einer öffentlichen Funktion bekleidet und auf dieselbe beeidigt oder mittelst Handgelöbnisses an Eidesstatt verpflichtet sind.

§. 249. (§. 230.)

II. Eigenthümliche Strafarten.

Die auf die Amtsverbrechen gesetzten eigenthümlichen und selbstständigen Strafen sind Dienstentsetzung und Dienstentlassung.

Die Dienstentsetzung sowohl als die Dienstentlassung bewirkt den Verlust des Amtes oder der öffentlichen Funktion und der damit verbundenen Dienstrechte oder sonstigen Befugnisse.

Dienstentsetzung hat außerdem dieselben rechtlichen Folgen wie Zwangsarbeit.

Trifft Dienstentsetzung oder Dienstentlassung als selbstständige Strafe mit einer Strafe zusammen, mit welcher der Verlust der Dienstrechte verbunden ist, oder trafen mehrere Amts-Verbrechen zusammen, deren jedes mit Dienstentsetzung oder Dienstentlassung als selbstständigen Strafen bedrohet ist, oder wären sie als selbstständige Strafe zu einer Zeit zu erkennen, wo der Dienstverband schon aufgehört hat, so tritt neben oder statt Dienstentsetzung, Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr, neben oder statt Dienstentlassung Gefängnißstrafe nicht unter ein Jahr ein.

Wäre die selbstständig verwirkte Strafe der Dienstentsetzung oder Dienstentlassung nicht anwendbar, weil der Schuldige noch nicht im Dienstverbande steht, sondern entweder in einer Vorbereitungsstelle sich befindet oder nur vorübergehend mit einer Dienstverrichtung beauftragt ist, so soll statt Dienstentsetzung, Zwangsarbeit bis von einem Jahre, statt Dienstentlassung, Gefängniß bis von einem Jahre erkannt werden.

Ist auf eine gelindere Strafart, als die den einzelnen Verbrechen angedrohet, zu erkennen, so tritt statt Dienstentsetzung, Dienstentlassung oder Gefängniß bis von einem Jahre, und statt Dienstentlassung Gefängniß bis von neun Monaten oder verhältnißmäßige Geldstrafe ein.

Hinsichtlich der Verjährung ist die Dienstentsetzung der Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr, die Dienstentlassung der Gefängnißstrafe nicht unter ein Jahr gleich zu achten.

Die Vollziehung dieser Strafen ist bekannt zu machen (§. 24).

§. 250. (§. 231.)

III. Gehülfen und Begünstiger.

Vorgesetzte oder Mitglieder oberer Behörden, welche wissentlich Amtsverbrechen ihrer Untergebenen geschehen lassen, sind als Gehülfen,



und, wenn sie bereits verübte Amtsverbrechen nachsehen, als Begünstiger zu strafen.

§. 251. (§. 232.)

IV. Straflosigkeit befolgter Befehle.

Haben öffentliche Behörden oder Beamte untergeordneten Behörden oder Beamten, die ihnen zu gehorchen schuldig sind, eine Handlung in der vorgeschriebenen Form befohlen, welche nur als Mißbrauch oder Ueberschreitung der Amtsgewalt oder als Verletzung der Amtspflicht strafbar ist, so wird nur der Befehlende verantwortlich. Insofern indeß der Gehorchende unter den Bestimmungen des Staatsdienstgesetzes vom 12. Oktober 1832 № 25. steht, und zu den Beamten erster Classe gehört, wird er nur straffrei, wenn er der Vorschrift des §. 23. dieses Gesetzes nachgekommen ist.

§. 252. (§. 233.)

V. Theilnahme Nichtangestellter an Amtsverbrechen.

Wer, ohne in öffentlichem Dienste zu stehen, sich eines Amtsverbrechens mit schuldig macht, wird nur insofern mit Strafe belegt, als seine Handlung als gemeines Verbrechen strafbar ist \*).

\*) §. 262. Abs. 2.

§. 253. (§. 234.)

VI. Verübung gemeiner Verbrechen mit Amtsmißbrauch.

Wer sein Dienstverhältniß zur Verübung gemeiner Verbrechen mißbraucht, ist mit den auf dieselben gesetzten Strafen zu belegen, und dieser Mißbrauch ist als Erschwerungsgrund anzusehen.

Würde indeß ein öffentlicher Beamter ein der polizeilichen Bestrafung überwiesenes Verbrechen begehen, welches in dem vorhergehenden Titel dieses Gesetzbuches, selbst in der niedrigsten Strafabstufung, mit Zwangsarbeit bedrohet ist, (Diebstahl, Unterschlagung, Betrug und Fälschung,) so ist Dienstentlassung gegen denselben zu erkennen.

§. 254. (§. 235.)

VII. Disciplinarstrafen.

Amtliche, in den nachfolgenden Capiteln aufgeführte Vergehen, bei welchen die daselbst angegebenen Erschwerungsgründe sich nicht finden, sind disciplinarisch zu strafen.

## §. 255. (§. 236.)

## VIII. Bedingung der Anstellung der Untersuchung.

Untersuchungen wegen Amtsverbrechen sind nur auf Antrag der dem Angeschuldigten vorgesetzten Disciplinarbehörde anzustellen.

Wegen gemeiner Verbrechen der Beamten können die Gerichte ohne solchen Antrag verfahren.

## Capitel 2.

## Verletzung allgemeiner Dienstpflichten.

## §. 256. (§. 237.)

## I. Bestechung.

Wer, um eine Amtshandlung entweder auf eine pflichtwidrige Art vorzunehmen oder pflichtwidrig zu unterlassen, Geschenke oder andere Vortheile annimmt oder sich versprechen läßt, oder gestattet, daß solche von seinen Angehörigen angenommen oder ihnen versprochen werden, ist mit Dienstentsetzung und Gefängniß bis von einem Jahre zu bestrafen, und das Geschenk oder dessen Werth verfällt der Armen-Casse seines Wohnorts.

Der Beamte, welcher unterläßt, davon Anzeige zu machen, daß ihm oder seinen Angehörigen, um ihn zu bestechen, Geschenke oder andere Vortheile angeboten worden, verfällt in Gefängnißstrafe bis von vier Wochen oder verhältnißmäßige Geldstrafe.

## §. 257. (§. 238.)

## II. Annahme von Geschenken.

Wer von Jemand, dessen Angelegenheit bei seiner Amtsstelle anhängig ist oder anhängig gemacht werden soll, in Beziehung darauf Geschenke annimmt oder sich versprechen läßt, oder gestattet, daß seine Angehörigen solche annehmen oder sich versprechen lassen, oder wer, in Beziehung auf vorgenommene Amtshandlungen, Geschenke ohne Genehmigung der vorgesetzten Behörde annimmt oder sich versprechen läßt, oder gestattet, daß seine Angehörigen solche, ohne jene Genehmigung, annehmen oder sich versprechen lassen, ist mit Gefängniß bis von drei Monaten, und, bei dem ersten Rückfalle, mit Gefängniß bis von sechs Monaten und mit Dienstentlassung zu bestrafen. Das Geschenk oder dessen Werth verfällt der Armen-Casse seines Wohnorts.

## §. 258. (§. 239.)

## III. Mißbrauch der Amtsgewalt.

Wer die ihm anvertraute Amts-Gewalt aus Eigennuß, Haß oder Parteilichkeit zu Bedrückung oder Mißhandlung Anderer oder zu widerrechtlicher Begünstigung einer Person mit dem Schaden Anderer oder des Gemeinwesens mißbraucht, ist, insofern seine Handlung zugleich ein anderes gemeines Verbrechen enthält, mit Dienstentsetzung, sonst mit Dienstentlassung zu bestrafen.

## §. 259. (§. 240.)

## IV. Erpressung im Amte.

Wer, um einen rechtswidrigen Vortheil für sich oder Andere zu erpressen, mit der ihm anvertrauten Amtsgewalt drohet, oder solche zur Erhebung unerlaubter Abgaben, Gebühren oder Vergütungen für amtliche Mühwaltungen mißbraucht, ist mindestens mit Dienstentlassung zu bestrafen.

## §. 260. (§. 241.)

## V. Unterschlagung anvertrauter Sachen \*).

Wer Geld oder andere Sachen, welche vermöge eines öffentlichen Amtes zur Verwahrung, Verwaltung und Verrechnung, oder Ablieferung an eine andere Behörde oder Person ihm übergeben oder von ihm eingezogen sind, unterschlägt (§. 220 — §. 222.); wer seinen Gläubiger dadurch befriedigt, daß er dasjenige, was dieser seiner Amtsverwaltung schuldig ist, statt dessen zu entrichten übernimmt, und ihm über die geschehene Zahlung eine amtliche Bescheinigung ausstellt, ohne der Verwaltung Ersatz zu leisten; wer, um zu veruntreuen, Gelder, die ihm im Amte anvertrauet sind, auf Zinsen ausleihet, die er für sich beziehet, soll folgendermaßen bestraft werden:

- 1) mit Zuchthaus, wenn der Betrag des Unterschlagenen einhundert Thaler übersteigt;
- 2) mit Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr, wenn dieser Betrag funfzehn Thaler übersteigt;
- 3) mit Zwangsarbeit bis von einem Jahre in anderen Fällen.

---

\*) §. 261. Abs. 2.

## §. 261. (§. 242.)

## VI. Unerlaubte Benutzung anvertrauter Gelder und Sachen.

Hat ein Beamter solche Gelder oder Sachen, ohne die Absicht der

Unterschlagung, zu seinem Vortheile verliehen oder sich selbst ohne Ermächtigung, auch unter Verrechnung desselben, ein Anlehn von solchen Geldern oder Sachen genommen, so ist er des Dienstes zu entlassen.

Auf dieses und das im §. 260. aufgeführte Verbrechen leiden die Bestimmungen des §. 243. keine Anwendung.

#### §. 262. (§. 243.)

### VII. Rechnungsfälschung.

Ein Beamter, der durch Fälschung der Rechnungen oder der zum Eintragen oder zur Controle der Einnahme und Ausgabe an Geld oder Sachen bestimmten Bücher und Register, oder durch Erstattung unrichtiger Cassenrapporte, oder durch Wegschaffung der Akten den Cassendefect zu verdecken sucht; der wissentlich eingegangene Posten nicht verrechnet, oder nicht geleistete Zahlungen als Ausgabe in Rechnung bringt, oder unverkaufte Sachen als verkauft, oder verkaufte als nicht verkauft einträgt; der zur Verdeckung einer Unrichtigkeit in der Einnahme oder Ausgabe falsche Urkunden vorlegt oder ächte verfälscht, vernichtet, beseitigt oder unterdrückt; der in Beziehung auf Zeit oder Gegenstände seiner Einnahme oder Ausgabe Fälschungen zum Nachtheile der Casse vornimmt, ist nach den Bestimmungen über die Bestrafung der Fälschung öffentlicher Urkunden und außerdem eintretenden Falls wegen Unterschlagung (§. 260.) nach den über das Zusammentreffen mehrerer Verbrechen gegebenen Vorschriften (§. 55.) zu bestrafen. Mit diesen Strafen ist auch der Beamte zu belegen, welcher zur Verdeckung eines Defects Geld mit dem Vorbehalte aufleiht, dasselbe nach beendigter Cassenuntersuchung dem Darleiher zurückzugeben.

Wer wissentlich zu solchem Zwecke Geld herleiht, ist als Begünstiger zu bestrafen.

#### §. 263. (§. 244.)

### VIII. Fälschung bei Amtshandlungen.

Wer wissentlich bei Abfassung oder Aufnahme der in sein Amt einschlagenden Urkunden die Verhandlungen, Willens-Erklärungen oder Aussagen der Betheiligten oder Zeugen durch Auslassung, Zusatz oder Veränderung verfälscht, oder in dergleichen Urkunden erdichtete oder untergeschobene Personen, oder Abwesende als anwesend aufführt, oder Unterschriften nachmacht; wer unter amtlichem Glauben unwahre Thatfachen wissentlich als wahre berichtet oder beurkundet; wer sich falscher Kostenrechnungen in Amtssachen schuldig macht; wer Akten, Urkunden oder andere Schriften, welche ihm seines Amtes wegen anvertrauet sind,

verfälscht, bösslicher Weise vernichtet, auf die Seite schafft oder unterdrückt, ist nach Beschaffenheit der That mit den Strafen des Betruges und der Fälschung zu belegen, jedenfalls aber des Dienstes zu entlassen.

§. 264. (§. 245.)

IX. Verkürzung öffentlicher Einkünfte und eigennützige Geschäftsführung.

Wer bei der ihm vermöge seines Amtes übertragenen Festsetzung, Erhebung oder Verwaltung von öffentlichen Abgaben, Gefällen oder sonstigen Einkünften, solche zum Nachtheile des Berechtigten verkürzt;

der öffentliche Beamte, der offen oder versteckt, unmittelbar oder durch Zwischenpersonen, an seiner Leitung anvertrauten Verkäufen, Verpachtungen, oder anderen dergleichen Geschäften, ohne Ermächtigung der Berechtigten oder der zuständigen Behörde, Theil nimmt, oder nachher in das Geschäft eintritt, oder auf diese Weise seine Angehörigen Theil nehmen oder eintreten läßt und den Berechtigten dadurch Schaden zufügt, ist des Dienstes zu entlassen und außerdem eintretenden Falls wegen Betruges zu strafen.

§. 265. (§. 246.)

X. Verletzung der Amtsverschwiegenheit.

Wer in gewinnstüchtiger Absicht oder um dem Staate, einer Corporation oder Privatperson zu schaden, Thatfachen, welche ihm nur durch seine Amtsverhältnisse bekannt geworden, oder die ihm anvertrauten Akten oder Urkunden anderen, als den hierzu berechtigten Personen mittheilt oder bekannt macht, ist des Dienstes zu entlassen, insofern die Handlung nicht ein schwereres Verbrechen begründet \*).

\*) §. 84.

§. 266. (§. 248.)

XI. Amtserfleichung.

Wer, um ein öffentliches Amt zu erwerben, Bestechung oder Betrug anwendet, ist neben den auf diese Verbrechen gesetzten Strafen jedenfalls des Dienstes zu entsetzen.

§. 267. (§. 248.)

XII. Verlassung des Amtes.

Wer das ihm übertragene Amt ohne Urlaub nicht verlassen darf, und solches eigenmächtig verläßt, soll, wenn dies in der Absicht geschieht, dasselbe aufzugeben, mit Gefängniß bis von sechs Monaten und

Dienstentsetzung, sonst, wenn seine Abwesenheit über zwei Monate dauerte, mit Dienstentlassung bestraft werden.

Wäre indeß durch die ungesetzliche Entfernung ein erheblicher Schaden verursacht, so ist auf Gefängniß nicht unter ein Jahr zu erkennen.

§. 268. (§. 249.)

### XIII. Ungehorsam im Dienste.

Ungehorsam im Dienste wird, wenn er mit thätlicher Widerseßlichkeit gegen Vorgesetzte verbunden ist, mit Dienstentsetzung; wenn er mit Beleidigung der Amtsehre des Vorgesetzten verbunden ist, mit Dienstentlassung, neben den auf diese Verbrechen gesetzten Strafen, belegt.

§. 269. (§. 250.)

### XIV. Theilnahme an unerlaubten Verbindungen.

Ein öffentlicher Beamter, der an unerlaubten Verbindungen, welche dieses Gesetzbuch mit Strafe bedrohet (§. 88.), Theil nimmt, ist, neben der dort bestimmten Strafe, des Dienstes zu entlassen.

§. 270. (§. 250 a.)

### XV. Unterlassene Anzeige verübter Verbrechen.

Wer vermöge seines Amtes oder Berufes oder in Gemäßheit besonderer Dienstvorschriften verübte Verbrechen anzuzeigen verpflichtet ist, soll, wegen wissentlich unterlassener Erfüllung dieser Pflicht,

I. falls es im Einverständnisse mit dem Thäter oder aus Parteilichkeit geschehen,

1. wenn das Verbrechen zu den §. 48. namentlich aufgeführten gehört, mit Dienstentlassung,

2. sonst mit Gefängniß bis von sechs Monaten,

II. in anderen Fällen mit Gefängniß bis von drei Monaten oder verhältnißmäßiger Geldstrafe belegt werden.

## Capitel 3.

### Verletzung besonderer Amtspflichten.

§. 271. (§. 251.)

#### I. Der Justiz- und Polizeibeamten.

1) Rechtswidrige Einleitung der Untersuchung.

Einen Justiz- oder Polizei-Beamten, der wissentlich einen Unschuldigen dem Untersuchungsprozeß unterwirft, trifft die Strafe der falschen

Anklage (§. 144.) oder der widerrechtlichen Gefangenhaltung (§. 170.) und jedenfalls Dienstentsetzung.

### §. 272. (§. 252.)

#### 2) Rechtswidrige Verlängerung der Haft.

Wenn Untersuchungsbeamte einen Angeschuldigten länger als vierundzwanzig Stunden in Haft behalten, ohne ihn von der Ursache seiner Verhaftung in Kenntniß zu setzen \*); wenn sie einem Verhafteten das ergangene Urtheil später als binnen achtundvierzig Stunden nach dessen Eintreffen verkünden; wenn sie denselben länger als achtundvierzig Stunden nach bekannt gemachtem vollstreckbaren Urtheile, ohne gegründete Ursache, in der Untersuchungshaft zurück behalten; desgleichen wenn Vorsteher von Straf- oder Correctionsanstalten einen Gefangenen ohne gegründete Ursache über die festgesetzte Zeit in der Anstalt zurück behalten; so sollen sie

- I. falls sie aus Haß, Rachsucht, Eigennutz oder sonst in rechtswidriger Absicht gehandelt haben, mit der Strafe der widerrechtlichen Gefangenhaltung (§. 170.) und Dienstentsetzung;
- II. in anderen Fällen mit Gefängniß bis von drei Monaten oder verhältnißmäßiger Geldstrafe, und falls die Verzögerung über vier Wochen gedauert hat, mit Dienstentlassung bestraft werden.

\*) Landesgrundgesetz §. 202.

### §. 273. (§. 252 a.)

Wenn Untersuchungsbeamte die Untersuchung gegen einen Verhafteten über die Gebühr verzögern, so sollen sie, insofern sie aus Haß, Rachsucht, Eigennutz oder sonst in rechtswidriger Absicht gehandelt haben, mit der Strafe der widerrechtlichen Gefangenhaltung (§. 170.) und Dienstentsetzung bestraft werden. In anderen Fällen tritt disciplinarische Ahndung und bei dem zweiten Rückfalle, oder wenn die ungebührliche Verzögerung über drei Monate gedauert hat, Dienstentlassung ein.

### §. 274. (§. 253.)

Haben sich untergeordnete Diener der Justiz oder Polizei einer eigenmächtigen Verhaftung oder rechtswidrigen Verlängerung der Haft schuldig gemacht, so sind sie mit Gefängniß bis von sechs Monaten und bei einem Rückfalle mit Dienstentlassung zu bestrafen.

## §. 275. (§. 254.)

## 3) Mißhandlung der Angeschuldigten und Zeugen.

Untersuchungsbeamte, welche einen Angeschuldigten oder Zeugen mißhandeln, sollen neben der auf die Handlung an sich gesetzten Strafe,

- I. wenn die Mißhandlung geschehen, um einem wissentlich Unschuldigen ein Geständniß, oder einem Zeugen eine falsche Aussage abzupressen, insofern diese Handlungen die Verurtheilung eines Unschuldigen oder gar die Vollstreckung einer Strafe an demselben, oder die Verurtheilung eines Schuldigen in eine härtere, als die verdiente, oder gar die Vollstreckung einer solchen härteren Strafe zur Folge gehabt haben, mit den §. 135. unter Nummer 1 bestimmten Strafen, sonst mit Dienstentsetzung;
- II. im Falle einer groben körperlichen Mißhandlung oder eines Rückfalls mit Dienstentlassung;
- III. in anderen Fällen mit Gefängniß bis von sechs Monaten oder verhältnißmäßiger Geldstrafe belegt werden.

## §. 276. (§. 255.)

Untergeordnete Diener der Justiz oder Polizei, welche Gefangene muthwillig oder bösllich mißhandeln, sollen, neben der durch die That an sich verwirkten Strafe, bei grober Mißhandlung oder bei einem Rückfalle mit Dienstentlassung und Gefängniß bis von einem Jahre, in anderen Fällen mit Gefängniß bis von sechs Monaten belegt werden.

## §. 277. (§. 256.)

## 4) Verschuldete Entweichung eines Gefangenen.

Beamte, welche die Entweichung eines unter ihrer Aufsicht befindlichen Gefangenen bewirken oder begünstigen, sind, wenn derselbe des Hochverraths, des Landesverraths, des Aufruhrs, des Falschmünzens, der Fälschung von Creditpapieren, des Mordes oder Todtschlages, der schweren Körperbeschädigung, des Menschenraubes, der Nothzucht, des Raubes, der vorsätzlichen Brandstiftung, der vorsätzlichen gemeingefährlichen Beschädigung, des Diebstahls mit Waffen oder Einbruch beschuldigt oder überwiesen ist, mit Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr, sonst mit Zwangsarbeit bis von einem Jahre zu bestrafen. Ist die Entweichung durch ihre Fahrlässigkeit veranlaßt, so sollen sie, wenn der Gefangene eines der genannten Verbrechen beschuldigt oder überwiesen ist, mit Dienstentlassung oder bei geringer Fahrlässigkeit mit Gefängniß von sechs Monaten bis von einem Jahre, in andern Fällen mit Gefängniß bis von sechs Monaten oder verhältnißmäßiger Geldstrafe belegt werden.



## §. 278. (§. 257.)

## 5) Unterlassung der Untersuchung.

Untersuchungsbeamte, welche, ihren Pflichten zuwider, aus Parteilichkeit, Eigennutz oder sonst in rechtswidriger Absicht, eine Untersuchung wegen einer strafbaren Handlung nicht vornehmen, oder einen Angeschuldigten eigenmächtig ohne die erforderliche Entscheidung aus der Untersuchung entlassen, oder ihnen bekannte Beweis- oder Verdachtsgründe gegen denselben nicht zu den Akten bringen, sind, wenn die Untersuchung ein mit Zuchthaus oder schwererer Strafe bedrohtes Verbrechen betrifft, des Dienstes zu entsetzen, in anderen Fällen aber des Dienstes zu entlassen.

## §. 279. (§. 258.)

## 6) Weugung des Rechts.

Ein Richter, der wirklich über einen Unschuldigen eine Strafe oder über einen Schuldigen eine härtere als die verwirkte Strafe verhängt, oder willkürlich ohne ein vollstreckbares oder wider ein lossprechendes Erkenntniß oder der befolgten Begnadigung ungeachtet, an einer Person eine Strafe vollzieht, ist nach den §. 135. unter Nr. 1 gegebenen Vorschriften zu strafen.

## §. 280. (§. 259.)

Hat ein Richter bei Leitung einer Rechtsache oder bei Entscheidung eines Rechtsstreits oder Vollziehung eines rechtskräftigen Erkenntnisses, wirklich Ungerechtigkeiten begangen, oder einen Angeschuldigten, dessen Schuld erwiesen oder durch dem Richter nicht unbekannte Beweis- oder Verdachtsgründe zu erweisen ist, aus Parteilichkeit losgesprochen oder mit einer gelinderen als der gesetzlichen Strafe belegt, oder aus diesen Gründen die erkannte Strafe ganz oder theilweise nicht vollzogen, so ist er seines Dienstes zu entsetzen.

## §. 281. (§. 260.)

## 7) Pflichtwidrige Nichtverhinderung von Verbrechen von Seiten der Polizeibeamten.

Beamte und Diener der Polizei, welche die ihnen obliegende Verhinderung eines Verbrechens unterlassen, sollen,

I. falls es im Einverständnisse mit dem Thäter oder aus Parteilichkeit geschah,

1) wenn das Verbrechen zu den §. 277. aufgeführten gehört, mit Dienstentsetzung und Gefängniß nicht unter ein Jahr;

- 2) sonst mit Dienstentlassung und Gefängniß bis von einem Jahre;  
II. in anderen Fällen mit Gefängniß bis von sechs Monaten oder verhältnismäßiger Geldstrafe belegt werden.

§. 282. (§. 261.)

II. Der Kirchendiener.

1) Mißbrauch des Amtes zu Schmähungen.

Geistliche, welche ihr Amt dazu mißbrauchen, in öffentlichen Vorträgen:

- 1) die Staatsverfassung, die Staatsregierung oder ihre Verwaltung zu verunglimpfen;
- 2) die bestehenden Religionsgesellschaften zu schmähren oder ehrenrührig zu beschuldigen;
- 3) ganze Körperschaften, einen ganzen Stand oder Einzelne durch Ehrenkränkungen zu beleidigen;

sind außer der durch die Handlung selbst verwirkten Strafe, bei besonders schweren Fällen oder bei dem zweiten Rückfalle, des Dienstes zu entlassen.

§. 283. (§. 262.)

2) Fälschungen.

Ein Kirchendiener, der Kirchenbücher, deren Führung ihm obliegt, verfälscht, oder falsche Einträge in dieselben macht, ist nach den Grundsätzen über Fälschung öffentlicher Urkunden\*) und wegen bösslicher, aus Gewinnsucht oder sonst rechtswidriger Absicht vorgenommener Auslassungen, mit Dienstentlassung, insofern nicht eine schwerere Strafe begründet ist, zu bestrafen.

\*) §. 131.

§. 284. (§. 263.)

III. Der Schuldiener.

Schuldiener, welche das Züchtigungsrecht gegen ihre Schüler zum Nachtheil für deren Gesundheit mißbrauchen, sind, wenn gegen sie nach §. 161. eine Criminalstrafe zu erkennen ist, oder wenn sie dieses Vergehens wegen bereits Polizeistrafe erlitten haben, neben der durch die Handlung verwirkten Strafe, mit Dienstentlassung zu bestrafen.

§. 285. (§. 264.)

IV. Untreue der Rechtsanwälte und Notare.

Advocaten und Procuratoren, welche bösslich zu Gunsten der Gegenpartei und zum Nachtheil ihrer eigenen Partei handeln, oder beiden

Parteien in derselben Rechts-Sache dienen, sind, wenn dies aus Gewinnsucht oder in sonstiger rechtswidriger Absicht geschieht, mit Dienstentlassung, sonst mit Gefängniß bis von sechs Monaten oder verhältnismäßiger Geldstrafe zu belegen.

Machen sie oder Notare sich aus Eigennuz einer geßfentlichen Verzögerung der ihnen übertragenen Geschäfte schuldig, so sind sie mit Gefängniß bis von drei Monaten oder verhältnismäßiger Geldstrafe, bei dem ersten Rückfall mit Gefängniß bis von sechs Monaten, und bei dem zweiten Rückfall mit Dienstentlassung zu bestrafen.

Haben sie wider besseres Wissen und in eigennütziger Absicht unfundige Parteien zu einem frivolen Prozesse verleitet, so sollen sie, falls der verursachte Schaden dreißig Thaler übersteigt, Dienstentlassung und Gefängniß bis von drei Monaten sonst Gefängniß bis von drei Monaten oder verhältnismäßige Geldstrafe erleiden.

§. 286. (§. 265.)

V. Unvorsätzliche Tödtung oder Beschädigung einer Person bei Ausübung eines öffentlichen Amtes.

Ärzte, Wundärzte, Hebammen, Apotheker, Beamte, Bauhandwerker, und Andere, welche zur Ausübung ihrer Kunst oder ihres Gewerbes öffentlich ermächtigt sind, und sich bei solcher Ausübung einer unvorsätzlichen Tödtung oder einer peinlich zu strafenden unvorsätzlichen Körperverletzung schuldig machen, sind, außer den sie nach §. 152. oder nach §. 161. treffenden Strafen, in schwereren Fällen des Dienstes zu entlassen, oder auf immer der Ausübung ihrer Kunst oder ihres Gewerbes für verlustig zu erklären.

§. 287. (§. 266.)

VI. Pflichtwidriges Verhalten der Gesundheitsbeamten.

Wenn ein Gesundheitsbeamter die Hülfe der Kunst oder die Abgabe von Arzneimitteln verweigert und dadurch Jemand an seiner Gesundheit Schaden verursacht, so ist er im Falle einer erheblichen Beschädigung oder bei einem Rückfalle mit Dienstentsetzung, sonst mit Gefängniß bis von sechs Monaten oder verhältnismäßiger Geldstrafe zu belegen.

**G e s e t z**  
über  
die gegen Kinder wegen verbrecherischer Handlungen  
zu ergreifenden  
**polizeilichen Maßregeln.**  
d. d. Braunschweig, den 10ten Juli 1840.

---

(Gesetz- und Verordnungsammlung v. 1840. Nr. 17. (30.)  
Braunschweig, den 12ten Juli 1840.)

## Von Gottes Gnaden, Wir, Wilhelm, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg 2c. 2c.

Da es an gesetzlichen Vorschriften darüber fehlt, welche Maßregeln die Polizeibehörden gegen Personen unter vierzehn Jahren, welche sich verbrecherischer Handlungen schuldig machen, zu ergreifen berechtigt und verpflichtet sind, so erlassen Wir zur nähern Bestimmung des §. 30. des Criminalgesetzbuches, nach erfolgter Zustimmung und beziehungsweise nach angehörtem Gutachten und Rath Unserer getreuen Stände, das nachfolgende Gesetz.

### §. 1.

Die gegen Personen unter vierzehn Jahren wegen begangener verbrecherischer Handlungen zulässigen polizeilichen Maßregeln sind:

- 1) Körperliche Züchtigung;
- 2) Einsperrung;
- 3) Unterbringung bei fremden und zuverlässigen Erziehern;
- 4) Aufnahme in die Besserungs-Anstalt für jugendliche Corrigenden.

### §. 2.

Die körperliche Züchtigung soll 15 Streiche nicht übersteigen; sie muß der Körperbeschaffenheit des zu Züchtigenden angemessen, dessen Gesundheit unschädlich sein, und darf, wenn dieser Umstand nach dem Ermessen der Behörde nicht völlig unzweifelhaft ist, nicht anders, als wenn der Physikus deren Vollziehung für die Gesundheit des zu Züchtigenden für unnachtheilig erklärt hat, vollzogen werden. Bei Kindern unter neun Jahren kann deren Ausführung

den Eltern oder Erziehern auf deren Antrag unter Aufsicht der Polizeibehörde überlassen werden.

### §. 3.

Die Einsperrung soll nicht länger als drei Monate dauern. Sie kann in den Gefängnissen oder in der Wohnung der Eltern oder Erzieher des Eingesperrten vollzogen werden. Es ist dafür Sorge zu tragen, daß die Eingesperrten angemessen beschäftigt und beköstigt und genau beaufsichtigt werden.

### §. 4.

Bei der Uebergabe von Kindern an fremde Erzieher sind diejenigen Personen, welchen die Leitung der Erziehung derselben obliegt, zu hören, auch haben sie die Kosten dieser Maßregel zu tragen.

### §. 5.

Hinsichtlich der Aufnahme in die Besserungsanstalt finden sowohl wegen der Dauer dieser Maßregel als wegen der Behandlung daselbst auf die wegen begangener verbrecherischer Handlungen Aufzunehmenden die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen\*) gleichfalls Anwendung.

\*) Gesetz vom 29. Juli. 1833 Nr. 19.

### §. 6.

Gegen Kinder unter sieben Jahren finden diese polizeilichen Maßregeln überhaupt nicht statt, sondern die Polizeibehörden haben nur die erforderlichen Sicherheitsmaßregeln zu treffen und für die gehörige Erziehung derselben, falls dieses die Umstände erheischen, Sorge zu tragen. Gegen Kinder unter neun Jahren kann eine körperliche Züchtigung, Einsperrung in der Wohnung der Eltern oder Erzieher und Unterbringung in eine Erziehungs-Anstalt oder bei fremden Erziehern angeordnet werden.

Diese Maßregeln können einzeln oder bei schweren Fällen sämtlich neben einander verfügt werden, jedoch die Uebergabe an fremde Erzieher nur falls entweder die Bösartigkeit des Thäters

solche erheischt, oder in der verwahrloseten Erziehung der Grund der verbrecherischen Handlung zu suchen und dieselbe mit Zwangsarbeit oder einer härtern Strafe bedrohet ist. Sollten die Verpflichteten die Kosten dieser Maßregel nicht tragen können, so hat die Staatseasse sie zu bestreiten.

### §. 7.

Gegen Kinder von neun Jahren und darüber können die §. 1. aufgeführten Maßregeln sämmtlich zur Anwendung gebracht werden, jede einzeln oder in schwereren Fällen auch neben einander:

- 1) Züchtigung, Einsperrung und Unterbringung bei fremden Erziehern, oder
- 2) Züchtigung und Aufnahme in die Besserungs-Anstalt.

Die Uebergabe an fremde Erzieher findet nur unter §. 6. festgesetzten Bedingungen statt, und falls die zur Leitung der Erziehung des Kindes Berechtigten die Kosten dieser Maßregel zu tragen außer Stande sind, ist dasselbe in die Besserungs-Anstalt aufzunehmen.

Aufnahme in die Besserungs-Anstalt ist nur zulässig, wenn das Verbrechen mit Zwangsarbeit oder einer härtern Strafe bedrohet ist, und die sich zeigende Börsartigkeit oder sittliche Verderbtheit des Kindes diese Maßregel erheischt.

### §. 8.

Keine dieser Maßregeln darf verfügt werden, wenn nicht zuvor der Beweis der Schuld geführt ist.

Die Untersuchung ist zu dem Ende von dem zuständigen Gerichte zu führen, und das zur Abgabe des Erkenntnisses in Criminalsachen competente Gericht hat darüber zu entscheiden: ob der Beweis der Schuld geführt sei? —

Gegen eine solche Entscheidung ist das Rechtsmittel der weiteren Vertheidigung zulässig und nachdem das Erkenntniß vollstreckbar geworden, ist der Thäter den betreffenden Polizeibehörden zur Anordnung der erforderlichen polizeilichen Maßregeln zu überweisen.

Die Herzogl. Aemter und die Herzogl. Polizeidirectionen zu Braunschweig und Wolfenbüttel sind befugt, Züchtigung und Einweisung zu verfügen.

Wegen der Uebergabe an fremde Erzieher und der Aufnahme in die Besserungs-Anstalt ist das für die letztere Maßregel vorgeschriebene gesetzliche Verfahren zu beobachten.

Gegen alle solche Verfügungen findet der Recurs, den gesetzlichen Bestimmungen gemäß, an die höheren Verwaltungsbehörden statt.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzogl. Geheimen-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 10. Juli 1840.

(L. S.)

Auf Höchsten Spezial-Befehl.

v. Schleinig.

H. Schulz.



# Motive und Bemerkungen

zu

dem landesherrlichen Patente,

die Einführung des Criminal-Gesetzbuches

betreffend.

---

## §. I.

Die Einführung eines umfassenden Criminalgesetzbuches macht einige theils bleibende, theils transitorische gesetzliche Bestimmungen erforderlich, welche am schicklichsten den Inhalt des Landesherrlichen Patents, mit welchem dasselbe publicirt wird, bilden.

Zuvörderst läßt sich nicht verkennen, daß der gewöhnliche Termin, nach welchem die Gesetze am achten Tage, nachdem ihre Versendung durch die Post in den Braunschweigischen Anzeigen bekannt gemacht worden, in Kraft treten (Verord. vom 5. Januar 1814), auf ein umfassendes Gesetzbuch, besonders wenn dasselbe wenigstens theilweise härtere Strafübél androhet, als das bisherige Recht, nicht wohl passe, indem sich weder erwarten läßt, daß diejenigen, welche nach den neuen gesetzlichen Bestimmungen beurtheilt werden sollen, in solchem kurzen Zeitraume Kenntniß der gesetzlichen Vorschriften erlangen werden, noch angenommen werden darf, daß den Richtern und Sachwälden eine so kurze Zeit genügen werde, sich ganz mit den gesetzlichen Bestimmungen vertraut zu machen. Es ist daher beschlossen, das Criminalgesetzbuch erst 8 bis 10 Wochen, nachdem dasselbe durch die Post versendet worden, in Kraft treten zu lassen. Dieser Zeitraum erscheint zu dem angegebenen Zwecke ausreichend, und eine noch größere Ausdehnung desselben würde leicht andere Inconvenienzen herbeiführen. Die Absicht nun, das Gesetzbuch 8 bis 10 Wochen nach der Publikation in Kraft treten zu lassen, konnte auf doppelte Weise erreicht werden, nämlich entweder dadurch, daß man dies in dem Publikationspatente ausdrückte, oder daß man, wie es in dem §. I. geschehen, einen bestimmten, so weit hinter der Publikation liegenden Tag als den Anfangspunkt der Gesetzeskraft des Gesetzbuches bezeichnete. Diese letzte Weise hat um deswillen den Vorzug verdient, weil sie die Möglichkeit jedes Zweifels auch für die Nichtrechtskundigen ausschließt, und außerdem den Vortheil gewährt, daß sich ein den erforderlichen Verwaltungsmaßregeln und der Rechnungsführung passender Zeitabschnitt wählen ließ, weshalb auch der erste October 1840 für die Einführung des Criminalgesetzbuches bestimmt ist.

## §. II. und III.

Die in diesen beiden Paragraphen ausgesprochenen Grundsätze sind eine nothwendige Folge der neuen Gesetzgebung, und sie sollen hauptsächlich dazu dienen, Zweifel über die Grenze der Anwendbarkeit des Criminalgesetzbuches und über das Fortbestehen der neben demselben in Kraft bleibenden Strafgesetze zu verhüten.

## §. IV.

Das Forst-Strafgesetz §. 27. und das Jagd-Strafgesetz §. 26. bedrohet den Rückfall mit Zuchthaus, indeß soll eine Zuchthausstrafe nie die Dauer von zwei Jahren übersteigen (§. 8.). Da nun nach dem Criminalgesetzbuche die ordentliche Dauer des Zuchthauses auf nicht unter zwei Jahre bestimmt, überdies diese Strafart nach dem Strafgesetzbuche härter ist, als sie in ihrer bisherigen Vollziehung und in ihren Folgen war, so hat es angemessen geschienen, die nach diesem Gesetze zu erkennenden Zuchthausstrafen künftig in der Zwangsarbeitsanstalt vollziehen zu lassen, weil kein zureichender Grund vorhanden ist, die für Forst- und Jagdfrevel bestimmten Strafen noch zu verschärfen.

Zu den militairischen Strafen gehört auch die Karrenstrafe (Reglement über die Militairstrafen. Art. 1. und 3.). Diese Strafart kann in ihrer bisherigen Weise neben der Kettenstrafe nicht wohl bestehen bleiben, und da sie in den Kriegsartikeln nur bei sehr schweren Vergehen angedrohet ist, so ist es unbedenklich, sie künftig ganz in der Weise, wie die Kettenstrafe, vollziehen zu lassen. Die in diesem Paragraphen vorgeschriebene Aenderung betrifft daher einzig und allein die Vollziehungsweise dieser Strafart, deren Dauer von zwei Jahren an, wie sie der Art. 3. des Reglements vorschreibt, bleibt daher für die Militairverbrechen oder von den Kriegsgerichten in Kriegszeiten zu beurtheilenden Verbrechen völlig unverändert, und eine Aenderung der Militairstrafgesetze wird nicht erforderlich. — Noch weniger Bedenken kann es haben, daß die über die von den Civilgerichten erkannte Karrenstrafe in der Verordnung über die Militairprocesse enthaltenen Bestimmungen künftig auf die Kettenstrafe angewendet werden, und die jetzige und künftige Zuchthaus- und Zwangsarbeitsstrafe in diesen Beziehungen sich gleichgeachtet werden sollen.

Bemerk. zu §. IV. 1) Die in den nach §. III. bestehen bleibenden Gesetzen und auch in dem Criminalgesetzbuche vorkommenden gleichen Strafen sind künftig in der durch dieses veränderten und zum Theil verschärften Weise (§. 9 bis 13. des C. G. B.) zu vollziehen und müssen dieselben Folgen haben, die das Criminalgesetzbuch (§. 17.) mit solchen Strafen verbindet. Zur Vermeidung von Mißverständnissen ist es zweckmäßig erachtet, dies bestimmt

auszusprechen. Da indeß die Zwangsarbeit des Gesetzbuches in letzter Rücksicht der jetzigen Strafe dieses Namens nicht gleichsteht, so ist dafür gehalten, daß in consequenter Durchführung solcher Ansicht es nothwendig sei, da, wo das Forst- und Jagdstrafgesetz Zwangsarbeit als verwandelte Strafe androhet, künftig Gefängniß in der Landesstrafanstalt, und zwar zu der Tare der jetzigen Zwangsarbeit von 16 Ggr. für den Tag (Forst- und Jagdstrafgesetz §. 7.) eintreten zu lassen.

2) Nach Art. 142. der Verordnung, die Militairstrafen und Prozesse betreffend, hat nur zweijähriges Zuchthaus die Ausstoßung aus dem Militair zur Folge, künftig aber muß diese Strafart, die möglicher Weise auch unter zwei Jahren erkannt werden kann, ihrer rechtlichen Folgen wegen, immer diesen Effect haben.

3) Bei näherer Erwägung ist es bedenklich und unausführbar gefunden, die Ergänzung der Kriegsartikel (§. 5. des E. G. B.) durch den allgemeinen Theil des Criminalgesetzbuches ohne Weiteres vorzuschreiben, indem sich dieses sofort ergibt, wenn z. B. die Frage über Verjährung der Militairverbrechen aus §. 71. des Criminalgesetzbuches beurtheilt werden sollte, da die Kriegsartikel ganz andere Strafarten haben, deren Verhältniß zu den Civilstrafen durchaus unklar ist. Es bedarf daher unumgänglich besonderer Vorschriften, um die Anwendung des §. 5. des E. G. B. auf die Militairstrafgesetze ausführbar zu machen, und bis dahin, daß diese gegeben sind, muß es bei dem bisherigen Zustande verbleiben.

Durch diese Gründe hat man sich von der Nothwendigkeit einer **transitorischen Bestimmung** überzeugt, und in Rücksicht hierauf, so wie auf die unter 1. und 2. gemachten Bemerkungen sind die Vorschriften des §. IV. getroffen. (E. B. Anl. III. zu Nr. XL.)

#### §. V.

Die Vorschrift dieses Paragraphen stimmt mit den gemeinrechtlichen Grundsätzen überein. Eine Ausdehnung derselben auf die bereits Verurtheilten oder in den Strafanstalten befindlichen Personen wird durch die Gerechtigkeit nicht geboten, und erregt manche Bedenken. Hierdurch wird indeß nicht ausgeschlossen, daß in den Fällen, welche nach dem Criminalgesetzbuche milder zu beurtheilen sein würden, die sachgemäßen Bestimmungen im Wege der Gnade erfolgen.

#### §. VI. und VII.

Die Bestimmungen dieser Paragraphen sind nothwendig, um so gleich die erforderliche neue Ordnung in den Strafanstalten einführen zu können; sie sind indeß so modificirt, daß in ihnen eine Erschwerung der bereits erkannten Strafen nicht liegt.

#### §. VIII.

Diese Vorschriften verstehen sich eigentlich von selbst, und sind nur angenommen, um möglichen Zweifeln zu begegnen.

Bemerk. zu §. IX. Wenn der Berechtigte auf die Fortsetzung der Untersuchung nicht anträgt, so sind die bis dahin aufgelaufenen Untersuchungskosten vom Staate zu übernehmen, weil sonst die Fortsetzung der Untersuchung und die Abgabe des Erkenntnisses nothwendig sein würde, um zu ermitteln, ob der Angeklagte die Kosten zu tragen schuldig sei. (Prot. Nr. L. S. 613.)

### §. X.

In dem §. 20., Nr. I. des Gesetzes vom 15. October 1832, Nr. 33. findet sich schon die Bestimmung, daß das gesetzlich bestimmte Strafmaß die Competenz der Gerichte bestimmen und es nicht auf die besondern Milderungsgründe, welche eine Herabsetzung der Strafe rechtfertigen, ankommen solle. Um keinen Zweifel zu lassen, wie diese dem damaligen Zustande der Gesetzgebung entsprechende, nicht immer ganz gleichmäßig angewendete Vorschrift in allen vorkommenden Fällen nach den Grundsätzen des gegenwärtigen Criminalgesetzbuches zur Anwendung zu bringen sei, ist es erforderlich erachtet, die Grundsätze festzustellen, welche der gegenwärtige Paragraph enthält, und welche aus der Natur der Sache hervorgehen. Hiernach richtet sich die Competenz nach dem höchsten Maße der angedrohten Strafe, wie dies bei relativ bestimmten Strafübeln nicht anders sein kann, da die Erwägung der Strafzumessungsgründe, so wie der die Strafbarkeit ausschließenden oder sie tilgenden Umstände, oder endlich die Beurtheilung: ob viele zusammentreffende Milderungsgründe eine Herabsetzung der gesetzlichen Strafe rechtfertigen? — nur dem Gerichte zugestehen kann, welches competent sein würde, die höchst angedrohte Strafe zu erkennen. Dagegen ist unter der angedrohten Strafe nicht die bei dem einzelnen Verbrechen festgesetzte allein zu verstehen, sondern die in dem allgemeinen Theile des Gesetzbuches enthaltenen Bestimmungen, durch welche die dem einzelnen Verbrechen angedrohte Strafe erhöht oder herabgesetzt wird, kommen auch in Betracht, z. B. bei Versuch, Jugend, Rückfall, denn erst durch diese und die bei dem einzelnen Verbrechen enthaltene Androhung bestimmt sich das gesetzliche Strafmaß.

Bemerk. zu §. XI. Bei den wichtigen Folgen, welche durch die in Gemäßheit des Criminalgesetzbuches zu erkennende Dienstentsetzung oder Dienstentlassung für die Betheiligten entstehen, ist es nothwendig erachtet, daß die Competenzbestimmungen im §. 14. des Gesetzes vom 23. Febr. 1837 Nr. 7. auf die sämtlichen §. 248. des C. G. B. benannten Personen ausgedehnt, und Vorschriften hierüber in das Publicationspatent aufgenommen werden. (C. T. Anl. III. zu Nr. XLI.)

Motive und Bemerkungen

zu dem

Criminal = Gesetz = Buche

für

das Herzogthum Braunschweig

## Einleitung.

---

### §. 1.

#### I. Die bestehende Gesetzgebung.

##### 1) Das gemeine Recht.

Gegen das Ende des funfzehnten und noch mehr im Anfange des sechszehnten Jahrhunderts wurden im Deutschen Reiche die Klagen über schlechte Verwaltung der Criminaljustiz immer lauter. Die peinlichen Gerichte waren meistens mit Personen besetzt, welche die Rechte nicht erlernt und in den Geschäften des Richters weder Erfahrung noch Uebung hatten. Von ihnen ward oftmals wider Recht und gute Vernunft gehandelt, und wurden entweder Unschuldige getödtet und gepeinigt, oder Schuldige durch unordentliche oder böswillige Verzögerung des Processus, der allgemeinen Wohlfahrt zum großen Nachtheil, der verdienten Strafe entzogen. Die stets wiederkehrenden Beschwerden über diesen jammervollen Zustand bei Kaiser und Reich hatten, nach langwierigen Verhandlungen, endlich den Erfolg, daß Kaiser Carl V. auf dem Reichstage zu Regensburg im Jahre 1532 eine peinliche Gerichtsordnung publiciren lassen konnte, nachdem die Zustimmung der Mehrzahl der Reichsstände erfolgt war.

Erst sechsunddreißig Jahre später erhielt dieses Reichsgesetz Gesetzeskraft für das Herzogthum Braunschweig durch eine Verordnung Herzogs Heinrich des Jüngeren vom 24. April 1568. Die peinliche Gerichtsordnung ist dieser Verordnung im Abdrucke beigelegt, und zwar, einige zum Theil sinnentstellende Druckfehler abgerechnet, ganz unverändert, obwohl der Herzog sagt: er habe sie durch seine gelehrte und der Gebräuche erfahrene Räte übersehen und Land und Leuten accommodiren lassen.

Nicht volle zwei Jahre später erfolgte eine zweite Publikation der peinlichen Gerichtsordnung mittelst einer Verordnung des Herzogs Julius vom 3. Februar 1570, welche mit der vom 24. April 1568 fast ganz gleichlautend ist.

Die peinliche Gerichtsordnung, welche auf diese Weise Gesetzeskraft für das Herzogthum erlangte, war für die damalige Zeit unstreitig eine große Wohlthat, wie wenig sie auch den Anforderungen entspricht, die man jetzt an ein Criminalgesetzbuch zu machen gewohnt ist. Sie umfaßt nicht allein die Strafbestimmungen, sondern auch den Criminalproceß.

Die Strafbestimmungen sind sehr hart, ja grausam. Es giebt nur sehr wenige, nicht mit Todesstrafe bedrohte Verbrechen. Als Arten der Todesstrafe läßt dieses Reichsgesetz Biertheilen, Verbrennen, Rädern, Lebendigbegraben und Pfählen, Erhängen, Ertränken und Enthaupten zu, und verstatet die Schärfung der qualvollen Todesarten durch Ausschleifen nach dem Richtplatze und Reißen mit glühenden Zangen. Als Leibesstrafen kommen vor: Abhauen der Hand oder der Finger, Ausstechen der Augen, Abschneiden der Ohren, Aushauen mit Ruthen, verbunden mit Pranger und Landesverweisung. Außerdem sind in einigen wenigen Fällen Kerker und Geldstrafen angedrohet.

In den Bestimmungen über das Verfahren findet die Folter mit allen ihren Schrecken eine Stelle unter den Beweismitteln.

Trotz dieser Härte und Grausamkeit ist die peinliche Gerichtsordnung Karls des Fünften, mit geringen Modificationen, bis zur letzten Hälfte des vorigen Jahrhunderts in allen Ländern des Deutschen Reichs gültiges Gesetz geblieben und sie bildet noch jetzt in mehreren derselben die Grundlage der peinlichen Gesetzgebung, namentlich auch im Herzogthume Braunschweig.

Diese für den ersten Blick auffallende Erscheinung wird erklärbar durch die nähere Betrachtung des Inhalts der peinlichen Gerichtsordnung.

Die Reichsversammlung hatte sich überzeugt, daß es unter den damaligen Verhältnissen nicht möglich sei, die bestehende Gerichtsverfassung so weit zu ändern, daß alle Criminalgerichte mit Rechtsverständigen besetzt würden. Die peinliche Gerichtsordnung hatte daher hauptsächlich den Zweck, den ungebildeten Richtern einen sichern Leitfaden in die Hände zu geben. Es sollte nichts Neues bestimmt, sondern nur die gehörige Anwendung des bestehenden Rechts gesichert; Unschuldige sollten vor Strafen und Peinigung geschützt, die Schuldigen der verdienten Strafe unterworfen werden. Diese höchst ehrenwerthe Absicht spricht sich in allen Bestimmungen der peinlichen Gerichtsordnung aus, und ist besonders in Beziehung auf die Zulässigkeit der Tortur, bis in's Einzelne, bei der



Lehre von den Anzeigungen mit großer Sorgfalt durchgeführt. Daneben ist dem richterlichen Ermessen in Bestimmung der Strafen ein bedeutender Spielraum gewährt, indem entweder ganz auf solches verwiesen, oder unter mehreren angedrohten Strafarten, nach Gestalt und Gelegenheit des Verbrechens und der Person, dem Richter die Wahl gelassen, auch der Rechtsgewohnheit eine bedeutende Stelle eingeräumt ist.

Man fühlte indeß, daß das Bemühen, übermäßige Härte oder Milde durch die gegebenen Vorschriften zu verhüten, vergeblich sei, wenn man deren Anwendung Richtern, die keine Rechtsverständige waren, allein überließ. Die peinliche Gerichtsordnung verweist daher fast in jedem Artikel die Criminalgerichte an den Rath der Rechtsverständigen und auf das Kaiserliche gemeine Recht.

Wenn diese Bestimmungen an sich schon den Vorschriften der peinlichen Gerichtsordnung in der Anwendung eine große Dehnbarkeit verliehen, so mußte dem richterlichen Ermessen noch ein weit größeres Feld sich öffnen, als nach Auflösung der älteren Gerichtsverfassung die Rechtssprechung ausschließlich auf Richter-Collegien überging, die mit Rechtsgelehrten besetzt waren. Es konnte nicht ausbleiben, daß diese, bei dem geschilderten Inhalte der peinlichen Gerichtsordnung, in der Auslegung des Gesetzes Mittel fanden, Härten, welche dem Geiste der Zeit widersprachen, auszugleichen.

## §. II.

### 2) Die Landesgesetze.

Unter der großen Zahl der hiesigen Landesverordnungen finden sich verhältnißmäßig nur sehr wenige über das Criminalrecht. Bei allen bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts erlassenen Gesetzen dieser Art hat die Abschreckungstheorie die Gesetzgeber geleitet. Die gemeinrechtlichen Grundsätze sind verschärft, und Todesstrafen unbedingt oder wenigstens immer neben anderen Strafen angedrohet. So z. B. in der Verordnung vom 3. Januar 1593, nach welcher dorrreiter Ehebruch, der leddige Ehebrecher, Bigamie, Blutschande und Nothzucht zwar „nach jeder Unthat Gelegenheit unterschiedlich, jedoch in alle Wege“ mit dem Tode bestraft werden sollen, und nach welcher selbst einfache Unzuchtsergehen auf fürstlichen Schlössern u. s. w. mit Todesstrafe bedrohet sind; ferner die Verordnungen, nach welchen Hausdiebstahl über 10 Thlr. (Verord. vom 7. Sept. 1752), Pferde diebstahl, (Verord. vom 25. Nov. 1695 und 20. Aug. 1706), und Veruntreuung öffentlicher Gelder über 100 Thlr. die Strafe des Stranges nach sich ziehen (Verord. vom 17. Nov. 1721 und 25. Febr. 1773).

Alle diese Gesetze haben jetzt noch formelle Gültigkeit. Es ist indeß, so viel bekannt, auf Grund derselben eine Todesstrafe, wenn auch in einzelnen wenigen Fällen erkannt, doch nie vollzogen, obgleich die Verordnungen über den Hausdiebstahl noch jährlich von den Kanzeln bekannt gemacht, und die über die ungetreuen Diener und Boten den Beamten bei ihrer Anstellung zugestellt und von ihnen unterschrieben werden. Auf diese Weise hat die Landesregierung selbst die Unangemessenheit dieser Strafbestimmungen anerkannt, und sie sind auch zum Theil schon bei ihrer Erlassung nur als ein Abschreckungsmittel angesehen, indem man hoffte, allein durch die Androhung so harter Strafen von Verbrechen abzuhalten, die ernstliche Absicht der Vollziehung derselben aber nicht hatte.

Auch seit der Wiederherstellung der rechtmäßigen Landesregierung, nach Aufhebung der französischen Usurpation, ist für die Gesetzgebung in Criminalsachen wenig geschehen. Es wurden Verordnungen über die Bestrafung der Bankrottirer (26. März 1823), des Funddiebstahls (15. April 1824), so wie der gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung gerichteten Vergehen (Verord. vom 1. Nov. 1830 und 23. Febr. 1837), erlassen, und gleich bei Wiedereinführung der gegenwärtigen Gerichtsverfassung das Criminalverfahren auf Grundlage des gemeinen Rechts geordnet. Die wichtigste und folgenreichste Thätigkeit der Landesregierung im Gebiete des Criminalrechts bestand aber unstreitig in der Einrichtung eigener Strafanstalten zu Vollziehung von Freiheitsstrafen und in der Bestimmung verschiedener Arten derselben (großer und kleiner Karren, Zuchthaus, Zwangsarbeit); die ganz allmählig jedoch immer klarer und fester sich entwickelnden Grundsätze über diese Anstalten und Strafarten, welche mehr auf Verwaltungsanordnungen, als auf Gesetzen beruhen, machten es eigentlich erst möglich, daß der Gerichtsbrauch sich in der Weise ausbilden konnte, wie es in den nachfolgenden Paragraphen geschildert wird.

### S. III.

#### II. Der Gerichtsbrauch.

Je mehr mit dem Fortschreiten der Gesittung, der öffentlichen Ordnung und der Rechtswissenschaft im Laufe der Jahrhunderte ein feineres Gefühl, eine festere Grundlage der gesellschaftlichen und Staats-Einrichtungen und geläutere Rechtsideen sich bildeten, um so weniger entsprach das geschriebene Recht den Anforderungen der Zeit. Der Gerichtsgebrauch, begünstigt durch die oben angegebenen Grundsätze der peinlichen Gerichtsordnung, fing allmählig an, selbst die klaren Bestim-

mungen derselben zu umgehen, wenn sie dem Rechtsgeföhle der Zeit widersprachen.

So bildete sich aus denselben Gründen in allen deutschen Ländern ein Gewohnheitsrecht selbst gegen das geschriebene Recht, auch in Ländern, wie das Herzogthum Braunschweig, wo durch specielle gesetzliche Bestimmungen die Nichtbefolgung der Gesetze oder denselben entgegenstehende Observanzen ernstlich untersagt waren. (Verordnung vom 15. April 1656 und 20. August 1742.)

Dieser Gang der Entwicklung bekräftigte die große, von jedem Gesetzgeber nicht genug zu beherzigende Lehre, daß die Rechtsgesetzgebung eines Volkes nur der Ausdruck seines jeweiligen allgemeinen Bildungszustandes sein kann.

Auf diese Weise verschwand ein Verbrechen, das der Zauberei, mit dem Glauben an dieselbe, ganz aus deren Reihe, und bei den meisten übrigen wurden die Strafen bedeutend milder. Die qualifizierten Todesstrafen und die verstümmelnden Strafen kamen außer Gebrauch, die Todesstrafen wurden nur noch bei den schwersten allein oder doch zugleich Personen Gefahr drohenden Verbrechen (Mord, Raub, Brandstiftung,) zur Anwendung gebracht, erschienen dagegen bei allen nur gegen fremdes **Eigenthum** gerichteten Verbrechen zu hart.

In dem Herzogthume sind seit dem Anfange der siebenziger Jahre des vorigen Jahrhunderts Todesstrafen wegen Diebstahls oder Veruntreuung nicht vollzogen, und seit dieser Zeit kam auch die Folter außer Gebrauch, unter stillschweigender Billigung der Landesregierung.

Ein tieferes Eingehen in die Geschichte des Gerichtsgebrauchs in Criminalsachen würde die Zwecke der gegenwärtigen Einleitung überschreiten; nur verdient es Erwähnung, daß noch in den letzten fünf und zwanzig Jahren die Ansichten der Gerichte eine wesentliche Aenderung erlitten haben.

In dem ersten Jahrzehend nach Wiederherstellung der rechtmäßigen Landesregierung wurde die peinliche Gerichtsordnung noch als gültiges Gesetz angesehen, wenigstens insofern, daß die Gerichte sich bestreben, das Verhältniß in der Strafwürdigkeit, was diese bei den Verbrechen unter sich festgestellt hatte, möglichst beizubehalten, und wenn auch nicht die von dieser bei den einzelnen Verbrechen gedrohte Strafart anzuwenden, doch, indem sie deren gesetzliche Gültigkeit an sich voraussetzten, sich dem vorgeschriebenen Strafmaße zu nähern, so daß also damals noch den Anfangspunkt, bei welchem man bei Festsetzung der Strafe ausging, die Bestimmungen der peinlichen Gerichtsordnung bildeten. Späterhin, und zwar zuerst in einem Erkenntniße vom Jahre 1825, sprach das ge-

meinschaftliche Oberappellationsgericht unumwunden die Ansicht aus, daß die peinliche Gerichtsordnung durch den Gerichtsgebrauch abgeändert sei, und diese Ansicht fand in der Folge auch bei dem Landesgerichte Eingang, so daß beide Obergerichte bei Bestimmung des Strafmaßes sich entweder lediglich auf den Gerichtsgebrauch, oder auf die Verordnungen der peinlichen Gerichtsordnung, wie sie durch den Gerichtsgebrauch geändert worden, in ihren Erkenntnissen beziehen.

#### §. IV.

### III. Nothwendigkeit einer neuen Gesetzgebung.

Dieser Zustand der Strafrechtspflege bietet unleugbar manche Vortheile dar. Er ist indeß, wie sich nicht verkennen läßt, mit noch größeren Nachtheilen verbunden. Zwar läßt er den Fortschritten der Wissenschaft freien Zutritt zu der Anwendung und nähert sich dem von manchen Philosophen und Rechtsgelehrten gepriesenen Ideale der Strafrechtspflege, nach welchem der Richter für jeden einzelnen Fall, nach dessen besonderer Strafwürdigkeit, ohne durch die Fesseln des Gesetzes beschränkt zu sein, die Strafe ausmessen und die Richtung und Entwicklung der Ideen seiner Zeit berücksichtigen soll. Allein diese Vorzüge sind an sich sehr zweifelhafter Natur. Denn wenn auch das Heiligthum der Gerechtigkeit den wahren und ausgemachten Fortschritten der Wissenschaft nicht verschlossen sein darf, so ist es doch sehr bedenklich, dasselbe für jede neue Idee zu leicht zugänglich zu machen, da der Reiz der Neuheit blendet und besticht, und erst die Zeit, diese allmälige Offenbarung der Wahrheit, die Gedanken läutern muß, damit sich das Dauernde und Rechte von dem Vorübergehenden und Scheinbaren scheide. Wahrhaft gefährdend aber kann ein solcher Zustand, wie die Bücher der Geschichte aller Völker lehren, in religiös und politisch aufgeregten Zeiten werden. Denn wenn dann nicht die Heiligkeit und Unverletzlichkeit des Buchstabens der Gesetze den Schwankungen der Meinungen und den Leidenschaften der Parteien einen unburchdringlichen Damm entgegenstellt, dringen sie auch in den Tempel der Gerechtigkeit.

Allerdings sind diese Uebel bei einer ruhigen und besonnenen Nation, wie die deutsche, und bei der Art der Organisation der oberen deutschen Gerichtshöfe weniger zu fürchten. Es lassen sich aber, ganz abgesehen von diesen Erwägungen, die Mängel der gegenwärtigen Strafrechtspflege in folgenden Punkten zusammenfassen:

- 1) Es ist eine unabwiesliche Anforderung an jeden wohlgeordneten Staat, daß jeder im Voraus wisse, welche Handlung ein Verbrechen sei und welche Strafe ihm droht. Beides zu wissen, ist

jetzt sehr schwierig, bevor das Erkenntniß letzter Instanz erschienen ist, selbst für den Rechtsgelehrten. Diese Rechtsunsicherheit ist eine Ungerechtigkeit gegen die Angeschuldigten, und sie lähmt die heilsamen Wirkungen, die man von der Strafgesetzgebung und Strafrechtspflege überhaupt erwarten kann.

- 2) Ein zweites und vielleicht noch größeres Uebel liegt darin, daß dieser Zustand dahin geführt hat, und nothwendig dahin führen mußte, das Verhältniß, welches zwischen Gesetz und Richter bestehen soll, völlig umzukehren. Statt daß die Richter die Diener, Ausleger und Vollstrecker des Gesetzes sein sollten, sind sie dessen Herren, ja Widersacher geworden, und es läßt sich nicht verkennen, wie in der Behauptung unseres größten Denkers und Dichters etwas Wahres liegt, wenn er sagt: daß die Gerichte gegenwärtig mehr da zu sein schienen, die Schuldigen gegen die Anwendung der Gesetze, als die Staatsgesellschaft gegen verbrecherische Angriffe zu schützen. Auf diese Weise wird das Ansehn ebensowohl der Gesetze als der Gerichte untergraben; denn das ohnmächtige Gesetz kann keine Ehrfurcht einflößen, und Aussprüche der Gerichte, die wie Willkühr aussehen, erregen statt des Gefühls der Gerechtigkeit und Rechtsicherheit, Tadel und Mißtrauen.
- 3) Es ist eine unvermeidliche Folge dieses Zustandes, daß große Ungleichheiten bei Beurtheilung gleicher Fälle vorkommen müssen. Das eifrigste und besonnenste Bestreben der Obergerichte, möglichste Gleichförmigkeit in ihren Erkenntnissen zu erhalten, ist nicht ausreichend, um Verschiedenheiten zu verhindern; dies liegt in der Natur der Sache und wird auch durch die Erfahrung in dem hiesigen Lande bestätigt. In den Fällen, wo die Obergerichte nicht in erster Instanz erkennen, steht ihnen obnebin nur zu, auf die Verteidigung des Angeschuldigten die Strafe herabzusetzen oder freizusprechen; ihnen fehlt daher jede Möglichkeit einer Remedur, wenn, ihren Ansichten zuwider, ein Schuldiger freigesprochen oder zu gelinde bestraft ist. Auf diese Weise müssen daher Ungleichheiten entstehen. Sie finden sich aber auch selbst in dem Gerichtsgebrauche der Obergerichte, der wohl für einen gewissen kurzen Zeitraum sich einigermaßen gleich bleibt, aber im Laufe der Jahre und mit dem Wechsel der Personen nothwendig großen Veränderungen unterworfen ist. Um nur Einiges anzuführen, so strafte die frühere Praxis den versuchten Selbstmord, während der neueste Gerichtsgebrauch ihn für straflos er-

klärt. Es findet sich daher hier sogar der Fall, daß eine früher als Vergehen betrachtete Handlung dies zu sein aufgehört hat. Weit mehr Abweichungen treten indeß hinsichtlich des Strafmaßes bei den einzelnen Verbrechen ein. Die in dieser Beziehung herrschende Tendenz des Gerichtsgebrauches ist den Angeschuldigten im Allgemeinen bisher günstig gewesen; denn die Strafen sind immer milder geworden, besonders bei den Vergehen gegen fremdes Eigenthum. Kleiner Diebstahl mit Einsteigen ist im Jahre 1814 noch mit 10jährigem Zuchthause bestraft, während jetzt bei gleichem Verbrechen zwei bis drei Jahre Zwangsarbeit erkannt werden. Es läßt sich nun zwar nicht behaupten, daß der hiesige Gerichtsgebrauch schon jetzt bis zu einer übertriebenen Milde hinsichtlich der Verbrechen an fremdem Eigenthume herabgegangen sei, wie in anderen deutschen Staaten, in welchen z. B. wegen großen Diebstahls nur auf drei Monat Gefängniß erkannt wurde. Allein es ist zu besorgen, daß die Strafen, der einmal angenommenen Richtung der Praxis gemäß, einstweilen noch weiter und zu tief herabsinken würden, wie denn die Milde von dem Vergehen gegen fremdes Eigenthum sich auch auf andere Verbrechen übertragen hat, bei denen sie sich nicht in dem Maaße dürfte rechtfertigen lassen. Es läßt sich aber auch die durch einige Symptome der Gegenwart angedeutete Möglichkeit nicht verkennen, daß späterhin die Entwicklung der Ideen eine Richtung nehmen könnte, welche die Praxis wieder den Strafen der peinlichen Gerichtsordnung näher brächte. Jedenfalls sind solche Ungleichheiten und Schwankungen unverträglich mit der Idee der Gerechtigkeit und bürgerlichen Freiheit. Die freiesten Völker haben es vorgezogen, den Richter auf buchstäbliche Anwendung der Gesetze anzuweisen und die hieraus unvermeidlich hervorgehenden Härten und Inconsequenzen zu ertragen, als der Willkühr Raum zu lassen.

Diese und ähnliche Erwägungen haben früher oder später in allen europäischen Ländern die Ueberzeugung von der unabweislichen Nothwendigkeit einer Reform des Criminalrechts hervorgerufen. In Deutschland erschienen zuerst in Preußen (1791), dann in Oesterreich (1803), später in Baiern (1813), Oldenburg und zuletzt in den Königreichen Sachsen, Würtemberg und dem Großherzogthume Weimar neue Criminalgesetzbücher. In Baden, Hessen-Darmstadt und Hannover ist man noch mit der Redaction neuer Gesetzbücher, und in Oesterreich, Preußen

und Baiern schon wieder mit der Revision und Umarbeitung der Straf-Gesetzbücher beschäftigt.

Auch im Herzogthume Braunschweig wurde das gleiche Bedürfniß schon längst erkannt. In dem Landtagsabschiede von 1823 verhiess die Landesregierung den Ständen ein umfassendes Gesetz über Bestrafung des Diebstahls (Art. 41.); diese Verheissung blieb indeß unerfüllt. Dagegen ernannte die Landesregierung unterm 30. Sept. 1828 eine Commission, welche den Entwurf eines Criminalgesetzbuches ausarbeiten sollte. Dieselbe ist aber nicht in Thätigkeit getreten.

Bei der Eröffnung des Landtages von 1831 äusserten die Stände in ihrer Antwort auf die Landesfürstliche Eröffnungsrede den Wunsch, daß ein Criminalgesetzbuch verfaßt werden möge.

Um nun diesem längst gefühlten und höchst dringenden Bedürfnisse abzuheffen, haben des regierenden Herzogs Durchlaucht gnädigst geruhet, die Ausarbeitung des Entwurfs eines Criminalgesetzbuches zu befehlen. Nachdem dieser Entwurf ausgearbeitet, im Staatsministerium und in der betreffenden Section der Ministerial-Commission aufs Sorgfältigste berathen worden, und die höchste Genehmigung erhalten hat, ist er der löblichen Ständeversammlung zu der verfassungsmässig erforderlichen Mitwirkung vorgelegt \*).

## §. V.

### IV. Grundlagen des Criminalgesetzbuches.

#### 1) Begränzung des Gegenstandes.

Bei Entwerfung eines Criminalgesetzbuches muß man vor Allem einig sein über die Gränze, die man dem Unternehmen stecken will.

- 1) In dieser Hinsicht entsteht zuvörderst die Frage: ob man die Beziehungen, welche das Völkerrecht auf das Criminalrecht

---

\*) Die Vorlegung geschah mittelst Schreibens des Herzogl. Staatsministeriums an den ständischen Ausschuss vom 23. December 1839. Der Gesetzentwurf wurde der dazu im voraus ernannten ständischen Prüfungscommission übergeben, und nachdem diese unterm 9. April 1840 ihren Bericht erstattet, ist auf die weiter erfolgte Berathung im Plenum der Stände-Versammlung der Entwurf mit denjenigen Abänderungen, über welche die Stände-Versammlung mit Herzogl. Landesregierung sich geeinigt hatte, in der Sitzung am 12. Mai 1840 einstimmig angenommen. Das Landesherrliche Patent vom 10. Juli 1840 hat das Criminalgesetzbuch, welches vom 1. October 1840 an Gesetzeskraft erhält, zur Publication gebracht.

hat, mit in das Gesetzbuch aufnehmen will? — Dem Vorgange anderer deutscher Gesetzgebungen gemäß, sind in dem gegenwärtigen Gesetzbuche die völkerrechtlichen Bestimmungen ganz unberührt gelassen. Alle Vorschriften desselben sind daher mit Vorbehalt der nach dem Völkerrechte geltenden Grundsätze zu verstehen.

- 2) Die mannichfachen Folgen und Wirkungen, welche Verbrechen und Strafen im Civilrechte haben, sind gleichfalls kein Gegenstand dieses Gesetzbuches. Es würde zu weit führen, wollte man in dieser Beziehung in das Einzelne gehen, und die oberflächliche Berührung dieser Verhältnisse würde nur zu Ungewißheit und Zweifeln führen. Soll in dieser Hinsicht etwas Ersprießliches erreicht werden, so wird es nach Emanation eines Criminalgesetzbuches hieneben einer besonderen Legislation bedürfen.
- 3) Im genauesten Zusammenhange mit dem Strafrechte steht die Polizeigesetzgebung. Das System, was in dieser Beziehung die verschiedenen europäischen Legislationen befolgen, ist sehr abweichend. Indesß am zweckmäßigsten erscheint es doch, die, einem ganz andern Gebiete angehörenden, polizeilichen Vorschriften von einem Criminalgesetzbuche fern zu halten. Selbst die Vorschriften über die von der Sicherheitspolizei zur Verhütung von Verbrechen und gegen Verbrecher zu ergreifenden Maßregeln bilden besser den Gegenstand einer eigenen Gesetzgebung, wenn über diesen Gegenstand gesetzliche Vorschriften erforderlich werden sollten. Das Gesetzbuch enthält daher in das Gebiet der Polizei gehörende Bestimmungen nur insofern, als sie von den erkennenden Gerichten verfügt und von den Polizeibehörden ausgeführt werden sollen.
- 4) Dieses Gesetzbuch kann und soll nicht die ganze Strafgesetzgebung umfassen, sondern dasselbe beschränkt sich auf das Gebiet des eigentlichen Criminalrechts, deshalb hat es auch angemessen scheinen müssen, demselben nicht den Titel eines Strafgesetzbuches, sondern den eines Criminalgesetzbuches zu geben. Es bleiben daher alle die Gegenstände ausgeschlossen, die wegen Eigenthümlichkeit des Gegenstandes durch Specialgesetzgebungen geordnet sind. Dahin gehören die Militärstrafgesetze, die Forst- und Jagdrevell, die Zoll- und Steuer-Contraventionen. — Das ganze Heer der Polizeivergehen gehört gleichfalls nicht in dieses Gebiet.



Der Begriff der Polizeivergehen muß aber nach der hiesigen Gesetzgebung aus einem doppelten Gesichtspunkte aufgefaßt werden, nämlich

- A. formell, indem alle Vergehen, mögen sie ihrem Wesen nach auch in das Gebiet des Criminalrechts gehören, doch als polizeiliche anzusehen sind, wenn sie polizeilich bestraft werden, d. h. keine härtere, als eine Strafe bis von 14 Tagen Gefängniß oder 10 Thlr. Geld nach sich ziehen,  
(Verordn. vom 15. Jan. 1814, §. 2. No. 3 und vom 3. Febr. 1814, §. 30.)  
und
- B. materiell, indem hieher alle Vergehen, welche ihrer inneren Natur nach polizeiliche sind, werden gerechnet werden müssen, auch wenn sie mit härteren, als die eben bemerkten Strafen bedrohet sind.

Es darf hier noch hinzugefügt werden, daß der §. 99 des Landesgrundgesetzes an diesem Begriffe der Polizeivergehen nichts ändert, wenn er vorschreibt, daß Polizeistrafgesetze, die eine größere Strafe als vierwöchige Gefängniß- oder verhältnißmäßige Geldstrafe bestimmen, nur des Gutachtens und Rathes der Stände bedürfen, da hiedurch weder festgesetzt worden, daß Vergehen, die, ihrer Natur nach, keine polizeiliche sind, in diese Classe gehören, noch daß wirkliche Polizeivergehen, wenn sie mit höheren Strafen belegt sind oder belegt werden, darum aufhören sollen, deren Natur beizubehalten. Vielmehr ist hier nur die Gränze bezeichnet, welche die Nothwendigkeit der ständischen Zustimmung ausschließt.

Deshalb bestimmt das Gesetz auch bei denjenigen Criminalverbrechen, welche in ihren niedrigsten Graden nur mit Polizeistrafen belegt werden, nicht diese, sondern nur die Gränze, bei welcher sie anfangen, Polizeivergehen zu werden, d. h. mit einer Strafe zu belegen sind, welche die Competenz der Aemter und Stadtgerichte nicht übersteigt, z. B. bei dem Diebstahl, bei Injurien, und verweist nur im Allgemeinen auf die anzuwendende Strafart. Eben so wenig sind aber Vergehen aufgenommen, die ihrer Natur nach polizeiliche sind, wenn auch deren Strafen die Competenz der Aemter und Stadtgerichte übersteigen.

- 5) Endlich sind auch alle prozessualische Vorschriften vermieden. Das Gesetz enthält zwar Bestimmungen über die Bekanntmachung der Straferkenntnisse, diese ist aber ihrer Natur und Wirkung nach als ein Nebenstrafübel anzusehen. Ebenfalls sind

in demselben Vorschriften über die Fälle, in welchen die Untersuchung nur auf Anzeige des Betheiligten vorgenommen werden darf, aufgenommen. Indes diese Vorschriften, welche eine der Bedingungen der Strafbarkeit jener Verbrechen enthalten, sind keineswegs rein prozessualisch, und finden jedenfalls in dem Gesetzbuche selbst am zweckmäßigsten ihren Platz. Dagegen sind Hindeutungen, unter welchen Umständen oder auf welche Weise der Beweis der zur Erkennung einer Strafe erforderlichen Thatfachen für geführt anzunehmen sei, oder welche Folgen gewisse Arten der Beweisführung haben, als lediglich dem Prozesse angehörend, gänzlich übergegangen.

## S. VI.

### 2) Leitende oberste Grundsätze.

Während Rechtsgelehrte und Philosophen unablässig bemühet sind, die obersten Grundsätze des Criminalrechts zu begründen und zu erforschen, ihre Bemühungen aber zu festen Resultaten und übereinstimmenden Ansichten in der Wissenschaft nicht geführt haben, fordert das Leben gebieterisch eine Reform des Criminalrechts, und die Gesetzgeber können den Ausgang des Streites der Gelehrten nicht abwarten. Sie haben sich daher damit begnügt, sich auf den rein praktischen Standpunkt zu stellen. Sie gehen davon aus, daß sie die Strafgesetzgebung als eine gegebene Thatsache vorfinden, daß es unmöglich ist, wenn die Staatsordnung erhalten werden soll, sie aufzuheben, und daß daher, mögen die obersten Grundsätze des Criminalrechts sein, welche sie wollen, eine Verbesserung des bestehenden Zustandes immer gerechtfertigt sein wird. Sie zeigen dabei mit triftigen Gründen, daß keine der unter den deutschen Rechtsgelehrten gangbaren Theorien allein einem Criminalgesetzbuche zur Grundlage dienen könne, sondern daß sein Zweck zugleich Abschreckung, Warnung, Wiedervergeltung und Besserung sein müsse.

Im Allgemeinen kann man sich mit diesen Ansichten einverstanden erklären, besonders wenn man erwägt, daß dieser Standpunkt auch gewählt sein mag, um unabsehbaren und unfruchtbaren Erörterungen bei den Discussionen über einen so schwierigen Gegenstand auszuweichen.

Indes wie man sich auch stellen mag, mit oder ohne Absicht, mit Bewußtsein oder unwillkürlich, wird man bei der Bearbeitung eines Criminalgesetzbuches einem obersten Principe folgen.

Daß es ein solches oberstes Princip geben müsse, leidet keinen Zweifel, und wenn die oben erwähnten Theorien, eine jede für sich, für den Gesetzgeber nicht brauchbar sind, so ist der Grund davon wahr-

scheinlich darin zu suchen, daß alle nur einseitige Auffassungen dieses obersten Grundsatzes sind. Denn dieser, ist er wirklich und in Wahrheit gefunden, muß, als die einzige richtige Grundlage des ganzen Strafrechts, auch für den Gesetzgeber brauchbar sein.

Jedenfalls wird man daher wohl thun, es sich klar zu machen, welchem obersten Principe man huldigt, denn dieses Verfahren wird Irrthümer und Inconsequenzen leichter entdecken lassen und den Weg zur Wahrheit ebnen. In diesem Sinne folgt hier eine kurze Entwicklung der obersten Grundsätze, welche bei Abfassung des vorliegenden Gesetzes die leitenden gewesen sind.

Die Idee des Rechts überhaupt findet ihre Wurzel nur in der sittlichen Natur des Menschen, d. h. in seiner Fähigkeit, das Gute vom Bösen zu unterscheiden und der seinen göttlichen Ursprung bezeugenden, ihm einwohnenden Nothwendigkeit, das Gute zu wollen und das Böse zu verabscheuen. Insofern nämlich sich diese Fähigkeit oder innere Nothwendigkeit auf die äußeren Erfordernisse seiner sittlichen Existenz und auf äußere auf diese Erfordernisse gerichtete Handlungen bezieht, bildet sich die Sphäre des Rechts. Der Staat selbst, alle bürgerliche Ordnung, die ganze Rechtsgesetzgebung ist daher, oder sollte sein, der Widerschein, das Gleichniß der sittlichen Weltordnung, angewendet auf die ihm besonders überwiesenen Kreise. Die Aufgabe der Rechtsgesetzgebung muß also darin bestehen, Jedem die äußeren Bedingungen der Möglichkeit einer sittlichen Existenz zu sichern, oder mit andern Worten, den Rechtsfrieden zu erhalten. Der Staat ist eben so berechtigt, als verpflichtet, denjenigen, welcher wissentlich durch äußere Handlungen die äußeren Bedingungen der sittlichen Existenz Anderer aufhebt oder stört, als Verbrecher zu behandeln, und wenn er ihn straft, bringt er das göttliche Gesetz der ewigen Gerechtigkeit und Wiedervergeltung zur Anwendung, nach welchem im Gebiete der Sittlichkeit überhaupt der Schuld ein Uebel folgt. Die bürgerliche Strafe ist daher nichts anderes, als das rechtliche Uebel, welches die nothwendige Folge der rechtlichen Schuld sein muß, so daß sich in ihr nur ein ewiger moralischer Grundsatz in der Rechtssphäre offenbart. Der Grund und Zweck der Rechtsgesetzgebung überhaupt und der Strafgesetzgebung insbesondere kann daher lediglich in der Erhaltung und Förderung der sittlichen Ordnung gefunden werden.

Diese Theorie trifft im Wesentlichen überein mit dem, was der unsterbliche Bentham, von einem andern Gesichtspunkte ausgehend, als das Resultat der unermüdlichen und angestrengten Forschungen seines langen Lebens, durch die Maxime bezeichnet:

le plus grand bien du plus grand nombre.

Denn versteht man unter dem höchsten Wohl nicht nur das materielle, sondern auch das geistige und sittliche, so wird von dem practischen Gesichtspunkte aus das Wesen der aufgestellten Theorie sich in dieser Formel zusammenfassen lassen.

Wendet man nun diese obersten Grundsätze auf die Frage an, welche das Criminalrecht im Allgemeinen zu beantworten hat, so erschöpft sich Alles hieher Gehörige durch die nähere Erörterung der drei Punkte;

1. welche Handlungen zu bestrafen seien?
2. wie sie bestraft werden sollen? und
3. welches Verhältniß zwischen Verbrechen und Strafe bestehen soll?

1. Jedes Verbrechen muß eine Rechtsverletzung enthalten, d. h. eine äußere Handlung, durch welche die äußeren Bedingungen der sittlichen Existenz Anderer gefährdet sind. Gedanken und Absichten allein bilden keine Verbrechen. Der wahre Charakter des Verbrechens besteht also darin, daß eine Handlung gegen wesentliche äußere Bedingungen der sittlichen Existenz eines Andern gerichtet ist. Wo sich dieses Merkmal nicht findet, sollte das Gesetz nie eine That zum Verbrechen stempeln, denn es entfernt sich sonst von seinem wahren Ursprunge. Noch weniger darf es Handlungen bei Strafe unterlassen, die das Sittengesetz gebietet. Ueberhaupt, da mit jedem neuen Verbrechen ein neues Uebel geschaffen wird, dieses sich aber nur insoweit rechtfertigen läßt, als es zum Zweck der Aufrechterhaltung der sittlichen Ordnung, wie sie sich im Staatsleben gestaltet, erforderlich ist, so sei man gewissenhaft besorgt, nicht mehr Handlungen, als nothwendig, zu Verbrechen zu machen. — Aus diesen die Beschaffenheit der verbrecherischen Handlung an sich bezeichnenden Grundsätzen ergiebt sich von selbst: Der Handelnde darf nur insofern als Verbrecher angesehen werden, als ihm die Handlung selbst zur Schuld angerechnet werden kann. Denn jede sittliche Idee, also auch die des Rechtes, bezieht sich auf die der Willensfreiheit, und die rechtliche Schuld ist nur insofern denkbar, als der Thäter die Rechtsverletzung durch eine absichtliche Handlung bewirkt hat. Mit andern Worten: dem Thäter muß die That zugerechnet werden können, wenn er als Verbrecher behandelt werden soll. Dieser Grundsatz gilt eben so wohl für vorsätzliche, als für fahrlässige Verbrechen, denn auch bei diesen muß der Verbrecher die gefährliche oder unvorsichtige Handlung, deren Folge das Verbrechen ist, immer gewollt haben.

2. Dem gegebenen nothwendigen Charakter der Strafe zufolge,

muß jedes Strafmittel einmal ein wirkliches Uebel für den Verbrecher enthalten; dasselbe darf aber zweitens kein solches Uebel sein, welches die sittliche Natur des Menschen entwürdigt oder das sittliche Gefühl beleidigt. Vielmehr wird die Strafe um so gerechter und zweckmäßiger sein, je mehr sie geeignet ist, nicht nur den Einzelnen, der sie duldet, zu bessern, sondern auch im Allgemeinen die sittliche Ordnung zu fördern. Hierin und in dem Umstande, daß eben so wenig, wie in der großen Weltordnung, in der Staatsordnung die Willkür zum System werden kann, sondern beide nach ewigen oder doch stetigen Gesetzen sich regeln müssen, liegt die Nothwendigkeit einer Strafgesetzgebung, durch welche die Staatsgenossen zugleich vor den Verbrechen gewarnt und von ihnen abgeschreckt werden, und die ihnen im Voraus die Uebel der Gesetzübertretung androhet, so daß deren Erleidung bei begangenen Verbrechen über sie als ein verschuldetes Uebel, als eine gerechte Strafe, kommt.

3. Bei der Festsetzung des Verhältnisses zwischen Verbrechen und Strafen sind zwei Gesichtspunkte zu unterscheiden. Zuvörderst ist klar, daß nicht alle Rechtsverletzungen ihrer Schwere und Größe nach gleich sind. Es erfordert daher schon die Idee der Gerechtigkeit, daß je größer die hervorgebrachten Uebel, je verderblicher die Eingriffe in die äußern Bedingungen der sittlichen Existenz eines Andern sind, um so größer und empfindlicher auch das Strafübel sein müsse. Dadurch ist der Maßstab gegeben, nach welchem das Strafmaß bei den verschiedenen Verbrechen unter einander sich bestimmen muß.

Bei den einzelnen Verbrechen kommt dagegen in Erwägung, daß dieselbe That unter so verschiedenen Umständen vorkommt, namentlich daß der Grad der Verschuldung so sehr verschieden ist, daß es den sittlichen Gründen und Zwecken der Strafe und daher auch der Idee der Gerechtigkeit widersprechen würde, dieselbe That stets mit derselben Strafe zu belegen. Absolute Strafbestimmungen lassen sich daher nicht rechtfertigen, es muß vielmehr dem richterlichen Ermeßsen ein gewisser Spielraum gelassen werden.

Diese hier aus den obersten Principien abgeleiteten Grundsätze haben in den neueren deutschen Gesetzgebungen im Wesentlichen Anerkennung gefunden, indem man die Anforderung aussprach, daß die Strafen gerecht, human und zweckmäßig sein sollen.

Man erkennt indeß leicht, daß mit diesen allgemeinen Grundsätzen für den Gesetzgeber noch wenig gethan ist. Für ihn fängt die Hauptschwierigkeit erst mit der Anwendung derselben auf die ihm gegebenen Verhältnisse an.

Denn wenn auch allen Menschen die moralische Natur eigen ist, so bleibt doch deren Ausbildung nach natürlicher Anlage, Klima, Religion und Sitte nicht nur bei den verschiedenen Nationen, sondern selbst bei demselben Volke in dessen verschiedenen Lebensaltern unendlich verschieden.

Deshalb sind denn auch bei verschiedenen Völkern, selbst wenn sie auf derselben oder einer ähnlichen Stufe von Bildung stehen, nicht einmal dieselben Handlungen Verbrechen, und noch weniger Uebereinstimmung findet sich in den Strafmitteln und in der Größe der Strafen. Hier eröffnet sich dem Gesetzgeber das weite Feld der Criminalpolitik. Wenn er sich einerseits der höchsten Grundsätze bewußt sein muß, denen er nachzustreben hat, so ist ihm doch die genaue Kenntniß und klare Uebersicht des gegenwärtigen Zustandes eben so nothwendig; dadurch kann er nur in den Stand gesetzt werden, zu beurtheilen, ob das Bessere, was das Ziel seines Strebens sein soll, sich schon jetzt erreichen oder nur vorbereiten läßt, denn nichts ist gefährlicher und zweckwidriger als voreilige Verbesserung. Dadurch kann er nur die wirklichen Gebrechen und deren Heilmittel erkennen, und, den Blick in die Vergangenheit und Zukunft gewandt, für seine Arbeit einen festen Boden gewinnen.

Besonders aber ist es ihm nothwendig, sich eine klare Ansicht über die mögliche Wirksamkeit aller Strafen überhaupt zu bilden. Man darf zwar, den obigen Andeutungen zufolge, den Grund und Zweck der Strafe nicht allein in der Abschreckung suchen; allein daß sie neben der, durch die Strafgesetzgebung überhaupt zu begründenden und zu verbreitenden Idee des Rechts ein Hauptelement zur Erhaltung des Rechtsfriedens bildet, läßt sich nicht verkennen. Die tägliche Erscheinung nun, daß die Strafgesetze übertreten, die leichtesten wie die schwersten Strafen verwirkt werden, kann leicht einen doppelten Irrthum erzeugen, nämlich entweder den von der Unwirksamkeit aller Strafgesetzgebung überhaupt, oder den, daß die gedroheten Strafübel nicht streng genug seien. Es ist nun zwar richtig, daß man bei Erlassung eines Strafgesetzes von nichts so sehr überzeugt sein kann und muß, als daß dasselbe, ungeachtet der Strafaudrohung, doch werde übertreten werden. Hieraus läßt sich aber nicht die Unwirksamkeit der Strafgesetzgebung überhaupt folgern, sondern diese Thatfache liefert nur den Beweis, daß es Fälle giebt, in welchen natürliche Anlage, Erziehung, Lebensverhältnisse, Leidenschaft oder Bedürfniß, oder endlich die Hoffnung, sich dem Arme der Gerechtigkeit zu entziehen, die Vorstellung des Unrechts verdunkeln und die Furcht vor Strafe überwiegen. Für Fälle dieser Art

bleiben aber selbst die härtesten Strafßübel unwirksam, und zwar um so mehr, als die allmächtige Gewohnheit bald selbst die grausamsten Strafen mit einer gewissen Gleichgültigkeit betrachten läßt, wie die Erfahrung aller Zeiten lehrt. Der Gesetzgeber darf daher nicht diese Ausnahmefälle als diejenigen ansehen, für welche seine Strafbestimmungen berechnet sind, sondern er muß die Regel, nämlich diejenigen Fälle vor Augen haben, in welchen ein solcher eigenthümlicher, zum Verbrechen treibender Anreiz sich nicht findet. Da nun für diese Fälle gelindere Strafßübel genügen, ja für viele Fälle dieser Art das Verbotensein bei Strafe an sich ausreicht, für jene dagegen, auch mit den strengsten Strafen, doch der Zweck nie ganz zu erreichen ist, so fordern alle diese Betrachtungen zur Milde in Bestimmung der Strafen auf. Die ganze Tendenz der Strafgesetzgebung muß dahin gehen, zu bewirken, daß an sich kleine Uebel als schwere Strafen angesehen werden, und erst, wenn sie dahin gelangt sein wird, dieses Ziel zu erreichen, wird sie ihren wahren Triumph feiern. Sie kann sich aber diesem Ziele nur allmählig nähern.

Ueberhaupt aber läßt sich nicht läugnen, daß auf Abnahme oder Zunahme der Zahl der Verbrechen weit weniger die Strafgesetze, als zufällige Umstände, die den Anreiz oder die Gelegenheit zu Gesetzesübertretungen enthalten, wirken. Von ganz vorzüglicher und entscheidender Wichtigkeit sind aber für diese Verhältnisse Religion, Bildung und Sitte. Diese drei mächtigen Hebel der fortschreitenden Entwicklung des Menschengeschlechts sind die Hauptträger der Civilisation. Sie stehen mit der ganzen Rechtsgesetzgebung, und namentlich mit der Strafgesetzgebung in genauester Wechselwirkung, und greifen noch tiefer und kräftiger ein, als das Rechtsgesetz. Je mehr daher geschehen ist und geschieht, um wahre Religiosität, ächte Bildung und reine Sitte zu fördern, um so weniger wird es nöthig, zu strengen Strafmitteln Zuflucht zu nehmen.

## §. VII.

3) Anwendung dieser Grundsätze auf das gegenwärtige Gesetz im Allgemeinen.

Wendet man diese Grundsätze auf das Herzogthum und dessen gegenwärtigen Zustand an, so zeigt sich zuvörderst, daß

1) die bisherige Gesetzgebung ausgereicht hat, den Rechtsfrieden zu erhalten und das Fortschreiten der sittlichen Bildung zu fördern.

Man hat daher im Allgemeinen keinen Grund, neue Verbrechen zu schaffen, sondern es reicht aus, die Handlungen, welche das biele-

rige Criminalrecht als Verbrechen bezeichnet, mit Strafen zu belegen. Dagegen läßt sich bei fortgeschrittener Civilisation und bei in vieler Beziehung veränderter Weltansicht bei manchen Verbrechen des gemeinen deutschen Criminalrechts fragen: ob sie noch jetzt unter die Zahl der Verbrechen gehören sollen? —

Das Nähere hierüber wird indeß zweckmäßiger bei der Lehre von den einzelnen Verbrechen vorgetragen werden können.

2) Die Strafmittel anlangend, so hat der Gerichtsgebrauch die qualificirten Todesstrafen, die verstümmelnden und entehrenden Strafen verlassen. Diese Strafen wieder herzustellen, wird Niemand rathen. So beschränkt sich denn jetzt der Kreis der Strafzübel auf

Todesstrafe,  
Freiheitsstrafen und  
Geldstrafen.

Auch hier wird, aus den bereits angeführten Gründen, keine Veranlassung sein, die Arten der Strafen zu vermehren. Wohl läßt sich aber bei der Todesstrafe fragen, inwiefern sie noch beizubehalten sei? — welche Frage weiter unten einer ausführlichen Beantwortung bedarf.

Da indeß so schwere Verbrechen, als die Todesstrafe voraussetzen, und wenige Criminalverbrechen so gering und noch weniger Verbrecher so zahlfähig sind, daß sie mit Geldstrafen belegt werden könnten, so sind hauptsächlich die Freiheitsstrafen von der größten Wichtigkeit. Eine zweckmäßige und gehörige Abstufung derselben gehört daher zu den vorzüglichsten Aufgaben der jetzigen Criminalgesetzgebung, und eine angemessene Einrichtung der Strafanstalten ist das wesentlichste Erforderniß der Zeit für diesen Zweig der Gesetzgebung. Es muß dahin gewirkt werden, daß die Strafanstalten nicht die Höhlen der Verderbniß und die Schulen des Lasters sind; daß die Verbrecher nicht verschlechtert, sondern wo möglich gebessert aus ihnen entlassen werden; daß die Strafen, namentlich die schwersten, keine Grausamkeit enthalten, oft schlimmer als Tod. Man hüte sich aber auch, hierin nicht zu weit zu gehen; man vergesse nicht, daß die Freiheitsstrafen immer ein gefürchtetes Uebel bleiben müssen, wenn sie wirken sollen, und daß Menschen aus den untersten Volksklassen, denen der Kerker keine Schande mehr bringt, sich in vielen Beziehungen leider in den Strafanstalten besser als in der Freiheit befinden. Auf sie wird aber, auch ohne sie körperlichen Qualen zu unterwerfen, gewirkt werden können, besonders durch die strenge Forderung pünktlichen Gehorsams, ausdauernden Fleißes, großer Reinlichkeit; denn diese Dinge verleiden ihnen, auch bei sonst guter Behandlung, den Aufenthalt in den Strafanstalten und



sind der wahre Weg zur Besserung. Vorzüglich aber verhüte man, daß die Strafanstalten eine Art belustigender Unterhaltung seien. Wer mit diesem Gegenstande vertraut ist, weiß, welchen Genuß die Strafgefangenen in gegenseitigen Mittheilungen finden, wie Menschen von meist ausgezeichneten natürlichen Anlagen mit lebhaften Farben ihren Gefängnißgenossen das Bild ihres Lebens und ihrer Thaten vorhalten, sich selbst als den Helden ihrer Erzählungen bewundern und bewundert sehen, und an die Geschichte ihres früheren Verbrechens Pläne und Hoffnungen für die Zukunft knüpfen. Auf diese Weise wird die Strafanstalt nicht nur eine Schule für Verbrecher, sie wird gewissermaßen sogar der Schauplatz einer Art Ruhmes in einem von der Gesellschaft ausgestoßenen Kreise, und sie verliert so den größten Theil ihres Schreckens; denn was überwindet nicht menschliche Eitelkeit? In dieser Beziehung ist in den meisten Strafanstalten noch viel zu wenig geschehen und es wird nothwendig sein, hier das Erforderliche zu erreichen. Alle diese Dinge gehören hauptsächlich der Gefängnißadministration an, allein die Strafgesetzgebung muß sie doch insofern berücksichtigen, daß sie deren Ausführung möglich macht und voraussetzt.

3) Das Verhältniß zwischen Strafen und Verbrechen läßt sich allerdings absolut bestimmen (S. VI. Nr. 3.). Die Anwendung dieser Grundsätze auf einzelne gegebene Strafübel findet aber nur ihr Maß in der Volksansicht und den sonst gegebenen Verhältnissen. Bei einer gutgearteten, nicht leicht erregbaren, wohlunterrichteten, im Ganzen wohlhabenden Bevölkerung, welche größtentheils aus Grundbesitzern besteht und mit den friedlichen Geschäften des Landbaues beschäftigt ist, finden sich äußerst selten wirklich bössartige Verbrecher und harte Strafübel sind nicht nothwendig. In dieser glücklichen Lage befindet sich aber das Herzogthum. Es ist daher gerathen, bei dem Strafmaße dem Gerichtsgebrauche im Allgemeinen zu folgen. Denn es läßt sich durchaus nicht nachweisen, daß durch seine Milde die Zahl der Verbrecher sich vermehrt hätte. Bedarf der Gerichtsgebrauch einer Abänderung, so wird diese darin bestehen, das Verhältniß der verschiedenen Verbrechen zu einander richtiger zu bestimmen; denn die einfachen Verbrechen gegen das Eigenthum werden verhältnißmäßig zu den Verbrechen gegen Personen oder gegen die öffentliche Ordnung immer eher noch zu hart, als zu gelinde bestraft, was sich leicht aus den Grundsätzen der peinlichen Gerichtsordnung erklärt. Es ist daher bei den einzelnen Verbrechen zu erwägen gewesen: ob man das richtige Verhältniß durch Erhöhung der Strafen der Verbrechen gegen die Person oder die öffentliche Ordnung, oder durch Herabsetzung derer gegen das Eigenthum, oder

durch Erhöhung der Strafbarkeit der Einen und zugleich durch Herabsetzung der Strafbarkeit der Andern herstellen wolle? — worüber das Weitere die Bestimmungen über die einzelnen Verbrechen ergeben.

### §. VIII.

#### 4) Systematische Anordnung des Gesetzbuches.

Ueber keinen Gegenstand der Strafgesetzgebung herrschen verschiedene Ansichten, und fast keiner hat so heftige Discussionen veranlaßt, als die systematische Anordnung der Strafgesetzbücher. Man hat daher selbst den Ausweg ergriffen, zu erklären, daß eigentlich die Anordnung für die Praxis ganz gleichgültig sei, wenn man nur gleich im Voraus erkläre, daß man von dieser Ansicht ausgehe, so daß aus der Anordnung weder für die Auslegung noch für die Anwendung etwas entnommen werden könne. Für die Praxis genüge es, wenn man nur das zusammen fände, was für diese zusammen gehöre.

Allein in dieser letzten Anforderung liegt schon wieder die Anerkennung der Nothwendigkeit eines Systemes, wenn man will, eines praktischen. Und überhaupt nicht nur, weil ein Criminalgesetzbuch ein Buch ist, wie jedes andere, sondern weil, wenn es seinem Zwecke entsprechen soll, schon in der Anordnung selbst sich der Grundgedanke des Gesetzgebers aussprechen muß, und ein wissenschaftliches Werk (und nichts anderes ist am Ende jedes Criminalgesetzbuch), wie jedes organische Ganze, auch in der äußeren Gestaltung sich als eine ihrer inneren Natur gemäß ausgebildete Erscheinung darstellen muß, wird es erforderlich, die systematische Anordnung mit Sorgfalt zu erwägen, wie denn auch bei anderen deutschen neueren Gesetzgebungen auf diesen Gegenstand großer Fleiß verwendet ist.

Das gegenwärtige Gesetz zerfällt in einen allgemeinen und besonderen Theil, und stimmt hierin mit allen neueren Gesetzgebungen und Entwürfen überein. Der Erste soll nichts enthalten, als die Lehren, welche bei allen Verbrechen vorkommen. Er handelt in neun Titeln:

- 1) Von dem Umfange des Gesetzbuches,
- 2) von den Strafen,
- 3) von den allgemeinen Bedingungen der Strafbarkeit,
- 4) von Vollenbung, Versuch und Vorbereitung der Verbrechen.
- 5) von den Mitschuldigen,
- 6) von den Gründen der Erhöhung oder Herabsetzung der auf die Uebertretung gesetzten Strafen,
- 7) von den Gründen der Strafzumessung innerhalb des gesetzlichen Strafmaßes,

8) von Tilgung der Strafbarkeit, und giebt

9) Worterklärungen.

Zur Rechtfertigung dieser Anordnung mögen folgende kurze Bemerkungen dienen.

Der erste dieser Titel bildet die Einleitung des Ganzen, indem er die Fälle festsetzt, für welche das Strafgesetzbuch überhaupt Anwendung leidet. Er muß allen andern Bestimmungen vorangehen und steht auch in den neueren Gesetzgebungen an dieser Stelle.

In dem zweiten Titel folgen die Bestimmungen darüber: wie gestraft werden soll. Dieser Titel geht dem nun folgenden auch schon um deswillen zweckmäßig voraus, weil dessen Bestimmungen sich ihrer Natur nach auf ihn beziehen müssen. Er würde sich allerdings auch hinter den dritten Titel stellen lassen, aber dann die folgenden mit dem dritten Titel in genauem Zusammenhange stehenden Lehren des vierten und der folgenden Titel auf eine nicht ganz angemessene Art unterbrechen.

Der dritte Titel behandelt die allgemeinen Bedingungen der Strafbarkeit der That und des Thäters. Er ist der eigentliche Anfang der Abhandlung der Materien des Criminalrechts selbst. Man hat ihn an die Spitze stellen zu müssen geglaubt, theils weil er wirklich die ersten Grundbedingungen aller Strafbarkeit enthält, theils weil dadurch die Ansicht mehr hervortritt, von welchem Standpunkte aus der Gesetzgeber seine Aufgabe auffaßt.

Die folgenden Titel 4 bis 6 setzen das Verhältniß zwischen Verbrechen und Strafen im Allgemeinen fest. Sie enthalten die allgemeinen Gründe, nach denen sich das gesetzliche Strafmaß bestimmt, wenn die Gesetzübertretung angefangen, aber nicht vollbracht ist (Versuch und Vorbereitung); wenn mehrere Personen der Theilnahme an demselben Verbrechen schuldig sind; wenn Umstände eintreten, die eine Erhöhung oder Herabsetzung der auf die Uebertretung gesetzten Strafe nothwendig machen.

Der siebente Titel umfaßt die Regeln, nach welchen in jedem besonderen Falle der Richter das Verhältniß zwischen Verbrechen und Strafe nach seinem Ermessen innerhalb der gesetzlichen Grenzen zu bestimmen hat.

Es läßt sich allerdings auch rechtfertigen, wenn die in Titel 5 vorkommenden Begriffsbestimmungen in den Titel von den allgemeinen Bedingungen der Strafbarkeit aufgenommen werden. Diese Begriffsbestimmungen erhalten aber ihre praktische Bedeutung erst dadurch, daß bei ihnen das Verhältniß, wie die Mitschuldigen zu bestrafen seien,

festgestellt wird, und sie finden daher in einem Gesetzbuche besser ihre Stelle da, wo zugleich die Strafbarkeit der Mitschuld bestimmt werden kann, indem man sonst, um ganz consequent zu sein, diese Materie in zwei verschiedenen Titeln abhandeln muß.

Die Strafzumessungsgründe sind in einen eigenen Titel gestellt, theils um den Unterschied klar hervorzuheben, der zwischen ihnen und den gesetzlichen Straferhöhungs- oder Herabsetzungsgründen besteht, theils weil diese sich auf specielle Fälle, welche bei allen einzelnen Verbrechen vorkommen können, jene aber auf alle vorkommenden Verbrechen beziehen, da das Gesetzbuch in jedem einzelnen Falle dem richterlichen Ermessen Spielraum läßt.

Die Stellung der beiden letzten Titel des allgemeinen Theils rethfertigt sich von selbst.

Der specieller Theil zerfällt in drei große Abtheilungen, nämlich:

- 1) die öffentlichen Verbrechen,
- 2) die Privatverbrechen,
- 3) die Verbrechen der Beamten und öffentlichen Diener.

Diese Eintheilung ist nach dem Objecte gemacht, welches das Verbrechen angreift. Denn die öffentlichen Verbrechen sind diejenigen, welche die Staatseinrichtungen selbst und unmittelbar angreifen; die Privatverbrechen diejenigen, welche die Rechte der Einzelnen gefährden; die Amtsverbrechen endlich diejenigen, welche zugleich die Staatseinrichtungen und die Privatrechte zum Gegenstande haben, denn der seine Pflicht verletzende Staatsbeamte stört die öffentliche Ordnung, die er gerade erhalten soll, und verletzt zugleich Privatrechte des Staats oder Einzelner. Diese Ansicht scheint die gewählte Anordnung besser zu rechtfertigen, als diejenige, welche die Verbrechen zuerst nach dem Umstande eintheilt: ob sie von Jedermann, oder nur von gewissen, besonders verpflichteten Personen begangen werden können?

Jedenfalls haben die Amtsverbrechen eine so eigenthümliche Natur, daß sie in jeder Gesetzgebung zweckmäßig einen besonderen Abschnitt bilden.

Ueber die Stellung der einzelnen Verbrechen in diesen Titeln mag hier nur bemerkt werden, daß sie im Allgemeinen nach der Wichtigkeit und Größe der Rechte classificirt werden, gegen die sie gerichtet sind, und daß bei jedem einzelnen Abschnitte auch die schwersten Verbrechen wieder voranstehen. Hierin liegt eine natürliche, durch die innere Beschaffenheit der Verbrechen selbst gegebene Ordnung, die für die Gesetzgebung bei Abstufung der Strafen von großem Nutzen ist.

Der Titel von dem Privatverbrechen zerfällt in zwei Unterabthei-

lungen, nämlich in Verbrechen gegen die Person und persönliche Rechte, und in Verbrechen gegen das Vermögen und Vermögensrechte, eine tief in der Sache begründete Unterscheidung, die eine natürliche Zusammenstellung der Verbrechen gestattet. Eine in das Einzelne gehende Begründung dieser Ansicht würde für die Zwecke der gegenwärtigen Motive zu weit führen, und das Nähere ergibt sich aus dem speciellen Theile von selbst. Ueberall aber entscheidet über die Stelle, welche einem einzelnen Verbrechen angewiesen ist, das, was das Gesetzbuch zum Thatbestande desselben erfordert.

## §. IX.

### 5) Schlußbemerkungen.

1) Das gegenwärtige Gesetz setzt die Beibehaltung der jetzigen Gerichtsverfassung und des jetzigen Untersuchungsverfahrens voraus. Es berücksichtigt daher auch die zwischen den Kreisgerichten und dem Landesgerichte in Criminalsachen bestehenden Kompetenzbestimmungen, nach welchen die Kreisgerichte auf einjährige Freiheitsstrafen erkennen können. Hieraus erwächst die Nothwendigkeit, bei denjenigen Verbrechen, bei welchen das Strafmaß über ein Jahr steigt, wo möglich eine Strafabstufung zu finden, welche mit einem Jahre abschließt, um die Sache aufhaltende Zweifel über die Competenz zu beseitigen. Dieses hat sich auch, ohne den Bestimmungen Zwang anzuthun, erreichen lassen, und es zeigt sich daher auch von diesem Gesichtspunkte aus, daß die Bestimmung der Competenz der Kreisgerichte in Criminalsachen, wie sie jetzt besteht, eine zweckmäßige sei \*).

---

\*) Die gegenwärtig für die Gerichte des Herzogthums bestehenden Competenzbestimmungen in Strafsachen (Gesetz v. 15. Octbr. 1832. das Justizwesen betreff. Nr. 33.) sind folgende:

In erster Instanz haben zu erkennen

die Stadtgerichte und Aemter, wegen aller Vergehen, wenn die verwirkte Strafe vierzehntägiges Gefängniß oder zehn Thaler Geld nicht übersteigt;

die Kreisgerichte, wenn entweder das begangene Verbrechen mit Geldstrafe bedrohet, oder auf eine härtere als einjährige Zuchthausstrafe nicht zu erkennen ist;

das Landesgericht in allen die Competenz der Kreisgerichte übersteigenden Sachen.

Eine gegen diese Erkenntnisse erster Instanz an das nächstfolgende höhere Gericht (von dem Landesgerichte an das Oberappellationsgericht) statthafte weitere Berufung ist von solchem in zweiter und letzter Instanz zu erledigen.

2) Man verlangt mit Recht, daß ein Gesetzbuch nichts aufnehme, was allein der Doltrir angehört, und dieser Grundsatz ist bei Abfassung des gegenwärtigen Gesetzes befolgt, obgleich es in einzelnen Punkten hierin nicht so weit geht, als manche Gesetzbücher, worüber bei den betreffenden Materien das Weitere zu bemerken sein wird. Ebenfalls ist alle Casuistik vermieden, so weit nicht die Berücksichtigung der Competenzverhältnisse oder in der Sache selbst liegende Gründe Strafabstufungen erforderlich machten.

3) Der Styl eines Gesetzbuches kann nicht der eines Compendiums sein. Klarheit und Kürze sind ein wesentliches Bedürfniß. Das Bemühen, beide Erfordernisse zu erreichen, wird hoffentlich in dem Gesetze sichtbar sein. Es ist unzweifelhaft, daß ein Gedanke um so weniger Mißdeutungen ausgesetzt sei, je klarer und zugleich je kürzer er ausgedrückt wird, da jedes unnöthige Wort gewiß Veranlassung zu Mißverständnissen giebt. In diesen Beziehungen befolgt das Gesetz die Methode, die in der hiesigen Gesetzgebung bei den neueren Strafgesetzen, z. B. bei der Verordnung vom 1. Nov. 1830, bereits angewendet ist.

4) Die gebrauchte Terminologie anlangend, so ergiebt sich das Nähere aus dem Gesetze selbst. Nur das mag hier bemerkt werden, daß das Gesetzbuch alle unter seinen Bereich gehörenden strafbaren Handlungen unter dem Namen Verbrechen umfaßt. Der berühmte Streit über die Eintheilung der strafbaren Handlungen in Verbrechen und Vergehen hat gar keine praktische Bedeutung. Will man die geringeren Gesetzübertretungen Vergehen nennen, so mag man dies immerhin thun, einen Einfluß auf deren Bestrafung hat es aber nicht. Es führt zu einer unangenehmen Wiederholung und Weitschweifigkeit in der Fassung, wenn man allein des Namens wegen einen Unterschied zwischen Verbrechen und Vergehen gesetzlich feststellen will. Das natürlichste bleibt es, alle in das eigentliche Criminalgebiet gehörenden Gesetzübertretungen Verbrechen zu nennen, da doch die Mehrzahl derselben jedesfalls so genannt werden muß und eine positive Gränze dieselbe Art von verbotenen Handlungen, nach ihrer Schwere, bald zu Verbrechen, bald zu Vergehen stempeln würde.

# Erstes Buch.

## Titel 1.

### §. 1.

Der überall anerkannte Grundsatz, daß die innerhalb des Territoriums auch von Ausländern begangenen Verbrechen nach den Landesgesetzen zu beurtheilen seien, leidet nur die völkerrechtliche, daher nicht zu erwähnende Ausnahme, daß er nicht auf die Personen anzuwenden ist, welche die Rechte der Exterritorialität genießen.

Bemerk. zu §. 1. Bestimmungen darüber, wie zu verfahren, wenn von Personen, denen die Exterritorialität zukommt, Verbrechen verübt worden, gehören in die Strafproceßordnung.

### §. 2.

Das Landesgrundgesetz (§. 205.) bestimmt zwar die Fälle, in welchen im Auslande verübte Verbrechen von den hiesigen Gerichten zu untersuchen und zu bestrafen sind. Es ist aber in demselben absichtlich nicht festgesetzt, nach welchen Gesetzen in diesen Fällen zu erkennen sei. Der bisherige, durch ein Rescript des Geheimraths-Collegiums (vom 26. März 1826, Bege Repert. I. S. 32.) gebilligte Gerichtsgebrauch erkannte nach den Gesetzen des Ortes des begangenen Verbrechens, insofern sie milder waren, als die einheimischen. Das Gesetz hat diesen Grundsatz verlassen und bestimmt, daß die im Auslande begangenen Verbrechen nach den hiesigen Gesetzen zu beurtheilen seien. Dieses Princip erschien nämlich eben so, wie das zweckmäßigste, so auch als das gerechteste. Denn so viel, aber auch nur so viel kann man von jedem Staate verlangen, daß er die von seinen Unterthanen in einem auswärtigen Gebiete verübten Gesetzesübertretungen eben so bestraft, als wären sie im eigenen Lande und gegen ihn begangen, und der Ausländer kann sich nicht beklagen, wenn ein auswärtiger Staat, der ihn vor seine Gerichte stellt, ihn seinen Unterthanen gleich behandelt. Ueberdies ist die Anwendung fremder Gesetze jedenfalls schwierig (denn man kann deren Bekanntschaft, besonders da sie sich aus Büchern allein nicht erkennen läßt, bei den Gerichten nicht voraussetzen), oft auch unausführbar, allein schon wegen der Verschiedenheit in den Strafmitteln. Einige neuere Gesetzgebungen haben daher denselben Grundsatz, wie das Gesetz angenommen, und es würde ein wahrer Fortschritt in der Civilisation sein, wenn er allgemeine Gültigkeit erlangte. In

Deutschland sollte er wenigstens unter den einzelnen Bundesstaaten, da er im Grunde schon eine Folge der Bundesvereinigung selbst ist, allgemein anerkannt werden. — Bei Staaten, welche das Reciprocum nicht beobachten, würde dieser Grundsatz nicht anzuwenden sein. Der Landesregierung sind aber auch durch den gegenwärtigen Paragraphen in solchen völkerrechtlichen Beziehungen die Hände nicht gebunden.

Bemerk. zu §. 2. 1. Der Anwendung ausländischer Gesetze in den Fällen, in welchen die hiesigen Gerichte nach den Bestimmungen des Landesgrundgesetzes (§. 205. \*) über im Auslande begangene Verbrechen zu erkennen haben, steht, außer der Unbekannthschaft mit den ausländischen Gesetzen, insbesondere die Verschiedenheit der Strafmittel entgegen, indem es nicht auf die Zeitdauer allein, sondern auf die ganze Beschaffenheit der Strafe ankommt, und wenn die ausländischen Gesetze angewendet werden sollten, für den hiesigen Richter, um die Gleichheit beobachten zu können, gesetzliche Bestimmungen über das Verhältniß aller ausländischen Strafen zu den hiesigen Strafarten erforderlich sein würden. Ueberdies enthält das Gesetz im Allgemeinen mildere Bestimmungen, als andere neuere Gesetzbücher, so daß durch dessen Anwendung ungeeignete Härten nicht entstehen werden. C. B. S. 5.

2. Die Bestimmung des Landesgrundgesetzes. §. 205. Abs. 1. tritt ein, wenn jemand, der bereits Landeseinwohner war, im Auslande delinquirent hat. War der im Auslande Delinquirende zur Zeit der That ein Fremder, und hat er erst nachher das Landeseinwohnerrecht erworben, so kommen die Bestimmungen des Landesgrdgf. §. 205. Abs. 2. zur Anwendung.

Prot. Nr. XLI. S. 479. 480.

3. Der Grundsatz der Reciprocität (vergl. Motive zu §. 86. Landesgrdgf. §. 206, §. 210. Refcr. P. L. G. v. 26ten Novemb. 1832., in Bege Repert. III. S. 234.), von welchem in den Motiven die Rede ist, beziehet sich auf die Gesetzgebung des auswärtigen Staates, nicht auf dessen Verwaltung der Straffjustiz. Wenn nämlich die Gesetze des auswärtigen Staates hinsichtlich der Person des verletzten Subjectes den Unterschied machen würden, daß daselbe Verbrechen, welches an und für sich als solches nach dessen Gesetzen angesehen wird, aufhören sollte dieses zu sein, falls es an dem Braunschweigischen Staate oder dessen Behörden oder dessen Angehörigen verübt worden, so würde ausnahmsweise das Reciprocum zu beobachten sein. Nur bei Verbrechen gegen den Staat oder dessen Behörden wird eine solche Verschiedenheit der Gesetzgebung vorkommen; Verbrechen gegen Privatpersonen, die schon nach

\*) »Landeseinwohner, welche im Auslande strafbare Handlungen begangen haben, können im hiesigen Staatsgebiete nicht anders zur Untersuchung und Strafe gezogen werden, als insofern jene Handlungen nach meinem deutschen Criminalrechte mit Strafen bedrohet sind.

»Gegen Fremde, welche im Auslande Vergehen begangen haben, können die hiesigen Gerichte nur verfahren, wenn ein Verbrechen gegen den hiesigen Staat oder gegen Landeseinwohner begangen ist, oder zufolge einer von der Landesregierung erhaltenen Ermächtigung.«



natürlichem Rechte unerlaubte Handlungen sind, werden in allen civilisirten Staaten, wenn gleich verschiedenartig bestraft.

### §. 3.

Die in den Kriegsartikeln für die nicht militairischen Verbrechen der Militairpersonen im Felde bestimmten Strafen sind meistens härter, als die in dem gegenwärtigen Gesetzbuche festgesetzten. Es ist daher die Frage entstanden: ob in Zukunft diese Verbrechen nicht auch nach dem gegenwärtigen Gesetzbuche beurtheilt werden sollen? — Diese Frage beantwortet der §. 3. verneinend; denn die in den Kriegsartikeln festgesetzten Strafen sind absichtlich strenger bestimmt, als die Strafen des gegenwärtigen auf das gemeine Recht gegründeten Gerichtsgebrauchs, und diese größere Strenge rechtfertigt sich durch die Nothwendigkeit der genauesten Aufrechterhaltung der militairischen Disciplin, besonders im Felde, und durch die größere Gefährlichkeit der Verübung solcher Verbrechen von Mitgliedern der bewaffneten Macht in Kriegeszeiten.

Bemerk. zu §. 3. Dieser §. ist in das Gesetzbuch selbst und nicht in das Publicationspatent, welches §. III. über die fortwährende Gültigkeit anderer hier einschlagender Gesetze verfügt, aufgenommen, weil zwischen den Militairstrafgesetzen und den übrigen neben dem C. G. B. fortbestehenden Strafgesetzen insofern ein wesentlicher Unterschied vorhanden ist, als in den Militairstrafgesetzen dieselben Gegenstände mitbehandelt werden, die auch in dem C. G. B. vorkommen.

Prot. Nr. XLI. S. 480.

### §. 4.

Dieser Paragraph behandelt zwei Gegenstände. Zuvörderst bestimmt er, daß nicht allein Handlungen, sondern auch Unterlassungen, durch welche das Strafgesetz übertreten wird, strafbar seien, und stellt sodann die Regeln auf, welche bei Auslegung des Gesetzbuches zu befolgen sind.

Man ist nämlich darin einverstanden, daß die Rechtsanalogie in der Strafgesetzgebung keinen Platz finden kann, und daß die grammatische Interpretation nicht ausreicht. Darüber sind aber die Ansichten getheilt: ob man sich bei Auslegung der Strafgesetze auf die logische Interpretation beschränken, oder auch die Gesetzesanalogie zulassen soll?

Das Gesetz entscheidet sich für die letzte Ansicht aus folgenden Gründen:

1. Auch eine möglichst vollständige Strafgesetzgebung wird der Gesetzesanalogie nicht entbehren können, wenn nicht ganz gleiche Fälle, die unter den Wortlaut des Gesetzes nicht passen, straflos bleiben sol-

len. Dieses widerspricht aber der Idee der Gerechtigkeit. Wenn man dagegen einwendet, daß es auch eine Forderung der Gerechtigkeit sei, daß Jeder im Voraus und bestimmt wissen müsse, was strafbar sei? — so muß man zwar diesen Satz im Allgemeinen zugeben. Der Einwand trifft aber diese Bestimmung nicht; denn die nach richtiger Gesetzesanalogie unter die Strafbestimmung fallenden Handlungen werden nach der Volksansicht unter dieselbe gewiß zu subsumiren sein, und diese begreift die juristischen Spitzfindigkeiten nicht, die in solchen Fällen sonst eine Freisprechung herbeiführen.

2. Diese Ansicht stimmt mit dem gemeinen Rechte überein (Penal. G. D. N. 104. und 105.), enthält daher nichts Neues, hat sich vielmehr erfahrungsmäßig bewährt.

3. Sie ist in die neuesten Specialstrafgesetze des Landes aufgenommen. (Forststrafgesetz §. 2. und Jagdstrafgesetz §. 2.)

4. Sie kann kein Bedenken erregen, wo, wie bei uns, die Anwendung der Strafgesetze mit wissenschaftlich gebildeten Rechtsgelehrten besetzten Richter-Collegien anvertrauet und jedem Verurtheilten die Berufung an ein höheres Gericht gestattet ist.

Die Fassung anlangend hat es zweckmäßig erschienen, die angenommene Ansicht deutlich auszusprechen und nicht nur auf »den Sinn« der Gesetze zu verweisen. Denn dieses Wort hat keine bestimmte technische Bedeutung, veranlaßt daher leicht Irrthümer, wie denn das Württembergische Gesetzbuch und in Sachsen die Stände darin nur die logische Interpretation finden, während die Sächsische Regierung und der Hannoversche Entwurf die Gesetzesanalogie darunter verstanden haben wollen. (Würtemb. Art. 1. Motive S. 9. Sachsen Art. 1. Ausgabe von Günther S. 9. Hannov. Entw. Art. 4. Bauer Anmerk. S. 304.)

Bemerk. zu §. 4. Neben der logischen Interpretation ist nur die Gesetzes-Analogie zugelassen, die Rechts-Analogie aber ausgeschlossen.

Der Unterschied zwischen der besondern oder Gesetzes-Analogie, und zwischen der allgemeinen oder Rechts-Analogie besteht darin, daß jene ein einzelnes bestimmtes Strafgesetz auf eine nicht ausdrücklich mit Strafe bedrohte Handlung wegen völliger Gleichheit des Grundes anwendet, während diese auf Abstractionen und Schlussfolgerungen aus dem Geiste des Rechtes und der Gesetzgebung im Ganzen beruht. Dieser Unterschied wird durch die gewählte Fassung deutlich hervorgehoben.

C. D. S. 6. Prot. Nr. XLI. S. 480.

## §. 5.

Die allgemeinen Grundsätze des gemeinen Criminalrechts haben bisher bei manchen Specialstrafgesetzen als Ergänzung gedient, z. B.

bei den Kriegsartikeln, bei den Forst- und Jagdstrafgesetzen auch bei Polizei-Contraventionen. Es würde nicht zweckmäßig sein, nachdem diese allgemeinen Grundsätze durch ein Gesetzbuch bestimmt sind, neben denselben noch das gemeine Recht bestehen zu lassen, und das Gesetz bestimmt daher, daß künftig in dieser Beziehung dessen Vorschriften an die Stelle derer des gemeinen Rechts treten sollen. Eine nothwendige in die neueren Gesetzbücher indeß nicht aufgenommene Bestimmung.

Bemerk. zu §. 5. Der Ausdruck — gemeines deutsches Criminalrecht — welchen auch das Landesgddes. §. 205. u. 206. gebraucht, umfaßt das römische und canonische als in Deutschland recipirte Rechte mit, und es kann daher das Mißverständniß nicht erregt werden, als ob das römische und canonische Recht, als Hülfrechte, in dieser Beziehung fortbestehen sollten.

Prot. Nr. XLI. S. 480. 481.

## T i t e l 2.

### §. 6.

Der in diesem Paragraphen ausgesprochene allgemeine Grundsatz bedarf keiner Rechtfertigung.

### §. 7.

Es kann der Zweck dieser Motive nicht sein, die seit Beccaria so häufig besprochene Frage: über die rechtliche Zulässigkeit der Todesstrafe? einer umständlichen Erörterung zu unterwerfen. Deren Rechtmäßigkeit ist von den gründlichsten und scharfsinnigsten deutschen Gelehrten noch in der neuesten Zeit hinreichend dargethan, und wird von der Volksansicht so sehr anerkannt, daß die Gesetzgebung in dieser Beziehung sich beruhigen kann.

Welche Ansichten man aber auch im Allgemeinen über die rechtliche Zulässigkeit der Todesstrafe haben mag, für zwei Fälle läßt sie sich unstreitig darthun, nämlich bei Hochverrath und Mord. Denn der Hochverräther setzt sich in Kriegszustand gegen den Staat, und der Mörder, der mit kalter Ueberlegung einem Andern das Leben raubt, kann sich nicht beschweren, wenn auch ihm dieses Gut genommen wird. Nur für diese beiden Verbrechen ist die Todesstrafe festgesetzt. Denn wenn auch Meineid (§. 135. Nr. 1.) und Verfälschung oder Unterdrückung von Urkunden (§. 143.), oder Mißhandlung der Angeschuldigten und Zeugen (§. 275. Nr. 1., und Beugung des Rechts (§. 279.), für den Fall, daß durch diese Verbrechen die Hinrichtung eines Unschuldigen beabsichtigt und bewirkt ist, mit Todesstrafe bedrohet sind, so liegt in diesen Handlungen wirklich eine und noch dazu höchst verabscheuungswürdige Art des Mordes.

Indeß, wäre die Todesstrafe, wenn auch rechtmäßig, doch entbehr-

lich, so würde schon dieses allein hinreichen, sie aus den Gesetzbüchern zu streichen. Bei der Untersuchung über die Entbehrlichkeit derselben muß man indeß drei Gesichtspunkte unterscheiden.

1) Die Furcht, daß die Abschaffung der Todesstrafe den bestehenden gesellschaftlichen Zustand gefährden und eine erhebliche Zunahme der todeswürdigen Verbrechen herbeiführen würde, kann man nicht hegen, wenn man überhaupt eine richtige Ansicht von der Wirksamkeit der Strafgesetzgebung hat (vergl. S. VI.). Insofern mögte sich daher eine Entbehrlichkeit der Todesstrafe zugeben lassen.

2) Erwägt man aber, daß es großes Bedenken erregt, in der Strafgesetzgebung bis zu einer Milde herabzugehen, die, der Volksansicht nach, den Grundsätzen der Gerechtigkeit widerstreitet, so wird man die Todesstrafe nicht entbehrlich nennen können. Den Beweis liefern die Verhandlungen der deutschen Ständeversammlungen, welche bisher diese Frage discutirt haben, und sie sprachen in dieser Beziehung nur die allgemeine Meinung aus.

3) In einem kleinen, obenein so wenig arrondirten Territorium, wie das Herzogthum, kann man, ohne den Staat und die Unterthanen in Gefahr zu bringen, die Todesstrafe nicht aufgeben, während alle Nachbarstaaten sie beibehalten. Schon dieser Grund allein macht deren Abschaffung für jetzt unmöglich. So sehr jeder Menschenfreund wünschen wird, die Todesstrafe aus den Criminalgesetzbüchern verschwinden zu sehen, so ist daher doch für jetzt dieses Ziel noch nicht zu erreichen. Es läßt sich vielmehr mit Gewißheit annehmen, daß man sich nicht diesem Ziele nähern, sondern von ihm entfernen würde, wenn man schon jetzt die Todesstrafen ganz aufheben wollte, denn deren Wiedereinführung könnte nicht ausbleiben.

Mit diesen, aus der Sache selbst geschöpften Gründen stimmt auch die Erfahrung der Länder überein, welche den Versuch gemacht haben, dieses Strafübel ganz aufzugeben.

Das einzige europäische Land, in welchem zwar die Todesstrafe nicht förmlich gesetzlich aufgehoben, jedoch deren Verwandlung in Verbannung (Katorga) und Leibesstrafe durch Kaiserl. Ukase anbefohlen worden, ist Rußland. Diese Verordnung findet sich zuerst in einem Ukas vom 13. Juni 1746. Die Gerichte erkennen zwar auf Tod, sprechen aber zugleich die Verwandlung der Strafe als eine Gnade des Regenten aus, und die Sentenz lautet, daß der Deliquent mit der Knut ohne Erbarmen gestraft werden solle. In diesem Zusage wird von Vielen ein Wink für den Executor gefunden, die Knut so zu erteilen, daß sie den Tod nach sich zieht. Häufig soll auch, und selbst

schon nach drei Schlägen mit dieser furchtbaren Geißel, der Tod erfolgen. Außerdem ist Aufschlagen der Nasenlöcher und Brandmark mit der Katorga, der härtesten Art der Verbannung, verbunden, die den bei der Execution mit der Knut übrig gebliebenen wenig Hoffnung auf lange Lebensdauer läßt.

Es mögte kaum zweifelhaft sein, daß einfache Todesstrafe diesen eigentlich nur scheinbaren Surrogaten derselben vorzuziehen sei. Ueberdies hat man sich genöthigt gesehen, unter den Regierungen Catharina II., Pauls, Alexanders und des jetzigen Kaisers, in speciellen Fällen durch eigene Ukase die Todesstrafe anzuordnen. Man ist jetzt in Rußland allgemein der Ansicht, daß Fälle vorkommen, wo die Todesstrafe die natürlichste und wirksamste ist, und daß sie zugleich von Vernunft und Religion gebilligt wird. In dem im Jahre 1812 publicirten Projecte eines Criminalgesetzbuches für das Russische Reich ist die Todesstrafe unter Genehmigung des Reichsraths wieder aufgenommen.

Unter den vielen Reformen, welche Kaiser Joseph II. in der österreichischen Gesetzgebung vornahm, war auch die, daß er im Jahre 1787, außer im Falle des Standrechts, die Todesstrafe abschaffte und an deren Stelle Schiffziehen mit Anschmiedung und öffentliche Brandmarkung setzte.

Leopold II. hob auch diese Surrogate auf. Indes schon vor Publication des Gesetzbuches über Verbrechen vom Jahre 1803 war die Todesstrafe wegen Hochverraths wieder eingeführt, und in diesem Gesetzbuche ist sie, die Fälle des Standrechts nicht gerechnet, auf vier Verbrechen gesetzt, nämlich: Hochverrath, Anfertigung falschen Papiergeldes, Mord und Brandlegung unter besonders erschwerenden Umständen.

Hiebei erklärte die Regierung: daß diese Verschärfung keinesweges auf den allgemeinen Character der Nation Bezug habe, indem die Verbrechen sich nicht vermehrt hätten, die mit Todesstrafe bedroheten Verbrechen bildeten vielmehr eine Ausnahme, und seien von solcher Natur, daß wegen der vorausgehenden Ueberlegung eine Besserung des Verbrechers nicht zu hoffen sei und daher sein Tod allein Sicherheit gewähre. Es läßt sich nicht läugnen, daß diese Gründe wenig haltbar sind, und in dem Patente vom 3. September 1803, durch welches das Gesetzbuch publicirt ist, wird die Wiedereinführung der Todesstrafe damit motivirt,

daß überwiegende Gründe dem Kaiser die Nothwendigkeit auferlegt hätten, die Todesstrafe auf einige Gattungen der Verbrechen, auch außer dem Standrechte, wieder herzustellen. Sie sei aber auf diejenigen Verbrechen eingeschränkt, welche nur mit voller Ueber-

legung ausgeführt werden könnten und bei ihrem höchst gefährlichen Einflusse auf die öffentliche und Privatsicherheit der öffentlichen Verwaltung diese Strenge abnöthigten.

Der wahre Grund der Wiedereinführung der Todesstrafen in Oesterreich scheint aber in der Unzweckmäßigkeit der an deren Stelle gesetzten Strafen, der Ungleichheit der Gesetzgebung in andern Theilen der Monarchie und in der Ueberzeugung, daß die Josephinische Gesetzgebung gegen die frühere eine zu große und also schädliche Milde enthalten habe, gesucht werden zu müssen.

Am berühmtesten und am meisten gepriesen sind von denen, welche die Abschaffung der Todesstrafe anrathen, die Vorgänge in Toscana. Der Großherzog Leopold hatte der Criminalgesetzgebung seine besondere Aufmerksamkeit zugewendet; seine menschenfreundlichen, landesväterlichen Gesinnungen ließen ihm hier eine Reform besonders wünschenswerth erscheinen. Indesß ging er dabei mit großer Vorsicht zu Werke, und legte allen seinen Maßregeln statistische Angaben zum Grunde. Zuerst hob er, nur durch Instructionen an die Tribunale, die Todesstrafe, die Folter und schwerere fisciatische Strafen auf. Am 30. Nov. 1786 erließ er sodann ein umfassendes Criminalgesetz, in welchem er erklärte: daß die eingeführte mildere Bestrafung, verbunden mit strenger polizeilicher Aufsicht, Schnelligkeit des Verfahrens und gesicherter Anwendung der Strafgesetze auf wirklich Schuldige, nicht nur keine Zunahme, sondern eine erhebliche Abnahme, besonders der schweren Verbrechen, zur Folge gehabt habe. Er schaffte daher die Todesstrafe als unnöthig, wie der Art. I. d. dieses Gesetzes sagt: »auf ewige Zeiten« ab.

Allein schon vier Jahre später sah sich dieser wohlwollende und umsichtige Fürst selbst genöthigt, auf Veranlassung von Unruhen zu Prato, die Todesstrafe für gewaltthätigen Aufruhr wieder einzuführen.

Sein Regierungsnachfolger, Großherzog Ferdinand, erließ am 30. Aug. 1795 ein Edict über Bestrafung der Verbrechen, in welchem außerdem Unternehmungen zum Umsturz der Religion, Hochverrath und Mord, den Kindermord einschließlic, mit Todesstrafe bedrohet sind.

Während der französischen Herrschaft in Italien wurde der Code pénal eingeführt, nach der Restauration des Großherzogs Ferdinand zwar wieder aufgehoben, indesß durch ein Edict vom 22. Juni 1816 die Todesstrafe, außer den angeführten Fällen, für den Raub mit tödtlichem Gewehr festgesetzt.

Besonders merkwürdig und wichtig sind die Gründe, welche den Großherzog Ferdinand zur Wiedereinführung der Todesstrafe bewogen.

Das Edict vom 30. Aug. 1795 wird hauptsächlich durch zwei Gründe, motivirt, nämlich:

- 1) dadurch, daß übelwollende und verderbte Personen vorhanden sind, die, statt durch jenen Act der Milde (Gesetz vom 30. Nov. 1786) auf den Pfad der Tugend und Ehre zurückgeführt zu werden, die Milde und Mäßigung, welche jenes Gesetz in den Strafarten und in dem Proceßgange eingeführt habe, mißbraucht hätten und noch mißbrauchten; und
- 2) daß ein solches einziges und beispieldloses System verbrecherische Subjekte aus den Nachbarstaaten, zum großen Nachtheile für die Ruhe und Sicherheit des Staates und der Untertanen, herbeiziehe.

Diese historischen Notizen reden der Abschaffung der Todesstrafe nicht das Wort; sie sind vielmehr sehr geeignet, die Tristigkeit der oben für die Nothwendigkeit der Beibehaltung derselben, wenigstens für jetzt, angeführten Gründe zu bekräftigen.

Hat man einmal die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der Beibehaltung der Todesstrafe gewonnen, so ist die Wahl einer Art derselben freilich eine untergeordnetere, aber immer sehr wichtige Frage. Die meisten deutschen Gesetzgebungen haben sich für die Enthauptung entschieden, theils weil sie gebräuchlich geblieben ist, theils weil sie sicherer sein soll, als das Erhängen. Den ersten dieser Gründe muß man als richtig und erheblich anerkennen. Indes verliert er an Erheblichkeit, wenn man näher prüft, wie es gekommen ist, daß die Praxis in den Ländern des gemeinen Rechts sich auf die Enthauptung beschränkt hat. Offenbar hat dieses seinen Grund in den Bestimmungen der Carolina, welche den Strang nur bei Verbrechen gegen das Eigenthum androhet, so daß diese Todesart mit dem milderen Gerichtsgebrauche bei diesen Vergehen abkommen mußte. Nur wegen Mordes sind in der neuern Zeit Todesstrafen vollzogen, und es war natürlich, daß, wenn man die qualificirte gesetzliche Strafe des Rades nicht mehr für anwendbar hielt, man die Strafe des Todtschlags, das Schwert nämlich, substituirte. Diese Praxis beruht daher auf zufälligen historischen Gründen, nicht auf Gründen der Zweckmäßigkeit und Humanität. Der zweite, für das Enthaupten angegebene Grund, nämlich dessen größere Sicherheit, möchte auch nicht ganz haltbar sein. Man hat einstweilen die Hinrichtung mit dem Schwerte beibehalten, jedoch in Aussicht gestellt, daß eine, unfehlbaren Erfolg und zugleich die nöthige Würde der Handlung sichernde, Maschine das Schwert ersetzen solle. Daß dieses nicht beibehalten werden könne, erkennt man daher an,

und gewiß mit Recht; denn bei Hinrichtungen mit demselben werden dem Verbrecher oft unnöthige Qualen zugefügt, und jedenfalls ist es ein großes Uebel, daß bei diesen Executionen Menschenhände unmittelbar wirken müssen. Der letzte Uebelstand läßt sich durch eine Maschine beseitigen; ob auch der erste? muß erst die Erfahrung lehren. Die Guillotine ist wenigstens kein unfehlbares Instrument. Es ist in Frankreich noch kürzlich der Fall vorgekommen, daß mit ihr drei Enthauptungsversuche vergeblich gemacht sind, und der Scharfrichter endlich dem Deliquenten mit dem Messer den Hals ganz abschneiden mußte. Uebrigens haben die Executionen mit der Guillotine wenig Imposantes und die Erinnerungen an die Gräueltaten der französischen Revolution, die diesem Instrumente anhaften, widerrathen dessen Einführung in Deutschland. Indes, dieser Bedenken ungeachtet, sind doch die Gründe überwiegend gefunden, welche für die Vollziehung der Todesstrafe durch Enthauptung sprechen. Die Vollstreckung derselben durch Erhängen hat nämlich vorzüglich das gegen sich, daß diese Art der Todesstrafe nicht nur im Herzogthume, sondern in dem ganzen übrigen Deutschland, mit Ausnahme von Oesterreich, längst außer Gebrauch gekommen ist, daß es die Volksansicht gegen sich hat, den Verwandten des Verbrechers besonders schimpflich ist, und keineswegs den Eindruck macht, wie die Enthauptung.

Die Art, wie die Enthauptung vollzogen werden solle, ist absichtlich nicht näher bestimmt, um, wenn eine vervollkommnete Maschine in anderen deutschen Staaten zu diesem Zwecke eingeführt werden sollte, auch hier von derselben Gebrauch zu machen. Bis dahin wird es bei der Hinrichtung durch das Schwert bleiben.

Das Gesetzbuch enthält, wie oben bemerkt worden, überhaupt keine processualische Bestimmungen. Der von der Praxis angenommene Grundsatz, daß Todesstrafe auf einen Anzeigenbeweis nicht erkannt werden könne, gehört aber der Lehre von der Wirkung der Beweise an, und ist daher, wenn gleich dessen Fortbestehen vorausgesetzt wird, nicht aufgenommen.

Bemerk. zu §. 7. 1. Der bei der Verathung im Plenum der Ständeversammlung gestellte Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe ist mit sechs Stimmen in der Minderheit abgelehnt, weil, obgleich man in dem Wunsche übereinstimmte, daß die Zeit, welche durch wirksamen Unterricht und durch eine zweckmäßige die allgemeine sittliche Bildung fördernde Erziehung die Todesstrafe unnöthig machen dürfte, nicht fern bleiben möge, dennoch in Erwägung der in den Motiven entwickelten Gründe dafür gehalten wurde, daß die Todesstrafe für jetzt aus der Reihe der Strafmittel nicht gestrichen werden könne, und man hat sich darauf beschränken müssen, sie immer seltener zur Anwendung



zu bringen, um wo möglich deren gänzliche Abschaffung erfolgen lassen zu können, — ein Ziel, welches das Gesetz vor Augen habe.

E. B. C. 6. 85 — 94. Prot. Nr. XLI. S. 481. 482. Nr. XLII.  
S. 490 — 502.

2. Auch in anderen als dem §. 7. benannten Fälle kann die Hinrichtung verschoben werden, z. B. wegen schwerer Erkrankung des Verurtheilten, Versinkens in Wahnsinn u. dergl. Bestimmungen solcher Art, so wie über die Leichname der Hingerichteten, gehören jedoch in die Executionsordnung, und nur die Vorschrift wegen Hinrichtung Schwangerer ist, um jeder Mißdeutung vorzubeugen, hier aufgenommen.

Prot. Nr. XLII. S. 502. Nr. XLIII. S. 518.

### §. 8 — 13.

Das Gesetz nimmt vier Arten der Freiheitsstrafen an, nämlich:

- 1) Kettenstrafe,
- 2) Zuchthaus,
- 3) Zwangsarbeit,
- 4) Gefängniß.

Vier Grade dieser Strafart scheinen wesentlich erforderlich, und dieses Erforderniß ist von den meisten deutschen Gesetzgebungen und im Grunde auch von der hiesigen Gesetzgebung und Praxis anerkannt.

1) Die Kettenstrafe entspricht der jetzt bestehenden Strafe des großen Karrens, und unterscheidet sich von ihr nur dadurch, daß sie auch auf Frauen anwendbar ist, die indeß auf andere Weise, als die Männer, zu fesseln sein werden, vorausgesetzt, daß die jetzt bei den Karrensträflingen übliche Art der Fesselung beibehalten würde, was indeß unnöthig scheint. Zweckmäßig ist es, die härteste Freiheitsstrafe auch auf Frauen anwendbar zu machen, nicht nur wegen der gleichen Gerechtigkeit gegen Alle, sondern auch, damit so gefährliche Verbrecherinnen von minder gefährlichen getrennt werden, was bisher, wo nur Zuchthaus gegen Frauen erkannt werden konnte, nicht thunlich war.

2) Die Zuchthausstrafe wurde bisher mit der Zwangsarbeit für fast gleichbedeutend gehalten, sie soll aber jetzt die Mittelsstufe zwischen dieser Strafart und Kettenstrafe bilden, da es einer solchen bedarf.

3) Die Zwangsarbeit bleibt in der bisherigen Weise. Wie das zweite Buch ergiebt, ist indeß diese Strafart wider den bisherigen Gebrauch auf die härteren und leichteren Verbrechen, welche Niedrigkeit der Gesinnung voraussetzen und nach der Volksansicht entehren, wie z. B. Diebstahl und Betrug beschränkt. In dem bis jetzt befolgten Systeme liegt nämlich insofern eine Inconvenienz, daß solche Sträflinge, welche wegen Schlägerei, Vergehen gegen die öffentliche Ordnung u. u. Zwangsarbeit erlitten, mit Dieben und Betrügeru zusammen kamen, darin selbst

eine große Härte fanden und in der öffentlichen Achtung litten. Der Gesetzgeber hat gewiß allen Grund, diese ehrenwerthe volksthümliche Ansicht zu beachten.

4) Hieraus ergibt sich schon, daß von der Gefängnißstrafe in dem Entwurfe ein umfassenderer Gebrauch gemacht ist, als ihn die Praxis gestattete. Da die mit dieser Strafart belegten Personen künftig auch zur Arbeit angehalten werden sollen, kann eine Ausdehnung derselben kein Bedenken erregen, da sonst freilich, besonders für die an angestrenzte körperliche Arbeit und freie Luft Gewöhnten, in ihr eine größere Beschwerde liegt, als in der Zwangsarbeit. Um so deutlicher zu zeigen, daß auch längeres Gefängniß und Zwangsarbeit ganz verschiedene Strafen sind, wird es zweckmäßig sein, für die Vollziehung desselben hier in Braunschweig, wo neben dem sonst erforderlichen Verwaltungspersonal sich auch das nöthige Lokal finden wird, eine eigene Strafanstalt einzurichten.

Die charakteristischen Unterschiede dieser verschiedenen Strafarten ergeben sich aus den Paragraphen, und muß hier bemerkt werden, daß die für die Ketten- und Zuchthausstrafe vorgeschriebene ausgezeichnete Kleidung keineswegs eine zweifarbig sein soll, die geeignet ist, die Sträflinge dem Spotte auszusetzen, sondern daß sie nur den Zweck hat, die zu diesen Strafen Verurtheilten schon im Außern unter sich und besonders auch von den zur Zwangsarbeit Verurtheilten zu unterscheiden. Folgende bisher bestandene Verschiedenheiten werden dagegen künftig wegfallen.

Die Karrensträflinge haben bisher jeden zweiten Tag nur Brot und Wasser, sonst die gewöhnliche Gefangenenkost erhalten, daneben aber ist ihnen gestattet, 1 Gr., welchen sie durchschnittlich täglich für sich verdienen, zur Anschaffung von Branntwein und anderen Nahrungsmitteln zu verwenden. Man hat nämlich dafür gehalten, daß sonst diese Diät, bei längerer Fortsetzung, nothwendig der Gesundheit nachtheilig sein müsse. Da der Genuß von Branntwein jedenfalls nicht zweckmäßig ist, diese bisher geduldeten Einrichtung überhaupt Vieles wider sich hat, so hat es gerathener geschienen, die Speise mit Wasser und Brot allein für die Folge ganz aufzugeben, dagegen aber überhaupt in den Strafanstalten den Genuß von Branntwein nicht zu dulden.

Diese verschiedenen Strafarten unterschieden sich bisher oder doch ursprünglich durch die Arten von Arbeiten, welche man von den Sträflingen forderte. Die zu Gefängnißstrafen Verurtheilten arbeiteten gar nicht. Künftig sollen alle Sträflinge arbeiten, und zwar thunlichst auf eine ihren bisherigen Lebensverhältnissen entsprechende

Weise, und sie sollen nach diesen ihren Beschäftigungen in Classen getheilt werden. Diese Vorschrift ist nicht nur die praktischste, sondern auch die menschlichste. Denn es läßt sich nicht läugnen, daß eine Härte und Ungleichheit darin liegen würde, nicht an Handarbeit gewöhnte Menschen zu dieser zu zwingen, und umgekehrt an Handarbeit im Freien gewöhnte Personen zu einer sitzenden Lebensart zu verurtheilen, so wie Gebildete mit rohen Strafgefangenen zusammen zu detiniren. Durch diese Vorschriften wird eine eigene Strafart für die gebildeten Stände (Festungsarrest u. dgl.) überflüssig. Denn wenn bei dieser Anordnung die Strafe dem Gebildeten vielleicht dennoch drückender ist, so ist er auch strafbarer als der Ungebildete, da er mit mehr Willensfreiheit und Ueberlegung handelt.

Es ergibt sich aus den vorstehenden Bemerkungen, so wie aus den Paragraphen selbst, daß das Gesetz die Einführung des s. g. Pönitentiar-systems nicht voraussetzt. Ueber diesen Punkt mögen folgende kurze Andeutungen genügen. Dieses zuerst in Nordamerika eingeführte System ist bald strenger, bald milder. Nach dem strengerem werden die Sträflinge in ganz einsamer Haft gehalten, sie haben mit Niemand als dem Prediger und dem Beamten der Anstalt Verkehr und werden zur Arbeit angestrengt. Nach dem milderem sind die Sträflinge nur Nachts getrennt, arbeiten gemeinschaftlich, dürfen aber durchaus nicht mit einander reden. Diese anfänglich ihrer außerordentlichen Resultate wegen sehr gepriesenen Systeme haben in der letzten Zeit an Credit verloren. Es hat sich nämlich ergeben, daß die statistischen Nachrichten, die den Beweis liefern sollten, daß unter den nach diesen Systemen behandelten Sträflingen sehr wenige Rückfällige vorkämen, überhaupt und allein schon um deswillen ganz unzuverlässig sind, weil sie gar keine Auskunft darüber geben, ob die Entlassenen nicht außerhalb der Provinz, für welche die betreffende Strafanstalt besteht, von Neuem bestraft sind? — Aber selbst günstige Resultate in dieser Beziehung würden das strengere dieser Systeme nicht rechtfertigen, da es erwiesen ist, daß dasselbe eine große Sterblichkeit unter den Sträflingen herbeiführt und nicht selten die Folgen hat, die Sträflinge in Wahnsinn zu stürzen. Man kann um so weniger bezweifeln, daß diese Erscheinungen und Einrichtungen sich wie Wirkung und Ursache verhalten, als die Geschichte des Mönchsordens der Trappisten und Karthäuser lehrt, daß bei diesen gleiche Ursachen ganz gleiche Wirkungen hervorbrachten. Die Wirksamkeit und Ausführbarkeit dieses Systemes in Correctionsanstalten für Verirrte im jugendlichen Alter ist zwar in Paris versucht und soll sich sehr bewähren. Man darf aber dabei nicht übersehen, daß hier die längste Dauer der Detentionszeit nur

sechs Monate beträgt, was für Criminalstrafen nicht paßt, und auf die gepriesenen glänzenden Resultate möchte auch nicht zuviel gebauet werden können, theils weil die bisherigen Erfahrungen noch viel zu neu sind, theils weil bei der gegenwärtigen Beschaffenheit der französischen Zustände solchen Lobpreisungen oft ganz andere als die angegebenen Motive zum Grunde liegen. Beide Systeme erfordern außerdem ganz eigenthümlich eingerichtete, sehr kostbare Gebäude, und es bleibt sehr zweifelhaft, ob es gerathen sei, einen solchen Kostenaufwand zu wagen, bis dahin, daß die Erfahrung die Hoffnungen, die man sich von diesem Systeme macht, gründlicher bestätigt hat, als bisher, besonders da die Zwecke des zweiten Systems sich fast vollständig dadurch erreichen lassen, daß die Sträflinge bei Tag und Nacht unter steter Aufsicht gehalten, ihnen nur gewisse Stunden zur Unterhaltung vergönnt, und sie selbst dabei gehörig überwacht würden. In dieser Beziehung muß, wie bereits oben angedeutet ist, in den hiesigen Strafanstalten noch nachgeholfen werden \*); das Nähere hierüber gehört aber nicht in das Gesetzbuch, sondern in die Hausordnungen.

Dagegen ist bestimmt, daß Ketten- und Zuchthaussträflinge einen verhältnißmäßigen Theil der Strafzeit in einsamem Arreste, verbunden mit Fasten, zubringen sollen. Diese Einrichtung hat aus einem doppelten Gesichtspunkte zweckmäßig geschienen, nämlich theils um einen wirklich fühlbaren Unterschied der schwereren Strafarten gegen die übrigen, besonders für diejenigen, welchen die rechtlichen Folgen dieser Strafen gleichgültig sind, und diese bilden leider die Regel, festzustellen, theils um diese, ihrem innern Wesen nach, härteren Strafarten der Dauer nach um so mehr verkürzen zu können, worin in jeder Beziehung ein großer Gewinn liegt.

Bemerk. zu §. 13. Abs. 3. Diese Bestimmung ist nothwendig gewesen, weil die Gefängnißstrafe zugleich an die Stelle des sonst üblichen Festungsarrestes tritt, namentlich auch bei dem Zweikampfe zur Anwendung kommt, und durch die Aufgabe von Arbeiten anderer Art in vielen Fällen ungeeignete Härten gegen Gefängnißsträflinge entstehen könnten.

Prot. Nr. XLI. S. 484. 485. Nr. XLII. S. 502. Anl. II. zu I. I. Nr. I.

#### §. 14.

Bei der Bestimmung der Dauer der verschiedenen Freiheitsstrafen

\*) Herzogl. Landesregierung hat den Ständen auf deren Antrag die Zusage ertheilt, daß bei der in Aussicht gestellten Revision der Gefängniß- und Hausordnungen das Augenmerk vorzugsweise auf die sittliche Besserung der Sträflinge gerichtet werden soll.

E. B. S. 8. Anl. II. zu Nr. I. I. Anl. I. zu LV.

sind im Allgemeinen die auch in andern deutschen Ländern befolgten Grundsätze angewandt, nur sind die härtesten Strafarten in ihrer ordentlichen Dauer kürzer, als man sie gewöhnlich annimmt, theils aus dem bereits angeführten Grunde (Motive zu §. 8 — 13. am Ende), theils weil die längeren Freiheitsstrafen als Abschreckungsmittel wenig wirken, da eine völlig deutliche Vorstellung der Vermehrung des Straf-übels durch einen längeren Zeitraum nicht möglich ist, eine Besserung, die in 15 Jahren nicht hat erreicht werden können, in 20 Jahren auch schwerlich erreicht werden wird, und endlich dem Staate, der Gesellschaft, dem verhafteten Individuum jede nicht durch die dringendste Noth verlängerte, schon langjährige Strafdauer höchst nachtheilig ist.

Eigenthümlich ist dem Gesetze die Unterscheidung zwischen einer ordentlichen und außerordentlichen Dauer der Freiheitsstrafen. Sie hat einen doppelten Zweck. Nämlich erstens erleichtert sie den Mechanismus des ganzen Gesetzbuches, indem ein für alle Mal diese verschiedenen Dauerzeiten bestimmt sind, und so in den Fällen ihrer Anwendbarkeit nur auf die allgemeine Bestimmung hingewiesen zu werden braucht. Außer diesem nur formellen hat sie aber zweitens hauptsächlich einen materiellen Zweck und Nutzen. Es kommen nämlich im Criminalrechte Verhältnisse vor, welche eine Erhöhung oder Verminderung der auf die einzelnen Verbrechen gesetzten Strafe nothwendig machen (z. B. Concurrency und Rückfall oder ungleiche Theilnahme, Versuch und dergleichen). Ist nun bei Straferhöhungsfällen die gewählte Strafart in ihrer höchsten, oder bei Strafverminderungsfällen in ihrer geringsten Dauer angedrohet, so bleibt, um diese Verhältnisse gerecht zu berücksichtigen, nichts übrig, als das Uebergehen zu einer andern Strafart oder das ungemessene Aufgeben der überhaupt für die einzelnen Strafarten angenommenen Zeitfristen. Hiernach verfahren auch die meisten deutschen Gesetzgebungen. Ein solches System läßt sich aber schwer rechtfertigen. Denn sind diese Strafarten an sich zweckmäßig bestimmt, und ist bei den einzelnen Verbrechen die Strafart angemessen gewählt, so wird durch den Uebergang zu einer andern Strafart bald eine zu harte, bald eine zu milde Bestrafung entstehen. Ist z. B. die längste Dauer der Zwangsarbeit auf 5 Jahre bestimmt und wären von derselben Person zwei mit dieser Strafdauer zu belegende Verbrechen begangen, so ist eine Straferhöhung nicht thunlich, als durch Anwendung von Zuchthaus. Diese Strafart bringt aber Folgen über den Verbrecher, die er durch keine seiner einzelnen Handlung verwirkt hat. Andererseits ist z. B. der Versuch, namentlich der beendigte, mit Recht mit derselben Strafart (Todesstrafe ausgenommen) zu belegen, wie das vollbrachte Verbrechen, wenn auch

im gelinderen Mafse. Auch dieses ist unausführbar ohne eine ordentliche und außerordentliche Dauer der Freiheitsstrafen. Das gänzliche Aufgeben der einmal angenommenen Zeitfristen in Fällen dieser Art kann aber zu sehr langen Strafen führen, die bei den geringeren Arten der Freiheitsstrafen als Regel nicht zu billigen sind, oder zu sehr kurzen, was für die härteren Strafen nicht passend ist. Ueberhaupt verstößt eine solche Bestimmung gegen die bei Concurrenz von Verbrechen anzunehmenden richtigen Grundsätze, da die Billigkeit gebietet, die durch den Zusammenfluß mehrerer Strafen entstehende größere Summe des Uebels zu berücksichtigen, da es z. B. ein sehr großer Unterschied ist, ob Jemand nach längeren Zwischenräumen dreimal vier Monat oder ununterbrochen ein Jahr Gefängniß erleidet. Außerdem gewährt das in dem Gesetze angenommene System noch den Vortheil, daß sich der Grundsatz als Regel consequent durchführen läßt, dem Richter die Wahl der Strafart nicht zu überlassen. Denn in allen Fällen dieser Art, bei welchen die Umstände hauptsächlich das Strafmaß bestimmen, wird man, ohne diese Verschiedenheit der ordentlichen und außerordentlichen Strafdauer, genöthigt sein, dem Richter die Wahl zwischen der dem Verbrechen angedrohten und einer härteren oder gelinderen Strafart zu lassen.

### §. 15.

Eine Bestimmung dieser Art ist nothwendig und jedenfalls nützlich, da in solchen Fällen, wo viele Complicen mit verschiedener Strafbarkeit vorkommen es angemessen ist, auch geringere Strafabstufungen bestimmen zu können, und man daher wissen muß, wie weit eine Strafart theilbar sei. Bei den härteren Strafarten würde aber eine Theilbarkeit nach Tagen oder Wochen un Zweckmäßig sein. Ueberdies ist diese Vorschrift bei Strafverwandlungen und bei Rückfall wichtig. (Vergl. §. 25 und §. 58.)

Bemerk. zu §. 15. Die Fälle, in welchen der §. 15. ausgesprochene Grundsatz zur Anwendung kommt, sind enthalten in den §§. 25. 55. 58. 61. C. B. C. 9.

### §. 16 und 17.

Diese Paragraphen werden keiner weiteren Erläuterung bedürfen, da sie sich den von andern Gesetzgebungen angenommenen Grundsätzen im Wesentlichen anschließen und die bestehende Gesetzgebung berücksichtigen. Die Berechnung der Strafmonate nicht nach 30 Tagen, sondern nach dem Calendar, führt zwar unbedeutende Ungleichheiten herbei, ist aber die bisher üblich gewesene und erleichtert die Administration.

Es wird hier noch der Umstand zu rechtfertigen sein, daß das Gesetz keines der üblichen Schärfungsmittel der Freiheitsstrafen aufgenommen hat.

Die Uebel, welche in den neueren deutschen Gesetzbüchern als Schärfungen der Freiheitsstrafen vorgeschlagen oder angenommen worden, sind: öffentliche Ausstellung, Züchtigung, Fasten, Dunkelarrest, einsamer Arrest, hartes Lager. Die öffentliche Ausstellung ist überhaupt kein zweckmäßiges Strafmittel, und dies bedarf um so weniger einer weiteren Ausführung, als dasselbe bei uns längst aufgegeben und in den neueren Gesetzgebungen auch da, wo es vorgeschlagen war, nicht angenommen ist. Von den übrigen Schärfungsmitteln sind einige als Correctionsmittel zur Aufrechthaltung der Disciplin in den Strafanstalten schwerlich je zu entbehren, als eigentliche Strafmittel empfehlen sie sich aber nicht. Denn oft macht sie die Körperbeschaffenheit des Verbrechers unanwendbar, oft sind sie wenigstens bei wirklich fühlbarer Anwendung der Gesundheit nachtheilig, immer geben sie in der Ausführung in den Strafanstalten Veranlassung zu Unordnung und selbst zu Unrechtfertigkeiten der Unterbedienten, und indem sie allein auf die thierische Natur des Menschen wirken, ist ihr Erfolg mehr entwürdigend, als versittlichend. Im Ganzen sind sie kleinliche Behelfe, von denen eine irgend erhebliche Wirkung für die Criminalrechtspflege nicht zu erwarten ist. Das einzig empfehlenswerthe Mittel ist der einsame Arrest mit Fasten. Von diesem ist indeß bei den härtesten Strafarten schon ein regelmäßiger Gebrauch in den gegebenen Bestimmungen gemacht, und dessen weitere Ausdehnung scheint weder gerathen, noch bei der Einrichtung unserer Strafanstalten ausführbar. Zu diesem Allen kommt noch, daß der bisherige Gerichtsgebrauch diese Schärfungen entweder gar nicht gekannt, oder doch verlassen hat, ohne daß hieraus ein Nachtheil entstanden wäre. Es zeigt daher auch von dieser Seite eine Einführung oder Wiederherstellung der Strafschärfungen sich weder als nothwendig, noch als rathsam.

Bemerk. zu §. 17. Es ist in den Verhandlungen der Stände zur Erwägung gekommen, ob, nach dem Vorgange anderer Criminalgesetzbücher und Entwürfe, der Richter ermächtigt werden könne, die mit gewissen Strafarten gesetzlich verbundenen nachtheiligen Folgen dem Verurtheilten entweder zu erlassen, oder doch solche auf eine gewisse Zeitdauer zu beschränken. Hierbei ist zuvörderst zu berücksichtigen gewesen,

- 1) daß die Vorschrift des Verlustes der Ehrens-, politischen und Dienstrechte sich auf den Fall bezieht, daß der Verurtheilte dergleichen Rechte zur Zeit der Verurtheilung schon wirklich besitzt;  
daß dagegen
- 2) die Vorschrift, daß auch die Fähigkeit, gedachte Rechte zu erlangen, so.

wie die Fähigkeit, eine Vormundschaft zu führen, verloren gehen soll, den Fall betrifft, daß der Verurtheilte dergleichen Rechte, sowie ein Vormundschaftsamt zur Zeit der Verurtheilung noch nicht hat, so daß also im letzten Falle ihm die Möglichkeit, Rechte der Art künftig zu erwerben, oder künftig eine Vormundschaft zu führen, genommen wird.

Von diesen beiden Fällen ist

- 3) der Fall zu unterscheiden, daß Jemand seiner geübten Ehren-, politischen und Dienstrechte, nebst der Fähigkeit, sie zu erwerben, in Folge der Verurtheilung verlustig geworden ist, jedoch Ehren-, politische und Dienstrechte und die Fähigkeit dazu von neuem wieder erlangen will.

Was nun zu 1. den Fall anlangt, daß Jemand zur Zeit seiner Verurtheilung schon im Besitze von Ehren-, politischen und Dienstrechten ist, so versteht es sich von selbst, daß der Richter dem Verurtheilten diese Rechte nicht belassen, also nicht aussprechen kann, daß er, der Verurtheilung ungeachtet, solche Rechte ferner behalten soll, indem, abgesehen von anderen Unzuträglichkeiten, der Vorbehalt der Dienstrechte mit dem Staatsdienstgesetze S. 60. und 62. und die Belassung der politischen Rechte mit der Landsh. Ordn. S. 71. und dem Wahlgesetze S. 2. im Widerspruche stehen würde.

Jedoch war im Entwurfe der Begriff der politischen Rechte insofern zu weit ausgedehnt, als sie nicht nur das Recht bei Gemeinde- oder landschaftlichen Wahlen zu wählen oder gewählt zu werden, sondern auch das Recht, in der Gemeinde als solcher zu stimmen, enthalten sollten.

Andere neuere Gesetzbücher und Entwürfe beschränken die politischen Rechte auf die staats- und gemeindegemeinlichen Wahl- und Wählbarkeitsrechte, mithin auf das Recht, bei Gemeinde- oder landschaftlichen Wahlen zu wählen oder gewählt zu werden, und lassen das Recht, in der Gemeinde als solcher zu stimmen, unberührt.

Letztgedachtes Recht ist auch mehr den Vermögensrechten, als den politischen Rechten beizuzählen, indem es hauptsächlich bei Abstimmungen über die Führung von Gemeinde-Proceffen, über die Theilung und Benutzung von Gemeindegütern vorkommt, und fehlte es an einem genügenden Grunde, den zu einer Strafe Verurtheilten die Disposition über sein Vermögen, soweit es auf dem Gemeindeverbande beruht, und er nach der Gemeinde-Verfassung zu einer Concurrenz befugt ist, zu entziehen. Es sind daher auf den Antrag der Stände die politischen Rechte in der Maße, wie S. 75. des E. G. B. er giebt, beschränkt worden, und ist durch Belassung des Rechtes in der Gemeinde als solcher zu stimmen, die Härte, welche in dem Verluste der politischen Rechte als Folge der Strafart gefunden werden kann, sehr gemildert worden.

Anlangend

zu 2. den Fall, daß Jemand Rechte der fraglichen Art zur Zeit der Verurtheilung nicht schon besitzt, mithin diese Rechte selbst nicht, sondern nur die Fähigkeit, dergleichen künftig zu erwerben, verliert, so normirt:

- a) in Ansehung der Fähigkeit zur activen und passiven Theilnahme an landschaftlichen Wahlen, S. 71. der Landsh. Ordn. und S. 2. des Wahlgesetzes, welche durch das Criminalgesetzbuch nicht alterirt werden können,
- b) die active und passive Theilnahme an Gemeindevahlen steht der Land-



schaftlichen Wahlfähigkeit und Wählbarkeit gleich, und kann darüber nicht anders verfügt werden, als über diese, womit auch die Städteordnung von 1834, §. 16., 17., 22. übereintrifft.

Hingegen

- c) ist es nach Analogie der Vorschrift des Staatsdienstgesetzes §. 64. zulässig befunden, zu bestimmen, daß, insofern dem Verbrechen weder Gewinnsucht noch sonst schändliche Gesinnung zum Grunde liegt, und mehrere der §. 66. unter 1 — 8 aufgeführten Milderungsgründe dem Thäter zu Statten kommen, der Richter ermächtigt werde, in dem Erkenntnisse auszusprechen, daß den Verurtheilten der Verlust der Fähigkeit, Ehren- und Dienstrechte künftig zu erlangen, sowie der Verlust der Fähigkeit, eine Vormundschaft künftig zu führen, nicht treffen, der Verurtheilte vielmehr diese Fähigkeit behalten solle, und deshalb, dem §. 62. dessen letzter Absatz hinzugefügt worden.

Endlich

zu 3, den Fall der Fähigkeit zur Wiedererwerbung verlорner Ehren- und politischen Rechte, so wie der Fähigkeit zur Wiederanstellung im öffentlichen Dienste, nachdem die bis dahin gehaltenen Dienstrechte verloren gegangen sind, anlangend, so muß, vorbehältlich der Bestimmung des §. 64. des Staatsdienstgesetzes, deren Wiederverleihung dem Landesfürstlichen Ermessen, kraft des Begnadigungsrechtes, anheim gestellt bleiben. Es ist indeß rathsam erachtet, im letzten Satze des §. 17. auf §. 64. des Staatsdienstgesetzes ausdrücklich zu verweisen. C. D. S. 9 — 12.

2. Die im §. 17. aufgeführten Nachtheile, sind gesetzliche Folgen der Strafen, und treten also erst mit der Erleidung dieser Strafen, nicht mit der Verurtheilung dazu ein. Der §. 68. Abs. 2. gebrauchte Ausdruck ist daher ungenau. Vergl. jedoch Bemerk. 4. zu §. 249.

3. Zu den Ehrenrechten, welche als Folge der Ketten- oder Zuchthausstrafe verloren gehen, gehört auch der Adel (§. 74.). Unschuldige Angehörige des Verbrechens werden natürlich von diesem Verluste nicht getroffen und es erstreckt sich solcher auf die Ehefrau und die vor erlittener Strafe erzeugten Kinder nicht mit. Auf die nachher erzeugten Kinder kann dagegen der Adel, dessen der Vater verlustig geworden war, nicht übertragen werden; und insofern daher besondere Vermögens- und Successionsrechte durch den Adel bedingt sein sollten, können auch die nachher erzeugten Kinder solcher Rechte, bei denen der Adel als Bedingung vorausgesetzt wird, nicht theilhaftig werden. Prot. Nr. XLIII. S. 510. 511.

## §. 18.

Die Geldstrafen werden auf dem Gebiete des eigentlichen Criminalrechts immer nur eine sehr beschränkte Anwendung finden können. Selbst bei den geringsten in das Gebiet des Criminalrechts gehörenden Vergehen, kann Geldstrafe allein nicht für ein zureichendes Strafmittel gehalten werden, damit den Reichen nicht gewissermaßen ein Privilegium ertheilt werde, gesetzwidrige Handlungen zu begehen und sich los-

zukaufen. Deshalb sind in dem Gesetze die Geldstrafen immer nur alternativ mit Gefängnißstrafe angedrohet. Dadurch ist der Richter in den Stand gesetzt, eine Strafart zu wählen, welche ein wirklich fühlbares Uebel für den Thäter enthält.

Eine allgemeine Regel, nach welcher die Gefängnißstrafe bis zu einer gewissen Dauer in Geldstrafe verwandelt würde, läßt sich bei der sehr verschiedenen Natur der mit Gefängniß zu bestrafenden Verbrechen nicht wohl aufstellen. Es bleibt daher nichts übrig, als bei den einzelnen Verbrechen, für welche sie passend scheint, die Geldstrafe besonders mit anzudrohen.

Da diese Strafart also nur alternativ mit Gefängniß vorkommt, so können auch die für dieses gegebenen allgemeinen Bestimmungen auf sie mit angewandt werden.

Durch die alternative Androhung beider Strafarten wird es zugleich möglich gemacht, daß der Richter einen Theil der Strafe in Gelde, und einen Theil in Gefängniß festsetzen kann, was in vielen Fällen sehr zweckmäßig ist.

Das Verhältniß des Gefängnisses zur Geldstrafe ist so bestimmt, daß der Richter nach Beschaffenheit der Vermögensverhältnisse die Geldstrafe steigern kann, um sie zu einem fühlbaren Uebel zu machen.

Ueber 1825 Thlr. hinaus soll die Geldstrafe indeß nicht steigen, weil alsdann eine so bedeutende Strafbarkeit eintritt, daß Geldstrafe kein ausreichendes Strafübel ist, und weil überhaupt große Geldsummen kein zweckmäßiges Strafmittel auf dem Gebiete des Criminalrechts sind.

Bemerk. 1. zu §. 18. 1. Geldstrafe ist in allen Bestimmungen des Gesetzes neben Gefängniß nur dann angedrohet, wenn dieses von der geringsten ordentlichen Dauer an auf der verbrecherischen Handlung steht. Obwohl nun Gefängniß von der geringsten ordentlichen Dauer an bis über ein Jahr den einzelnen Verbrechen nicht angedrohet ist, so kann es doch bei dem Zusammentreffen mehrerer alternativ mit Gefängniß oder Geldstrafe bedroheten Verbrechen, desgleichen bei dem Rückfalle vorkommen, daß die Strafe ein Jahr übersteigt. In solchen Fällen kann nach §. 18. Abs. 2. nur derjenige Theil der verurtheilten Strafe, welcher über ein Jahr nicht hinausreicht, in verhältnißmäßige Geldstrafe verwandelt werden, und ist das übrige im Gefängnisse zu verbüßen. Von dieser Regel findet bloß bei dem Zusammentreffen mehrerer Strafen die §. 25. am Ende gemachte Ausnahme statt. Vergl. die Bemerk. 4. zu §. 25.

E. B. C. 12. 13. 23.

2. Die Geldstrafe ist lediglich ein Surrogat der Gefängnißstrafe, und steht nur dem Richter, nicht dem Verbrecher, die Wahl zwischen beiden frei. Bei Verurtheilung zu einer Geldstrafe hat der Richter dergestalt zu verfahren, daß er in seinem Erkenntnisse das Maß der verurtheilten Gefängnißstrafe auf-

stellt, und dann deren Umrechnung in die zu erlegende Geldstrafe folgen läßt, indem es sonst für den Fall der Rückverwandlung der Geldstrafe, die nöthig werden kann, wenn der Verurtheilte zu deren Erlegung nicht im Stande sein sollte, an einem Maßstabe fehlen würde.

Prot. Nr. XLI. S. 486.

3. Die im §. 18. enthaltene Vorschrift, daß der Richter bei Umwandlung der Gefängnißstrafe in Geld nach den Vermögensverhältnissen des zu Verurtheilenden 1 Tag Gefängniß zu 1 — 5 Thlr. berechnen darf, ist auf die mit Criminalstrafen zu belegenden Verbrechen beschränkt. In allen Fällen, wo nach diesem Gesetzbuche eine polizeiliche Bestrafung zu erkennen ist, kann jener Straf-Umwandlungsfuß nicht zur Anwendung gebracht werden, indem die anderweit feststehende Regel (Verordnung vom 15. Jan. 1814. §. 2. Nr. 3. und vom 3. Febr. 1814. §. 30.), daß eine polizeiliche Geldstrafe das Maximum von 10 Thalern nicht überschreiten darf, durch den nur auf Criminalstrafen sich beziehenden §. 18. des Gesetzbuches keine Abänderung erleidet.

C. B. S. 13.

4. Die im Criminalgesetzbuche außer im §. 18. enthaltenen Bestimmungen über Geldstrafen, weist das hier folgende Verzeichniß nach.

I. Allgemeine Bestimmungen über Geldstrafen.

- 1) Zusammentreffen der Geldstrafe mit anderen Strafen §. 25.
  - 2) Nicht beendigter Versuch. §. 36. Abs. 2.
  - 3) Zusage der Begehung einer verbrecherischen Handlung, der vertragsmäßigen Theilnahme und der Beihilfe. §. 37. Nr. 2.
  - 4) Ungleiche Theilnahme zweiten Grades. §. 45. Nr. III.
  - 5) Zurütretende Anstifter, Theilnehmer und Gehülfen. §. 51. Nr. 1. und 2.
  - 6) Begünstigung §. 47.
  - 7) Mitwissenschaft. §. 48.
  - 8) Vollstreckbare Erkenntnisse auf Geldstrafe beim Tode des Verbrechers. §. 67. Abs. 2.
  - 9) Verjährung §. 71. Nr. 1. I. E. Nr. 2. IV. und §. 72.
  - 10) Bei Amtsverbrechen. §. 249. Abs. 6.
- II. Besondere Bestimmungen bei einzelnen Verbrechen, die alternativ mit Gefängniß oder Geldstrafe bedroht sind.

A. Öffentliche Verbrechen.

- 1) Zuschauer beim Aufruhr. §. 98. Abs. 2.
- 2) Zuschauer beim Aufstand. §. 101. Abs. 2.
- 3) Nicht gewaltsame Störung des Gottesdienstes. §. 104. Abs. 2.
- 4) Burgfriedensbruch in Abwesenheit des Regenten. §. 105. Nr. 2.
- 5) Eindringen in Gerichtsgebäude etc. §. 106.
- 6) Verletzung amtlicher Bekanntmachungen und Siegel. §. 110.
- 7) Anmaßung öffentlicher Dienste oder Ehrenrechte. §. 111.
- 8) Bestechung. §. 112. 113.
- 9) Ehrenkränkung gegen untergeordnete Beamte etc. §. 116. Abs. 2.
- 10) Selbsthülfe. §. 118.
- 11) Beihilfe zum Zweikampf. §. 120.
- 12) Ausforderung. §. 121.
- 13) Anreizung zum Zweikampf. §. 122.

## 14) Verbreitung falschen Geldes. §. 129.

## B. Privatverbrechen.

- 1) Eigenmächtige Tödtung einer Mißgeburt. §. 150.
- 2) Fahrlässige Tödtung in den mildern Fällen. §. 152. Abs. 2.
- 3) Fahrlässige Beschädigung einer Person in den mildern Fällen. §. 161. Abs. 2.
- 4) Gemeingefährliche unvorsätzliche Körperverletzung dergleichen. §. 162.
- 5) Unbewaffnete Theilnehmer an einer Schlägerei. §. 163. Abs. 2.
- 6) Ueberschreitung der Grenzen der Nothwehr. §. 167.
- 7) Nichtgefährliche Drohungen in den mildern Fällen. §. 179.
- 8) Störung des Hausfriedens dergl. §. 180. Abs. 2.
- 9) Beleidigung. §. 198.
- 10) Verbreitung falscher Nachrichten. §. 202.
- 11) Vorsätzliche einfache Eigenthumsbeschädigung in den mildern Fällen. §. 211.
- 12) Unvorsätzliche Brandstiftung und Beschädigung in den mildern Fällen. §. 212.
- 13) Gemeiner Wucher. §. 232.
- 14) Widerrechtliche Benutzung fremder Sachen. §. 239.

## C. Amtsverbrechen.

- 1) Unterlassene Anzeige bei versuchter Bestechung. §. 256. Abs. 2.
- 2) Unterlassene Anzeige verübter Verbrechen in den mildern Fällen. §. 270. Nr. II.
- 3) Rechtswidrige Verlängerung der Haft in den mildern Fällen. §. 272. Nr. II.
- 4) Mißhandlung der Angeschuldigten und Zeugen in den mildern Fällen. §. 275. Nr. III.
- 5) Verschuldete Entweichung eines Gefangenen in den mildern Fällen §. 277. a. E.
- 6) Pflichtwidrige Nichtverhinderung von Verbrechen in den mildern Fällen. §. 281. Nr. II.
- 7) Untreue der Rechtsanwälde und Notare in den mildern Fällen. §. 285.
- 8) Pflichtwidriges Verhalten der Gesundheitsbeamten in den mildern Fällen. §. 287.

C. B. C. 14. 95. 96.

## §. 19.

Es ist bestritten: ob der Verweis in ein Criminalgesetzbuch als Strafübel aufzunehmen sei? — In dem württembergischen Gesetzbuche ist er auf Antrag der Stände gestrichen. Indes dürfte er in einem Gesetzbuche, das auch die leichtesten Criminalvergehen umfaßt, nicht wohl zu entbehren sein. Es giebt Fälle, z. B. bei dem geringsten Grade der Fahrlässigkeit, bei Exceß in der Nothwehr, wo jedes andere Strafübel zu hart und gänzliche Strafflosigkeit doch auch bedenklich sein würde; und der Verweis ist überdies für die Fälle ein billiges Auskunftsmittel, wo selbst die geringste Gefängnißstrafe dem Angeschuldigten höchst nachtheilig sein würde und er keine Zahlungsmittel hat.

Bemerk. zu §. 19. Die Ertheilung eines schriftlichen Verweises ist durch die Fassung des §. 19. ausgeschlossen; unter einem besetzten Ge-

richte ist ein solches zu verstehen, welches Instructions- und Publications-Verhandlungen gütlich vornehmen, und unter einem vollständig versammelten Gerichte dasjenige, welches als Collegium Beschlüsse fassen kann.

Die Fälle, in welchen auf Verweis erkannt werden darf, sind enthalten im vorletzten Satz des §. 62. so wie im §. 37. Nr. 2. und §. 45. Nr. III. C. B. C. 14.

### §. 20.

Dienstentlassung und Dienstentsetzung kommen als selbstständige Strafen nur bei den Amtsverbrechen vor. Deshalb ist es zweckmäßig erachtet, sie hier nur aufzuzählen und die näheren Bestimmungen über dieselben dem Titel des zweiten Buches, der von den Amtsverbrechen handelt, vorzubehalten.

### §. 21 — 24.

Bei diesen Paragraphen verdient nur Folgendes einer Erwähnung, nämlich:

1) daß die Stellung unter polizeiliche Aufsicht bisher keine bestimmte gesetzliche Folgen hatte, die ihr hier erst gegeben werden; und

2) daß es zu hart geschießen hat, mit jedem irgend erheblichen Verbrechen eines Ausländers die Landesverweisung zu verbinden, besonders in Deutschland bei vielen kleinen und in einander greifenden Territorien. Sie hat daher nur da gerechtfertigt geschießen, wo gegen einen Landeseinwohner Stellung unter polizeiliche Aufsicht zu erkennen sein würde. Hierbei ist nicht zu übersehen, daß durch die Vorschriften der §§. 22. und 23. die Befugnisse der Polizeibehörden zur Beaufsichtigung Verdächtiger oder Verweisung Fremder nicht beschränkt werden, vielmehr bleiben dieselben unverändert bestehen. Der Unterschied zwischen einer solchen Beaufsichtigung oder Verweisung und der gerichtlich erkannten Stellung unter polizeiliche Aufsicht besteht hauptsächlich darin, daß mit diesen Maßregeln, wenn sie gerichtlich erkannt sind, strafrechtliche Folgen verknüpft werden (vergl. §. 124. 125.), welche mit Polizeimaßregeln dieser Art nicht verbunden sein können.

3) Der Verlust der Ehren- oder politischen Rechte, als Strafe, ist in das Gesetzbuch nicht aufgenommen. Diese Uebel qualificiren sich überhaupt nicht zu selbstständigen Criminalstrafen; durch ihre Aufnahme wird das ganze Straffsystem sehr complicirt, und selbst die Gesetzgebungen, welche dieselben als eigene Strafen aufgenommen haben, erkennen an, daß eigentlich das richtigste und wünschenswertheste System darin besteht, diese Uebel nur Folgen der Strafe oder gewisser Verbrechen sein zu lassen. Dieses System ist aber von der hiesigen Gesetzgebung bereits angenommen.

4) Die Bestimmungen über die Bekanntmachung der Strafen schließen sich ganz dem bestehenden Rechte an.

Landesherrl. Rescript vom 25. Jan. 1820. (Bege Repert. I. S. 28.) und R. H. Landesgerichtes vom 22. Aug. 1828. (Bege Repert. II. S. 55.)

Bemerk. zu §. 21. 1. Die Confiscation der zur Begehung eines Verbrechens gebrauchten Werkzeuge oder Mittel ist auf den Fall beschränkt, daß das Verbrechen ein vorsätzliches ist. C. B. S. 14.

2. Die gemeinrechtlichen Grundsätze über Confiscation

l. 8. §. 1. l. 11. §. 2. l. 16. §. 1. ff. de publicanis 39, 4.

ergeben zwar schon, daß nur dem Verbrecher gehörige Werkzeuge und Mittel zu confisciren sind. Weil indeß das Jagdstrafgesetz §. 18 hier besondere Bestimmungen enthält, und sich bezweifeln läßt, inwiefern z. B. von einem Gehülften hergeliehenen Sachen zu confisciren seien, so hat es rätlich geschienen, die specielle Vorschrift aufzunehmen. C. B. S. 14.

3. Eben so verbleibt es für den Fall, daß die Confiscation nicht ausführbar ist, bei den gemeinrechtlichen Vorschriften,

l. 2. C. de vectigal. et comm. 4, 61.

indem die abweichenden Bestimmungen des Forststrafgesetzes §. 18., des Gesetzes vom 23. April 1835. die Eingangs-, Durchgangs- und Ausgangs-Abgaben betreffend §. 109. und 117., so wie des Gesetzes vom 27. Juli 1840 Nr. 32., über ihren Bereich nicht auszudehnen sind.

4. Eine besondere Vorschrift über die Confiscation falschen Geldes ist im §. 129. Abs. 3. enthalten. C. B. S. 14.

Bemerk. zu §. 22. 1. Das Gesetz v. 29. Juli 1833, die Besserungs- und Arbeitsanstalten betreffend Nr. 19, besteht neben dem Criminalgesetzbuche fort, und die Stellung unter polizeiliche Aufsicht hört auf durch Aufnahme in eine Correctionsanstalt. C. B. S. 15.

2. Der Gemeindebezirk (Landesgrdges. §. 41.) ist bei einzeln belegenen Höfen, Gebäuden u. s. w. nach dem bestehenden Communalverbande (Verordn. v. 4. Mai 1830. das Wohnortsrecht in polizeilicher Hinsicht betreff. §. 38.) zu bestimmen. C. B. S. 15.

3. Die Stellung unter polizeiliche Aufsicht, und bei Ausländern die Landesverweisung, §. 23., ist als Nebenstrafübel von demjenigen Gerichte zu erkennen, welches die selbstständige Strafe erkannt hat.

Prot. Nr. XLI. S. 487. 488.

Bemerk. zu §. 24. Besondere Bestimmungen über die Bekanntmachung der Strafvollziehung finden sich §. 144. a. E., 203. 249. a. E. C. B. S. 15.

## §. 25.

Dieser § enthält die aus der Natur der Sache folgenden, allgemein angenommenen Bestimmungen. Das Gesetz beschränkt sich indeß nicht darauf, festzustellen, wie es gehalten werden solle, wenn verschiedene Strafarten zugleich zu erkennen sind, sondern es giebt auch Vorschriften darüber: wie verfahren werden solle, wenn neben bereits erkannten unvollzogenen Strafen von Neuem Strafen erkannt werden

müssen. Ohne Bestimmungen dieser Art würde z. B. ein zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe Verurtheilter alle nur nicht mit Todesstrafe bedrohten Verbrechen ungeahndet begehen können. Bei den zeitlichen Freiheitsstrafen wird die auch jetzt befolgte Regel bestehen bleiben müssen, daß die neu zu erkennende Strafe neben der bereits erkannten vollzogen wird, indem man auf das frühere Erkenntniß bei Aburtheilung des zuletzt zu bestrafenden Vergehens nicht wohl zurückkommen, sondern nur bei Festsetzung der Größe der Strafe die vorhandenen Umstände berücksichtigen kann. Der Grundsatz ist indeß hier, wie bei allen ähnlichen Fällen, festzuhalten, daß die verschiedenartigen verwirkten Freiheitsstrafen in die schwerste anzuwendende Strafart verwandelt werden, weil dies für den Verbrecher selbst, so wie für die Strafvollziehung im Allgemeinen das Zweckmäßigste ist. Bei der Festsetzung des Verhältnisses der verschiedenen Freiheitsstrafen zu einander ist man von dem Minimum, bis auf welches jede Strafart theilbar ist, ausgegangen, weil geringere Strafgrößen bei der Verwandlung nicht berücksichtigt werden sollen. Aus den angenommenen Grundsätzen ergiebt sich folgendes Resultat:

- 1) drei Monat Kettenstrafe sind gleich 4 Monat Zuchthaus, 24 Wochen Zwangsarbeit und 8 Monat Gefängniß;
- 2) ein Monat Zuchthausstrafe ist gleich sechs Wochen Zwangsarbeit und 2 Monat Gefängniß.

Bemerk. zu §. 25. 1. Hinsichtlich der im Abs. 2. enthaltenen Bestimmung macht es keinen Unterschied, ob das Verbrechen weshalb von Neuem (sei es zeitliche, sei es lebenslängliche) Freiheitsstrafe zu erkennen ist

a. vor Fällung der bereits abgegebenen Sentenz, und zwar ob es früher oder später als das bereits abgeurtheilte; oder ob es

b. nach Abgabe des Erkenntnisses, jedoch vor Vollziehung der Strafe; oder ob es

c. während der Strafvollziehung,

verübt worden, indem in allen diesen Fällen die lebenslängliche Kettenstrafe auf die vorgeschriebene Weise verschärft werden muß.

C. B. S. 15.

2. Die Schlußbestimmung des Abs. 4. lautete im Entwurfe folgendermaßen:

„Es kann in beiden Fällen die längste außerordentliche Dauer der anzuwendenden Strafart überschritten werden.“

Diese Bestimmung, welcher zufolge auch die längste außerordentliche Dauer der Freiheitsstrafen hätte überschritten werden können, würde in Vergleichung mit der des Absatzes 3. zu hart gewesen sein. Denn wenn Jemand zwei Verbrechen verübt, und wegen jedes einzelnen die längste außerordentliche Dauer der Kettenstrafe verübt hätte, so würde derselbe, wäre über beide

Verbrechen zugleich erkannt, nach Absatz 3. nur fünf und zwanzig Jahre Kettenstrafe erhalten haben; wenn aber wegen des einen Verbrechens bereits auf diese Dauer der Kettenstrafe erkannt, und erst hinterher das andere Verbrechen zur Untersuchung gekommen wäre, so würde nach Absatz 4. noch einmal auf 25 Jahre Kettenstrafe haben erkannt werden, und den Verbrecher 50 Jahre Kettenstrafe treffen können.

Diese Ungleichheit würde besonders alsdann sehr drückend gewesen sein, wenn das Verbrechen, weshalb von Neuem zeitliche Kettenstrafe zu erkennen war, schon vor Ertheilung des bereits abgegebenen Erkenntnisses verübt worden, so daß lediglich der zufällige Umstand, je nachdem das Verbrechen vor oder nach Erlassung jenes Erkenntnisses zur Untersuchung gekommen, über die 25 oder 50jährige Dauer der Kettenstrafe entschieden hätte.

Aus diesen Gründen wurde es nothwendig gefunden, eine Abänderung zu beantragen.

Herzogliche Landesregierung war zwar der Meinung, daß in dem berührten Falle der Richter, nach §. 66. Nr. 9., die zweite Strafe, der Dauer nach, zu ermäßigen haben würde, hielt es indeß gleichfalls nicht ganz consequent, also auch nicht völlig gerecht, den zufälligen Umstand, ob der Richter zur Zeit des ersten Erkenntnisses Wissenschaft von den sonst begangenen Verbrechen habe, auf die Strafbarkeit einwirken zu lassen. Dieselbe trat daher der Ansicht, daß hier eine Aenderung vorzunehmen sei, bei, und äußerte sich in Bezug auf die zu treffende Bestimmung folgendermaßen:

»Es müssen sowohl für den Fall, wenn zugleich über mehrere Verbrechen zu erkennen ist, als für den, wenn die später zu beurtheilenden Verbrechen vor dem letzten Erkenntnisse begangen sind, ganz dieselben Grundsätze gelten; denn die für den ersten Fall angenommenen Bestimmungen beruhen auf der Voraussetzung, daß das längste festgesetzte außerordentliche Maß jeder Strafart für die damit bedroheten Verbrechen genüge, und ist diese Voraussetzung richtig, so muß sie eben so für den zweiten, wie für den ersten Fall gelten. Die Nichtigkeit dieser Voraussetzung läßt sich aber bei der angenommenen bedeutend langen Dauer des außerordentlichen Zeitmaßes der Freiheitsstrafen nicht wohl bezweifeln, und wenn Fälle denkbar bleiben, in welchen die längste außerordentliche Dauer einer Strafart mehrmals verwirkt ist, so werden sie doch gewiß nie oder äußerst selten vorkommen. Für diese Fälle tritt dann nur dasselbe ein, was selbst für die schwersten und die absoluten Strafen gilt, daß man die Grenzen des physisch oder rechtlich Möglichen nicht überschreiten kann.«

Auf den Vorschlag der Herzoglichen Landesregierung ist demnach die gedachte Bestimmung, so wie sie sich im Gesetze ausgedrückt findet, dahin:

»Es kann in beiden Fällen die längste außerordentliche Dauer der anzuwendenden Strafart nur überschritten werden, wenn das jetzt zu bestrafende Verbrechen begangen ist, nachdem die unvollzogene Strafe vollstreckbar geworden war«

abgeändert worden.

Die Vollstreckbarkeit der Strafe setzt voraus, daß insofern gegen das in erster Instanz abgegebene Straferekenntniß bei dessen Publication das Rechtsmittel der weiteren Bertheidigung ergriffen worden, die Bertheidigungs-Instanz



erledigt ist, auch daß in den Fällen, in welchen eine Revision von Amtswegen stattfindet (Gesetz v. 15. October 1832. Nr. 33. §. 31.), oder in welchen zur Vollziehung der Strafen die landesfürstliche Genehmigung nothwendig ist (Verordn. v. 4. Novemb. 1832. Nr. 39.), solche erfolgt sind. —

Wenn übrigens im Falle des Absatzes 4. ungleichartige Strafen von Neuem zu erkennen sind, so ist es einerlei, ob die schwerste Strafart für das bereits abgeurtheilte Verbrechen erkannt war, oder ob sie für das erst jetzt abzuurtheilende erkannt werden muß. Ereignet sich dieser Fall, nachdem die geringere Strafart schon zum Theil verbüßt worden, so kann natürlich nur der noch nicht verbüßte Strafrest in die höhere Strafart verwandelt werden.

#### C. B. S. 16. 17.

3. Die im vorstehenden Absätze vorangestellte Regel, daß eine kürzere Strafart nicht berücksichtigt werden solle, geht auf die im Absätze 3. bezeichneten Fälle, die nachfolgende Ausnahme-Bestimmung auf die Fälle im Absätze 4.

#### C. B. S. 17.

4. Die Vorschrift im letzten Absätze des §. 25., daß Geldstrafen neben einander erkannt und vollzogen werden, ist, da sie das Maß der Strafen nicht betrifft, überhaupt nur mit Vorbehalt der über das höchste Maß der Geldstrafe im §. 18. gegebenen Bestimmungen zu verstehen. Denn wenn der §. 18. vorschreibt, daß Gefängnißstrafe über ein Jahr hinaus in Geldstrafe nicht verwandelt werden könne, so kann der Richter in demselben Erkenntnisse, also bei dem Zusammentreffen mehrerer Verbrechen (§. 55.) von dieser Regel nicht abweichen. Bei Concurrrenz mehrerer Strafen (§. 25.) muß dagegen für Geldstrafen ganz dasselbe gelten, was für Gefängnißstrafe, deren Surrogat sie ist, vorgeschrieben worden. Um dies bestimmter auszudrücken, ist dem letzten Absätze des §. 25. der Zusatz gegeben:

„Es kann jedoch das höchste Maß der Geldstrafe (§. 18. Absatz 2.) nur überschritten werden, wenn das jetzt zu bestrafende Verbrechen begangen ist, nachdem die unvollzogene Geldstrafe vollstreckbar geworden war.“

Im Uebrigen versteht es sich von selbst, und hat daher einer ausdrücklichen Bestimmung nicht bedurft, daß die in Gelde festzusetzende und die neben demselben zu erkennende Gefängnißstrafe zusammen genommen nur in diesem Falle (d. h. im Falle des so eben erwähnten Zusatzes) die längste außerordentliche Dauer der Gefängnißstrafe übersteigen können, da es unzweifelhaft ist, daß die Geldstrafe, als Surrogat und Aequivalent der Gefängnißstrafe, auf die letzte angerechnet werden muß, wenn es sich fragt, ob in Concurrnzen deren Dauer überschritten werde.

#### C. B. S. 17. 18.

5. Ueber das Zusammentreffen der Dienstentsetzung oder Dienstentlassung als selbstständige Strafen mit anderen Strafen, welche den Verlust der Dienstrechte nur zur Folge haben, vergl. §. 249. Abs. 4.

### T i t e l 3.

#### §. 26.

Nur solche Rechtsverletzungen, die im bösen Vorsatz oder in Fahrlässigkeit ihren Grund haben, können als Verbrechen behandelt werden. Zweifelhaft aber ist es: ob die Fahrlässigkeit als Grund der Strafbarkeit allgemein oder nur für gewisse bestimmte Fälle angenommen werden soll? — Wenn man sich zu der letzten Ansicht um deswillen bekennt, weil nur bei den Verbrechen, welche eine Beschädigung bewirken, die Fahrlässigkeit eine Rechtsverletzung bewirken könne, so ist das unrichtig, denn sie kann bei fast allen Rechtsverletzungen dem Begriffe nach möglicher Weise vorkommen. Allein das jetzige Criminalrecht kennt allerdings nur bei den eigentlichen Beschädigungen fahrlässige Vergehen, und den oben ausgeführten Grundsätzen getreu (S. VI.) hat das Gesetzbuch daher an dem Bisherigen festgehalten und läßt Verbrechen aus Fahrlässigkeit nur in den besonders bestimmten Fällen zu. Die neuesten Deutschen Gesetzbücher folgen derselben Ansicht.

#### §. 27.

Einer der wichtigsten Begriffe des Criminalrechts, welcher, um den richtigen Standpunkt zu bezeichnen, mit Recht an dessen Spitze gestellt wird, ist der des bösen Vorsatzes. Vergleicht man die Werke der angesehensten Rechtsgelehrten\*), so wie die Gesetzbücher über die Bestimmung dieses Begriffs, so findet man die verschiedensten Ansichten. Jeder Versuch, diesen Begriff festzustellen, hat so viele Angriffe, erfahren, daß man, endlich entmuthigt, in der letzten Zeit von jedem weiteren Bemühen, denselben gesetzlich zu bestimmen, abgestanden ist und sich damit getröstet hat, theils, daß ja doch jeder Richter wisse, was der böse Vorsatz sei, theils, daß es viele Dinge gebe, deren Begriff ganz unzweifelhaft, aber doch nicht durch Worte festzustellen sei, wie denn schon der heilige Augustinus gesagt habe: er wisse sehr

---

\*) J. B. Feuerbach, Lehrbuch §. 53: eine Bestimmung des Willens zu einer Rechtsverletzung als Zweck, mit dem Bewußtsein der Gesetzwidrigkeit des Begehens.

Bauer, Lehrbuch §. 50. (56. ed. 2.) Der Entschluß zu einer als Verbrechen erkannten Handlung, also 1., Bewußtsein der Eigenschaft der Handlung, und 2., dennoch der Wille, sie zu begehen.

Roßhirt, Lehrbuch §. 17. Wenn Jemand eine rechtswidrige Unternehmung mit dem Bewußtsein der Rechtswidrigkeit zum Gegenstande seiner Thätigkeit macht und durch die Einsicht der unerlaubten Folgen zu derselben gerade bestimmt wird.

gut, was die Zeit sei, wenn man ihn nicht darum frage, wenn er aber gefragt werde, wisse er es nicht. Indes hat man doch zugleich die dringende Nothwendigkeit gefühlt, die Bestimmung dieses Begriffs, der eine der wesentlichsten Grundlagen des ganzen Gebäudes eines Criminalgesetzbuches bildet, der Doktrin, welche überdies nicht mit sich einig ist, nicht ganz zu überlassen, und man hat den Ausweg ergriffen, wenigstens die Momente festzustellen, welche den bösen Vorsatz nicht ausschließen.

Auf diese Weise umgeht man aber nur eine Schwierigkeit, ohne sie wirklich zu lösen. Denn erkennt man einmal an und muß man anerkennen, daß gerade wegen der Ungewißheit der jetzigen Doktrin dieser die Begriffsbestimmung hier nicht überlassen werden kann, und erwägt man daneben, daß künftige Zeiten möglicherweise noch bedenklichere und durch nur negative Bestimmungen nicht im Voraus zu beseitigende Ansichten über diesen Gegenstand erzeugen können; so wird man auch die Nothwendigkeit anerkennen müssen, die Anwendung der Strafgesetze mehr, als es durch allein negative Bestimmungen geschehen kann, den Absichten des Gesetzgebers gemäß, zu sichern. In das Gesetzbuch ist daher eine Definition des bösen Vorsatzes aufgenommen, neben jenen dieselbe näher bestimmenden negativen und an sich sehr zweckmäßigen Verordnungen.

Zur Rechtfertigung der gegebenen Begriffsbestimmung mögen folgende wenige Bemerkungen dienen. Vorausgesetzt, daß ein Verbrechen überhaupt nur von einer zurechnungsfähigen Person begangen werden kann, und vorausgesetzt ferner, daß Jeder die Strafgesetze kennen muß, so ergibt sich, daß der rechtliche Begriff des bösen Vorsatzes sich ganz einfach darauf beschränkt, daß Jemand die Absicht hat, gerade die Rechtsverletzung hervorzubringen, die das Gesetz verbietet. Nach dieser Bestimmung bilden daher folgende zwei Erfordernisse den bösen Vorsatz:

A. die Handlung muß durch ein Strafgesetz verboten sein;

B. gerade diese Handlung muß der Thäter gewollt haben.

Diese Absicht ist zur Bildung des bösen Vorsatzes nothwendig; sie allein genügt aber auch vollkommen. Alle anderen, in Lehr- und Gesetzbüchern in den Begriff des bösen Vorsatzes sonst noch aufgenommenen Merkmale sind überflüssig; sie beziehen sich entweder auf die Lehre von der Zurechnung oder von der Unkenntniß der Gesetze, so z. B. das Erforderniß des Bewußtseins der Rechtswidrigkeit der That. Die theoretische Richtigkeit der angenommenen Definition wird noch mehr ersichtlich, wenn man die jetzt üblichen Definitionen des bösen Vorsatzes mit den negativen Bestimmungen der neuesten Gesetzbücher

vergleicht. Denn danach ergibt sich, wenn man aus jenen Definitionen das ausscheldet, was man vermöge dieser Bestimmungen ausschelden muß, daß gerade die Begriffsbestimmung, welche der Entwurf enthält, übrig bleibt. Ihre praktische Brauchbarkeit läßt sich aber auch nicht bezweifeln, da sie dem Wesen, wenn auch nicht dem Ausdruck nach, mit den älteren durch die Erfahrung in dieser Hinsicht erprobten Gesetzbüchern übereinstimmt, nämlich mit dem Preussischen (§. 26.), dem Oesterreichischen (§. 1.), und dem Baselschen (§. 3.) \*).

#### §. 28.

Von den verschiedenen Arten des bösen Vorsatzes ist der unbestimmte böse Vorsatz, sei er alternativ oder eventuell, ganz den allgemeinen Grundsätzen gemäß zu behandeln, denn wer das eine oder andere Verbrechen wirklich wollte, kann sich nicht beschweren, sobald er das schwerste dieser Verbrechen beging, wenn ihn dessen Strafe trifft, da auch dieses mit in seiner Absicht lag. Diese Grundsätze sind an sich unzweifelhaft. Dagegen ist man darüber nicht einig: ob der unbestimmte böse Vorsatz nicht milder zu strafen sei, als der bestimmte? — Diese Frage scheint sich aber nur nach den Umständen jedes einzelnen Falles, keineswegs aber durch eine gesetzliche Regel beantworten zu lassen; denn es sind sehr wohl Fälle denkbar, in denen der unbestimmte böse Vorsatz strafbarer ist, als der bestimmte. Jedenfalls hat eine Gesetzgebung, die, wie die vorliegende, auch bei den absolut bestimmten Strafen dem Richter die Möglichkeit gewährt, die besondern mildernden Umstände zu erwägen, keinen Grund, den unbestimmten bösen Vorsatz als Straf Abstufungsgrund zu behandeln.

Der zweite hierher gehörige Begriff hat den Gesetzgebern und Rechtslehrern viel Schwierigkeiten gemacht, nämlich die s. g. durch Vorsatz bestimmte Fahrlässigkeit (*culpa dolo determinata*). Einige Gesetzgebungen setzen sie dem Vorsatze ganz gleich, andere finden in ihr den bösen Vorsatz wenigstens bis dahin, daß vollständig das Gegentheil bewiesen wird, und noch andere endlich sehen darin nur einen Concurrencyfall eines vorsätzlichen und fahrlässigen Verbrechens. Die letzte Ansicht ist theoretisch unstreitig die richtige. Sie zu verlassen, kann es

\*) Pr. §. 26. Wer absichtlich etwas thut oder unterläßt, wodurch Jemand gegen die Vorschrift eines Strafgesetzes beleidigt wird, der begeht ein vorsätzliches Verbrechen.

Oest. §. 1. Wenn vor oder bei der Unternehmung das Uebel, welches mit dem Verbrechen verbunden ist, geradezu bedacht und beschlossen ist.

B. §. 3. Wenn das erfolgte Uebel durch die Handlung oder Unterlassung bezweckt wurde.

keinen hinlänglichen Grund geben, denn dies führt zu einer zu harten, also ungerechten Bestrafung. Wie kann man den, der nur verwunden wollte, aber wider seine Absicht tödtete, dem gerechter Weise gleichstellen, der wirklich tödten wollte und tödtete? — Die entgegengesetzte Ansicht und die Präsumtion des Vorsatzes für diesen Fall soll hauptsächlich durch die Rücksicht auf das allgemeine Beste begründet werden, weil man dafür hält, daß sonst durch Längnen der verbrecherischen Absicht viele Schuldige sich der verdienten Strafe entziehen würden. Allein muß man überhaupt den Unterschied zwischen vorsätzlichen und fahrlässigen Verbrechen gelten lassen, so kann man unmöglich, des allgemeinen Bestens wegen, Jemanden, der nur wegen Fahrlässigkeit zu strafen ist, als vorsätzlichen Verbrecher behandeln, und zwar um so weniger, als die Besorgniß, die Schuldigen würden sich durch Längnen der Strafe entziehen, in diesem Falle nicht begründeter, wie in jedem andern ist, und überhaupt unbegründet sein möchte. In dieser Beziehung ist nichts lehrreicher, als die Geschichte der Aufhebung der Folter. Selbst sehr wohlbedenkende, wissenschaftlich und praktisch gebildete Juristen hielten deren Abschaffung für höchst verderblich, und weissagten den Untergang der ganzen Criminaljustiz, da es nun an jedem Mittel, die Wahrheit bei verstockten Verbrechern zu erforschen, fehlen würde. Wie wenig hat dieser Vorhersagung der Erfolg entsprochen!

Man darf es daher nicht als einen Fortschritt bezeichnen, wenn auch noch in der neuesten Zeit der Fall, wo der Thäter den Erfolg seiner Handlung voraussehen konnte, dem Vorsatze gleich gestellt ist \*). In keiner Lehre läßt sich die Entwicklung des Criminalrechts so deutlich verfolgen, als in der von dem bösen Vorsatze und der Fahrlässigkeit. Während anfänglich man ausschließlich oder doch hauptsächlich auf den Erfolg der Handlung und nicht auf die Absicht des Thäters sieht, tritt im Laufe der Zeit die Rücksicht auf diese immer deutlicher hervor, und das Criminalrecht nähert sich um so mehr seiner Vollendung, je bestimmter, klarer und consequenter es diese Begriffe auffaßt und durchführt. Das ausgebildetste uns bekannte Rechtssystem, das Römische, kann uns auch hierin zum Muster und Beispiel dienen:

in maleficiis voluntas spectatur non exitus.

I. 14. D. ad legem Corneliam de sicariis (48. 8.)

Das Gesetz behandelt daher die culpa dolo determinata lediglich als Concurrencyfall (§. 55).

Zu den Fällen des zusammentreffenden bösen Vorsatzes und der

---

\*) C. G. B. für das R. R. Sachsen Nr. 31. Ausgabe v. Günther. S. 23.

Fahrlässigkeit ist auch der zu rechnen, wenn zwar der von dem Thäter beabsichtigte verbrecherische Erfolg eintritt, jedoch eine nicht mit beabsichtigte und nur zufällige Wirkung seiner Handlung ist. Wenn z. B. A. den B. erschießen will, ihn aber gar nicht trifft, und B. in Folge des durch den heftigen Knall verursachten Schreckens stirbt. Keineswegs würde aber der Fall hierher gehören, wenn A. dem B. Gift giebt, um ihn zu tödten, dieses aber den B. nur um deswillen getödtet hat, weil er gerade Speisen genossen hatte, die das Gift besonders schädlich machen, oder wenn A. glaubte, das Gift werde durch Zerstreuen der Eingeweide wirken, während es die Nerventhätigkeit aushebt.

Dagegen wird der böse Vorsatz dadurch nicht ausgeschlossen, daß der Thäter aus Verwechslung oder Irrthum seine verbrecherische Thätigkeit gegen eine andere Person oder Sache richtet, als die, auf welche seine Absicht eigentlich ging, und es wird z. B. A., der den B. mit Vorbedacht tödten wollte, aber C. für B. hielt und tödtete, doch als Mörder zu strafen sein. Nur muß, wie dies auch der Text ausdrückt, gegen die Person oder Sache, an welcher der beabsichtigte Erfolg erreicht wird, die verbrecherische Thätigkeit wirklich gerichtet gewesen sein, und A., der den B. erschießen will, diesen fehlt und den C., den er gar nicht sah, durch den Schuß tödtet, kann nur wegen Versuchs des Mordes und fahrlässiger Tödtung bestraft werden.

Es lassen sich nun auch Fälle denken, in welchen Irrthum im Gegenstande des Verbrechens und die Hervorbringung des strafbaren Erfolges durch eine nicht mit beabsichtigte zufällige Wirkung zusammenreffen. Wenn z. B. A. den B. erschießen will, aber C. für B. hält, auf C. schießt, ihn fehlt und B., den er gar nicht hat bemerken können, durch ein Stück des zerspringenden Gewehrs tödtet. Die auf C. gerichtete Handlung wird, des Irrthums ungeachtet, immer als Mordversuch zu bestrafen sein; die Tödtung des B. dagegen, obgleich sie die von A. eigentlich beabsichtigte verbrecherische Handlung ist; kann ihm nicht zum Vorsatze zugerechnet werden, da gegen ihn im Augenblicke der That die verbrecherische Thätigkeit gar nicht gerichtet und sie nur eine zufällige nicht mit beabsichtigter Wirkung der unternommenen Handlung war.

Bemerk. zu §. 27. und 28. In diesen §§. werden die verschiedenen Arten des bösen Vorsatzes, das Zusammentreffen des bösen Vorsatzes und der Fahrlässigkeit, so wie der Irrthum im Gegenstande des Verbrechens abgehandelt und zwar folgendermaßen:

1. *dolus determinatus*, bestimmter ausschließlich auf den eingetretenen Erfolg gerichteter *dolus*,

- a) praemeditatus,
- b) repentinus.

§. 27. 28. Absf. 1.

2. dolus indeterminatus, unbestimmter Vorfaß,

- a) dolus alternativus,
- b) dolus eventualis.

§. 28. Absf. 1.

3. Culpa dolo determinata, ideales Zusammentreffen von dolus und culpa (aberratio ictus.)

§. 28. Absf. 2.

4. Error in persona oder in re ist dem dolus gleichgestellt.

§. 28. Absf. 3.

Der dolus eventualis so wie das Zusammentreffen von dolus und culpa werden häufig mit dem schwankenden Begriffe des indirecten dolus bezeichnet.

§. 29.

Der von der Fahrlässigkeit hier gegebene übliche Begriff wird sich selbst rechtfertigen. Nur zwei Punkte bedürfen einer Erwähnung. Es hat nämlich

1) nicht rathsam geschienen, die Grade der Fahrlässigkeit zu bestimmen, da es unmöglich ist, hierin etwas Vollständiges zu liefern, und Alles, was hier geschehen kann, am Ende nur darin besteht, dem Richter die Strafzumessungsgründe näher zu bezeichnen. Außerdem lassen sich die Grade der Fahrlässigkeit, insofern sie Gründe der Abstufung der Strafe bilden sollen, zweckmäßig nur bei den einzelnen Verbrechen berücksichtigen.

2) Eine allgemeine Bestimmung über das Verhältniß der Strafen der vorsätzlichen Verbrechen zu denen der fahrlässigen läßt sich nicht wohl geben, wenigstens nicht rechtfertigen. Denn dies heißt die fahrlässigen Verbrechen lediglich nach dem Erfolge beurtheilen. Und doch gilt auch für sie die Regel, daß weit mehr der Wille, als der Erfolg strafbar ist.

Das richtige Princip für diese Gattung der Verbrechen besteht daher darin, sie nicht allein nach dem Erfolge, sondern hauptsächlich nach der Größe der Gefährlichkeit der Handlung an sich, welche die Rechtsverletzung herbeiführte, zu bestrafen. — Ueberdies wird eine solche allgemeine Bestimmung überflüssig, wenn nur in einzelnen bestimmten Fällen Strafe wegen Fahrlässigkeit eintreten soll.

Den in der Einleitung §. V. unter Nummer 5. angedeuteten Grundsätzen gemäß, enthält das Gesetz keine Bestimmungen darüber, nach welchen Rücksichten der Richter zu beurtheilen hat: ob der Beweis

des bösen Vorsatzes oder der Fahrlässigkeit geführt sei, und welche Regeln bei einer solchen Beweisführung zum Grunde zu legen sind. Allerdings werden die Umstände hier das richterliche Urtheil hauptsächlich leiten müssen; indeß gehört das Nähere hierüber in den Proceß.

Bemerk. zu §. 29. In dem Gesetzbuche (vergl. Motive zu §. 26.) sind die nachstehend verzeichneten, aus Fahrlässigkeit begangenen Verbrechen mit Strafe bedrohet:

- 1) Ungeübliche, jedoch nicht gewaltsame Störung des Gottesdienstes. §. 104. Absatz 2.
- 2) Leichtsinziger Eid §. 137. und leichtsinnige falsche Versicherung an Eidesstatt. §. 140.
- 3) Unvorsätzliche Tödtung. §. 152.
- 4) Fülllose Niederkunft. §. 157.
- 5) Veranlassung zum Selbstmorde u. s. w. §. 158.
- 6) Unvorsätzliche Beschädigung an der Person. §. 161. 162.
- 7) Ueberschreitung der Grenzen der Nothwehr aus Fahrlässigkeit. §. 167.
- 8) Unterlassene Anzeige bei der Verletzung der Nothwehr u. s. w. §. 168.
- 9) Ehebruch und mehrfache Ehe. §. 189., No. 3.
- 10) Unvorsätzliche Brandstiftung und Beschädigung. §. 212.
- 11) Muthwilliger und fahrlässiger Bankerott. §. 234. 235.
- 12) Rechtswidrige Verlängerung der Haft. §. 272. No. II. §. 273. 274.
- 13) Verschuldete Entweichung eines Gefangenen. §. 277.
- 14) Unvorsätzlicher Mißbrauch des Züchtigungsrechts von Seiten der Schuldner. §. 284.
- 15) Unvorsätzliche Tödtung oder Beschädigung einer Person bei Ausübung einer öffentlichen Function. §. 286.
- 16) Pflichtwidriges Verhalten der Gesundheits-Beamten. §. 287. C. B. C. 18.

### §. 30.

1) Das zurechnungsfähige Lebensalter ist in den verschiedenen Deutschen Gesetzgebungen und Entwürfen sehr verschieden bestimmt. Man findet als solches das vollendete 8te, 9te, 10te, 12te und 14te Jahr. Einer Regel bedarf die Gesetzgebung in dieser Beziehung allerdings; sie kann dabei aber auch nur das zum Grunde legen, was sich wirklich allgemeiner Erfahrung gemäß als Regel annehmen läßt. In Norddeutschland sind aber Kinder unter 14 Jahren, wenn sie auch durch den Schulunterricht das Unerlaubte der meisten Verbrechen kennen, doch physisch und geistig so wenig entwickelt, daß bei ihnen ein freies Handeln mit völliger Ueberlegung und Uebersicht der Folgen ihrer Handlungen sich nicht voraussetzen läßt. Einzelne allerdings vorhandene Ausnahmen stoßen diese Regel nicht um. Das 14. Jahr empfiehlt sich aber auch dadurch, daß es für die große Mehrzahl der Bevölkerung ein wichtiger Lebensabschnitt und der Zeitpunkt ist, wo dieselbe



nach geschehener Confirmation das elterliche Haus verläßt und eine eigene Laufbahn beginnt. Dazu kommt, daß alle Criminalstrafen in einem kindlichen Alter doch jedenfalls den Charakter der Züchtigung annehmen sollten. Maßregeln der Art werden aber besser der Polizei überlassen. In den Strafanstalten sind sie weit schwerer auszuführen, weil man in ihnen wegen Seltenheit der Fälle regelmäßige Einrichtungen für dieselben, z. B. wegen Unterrichts u. s. w. nicht treffen kann, und schon darin ein großes Bedenken oder gar eine unüberwindliche Schwierigkeit liegt, daß es nicht angemessen ist, Kinder mit erwachsenen Sträflingen zusammen zu detiniren und die ganz einsame Aufbewahrung in einem solchen Lebensalter doppelt schädlich wirken würde. Kommen daher Kinder vor vollendetem 14ten Jahre wegen Verbrechen zur Untersuchung und erfüllt die Bosheit das Alter, so ist es weit zweckmäßiger, sie der Polizei und in den geeigneten Fällen durch sie der Anstalt für jugendliche Corrigenden zu überweisen, wodurch alle diese Schwierigkeiten und Bedenken beseitigt werden. Da die Gesetze über Einrichtung der Correctionsanstalten hieher gehörige Bestimmungen nicht enthalten, so ist die hier vorhanden gewesene Lücke durch ein besonderes Gesetz (vom 10. Juli 1840. No. 30.) ausgefüllt worden.

2) Eine vollständige Aufführung der Seelenkrankheiten ist um so unmöglicher, als die Wissenschaft nicht einmal über die Nomenclatur einig ist. Eine allgemeine Bestimmung, die allerdings gefährlich sein könnte bei Geschwornengerichten, von denen bald Verbrechen mit Monomanie entschuldigt, bald Wahnsinnige zum Tode verurtheilt sind, hat nicht das mindeste Bedenken, wo, wie bei uns, die hieher gehörigen Fragen durch eine mit wissenschaftlich und praktisch gebildeten Aerzten besetzte collegialische Behörde entschieden werden.

Bemerk. zu §. 30. 1. In dem Entwurfe lautete der erste Absatz folgendermaßen:

- »Kinder unter 14 Jahren u. s. w., welche zur Zeit der That völlig
- »bewußtlos waren, können wegen gesetzwidriger Handlungen nicht be-
- »straft werden, es wäre denn, daß der Bewußtlose sich absichtlich in
- »diesen Zustand gesetzt hätte, um das Verbrechen zu begehen, in wel-
- »chem Falle ihm dasselbe als vorsätzliches zuzurechnen ist.«

Auf den Antrag der Stände ist diejenige Abänderung erfolgt, welche das publicirte Gesetz ergiebt. Denn es konnte nicht zweifelhaft sein, daß demjenigen, welcher sich absichtlich in den Zustand der Bewußtlosigkeit versetzt hat, um darin das Verbrechen zu begehen, die That als eine vorsätzliche zugerechnet werden muß. Solcher Fall wird indeß selten, öfter aber der Fall vorkommen, daß jemand durch sein Verschulden, nämlich entweder vorsätzlich, jedoch nicht in der Absicht um ein Verbrechen zu begehen, oder aus Fahrlässigkeit in einen bewußtlosen Zustand, z. B. den der Trunkenheit gerathen ist, und hierin einer

verbrecherischen Handlung u. s. w. sich schuldig gemacht hat. In diesem Falle wäre ihm die That als fahrlässige zuzurechnen, weshalb am Schlusse des ersten Absatzes hinzuzufügen gewesen sein würde: — »oder daß er durch sein Verschulden einen solchen Zustand, jedoch ohne die Absicht, darin ein Verbrechen zu begehen, herbeigeführt, und während jenes Zustandes eine verbrecherische Handlung verübt hätte, — in welchem Falle die Bestimmungen über fahrlässige Verbrechen (§. 29.) zur Anwendung kommen.«

Durch diese Fassung wären zugleich alle Verbrechen ausgeschlossen, welche, wie Injurien, Diebstahl u. s. w., den bösen Vorsatz ihrem Begriffe nach erfordern; dagegen aber solche getroffen, bei denen auch die Fahrlässigkeit, z. B. Beschädigungen an der Person oder an fremdem Eigenthume, zu bestrafen ist.

Da indeß das Gesetz überhaupt den richtigen Grundsatz befolgt, von aller Beweisstheorie, von allen Fiktionen und Präsumtionen möglichst zu abstrahiren (sowohl die Zurechnungs-, als die Nichtzurechnungsfähigkeit ist eine Thatfrage, muß daher rechtlich gewiß sein, und dieselben Gründe, welche der Vermuthung des bösen Vorsatzes entgegenstehen, sprechen auch gegen die Vermuthung der Zurechnungsfähigkeit), so ist es vorgezogen, nach den Worten »der That« hinzuzufügen:

»ohne ihr Verschulden«

und die Worte: »es wäre denn — ist« nebst dem vorhin bemerkten Zusatz ganz hinwegzulassen, indem der Richter von selbst darauf geführt werden wird, daß in dem Falle, welchen der Entwurf vor Augen hatte, die Zurechnung zum bösen Vorsatze, im Falle des erwähnten Zusatzes die Zurechnung zur Fahrlässigkeit anzunehmen, und legte nur in den besonders bestimmten Fällen zu bestrafen sei. E. B. S. 18. 19.

2. Nichtzurechnungsfähige können zwar nicht bestraft werden; ~~allein wenn~~ solche eine gesetzwidrige Handlung begangen haben, so findet gleichwohl eine gerichtliche Untersuchung Statt, und erst, wenn sich in Folge dieser gerichtlichen Untersuchung die Nichtzurechnungsfähigkeit ergibt, sind jene den Polizeibehörden zur Anwendung der polizeilichen Maßregeln zu überweisen. (Vergleiche das Gesetz, die gegen Kinder wegen verbrecherischer Handlungen zu ergreifenden polizeilichen Maßregeln betreffend vom 10. Juli 1840. No. 30.)

3. Besondere Bestimmungen über Ausschließung der Zurechnungsfähigkeit bei Ueberschreitung der Grenzen der Nothwehr sind §. 167. Absatz 2. und 3. enthalten. E. B. S. 19.

#### §. 31. 32. 33. 34.

Die Bestimmungen dieser Paragraphen folgen aus der Natur der Sache, und stimmen im Wesentlichen mit dem gemeinen Rechte und den deutschen Gesetzgebungen überein.

Die Lehre von der Nothwehr ist hier nicht aufgenommen; denn sie bezieht sich keineswegs auf alle oder eine ganze Classe von Verbrechen, sondern allein auf Tödtungen und Körperverletzungen, und da bei diesen auch am zweckmäßigsten von der Bestrafung des Excesses in

der Nothwehr gehandelt wird, so findet sich diese Lehre in dem zweiten Titel des zweiten Buches (§. 166—168.).

Bemerk. zu §. 31. Die Zurechnung zur Verschuldung (reatus) ist zwar nicht ausgeschlossen, und davon ist die Zurechnung zur Strafe (poena) die nothwendige Folge. Nach Beschaffenheit der Umstände kann jedoch eine verminderte Zurechnung zur Strafe (§. 60.) eintreten, oder ein Minderungsgrund bei Zumessung der Strafe (§. 66. No. 1.) vorhanden sein. Hierher gehört die namentlich bei Ausländern öfter vorkommende unverschuldete Unbekannthschaft mit dem Strafgesetze, zumal, wenn dieses rein positive Verbrechen (§. 48. 150. 157. a. E. 158. 168.) zum Gegenstande hat.

Bemerk. zu §. 32. 1. Bei Begehung gesetzwidriger Handlungen kann die Unbekannthschaft mit tatsächlichen Umständen nur in soweit von Strafe gänzlich befreien, als sich jemand in solcher Unkunde ohne sein Verschulden befunden hat. War der Thäter in der Lage, sich von den tatsächlichen Umständen durch gehörige Aufmerksamkeit oder Ueberlegung Kenntniß zu verschaffen, die Unbekannthschaft mithin nicht unverschuldet, so wird die Strafe der Fahrlässigkeit nicht ausgeschlossen, wo diese nach dem Gesetze (§. 29.) zulässig ist. (Bergl. §. 189. No. 3.) C. B. E. 19.

2. Die hier und an anderen Stellen des Gesetzes vorkommenden Ausdrücke: »That (oder verbrecherische Handlung)« und »Thäter (oder Verbrecher)« beziehen sich, jener sowohl auf Begehungs- als Unterlassungs-Handlungen (§. 4.) und sowohl auf die Vollendung, als auf Versuchs- und Vorbereitungs-Handlungen, dieser nicht bloß auf den Urheber, sondern auch auf alle anderen Arten der Mitschuldigen, Anstifter, Theilnehmer, Gehülfen, Begünstiger, Mitwisser. (Bergl. Bemerk. zu §. 47.) C. B. E. 20.

Bemerk. zu §. 33. Ein bloßer Befehl kann vor der gesetzlichen Bestrafung nicht schützen, wenn er auch von Personen, denen man Gehorsam schuldig ist, z. B. von dem Vater an den Sohn, ergangen war, da die Pflicht, zu gehorchen, sich bloß auf erlaubte Handlungen bezieht. Die Dienstverhältnisse begründen eine Ausnahme. §. 251.

In anderen Fällen ist der Befehl als solcher, insofern er nicht unter Umständen gegeben ist, die eine Verdunkelung des Bewußtseins bedingen, we dann in dieser, nicht in dem Befehle ein Strafherabsetzungsgrund (§. 60.) liegen würde, nur ein Minderungsgrund. §. 66. No. 2. C. B. E. 20.

Bemerk. zu §. 34. 1. Es kann nach der gegebenen Bestimmung keinen Zweifel leiden, daß die im Stande der Noth verübten gesetzwidrigen Handlungen nur insoweit strafflos sind, als sie die Abwendung der unvermeidlichen Gefahr bezwecken und sich hierauf beschränken. Bei einer etwaigen Ueberschreitung sind jedoch die §. 167. Abs. 2. aufgestellten Grundsätze anzuwenden. C. B. E. 20.

2. Andere Gesetzbücher haben noch Regeln über die Erlaubniß zu einer an sich strafbaren That aufgenommen, durch die indeß für die Anwendung nichts gewonnen wird, da sie auf die Moralslichten verweisen, wobei es dem Richter an einer sicheren Grundlage fehlt. Eine Bestimmung für den Fall der Tödtung mit Einwilligung des Entlebten enthält §. 147. C. B. E. 20.

3. Der Nothstand gehört zu den Gründen, welche die Strafbarkeit der

Uebertretung wegen Mangels der Zurechnungsfähigkeit ausschließen. Die Handlung ist nicht bloß strafgesetzwidrig, sondern auch unrechtmäßig, allein wegen aufgehobener Freiheit der Selbstbestimmung zurechnungslos und daher straffrei. Hierdurch unterscheidet sich der Nothstand von der Nothwehr, bei der die an sich rechtswidrige Handlung durch die besondern Verhältnisse, unter denen sie vorgenommen wurde, die Eigenschaft einer erlaubten That annimmt, und die folglich zu den Gründen gehört, welche die Strafbarkeit der dem Strafgesetze äußerlich zuwiderlaufenden Handlung wegen Rechtmäßigkeit der That ausschließen; weshalb sie in den Geset- und Lehrbüchern meistens in dem allgemeinen Theile unter den allgemeinen Bedingungen der Strafbarkeit abgehandelt wird. Aus den in den Motiven angeführten Gründen ist die Lehre von der Nothwehr in den zweiten Titel des zweiten Buches (§. 166 bis 168) aufgenommen, durch welche Stellung indeß an der rechtlichen Natur der Nothwehr nichts geändert worden ist. Vergl. Bemerk. zu §. 166.

## Titel 4.

§. 35. und 36.

Bei der Lehre vom Versuche ist man hinsichtlich des Begriffes jezt darüber einig, nach dem Beispiele des französischen Code pénal, erst den Anfang der Ausführung des Verbrechens als eine Versuchshandlung anzusehen. Auch diese Bestimmung wird in gegebenen Fällen immer noch Zweifel übrig lassen; indeß kann man in einer Frage solcher Art nicht weiter gehen, ohne der Sache zu schaden. **Bestritten** ist es: ob die Fälle, wo die Ausführung des Verbrechens unterbleibt:

- 1) weil aus Unverstand ein absolut untaugliches Mittel gewählt ist; oder
- 2) weil an dem Gegenstande das Verbrechen nicht begangen werden konnte?

als Versuchshandlungen anzusehen sind. Dem Begriffe des Versuchs möchten sie allerdings zu subsummiren sein. Der Fall unter 1. läßt aber nicht wohl eine Bestrafung zu, weil bei ihm die Möglichkeit einer Rechtsverletzung und jede objective Gefährlichkeit fehlt. Das Gesetz hat daher hier nur die Zulässigkeit von Sicherheitsmaßregeln angenommen; diese sind aber gerechtfertigt, da eine so gefährliche Gefährdung auch zu wirklich gefährlichen Mitteln greifen könnte. Der zweite Fall ist dagegen als strafbar angesehen, da er sich von dem ersten wesentlich dadurch unterscheidet, daß die Handlung an sich allerdings gefährlich ist, und nur wegen eines Irrthums über den Gegenstand des Verbrechens der verbrecherische Erfolg nicht erreicht wird.

Indeß ist für diesen, so wie für den Fall, daß aus Irrthum in

Thatfachen ein untaugliches Mittel gewählt wird, die geringste Stufe der Strafbarkeit angenommen.

Die Unterscheidung zwischen beendigten und nicht beendigten Versuche paßt zwar nicht auf alle Verbrechen\*); sie liegt aber da, wo sie zutreffend ist, in der Natur der Sache, und findet gerade bei den schwersten Verbrechen Anwendung, für welche die ganze Lehre vom Versuche praktisch hauptsächlich wichtig ist. Der beendigte Versuch wird aber auch um deswillen mit Recht härter bestraft, weil durch ihn der Gegenstand des Verbrechens immer schon in wirkliche Gefahr gebracht ist.

Die Strafbarkeit des beendigten Versuches, welche der des vollbrachten Verbrechens sehr nahe kommen kann, läßt sich nicht wohl richtig nach ihrem Maximum, sondern nur nach ihrem Minimum festsetzen. Es ist daher vorgezogen, nur zu bestimmen, daß eine gelindere Strafe eintreten solle, so daß dem Richter überlassen bleibt, wie weit er sich der auf das vollbrachte Verbrechen gesetzten Strafe nähern will, statt vorzuschreiben, daß die Versuchsstrafe nur bis zu einem gewissen aliquoten Theile der gesetzlichen Strafe steigen könne. (Bei den mit Gefängniß bedrohten Verbrechen ist für den nicht beendigten Versuch von dieser Regel eine Ausnahme gemacht.)

Die Gränze, über welche hinaus die Strafe des beendigten Versuches nicht herabgehen darf, ist dagegen fest bestimmt. Bei dem nicht beendigten Versuche sinkt dagegen die Strafbarkeit weiter herab, und die der auf das Verbrechen gesetzten zunächst folgende gelindere Strafart stellt sich als das passende Strafübel dar. Bei den schwersten und schwereren Verbrechen wird das für den Versuch angenommene Strafminimum härter sein, als die von der Praxis bisher erkannnten Strafen. Allein wenn man überhaupt den bösen Willen von den beiden Elementen, welche das Verbrechen bilden, als das strafbarste ansieht und ansehen muß, so ist es vollkommen consequent, die Versuchsstrafen streng zu bestimmen, wenn man auch nicht so weit gehen kann, wie das römische und französische Recht, welche den Versuch dem vollbrachten Verbrechen gleichstellen.

Bemerk. zu §. 35. 1. Die hier gegebene Bestimmung ist in andern Gesetzbüchern meistens dahin gefaßt: „die volle gesetzliche Strafe findet nur

\*) Der beendigte Versuch kann nur bei solchen Verbrechen vorkommen, zu deren gesetzlichem Begriffe das Eintreten eines gewissen Erfolges gehört, bei den s. g. materiellen Verbrechen. Die formellen Verbrechen, solche, deren Vollendung das Eintreten eines gewissen Erfolges nicht erfordert, lassen keinen beendigten, sondern nur einen nicht beendigten Versuch zu. C. V. S. 24.

dann Anwendung, wenn dasselbe vollbracht und — der Erfolg eingetreten ist.“ Die Ausdrücke: »volle Strafe« und »der Erfolg eingetreten ist« sind absichtlich vermieden. Jener (volle Strafe), weil dies darauf führen könnte, als ob der Richter bei vollendeten Verbrechen jedesmal die höchste Strafe auszusprechen habe, während er im Falle relativer Strafandrohungen die Strafe nur innerhalb der zwischen dem Strafminimum und Maximum liegenden gesetzlichen Grenzen zu bestimmen hat, und das Gesetzbuch, mit Ausnahme der Todesstrafe, Dienstentsetzung und Dienstentlassung, absolute Strafandrohungen nicht kennt: dieser (der Erfolg eingetreten ist) wegen der im §. 28. Abs. 2. und §. 153. enthaltenen Vorschriften.

2. Bei Beurtheilung der Frage: ob das Verbrechen für vollendet zu erachten, sind zunächst die Begriffsbestimmungen der Verbrechen zum Grunde zu legen. Für einzelne Verbrechen sind dieserwegen besondere Vorschriften gegeben und zwar:

- 1) für Meineid, leichtsinnigen Eid, falsche Versicherung an Eides statt, Erbieten zum falschen Eide. §. 144.;
- 2) für Entführung, Nothzucht, Schändung und Unzuchtverbrechen. §. 197.;
- 3) für Brandstiftung §. 207., auch läßt sich hierher rechnen
- 4) die Bestimmung in Ansehung des Thatbestandes der Tödtung. §. 154. C. B. G. 21.

Bemerk. zu §. 36. 1. Zu Abs. 1. Die Begriffsbestimmung. — »Wer die Verübung eines vorsätzlichen Verbrechen anfängt,« zeigt, daß es einen fahrlässigen Versuch nicht geben könne.

2. Zu Abs. 2. Bei den mit zeitlicher Kettenstrafe, Zuchthaus- oder Zwangsarbeit bedrohten Verbrechen ist es unnötig gewesen, ein Maximum für die Strafe des nicht beendigten Versuches zu bestimmen, da dieses durch die längste ordentliche Dauer der eintretenden Strafart, oder insofern das angebotene Strafmaß diese nicht erreicht, durch dieses auf zweckmäßige Weise bestimmt wird. Bei den mit Gefängnißstrafe bedrohten Verbrechen würde dagegen ohne Bestimmung eines Maximums, das Maximum des dem Verbrechen und dem nicht beendigten Versuche angebotenen Strafmaßes zusammenreffen, was an sich nicht und um so weniger angemessen wäre, als die längste ordentliche Dauer der Gefängnißstrafe selbst für den nicht beendigten Versuch der mit Zwangsarbeit bedrohten Verbrechen das höchste zulässige Strafmaß bildet. Wenn nun gleich die Gerichte bei Zurechnung der Strafe diese Verhältnisse berücksichtigen könnten und würden, so hat doch ein solcher Spielraum unnötig und zu bedeutend geschiehen, um nicht zu Ungleichheiten zu führen. Auch werden, weil das angebotene Strafmaximum die Competenz der Gerichte bestimmt, auf diese Weise manche unerhebliche Sachen der Competenz der Kreisgerichte entzogen.

Diesen Inconvenienzen ist dadurch abgeholfen, daß bestimmt worden, es solle bei mit Gefängnißstrafe bedrohten Verbrechen die Strafe des nicht beendigten Versuches ein Drittel der angebotenen Strafe nicht übersteigen. Es schließt nun diese Strafe mit einem Jahre ab, gehört also immer zur Competenz der Kreisgerichte und tritt in das gehörige Verhältnis zu den Versuchstrafen bei den übrigen Strafarten. C. B. G. 22. 23.

3. Der Grundsatz, daß Geldstrafe neben Gefängniß nur dann angedrohet ist, wenn dieses von der geringsten ordentlichen Dauer an auf dem Verbrechen steht, ist auch bei dem nicht beendigten Versuche festgehalten, weil Geldstrafe für die mit Gefängnißstrafe von einem höheren Minimum an bedrohten Verbrechen auch selbst für den nicht beendigten Versuch (vergl. §. 47. 48. 51.) kein passendes Strafmittel ist. C. B. S. 23.

4. Zu Abs. 3. Damit die hier gegebene Vorschrift, daß bei dem Versuche, außer den für diesen angedrohten Strafen, die nicht selbstständigen Strafübels ebenso Anwendung finden, wie bei den vollendeten Verbrechen, nicht zu der Mißdeutung Anlaß gebe, als ob demjenigen, welcher sich einer verbrecherischen Versuchshandlung schuldig macht, auch die Folgen der in der Regel schwereren Strafen des vollendeten Verbrechens treffen solle, ist hinter den Worten:

»nicht selbstständige Strafübels«

auf die von diesen handelnden §. 21. bis 24. ausdrücklich verwiesen.  
C. B. S. 24.

### §. 37.

In diesem Paragraphen ist die Anstiftung, die ausdrückliche oder stillschweigende Uebereinkunft (vertragsmäßige Theilnahme) und Beihilfe zu einem bestimmten Verbrechen, auch wenn der Anfang zu dessen Ausführung noch nicht gemacht ist, für strafbar erklärt. Dies rechtfertigt sich durch die Gefährlichkeit solcher verbrecherischen Verbindungen und Handlungen. Es ist jedoch weder ganz gerecht, noch criminalpolitisch richtig, sie mit demselben Strafminimum zu bedrohen, wie den nicht beendigten Versuch. Denn bis zu diesem ist die Handlung noch nicht gediehen, und die Strafandrohung kann nicht den Erfolg haben, den Verbrecher von dem Fortschreiten auf der betretenen Bahn zurückzuhalten, wenn er weiß, daß ihn die gleiche Strafe trifft, mag er auf der jetzigen Stufe des Unternehmens stehen bleiben, oder der Ausführung mehr entgegen gehen. Deshalb droht das Gesetz für den Anstifter zwar die Strafen des nicht beendigten Versuches an, jedoch von ihrer geringsten außerordentlichen Dauer an, und für die übrigen Mitschuldigen die gelindere Strafart, welche der auf den nicht beendigten Versuch gesetzten zunächst folgt.

Ein Mehreres über die Strafbarkeit des Complottes (§. 37.) und der Banden, als besonderer Arten von verbrecherischen Verbindungen, zu bestimmen, ist nicht erforderlich erachtet, da die Vorschriften über Theilnahme an Verbrechen und über die Strafzumessungsgründe ausreichen, um durch Mehrere gemeinschaftlich verübte Verbrechen angemessen zu strafen. Eine besondere Behandlung der Lehre vom Complotte oder von Banden macht die Gesetzgebung ohne Noth complicirt,

wie denn das gemeine Recht eigenthümliche Vorschriften in diesen Beziehungen auch nicht kennt. — Deshalb hat denn hinsichtlich der Banden die Bestimmung ausreichen geschienen, welche in

### §. 38.

enthalten ist.

Bemerk. zu §. 37. 1. In Gemäßheit der §. 37. gegebenen Vorschrift, ist die Anstiftung zur Verübung eines Verbrechens strafbar, auch wenn der Anfang zu dessen Ausführung noch nicht gemacht, selbst wenn die Anstiftung noch nicht vollendet, sondern nur versucht worden ist. Hieraus folgt, daß der Anstifter, der bemüht war, den Willen des Anderen zur Verübung eines Verbrechens zu bestimmen, mit der festgesetzten Strafe zu belegen ist, obwohl er nicht zum Zwecke gelangte, und daß den Anstifter solche Strafe auch dann trifft, wenn der Andere strafflos ist, und zwar dieses

entweder

- a) weil er (der Andere) die Begehung der verbrecherischen Handlung zuzusagen sich nicht bestimmen ließ (§. 37. No. 2.), auch sonst zur Ausführung nichts unternommen hat;

oder

- b) weil, ohne daß er eine solche Zusage erteilt hätte (denn wäre dies geschehen, so würde er nach §. 37. No. 2. zu beurtheilen sein), seine Thätigkeit nicht weiter als zu Vorbereitungs-handlungen (§. 40.) gediehen ist;

oder

- c) weil er von der begonnenen Ausführung des Verbrechens aus freiem Antriebe völlig abgestanden ist, oder zeitig Anzeige bei der Obrigkeit gemacht hat (§. 69. No. 1. und 3.)

2. Auf gleiche Weise ist die ausdrückliche oder stillschweigende Uebereinkunft, und die Beihülfe zur Verübung eines bestimmten Verbrechens strafbar, auch wenn der Anfang zu dessen Ausführung noch nicht gemacht ist. Denn was insbesondere die Beihülfe betrifft, so besteht die strafbare Thätigkeit des Gehülfen in einer Handlung, welche auf die Beförderung des von einem Anderen beabsichtigten Verbrechens gerichtet ist. Jene Handlung kann angefangen und selbst vollendet sein, ohne daß das letzte nur begonnen wurde. Wenn daher auch das Verbrechen selbst, welches durch die Beihülfe befördert werden sollte, unterblieb, so wird dadurch die Handlung des Gehülfen, von dessen Willkühr der weitere Erfolg nicht abhängig war, nicht strafflos.

3. In dem Entwurfe war neben der Anstiftung durch die ernstliche Aufforderung zur Verübung eines Verbrechens, selbst, wenn zu dessen Ausführung nichts unternommen worden, mit Strafe bedrohet. Diese Bestimmung hätte so gedeutet werden können, daß unter der ernstlichen Aufforderung zur Verübung eines Verbrechens lediglich eine besondere Art der Anstiftung zu verstehen, mithin, wenn in Folge der Aufforderung das Verbrechen verübt worden, der Provocant als Anstifter zu beurtheilen; wenn aber die Aufforderung ohne Erfolg geblieben, ein Versuch der Anstiftung anzunehmen und nur das letzte, um hierüber keinen Zweifel zu lassen, durch jene Bestimmung habe ausgedrückt werden sollen.



Es ist indeß nicht zu bezweifeln, daß die ernstliche Aufforderung zur Verübung eines Verbrechens nach Verschiedenheit der Umstände einer verschiedenen Beurtheilung unterliegt, indem sie keineswegs in allen Fällen eine Anstiftung oder einen Versuch der Anstiftung (vergl. §. 122.) begründet, sondern den Umständen nach, wenn der Wille des Thäters schon für sich auf die Begehung des Verbrechens gerichtet war und der Andere ihn nur unterstützte, darin auch eine Beihilfe oder ein Versuch zur Beihilfe durch Ertheilung von Rath und Anschlag gefunden werden kann und es also von der Beschaffenheit und von dem Maße der größern oder geringern Einwirkung abhängt, ob der Provocant als intellectuellder Urheber oder ob er als intellectuellder Gehülfe zu behandeln ist, womit die geltenden Gesetze (c. 6. §. 3. x. de homicidio 5, 12) und die gemeinrechtliche Doctrin übereinstimmen.

Diesemnach ist es für rathsam erachtet, daß im §. 37. und überhaupt in dem allgemeinen Theile des Gesetzbuches die Aufforderung nicht ausdrücklich namhaft gemacht werde, so daß es nunmehr in jedem einzelnen Falle zu der richterlichen Beurtheilung verstellt bleibt, ob in der ernstlichen Aufforderung eine strafbare Anstiftung oder Beihilfe beziehungsweise der Versuch dazu enthalten und mit welcher Strafe dieselbe, vorbehaltlich der bei einzelnen Verbrechen gegebenen Bestimmungen §. 83. 89. 100. 108. 123., zu belegen sei.  
C. B. C. 26. 27.

### §. 39.

Es ist eine Bestimmung darüber erforderlich: wie der Versuch in den Fällen bestraft werden solle, wo das Strafmaß von der Größe des Objectts des Verbrechens abhängt und dieses ungewiß ist? — Es hat hier, wie bei allen factischen Ungewißheiten im Criminalrechte, nur die Annahme als gesetzliche Präsumtion aufgestellt werden können, die dem Thäter die günstigste ist.

### §. 40.

Aus dem angenommenen Begriffe des Versuchs ergibt sich, daß die Handlungen, welche nur Vorbereitungen eines Verbrechens sind, nicht bestraft werden. Bei einzelnen Verbrechen ist hiervon eine Ausnahme gemacht.

Daß die Stellung unter polizeiliche Aufsicht wegen Vorbereitung zu schweren Verbrechen nach richterlichem Ermessen verfügt werden kann, rechtfertigt sich dagegen von selbst, schließt aber sonstige Maßregeln der Sicherheitspolizei bei allen Vorbereitungen zu Verbrechen nicht aus.

Bemerk. zu §. 40. 1. Außer dem Versuche der Anstiftung, Eingehung eines Complots u. s. w., §. 37., Vereinigung zu einer Bande, §. 38., Verschwörung, §. 82., Aufreizung §. 89., Aufforderung zum Aufbruch, §. 100., Verabredung und Aufforderung zur Widerseßlichkeit, §. 108. und Verabredung und Aufforderung zur Einstellung der Arbeit, §. 123., ist die Vorbereitung noch bei folgenden Verbrechen für strafbar erklärt: beim Hochverrath, §. 83.; bei Münz-, Credit-, Papier- und Urkundenfälschung, §. 133., beim Morde, §. 151., imgleichen die Veranstaltung einer hüllosen Niederbunkst, als Vor-

bereitung des Kindesmordes und als Vorbereitung der Aussetzung des Kindes §. 157., und bei dem Raube §. 176. C. B. G. 27. 28.

2. Theilnahme und Beihülfe in Bezug auf vorbereitende Handlungen sind ausnahmsweise ebenfalls strafbar, in den Fällen nämlich, in welchen Vorbereitungen in der Person des Urhebers strafbar sein würden. C. B. G. 28.

3. Die Stellung unter polizeiliche Aufsicht muß ganz hinwegfallen, sobald Jemand in Gemäßheit der Bestimmungen des §. 69. durch thätige Reue Straßlosigkeit für sich bewirkt hat. C. B. G. 28.

4. Das Erkenntniß über Stellung unter polizeiliche Aufsicht wegen Vorbereitungshandlungen gehört zur Competenz desjenigen Gerichtes, welches über den Thatbestand der indicirten verbrecherischen Handlung, um deren Willen die Untersuchung eingeleitet worden, je nach der Schwere der Strafe (vergl. Publicat. Patent §. X.) zu erkennen hat, also zur Competenz desjenigen Gerichtes, welches jene Strafe, insofern eine solche erkannt werden könnte, auszusprechen haben würde. Prot. Nr. XLI. S. 487. 488.

5. Vergl. die Bemerk. 1. zu §. 69.

## T i t e l 5.

### §. 41.

Die hier gegebenen Bestimmungen sind an sich unzweifelhaft. Die gewählte Fassung drückt bestimmt aus, daß die aus der Person des Urhebers hervorgehenden Qualificationen der That, so wie die in dessen Person liegenden Straf-Erhöhung-, Herabsetzungs-, Erschwerungs- oder Milderungsgründe, auf den Anstifter nicht zurückwirken, sondern daß dessen Strafbarkeit lediglich nach den in ihm selbst liegenden Gründen dieser Art zu beurtheilen ist. Es kann z. B. nicht allein die That für beide ein ganz verschiedenes Verbrechen sein (z. B. Hausdiebstahl und gemeiner Diebstahl), sondern auch die in der Person des Thäters liegenden Straf-Erhöhung- oder Herabsetzungsgründe sind für den Anstifter und Urheber sehr häufig und die Strafzumessungsgründe fast immer verschieden. Diese Ansicht folgt aus der Natur der Sache, wird von den übrigen deutschen Gesetzgebungen ohne Zweifel auch als die richtige vorausgesetzt, ist in denselben aber keineswegs klar ausgesprochen.

Bemerk. zu §. 41. 1. Die speciell benannten Handlungen sind zwar als die vorzüglichsten, nicht aber als die ausschließlichen Arten der Anstiftung anzusehen, indem jede dolose Instigation, worin der Grund zu dem verbrecherischen Entschlusse des eigentlichen Thäters liegt, eine Anstiftung enthält, folglich derjenige Anstifter ist, welcher in dem Thäter durch absichtliche Einwirkung den bestimmten Entschluß zur Verübung des Verbrechens hervorgebracht hat, ohne daß es auf die Art und Weise, wie solche Einwirkung geschehen, besonders ankommt. Dies wird ausgesprochen durch die hinzugefügten Worte: »oder auf andere Weise.«

Der Ausdruck »vorsätzlich bestimmt« ist vermieden, da der Vorsatz, als sich von selbst verstehend, vorausgesetzt wird. C. B. G. 28.

Denn eine strafbare fahrlässige Anstiftung giebt es nicht (vergl. §. 122. u. 158.). Der Ausdruck »bestimmt hat« zeigt jedoch an, daß wenn der Wille des Thäters schon für sich auf die Begehung des Verbrechens gerichtet war, und der Andere ihn nur durch Rath und Anschlag unterstützte oder bestärkte, hier der Begriff des (intellectuellen) Gehülfen §. 46. zutrifft. C. Bemerk. 3. zu §. 37.

Dagegen ist die Anstiftung auf vorsätzliche Verbrechen nicht beschränkt, sondern es ist auch eine Anstiftung zu fahrlässigen Verbrechen möglich, insbesondere wenn der Andere durch absichtliche Erregung oder Benutzung eines Irrthums zu einer Handlung bestimmt wird, deren verbrecherische Eigenschaft er eben des Irrthums wegen nicht deutlich erkannte. §. 29. 32.

2. In dem Entwurfe hatte der §. 41. noch den Schlusssatz:

»Dem Anstifter ist jedes als Mittel zur Ausführung notwendige, nicht ausdrücklich ausgenommene, so wie jedes Verbrechen, welches als unvermeidliche Folge der That entstanden ist, zuzurechnen, vorausgesetzt, daß er die Nothwendigkeit jenes Mittels und die Unvermeidlichkeit dieser Folge kannte.«

In diesem Satze würde nach dem Worte »zuzurechnen« hinzuzufügen gewesen sein, »als vorsätzlich,« weil unter der im Folgenden ausgedrückten Voraussetzung hier nur von einer Zurechnung zum bestimmten oder unbestimmten Vorsatz die Rede sein konnte. Ob indeß, wenn eine Zurechnung zum Vorsatz nicht stattfindet, hinsichtlich der Mittel und Folgen eine Zurechnung zur Fahrlässigkeit anzunehmen und der Anstifter in dieser Beziehung wegen Fahrlässigkeit zu bestrafen sei, ist nach den Umständen und nach den Vorschriften über Fahrlässigkeit zu ermesfen.

Aus diesen Gründen und da es mit Recht vermieden ist, Bestimmungen über die Vermuthung des Vorsatzes, der Fahrlässigkeit u. s. w. aufzunehmen, hatte die Prüfungs-Commission eine veränderte Fassung bei der Herzogl. Landesregierung beantragt, worauf dieselbe Folgendes erwidert hat:

»Der Schlusssatz dieses §. soll und kann nichts sein, als die Anwendung der allgemeinen Grundsätze über Vorsatz und Fahrlässigkeit auf das Verhältniß des Anstifters. Wir sind daher mit der Commission darin einverstanden, daß, um dies auszudrücken, der Nachsatz »vorausgesetzt« u. s. w. jedenfalls zu streichen sei. Es bleibt dann freilich noch das Mißverständniß möglich, daß freis, auch wenn sich weder böser Vorsatz noch Fahrlässigkeit bei dem Anstifter in dieser Beziehung finde, doch eine Zurechnung stattfinden solle, wofür sich scheinbar anführen läßt, daß es sonst überflüssig gewesen sei, diese Bestimmung, die allerdings nur eine Weisung für den Richter ist, zu machen.

Wir glauben unter diesen Umständen, daß es am gerathensten sei, den Schlusssatz dieses §. ganz zu streichen, da die richtige Anwendung der allgemeinen Grundsätze auf die in demselben ausgesprochenen Resultate führt.«

Die Commission und mit ihr die Ständeversammlung haben sich dieser Ansicht angeschlossen, und es ist daher jener Schlusssatz in das Gesetz nicht aufgenommen. C. B. C. 29.

## §. 42. und 43.

Das Gesetz hat gesucht, die schwierige Lehre von der Theilnahme an Verbrechen auf möglichst einfache Begriffe zurückzuführen, wie sie sich aus der Strafbarkeit der hieher gehörenden verschiedenen Fälle ergeben. Denn dieser Gesichtspunkt scheint für die Gesetzgebung der richtigste und brauchbarste zu sein. Das Gesetz unterscheidet sich bei dieser Lehre von den neueren und neuesten Gesetzgebungen mehr durch die Begriffsbestimmungen, als durch die mit denselben verbundenen Folgen auf die Strafbarkeit.

I. Mehrere, die bei Ausführung eines Verbrechens ohne vorherige Uebereinkunft mitwirken, können nur die Strafe erleiden, die jeder durch seine eigene Handlung verwirkt hat; denn sie stehen unter einander in keiner Verbindung, und die verbrecherische Thätigkeit des Einen kann daher die Strafbarkeit der Andern weder erhöhen, noch vermindern.

II. Anders gestaltet sich dagegen die Sache, wenn Mehrere, sei es durch ausdrückliche Verabredung oder stillschweigende Uebereinkunft, sich dazu verbinden, gemeinschaftlich ein Verbrechen auszuführen. Hier ist die That die Wirkung des gemeinschaftlichen Willens Aller; jeden trifft daher deren Strafe, und die Strafbarkeit wird um so größer, als durch die Vereinigung Mehrerer die Gefährlichkeit des Unternehmens bedeutend zunimmt.

Das Gesetzbuch setzt nun die rechtlichen Erfordernisse einer solchen vertragsmäßigen Theilnahme folgendergestalt fest:

a) es müssen sich mehrere Personen verbunden haben. Es genügen daher schon zwei. Wie viele Personen dagegen erforderlich sein sollen, um eine Bande zu bilden, ist nicht bestimmt, den oben angedeuteten Grundsätzen gemäß. Gleichfalls ist das nur negative Erforderniß, daß zu der Begehung des beabsichtigten Verbrechens nicht schon an sich zwei oder mehrere Personen rechtlich erfordert werden, übergangen, da dasselbe sich entweder von selbst versteht, oder gar unrichtig ist, wie z. B. bei dem Aufstande.

b) Es muß durch ausdrückliche Verabredung oder durch unzweifelhafte Handlungen und Thatfachen eine Uebereinkunft unter den Theilnehmern geschlossen sein.

c) Der Zweck und Gegenstand dieser Uebereinkunft ist die gemeinschaftliche Verübung des Verbrechens, d. h. jeder übernimmt es zugleich mit den Genossen bei Ausführung des Verbrechens selbst mitzuwirken. Auf den Grund und die Art der Thätigkeit, die der Einzelne verspricht, kommt dabei nichts an, insofern er nur bei

Ausführung des Verbrechens selbst thätig sein will. Dadurch unterscheidet sich der vertragmäßige Theilnehmer von dem Gehülfen, dessen verbrecherische Thätigkeit vor dem Anfange der Ausführung des Verbrechens liegt und von dem Begünstiger, dessen Mitwirkung erst nach vollbrachtem Verbrechen anfängt.

Der von der Doctrin und Gesetzgebung gemeiniglich angenommene Unterschied zwischen einem Theilnehmer und Gehülfen, der darin besteht, daß dieser zu der Beförderung des von einem Andern beschlossenen Verbrechens beiträgt, ist nicht aufgenommen, weil in dieser verschiedenen Richtung des Willens eine verminderte Strafbarkeit nicht liegt, vielmehr ein Gehülfe dieser Art, der aus Lust am Bösen, ohne sonstiges entschuldigendes Motiv, handelt, und der das Verbrechen selbst mit ausführen hilft, weit strafbarer oder doch eben so strafbar ist, als der Urheber selbst. Im Grunde wird diese Ansicht auch von den meisten Gesetzgebungen anerkannt, da sie den Gehülfen, der bei der Ausführung des Verbrechens selbst thätig ist, oder ohne dessen Beihülfe die Ausführung der That nicht thunlich gewesen sein würde (den s. g. Hauptgehülfen), als Mithatgeber ansehen und mit strengeren Strafen belegen. Die in dem Gesetze angenommene Begriffsbestimmung gewährt überdies den Vortheil, daß sie sich genau an die Lehre vom Versuche anschließt, indem der entscheidende Zeitpunkt für Theilnahme und Versuch der Anfang der Ausführung des Verbrechens ist, so daß auf diese Weise beide Lehren, die in Beziehung auf die Strafbarkeit der verschiedenen, hier vorkommenden Fälle in der genauesten Verbindung stehen, auch in den Begriffsbestimmungen gleich gestellt werden. Dieses ist um so zweckmäßiger, als die angenommene Begriffsbestimmung der richterlichen Beurtheilung den erforderlichen Spielraum läßt; was bei allen rein factischen Verhältnissen durchaus nothwendig ist, wenn man dem vernünftigen richterlichen Ermessen nicht Zwang anthun und zu Resultaten gelangen will, die mit der Gerechtigkeit nicht im Einklange stehen und die man nicht beabsichtigt. So kann für diese beiden Lehren die Praxis sich gleichmäßig feststellen und ausbilden.

Wenn gleich nun die Strafbarkeit der vertragmäßigen Theilnehmer an sich gleich ist, so wird doch, wenn zu der Ausführung des Verbrechens in Folge der Uebereinkunft geschritten ist, die Strafbarkeit der Einzelnen sich danach richten müssen, wie weit sie die von ihnen zu unternehmenden Handlungen ausgeführt haben, eben so wie es den Grundsätzen der Gerechtigkeit entspricht, das versuchte und vollbrachte Verbrechen nicht mit denselben Strafen zu belegen.

Diese Rücksichten machen daher den Unterschied zwischen gleicher und ungleicher Theilnahme nothwendig. Es folgt aus der gegebenen Begriffsbestimmung, daß den vertragsmäßigen Theilnehmer, der bei Ausführung des Verbrechens auf irgend eine Weise mitwirkt, die volle Strafe trifft, ohne Rücksicht auf den Grad seiner Thätigkeit. Ihm ist derjenige gleich gestellt, der vor und nach Ausführung des Verbrechens thätig gewesen ist. Denn die Thätigkeit eines solchen Theilnehmers steht der Mitwirkung bei der Verübung des Verbrechens selbst so nahe, daß sie im Allgemeinen dieselbe Strafe rechtfertigt, besonders da sich für diese Fälle als Regel annehmen läßt, daß Gründe, die nicht in dem Willen des Theilnehmers liegen, ihn von der Mitwirkung bei Ausführung der That abgehalten haben.

Diese Fälle werden von den neueren Gesetzgebungen auch der gleichen Theilnahme beigerchnet ~~und~~ mit Recht, wenn die That mit relativen Strafäbeln bedrohet ist. Denn hier ist dem Richter das Mittel gegeben, die verminderte Strafbarkeit, die in dem verschiedenen Grade der Mitwirkung liegt oder liegen kann, zu berücksichtigen. Bei mit absoluten Strafen, namentlich bei mit Todesstrafe bedroheten Verbrechen, wird indeß für den Fall, wenn ein Theilnehmer nur anwesend gewesen ist, ohne irgendwie thätig zu sein, oder wenn er nur vor und nach Ausführung des Verbrechens mitgewirkt hat, billig die Ausnahme zu machen sein, welche der Schlusssatz des §. 43. enthält, und welche mit dem Gerichtsgebrauche der Länder des gemeinen Rechts übereinstimmt.

#### §. 44.

Die Strafbarkeit der vertragsmäßigen Theilnahme vermindert sich bedeutend, wenn die Thätigkeit des Theilnehmers mit dem Anfange der Ausführung der That aufhört oder erst nach vollbrachtem Vergehen beginnt. In einer Mitwirkung dieser Art liegt der erste Grad der ungleichen Theilnahme.

Die hier gegebenen Strafbestimmungen werden nicht zu hart erscheinen, wenn man erwägt, daß überhaupt der Wille das strafbarste Element bei den Verbrechen ist, und daß die meisten Gesetzgebungen diese Fälle der gleichen Theilnahme beirechnen, nicht zu milde, da die geringere verbrecherische Thätigkeit auch eine mindere Strafe rechtfertigt.

Es muß hier noch bemerkt werden, daß, wenn man davon ausgeht, daß die ungleiche Theilnahme geringer zu strafen sei, als die gleiche (mag man übrigens auch die Gränze zwischen gleicher und un-

gleicher Theilnahme anders ziehen, als es in dem gegenwärtigen Gesetze geschehen ist), man nicht folgerecht verfährt, wenn man die ungleiche Theilnahme mit der Strafe des Versuches bedrohet, ohne Rücksicht darauf: ob das Verbrechen vollführt oder die Handlung bei dem Versuche stehen geblieben ist? — Denn durch eine solche Bestimmung bedrohet man, wenn das Verbrechen nicht vollbracht ist, die ungleiche Theilnahme, die man doch gelinder strafen will, als die gleiche, mit derselben Strafe, und zwingt so den Richter für den Fall, wo für den gleichen Theilnehmer das Strafminimum ausreichen würde, diesen härter zu strafen, um das gehörige Verhältniß zwischen seiner Strafbarkeit und der des ungleichen Theilnehmers herzustellen, oder veranlaßt, der eigentlichen Absicht zuwider, daß beide gleiche Strafe leiden.

### §. 45.

Der zweite Grad der ungleichen Theilnahme steht, wenn die Ausführung des Verbrechens erfolgt ist, dem nicht beendigten Versuche sehr gleich, und die Strafbarkeit für diese Art der Theilnahme ist daher nach der des nicht beendigten Versuchs bestimmt.

Bemerk. zu §§. 43., 44. u. 45. 1. Die besonderen Vorschriften über Theilnahme Nichtangestellter an Amtsverbrechen sind enthalten in dem §. 252. u. §. 261. Abs. 2. C. B. G. 30.

2. Die Verweisung in §. 45. am Ende auf §. 37. Nr. III. zeigt an, daß in solchem Falle, wenn auch Gefängniß zu erkennen sein würde, statt dessen auch auf Verweis erkannt werden kann. C. B. G. 30.

### §. 46.

Nach den hier festgestellten Begriffen unterscheidet sich der Gehülfe von dem Theilnehmer dadurch, daß er bei der Ausführung des Verbrechens selbst weder mitwirken wollte, noch mitwirkte, und von dem Begünstiger dadurch, daß seine Thätigkeit oder doch wenigstens der Grund derselben (die gegebene Zusage) vor dem Anfange der Ausführung des Verbrechens liegt, und hierin ist die größere Strafbarkeit der Beihülfe gegen die Begünstigung zu suchen.

Die angenommenen Stufen der Strafbarkeit richten sich nach der größeren oder geringeren Thätigkeit des Gehülfen und sind den bei der ungleichen Theilnahme angenommenen Grundsätzen analog.

Es ist aber hiedurch keineswegs bestimmt, daß den Gehülfen in jedem einzelnen Falle dieselbe Strafe treffen soll, wie den ungleichen Theilnehmer, sondern die Strafbarkeit eines jeden nach den Umständen zu bestimmen, bleibt dem richterlichen Ermessen überlassen, da hier überall relative Strafmaß zur Anwendung kommen. In der Regel

wird allerdings das Strafmaß für den Gehülfen geringer, als wie für den ungleichen Theilnehmer ersten Grades ausfallen. Die allgemeine Regel, so wie geschehen, zu bestimmen, hat indeß hiernach weder bedenklich, noch zu hart geschienen.

Bemerk. zu §. 46. Aus der Begriffsbestimmung der Beihülfe »wer Anderen vor dem Anfange eines von ihnen beschlossenen Verbrechens die Zusage seiner Hülfe — erteilt« erhellet:

- a) daß eine culpose Beihülfe ausgeschlossen sei, und
- b) daß es zu fahrlässigen Verbrechen eine Beihülfe nicht geben könne, woraus übrigens keinesweges folgt, daß nicht unter Umständen der voraussehbare Erfolg derjenigen Handlung, wodurch ein fahrlässiges Verbrechen erleichtert oder befördert wird, dem Handelnden zur eigenen Fahrlässigkeit zugerechnet werden könne.

Die Beihülfe ist nicht bloß als Beihülfe zu dem Versuche eines Verbrechens, zu einem versuchten Verbrechen (§. 36.), sondern auch als Versuch der Beihülfe, als versuchte Beihülfe (§. 37. vergleiche mit §. 51. und 69. Nr. 3.) strafbar. Wegen der Beihülfe zu Vorbereitungs-handlungen vergleiche die Bemerkung zu §. 40.

Besondere Bestimmungen über Beihülfe finden sich bei Duell §. 120., bei Falschmünzen und Münzverfälschung §. 128., bei Selbstmorde §. 148. und 158., bei Abtreibung der Leibesfrucht §. 155. und bei Amtsverbrechen §. 250. (Vergl. §. 83. 84. 87.) C. B. C. 30.

### §. 47.

Daß die gewerbmäßige Begünstigung, auf deren Hülfe der Verbrecher im Voraus rechnen kann, härter und der ungleichen Theilnahme zweiten Grades gleich gestraft wird, liegt in der Natur der Sache und der Aehnlichkeit beider Verhältnisse. Darüber läßt sich streiten, ob bei der auf diese Weise nicht qualificirten Begünstigung die Zwangsarbeit, selbst bei Begünstigung in Beziehung auf die schwersten Verbrechen, nicht ein zu hartes Strafübel sei? — Indesß bei den schwersten Verbrechen läßt sich dieß rechtfertigen, da hier auch die Begünstigung einen gefährlichen Character annimmt und im Allgemeinen für die Begünstigung kein anderer Maßstab der Strafbarkeit gefunden werden kann, als die Schwere der Verbrechen, auf welche sie sich bezieht.

Bemerk. zu §. 47. 1. Die strafbare Begünstigung kann sich sowohl auf die Urheber als auf Theilnehmer und Gehülfen beziehen, sowohl auf vorsätzlich verübte als auf fahrlässig begangene Verbrechen, imgleichen auf wirklich vollführte Verbrechen und auf Versuchs-Handlungen.

Um dies zu bezeichnen, sind absichtlich die Worte Verbrecher und That gebraucht worden, welche Mitschuldige und verbrecherische Handlungen der einen wie der andern Art umfassen (vergl. Bemerk. zu §. 32.). Der Ausdruck »wissentlich Vorschub leistet« zeigt zwar an, daß es eine culpose Begün-



figung nicht geben könne. Wenn indeß Jemand unter Umständen, die ihm verdächtig sein können und müssen, auf die in §. 47. gedachte Weise mit Dieben oder gestohlenen Sachen sich befaßt hat, so ist er strafbar, auch wenn er der wissentlichen Diebeshehlerei oder Partiererei weder geständig noch überführt ist, indem die Verordnungen v. 20. Oct. 1646., 30. Juli 1762., 4. August 1763., Fredersdorf Promptuarium Theil 2., Seite 376 u. 624, Theil 4. Seite 131, als polizeiliche Vorschriften enthaltend, durch das Criminalgesetzbuch nicht aufgehoben werden, sondern neben denselben zur Anwendung kommen. Besondere Bestimmungen über Begünstigung finden sich in den §§. 87. 128. 250. 252. 262. Abs. 2. 277. C. B. C. 31. 32.

2. Den Worten nach ist die Begünstigung auch dann strafbar, wenn der Verletzte selbst den Thäter begünstigt, ihn verborgen, seine Flucht erleichtert hat. In solchem Falle müßte sie wohl straflos bleiben.

### §. 48.

Zweifelhafter ist es, in wie fern die Mitwissenschaft überhaupt zu bestrafen sei. Das gemeine Recht kennt nur bei dem Hochverrathe eine strafbare Mitwissenschaft. Große praktische Folgen lassen sich von einer Ausdehnung dieser Vorschrift auf alle, oder doch auf die schweren Verbrechen nicht erwarten.

Rechtfertigen läßt sie sich indeß allerdings; denn wer ohne Gefahr ein Verbrechen verhindern kann, und dies unterläßt, oder wer zugeht, daß ein Unschuldiger wegen eines Verbrechens, dessen Thäter er kennt, verurtheilt wird, ladet einen Theil der Schuld mit auf sich. Die Verpflichtung zur Verhinderung von Verbrechen ist indeß auf schwere, namentlich aufgeführte Verbrechen beschränkt. Es ist dabei nicht zu übersehen, daß sie nicht allein auf vorsätzliche, sondern auch auf Verbrechen aus Fahrlässigkeit, insofern diese bei den genannten Uebertretungen vorkommen können, sich bezieht. Man kann nämlich nicht verkennen, daß die Nichtverhinderung solcher unvorsächlichen Verbrechen mindestens eben so strafbar ist, als die der vorsächlichen. Denn der Erfolg beider ist ganz gleich, und bei Verbrechen aus Fahrlässigkeit begeht der dasselbe nicht Verhindernde nicht nur ein Unrecht gegen den Verletzten, sondern auch gegen den Thäter, der von einer Rechtsverletzung nicht zurückgehalten wird, die er gar nicht beabsichtigt und die ihn oft für das ganze Leben unglücklich macht.

Nimmt man aber die Strafbarkeit der Mitwissenschaft in der hier festgesetzten Weise an, so werden die gegebenen Strafbestimmungen als Regel passen.

Bemerk. zu §. 48. Die nach Inhalt dieses §. für strafbar erklärte Mitwissenschaft bezieht sich theils auf bevorstehende Verbrechen, und als solche sind nur gemeingefährliche und sehr schwere aufgezählt, theils auf bereits

verübte. Von den letzten ist nur in dem Falle Anzeige zu machen, wenn man weiß, daß ein Unschuldiger solcherhalb zur Untersuchung und Haft gezogen, oder durch gerichtliches Erkenntniß zu einer Strafe verurtheilt, oder nur von der Instanz absolvirt ist. Auch wird dabei vorausgesetzt, daß das Verbrechen, weshalb die Untersuchung eingeleitet worden, unter die Bestimmungen dieses Criminalgesetzbuches fällt. Ueber die Art und Weise, wie die Obrigkeit oder die Gefährdeten von einem bevorstehenden Verbrechen zu benachrichtigen, hat es nicht angemessen geschienen, specielle Vorschriften aufzunehmen, insbesondere auch nicht darüber, ob bei einer Anzeige der Thäter zu benennen sei. Es versteht sich indeß von selbst, daß die Nennung des Thäters in den Fällen nicht unterbleiben darf, in welchen der Bedrohte nur durch dessen Kenntniß in den Stand gesetzt wird, sich gehörig sicher zu stellen. Uebrigens ist die in diesem §. ausgesprochene Verpflichtung, Verbrechen anzuzeigen, eine allgemeine Unterthanenpflicht, und verschieden von der Dienstobliegenheit gewisser Beamten, alle oder besondere Arten der zu ihrer Kenntniß gelangenden Verbrechen anzuzeigen. Vergl. §§. 270. 278. 281. Die Verpflichtung zur Selbstanzeige ist nur im Falle des §. 168. vorgeschrieben.

C. D. C. 31. 32. Prot. Nr. XLII. C. 505. Anf. II. zu LI. Nr. II.

Bemerk. zu §. 49. Die vorliegende Fassung ist gewählt um genügend hervorzuhellen: a) daß die Begünstigung durch einen Angehörigen des Verbrechers überhaupt nur dann strafbar sein soll, wenn sie selbstständig und nicht bloß Folge des Zusammenlebens in derselben Familie ist, und b) auf daß dagegen auch der Fall getroffen werde, wenn der Angehörige die Begünstigung gewerbmäßig betreibt.

C. D. C. 33. Prot. Nr. LXII. C. 506.

## §. 50—53.

Die in diesen Paragraphen enthaltenen Vorschriften geben nur zu folgenden wenigen Bemerkungen Veranlassung, die sich auf §. 51. beziehen.

Die Anstiftung, die vertragsmäßige Theilnahme und die Beihilfe bei verbrecherischen Handlungen wird dann ohne Zweifel geringer zu bestrafen sein, wenn der Anstifter, der Theilnehmer oder Gehülfe von dem verbrecherischen Vorhaben zurücktritt. Darüber herrschen verschiedene Ansichten, unter welchen Umständen ein solches Zurücktreten völlige Straflosigkeit bewirken solle? — Man hat indeß dafür gehalten, daß diese nur eintreten könne, entweder, wenn zeitig von dem verbrecherischen Vorhaben der Obrigkeit Anzeige gemacht, oder wenn zu der Ausführung der verbrecherischen Handlung entweder gar nicht, oder doch nicht in Folge der Anstiftung, Theilnahme oder Beihilfe geschritten ist. Wird dagegen das Verbrechen in Folge dieser Verhältnisse vollführt, so kann das Bestreben, die Ausführung der That zu verhindern,

oder die Zurücknahme den Zusage der Mitwirkung den Anstifter, Theilnehmer oder Gehülfen nicht straffrei machen; denn immer liegt doch in ihm mit die Ursache, Veranlassung oder Beförderung der That, und er hat nicht Alles gethan, was an ihm war, die Ausführung des Verbrechens zu hindern, da er die Anzeige bei der Obrigkeit unterlassen hat. Diese Grundsätze werden noch mehr dadurch gerechtfertigt, daß die unterlassene Verhinderung von Verbrechen selbst dann strafbar ist, wenn der Mitwissende zur Entstehung, Ausführung oder Beförderung des verbrecherischen Unternehmens gar nicht beigetragen hat.

Bemerk. zu §. 51. 1. Die Anwendung der im §. 51. enthaltenen Strafbestimmung setzt voraus, daß des Bemühens, die Ausführung des verbrecherischen Vorhabens zu verhindern, oder der geschehenen Erklärung des Rücktrittes ungeachtet, von den Genossen dennoch zur Ausführung des Verbrechens geschritten ist, und zwar in Folge der Anstiftung, der geschlossenen Uebereinkunft oder zugesagten Beihilfe, so daß also hierin jedenfalls entweder die Ursache oder Veranlassung zu der verbrecherischen That oder eine Beförderung derselben liegt.

Bei Zumessung geringerer oder höherer Strafen ist es aber von Einfluß, ob Jemand beides gethan, nämlich sowohl seinen Rücktritt erklärt, als auch die Ausführung des verbrecherischen Vorhabens zu verhindern, sich bemühet hat, ob er ob nur das eine oder das andere von ihm geschehen ist.

Prot. Nr. XLII. S. 504. Nr. XLIII. S. 511—516.

2. Das Zurücktreten von einem Verbrechen hat für Anstifter, vertragsmäßige Theilnehmer und Gehülfen, rücksichtlich ihrer Strafbarkeit, stets günstige Folgen, jedoch nach Verschiedenheit der Fälle in folgender Weise:

- 1) wenn mit dem Rücktritte keine Anzeige bei der Obrigkeit verbunden wird, und die Genossen des Zurücktretenden zur Ausführung des Verbrechens schreiten, so kommt der vorliegende §. 51. zur Anwendung;
- 2) wenn ein Mitschuldiger zurücktritt und den Umständen nach erwarten konnte, daß die Ausführung des Verbrechens unterbleiben werde, solche aber dennoch geschieht, so gereicht demselben dies zur Strafminderung; §. 66. Nr. 6. Litt. d.
- 3) wenn ein Mitschuldiger zurücktritt und die Ausführung des Verbrechens unterbleibt, so wird derselbe straffrei. §. 69. Nr. 2., und eben dieses ist
- 4) der Fall, wenn der Mitschuldige zur Verhinderung des Verbrechens der Obrigkeit zeitig Anzeige macht. §. 69. Nr. 3.

C. B. S. 31.

Bemerk. zu §. 54. Durch diese Bestimmung ist das in den Motiven zu §. 41. erwähnte, allein richtige und aus der Natur der Sache folgende Princip, von welchem §. 252. die Anwendung enthält, auf alle Arten der Mitschuldigen, als auch dafür geltend, ausgedehnt worden.

C. B. S. 28. 29.

## T i t e l 6.

### §. 55.

Wenn gegen dieselbe Person zu gleicher Zeit wegen mehrerer Verbrechen Strafen zu erkennen sind, so ist der Grund der mehrfachen zugleich zu strafenden Gesetzübertretungen entweder darin zu suchen, daß in ein und derselben Handlung die Uebertretung verschiedener Strafgesetze liegt, z. B. Nothzucht und Ehebruch (formale oder ideale Concurrrenz), oder daß verschiedene Handlungen begangen sind, deren jede eine selbstständige Gesetzesübertretung enthält (materielle oder reale Concurrrenz). Der Grundsatz, daß die ideale Concurrrenz vorsätzlicher Verbrechen nur die Folge hat, daß die Strafe des schwersten Verbrechens um so strenger zugemessen wird, ist ziemlich allgemein anerkannt, und folgt theils, wie bereits oben bemerkt ist, aus der Natur der Sache, theils aus der Beschaffenheit der Fälle, bei welchen eine Concurrrenz dieser Art nur möglich ist. Hinsichtlich des idealen Zusammentreffens vorsätzlicher und fahrlässiger Verbrechen nehmen die meisten Gesetzgebungen zwar als Regel denselben Grundsatz an, befolgen ihn aber nicht bei den einzelnen Verbrechen und halten sogar einen solchen Concurrrenzfall für schwer genug, um Todesstrafe zu rechtfertigen, nämlich Brandstiftung, bei welcher Menschen umgekommen sind, wenn der Thäter diesen Erfolg voraussehen konnte. Abgesehen davon, daß man ein Menschenleben nicht von einer vieldeutigen Vorschrift abhängig machen sollte, verträgt es sich nicht mit den obersten Principien des Criminalrechts, daß der Verbrecher durch ein oft sehr zufälliges Ereigniß, das obenein nicht in seiner Absicht lag, Todesstrafe verwirke. Diese Strafe sollte nur die Folge einer wohlüberlegten und beabsichtigten Rechtsverletzung sein können. Ueberdies ist nicht wohl einzusehen, weshalb, wenn eine Tödtung in Folge einer Brandstiftung mit Todesstrafe bedrohet wird, eine gleiche Vorschrift nicht auch bei anderen Verbrechen gegeben werde, bei welchen eine Tödtung noch mehr vorausgesehen werden konnte, z. B. bei vorsätzlichen gefährlichen Körperverletzungen, als Castration &c. Auch können culpose Tödtungen in Folge mancher anderen Verbrechen vorkommen und auch vorausgesehen werden, z. B. bei Raub, Diebstahl.

Man muß daher, um ihrem innern Wesen nach gleiche Fälle gleich zu behandeln, einen allgemeinen Grundsatz annehmen und consequent durchführen. Dieser kann nur darin bestehen, daß man die ideale Concurrrenz vorsätzlicher und fahrlässiger Verbrechen eben so behandelt, wie

die vorsätzlicher. Bei beiden kann man aber den Grundsatz, daß die schwerere Strafe die geringere aufhebe (poena major absorbet minorem) nur in so weit festhalten, daß eine andere, als die auf das schwerste Verbrechen gesetzte Strafart nicht eintritt, daß aber diese, um die in dieser Concurrrenz liegende Erschwerung gehörig zu berücksichtigen, bis zu ihrer außerordentlichen längsten Dauer verlängert werden darf, insofern nach richterlichem Ermessen die Beschaffenheit der Umstände dieses erfordert. Fälle dieser Art können besonders eintreten, wenn fahrlässige und vorsätzliche Verbrechen concurriren, und die durch jene verursachte Rechtsverletzung die wichtigere ist. Auf diese Weise ist der Richter in den Stand gesetzt, solche Concurrrenzfälle nach gleichmäßigen Grundsätzen zu beurtheilen und angemessen zu bestrafen.

Die übrigen in diesen S. aufgenommenen, mit den jetzt allgemein befolgten Grundsätzen übereinstimmenden Vorschriften werden nach den bereits oben gemachten Bemerkungen keiner näheren Entwicklung bedürfen.

Bemerk. zu §. 55 bis 66. Zwischen den Straf-Erhöhungsg- (Schärfungs-) und Straferabsetzungsg- (Milderungs-) Gründen (§. 55—62) auf der einen, und den Strafzumessungsg- (Erschwerungs- oder Milderungs-) Gründen (§. 63—66.) auf der andern Seite, besteht ein wichtiger (Motive §. VIII.), erst in den neuern Zeiten mehr hervorgehobener Unterschied, dessen Nichtbeachtung in der Doctrin und Praxis öfter zu irrigen Vorstellungen geführt hat.

Strafzumessungsg-Gründe sind die Rücksichten, nach denen der Richter innerhalb des durch das Gesetz festgestellten Straf-Minimums und Maximums die im einzelnen Falle verwirkte Strafe auszusprechen hat.

Straferhöhungsg- und Straferabsetzungsg-Gründe dagegen berechtigen den Richter zu einer Abweichung von der gesetzlich absolut oder relativ bestimmten Strafe, oder zu einer Straf-Änderung.

Bei Anwendung der Strafzumessungsg-Gründe hat der Richter freiere Hand. Eine Straf-Erhöhung oder Herabsetzung aber ist nur zulässig, wenn das Gesetz den Richter dazu besonders ermächtigt.

Die Straf-Erhöhungsg- und Herabsetzungsg-Gründe sind theils allgemeine, theils specielle, welche letztern bei einzelnen Verbrechen vorkommen und hier eine Strafabstufung bilden, z. B. §. 126. Abs. 1. §. 146. 159. 160. 189. 208. 240. 243. Außer in den besonders vorgeschriebenen Fällen gestattet das Gesetz dem Ermessen des Richters bloß bei dem Zusammentreffen mehrerer Straf-Herabsetzungsg- oder mehrerer Straf-Milderungsg-Gründe das Recht der Strafmilderung (§. 62.), und ein wenig bedeutendes Schärfungsrecht lediglich durch Stellung unter polizeiliche Aufsicht, durch Landesverweisung (§. 22. 23.) und durch öffentliche Bekanntmachung der Strafe (§. 24.).

Hiernach classificirt, ist das System des Gesetzbuches folgendes:

1. Allgemeine gesetzliche Straf-Erhöhungsg- (oder Schärfungsg-) Gründe.

§. 55—59.

- II. Allgemeine gesetzliche Straf-Herabsetzungs- (oder Milderungs-) Gründe. §. 60. 61. auch 71. am Ende.  
 III. Richterliches Schärfungsrecht. §. 22. 23. 24. Abs. 2.  
 IV. Richterliches Milderungsrecht §. 62.  
 V. Strafzumessungsgründe.

1. Erschwerungsgründe §. 57. 64. 65.

2. Minderungs-Gründe §. 66.

E. B. C. 33. 34.

Bemerk. zu §. 55. 1. Um bis zur längsten außerordentlichen Dauer der anzuwendenden Strafart steigen zu können, ist es nicht nothwendig, daß gerade die schwerste Uebertretung bis zur längsten ordentlichen Dauer ihrer Strafart bedrohet werden, sondern es genügt, wenn auch nur eine der zu bestrafenden Uebertretungen bis zur längsten ordentlichen Dauer der auf sie gesetzten Strafart bedrohet ist.

E. B. C. 34. 35.

2. Abs. 1. u. 2. Bei Zumessung der Strafe ist die ideale oder formale Concurrenz (§. 55. Absatz 1.) als ein Erschwerungsgrund, §. 65. Nr. 5., die reale oder materielle Concurrenz (§. 55. Abs. 2.) aber als ein Minderungsgrund, §. 66. Nr. 9., zu berücksichtigen. Das letzte beruht darauf, daß durch eine Verbindung der einzelnen Strafen diese härter wirken und besonders eine Freiheitsstrafe, welche ununterbrochen vollzogen wird, mit ihrer längern Dauer intensiv drückender ist, als eine solche, welche der Verbrecher in Zwischenräumen zu ersehen hat.

E. B. C. 36.

3. Abs. 2. Die Verwandlung in die zu erkennende schwerste Strafart (§. 25.) findet, in Gemäßheit des §. 5., überhaupt nur dann statt, wenn die ungleichartigen Strafen wegen mehrerer, in diesem Gesetzbuche mit Strafe bedrohter Verbrechen verurtheilt worden, einerlei übrigens, ob sie mit Criminalstrafen zu belegen oder nur polizeilich zu ahnden sind, nicht aber in dem Falle, wenn ein Criminalverbrechen nur mit einer eigentlichen Polizei-Contravention zusammentrifft, z. B. Todtschlag mit einem Forstfrevel. Im letzten Falle werden die für die verschiedenen Criminal-Verbrechen und Polizei-Delict verurtheilten Strafen separat vollzogen. In dieser Hinsicht hat sich Herzogl. Landesregierung folgendermaßen geäußert:

»Es läßt sich nicht annehmen, daß die Bestimmungen des §. 55. des Criminalgesetzbuches auf den Fall bezogen werden könnten, wenn neben Criminalstrafen andere Strafen zu erkennen oder zu vollziehen sind. Dies würde weder angemessen, noch nach unserer Gerichtsverfassung processualisch ausführbar sein, z. B. bei eigentlichen Polizei-Vergehen, den Steuer-, Forst- und Jagd-Contraventionen. Es können daher Fälle dieser Art nur hierher gerechnet werden, wenn solche polizeilich zu bestrafende Vergehen, welche das Criminalgesetzbuch an die Strafpolizei verweist, mit Verbrechen zusammentreffen. Die Richtigkeit dieser Ansicht ergibt sich auch aus dem processualischen Gesichtspunkte, indem der §. 20. Nr. 3. des Gesetzes vom 15. October 1832 Nr. 33. auf gleichen Grundsätzen beruht, so daß bereits durch gesetzliche Vorschriften dieser Gegenstand geordnet ist.«

E. B. C. 36. 37.

4. Abs. 3. In dem Entwurfe lautete der erste Abschnitt des Abs. 3. folgendermaßen:

»Finden sich unter den zugleich zu bestrafenden Verbrechen indessen mehrere gegen fremdes Eigenthum gerichtete und gleichartige, deren Strafe allein nach dem Werthe des Gegenstandes bestimmt wird, so ist der Betrag dieser Verbrechen zusammenzurechnen und darnach die Strafe zu erkennen.«

Diese Bestimmung, daß der Betrag mehrerer, gegen fremdes Eigenthum gerichteter gleichartiger Verbrechen nur dann zusammen gerechnet werden solle, wenn deren Strafe allein nach dem Werthe des Gegenstandes sich richtet, also wenn keine sonstigen Auszeichnungen dabei vorkommen, hätte unter Umständen zu großen Ungleichheiten führen können, namentlich dahin, daß der Thäter qualificirter und gemeiner Diebstähle mit einer gelindern Strafart zu belegen gewesen wäre, als der welcher nur gemeiner Diebstähle, und zwar zu demselben Gelbwerthe, sich schuldig gemacht hatte. Es war also die Abänderung nothwendig, welche das publicirte Gesetz enthält, und zu deren Motivirung aus einem Schreiben der Herzogl. Landesregierung Nachstehendes anzuführen ist:

»Für die Fälle, wo eine Zusammenrechnung der Summe nicht stattfindet, lassen sich für die Verbrechen gegen das Eigenthum andere als die in dem §. 55. Abs. 2. vorgeschriebenen Grundsätze nicht anwenden, vielmehr müssen dieselben ganz nach diesen Grundsätzen beurtheilt werden, insofern nicht die Zusammenrechnung der Summe noch eine höhere Strafbarkeit ergibt; denn es ist kein Grund vorhanden, in dieser Beziehung die gegen das Eigenthum gerichteten Verbrechen milder zu behandeln, als andere und zwar nur für den Fall, wenn sie mit gleichartigen Verbrechen zusammentreffen. Eine zu große Härte liegt aber selbst im Vergleich zu dem jetzigen Gerichtsgebrauche in der Bestimmung des Absages 2. des §. 55. 1c. weder überhaupt, noch in Hinsicht auf die Verbrechen gegen das Eigenthum. Die Bestimmung erhält ihre Beschränkung durch die Vorschrift des §. 66. Nr. 9., daß eine Strafminderung eintreten solle, wenn in einem Concurrenzfalle durch Zusammenrechnung der vollen verwirkten Strafe ein verhältnismäßig zu hartes Strafmaß entsteht. Wenn daher z. B. fünf Verbrechen begangen sind, deren jedes mit Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr bedrohet ist, so wird zwar der Richter zuvörderst zu erwägen haben, wie hoch die Strafe für jedes einzelne Verbrechen zu bestimmen sein würde, er wird aber die Summe des hieraus sich ergebenden Strafmaßes ermäßigen können; und in den angegebenen Beispielen, wenn er bei jedem einzelnen Verbrechen den geringsten Grad der Strafbarkeit findet, nicht gezwungen sein, auf fünf Jahre Zwangsarbeit zu erkennen, wenn diese volle Strafe ihm unverhältnismäßig erscheint, sondern er wird sie angemessen ermäßigen. Hierin liegt im Sinne des Gesetzes auch keine Straferabsetzung, sondern wirklich nur eine Strafzumessung; denn der Spielraum, innerhalb dessen sich das richterliche Ermessen in dem angeführten Falle bewegen kann, ist Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr bis von zehn Jahren, und es wird also die angebrohete Strafart, und zwar nicht unter dem angedroheten Minimum, zur Anwendung gebracht und auf gerechte Weise die durch das Zusammentreffen mehrerer Strafmaß entstehende unverhältnismäßige Schär-

fung derselben berücksichtigt. Es ist auch hier dem richterlichen Ermessen, wie bei allen ähnlichen Verhältnissen, der nothwendige Spielraum gelassen.“

C. B. G. 35. 36.

5. Ueber das Zusammentreffen mehrerer Amtsverbrechen vergl. §. 249. Abs. 4.

### §. 56.

Eben so stimmt die in diesem Paragraphen gegebene Definition des fortgesetzten Verbrechens mit den in der Wissenschaft und Gesetzgebung angenommenen Grundsätzen überein.

### §. 57.

Die Vorschriften dieses Paragraphen sind nur eine consequente Anwendung der über das Zusammentreffen von Verbrechen angenommenen Grundsätze auf das Zusammentreffen mehrerer Strafabstufungsgründe bei demselben Verbrechen.

### §. 58.

Die Geschichte der Lehre von der Strafbarkeit des eigentlichen Rückfalls bietet eine eigenthümliche Erscheinung dar. Das gemeine deutsche Criminalrecht kennt eigentliche Rückfallsstrafen nur bei dem Diebstahle. Die neueren Gesetzgebungen haben die bei diesem Verbrechen angenommenen Grundsätze generalisirt und sehen den eigentlichen Rückfall immer als Straferhöhungsgrund an, indem sie entweder eigene Rückfallsstrafen, wobei der Rückfall an sich als ein eigenes Verbrechen behandelt wird, festsetzen, oder doch eine Erhöhung der Strafe des jetzt zu bestrafenden Verbrechens im Allgemeinen vorschreiben. Allein (und hierin liegt gerade das Bemerkenswerthe) die von der Lehre des Diebstahls hergenommenen allgemeinen Grundsätze sind in den neueren Gesetzgebungen doch für dieses Verbrechen selbst wieder nicht ausreichend gefunden und alle ohne Ausnahme haben besondere Bestimmungen über Diebstahls-Rückfälle.

Den Begriff des Rückfalls bestimmt das Gesetz dahin, daß wegen desselben oder eines gleichartigen Verbrechens schon Strafe erlitten sein muß. Man kann nämlich in Criminalfällen nicht dem Erkenntnisse allein eine solche Wirkung zuschreiben, daß schon dieses hinreichte, einen Straferhöhungsgrund abzugeben, denn erst das wirkliche Empfinden des Strafübels und dessen vergebliche Anwendung rechtfertigt größere Strenge, wogegen das Dasein des Erkenntnisses und dessen Nichtvollziehung oder die erfolgte Begnadigung unter Umständen sogar ein Grund sein kann, den Uebelthäter in seinen bösen Vorsätzen zu bekräftigen. Die angenommene Ansicht stimmt auch mit dem gemei-



nen Rechte und der hiesigen Praxis, keinesweges aber mit allen neueren Gesetzgebungen überein.

Die erlittene Strafe muß übrigens eine Strafe im rechtlichen Sinne des Wortes, d. h. auf Grund eines rechtlichen Erkenntnisses vollzogen sein. Aus diesem Erfordernisse ergibt sich von selbst, daß eine Strafvollziehung, die diesen Charakter nicht trägt, die Rückfallsstrafen nicht begründen kann, und es hat nicht nothwendig geschienen, hierauf noch ausdrücklich hinzuweisen. Ob die Strafe dagegen von einem hiesigen oder einem auswärtigen Gerichte erkannt sei? — ist einerlei.

Was nun die Strafbarkeit des Rückfalls betrifft, so ist der Rückfall im weiteren Sinne, d. h. die vorhergehende nicht wegen desselben oder eines gleichartigen Verbrechens erlittene Bestrafung, nur als ein Erschwerungsgrund angesehen (§. 64. Nr. 6.), also lediglich bei der Strafzumessung zu berücksichtigen.

Der Rückfall im eigentlichen Sinne, von welchem dieser §. handelt, ist nicht als eigenthümliches Verbrechen behandelt, sondern er ist nur ein Erhöhungsgrund der Strafe des jetzt begangenen Verbrechens. Diese Ansicht folgt aus der Natur der Sache und sie wird um so weniger einer ausführlichen Rechtfertigung bedürfen, als sie die fast ganz allgemein angenommene ist. Hält man aber diese Ansicht fest, so muß man auch zu dem Resultate gelangen, daß eine schwerere Strafart, als die an sich auf das Verbrechen gesetzte, durch den Rückfall nicht verwirkt werden sollte, sondern daß er nur die Folge haben könne, diese in härterem Maße aufzulegen. Demgemäß ist denn in dem Gesetze dem Rückfalle nur die Wirkung beigelegt, daß auf die das Verbrechen treffende Strafart bis zu deren längsten ordentlichen oder außerordentlichen Dauer erkannt werden kann. Von dieser Regel ist keine Ausnahme gemacht, auch selbst nicht bei dem Diebstahle, worüber das Nähere in dem speciellen Theile beizubringen sein wird. Die hiernach sich ergebenden Strafen sind zwar nicht so strenge, als die mancher deutschen Gesetzbücher, allein gewiß ausreichend, und eine sehr hoch gesteigerte Strafbarkeit des Rückfalls möchte an sich schwer zu rechtfertigen, jedenfalls unnöthig sein, da die Erfahrung lehrt, daß gerade bei den schwersten Verbrechen Rückfälle am seltensten vorkommen, und außerdem bei Dieben die Correctionsanstalten jetzt eine zweckmäßige Nachhülfe gewähren.

Da der §. 5. vorschreibt, daß die Bestimmungen des allgemeinen Theiles sich nur auf die im zweiten Buche verbotenen Handlungen beziehen, so folgt hieraus schon, daß diejenigen Verbrechen, welche in ihren geringsten Abstufungen so weit herabsinken, daß sie der polizeili-

den Bestrafung überwiesen sind, wenn nur eine Polizeistrafe wegen derselben erkannt oder zu erkennen ist, den Rückfall nicht begründen. Wer also, nachdem er z. B. wegen Diebstahls Criminalstrafe erlitten hat, einen polizeilich zu bestrafenden Diebstahl begeht, soll doch nur polizeilich bestraft werden, und umgekehrt, wer Polizeistrafe wegen Diebstahls erlitten hat und nun wegen dieses Verbrechens criminell zu bestrafen ist, wird deshalb nicht als rückfällig angesehen. Indes ist in dem besonderen Theile bei den einzelnen Verbrechen bestimmt, inwiefern mehrere erlittene Polizeistrafen eine solche Qualification bilden, daß sie ein Polizeivergehen zum Verbrechen machen.

Um keinen Zweifel darüber zu lassen, daß eine wegen Anstiftung, Theilnahme oder Versuch erlittene oder zu erleidende Strafe den Rückfall begründe, ist dieses ausdrücklich ausgesprochen. Beihülfe, Begünstigung und Mitwissenschaft als *eigenthümliche* Gesetzesübertretungen sind dagegen mit dem Verbrechen selbst nicht gleichartig und begründen daher, in Beziehung auf dieses, die Rückfallstrafen nicht.

Die in dem Schlusse dieses S. gegebenen Vorschriften sind dem gegenwärtigen Gesetze eigenthümlich. Es macht in den Strafanstalten einen sehr übeln Eindruck, wenn Menschen, welche die schwersten Freiheitsstrafen bereits erlitten haben, späterhin eine leichtere Strafart erdulden. Die übrigen Mitgefangenen sehen darin eine Art von Degradation, und der Sträfling selbst wird weniger von der Strafe getroffen. Beiden Inconvenienzen wird durch die gegebenen Vorschriften vorgebeugt. Eine Härte für den zu Bestrafenden liegt in ihnen nicht. Denn die rechtlichen Folgen der schwereren Strafart treffen den mit ihr schon einmal Bestraften nicht mehr. Der Fall aber, daß das hier zugelassene Minimum der härteren Strafart nach den Grundsätzen über die Verwandlung der Strafen die Dauer der eigentlich zu erkennenden Strafe übersteigt, ist zwar möglich, wird aber sehr selten vorkommen, und die sich hier ergebende, jedenfalls nur sehr wenig härtere Bestrafung rechtfertigt sich dadurch, daß das früher erlittene schwerere Straf-übel ohne Eindruck auf den Verbrecher geblieben ist, dessen Wiederanwendung also mindestens erforderlich erscheint.

Der Gerichtsgebrauch in den hiesigen Landen ist dieser Ansicht bisher auch insoweit gefolgt, daß, obgleich Karrenstrafe nicht unter zwei Jahren erkannt werden soll, von dieser Regel doch bei solchen Rückfälligen, die bereits Karrenstrafe erlitten hatten, eine Ausnahme zugelassen und, wenn die Beschaffenheit des Falles es erforderte, diese Strafart auch auf kürzere Zeit erkannt ist.

Bemerk. zu §. 58. 1. Gehülfen, Begünstiger und Mitwisser sind zwar in Bezug auf den Rückfall dem Anstifter, Urheber und Theilnehmer nicht gleichgestellt worden. In Beziehung auf jene Verhältnisse selbst ist jedoch ein Rückfall möglich. Wer also zuerst gestohlen und sodann Beihülfe zu einem Diebstahle geleistet hat, oder umgekehrt, erleidet die Rückfallsstrafe nicht. Dagegen trifft denjenigen, der wegen Beihülfe zu einem Diebstahle Strafe erlitten hat, die Strafe des Rückfalles, wenn er sich wieder der Beihülfe bei demselben oder einem gleichartigen Verbrechen schuldig macht.

C. B. C. 37.

2. Der Ausdruck: »*rechtl. Erkenntnis*« bildet den Gegensatz von einem nicht zu rechtbeständigen oder nichtigen Erkenntnis.

l. 10. D. de jurisdictione. 2. 1. C. B. C. 37.

3. Es macht keinen Unterschied, ob das rückfällige Verbrechen im In- oder Auslande bestraft ist. Das Forststrafgesetz (§. 26.) und das Jagdstrafgesetz (§. 25.) erfordert dagegen zur Anwendung der Rückfall-Strafen, daß die frühere Bestrafung von einem inländischen Gerichte erkannt worden.

C. B. C. 37.

4. Der eigentliche Rückfall wird hier als ein Straf-Erhöhungsgrund bezeichnet, und im §. 65. Nr. 6. wiederum als ein erschwerender Straf-Zumessungsgrund aufgeführt, was sich besonders auf den wiederholten Rückfall bezieht.

C. B. C. 37.

5. Wenn seit Beendigung der Strafvollziehung die Verjährungsfrist abgelaufen ist, so hört der Rückfall auf, ein Straf-Erhöhungsgrund zu sein. (§. 71. am Ende.)

C. B. C. 38.

6. Es versteht sich von selbst, daß, wenn Jemand nach erlittener Bestrafung mehrere Verbrechen verübt hat, und sich unter diesen eines oder mehrere befinden, welche dieselben oder eine gleichartige Uebertretung enthalten, wegen welcher er schon bestraft worden, alsdann die Vorschriften über Rückfall und Zusammentreffen von Verbrechen (§. 55.) vereint zur Anwendung kommen.

C. B. C. 38.

7. Die im 3ten Absätze enthaltene Vorschrift ist nur anzuwenden, wenn die für das neue Verbrechen verwirkte Strafe die polizeiliche Ahndung übersteigt. Wer z. B. wegen Diebstahls Zuchthaus erlitten hat und von Neuem einen polizeilich zu bestrafenden Diebstahl verübt, erleidet nur polizeiliche Gefängnisstrafe. Anders, wenn er für den zweiten Diebstahl Zwangsarbeit verwirkt hätte, alsdann erhält er mindestens 1 Monat Zuchthaus. Herzogl. Landesregierung hat sich hierüber folgendermaßen geäußert:

»Es ist bereits in den Motiven angedeutet, daß die Criminalstrafen auf die Polizeistrafen nicht zurückwirken sollen. Es würde nun aber eine für die Verbrechen gegebene materielle Strafbestimmung auf »Polizei-Delictes angewendet, wenn man den letzten Absatz des Paragraphen 58. auf diese beziehen wollte, was mit den angenommenen Grundsätzen nicht übereinstimmt, und wodurch die Strafbarkeit der »Polizei-vergehen bedeutend erhöht würde, so daß z. B. ein Diebstahl

»von wenigen Pfennigen nach erlittener Zuchthausstrafe mindestens 1 Monat Zuchthaus oder eine Körperverletzung, nach erlittener Kettenstrafe, wenn sie sonst polizeilich zu bestrafen gewesen wäre, gar dreimonatige Kettenstrafe nach sich ziehen würde. Wir müssen auch dafür halten, daß diese Ansicht schon aus der Fassung des §. 58., dessen 3ter Absatz ausdrücklich von verbrecherischen Handlungen redet, so wie daraus unzweifelhaft hervorgehe, daß bei den einzelnen Verbrechen bestimmt ist, wie oft Polizeistrafе erlitten sein muß, um ein Polizeivergehen zum Verbrechen zu machen.«

C. B. G. 38.

### §. 59.

Eine Gesetzgebung, welche die Strafbarkeit der Verbrechen hauptsächlich von der Bösartigkeit des Willens des Thäters abhängig macht, muß bei dem Rückfalle und der Concurrenz diejenigen Verbrechen als gleichartige ansehen, die in einer gleichen ~~offen~~ Richtung des Begehrungsvermögens ihren Grund haben. Sie kann dies aber auch unbedenklich, ohne den Vorwurf der Härte zu fürchten, wenn sie den eigentlichen Rückfall nicht als ein besonderes Verbrechen, sondern nur als einen Straferhöhungsgrund betrachtet. Auf diese Grundsätze sind die Bestimmungen des gegenwärtigen §. gebauet.

Bemerk. zu §. 59. Die Bestimmung des Schlusssatzes: »Verbrechen aus Vorsatz und Fahrlässigkeit sind nicht gleichartig« ist wörtlich zu nehmen, und bezieht sich nicht auf dieselbe Art der Verschuldung. Wer also zuerst fahrlässig getödtet hat, und nun absichtlich tödtet, erleidet die Strafe des Rückfalls nicht. Ist aber der Verbrecher wegen culposer Tödtung bereits bestraft worden, und macht er sich nun abermals einer culposen Tödtung schuldig, so wird er von der Strafe des Rückfalls getroffen.

C. B. G. 38. 39.

### §. 60.

1) Daß die Jugend die Todesstrafe und die härteste Freiheitsstrafe ausschließen müsse, erkennen alle Gesetzgebungen an. Gewöhnlich ist das 18te Jahr der Termin, mit dem man das jugendliche Alter in dieser Beziehung für abgeschlossen annimmt; indeß ist auch das 16te Jahr angenommen. Bei der Revision des österreichischen Gesetzbuches, welches das 20ste Jahr festsetzt, soll jetzt das einundzwanzigste Jahr in Vorschlag gekommen und festgesetzt sein, was insofern, als dieses Alter einen rechtlichen Lebensabschnitt sonst bildet, Erwägung verdient. Das gegenwärtige Gesetz hat aus diesem Grunde gleichfalls das einundzwanzigste Jahr angenommen. Es ist zwar viel empfohlen, gegen jugendliche Verbrecher nie Zuchthausstrafe eintreten zu lassen;

indefß wird man sie für die schweren Verbrechen nicht entbehren können, wenn man das jugendliche Alter bis zum einundzwanzigsten Jahre verlängert und Zuchthaus nicht die härteste Freiheitsstrafe bildet; auch stimmt damit der Gerichtsgebrauch überein. Ja für die schlimmsten Fälle, bei besonderer Bosheit und Ueberlegung und bei einem Alter über achtzehn Jahre, ist selbst Kettenstrafe gerechtfertigt.

Die Vorschrift, daß der jugendliche Verbrecher die zur Unterscheidung der Strafbarkeit der Handlung nothwendige Ausbildung haben müsse, ist nicht mit aufgenommen. Denn wenn das zurechnungsfähige Alter erst mit dem vierzehnten Jahre beginnt, kann man die Ausbildung voraussetzen, insofern überhaupt ein zurechnungsfähiger normaler Zustand bei dem zu Bestrafenden sich findet.

2) Die Zurechnungsfähigkeit nicht ausschließender Blödsinn verdient dieselbe, aber auch keine größere Berücksichtigung, als jugendliches Alter, da solche zu schweren Verbrechen geneigte Personen immer gefährliche Subjekte sind.

3) Alle die Zustände, welche, wenn sie die Zurechnungsfähigkeit gänzlich aufheben, die Strafbarkeit anschießen, können auch in einem geringeren Grade vorkommen und dann die Zurechnungsfähigkeit so erheblich mindern, daß die Anwendung der vollen Strafe ungerecht sein würde. Für Fälle dieser Art gilt dasselbe, was so eben wegen des Blödsinns bemerkt ist.

Bemerk. zu §. 60. Zu den hier in Frage kommenden Zuständen werden insbesondere folgende zu rechnen sein:

- 1) Mäßige Trunkenheit, d. h. solche, die das Bewußtsein nicht gänzlich aufgehoben hat, vergl. §. 66. Nr. 1.
- 2) Die im §. 149., Absatz 2. erwähnten Zustände.

In wie weit

- 3) nicht unwiderstehliche Gewalt (§. 33.) oder minder gefährliche Drohung (§. 79.) hierher, d. h. zu den Strafherabsetzungs-Gründen gehören, wird nach Beschaffenheit der Umstände zu ermessen sein; jedenfalls sind dieselben, sowie auch Befehl als Minderungsgründe bei Zurechnung der Strafen zu berücksichtigen. (§. 66. Nr. 2.)

Darüber endlich,

- 4) ob Geistesranke, welche in lichten Zwischenräumen gesetzwidrige Handlungen verübt haben, nach §. 60. oder nach §. 66. zu beurtheilen, läßt sich nicht wohl eine allgemeine Regel aufstellen, indem es dabei auf die besondere Beschaffenheit des Falles ankommt.

C. B. C. 39.

## §. 61.

Die Anrechnung unverschuldeter Haft oder auch sonst widerrecht-

lich zugefügter Uebel während der Untersuchung erfordert die Billigkeit, insofern die rechtlichen Folgen der eigentlich zu erduldenen Strafe nur dadurch nicht aufgehoben werden, was der Paragraph vorschreibt.

Bemerk. zu §. 61. Eine Anrechnung unverschuldeter Haft und Leiden ist, den allgemeinen Bestimmungen zufolge, auch auf eine zu erkennende Geldstrafe (§. 18.) zulässig, und in jedem einzelnen Falle nach dem Verhältnisse vorzunehmen, nach welchem der Richter statt Gefängnisses auf verhältnismäßige Geldstrafe zu erkennen für angemessen hält.

C. B. C. 39.

### §. 62.

Eine der schwierigsten Aufgaben der Strafgesetzgebung ist die richtige Bestimmung der Gränzen des richterlichen Ermessens bei Zuerkennung der Strafen. Die Wahrheit hat allgemeine Anerkennung gefunden, daß dasselbe Verbrechen nicht unter allen Umständen mit derselben Strafe belegt werden könne. Deshalb hat man als Regel angenommen, bei den einzelnen Verbrechen relative Strafen anzudrohen, mit einem Maximum und Minimum, innerhalb welcher die Festsetzung der Strafe dem Richter in jedem einzelnen Falle überlassen bleibt. Außerdem hat man mit Sorgfalt die allgemeinen Gründe festgesetzt, welche eine Herabsetzung der dem einzelnen Verbrechen gedrohten Strafe rechtfertigen. Indes sowohl den Theoretikern als Praktikern haben diese Einrichtungen nicht ausreichend geschienen. Sie verlangen, daß die Gerichte die Befugniß erhalten, bei dem Zusammentreffen vieler und besonders erheblicher Minderungsgründe, selbst unter die niedrigste dem Verbrechen angedrohte Strafe herabzugehen. Diese Ansicht hat in dem österreichischen Gesetzbuche Berücksichtigung gefunden, welches die Obergerichte ermächtigt, unter gewissen Umständen auf eine geringere Strafe zu erkennen, und sie ist in den Entwurf des hannoverschen Strafgesetzbuches in einer weitem Ausdehnung aufgenommen. Die übrigen deutschen Strafgesetzbücher und Regierungsentwürfe folgen meist dieser Ansicht nicht, als zu weit führend und der richterlichen Willkür einen zu großen Spielraum gewährend. Den Schwierigkeiten, welche durch das Festhalten eines unwandelbaren Strafminimums unter allen Umständen entstehen, hat man dadurch vorzubeugen gesucht, theils, daß man dies Strafminimum möglichst gering festsetzte, theils dadurch, daß man die einzelnen Verbrechen alternativ mit mehreren Strafarten bedrohte, unter denen dem Richter die Wahl zusteht.

Die Resultate der reiflichsten Erwägung dieses wichtigen Gegenstandes sind in den Vorschriften des §. 62. des gegenwärtigen Gesetzes niedergelegt. Es ist nothwendig erachtet, die Gerichte zu ermäch-

tigen, nicht nur bis zu der geringsten außerordentlichen Dauer der angedroheten, sondern selbst auf die zunächst folgende gelindere Strafart herabzugehen. Eben so wenig wie man geglaubt hat, die Gesetzesanalogie im Criminalrechte entbehren zu können, eben so wenig haben Bestimmungen der vorliegenden Art entbehrlich geschienen, hauptsächlich aus folgenden Gründen:

1) Die gesetzliche Strafbestimmung kann immer nur die Regel bilden, d. h. der Gesetzgeber kann, wenn er die Strafe eines Verbrechens festsetzt, nur die Umstände vor Augen haben, unter denen es gewöhnlich vorkommt. Es würde sogar ein Fehler sein, wenn man sich von dieser Ansicht entfernte; denn man würde alsdann die Strafen der einzelnen Verbrechen entweder zu hart oder zu gelinde bestimmen. Wenn man nun auch daneben in den allgemeinen Vorschriften eines Strafgesetzbuches die allgemeinen Gründe der Strafherabsetzung festsetzt, so heißt es doch dem menschlichen Geiste zu viel zutrauen, wenn man erwartet, daß man auf diese Weise alle denkbaren Fälle gleichmäßig und gerecht berücksichtigt habe. Das ganze Leben eines Volkes in seinen mannichfaltigen und wechselnden Gestaltungen läßt sich nicht in die Fesseln eines starren Gesetzes schlagen, und wenn man der Gesetzgebung und der Rechtsanwendung nicht das eigentliche Lebensprincip entziehen will, muß derselbe Geist, der das Gesetz dictirte, auch die Rechtsanwendung leiten.

2) Je mehr Werth man darauf legt, die Strafen der einzelnen Verbrechen angemessen und mit Genauigkeit zu bestimmen und die richtige Anwendung der gegebenen Bestimmungen zu sichern, um so geneigter muß man sein, die hier festgesetzte Ausnahme zuzulassen. Denn gerade erst durch sie wird man in den Stand gesetzt, die Regel festzuhalten und deren strenge Anwendung zu verlangen. Aus diesem Grunde läßt sich auch weder der Ausweg, das Strafminimum möglichst herabzusetzen, noch der, alternativ mehrere Strafen anzudrohen, empfehlen, denn beide werden unfehlbar zu einer der Absicht des Gesetzgebers nicht entsprechenden zu gelinden Bestrafung führen.

3) Die Willkür der Gerichte darf man nicht besorgen. Selbst die vortrefflichsten Gesetze werden wenig frommen, wenn man nicht Gerichte hat, zu denen man vertrauen kann, daß sie solche gehörig anwenden. Das Wesentlichste ist daher eine gute Organisation der Gerichte. Kann und muß man diese aber voraussetzen, so liegt in Vorschriften, wie die gegenwärtigen, nicht die mindeste Gefahr. Es ist weit weniger zu fürchten, daß die Gerichte eine solche Ermächtigung miß-

brauchen, als daß sie Mittel finden werden, gesetzliche Bestimmungen, die ihnen zu hart erscheinen, zu umgehen.

4) Zur Beseitigung der Mängel, welche daraus entstehen, wenn die Gerichte von dem gesetzlichen Minimum nie abgehen dürfen, hat man wohl auch auf das Begnadigungsrecht verwiesen. Indesß dieses erhabene Vorrecht der Regenten hat einen zu edlen Ursprung und Zweck, als daß es das regelmäßige Mittel sein sollte oder könnte, die Fehler der Gesetzgebung zu verbessern.

5) Endlich kann man eine lange Dauer keiner Gesetzgebung weis-sagen, die sich streng abschließt und sich für die Einwirkungen des Lebens völlig unzugänglich macht. Dies lehrt die Geschichte aller Gesetzgebungen, insbesondere die der peinlichen Gerichtsordnung und der neueren Gesetzbücher, die jetzt schon wieder einer Revision bedürfen. In der Rechtsgesetzgebung ist aber nichts so wünschenswerth, als Stetigkeit, die Wirksamkeit derselben hängt hauptsächlich von ihrer Dauer ab, und wahrhaft heilsam wirkt sie erst alsdann, wenn das Alter sie mit dem Scheine der Heiligkeit umgiebt. Der Gesetzgeber muß daher vorzüglich dahin streben, seinen Werken die Elemente einer langen Dauer zu verleihen. Mag man sich nun auch die Kraft zutrauen, die Verhältnisse der Gegenwart zu ergründen und zu umfassen, so wird man doch, wenn man in die Zukunft blickt, mit dem Kaiser Justinian bescheiden sprechen müssen: *divinae quidem res perfectissimae sunt, humani vero iuris conditio semper in infinitum decurrit, et nihil est in ea, quod stare perpetuo possit, multas etenim formas edere natura novas deproperat.*

Wenn es aus diesen Gründen nothwendig erachtet ist, die Gerichte zu ermächtigen, unter das Strafminimum herabzugehen, so hat man doch nicht geglaubt, diese Ermächtigung so weit ausdehnen zu müssen, daß ihnen gestattet wäre, die ganze Stufenleiter der Strafen, von der Todesstrafe bis zum Verweise, hinabzusteigen. Vielmehr hat die ihnen erteilte begränzte Befugniß ausreichend geschienen, und auch bei dieser sind sie auf die rechtlichen Gründe, die deren Anwendung bedingen, speciell hingewiesen.

Bemerk. zu §. 62. 1. Der §. 62 enthält eine der vorzüglichsten Bestimmungen des Gesetzes. Es kann zu ihrem Lobe aber auch, um die Nothwendigkeit derselben darzulegen, nichts treffender gesagt werden, als was ein großer Weiser Aristoteles über einen ähnlichen Gegenstand, das Verhältniß der Billigkeit zur Gerechtigkeit, gelehrt hat. Die hierher gehörige Stelle findet sich in der Ethik, Buch 5. Capitel 15., und lautet nach der Uebersetzung von Garve also:

„Die Gesetze geben ihre Entscheidung immer im Allgemeinen. Es



gibt aber einige Sachen, über welche es unmöglich ist, im Allgemeinen richtig zu entscheiden. In Sachen also, wo das Gesetz zu einer allgemeinen Entscheidung genöthigt und wo doch eine allgemeine vollkommen richtige Bestimmung unmöglich ist, da nimmt das Gesetz das, was in den meisten Fällen zutrifft, für das allgemein Richtige an, und gebietet und verbietet allgemein, wobei es wohl weiß, daß es Ausnahmen giebt. Und deswegen kann doch das Gesetz untadelhaft sein. Der Fehler liegt nicht im Gesetze, noch im Gesetzgeber, sondern in der Natur des Gegenstandes. Und beinahe sind alle practischen Gegenstände von der Art, keine allgemeine Regeln ohne Ausnahme zuzulassen. Wenn nun also das Gesetz im Allgemeinen geredet hat, jetzt aber ein Fall vorkommt, welcher unter jenes Allgemeine nicht zu bringen ist, dann ist es recht, das, was der Gesetzgeber ausgelassen und worin er gefehlt hat, indem er allgemein sprach, zu ergänzen und das zu thun, was der Gesetzgeber selbst, wenn er gegenwärtig (der Fall vor ihm zu entscheiden) «wäre, gebieten würde, und was er, wenn er den Fall vorausgesehen hätte, in sein Gesetz würde aufgenommen haben.»

Und dies ist es, was durch die in Rede stehende Bestimmung erzielt wird, indem sie den Richter ermächtigt, die allgemeinen Forderungen der Gerechtigkeit nach den bei den einzelnen Fällen vorkommenden Umständen zu modificiren, auszusprechen, was zwar dem Buchstaben des Gesetzes nicht vollkommen gemäß, aber an sich gerecht ist, und wodurch die strengen Vorschriften des allgemein lautenden Gesetzes nach der Beschaffenheit der Umstände des einzelnen Falles gemäßigt und ausgeglichen werden, insofern hierbei deren wörtliche Anwendung zu ungeeigneten drückenden Härten und somit zu einer Art von Ungerechtigkeit führen würde. Aristoteles will diese Vermittelung von der Billigkeit getroffen wissen, und sagt weiter:

»Das Billige ist daher gerecht und ist zugleich doch auch besser, als ein gewisses Gerechte; — nicht besser, als die Gerechtigkeit im Allgemeinen, aber besser als das, um des allgemeinen Ausdrucks willen fehlerhafte Gesetz. So läßt sich also die Natur der Billigkeit am besten bestimmen, daß sie in einer Verbesserung und Hervollkommenung des Gesetzes bestehe, da, wo dieses wegen der Allgemeinheit seiner Entscheidung mangelhaft ist.«

£. S. S. 39. 40.

2. Der Zweck der unter Nr. 1. u. 2. gegebenen Vorschriften ist bloß der, das Minimum, bis zu welchem herabgegangen werden darf, zu beschränken, und dem Richter zwischen diesem Strafminimum und der gesetzlichen Strafe Spielraum zu gestatten, so daß folglich alle in der Mitte liegende Strafübel dem Richter zu Gebote stehen.

Prot. Nr. XLIII. S. 517. Anl. II. zu LI. Nr. III.

3. Nur bei dem qualifizirten Hochverrathe §. 81. Abs. 3. und bei dem qualifizirten Morde §. 145. Abs. 2. ist die Anwendbarkeit des §. 62. ausgeschlossen.

## T i t e l 7.

### §. 63.

Zufolge des diesem Gesetzbuche zum Grunde liegenden Systems muß der vornämlichste Strafzumessungsgrund in der Schlechtigkeit des Thäters gesucht werden, außerdem aber die Gefährlichkeit und Größe der Rechtsverletzung in Betracht kommen.

Bemerk. zu §. 63. Nach der hier getroffenen Bestimmung kann weder das höchste, noch das geringste, noch das zwischen beiden liegende mittlere Strafmaß als die ordentliche Strafe betrachtet werden, vielmehr hat der Richter innerhalb der gesetzlichen Grenzen, mit Beobachtung der angegebenen Rücksichten, die Strafe nach dem vorhandenen Grade der Verschuldung auszumessen.

C. B. S. 40.

### §. 64 — 66.

Man hat sich wohl mit Andeutung der allgemeinen Rücksichten über Strafzumessung begnügt, indem man die Aufzählung der einzelnen Momente theils für unthunlich, theils für unnöthig erklärte. Es läßt sich auch nicht verkennen, daß eine specielle Aufzählung aller bei der Strafzumessung in Betracht kommenden Umstände nicht möglich ist. Allein sie ist auch nicht erforderlich, wenn nur die Rücksichten, die zu nehmen sind, im Allgemeinen bestimmt werden, und die einzelnen erheblichen Umstände umfassen. Auch muß man zugeben, daß eine unabweisliche Nothwendigkeit der Aufzählung der Erschwerungs- oder Minderungsgründe sich nicht nachweisen läßt. Indes deren Nützlichkeit möchte nicht zu bestreiten sein, da sie dem Richter die Umstände, welche der Gesetzgeber vorzüglich berücksichtigt wissen will, deutlich vor Augen legen, und er so bei Motivirung des von ihm angenommenen Strafmaßes gezwungen ist, die Momente, die ihn geleitet haben, besonders hervorzuhoben.

Aus diesen Gründen sind in den §. 64 — 66. die Strafzumessungsgründe näher aufgeführt, die im Einzelnen einer besondern Motivirung nicht bedürfen.

Bemerk. zu §. 64 — 66. Es sind nur die wichtigsten Strafzumessungsgründe angegeben, andere analoge Gründe (§. 4.) sind nicht ausgeschlossen. Außer den hier aufgeführten Strafzumessungsgründen sind bei einzelnen Verbrechen noch besondere Gründe der Art nahmbast gemacht und zwar:

#### 1) Erschwerungsgründe,

bei Zweikampf, §. 119. Absatz 2.; bei Falschmünzen, §. 126. Absatz 2.; bei Kindesmord, §. 149. Absatz 3.; vorsätzlicher Beschädigung der Person, §. 164.; Entführung, §. 171. am Ende; Raub, §. 175. am Ende; Rötzigung, §. 178.

am Ende; mehrfacher Ehe, §. 187; Rupperei, §. 190.; Diebstahl, §. 218.; Bankrott §. 236.; Verbrechen am Vermögen Anderer, §. 241. Absatz 2.; Verübung gemeiner Verbrechen mit Amtmißbrauch, §. 253.;

2) Minderungsgründe,

bei Nöthigung, §. 178.; Beleidigung und Verläumdung, §. 200.; Vermögensbeschädigung, Diebstahl, Unterschlagung, §. 243. E. B. C. 41.

## T i t e l s.

### §. 67.

Schon das gemeine Recht nimmt an, daß der Tod des Thäters das Verbrechen und dessen Folgen tilgt, mit Ausnahme der in diesem §. aufgeführten Strafen oder Folgen der Strafe, und hiermit stimmen auch die neueren Gesetzgebungen überein.

Bemerk. zu §. 67. 1. Abf. 1. Das sonst übliche i. g. Geseßbegräbniß zur Todesstrafe verurtheilter Verbrecher, oder solcher, welche, nachdem sie eines Capitalverbrechens geständig oder überführt waren, gestorben sind, findet hiernach nicht weiter statt. Prot. Nr. XLIII. S. 518.

2. Abf. 2. Die bei Lebzeiten des Thäters in einem vollstreckbaren Erkenntniß (vergl. Bemerk. zu §. 25.) auferlegte Geldbuße pp. ist von den Erben nicht als eine Strafe, sondern als eine auf dem Nachlasse haftende Schuld zu entrichten, nach dem Grundsatz: bona non intelliguntur nisi deducto aere alieno.

l. 39. §. 1. ff. de V. S. 50, 16. Prot. Nr. XLIII. S. 517. 518.

### §. 68.

Diese Grundsätze an sich sind unzweifelhaft. Es könnte die Frage entstehen: ob Bestimmungen darüber erforderlich seien, daß die im Wege der Gnade der gesetzlichen Strafe substituirte mildere Strafart eben die Folgen haben solle, als ob sie durch den Richter erkannt sei? — auch: ob Jemand wider seinen Willen begnadigt werden könne? — eine Frage, die namentlich bei Todesstrafe in andern Ländern schon praktisch geworden ist. Indes ergibt aus der Natur des Begnadigungsrechts die Antwort auf diese Frage sich von selbst, so daß Bestimmungen hierüber nicht erforderlich erachtet sind, eben so wenig wie darüber: ob die Erkenntnisse auswärtiger Gerichte und die Gnadenakte auswärtiger Regenten dieselbe Wirkung haben sollen, was nach dem Völkerrechte zu beurtheilen ist.

Bemerk. zu §. 68. 1. Auch hier wird es nicht darauf ankommen, ob die Strafe von einem inländischen oder ausländischen Gerichte, oder von einer anderen competenten ausländischen Behörde (da die Competenz nach der Verfassung des ausländischen Staates zu beurtheilen ist, welcher möglicher-

weise mehrere bei uns den Gerichten zur Aburtheilung überwiesene Verbrechen den Administrativ- oder Polizeibehörden zu ahnden überlassen haben kann), erkannt sei, vielmehr im letzten Falle eine weitere Untersuchung und Bestrafung unstatthaft sein. Die Frage: ob nach einem gänzlich oder nur einstweilen lossprechenden Urtheile die Untersuchung wieder aufgenommen werden könne, gehört in die Strafprozeßordnung. Dagegen darf nach der gegebenen Vorschrift derjenige, welcher bereits bestraft worden, wegen derselben Uebertretung nicht noch abermals zur Untersuchung und Strafe gezogen werden, wenn sich hinterher neue Beschwerden der abgeurtheilten That ergeben sollten. Diesem kann nur beigeprägt werden, indem das von einigen neuern Gesetzgebungen angenommene entgegengesetzte Princip zu den bedenklichsten Folgen führt.

E. B. S. 42.

2. Der Landesfürst kann kraft des Begnadigungsrechtes (Landesgrdges. §. 208.) sowohl die erkannte Strafe als auch deren rechtliche Folgen ganz oder theilweise erlassen. Der Schlusssatz ist jedoch aufgenommen, damit über den Umfang der in dem einzelnen Falle ertheilten Begnadigung besonders in Ansehung der mit der Strafe verbundenen rechtlichen Folgen keine Unge-  
wissenheiten entstehen.

Prot. Nr. XLIII. S. 518. 519. Anl. II. zu LI. Nr. V.

### §. 69.

Die in diesem Paragraphen über die Wirkung der thätigen Reue gegebenen Vorschriften werden sich selbst rechtfertigen. Die Wirkung der thätigen Reue bei gegen fremdes Eigenthum gerichteten Verbrechen, durch Ersatz des Schadens, ist im zweiten Buche (§. 243.) bei diesen Verbrechen abgehandelt.

Bemerk. zu §. 69. 1. zu Nr. 1. Das völlige Abstehen von der Ausführung eines Verbrechens ist von dem bloß momentanen, einstweiligen Aufschieben wesentlich verschieden, und nur das erste hier gemeint.

E. B. S. 42.

Der Ausdruck »die bereits unternommene Handlung« beziehet sich eben so wie die Bestimmung des §. 40. Nr. 1. auf den f. g. qualifizirten Versuch. Wenn z. B. Jemand ein Gewehr stiehlt, um damit einen Andern zu erschießen, später aber von dem Morde ganz zurücktritt, so bleibt er dessen ungeachtet wegen Entwendung des Gewehrs strafbar. Es versteht sich von selbst, daß wenn das Unternehmen schon an sich eine strafbare Uebertretung enthält, nur die hierdurch verwickelte Strafe stattfinden kann.

E. B. S. 42. 43.

2. zu Nr. 2. Wenn nach geschehenem Zurücktreten die That nicht in Folge der Anstiftung, Verabredung pp., sondern in Veranlassung anderer Umstände ausgeführt ist, so können die zurückgetretenen Anstifter, Theilnehmer und Gehülfen nicht zur Bestrafung gezogen werden, eben weil nicht das ange-  
stiftete oder verabredete, sondern ein anderes Verbrechen vollführt worden.

Prot. Nr. XLIV. S. 524.

3. Nach den besonderen Umständen jedes einzelnen Falles ist es zu beurtheilen:

- a) ob zur thätigen Reue eine Unterlassungshandlung genügt, oder ob dazu ein positives Entgegenhandeln erforderlich ist, und  
 b) ob der Thäter aus freiem Antriebe, aus freien Stücken von der Ausführung des Verbrechens abgestanden ist, oder ob er dazu durch äußere Hindernisse oder Zufälligkeiten genöthigt worden. C. B. S. 43.

4. Besondere Bestimmungen über thätige Reue, wonach selbige entweder eine geringere Strafe oder gänzliche Strafflosigkeit bewirkt, sind enthalten in den §§ 97. 98. 101. 121. am Ende. 142. 208. 227. 243. C. B. S. 43.

### §. 70.

Daß bei denjenigen Verbrechen, welche nur auf Anzeige der Betheiligten zur Untersuchung gezogen werden sollen, die Strafbarkeit mit Zurücknahme der Denunciation erlischt, folgt schon aus dem angenommenen Grundsätze, daß ohne solche Anzeige der Richter nicht einschreiten solle. Die näheren Bestimmungen darüber, wer zur Anklage berechtigt sei, deren Wirkungen und die Bedingungen ihrer rechtsgültigen Zurücknahme, sind im zweiten Titel des zweiten Buches enthalten. (§. 244 — 247.)

Bemerk. zu §. 70. Hat von einem Verbrechen, bei welchem Mehrere betheiligt sind, nur Einer der Betheiligten die Anzeige gemacht und angenommen, so geschieht hierdurch dem Rechte der übrigen Betheiligten, das Verbrechen zur Anzeige zu bringen und dessen Bestrafung zu verlangen, kein Abbruch. Prot. Nr. XLIV. S. 524.

### §. 71. 72.

Die neueren deutschen Gesetzbücher haben sehr verschiedene Ansichten über Verjährung der Verbrechen und verlassen die gemeinrechtlichen Grundsätze mehr oder weniger. Die hier zu erörternden Punkte sind hauptsächlich folgende:

1. Soll eine Verjährung der Verbrechen überhaupt stattfinden? — Im Allgemeinen läßt sich diese Frage unbedenklich bejahen, wenn auch über die Gründe der Nothwendigkeit der Verjährung verschiedene Ansichten herrschen. Der eigentliche Grund derselben dürfte aber allein in der allmächtigen Wirkung der Zeit zu suchen sein. Ihr Ablauf erschwert die Untersuchung oder macht sie ganz unthunlich, läßt das Verbrechen vergessen, gleicht dessen Folgen aus und, was noch wichtiger ist, bewirkt auch in der Person des Verbrechens selbst eine entscheidende Veränderung, und der Mensch ist nach Ablauf eines längeren Zeitraums seines irdischen Daseins nicht mehr derselbe. Es verliert daher die Strafe nach einer längeren Zeit Grund und Zweck. Hieraus folgt denn, daß nicht nur gegen die Untersuchung, sondern auch gegen das

Erkenntniß die Verjährung zuzulassen ist, und dieses ist im Gesetze in Uebereinstimmung mit den neueren deutschen Gesetzbüchern angenommen.

2) Gestattet diese Regel Ausnahmen? — Das gemeine deutsche Criminalrecht scheint von der Verjährung nur das parricidium auszunehmen;

l. 10. D. ad leg. Pomp. de parric.

l. 13. D. ad S. C. Silanianum.

Einige deutsche Gesetzbücher machen Ausnahmen bei den mit Todes- oder lebenslänglicher Kettenstrafe bedroheten Verbrechen; andere lassen gar keine Ausnahmen zu.

Das Gesetz hat bei den mit Todes- oder lebenslänglicher Kettenstrafe bedroheten Verbrechen die Ausnahme machen zu müssen geglaubt, daß die gerichtliche Untersuchung derselben nur insofern keine Untersuchung eingeleitet ist, verjährt und daß sonst oder wenn diese Strafen bereits ~~erkannt~~ ~~ist~~, ~~der Ablauf der jetzt geltenden Verjährungszeit nicht gänzliche Straflosigkeit, sondern nur Milderung der bereits erkannten oder zu erkennenden Todesstrafe in lebenslängliche Kettenstrafe zur Folge haben solle.~~ Bei den schwersten, lange im Gedächtnisse des Volks bleibenden und aus einer bedeutend gefährlichen Gemüthsart entspringenden Verbrechen möchte sich diese so beschränkte Ausnahme rechtfertigen.

3) Alle neueren Gesetzgebungen sehen bei Festsetzung der Verjährungsfristen auf die Schwere der Verbrechen. Welche Zeiträume man annehmen wolle, wird immer eine Art Willkür bleiben. Das Gesetz ist hier der Analogie der für die einzelnen Arten der Freiheitsstrafen angenommenen Dauer gefolgt, wofür ein innerer Grund spricht, so daß für die Verjährung der Untersuchung die ordentliche, für die Verjährung der Strafe die außerordentliche längste Dauer jeder Strafart angenommen ist. Besondere Bestimmungen waren für die kleineren höchstens mit einjähriger Strafe zu belegenden Verbrechen erforderlich.

4) Viele neuere Gesetzgebungen knüpfen die Zulässigkeit der Verjährung noch an andere Bedingungen, so z. B. an den Umstand, ob der Richter den Thäter gekannt hat oder nicht; ob die Untersuchung durch des Richters Schuld liegen geblieben; ob der Thäter keine neue Verbrechen begangen; ob er von dem Gewinne des Verbrechens nichts mehr in Händen hat u. s. w. Alle diese Bedingungen widersprechen aber dem oben angegebenen Grunde und Zwecke der Verjährung.

5) Bei den nicht von Amtswegen zu untersuchenden Verbrechen ist hinsichtlich der Rechtsverfolgung eine doppelte Verjährungsfrist erforderlich, nämlich danach, ob der zur Anzeige Berechtigte Wissenschaft von dem Ver-

brechen erhält oder nicht. Die Verjährung des Anlagerechts kann nur beginnen mit dem Zeitpunkte, wo der Beschädigte die Rechtsverletzung erfährt. Dies kann aber andererseits nicht die Folge haben, daß Verbrechen dieser Art, wenn sie zur Wissenschaft des Verletzten nicht gelangen, gar nicht verjähren. Das Gesetz hat daher für diese Fälle verschiedene Fristen festgesetzt. Ein fünfjähriger Zeitraum hat bei dieser Art der Verbrechen zur Ausschließung der Anzeige des Beschädigten ausreichend geschienen, da dieser Zeitraum bei den meisten hierher gehörigen Verbrechen passend ist und mit der bestehenden Gesetzgebung übereinstimmt.

6) Wenn die Verjährung auch die erkannte Strafe tilgt, so folgt eigentlich von selbst, daß nach Ablauf der Verjährungsfrist eine früher erlittene Strafe nicht mehr den Rückfall begründen kann. Um indeß hierüber jeden Zweifel zu heben, ist dem §. 71. ein dieses ausdrückender Zusatz gegeben.

Um hierbei ganz vollständig zu sein, sind Bestimmungen über zwei Punkte nothwendig. Nämlich

- a. die Verjährungsfrist des jetzt zu bestrafenden und des bereits bestraften Verbrechens kann verschieden sein; es fragt sich daher, auf welches von beiden soll es ankommen? Es kann nicht zweifelhaft sein, daß nur das bereits bestrafte in Betracht komme.
- b. Es ist zu bestimmen: ob die für die Verjährung der Untersuchung oder die für die Verjährung erkannter Strafen bestimmten Zeitfristen eintreten sollen? und das letzte hat bei dem hier in Frage stehenden Verhältnisse das Natürlichste geschienen.

7) Wenn gleich noch die preussische Criminalordnung §. 601. die Verjährung der Bigamie mit Vollziehung der zweiten Ehe beginnen läßt, so wird doch jetzt wohl nicht mehr daran gezweifelt werden können, daß für die fortgesetzten Verbrechen die allein richtige Theorie die sei, daß deren Verjährung erst mit dem Aufhören des Verbrechens beginne.

Vom erk. zu §. 71. 1. Es ist nicht die Absicht gewesen zu bestimmen, daß die Untersuchung, durch welche die Verjährung der §. 71. 1. I. A. genannten Verbrechen ausgeschlossen wird, speciell gegen den Thäter habe gerichtet werden müssen, indem vielmehr zur Ausschließung der Verjährung erforderlich ist, daß auch keine wegen der That im Allgemeinen angestellte Untersuchung stattgefunden habe. C. B. S. 43. Prot. Nr. XLIV. S. 525. 526.

2. Nach den Bestimmungen im §. 71. Nr. 1. kommt es bei der Verjährung nicht darauf an, welche Strafe in dem einzelnen Falle verwirkt ist,

sondern darauf, mit welcher Strafe die verbrecherische Handlung gesetzlich bedrohet ist, weil es sonst erst einer Ermittlung der in dem einzelnen Falle verwirkten Strafe bedürfen würde, da doch dergleichen Untersuchungen durch die Verjährung ausgeschlossen werden sollen. Es ist mithin auf das angebotene Straf-Maximum zu sehen. C. B. S. 43. 44.

3. Die Festsetzung verschiedener Zeiträume kann zwar in der Anwendung zu großen Ungleichheiten führen, besonders, wenn mehrere Thäter als Mitschuldige zu einem und demselben Verbrechen concurriren z. B. §. 96., läßt sich nur aber alsdann vermeiden, wenn man das Princip, besondere Zeiträume nach der Größe der angebotenen Strafen festzusetzen, aufgibt und statt dessen den Unterschied, je nachdem die Verbrechen von Amtswegen untersucht werden oder nicht, annimmt, was jedoch bedenklich geschienen ist, und weshalb die Ständeversammlung sich der Proposition des Entwurfs angeschlossen hat. C. B. S. 44.

4. Es versteht sich von selbst, daß der Richter von Amtswegen auf die Verjährung Rücksicht zu nehmen hat. C. B. S. 44.

5. Die nicht von Amtswegen zu untersuchenden Verbrechen sind §. 244. namhaft gemacht. Die Amtsverbrechen, ~~obwohl sonst nur auf den Antrag~~ der dem Angeeschuldigten vorgesetzten Disciplinarbehörde, §. 255., untersucht werden, gehören nicht hierher. C. B. S. 44.

6. Hinsichtlich der Verjährung der gerichtlichen Verfolgung ist Dienstentsetzung der Zwangsarbeit über 1 Jahr, Dienstentlassung der Gefängnißstrafe über 1 Jahr gleichgestellt. §. 249., vorletzter Absatz. C. B. S. 44.

7. Ueber die Verjährung der Rechtsverfolgung wegen Forst- und Jagdsfrevel enthalten §. 47. des Forststraf- und §. 34. des Jagdstrafgesetzes und wegen der Steuerdefrauden §. 128. des Gesetzes vom 23. Apr. 1835, die Eingangs- u. Abgaben betr. Nr. 16. besondere Vorschriften. C. B. S. 44.

8. Die Frage, in welcher Zeit die erkannten Forst-, Jagd und Steuerstrafen als erloschen anzunehmen, entscheidet sich nach §. 5. des Gesetzes dahin, daß die für die Verjährung erkannten Gefängnißstrafen angenommene Frist, da solche sich auch auf die Geldstrafen bezieht, §. 18. Absatz 1., für Forststrafen u. s. w. gleichfalls angewendet werden muß. C. B. S. 44.

Bemerk. zu §. 72. Absatz 3. Der Ausdruck »Handlung des untersuchenden Gerichts« bezieht sich auch auf die Handlungen der Polizeibehörden, insofern diese verfassungsmäßig bei Verfolgung von Verbrechen und Ausmittlung des Thatbestandes, Landesgrundgesetz §. 194, mitzuwirken haben. Unter der letzten gerichtlichen Handlung ist hier nicht ein ausdrücklicher Beschluß, daß die Untersuchung einzustellen, zu verstehen, sondern es reicht hin, daß keine weiteren Schritte gegen den Angeeschuldigten vorgenommen sind. Es können jedoch nicht alle wider einen Verbrecher gerichteten Handlungen der betreffenden Behörden, sondern nur diejenigen, welche in Beziehung auf das in Rede stehende Verbrechen wider ihn vorgenommen sind, die Verjährung unterbrechen. C. B. S. 44.



## T i t e l 9.

§. 73 — 80.

Die in diesem Titel gegebenen Worterklärungen gewähren den Vortheil, Wiederholungen der gleichen Bestimmungen an verschiedenen Orten des Gesetzbuches unnöthig zu machen.

Bemerk. zu §. 78. Die Fassung dieses §. entspricht dem §. 13. des Gesetzes vom 23. Februar 1837. Nr. 8. und dem Landesordg. §. 55.

Prot. Nr. XLIV. S. 526. 527.

Er hat nur den Zweck festzustellen, welche Beamte als obere und untere Beamte anzusehen sind, und diese Unterscheidung paßt nicht auf alle die Personen, welche im 3. Titel des 2. Buches (§. 248.) unter dem Worte »Beamte« im weiteren Sinne begriffen werden. C. B. S. 45.

Die Kirchen und Schuldiener gehören daher nicht zu den Beamten im Sinne des §. 78., da sie weder Justiz-, noch Polizei-, noch Administrations-Beamte sind. Eben so wenig gehören hierher alle Beamte erster und zweiter Classe, auf welche das Staatsdienstgesetz anwendbar ist, sondern nur diejenigen Justiz-, Polizei- und Administrations-Beamten, welche nach dem Staatsdienstgesetze von 1832. und der Städteordnung von 1834. zu den Beamten der ersten oder der zweiten Classe gerechnet werden.

Verhandlungen der Stände-Versamml. auf dem zweiten Landtage v. 183 $\frac{1}{2}$ .

Anl. I. zu Nr. XXXIV.

## Zweites Buch.

### **Titel 1.**

#### **Capitel 1.**

#### **I. Hochverrath.**

##### **§. 81.**

##### **I. Hochverrath selbst.**

##### **1. Thatbestand des Hochverraths.**

##### **A. Objectiver.**

Der Hochverrath kann

1) an der Person des Staatsoberhauptes begangen werden. Ueber diesen allgemeinen Satz ist kein Zweifel, so wenig in der Gesetzgebung, als in der Doktrin. Ueber die näheren Modifikationen desselben herrschen dagegen sehr verschiedene Ansichten. Während Einige nur eine Unternehmung wider das Leben und die Freiheit des Regenten, oder seinen Angriff, um ihn zu tödten, gefangen zu nehmen oder in Feindes Gewalt zu liefern, oder ihm auf irgend eine Weise die Ausübung der Regierung unmöglich zu machen, für Hochverrath erklären, finden Andere den Hochverrath schon darin, daß die persönliche Sicherheit desselben verletzt, oder ein gewaltsamer Angriff auf dieselbe unternommen ist.

Das Gesetz bekennt sich zu dieser letzten Ansicht. Sie wird schon durch den Grundsatz der Verfassung (Landesgrundgesetz §. 3.), daß die Person des Landesfürsten heilig und unverleßlich sein soll, gerechtfertigt, und ist dessen nothwendige Folge, da durch eine vorsätzliche Verletzung dieses Grundsatzes eine der wesentlichsten Bestimmungen der monarchischen Verfassung angegriffen wird. Welchen Zweck die gegen die Person des Landesfürsten gerichteten Verbrechen haben, ist daher gleichgültig, und es scheint zu weit zu führen, wenn man solchen strafbaren Handlungen, um sie als Hochverrath zu qualificiren, eine politische Tendenz unterlegt, und indem man die Herbeiführung der Unmöglichkeit der Ausübung der Regierung als Zweck des Verbrechens

erfordert, gewissermaßen zwischen der Person des Landesherrn als solchen, und seiner physischen Person unterscheidet, ein Unterschied, der sich bei diesem Verbrechen noch weniger, wie bei der Majestätsbeleidigung in der Gesetzgebung rechtfertigen läßt.

Das Gesetz bestimmt daher unter Nr. I. ganz einfach, daß alle vorsäglichen Verbrechen, die an dem Leben, der Gesundheit oder Freiheit des Staatsoberhauptes begangen werden, als Hochverrath anzusehen seien. Diese Bestimmung trifft in der Sache selbst ganz mit dem österreichischen Gesetzbuche zusammen, sie ist indeß anders ausgedrückt, um bei einem so schweren Verbrechen Mißdeutungen möglichst zu vermeiden, da die Frage: was unter der Verletzung der persönlichen Sicherheit zu verstehen sei? — mancherlei verschiedene Beantwortungen zuläßt, indem diese Ausdrücke einen bestimmten technischen Sinn nicht haben und daher jedenfalls einer näheren Erläuterung bedürfen würden. Hieraus ergibt sich denn auch von selbst, daß bei dieser Art des Hochverraths keinesweges, wie bei dessen übrigen Arten, ein „gewaltsamer Angriff“ erforderlich ist, da viele, selbst die gefährlichsten Verbrechen (z. B. Vergiftung, um zu tödten, oder auch nur die Integrität der Körper- oder Geisteskräfte aufzuheben), sich unter diesen Begriff nicht subsumiren lassen.

2) Die unter Nr. II. in diesem Paragraphen gegebenen Bestimmungen folgen aus der Natur der Sache, stimmen mit den sämtlichen neuen Gesetzgebungen überein und werden keiner weiteren Entwicklung bedürfen. Die Fassung betreffend, ist indeß vorgezogen, statt: „wer einen Angriff unternimmt“ zu sagen: „wer einen Angriff macht“, um jeden Zweifel darüber zu heben, daß erst der wirkliche Angriff den Thatbestand des Verbrechens bildet, da von manchen Gesetzgebungen das Wort: Unternehmen, mit dem Versuche gleichbedeutend gebraucht wird.

### B. Subjectiver Thatbestand.

Manche Gesetzgebungen, (Preußen, Baiern, der Hannoversche und neue Baiersche Entwurf, in welchen indeß hochverräterische Handlungen von Nichtunterthanen auch für Hochverrath erklärt sind) fordern zu dem Begriffe des Hochverraths bei dem Thäter die Unterthaneneigenschaft.

Diese Ansicht haben die französische, österreichische, sächsische und württembergische Gesetzgebung verlassen und zwar mit vollem Rechte, wie dies in den Motiven zu dem württembergischen Strafgesetzbuche p. 123 überzeugend entwickelt ist.

Diesen Gründen läßt sich noch Folgendes hinzufügen. Sowohl

Hochverrath als Landesverrath können nur dann als Criminalverbrechen nicht angesehen werden, wenn sie unter dem Schutze des Völkerrechts begangen sind, d. h. nach förmlich erklärtem Kriege von der kriegsführenden Partei nach Kriegsgebrauch. Die Bestimmungen über den Hochverrath, so wie über den Landesverrath, sind daher nur zu verstehen, mit Vorbehalt der sie aufhebenden oder abändernden völkerrechtlichen Grundsätze, wie dies bereits oben in der Einleitung bemerkt ist.

Unter dieser Voraussetzung aber kann weder eine Härte, noch eine Inconvenienz daraus entstehen, wenn solche gefährliche Handlungen, wie Hoch- und Landesverrath, an Jedem, er sei Unterthan oder nicht, bestraft werden, denn diese Strafen sind im Grunde nur eine Nothwehr des Staats. Es mag daher gleich hier im Voraus bemerkt werden, daß das gegenwärtige Gesetz auch bei dem Landesverrathe die Unterthanenqualität nicht erfordert.

Uebrigens ist diese Streiffrage eigentlich schon durch den §. 205 des Landes-Grundgesetzes und die §§. 1 und 2 dieses Gesetzes entschieden.

#### C. Versuch.

Bei dem Hochverrathe gegen die Person des Staatsoberhauptes ist der Versuch dem vollendeten Verbrechen gleichgestellt, in Uebereinstimmung mit dem bestehenden Rechte und den neueren und neuesten Gesetzgebungen, die auch nur die Unternehmung eines Angriffs gegen dessen persönliche Sicherheit erfordern.

Bei den anderen Arten des Hochverrathe bedarf es einer Bestimmung über den Versuch nicht, da nach der Definition, die diesem Verbrechen gegeben ist, Handlungen, die sonst nur Versuch sein würden, schon das Verbrechen selbst bilden, und die über die Verschwörung gegebenen Bestimmungen im Uebrigen ausreichen, da solche hochverräterische, gewaltsame Angriffe ohne eine Mehrheit von Personen sich nicht denken lassen.

#### II. Strafe des Hochverrathe.

Wenn bei irgend einem Verbrechen, so ist die Todesstrafe bei dem des Hochverrathe gerechtfertigt. Denn der Hochverrätther ist der Feind des Staates; er befindet sich gegen denselben in einem wirklichen Kriegszustande, und so lange die Idee des ewigen Friedens nicht verwirklicht ist, wird es unmöglich sein, die Todesstrafe bei Hochverrath, in seiner schlimmsten Gestalt, aus den Criminalgesetzbüchern zu verbannen, wenn man nicht die executive Gewalt in die bedenkliche Versuchung führen will, in einer verzweiflungsvollen Lage sich eigenmächtig den Schutz zu

verschaffen, den ihr die Gesetze nicht gewähren. Dennoch hat es weder gerecht, noch nothwendig, noch politisch erschienen, alle Arten des Hochverraths unbedingt mit Todesstrafe zu belegen. Nicht gerecht, denn die unter den Begriff des Hochverraths fallenden Handlungen sind ihrem Gegenstande und ihrer Gefährlichkeit nach so verschieden, sie können, da nach der Natur dieses Verbrechens schon die Unternehmung des Angriffes und nicht erst der durch denselben bezweckte Erfolg den Thatbestand des Verbrechens ausmacht und ausmachen muß, sehr wenig und sehr weit vorgeschritten, in ihren Folgen sehr wenig schädlich und von dem größten Nachtheile fein, so daß diese höchst verschiedenartigen Rechtsverletzungen mit derselben Strafe zu belegen der Idee der Gerechtigkeit nicht entspricht. Nicht nothwendig, theils im Allgemeinen: weil, wenn die Staatsgewalt erst dazu gelangt ist, die Hochverräter zur Strafe ziehen zu können, die Gefahr meist vorüber ist, und in der Regel dieses, wie alle politischen Verbrechen, durch wechselnde gesellschaftliche Zustände bedingt wird; theils, insbesondere in deutschen Staaten, denen durch die Bundes-Verfassung Mittel und Garantien gegeben sind, die auch dann noch Schutz gewähren, wenn die eigenen Kräfte zur Erwehrung gegen die Hochverräter nicht ausreichen, so daß also hier die Gefährlichkeit des Hochverraths sich bedeutend mindert. Endlich nicht politisch, weil, wenn die verschiedenen schwereren und geringeren Grade desselben Verbrechens mit derselben und noch dazu mit Todesstrafe belegt werden, derjenige, welcher einmal die Bahn des Verbrechens betreten hat, durch das Gesetz selbst angetrieben wird, bis zum Aeußersten fortzuschreiten. Eine Rücksicht, die besonders erheblich beim Hochverrathe ist, und zwar um so mehr, als wenigstens bei den Anstiftern und Leitern solcher Verbrechen genaue Kenntniß der Gesetze sich voraussetzen läßt.

Bemerk. zu §. 81. 1. In dem Entwurfe hatten die beiden letzten Absätze des §. 81. folgende Fassung:

»Wäre indeß ein gegen die Gesundheit oder Freiheit des Staats-  
 »oberhauptes gerichtetes Unternehmen nur bis zu dem nicht beendig-  
 »ten Versuche vorgeschritten, oder wäre bei einem hochverräteri-  
 »schen Angriffe weder eine vorsätzliche Tödtung, noch ein Raub,  
 »noch eine Brandstiftung verübt, und kämen dem Thäter außerdem  
 »erhebliche Minderungsgründe zu statten, so ist lebenslängliche oder  
 »zeitliche Kettenstrafe nicht unter zehn Jahren zu erkennen.«

Die Prüfungs-Commission hielt dafür, daß die Worte: »und kämen dem Thäter außerdem erhebliche Minderungsgründe zu statten,« nur auf die zweite, in diesem Abzuge enthaltene Alternative eines hochverräterischen Angriffes, bei dem keine vorsätzliche Tödtung u. s. w. verübt worden, zu beziehen, und solches zur Vermeidung von Undeutlichkeiten bestimmt auszudrücken sei.

Ferner schien es der Commission, daß das Erforderniß erheblicher Minderungsgründe, um wegen derselben bei einem einzelnen Verbrechen von der gesetzlichen Strafe abweichen zu können, mit der allgemeinen, in dieser Hinsicht dem Richter im §. 62. erteilten Ermächtigung nicht in völlige Uebereinstimmung zu bringen sei, und beantragte deshalb die Streichung der vorgedachten Worte, so daß es dem richterlichen Ermessen anheim gestellt bleiben würde, in wie weit in Fällen der fraglichen Art von den allgemeinen Vorschriften über Strafherabsetzung und Minderungsgründe, namentlich von der Bestimmung des §. 62. Gebrauch gemacht werden könne.

Die Herzogl. Landesregierung hat hierauf Folgendes erwiedert:

Es ist richtig, daß die Worte dieses §. »und kämen dem Thäter außerdem erhebliche Minderungsgründe zu statten« sich nur auf die zweite Alternative des letzten Absatzes beziehen. Was aber die beantragte Streichung dieser Worte betrifft, so können wir nicht dafür halten, daß die Vorschriften des letzten Absatzes dieses §. nicht neben denen des §. 62. bestehen, oder zu begründeten Zweifeln Veranlassung geben könnten. Der unbestrittenen, aus der Natur der Sache folgenden ~~Auslegungsregel gemäß, daß die specielle Bestimmung der allgemeinen vorgeht~~, wird nämlich hier, so wie in den übrigen Fällen, in welchen in dem zweiten Buche specielle Bestimmungen in dieser Hinsicht enthalten sind, der Richter nicht auf den §. 62. zurückgehen können, sondern er wird sich die bei dem einzelnen Verbrechen ausnahmsweise gegebenen Bestimmungen zur Richtschnur dienen lassen müssen.

Hieraus ergibt sich, daß durch diesen Absatz des §. 81. die den Gerichten im §. 62. erteilte Ermächtigung auf eine doppelte Art beschränkt wird, nämlich

- a) dadurch, daß das Vorhandensein mehrerer und erheblicher Minderungsgründe allein nicht hinreicht, von der gesetzlichen Strafe abzugehen, sondern daß dazu außerdem die Abwesenheit der gedachten Qualification erforderlich ist, oder mit andern Worten, daß, wenn eine vorsätzliche Tödtung, ein Raub oder eine Brandstiftung bei einem hochverräterischen Angriffe begangen worden, von der gesetzlichen Strafe nicht abgegangen werden darf, und
- b) daß, wenn auch die Umstände, die eine Herabsetzung der Strafe gestatten, zusammentreffen, doch nicht unbedingt auf die zunächst folgende Strafart, sondern nur auf Kettenstrafe nicht unter 10 Jahren herabgegangen werden soll.

Das von der Commission geäußerte Bedenken, wodurch der hier gemachte Antrag motivirt wird, würde sich daher durch eine Aenderung in der Fassung beseitigen lassen. Der Antrag selbst geht indeß weiter, als das dafür angeführte Motiv. Es würde nämlich eine sehr wesentliche Milderung der hier angedrohten Strafen sein, wenn die gesetzliche Strafe für alle hochverräterischen Angriffe, die nicht durch vorsätzliche Tödtung, Raub oder Brandstiftung qualificirt sind, Kettenstrafe nicht unter zehn Jahren bestimmt würde, so daß also für diese Fälle die Todesstrafe nie, und bei vorhandenen vielen und erheblichen Minderungsgründen selbst Zuchthaus eintreten könnte.

Eine solche Herabsetzung dieser Strafen können wir, in Erwägung der

Schwere dieses Verbrechens, auch selbst, wenn es nicht auf die angegebene Weise qualificirt ist, und im Hinblick auf die andern deutschen Gesetzgebungen, nicht für gerechtfertigt halten, und glauben daher den Antrag nur insofern berücksichtigen zu können, daß die Fassung geändert und die Ausschließung der Anwendbarkeit des §. 62. auf die Fälle des qualificirten Hochverraths beschränkt wird.

Wir proponiren daher folgende Fassung des letzten Absatzes:

»Wäre indeß ein gegen die Gesundheit oder Freiheit  
»des Staatsoberhauptes gerichtetes Unternehmen nur  
»bis zu dem nicht beendigten Versuche vorgeschritten,  
»so ist lebenslängliche oder zeitliche Kettenstrafe nicht  
»unter zehn Jahren zu erkennen.«

»Ist bei einem hochverrätherischen Angriffe (Nr. 1. II. bis 4.)  
»eine vorsätzliche Tödtung, ein Raub oder eine Brandstiftung ver-  
»übt, so können die Gerichte von der ihnen §. 55. erteilten Er-  
»mächtigung nicht Gebrauch machen.«

Die Commission, welche diese Fassung jedenfalls für deutlicher gehalten, und aus den von Herzogl. Landesregierung entwickelten Gründen ihre frühern Bedenken gegen die in Rede stehenden Strafbestimmungen aufgegeben hatte, gab anheim, sich mit dieser Abänderung einverstanden zu erklären, und ist solche nach erfolgter Zustimmung der Ständerversammlung in das Gesetz aufgenommen. C. B. S. 47. 48.

2. Unter Brandstiftung ist nur eine vorsätzliche Brandstiftung (§. 204 bis 206.) zu verstehen, und unter einem gegen die Gesundheit des Staatsoberhauptes gerichteten vorsätzlichen Unternehmen hauptsächlich der Fall der Vergiftung gemeint.

Wenn indeß hierdurch eine eigentliche Störung der Gesundheit nicht, sondern lediglich ein vorübergehender Schmerz oder ein vorübergehendes Unwohlsein bewirkt worden wäre, so würde nach Ansicht des §. 159. das Unternehmen nur als ein solches erachtet werden können, welches nicht weiter als bis zu dem nicht beendigten Versuche vorgeschritten. C. B. S. 48.

3. Daß ein Angriff gegen die Selbstständigkeit und Verfassung des deutschen Bundes mit derselben Strafe belegt wird, als wenn er gegen den hiesigen Staat gemacht worden wäre, beruhet auf dem mittelst Verordnung vom 20. Sept. 1836 Nr. 27. publicirten Bundesbeschlusse vom 18. August 1836.

Dasselbe gilt vom Landesverrathe. C. B. S. 49.

## 2. Hochverrätherische Verschwörung.

### §. 82.

Bei einem Verbrechen, das selbst im Versuche, seiner hohen Gefährlichkeit wegen, schon mit so harter Strafe belegt werden muß, ist es nothwendig, auch die Uebereinkunft Mehrerer zu dessen Verübung mit strengerer, als der sonst eintretenden Strafe, zu belegen, wenn es sich aus den oben angegebenen Gründen auch nicht rechtfertigen läßt, die hochverrätherische Verschwörung eben so, als den Hochverrath, selbst zu bestrafen. In dem Gesetze sind daher für den Fall, daß die Ver-

schwörer schon die Art und Zeit der Ausführung der hochverräterischen Unternehmung verabredet haben, strengere Strafen bestimmt, wogegen es für die übrigen Fälle bei der allgemeinen Vorschrift bleibt. Um allen Zweifeln zu begegnen, ist die Fassung so gewählt, wie der Artikel ergibt.

Bemerk. zu §. 82. Der Ausdruck »Verschwörung,« ist, wie der Text zeigt, nicht wörtlich zu nehmen, als ob eine Verbindung durch Eid und Schwur erforderlich wäre.

### 3. Vorbereitungen zum Hochverrath.

#### §. 83.

Ausnahmsweise werden bei diesem Verbrechen auch die Vorbereitungshandlungen mit Strafe bedrohet, und es sind specielle Fälle von der gefährlichsten Natur hervorgehoben, bei denen es nothwendig ist, sie mit härteren Strafen zu belegen. Das Verhältniß des Strafmaßes muß sich hier nach der auf das Verbrechen selbst gesetzten Strafe und nach der Gefährlichkeit der Handlung richten.

Ueber Mitwissenschaft und Selbstanzeige bedarf es keiner besonderen Bestimmungen, da die im allgemeinen Theile gegebenen ausreichen.

Hierher gehört auch das von Einigen angenommene Verbrechen der Herabwürdigung der Staatsverfassung, welches indeß, da die Verfassung nicht wohl als Gegenstand einer Injurie gedacht werden kann, und da die Grenzen, wo hier eine vernünftige Beurtheilung von der Herabwürdigung zu scheiden ist, schwer positiv sich bestimmen lassen, zweckmäßiger nur alsdann mit Strafe belegt wird, wenn es eine hochverräterische Tendenz annimmt, und unter die Kategorie der Vorbereitung des Hochverraths fällt.

## II. Landesverrath.

#### §. 84. und 85.

Das Gesetz folgt bei Bestimmung der den Landesverrath bildenden Handlungen im Wesentlichen der in die neueren deutschen Gesetzbücher übergangenen Theorie. Nur die Unterthanen-Qualität wird, wie so eben bereits bemerkt worden, auch bei diesem Verbrechen nicht für erforderlich erachtet. Um an dem Falle, der in dieser Beziehung der auffallendste sein wird, nämlich dem Waffentragen gegen das Herzogthum, zu zeigen, daß sich dieses Requisit auch bei dem Landesverrath nicht annehmen läßt, mag Folgendes bemerkt werden. Wer nach ausgebrochenem Kriege die Waffen gegen einen Staat trägt, steht nur



dann unter dem Schutze des Völkerrechts, wenn er dem kriegführenden Staate als Unterthan angehört oder wenigstens in dessen Kriegsdiensten steht. Es kommen nun aber Fälle vor, in welchen der Waffentragende, ohne Unterthan des angegriffenen Staates zu sein, in diese Kategorien nicht gehört, z. B. wenn Angehörige eines dritten Staates sich gewissermaßen auf eigene Hand einer der kriegführenden Parteien anschließen und von ihr gebildet werden. Diese würde man nicht als Kriegsgefangene, sondern als Landesverrätther behandeln können, wie denn z. B. die französische Regierung in dem letzten Kriege mit Mexiko die Mannschaften mexikanischer Kaperschiffe, die, der Mehrzahl nach, aus Nordamerikanern bestand, als Piraten ansah und bestrafte. Wenn daher in Fällen dieser Art auch Nichtunterthanen als Landesverrätther behandelt werden müssen, so giebt es umgekehrt Fälle, in welchen selbst Unterthanen, welche gegen ihr Vaterland die Waffen tragen, als Landesverrätther nicht bestraft werden können. In manchen Staaten, z. B. in Oesterreich, gilt nämlich der Grundsatz, daß Fremde, die in den Kriegsdienst eintreten, dadurch nicht Unterthanen werden und ihre ursprüngliche Unterthanenqualität nicht verlieren. Wenn nun solche in auswärtigem Dienste stehende Personen nach ausgebrochenem Kriege gegen ihr Vaterland fortbienen, so kann man sie nicht als Landesverrätther ansehen, es müßten denn zuvor förmliche Avocatorien erlassen sein. Am allerwenigsten kann aber der während eines zeitlichen Aufenthaltes gewährte Rechtsschutz ein Requisit des Landesverraths sein, denn hierin würde entweder zu viel oder zu wenig liegen. Alles läuft also auch hier auf völkerrechtliche Fragen hinaus, die ein Gegenstand dieses Gesetzbuches nicht sein können.

Ueber das Strafmaß und die Strafabstufungen wird es besonderer Bemerkungen nicht bedürfen.

### III. Staatsgefährliche Handlungen.

§. 86. bis 89.

Zufolge der bereits oben gemachten Bemerkungen würden die Bestimmungen des §. 86. ganz wegfallen können, wenn alle Staaten den Grundsatz annähmen, daß sie die von ihren Angehörigen gegen einen anderen befreundeten Staat begangenen Verbrechen eben so bestrafen, als ob diese Handlungen gegen sie selbst gerichtet gewesen wären. Da aber selbst mehrere deutsche Gesetzgebungen diesen Grundsatz nicht befolgen, und kein Grund ist, ihnen einen größeren Rechtsschutz zu gewähren, als den, welchen sie anderen Staaten angedeihen lassen, so

sind die Unterscheidungen zu machen gewesen, die der §. 86. enthält. Bei den unter Nummer 1 und 2 enthaltenen Strafbestimmungen ist indeß zweierlei nicht zu übersehen. Nämlich erstlich, daß auch diese Bestimmungen, wie alle ähnliche, das Reciprocum voraussetzen (§. 2.), und zweitens, daß, wenn in der hochverräterischen oder Landesverräterischen Handlung zugleich ein schwereres Privatverbrechen läge, nach den Grundsätzen über das Zusammentreffen von Verbrechen die schwerste Strafe anzuwenden sein würde.

Bei den folgenden Bestimmungen bedarf es nur der Bemerkung, daß die Strafen in §. 87. nach Analogie des §. 72. und 74. des Gesetzes vom 23. Februar 1837, die Verpflichtung zum Kriegsdienste betreffend, Nr. 10. bestimmt sind, und daß neben den Vorschriften des §. 88. die auf Grund eines Bundestags-Beschlusses erlassene Verordnung vom 4. August 1832. §. 2. bestehen bleibt.

Bemerk. zu §. 86. 1. Unter ~~verbündeten~~ (besonderen) Regenten und Staaten sind nicht nur solche zu verstehen, mit denen das Herzogthum in einer Defensiv- und Offensiv-Allianz steht, sondern alle diejenigen fremden Staaten und Regierungen, auch außerhalb des deutschen Bundes, mit denen diplomatische Beziehungen stattfinden, wozu indeß nicht gerade die gegenseitige Beschädigung mit ständischen Gesandtschaften erforderlich ist.

Prot. Nr. XLIV. S. 531.

2. In dem Entwurfe (und hierauf beziehen sich die Motive in den Worten: »Da aber — enthält«) lautet der Eingang des §. 86. folgendermaßen:

— soll »mit der Strafe des Hochverrathes oder Landesverrathes belegt werden, insofern die Gesetzbekämpfung des auswärtigen Staates denselben Grundsatz befolgt, sonst aber« folgende Strafen erleiden u. s. w.

Die Ständeversammlung hat sich jedoch mit der Aufnahme des ausgehobenen Satzes nicht einverstanden erklärt, und ist daher solcher in Wegfall gebracht. C. B. S. 49.

Prot. Nr. XLIV. S. 528—531.

Anl. II. zu LI. Nr. VIII.

Anl. I. zu LV.

Prot. Nr. LV. S. 670—673.

Anl. III. zu LVI.

Anl. I. zu LVII.

## Capitel 2.

### Majestäts-Verbrechen.

#### §. 90. bis 95.

Wenn in dieses Capitel auch die Beleidigungen fürstlicher Personen aus anderen regierenden Häusern und fremder Gesandten mit aufgenommen sind, so hat dies darin seinen Grund, daß sie sowohl wegen

ihrer größeren Strafbarkeit, als wegen ihres staatsgefährlichen Charakters, weit mehr den öffentlichen, als den Privat-Verbrechen angehören.

Die §. 91. aufgenommenen thätlichen Drohungen unterscheiden sich von den §. 179. erwähnten, die, wenn sie gegen den Landesherrn gerichtet sind, als Hochverrath anzusehen sein würden, wesentlich durch die Absicht des Handelnden, welche in dem §. 91. vorliegenden Falle nur auf Beleidigung, im Falle des §. 179. aber auf Erzwingung irgend eines Vortheils gerichtet oder sonst qualificirt ist, worin denn auch ihre größere Strafbarkeit liegt. Zu sonstigen besonderen Bemerkungen giebt dieses Capitel keine Veranlassung.

Bemerk. zu §. 90. Unter der Person des Staatsoberhauptes ist hier, wie überall, nicht bloß der Landesfürst, sondern auch der Landesregent (Landesgrdgs. §. 17.) zu verstehen. §. 81. Nr. I.

Prot. Nr. XLIV. S. 532. 533. Anl. II. zu LI. Nr. VII.

Bemerk. zu §. 91. Das hier mit Strafe bedrohte Verbrechen besteht darin, daß jemand das Staatsoberhaupt durch thätliche Drohungen beleidigt, und ist nur denkbar in Gegenwart des Staatsoberhauptes. Seiner Strafbarkeit nach steht es zwischen den thätlichen Beleidigungen (§. 90.) und den Beleidigungen ohne Thätlichkeiten. (§. 92.) C. B. S. 49.

Bemerk. zu §. 94. 1. Unter der Familie des auswärtigen souverainen Fürsten ist der auswärtige souveraine Fürst selbst, mit begriffen.

2. Zu den diplomatischen Repräsentanten auswärtiger Höfe gehören nur diejenigen, welchen die Exterritorialität zukommt, und die zugleich die Person ihres Souverains oder das Oberhaupt des Staates, welchem sie angehören, repräsentiren, nämlich: Botschafter, bevollmächtigte Minister, Minister-Residenten und Geschäftsträger. Alle andern diplomatischen Agenten und bei den Gesandtschaften angestellte Personen sind dagegen ausgeschlossen.

Vergl. *Martens droit des gens* §. 191—197. ed. 3. C. B. S. 50.

### Capitel 3.

#### Verbrechen wider die öffentliche Ruhe.

##### I. A u f r u h r.

##### §. 96. bis 100.

Es ist behauptet, daß, um den Aufruhr von dem ihm verwandten Verbrechen der Widerseßlichkeit Mehrerer gegen die Obrigkeit zu unterscheiden, erforderlich sei, die Zahl der Personen zu bestimmen, mit welcher die Widerseßlichkeit in Aufruhr übergeht. Man hat daher z. B. angenommen, daß 10 Personen über sechszehn Jahre zu einem Aufruhr erforderlich seien. In dem gegenwärtigen Gesetze ist indeß auch hier der Grundsatz festgehalten, die Beurtheilung thatsächlicher

Umstände dem vernünftigen Ermessen des Richters zu überlassen, und ihn nicht durch starre, rein formelle und eigentlich ganz willkürliche Bestimmungen zum Nachtheile einer gerechten Würdigung der Verhältnisse die Hände zu binden. Am wenigsten scheint sich rechtfertigen zu lassen, daß Theilnehmer an einem Aufruhr über 16 Jahr alt sein sollen; denn junge Leute zwischen 14 und 16 Jahren sind sehr gefährliche Theilnehmer gerade bei Vorgängen dieser Art; man denke nur an die Zöglinge der pariser polytechnischen Schule. Wollte man aber die Jugend ausschließen, so wäre wohl eben so viel Grund, das hohe Alter und die Frauen auszunehmen. Allein alle diese Dinge sind dem richterlichen Ermessen zu überlassen und der Aufruhr unterscheidet sich von der Widerseßlichkeit genügend dadurch:

- 1) daß er nur von einer Menschenmenge verübt werden kann, und was hierunter zu verstehen ist, wird der Richter in jedem einzelnen Falle schon zu finden wissen; und
- 2) dadurch, daß diese Menge sich öffentlich versammelt haben muß.

Auch hat es nicht nothwendig geschienen, in den Begriff des Aufruhrs das Erforderniß aufzunehmen, daß die gewöhnlichen der Obrigkeit zu Gebote stehenden Mittel zur Wiederherstellung der Ruhe nicht ausgereicht haben, weil auf diese Weise der Thatbestand des Verbrechens von äußeren zufälligen und höchst verschiedenen Umständen abhängig gemacht würde, und dieses Erforderniß zwar wohl den Grad der Gefährlichkeit des Verbrechens bezeichnet, nicht aber dessen Begriff bildet.

Das Strafmaß ist bei diesem, wie bei ähnlichen Verbrechen, nach der Gefährlichkeit des Charakters, welchen dasselbe angenommen hat, bestimmt, und dabei ein bedeutendes Gewicht darauf gelegt: ob die Theilnehmer bewaffnet waren oder nicht? — da gerade durch das Bewaffnen die Gefahr bedeutend gesteigert wird, und wer erst so weit gekommen ist, mit Waffen an einem Exceß dieser Art Theil zu nehmen, meist weiter fortgerissen wird, als er selbst zu gehen anfänglich beabsichtigte.

## II. A u f l a u f.

### §. 101.

Dieses Verbrechen unterscheidet sich von dem Aufruhr durch seine Tendenz, von der Widerseßlichkeit durch dieselben Kriterien wie der Aufruhr.

Eine Bestrafung derer, welche, dem obrigkeitlichen Verbote zuwider, der Menge beigefellt bleiben, rechtfertigt sich hier wie bei dem

Aufruhr dadurch, daß gerade durch sie die Ausführung polizeilicher Maßregeln erschwert, oft unmöglich gemacht, und ein Auflauf in einen Aufruhr verwandelt wird.

### III. Öffentliche Gewalt.

#### §. 102.

Von Aufruhr und Auflauf wird dieses Verbrechen dadurch unterschieden, daß es nicht gegen die Obrigkeit gerichtet ist, von der Nöthigung dadurch, daß Mehrere sich zusammengerottet haben, um öffentlich die Gewalt zu verüben. Andere Gesetzgebungen nennen dieses Verbrechen Landfriedensbruch, eine Benennung, die indeß jetzt nach ihrem eigentlich technischen Sinne nicht mehr paßt.

Die festgesetzten Strafen werden als ausreichend angesehen werden können, wenn erwogen wird, daß, insofern mit diesem Verbrechen das der Körper- oder Eigenthums-Verschädigung zusammentrifft, auch die Strafen dieser Verbrechen nach den über die Concurrenz aufgestellten Grundsätzen mit eintreten.

### IV. Öffentliche Drohungen.

#### §. 103.

Dieses Verbrechen, welches auch unter dem Namen von Landzwang vorkommt, nimmt dadurch einen gefährlichen Charakter an, daß ganzen Ortschaften, oder doch wenigstens öffentlich, mithin auf eine, allgemeine Besorgniß erregende Weise mit gefährlichen Verbrechen gedrohet wird.

Es unterscheidet sich auch dadurch von dem Privatverbrechen der Drohung. (§. 179.)

Die in älteren Gesetzen bei diesem Verbrechen vorkommenden sehr harten Strafen lassen sich jetzt um so weniger rechtfertigen, als bei den jetzigen polizeilichen Einrichtungen die Leichtigkeit, den Staatsschutz zu erhalten, gegen die aus solchen Drohungen hervorgehende Furcht ein erhebliches Gegengewicht bildet und gegen deren Ausführung eine bedeutende Sicherheit gewährt.

### V. Störung des Gottesdienstes.

#### §. 104.

Die Störung des Gottesdienstes reiht sich den hier aufgeführten Verbrechen an, weil sie zugleich eine Störung der öffentlichen Ruhe enthält. Sie kommt daher in ihrer Strafbarkeit den vorausgeführten Verbrechen auch gleich.

Die Störung der religiösen Ordnung (§. 117.) ist dagegen ein ganz verschiedenes Verbrechen, sowohl seiner Form als seiner Tendenz

nach, da dasselbe keine Gewaltthätigkeit oder Ruhestörung in sich begreift und nicht die Ausübung des Gottesdienstes, sondern die religiösen Ideen zum Gegenstande hat.

Bemerk. zu §. 104. Die Bestimmung findet auch Anwendung auf den Gottesdienst der Israeliten. Prot. Nr. XLV. S. 539.

VI. Burgfriedensbruch. VII. Eindringen in Gerichts- und andere öffentliche Gebäude.

§. 105. und 106.

Ebenso wie die Majestäts-Beleidigung und die derselben verwandten Verbrechen, gehört auch der Burgfriedensbruch in die Reihe der öffentlichen Verbrechen, so wie das Eindringen in Gerichts- und andere öffentliche Gebäude, wogegen die Störung des Hausfriedens nur den Privat-Verbrechen beigezählt werden kann (§. 180.), der übrigen Gleichheit des Thatbestandes ungeachtet.

Bemerk. zu §. 105. Der Burgfriedensbruch, §. 105., unterscheidet sich von der Störung des Hausfriedens, §. 180., nur durch den Gegenstand des Verbrechens, sonst ist der Begriff beider Verbrechen gleich. Unter dem Worte »Eindringen«, verschieden von einem bloß zubringlichen Eintreten, kann nur ein solches verstanden werden, welches mit einer Art von Gewaltthat verbunden ist, und paßt also die rüchfichtlich des Diebstahls im §. 217. enthaltene Erklärung von: »Eindringen in Wohnungen,« nicht hierher. Auch das »Verweilen wider ergangenes Verbot« setzt eine Art von gewaltsamer Widerseßlichkeit voraus. C. B. S. 50.

## Capitel 4.

Verbrechen gegen die öffentliche Ordnung.

1. Widerseßlichkeit gegen die Obrigkeit.

§. 107. 108.

Die Bestimmungen dieser Paragraphen entsprechen dem wesentlichen Inhalte des §. 3. des Gesetzes vom 23. Febr. 1837 *Nº* 8. Dem allgemein befolgten Systeme gemäß sind jedoch die Strafabstufungen so bestimmt, daß die Competenz der Gerichte berücksichtigt wird, und es ist nur eine Strafart angedrohet, nämlich Zwangsarbeit oder Gefängniß, nach Beschaffenheit der Fälle. Das Minimum, welches in dem gedachten Gesetze auf drei Wochen festgesetzt war, ist auf die ordentliche geringste Dauer dieser Strafarten ermäßigt, um kleinliche Bestimmungen in dieser Hinsicht zu vermeiden.

Verabredung, Verleitung und Aufforderung zur Widerseßlichkeit, oft subjectiv strafwürdiger, als diese selbst, sind nach dem Beispiele anderer Gesetzgebungen mit Strafe bedrohet, und diese Androhung rechtfertigt

sich besonders dadurch, daß sie sehr geeignet ist, das Verbrechen der Widerseßlichkeit zu verhindern.

Bemerk. zu §. 107. 1. Der öffentliche Beamte, welcher eine Amtshandlung vornimmt, muß zu Amtshandlungen von der Art der vorgenommenen im allgemeinen competent sein, und die vorschriftsmäßige Form beobachten. Es kommt mithin nur auf formelle Rechtmäßigkeit der Anordnung, nicht aber darauf an, daß er in dem einzelnen Falle unter den gegebenen Voraussetzungen solche zu treffen befugt war. C. B. G. 51.

2. Der einfache (passive) Ungehorsam wider obrigkeitliche Anordnungen begründet in der Regel nur die Anwendung der gesetzlichen Zwangsmittel, und erst wenn dem Gebrauche der letztern ein (activer) Widerstand entgegengesetzt wird, nimmt die Handlung die Eigenschaft eines Verbrechens an §. 107. Nr. 2. Ausnahmsweise ist jedoch auch der passive Ungehorsam strafbar, entweder in Dienstverhältnissen §. 268., oder insofern er als wirkliches Hinderniß der Vollziehung obrigkeitlicher Verfügungen erscheint, und dadurch in Widerseßung übergeht z. B. §§. 88. 97. 98. 101. 108.

3. Wenn auch einer Seits die Zwecke, welche durch die Kirche und Schule verfolgt werden, höher stehen, als die Staatszwecke im engeren Sinne, so bedürfen doch anderer Seits die Diener der Kirche und Schule (vergl. Bemerk. zu §. 78.) nicht einen so wirksamen Schutz als die Obrigkeit, weil ein Widerstreben gegen die Ausübung ihrer Amtsobliegenheiten entweder gar nicht vorkommt, oder wo es vorkommen kann, schon durch die Schuldisciplin zurückgehalten wird. Die Verhältnisse sind daher völlig verschieden, und da, wo wirklich strengere Strafen erforderlich sind z. B. bei Störung des Gottesdienstes oder Ehrenkränkungen des Predigers während der Ausübung des Amtes, finden sich in anderen Vorschriften ausreichende Bestimmungen (§. 104. 198.) Prot. Nr. XLV. C. 542.

Verhandl. der Ständeversammlung. auf dem zweiten Landtage v. 1837/.

Anf. I. Nr. XXXIV.

4. Für die hier und §. 116. hinsichtlich der Widerseßlichkeit und Ehrenkränkungen gegen Schildwachen angedroheten höheren Strafen spricht theils die dienstliche Stellung und eigenthümliche Lage der Schildwachen, die daraus hervorgehende Nothwendigkeit eines größeren gesetzlichen Schutzes, und außerdem die Gefahr, der sich derjenige, welcher eine Schildwache angreift, die zum unbedingten Waffengebrauche befugt ist, um sich auf ihrem Posten zu behaupten, aussetzt. C. B. G. 51. 52.

## II. Befreiung eines Gefangenen.

### §. 109.

Die Grundlage dieses Paragraphen bildet der §. 4. des Gesetzes Nr. 8. von 1837, und dessen Bestimmungen sind nur nach den §. 107. angedeuteten Rücksichten modificirt.

## III. Verletzungen amtlicher Bekanntmachungen und Siegel und Ungehorsam gegen die Obrigkeit.

### §. 110.

Die hier aufgenommenen Bestimmungen sind ausgedehnt auf alle

amtliche Verschlussmittel und Stempelungen; sie gehen also auch auf Plomben, von den Steuerbehörden vorgenommene Stempelungen und dergleichen, und bestehen neben den Steuercontraventionsstrafen.

(Vergl. §. 113. und 112. des Gesetzes vom 23. April 1835, № 16.)

Bemerk. zu §. 110. Dieses Verbrechen unterscheidet sich durch seinen Zweck von denjenigen, worüber §. 215. 4. A. und §. 238 handeln. Der §. 119. des Forststrafgesetzes enthält wegen Ausbauens und Verfälschung der Walddammerzeichen specielle in Kraft bleibende Bestimmungen. C. B. C. 51. 52.

#### IV. Anmaßung öffentlicher Dienste u. s. w.

##### §. 111.

Es ist in Zweifel gezogen, inwiefern die hier aufgeführten Vergehen als selbstständige Verbrechen vorkommen können und nicht vielmehr nur als Mittel zur Ausführung anderer Verbrechen anzusehen seien. Indes sind viele Fälle denkbar, wo in diesen Handlungen ein weiterer verbrecherischer Zweck nicht liegt, wo sie nicht das Mittel zu einem eigentlichen Betruge, sondern nur Folge von Eitelkeit und des Strebens, sich eine gewisse gesellschaftliche Position zu verschaffen, sind, ohne eigentliche gewinnfüchtige Absicht.

#### V. Bestechung.

##### §. 112.

In diesen Titel gehört die Bestechung nur insoweit, als der Bestechende zu bestrafen ist, indem die Handlung des Bestochenen zu den Amtsvergehen (§. 256. 257.) gezählt werden muß.

##### §. 113.

Dem Verbrechen der Bestechung sehr ähnlich und nur dem Zweck nach verschieden ist die Handlung derer, welche, um sich bei Ausübung politischer Rechte zu bestimmen, Vortheile annehmen, oder, um Andere in dieser Beziehung zu bestimmen, solche Vortheile geben oder versprechen.

Wenn auch nicht dem Begriffe, doch der Strafbarkeit nach, ist diesem Verbrechen das der gewaltsamen Störung bei Ausübung solcher Rechte gleich, und da dasselbe auch eine Störung der öffentlichen Ordnung enthält, so ist es mit in diesen Paragraphen aufgenommen eben so, wie die Bestechung von Zeugen und Sachverständigen.

Bemerk. zu §. 113. Unter der Bestimmung Nr. III. sind die Angaben der Zeugen und Sachverständigen in Verwaltungs- und unstreitigen Rechtssachen z. B. vor Localcommissarien bei Theilungs- und Ablösungssachen, oder vor Notarien (§. 139. Abs. 2.) bei Leitung von Gutsübergaben u. s. w. mit begriffen.

Prot. Nr. XLV. C. 546. Nr. XLVI. C. 552. Anl. II. zu LI. Nr. XI.



Sie entspricht dem geltenden Rechte, namentlich der peinlichen Gerichtsordnung, welche im Art. 64. von »belohnten« Zeugen, im Gegensatze von »falschen« Zeugen Art. 68., redet. E. B. S. 52.

## VI. Erschleichung öffentlicher Rechte.

### §. 114.

Die Erschleichung öffentlicher Rechte, eine Art des Betruges, gehört, ihres Gegenstandes wegen eben so, wie die Annahmung eines Amtes, in dieses Capitel. Es versteht sich übrigens von selbst, daß, insofern eine Art der Fälschung zu diesem Zwecke begangen wäre, welche eine härtere Strafe nach sich zieht, nach den Vorschriften über zusammentreffende Verbrechen zu verfahren sein würde.

(Vergl. Wahlgesetz §. 2.)

## VII. Beleidigung der Landes-Regierung.

### §. 115.

Dieser Paragraph enthält im Wesentlichen die Bestimmungen des §. 2. des Gesetzes Nr. 8. von 1837, und ist nach den §. 107. angeordneten Rücksichten modificirt. Für Verläumdungen der Regierung, d. h. wenn ihr die Verübung von Verbrechen Schuld gegeben wird, hat ein Jahr Gefängniß als Minimum nicht zu hoch geschienen.

Bemerk. zu §. 115. Es ist dafür erachtet, daß die Verletzung der Ehrerbietung gegen die Landesregierung, um criminell geahndet zu werden, eine öffentliche sein muß, öffentlich aber sowohl schriftlich als durch Wort und That begangen werden kann. Diese Beschränkung erscheint dem Wesen und der Stellung der Landesregierung angemessen, und wird übrigens durch die gewählte Fassung deutlich hervorgehoben, daß die in Eingaben an eine Behörde enthaltenen Verletzungen der Ehrerbietung gegen die Landesregierung ebenfalls unter die Strafbestimmung zu ziehen ist.

Prot. Nr. XLVI. S. 553 — 555. Anf. II. zu LI. Nr. XIII.

## VIII. Beleidigung öffentlicher Behörden und Beamten.

### §. 116.

Die Bestimmungen des §. 1. des Gesetzes Nr. 8. von 1837 sind mit den erforderlichen Modificationen in diesen Paragraphen aufgenommen. Bei den meisten Verbrechen, welche in ihrer geringsten Strafwürdigkeit der polizeilichen Bestrafung zu überweisen sind, ist es nicht ohne Schwierigkeit, die Gränze, mit welcher die criminelle Natur derselben aufhören soll, richtig und zweckmäßig zu bestimmen. Diese Schwierigkeiten finden sich auch bei dem gegenwärtigen Verbrechen. Nach mehrfacher Erwägung hat es indeß ausreichend geschienen, nur diejenigen nicht thätlichen Beleidigungen unterer Officianten von der polizeilichen Be-

strafung auszunehmen, welche wegen des Ortes oder der Gelegenheit, bei welcher sie zugefügt worden, den Character öffentlicher Beleidigungen tragen. Auf diese Weise wird die Mehrzahl solcher Beleidigungen der polizeilichen Ahndung anheim fallen.

Bemerk. zu §. 116. Wenn der Beamte seiner Seits sich eines unangemessenen Verhaltens schuldig macht und dadurch zu der Ungebühr die Veranlassung giebt, so sind zwei Fälle zu unterscheiden, nemlich

1. der, wo der Beamte in seinem unangemessenen Benehmen so weit geht, daß er ganz aus der Sphäre seines amtlichen Wirkungskreises heraustritt und sich zu Handlungen hinreißt, zu denen seine amtlichen Befugnisse ihn unter keiner Bedingung ermächtigen können; und

2. der, wo er sich zwar innerhalb der Grenzen seiner Amtsbefugnisse hält, aber nicht ordnungsmäßig benimmt.

Fälle der ersten Art gehören nicht unter den Bereich dieser Strafbestimmungen, denn indem der Beamte ganz aus der ihm angewiesenen Sphäre heraustritt, kann er den Schutz, der ihm nur bei seinen Diensthandlungen gewährt werden soll, nicht weiter in Anspruch nehmen. Dies folgt aus dem allgemeinen Grundsätze von selbst, die hier, wie überall vorausgesetzt werden.

Fälle der zweiten Art gehören dagegen unter den Bereich der vorliegenden Bestimmung, und es kann bei diesen im allgemeinen (vergl. jedoch §. 62.) nicht unter das gesetzliche Strafminimum herabgegangen werden, wenn es sich gleich von selbst versteht, daß der Richter bei Zumessung der Strafe die Beweggründe und die Veranlassung der That zu berücksichtigen hat (§. 66. Nr. 5.).

Verhandl. der Ständeversammlung. auf dem zweiten Landtage von 1837/8.

Anl. I. zu Nr. XXXIV.

## IX. Störung der religiösen Ordnung.

### §. 117.

Der Paragraph begreift unter dieser Rubrik die Gotteslästerung, die Herabwürdigung heiliger Gegenstände und die Beledung des Religionshasses. Er stimmt mit den meisten neuen Gesetzgebungen darin überein, daß diese Verbrechen nur, insofern sie öffentlich begangen werden, der Bestrafung unterliegen.

Das bairische Gesetzbuch und der hannoversche Entwurf haben diese Handlungen in die Reihe der Verbrechen nicht aufgenommen. Indes mit den in dem Gesetze bestimmten Beschränkungen wird sich gegen die Strafbarkeit dieser Handlungen nichts erinnern lassen, da ein durch sie gegebenes öffentliches Aergerniß nicht geduldet werden darf.

Eine Gesetzgebung, nämlich die österreichische, hat auch unter dieser Rubrik die Verleitung des Abfalles vom Christenthume. In der österreichischen Monarchie, wenigstens in manchen Provinzen derselben, mag auch eine solche Vorschrift praktischen Werth haben. Für das Herzogthum hat sie entbehrlich geschienen.

Hinsichtlich des Strafmaßes finden sich bei diesem Verbrechen große Verschiedenheiten. Das Maximum der Strafe ist nach preussischem Landrechte 6 Monat Gefängniß, nach dem österreichischen Gesetzbuche bei öffentlichem Mergerniß oder gemeiner Gefahr und großer Bosheit oder Gefährlichkeit schwerer Kerker bis auf zehn Jahre, und die beiden neuesten Gesetzbücher (Sachsen und Württemberg) lassen die Strafe bis auf zwei Jahre Gefängniß oder Arbeitshaus steigen.

Da indeß die Erfahrung nicht ergeben hat, daß die Milde der preussischen Gesetzgebung dort schädlich gewirkt hätte; da ferner diese Verbrechen kaum anders eine gemeine Gefahr erzeugen können, als dadurch, daß sie in ein anderes Verbrechen übergehen, so ist es für ausreichend gehalten, das Strafmaximum auf ein Jahr Gefängniß festzustellen.

Bemerk. zu §. 117. Auf die jüdische Religion als eine vom Staate zugelassene oder geduldet ist die Bestimmung mit zu beziehen.

Prot. Nr. XLV. S. 547.

## X. Selbsthülfe.

### §. 118.

Es ist hier nur darauf aufmerksam zu machen, daß nicht jede, sondern allein die qualifizierte Selbsthülfe, wie dieß der §. 118. bestimmt, strafbar ist, und daß die civilrechtlichen Grundsätze über deren Folge, durch die Vorschrift dieses §. nicht berührt werden.

Bemerk. zu §. 118. Es ist zu unterscheiden zwischen Selbsthülfe wegen Verletzungen, die der Vergangenheit angehören, und zwischen Selbstvertheidigung oder Nothwehr gegen unmittelbar bevorstehende, in der Zukunft liegende Verletzungen. Der Fall des mit der geraubten oder gestohlenen Sache entlaufenen Räubers oder Diebes gehört eigentlich zur erlaubten Selbsthülfe, ist jedoch in Ansehung der Beurtheilung zur Selbstvertheidigung gestellt, §. 166., und kann als Quasi-Nothwehr angesehen werden. Selbsthülfe, §. 118., ist nur alsdann, wenn dabei Gewalt an Personen oder Sachen verübt worden, mit Strafen bedroht. C. D. S. 54.

## XI. Zweikampf.

### §. 119 — 122.

Der Zweikampf, so wie auch die Selbsthülfe, enthalten einen eigenmächtigen Eingriff in die richterliche Gewalt und sind deshalb den öffentlichen Verbrechen beizuzählen. Da in ihnen ferner nicht nur eine Störung des Rechtsfriedens, sondern auch eine Störung der Rechtsordnung, im engeren Sinne des Wortes, liegt, so haben diese Verbrechen füglich ihren Platz in diesem Capitel finden können, wogegen die neuern Gesetzgebungen ihnen meistens ein eigenes Capitel widmen.

Bei dem Thatbestande des Verbrechens, den Strafabstufungen und

dem Strafmaße sind die neuern Gesetzgebungen und die Bestimmungen der hiesigen Kriegsartikel berücksichtigt. Das Duell kann unter so gehässigen Umständen vorkommen, daß Ketten- oder Zuchthaus-Strafe vollkommen gerecht erscheint, wenn z. B. ein Kaufbold von Profession eine in den Waffen nicht geübte Person in der Hoffnung, etwas zu erpressen, zu einem Duell zwingt und sie schwer verwundet oder gar tödtet.

Indeß läßt sich nicht verkennen, daß bei den einmal bestehenden und eingewurzelten Standesvorurtheilen und der daraus hervorgehenden Schwierigkeit, ja, man muß leider sagen Unmöglichkeit, unter gegebenen Umständen einem Zweikampfe auszuweichen, diese Strafarten für gewöhnliche Fälle, selbst mit unglücklichem Ausgange, zu hart erscheinen, wenigstens insofern als ihre Folgen entehrend sind. Aus diesen Rücksichten, die diesem Verbrechen ganz eigenthümlich sind, ist daher der Richter ermächtigt, bei vorhandenen erheblichen Milderungsgründen, der Zwangsarbeit und den härteren Freiheitsstrafen, Gefängniß, jedoch von der Dauer dieser angedrohten Strafarten, zu substituiren.

Diese Ausnahme der Verlängerung der Gefängnißstrafe über ihre regelmäßige Dauer hinaus ist die einzige in den Entwurf aufgenommene; sie wird sich indeß durch die Eigenthümlichkeit der hier eintretenden Verhältnisse und Rücksichten, die sich bei keinem anderen Verbrechen in gleicher oder ähnlicher Weise finden, rechtfertigen.

Bemerk. zu §. 119. 1. In dem Entwurfe war, und darauf beziehen sich die Motive unter Nr. I. zeitliche Kettenstrafe, und unter Nr. II. 1. Zuchthaus und resp. Zwangsarbeit, statt des in dem publicirten Gesetze angenommenen Gefängnisses, angedrohet, jedoch dem Richter die Ermächtigung erteilt, bei erheblichen Milderungsgründen statt auf Zwangsarbeit oder die härteren angedrohten Freiheitsstrafen, auf Gefängniß von der ordentlichen Dauer jener Strafarten zu erkennen.

Auf den von der Ständeversammlung angenommenen Antrag der Herzogl. Landesregierung ist jedoch die letzt erwähnte Bestimmung gestrichen, und statt der Ketten-, Zuchthaus- und Zwangsarbeitsstrafen, Gefängniß von der Dauer jener Strafarten sogleich angedrohet, indem, wenn sich auch nicht verkennen läßt, daß Fälle denkbar sind, in denen jene entehrenden Strafen gerechtfertigt erscheinen können, doch das Verbrechen des Zweikampfes in der Regel unter Umständen vorkommt, bei denen so harte Strafen unbillig erscheinen, besonders, da, unserer Gesetzgebung zufolge, nach diesen Grundsätzen auch Officiere, welche sich mit Civilisten duelliren, zu beurtheilen sind. Wenn nun gleich die Bestimmungen des Entwurfes die Gerichte ermächtigten, den härteren Strafarten Gefängniß zu substituiren, so ist es doch richtiger gewesen, bei Feststellung der Strafen die obgedachte Regel als die Ausnahme vor Augen zu haben.

C. B. S. 53.

2. Der Satz unter Nr. II. 1. »welcher das Duell herbeiführte« erhält seine Erläuterung durch den folgenden Absatz. C. B. S. 53.

Bemerk. zu §. 122. Die Anstiftung, von welcher §. 41. handelt, ist verschieden von der Aufhegung, und es wird also in vorkommenden Fällen durch den §. 122. die Strafe der Anstiftung keineswegs ausgeschlossen.

C. B. S. 53. 54.

Die folgenden den Inhalt dieses Capitels bildenden Verbrechen, nämlich

## XII. Böslische Einstellung der Arbeit.

§. 123.

(Vergl. §. 7. des Gesetzes Nr. 8. von 1837).

## XIII. Rückkehr eines Verwiesenen.

§. 124.

## XIV. Ueberschreitung der Begrenzung.

§. 125.

geben zu besonderen Bemerkungen keine Veranlassung, indem die angenommenen Bestimmungen in dem bestehenden Rechte oder der Natur dieser gesetzwidrigen Handlungen ihre Rechtfertigung finden werden.

Eigenmächtige Versammlungen der Gemeinden und Handwerksinnungen, welche einige Gesetzgebungen hier aufführen, sind allerdings nicht zu dulden und mit Strafe zu bedrohen.

Dieses dürfte indeß kein Gegenstand eines Criminalgesetzbuches sein.

Bemerk. zu §. 123. Da das Gesetzbuch polizeiliche Delicte nicht zum Gegenstande hat, so behält der §. 8. des Gesetzes vom 23. Februar 1837., die Vergehen gegen die öffentliche Ordnung betreffend, Nr. 8., fortwährend Gültigkeit.

C. B. S. 54.

## Capitel 5.

### Verbrechen wider öffentliche Treue und Glauben.

#### I. Falschmünzen.

§. 126.

In der Doktrin ist man jetzt darin einverstanden, daß nicht allein das Verfertigen unächter Münzen das Verbrechen des Falschmünzens bilde, sondern daß dazu auch noch eine besondere rechtswidrige Absicht erforderlich sei. Diese Absicht bestimmen die beiden neuesten deutschen Gesetzbücher (Sachsen und Würtemberg) dahin, daß sie darin bestehen soll: das falsche Geld auszugeben oder in Umlauf zu bringen. Hierdurch scheinen indeß dem Verbrechen zu enge Gränzen angewiesen zu sein. Denn unter das Ausgeben läßt sich z. B. der Fall nicht rechnen, wenn ein Cassen-Beamter falsche Mün-

zen macht, um sie bei der Rechterthe der Casse allein zur Verdeckung seines Defects zu gebrauchen, hernach aber wieder einzuschmelzen; unter das Innumlaufbringen aber selbst nicht der Fall, wenn das falsche Geld als Depositum gegeben und dadurch ein Vortheil erlangt werden soll.

Die hier erforderliche rechtswidrige Absicht wird sich allgemeiner dahin bestimmen lassen, daß der Thäter das falsche Geld als Geld hat gebrauchen wollen, oder was dasselbe sagt, daß er in gewinnsüchtiger Absicht gehandelt hat. Diese Worte sind daher zur Bezeichnung der erforderlichen rechtswidrigen Absicht in den gegenwärtigen Paragraphen aufgenommen, und sie finden sich gleichmäßig bei allen ähnlichen Verbrechen, wo eine gleiche Absicht zu bezeichnen war, wiederholt. Es hat um so zweckmäßiger geschienen, gerade diese Ausdrücke zu wählen, als die hiesigen Gerichte gewohnt sind, mit denselben einen bestimmten technischen Sinn zu verbinden, z. B. bei Diebstahl. Uebereinstimmend mit der Praxis ist aber eine *gewinnsüchtige Absicht* überall anzunehmen, wo der Thäter den Zweck hat, sich oder Anderen einen Vortheil in Bezug auf Vermögensrechte zu verschaffen. Zweifelhafter ist es dagegen: ob man nur das Nachmachen ächten Geldes oder überhaupt das Verfertigen falschen Geldes als Falschmünzen ansehen wolle? — Indes wird man das Verfertigen falschen Geldes nicht als Betrug, sondern als das Verbrechen des Falschmünzens ansehen müssen, da dasselbe im Wesentlichen dem Nachmachen ächten Geldes in der Gefährlichkeit gleichkommt und übrigens ganz denselben Character trägt.

Darüber ist man jetzt einig, daß sich die Münzfälschung nicht allein als Eingriff in ein Regale ansehen läßt, daß daher das Falschmünzen sowohl durch Verfertigen inländischer als ausländischer Münzen begangen wird, was im Grunde auch schon die Carolina, wenigstens für alle Münzen des deutschen Reichs, annimmt. Dieserhalb hat man es denn auch nicht für nothwendig erachtet, solches in der Fassung des Paragraphen besonders hervorzuheben, der in seinen allgemeinen Ausdrücken diese beiden Fälle umfaßt.

Einige Gesetzgebungen und Entwürfe haben indes hiebei die Beschränkung erforderlich erachtet: daß die nachgemachte Münze im Lande Cours haben oder im Umlaufe sein soll. Wie man aber auch dieses Erforderniß verstehen mag, mag man es auf die Münzen, die gesetzlichen Cours haben, beschränken, oder auf alle, die nur faktisch im Umlaufe sind, ausdehnen, immer wird durch dasselbe der Thatbestand dieses Verbrechens zu enge bestimmt. Denn so viel ist nach der historischen Entwicklung dieser Verhältnisse und bei der jetzt bestehenden Bundesverfassung unzweifelhaft, auf die Münzen aller deutschen Staaten wird das Verbot

des Falschmünzens bezogen werden müssen. Wie wenig süddeutsche Münzen sind aber in Norddeutschland im Course, und umgekehrt, wie wenig norddeutsche in Süddeutschland. Die Scheidemünzen beschränken sich überdies in der Regel auf das Gebiet, dem sie angehören. Es läßt sich zwar nicht verkennen, daß die Annahme des Falschmünzens bei allen ausländischen Münzen ohne jene Beschränkung auf der anderen Seite zu weit führen könnte, da kaum ein Interesse dabei zu sein scheint, das Nachmachen der Münzen von Staaten die mit Europa in gar keiner diplomatischen oder commerciellen Beziehung stehen, zu bestrafen. Allein dieser Grundsatz an sich ist nicht gerecht, und überdies kommen Falschmünzereien der Art nicht vor oder, wenn sie vorkommen, sind sie nur als in's Große gehende Handelsspeculationen denkbar, und dann dürften sie auch mit Recht der Strafe verfallen, da man förmliche falsche Münzstätten auch für die entferntesten Staaten, schon wegen der Gefahr des Mißbrauchs, nie wird gestatten wollen. Abgesehen hiervon ist es aber jedenfalls sehr schwierig, die Gränze zu bestimmen, wenn man einen Unterschied zwischen den Münzen auswärtiger Staaten machen und die Nachahmung einiger erlauben will.

Die bekannte Streitfrage des gemeinen Rechts über die Vollendung dieses Verbrechens steht im genauesten Zusammenhange mit den Grundsätzen, die man in dieser Beziehung bei Fälschungen überhaupt annehmen will. Es lassen sich bei diesem Verbrechen als Erforderniß der Vollendung vier verschiedene Umstände annehmen, nämlich:

- 1) die vollendete Verfertigung des falschen oder verfälschten Gegenstandes;
- 2) der davon wirklich gemachte beabsichtigte Gebrauch;
- 3) dieser Gebrauch mit Erfolg, d. h. mit Bewirkung der beabsichtigten Täuschung;
- 4) der Gebrauch mit Stiftung eines Schadens.

Das Gesetz hat sich bei allen in das Gebiet der öffentlichen Verbrechen gehörenden Fälschungen für die unter 1. aufgeführte Ansicht entschieden, so daß also alle diese Verbrechen mit der beendigten Handlung der Fälschung selbst als vollbracht angesehen werden.

Diese Theorie ist angenommen, weil sie für die nach gemeinem deutschen Criminalrechte richtigere gehalten wurde, weil sie bisher von den hiesigen Gerichten befolgt ist, und endlich, weil sie in legislativer Rücksicht den Vorzug verdient. Denn bei den hieher gehörenden Fälschungen liegt die Strafbarkeit und Gefährlichkeit der Handlung weit mehr in der Fälschung selbst, als in dem Gebrauche der verfälschten Sache. In vorzüglichem Grade gilt dieser Satz für die Fälschungen, welche ge-

gen öffentliche Treue und Glauben gehen, da von dem verfälschten Gegenstande meist Jeder, selbst ohne Kenntniß der Fälschung, Gebrauch machen kann, und dieser daher selbst ohne Mitwirkung des Verfälschers sehr wohl denkbar ist. Die meisten Gesetzbücher und Entwürfe, selbst die, deren Verfasser einer entgegengesetzten theoretischen Ansicht sind, folgen daher auch den hier adoptirten Grundsätzen, und behandeln die unter 2 bis 4 aufgeführten Momente als Strafabstufungs- oder Strafzumessungsgründe. Als Strafzumessungsgründe sind diese Momente jedenfalls erheblich, schon nach den allgemeinen Bestimmungen. In wie fern sie als Strafabstufungsgründe zu berücksichtigen seien, wird sich dagegen nur bei jedem einzelnen Verbrechen der Fälschung erwägen lassen.

Das Fälschmünzen anbetreffend, so hat es nicht nothwendig geschienen, diese Momente als Strafabstufungen aufzustellen, da sie eine Aenderung in den angenommenen Strafarten nicht würden haben nach sich ziehen können. Vielmehr ist als ~~einzigster Strafabstufungsgrund~~ der Umstand angenommen: ob die falsche Münze sogleich erkennbar ist oder nicht? — eine Thatfache die schon das österreichische Gesetzbuch bei Bestimmung der Strafen berücksichtigt und auf die praktische Nothwendigkeit deren Berücksichtigung in dem Strombeck'schen Entwürfe mit Recht besonders aufmerksam gemacht ist. Alle anderen hier sonst noch vorkommenden erheblichen Rücksichten: ob das Geld geprägt oder gegossen, ob Gold- oder Silber-Münzen verfertigt seien, ob ihr innerer Gehalt dem der ächten Münze gleichkomme oder nicht, wie groß die Summe des verfertigten falschen Geldes sei? — können füglich dem richterlichen Ermessen bei Bestimmung des Strafmaßes anheim fallen.

Das angenommene Strafmaß an sich bleibt hinter den Strafen der meisten Gesetzbücher zurück, indem nicht nur das eigentliche Fälschmünzen meistens mit härterer Strafe, sondern auch die Verfertigung falschen Papiergeldes selbst mit Todesstrafe bedrohet ist. Das Gesetz hat indeß den Grundsatz allgemein durchgeführt, daß Verbrechen, die nicht zugleich die Person, sondern nur das Vermögen oder Vermögensrechte angreifen, nicht mit den härtesten Freiheitsstrafen belegt werden können, da sie von jenen, die unerseßliche Güter vernichten und deren Unternehmung eine bössartigere Gesinnung voraussetzt, in der Strafbarkeit weit absteichen. Bei den Münzverbrechen von diesem Grundsatz abzuweichen, war um so weniger Grund vorhanden, als braunschweigisches Papiergeld nicht existirt, bei der großen technischen Vollendung des jetzigen Münzwesens das Fälschmünzen mit einiger Aussicht auf Erfolg außerordentlich schwierig und die Verbreitung falschen Geldes bei der hieraus entstehenden Leichtigkeit der Controle und der steten Wachsamkeit der Polizeibehörden



auf diesen Gegenstand leicht zu verhindern, eine erhebliche Schadensstiftung daher nicht leicht möglich ist.

Bemerk. zu §. 126. Abs. 2. Von dem Ausgeben des falschen Geldes hängt nicht die Vollendung des Verbrechens, sondern lediglich die Zumessung strengerer Strafen ab.

Mit dem Aufzählen des Geldes, oder mit der Versendung durch die Post, auch wenn dasselbe noch nicht angenommen worden, ist jedoch das Ausgeben als geschehen zu betrachten, weil dadurch von dem Gelde Gebrauch gemacht ist. Prot. Nr. XLVI. S. 556.

## II. Münzverfälschung.

### §. 127.

Die Münzverfälschung ist zwar weniger strafbar, als das Falschmünzen, Zwangsarbeit wird aber als die angemessene Strafart angesehen werden müssen. Die wegen der Competenz erforderliche Strafabstufung hat bei dem Character dieses Verbrechens am zweckmäßigsten durch die Größe des Gegenstandes der Fälschung bestimmt werden können, und es ist dabei die Summe angenommen, welche später bei ähnlichen Verbrechen gleichfalls als Strafabstufungsgrund dient.

## III. Verbreitung falschen Geldes.

### §. 129.

Wer wissentlich falsches Geld an sich bringt, um es zu benutzen, begeht einen offenbaren Betrug, und kann dem Münzverfälscher gleich gestellt werden. Das wissentliche Ausgeben falschen, zufällig erhaltenen Geldes erscheint dagegen in einem milderen Character; es hat mehr die Tendenz, einen erlittenen Schaden durch eine unerlaubte Handlung wieder zu ersetzen, und wenn daher die Summe fünfzehn Thaler nicht übersteigt, hat Gefängniß bis von sechs Monaten oder Geldstrafe ausreichend geschiessen.

Bemerk. zu §. 128. Der Entwurf enthält keine Bestimmungen über die Bestrafung derjenigen, welche im Einverständnisse mit den Falschmünzern oder Münzverfälschern falsches oder verfälschtes Geld in Umlauf bringen. Da der Thatbestand des Falschmünzens und der Münzverfälschung nur die Verfertigung falschen und die Verringerung oder Veränderung echten Geldes erfordert, ohne daß es darauf ankommt, ob davon schon Gebrauch gemacht worden oder nicht, so würden jene Personen, insofern deren Mitwirkung erst nach Vollendung des Verbrechens eintritt, den allgemeinen Grundsätzen zufolge, nur als Gehülfen oder Begünstiger beurtheilt werden können, und somit in vielen Fällen mit einer gelindern Strafe abgekommen sein, als §. 129 für diejenigen festgesetzt ist, die ohne Einverständniß mit den Thätern wissentlich falsches oder verfälschtes Geld ausgeben.

Die Strafwürdigkeit derjenigen, welche im Einverständnisse mit den Ver-

brechern handeln, steht jedoch der Strafwürdigkeit der letzten gleich, obgleich bei Zurechnung der Strafe auf die hier in Betracht kommenden Umstände Rücksicht zu nehmen ist.

Aus diesen Gründen ist nach dem Antrage der Stände die Aufnahme des §. 128. in das Gesetz erfolgt.

Prot. Nr. XLVI. S. 555. 556. Nr. XLVII. S. 561. 562. Anl. II. zu LI. Nr. XIV.

Bemerk. zu §. 129. In dem Entwurfe war, wie die Motive erschen lassen, neben dem wissentlichen Ausgeben falschen, in gewinnstüchtiger Absicht an sich gebrachten Geldes, auch das wissentliche Ausgeben falschen, zufällig erhaltenen Geldes mit einer Strafe bedroht. Die Ständerversammlung erklärte sich nun zwar damit einverstanden, daß diejenigen, welche in gewinnstüchtiger Absicht verfälschtes Geld an sich gebracht und wissentlich ausgegeben haben, mit Strafe zu belegen seien, glaubte jedoch, daß es zu einer übermäßigen Belästigung führen und auf den täglichen Verkehr hemmend einwirken würde, wenn das wissentliche Ausgeben beschmittener und abgefeilter ächter Münzen, insofern dem Erwerbe jene Absicht nicht, ~~zum Grunde lag~~, bestraft werden sollte, und daß daher die Strafandrohung für das wissentliche Ausgeben verfälschten Metallgeldes auf den Fall zu beschränken sei, daß hierbei eine Veränderung des Stempels oder der Bezeichnung statigefunden hat, um so mehr, da oftmals nicht constatirt werden kann, ob die Verringerung des Metallgeldes durch die Abnutzung oder ob sie durch Abschneiden oder Befleisen entstanden ist. Der beschlossene Antrag erhielt die Genehmigung der S. Landesregierung, und in Folge davon der §. 129. seine jetzige abgeänderte Fassung.

Prot. Nr. XLVI. S. 557. Nr. XLVII. S. 562 — 564. Anl. II. zu LI. Nr. XV.

#### IV. Fälschung von Creditpapieren.

##### §. 130.

Die Ausdehnung dieser Grundsätze auf Creditpapiere von Privaten oder Privatgesellschaften, die unter öffentlicher Autorität ausgestellt sind, rechtfertigt sich durch die Gleichheit des Grundes, bei diesen im allgemeinen Verkehre befindlichen Papieren, und die Zuchthausstrafe durch die Gefährlichkeit des Verbrechens, welche hier im Grunde größer ist, als bei dem Fälschmünzen.

#### V. Fälschung des Stempelpapiers u. s. w.

##### §. 131.

Die in diesem Paragraphen aufgenommenen verschiedenen Arten der Fälschung können einen sehr verschiedenen Grad der Strafbarkeit, nach der Größe des beabsichtigten Gewinnes oder Schadens, nach dem Zwecke der Fälschung u. s. w. haben. Bei deren Classification hängt manches von Ansichten ab. Keine Fälschung dieser Art hat indeß, sofern nur eine gewinnstüchtige Absicht damit verbunden ist, so wenig strafbar

geschiehen, daß sie der polizeilichen Bestrafung überwiesen werden könnte. Die übrigen angenommenen Strafabstufungsgründe stimmen mit den sonst befolgten Grundsätzen überein, oder rechtfertigen sich durch sich selbst.

Bemerk. zu §. 131. 1. Im §. 131. ist unter (Siegel und) Stempel das Zeichen auf dem Papiere u. s. w. also das Product des Werkzeuges zu verstehen, während im §. 133. von der Verfertigung dieses Werkzeuges die Rede ist. Unter Pässen sind auch — Wanderbücher — mit begriffen.

Prot. Nr. XLVI. S. 558.

2. Als Urkunde läßt sich im Sinne des §. 131. und des §. 230. nicht eine jede Scriptur betrachten, sondern nur ein öffentliches oder Privatinstrument, d. h. eine solche Scriptur, die entweder unter öffentlicher Autorität aufgestellt ist, oder aus welcher Privatrechte abgeleitet werden können. Die Bestimmungen des Justizstrafgesetzes, §. 118, über den Gebrauch falscher Wappensteinen bleiben neben der Vorschrift des Criminalgesetzbuches in §. 131. bestehen. C. B. S. 54.

## VI. Unterdrückung öffentlicher Urkunden.

### §. 132.

Wegen der völligen Gleichheit dieses Verbrechens mit der Fälschung öffentlicher Urkunden hat es derselben auch ganz gleichgestellt werden können. Die neueren Gesetzgebungen folgen derselben Ansicht.

Bemerk. zu §. 132. Ein mit böswilliger oder in gewinnflüchtiger Absicht theilweise geschehenes Unleserlichmachen einzelner Stellen einer Urkunde durch Radiren, Abreißen oder auf andere Art, steht der Unterdrückung gleich.

C. B. S. 55.

## VII. Vorbereitung zu den Fälschungen.

### §. 133.

Wenn die Vorbereitungen zu den hierher gehörigen Fälschungen soweit gediehen sind, daß schon Stempel oder andere zu denselben dienende Werkzeuge angeschafft worden, so muß die Strafbarkeit derselben angenommen werden, bei der Gefährlichkeit und Geflissenheit dieser Handlungen und da der nächste Schritt bis zur Ausführung des Verbrechens dann gethan ist.

## VIII. Gränz-Verfälschung.

### §. 134.

Das hier aufgeführte Verbrechen der Gränzverfälschung unterscheidet sich von dem der Verrückung der Staatsgränzen theils dadurch, daß es auf alle unter öffentlicher Autorität gesetzte Gränzen geht, theils dadurch, daß es zwar auch die Staatsgränze betreffen kann, aber nicht in

landesverrätherischer Absicht, d. h. nicht zu Gunsten des Nachbarstaates, sondern im eigenen Interesse oder zum Vortheil eines andern Dritten begangen wird (vergl. S. 85). Der Gränzverfälschung sehr ähnlich ist die Verfälschung der Zeichen des Wasserstandes, und diese strafbare Handlung hat daher füglich mit in den gegenwärtigen Paragraphen aufgenommen werden können. Wenn eines dieser Verbrechen in gewinnstüchtiger Absicht verübt wird, nimmt es den Character des Betruges an, und Zwangsarbeit erscheint alsdann als die geeignete Strafmart, wogegen sonst Polizeistrafte genügt. Zweifelhafter könnte es sein: ob das angenommene Strafmaximum nicht bis auf ein Jahr zu erhöhen wäre? Da das Object einer solchen Fälschung indeß nicht sehr bedeutend sein kann, so ist die festgesetzte Strafe für ausreichend gehalten.

### IX. Meineid.

#### §. 135.

Zu dem Thatbestande des Meineides erfordert das Gesetz eine falsche Angabe. Für die Moralität der Schwörenden ist es zwar gleichgültig: ob er wissentlich eine falsche Angabe oder eine wahre Thatfache, die er irrigerweise für falsch hält, beschwört, so daß auch verschiedene Ansichten darüber herrschen: ob nicht die Ueberzeugung des Schwörenden, daß seine Angabe falsch sei, zum Thatbestande dieses Verbrechens genüge. — Es läßt sich auch nicht verkennen, daß durch einen falschen Eid dieser Art Schaden zugefügt werden kann, wenigstens ein formeller, z. B. wenn in einem Proceffe Personen einen wahren Umstand als Zeugen bekunden, den sie für unwahr halten, und hinsichtlich dessen es sonst an Beweismitteln fehlt \*). Allein da das endliche Streben der Gerechtkeitspflege doch immer nur der Sieg des materiellen Rechts sein kann, und ferner da ein nothwendiges Merkmal jeder verbrecherischen Handlung eine materielle Rechtsverletzung ist, so kann die Ueberzeugung der Unwahrheit allein zum Thatbestande des Meineides nicht genügen, und das Beschwören einer wahren, für unrichtig gehaltenen Thatfache ist nur als Versuch des Meineides strafbar. Wenn gemeinrechtlich auch nur die vor Gericht geschworenen falschen Eide als Meineid angesehen werden

---

\*) Würde ein Zeuge einen wahren Umstand, von dem er gar keine eigene Wissenschaft hat, als wahr bezeugen, so läge hierin immer ein vollendeter Meineid, da er versichert, etwas gehört oder gesehen zu haben, was er nicht gehört oder gesehen hat. Anders verhält es sich dagegen, wenn er glaubt, den A gesehen zu haben, deponirt, daß er den B gesehen habe, und dieser es auch wirklich gewesen ist, den er bemerkt hat.

können, so ist doch die Ausdehnung dieser Vorschriften auf alle vor einer öffentlichen Behörde geleisteten Eide, der Gleichheit des Grundes wegen, nothwendig.

Die bei diesem Verbrechen angenommenen Strafen sind streng, und bedeutend härter, als der bisherige Gerichtsgebrauch. Allein wenn man erwägt, daß der Meineid eine der wesentlichsten Grundlagen unserer ganzen Rechtsverfassung angreift, daß ein hoher Grad von Verworfenheit dazu gehört, zu einem so gefährlichen verbrecherischen Angriffe den heiligen Namen Gottes zu mißbrauchen, und endlich, welcher bedeutende Schaden durch dieses Verbrechen gestiftet werden kann, so wird man diese Strenge gerechtfertigt finden.

Bemerk. zu §. 135. 1. In den Begriff des Meineides ist das Requitit, daß der Eid in gesetzlich gültiger Weise geleistet worden, nicht aufgenommen, und es entscheidet sich daher die Frage, ob eine materielle oder formelle Unzulänglichkeit des Eides die Strafe des Meineides ausschliesse, dahin, daß, insofern nur der Eid ein förmlicher ist, welcher Umstand allerdings zum Thatbestande des Verbrechens gehört, weitere Gründe der Ungültigkeit, welche aus der Person des Schwörenden, aus dem Gegenstande des Eides oder aus der Wichtigkeit des Verfahrens abgeleitet werden könnten, nicht zu berücksichtigen sind, wenn dies nicht bereits in den allgemeinen Grundsätzen über Strafbarkeit liegt. Dagegen versteht es sich von selbst, daß die Behörde oder der Beamte, an und für sich betrachtet und abgesehen von der Zuständigkeit im einzelnen Falle, zur Abnahme von Eiden befugt sein müsse, welche Absicht auch der Bestimmung des §. 139. Abs. 2. zum Grunde liegt.

C. B. C. 55. 56.

2. Der wirklich falsche Widerruf eines eidlichen Zeugnisses ist nicht besonders mit Strafen bedroht, da, wie auch die Motive zu §. 140. andeuten, die Strafbarkeit dieser Handlung aus der im gedachten §. 140. gegebenen Bestimmung folgt.

C. B. C. 56.

3. Ebenso versteht es sich (Motive zu §. 135.) von selbst, daß bei dem Würdigungseide eine Untersuchung und Strafe wegen Meineides nicht stattfindet. Eine Bestimmung hierüber würde jedenfalls unpractisch sein.

C. B. C. 56.

4. Der Eidesunfähigkeit, so wie der Unfähigkeit zum Zeugnisse, als Folgen des Meineides zu gedenken, ist nach den angenommenen Grundsätzen nicht für angemessen erachtet, da Bestimmungen hierüber, welche leicht zu Mißdeutungen Veranlassung geben können, nicht in dem Criminalgesetzbuche zu treffen sind, sondern entweder in das Civilrecht oder in den Proceß gehören.

C. B. C. 56.

5. Aus der §. 135. Nr. 1. enthaltenen Bestimmung ergibt sich, daß möglicher Weise der Meineidige auch mit dem Tode bestraft werden kann, insofern diese Strafe in Folge des falschen Zeugnisses an dem fälschlich Angeschuldigten vollzogen ist. Andere Gesetzbücher beschränken die Todesstrafe auf den Fall, daß der Unschuldige auf falsches, meineidiges Zeugniß Mehrerer.

die sich zu solchem Zeugniß mit einander verständigt, den Tod erlitten hat. Es wird indeß, daß ein Unschuldiger in Folge falschen Zeugnisses eines Meineidigen hingerichtet worden, nicht leicht vorkommen, da Todesstrafe auf Indicienbeweis nicht zu erkennen ist, obwohl sich denken läßt, daß durch falsches Zeugniß eines Einzelnen der außerdem unvollständige Beweis erfüllt worden wäre. Aber auch in diesem Falle würde die Strafe der Wiedervergeltung gerechtfertigt sein, weil sie dem natürlichen Rechtsgeföhle entspricht. Diese Strafe der Wiedervergeltung setzt voraus, daß die härtere Strafe als Zuchthaus an dem fälschlich Angeschuldigten ganz oder theilweise vollzogen ist. Eine Verwandlung der dem unschuldig Verurtheilten zuerkannten höhern Strafe als Zuchthaus vor der Vollstreckung im Wege der Gnade, hat also die Folge, daß den Meineidigen nur Zuchthaus nicht unter 3 Jahren trifft. Im Uebrigen ist bei Freiheitsstrafen das Princip der Wiedervergeltung nicht so weit ausgedehnt, daß die Strafe des falschen Zeugen oder Sachverständigen mit der des unschuldig Bestraften stets gleich sein sollte, sondern nur vorgeschrieben, daß jene dieselbe Strafart zu erleiden haben, so daß also diese Strafart innerhalb ihrer gesetzlichen Grenzen zugemessen werden kann.

**C. B. E. 56.**

6. Die Bestimmung §. 135. Nr. 3. bezieht sich vorzugsweise auf den Fall, daß der Meineid in einer Untersuchungssache, und zwar zu Gunsten des Angeschuldigten, also zu dem Zwecke geschworen ist, um dem Angeklagten eine geringere, als die verdiente Strafe, oder die gänzliche Freisprechung zu bewirken. **C. B. E. 56, 57.**

## **X. Falsche Versicherung an Eidesstatt und Anerbieten zum Meineide.**

### **§. 136.**

Die falsche Versicherung an Eidesstatt ist um deswillen geringer zu strafen, daß ihr die feierliche Form fehlt und sie in ihren Folgen nicht so gefährlich sein kann, als der Meineid. Ihr sehr ähnlich ist das Anerbieten zu einem falschen, jedoch erlassenen Eide, und es bedarf wegen dieses Verbrechens einer besonderen Strafandrohung, da es als eine Versuchshandlung nicht angesehen werden kann.

Bemerk. zu §. 136. Auf den nicht selten vorkommenden Fall, daß Prozesse, auch nachdem die eine Partei sich schon zum Eide bereit erklärt hat, durch Vergleich beigelegt werden, sind die Bestimmungen des §. 135 nicht zu beziehen. **C. B. E. 55.**

## **XI. Leichtsinziger Eid.**

### **§. 137.**

Einige selbst neuere Gesetzbücher zählen den leichtsinnigen Eid nicht zu den Verbrechen. Indeß wenn man den leichtsinnigen Bankerott als Verbrechen ansieht, wird man noch weit eher den leichtsinnigen Eid dahin rechnen müssen, theils weil bei einer so heiligen und wichtigen Hand-

lung der Leichtsinns schon an sich strafbar ist, theils weil so lange die Civilproceßordnung das bedenkliche Mittel des Glaubenseides zuläßt, der Gesetzgeber allen Grund hat, dafür zu sorgen, daß von demselben kein Mißbrauch gemacht werde, wozu eine solche Strafantrohung mit beitragen wird.

## XII. Eidesbruch.

### §. 138.

Die von dem Gerichtsgebrauche und den neueren Gesetzgebungen anerkannte weit geringere Strafbarkeit dieses Verbrechens wird besonders dadurch begründet, daß dasselbe nicht einen Mißbrauch des Eides, sondern nur eine Nichtachtung des eidlichen Angelöbnißes enthält. Die in manchen Gesetzbüchern und Entwürfen hier enthaltene Bestimmung, daß bei dem Würderungseide Untersuchung und Strafe wegen Meineides nicht statifinde, hat überflüssig geschienen, da sie aus dem Wesen dieses Eides von selbst folgt.

### §. 139.

Die Bestimmungen dieses Paragraphen werden einer weiteren Motivirung nicht bedürfen.

### §. 140.

Eine falsche Angabe in Beziehung oder mit Verweisung auf einen geleisteten Eid oder auf ein Angelöbniß an Eidesstatt kann dem Meineide oder der falschen Versicherung insofern, aber auch nur insofern gleich gestellt werden, als der Eid oder die Versicherung an Eidesstatt für den fraglichen Fall zur Angabe der Wahrheit verpflichtet und beweisend ist. Es kann keine rechtliche Folgen haben, und ist eigentlich ein Mißbrauch, wenn Jemand mit Verweisung auf einen Eid, welcher der gegenwärtigen Verhandlung ganz fremd ist, zur Angabe der Wahrheit aufgefordert wird, z. B. wenn der Richter den Zeugen in einer Polizeistrafsache, mit Verweisung auf den als Vormund geleisteten Eid, zur Angabe der Wahrheit auffordert. Unter die Bestimmungen dieses §. fällt auch der falsche Widerruf einer eidlich gemachten Angabe.

### §. 141.

Das Gesetz nimmt für die Vollendung des Meineides und der ihm ähnlichen Verbrechen die aus der Natur der Sache und den allgemeinen Grundsätzen folgenden Bestimmungen an, und solche könnten überflüssig erscheinen, wenn nicht die Zweifel, die in neuerer Zeit über die Vollen-

dung dieser Verbrechen erhoben sind, eine unzweifelhafte Vorschrift wünschenswerth machten. Der §. 141. erfordert zwei Umstände zur Vollendung des Verbrechens, nämlich die Leistung des Eides und die falsche Angabe, und es ist dabei gleichgültig: ob der Zeit nach diese vor jener, oder jene vor dieser liegt. Wenn man die Strafbarkeit des Meineides erst mit dem Augenblicke anfangen läßt, wo die Verhandlung, in welcher die Vollendung des Verbrechens liegt, formell geschlossen ist, und auf diese Weise, wenigstens in dieser Beziehung, die Strafbarkeit des Versuches und selbst des vollendeten Verbrechens vor jenem Zeitpunkte ausschließt, so hat man sich durch die für diese Ansicht angeführten Gründe, abgesehen von deren sonstiger Haltbarkeit, weiter führen lassen, als man selbst wollte. Man hat gewiß allen Grund, sowohl von dem religiösen als criminal-politischen Standpunkte aus, der Reue bei diesem Verbrechen ein großes Gewicht beizulegen, und man thut wohl, den nur Unbesonnenen, der in Zeiten umkehrt, straffrei zu lassen. ~~Es sind aber~~ Es sind aber zwei völlig verschiedene Fragen: welchen Einfluß man der Reue zugestehen und wie man die Strafbarkeit des Versuches und der Vollendung dieses Verbrechens bestimmen wolle? — Die Ansicht nämlich, daß erst mit dem formellen Schlusse der betreffenden Verhandlungen die Strafbarkeit des Meineides beginne, beruht auf der Voraussetzung, daß die Nichtvollendung des Verbrechens in nichts Anderem ihren Grund haben könne, als in dem Willen des Thäters. Diese Voraussetzung ist aber factisch nicht richtig; denn es können ganz wider den Willen des Thäters eintretende Umstände ihn an der Vollendung des Verbrechens hindern, und es ist kein Grund vorhanden, Fälle dieser Art, in denen die Nichtvollendung des Verbrechens oder die Abwendung seiner schädlichen Folgen keine Wirkung der Reue ist, straffrei zu lassen. Wenn z. B. der Kläger, dem die Einrede der Zahlung mit Recht gemacht ist, der aber den Empfang des Geldes geläugnet und den ihm über denselben zugeschobenen Eid angenommen hat, in dem Schwörungstermine erscheint, den falschen Eid wesentlich leistet, nun aber, bevor das Protocoll von ihm unterschrieben ist, in der Registratur des Gerichts eine vor langer Zeit verhandelte Acte aufgefunden und vorgelegt wird, aus welcher die im Gerichte erfolgte Zahlung sich ergibt, und dadurch der Meineidige zum Geständnisse seines Verbrechens gezwungen ist, oder wenn in demselben Falle, bevor die Eidesformel ganz ausgesprochen war, der Beklagte mit der inzwischen wieder aufgefundenen verloren geglaubten Quittung des Klägers, die dieser nicht ableugnen kann, in dem Termine erscheint, darf dann auch Strafflosigkeit eintreten? — Fälle dieser und ähnlicher Art sind aber nicht nur denkbar, sondern sie sind in der hiesigen Praxis wirklich vorge-



kommen, und zeigen als schlagende Beispiele die Nothwendigkeit der Annahme der in dem gegenwärtigen Gesetzbuche befolgten Grundsätze.

### §. 142.

Es ist bereits bemerkt, daß der thätigen Reue bei diesem Verbrechen eine größere Wirkung beizulegen sei, als bei anderen Verbrechen, und in welcher Weise dies geschehen, ergiebt der §. Auf Zeugen und Sachverständige in Civilsachen oder in Strassachen, wenn sie für den Angeschuldigten ausgesagt haben, sind diese Grundsätze nicht ausgedehnt. Denn es erscheint sehr bedenklich, Aussagen, die den Parteien Rechte geben oder die einen Angeschuldigten entschuldigen, von deren Urhebern, ohne daß sie Strafe zu fürchten haben, als falsch bezeichnen zu lassen, da der Widerruf der Angabe ebensowohl falsch sein kann, als diese selbst, und der Beweis der Falschheit in dem einen Falle so schwierig ist, als in dem andern.

### XIII Urkundenfälschung zum Nachtheil eines Angeschuldigten.

#### §. 143.

Die Fälschung oder Unterdrückung von Urkunden zum Nachtheil eines Angeschuldigten bildet dieser Tendenz wegen ein eigenthümliches, der Strafbarkeit des Meineides zum Nachtheil eines Angeschuldigten im Allgemeinen gleichstehendes Verbrechen.

### XIV. Falsche Anklage.

#### §. 144.

Die meisten Theoretiker und Gesetzgeber geben diesem Verbrechen im Systeme seine Stelle unter den Injurien. Allein wenn auch in einer falschen Anklage zugleich eine Ehrenkränkung liegt, wie ebenfalls in einem Meineide, durch welchen ein Unschuldiger eines Verbrechens bezüchtigt wird, so läßt sich doch deshalb dieses Verbrechen eben so wenig wie jenes, den Injurien beigesellen. Denn die Tendenz beider ist völlig verschieden; während die Injurie nur die Ehre angreift, hat die falsche Anklage daneben hauptsächlich den Zweck, einem Unschuldigen eine Untersuchung und Bestrafung zuzuziehen, und was hauptsächlich Beachtung verdient, während die Injurie ein reines Privatverbrechen ist, wird durch die falsche Anklage ein unmittelbarer Eingriff in die Staatsanstalten gemacht, indem gerade die öffentliche Einrichtung, welche vorhanden ist, die Rechte zu schützen, zu einer Ungerechtigkeit mißbraucht werden soll, wodurch der strafbare Character dieses Verbrechens auch eigentlich erst be-

stimmt und dessen Strafbarkeit besonders erhöht wird. Gerade durch diese Beziehungen erscheint dieses Verbrechen als zu denen gehörend, welche die öffentliche Treue und den öffentlichen Glauben verletzen; denn vor Gericht soll jeder die Wahrheit sagen, und zwar um so mehr, wenn seine Angaben den Zweck haben, eine Bestrafung herbeizuführen. Deshalb ist denn auch dieses Verbrechen in das gegenwärtige Capitel gestellt.

Die hier festgesetzten Strafen sind strenger, als die mancher neueren Gesetzbücher. Der falsche Ankläger zeigt aber einen so bössartigen Sinn, und die Uebel, die seine Handlung über einen Unschuldigen bringen soll und unter Umständen wirklich bringen kann, sind so bedeutend, daß die angedrohten Strafen, die überdies im Allgemeinen dem Gerichtsgebrauche entsprechen, nicht für zu hart gehalten werden können. Es dürfte sich selbst fragen: ob die für den Meineid in Untersuchungssachen bestimmten Strafen nicht auch bei diesem Verbrechen Anwendung finden könnten, wenn in Folge der falschen Anklage eine Strafe wirklich erlitten ist? — Indes lassen sich beide Verbrechen in dieser Beziehung nicht ganz gleichstellen, da die falsche Anklage allein nie einen solchen Effect haben und nur durch andere hinzukommende, an sich strafbare Umstände ein solcher Erfolg herbeigeführt werden kann.

## T i t e l 2.

### P r i v a t = V e r b r e c h e n.

#### Erster Abschnitt.

##### Capitel 1.

##### T ö d t u n g e n.

##### 1. Vorsätzliche Tödtungen.

##### §. 145. u. 151.

##### 1) Mord.

Ueber den Begriff des Mordes, der in den älteren deutschen Gesetzgebungen noch umfassender bestimmt wird, ist man jetzt wenigstens in den Ländern, wo bisher das gemeine Recht galt, einig, und das Gesetz setzt den Thatbestand dieses Verbrechens eben so fest, wie das gemeine Recht und die neueren deutschen Gesetzbücher. Die Fassung ist so gewählt, daß sie den möglichen Zweifel beseitigt, als könnte eine Tödtung, welche zwar der Zeit nach dem mit Vorbedacht gefaßten Entschlusse, zu tödten, nachfolgt, aber welche nicht Folge dieses Entschlusses ist, auch als Mord angesehen werden.

Der Mord ist unstreitig das schwerste Privatverbrechen, und, wie bereits oben bemerkt worden, ist die Todesstrafe hier gerechtfertigt.

Deren unbedingte Androhung, die sich freilich in allen deutschen Gesetzgebungen findet, hat indeß im Allgemeinen das gegen sich, was überhaupt allen absoluten Strafen entgegensteht, und ferner läßt sich nicht leugnen, daß selbst dieses schwerste Privatverbrechen unter so erheblich mildernden Umständen vorkommen kann, daß die Todesstrafe auch vor dem Stuhle des Richters, bei Vergleichung der schlimmsten und mildesten Fälle, als ein gerechtes Strafübel nicht erscheint.

In dem S. ist die Todesstrafe daher zwar als Regel angenommen, wenn aber die aufgeführten, den Mord besonders qualificirenden Erschwerungsgründe nicht vorhanden sind, und außerdem für den Thäter mehrere und besonders erhebliche Milderungsgründe sprechen, kann lebenslängliche oder zeitliche Kettenstrafe erkannt werden.

Schon nach der peinlichen Gerichtsordnung ist der Gistmord insofern ausgezeichnet, als der beendigte Versuch dieses Verbrechens, falls er eine Beschädigung des Leibes zur Folge hat, mit der Strafe des vollendeten Verbrechens belegt werden soll.

In dem österreichischen Gesetzbuche und den übrigen neueren deutschen Gesetzgebungen findet sich eine solche Vorschrift nicht, mit Ausnahme des württembergischen, welches nach erfolgtem Tode, auch wenn die Absicht nur auf Beschädigung ging, dem Vergifter Todesstrafe auferlegt. Art. 240. Allein weder für diesen Fall noch für den beendigten Versuch des Gistmordes mit bleibendem Schaden scheint eine solche Ausnahme von den allgemeinen Grundsätzen gerecht zu sein. Denn sucht man den Grund dieser Ausnahmen in der größeren Gefährlichkeit des Gistmordes überhaupt, so läßt sich daraus, unter übrigens gleichen Umständen, wohl eine größere Strafbarkeit des Versuchs des Gistmordes oder der Beschädigung durch Gift, nicht aber der Uebergang zu einer ganz anderen Strafart, namentlich zur Todesstrafe, ableiten. Will man aber die erhöhte Strafbarkeit der Beschädigung durch Gift oder die Gleichstellung des beendigten Versuchs mit dem vollbrachten Verbrechen dadurch begründen, daß durch beigebrachtes Gift wahrscheinlich das Leben verkürzt wird, wenigstens der Erfolg stets sehr zweifelhaft ist, so möchte sich dagegen einwenden lassen, theils daß diese faktische Voraussetzung für alle Gifte und jede noch so geringe Dosis derselben nicht völlig zutrifft, und daß es manche vorsätzliche Körperverletzung giebt, welche noch weit eher wie eine Vergiftung, die nur beschädigen soll, den Tod herbeizuführen geeignet und obenein sehr qualvoll ist, z. B. Castration, oder welche das Leben verkürzt. Es

sind daher besondere Bestimmungen über diesen Gegenstand in das Gesetz nicht aufgenommen.

Gleichfalls hat es nicht erforderlich geschienen, die gemeingefährliche, in mörderischer Absicht unternommene Vergiftung an Brunnen, Gewässern u. s. w. besonders zu erwähnen, da schon nach den über den Mord gegebenen Bestimmungen das vollbrachte Verbrechen Todesstrafe nach sich zieht, und wenn es bei dem Versuche geblieben ist, die allgemeinen Bestimmungen ausreichen. War die Absicht bei diesem Verbrechen auf Beschädigung gerichtet, so gehört es nicht in diese Rubrik und wird an seiner Stelle seine Erledigung finden.

Bei der Gefährlichkeit des Gistmordes rechtfertigt es sich indeß, auch schon die Vorbereitung mit Strafe zu belegen, und darüber ist weiter unten eine Vorschrift gegeben. Auch das meuchelmörderische Aufklauern mit Waffen ist den Versuchshandlungen noch nicht beizuzählen, wird daher einer besondern ~~Strafandrohung~~ bedürfen, und diese rechtfertigt sich bei einem so schweren und gefährlichen Verbrechen.

Bemerk. zu §. 145. 1. In dem Entwurfe fehlen im Absätze 1., welcher den Begriff des Wortes feststellt, die Worte:

»oder Ueberlegung.«

In dieser Beziehung machte Herzogl. Landesregierung der ständischen Prüfungscommission folgende Mittheilung:

»Der gemeinrechtlichen, in das gegenwärtige Gesetz, so wie in die neuesten Gesetzbücher der deutschen Länder des gemeinen Rechts aufgenommenen Theorie zufolge, sind alle vorsätzlichen Tödtungen entweder Mord oder Todtschlag; es giebt kein Drittes. Die Begriffsbestimmungen dieser beiden Verbrechen müssen daher, sollen sie richtig und erschöpfend sein, reine Gegensätze bilden. Was also unter Vorbedacht in der Definition des Mordes zu verstehen sei, ergiebt sich aus der Begriffsbestimmung des Todtschlages, und jede vorsätzliche Tödtung, welche nicht in leidenschaftlicher Aufwallung beschlossen und ausgeführt ist, wird als Mord anzusehen sein. Genau genommen wird nun diese Abwesenheit des Affectes durch Vorbedacht nicht ganz genügend bezeichnet; denn wenn auch Niemand mit Bedacht handelt, der im Affecte ist, so läßt sich doch sagen, daß Jemand ohne Affect und ohne Vorbedacht handeln könne, da die Zusammensetzung dieses Wortes mit vor auf die Zeit hindeutet, und wenigstens seinem grammatischen Sinne nach die Auslegung zuläßt, als solle zwischen dem Entschlusse und der That ein gewisser Zeitraum liegen, oder doch, als solle vor dem Beginne einer verbrecherischen Handlung der Entschluß, zu tödten, schon gefaßt sein und sich nicht erst in deren Verlaufe bilden. Es ließe sich hiernach z. B. bezweifeln: ob der Räuber, der, weil er sich entdeckt sieht, oder weil er wider sein Erwarten bestigen Widerstand findet, mit Ueberlegung den Entschluß faßt und ausführt, den Angegriffenen zu tödten, als Mörder angesehen werden könne, da er erst während der Ausführung des Verbrechens, also nicht vor derselben den Entschluß, zu tödten, gefaßt hat.

Ähnliche Bedenken sind bei der Abfassung der neuesten Deutschen Gesetzbücher entstanden, aber nicht für erheblich gehalten, oder dadurch unpractischer geworden, daß man nach den Beispielen der französischen Gesetzgebung auch Todtschlag bei Gelegenheit der Ausführung eines andern Verbrechens mit der Todesstrafe bedrohet hat. Indes, wo dies nicht geschieht, wie in dem gegenwärtigen Gesetze, erscheint es von Wichtigkeit, diese Bestimmungen thunlichst vor jedem Mißverständnisse zu bewahren, und dies läßt sich auf verschiedene Weise erreichen:

A. Man kann jede vorsätzliche Tödtung als Mord qualificiren und nur die Strafbarkeit verschieden bestimmen, je nachdem der Vorsatz, zu tödten, in leidenschaftlicher Aufwallung gefaßt ist oder nicht. Diese Art, die Sache darzustellen, empfiehlt sich durch ihre Einfachheit, und macht die gedachten Mißverständnisse unmöglich; sie weicht freilich sehr von der gemeinrechtlichen Darstellung ab, ist aber dennoch dem Wesen nach mit derselben identisch.

B. Man kann den Begriff des Mordes rein negativ bestimmen, als eine Tödtung, die nicht in leidenschaftlicher Aufwallung beschloffen oder ausgeführt ist. Indes sind solche negative Begriffs-Bestimmungen nicht zweckmäßig.

C. Endlich kann man die Fassung vervollständigen dadurch, daß man nicht allein des Vorbedachts, sondern daneben auch der Ueberlegung, als des Gegensatzes des Affects, ausdrücklich gedenkt.

Diesen letzten Ausweg hat Herzogl. Landesregierung im Einverständnisse mit der Commission, für den angemessensten gehalten, und es ist daher nach erfolgter Zustimmung der Ständeversammlung im §. 145., 146., 149. Abs. 3., u. 159., dem Worte: »Vorbedacht,« immer noch hinzugefügt worden:

»oder Ueberlegung«

C. B. C. 57. 58. Anl. II. zu LI. Nr. XIX.

2. Der zweite Absatz des §. 145. lautete im Entwurfe folgendermaßen:

»Wäre indes der Mord nicht um zu rauben, nicht auf heimtückische Weise, nicht durch Gift oder Brand, ohne Peinigung des Entleibten, nicht von mehreren Theilnehmern, nicht an Angehörigen des Thäters (§. 73.) verübt, und kämen demselben mehrere und besonders erhebliche Minderungsgründe zu statten, so ist auf lebenslängliche Kettenstrafe zu erkennen.«

Unter den mehreren Theilnehmern konnten nur vertragsmäßige gemeint sein. Außerdem hatte die Commission aus den zu §. 81. bemerkten Gründen, unter Bezugnahme auf die Vorschrift des §. 62., auf eine Abänderung der Fassung angetragen. Die Herzogl. Landesregierung erwiederte hierauf:

»Den oben bei §. 81. entwickelten Ansichten zufolge, wird in Beziehung auf den Mord die Vorschrift des §. 62. in folgender Weise beschränkt;

- a) von der Todesstrafe kann nur abgegangen werden, wenn mehrere und besonders erhebliche Minderungsgründe vorhanden sind, und außerdem die That durch keine der aufgeführten Qualificationen erschwert wird;
- b) die zulässige Strafherabsetzung kann nicht weiter gehen, als auf lebenslängliche Kettenstrafe.

Da selbst für den einfachen Mord die Todesstrafe als Regel bestehen bleiben muß, so halten wir auch hier eine weitere Aenderung, als die zu

§. 81. vorgeschlagene, nicht für statthaft, und propontiren daher folgende Fassung:

»Ist der Mord verübt, um zu rauben, um Lohn, auf heimtückische Weise, durch Gift oder Brand, mit Peinigung des Entlebten, von mehreren vertragsmäßigen Theilnehmern, oder an Angehörigen (§. 73.) des Thäters, so können die Gerichte von der ihnen §. 62. erteilten Ermächtigung nicht Gebrauch machen,«

mit welcher die Ständeversammlung sich einverstanden erklärt hat, und die in das publicirte Gesetz aufgenommen worden ist.

E. B. S. 58. 59.

## §. 146.

### 2) Todtschlag.

Die älteren Gesetzgebungen verstehen unter Todtschlag eine unvorsätzliche Tödtung, welche die That eines absichtlich gegen eine Person unternommenen lebensgefährlichen Handlung ist, und setzen jede vorsätzliche Tödtung dem Morde gleich. Späterhin hat man den Todtschlag vom Morde dadurch unterschieden, daß er im Affecte begangen sein soll, aber den Vorsatz, zu tödten, nicht, sondern gleichfalls nur eine lebensgefährliche Handlung erfordert, so daß also vorsätzliche und unvorsätzliche Tödtungen dieser Art gleich behandelt werden. Das gegenwärtige Gesetz nimmt übereinstimmend mit der gemeinrechtlich richtigen Doktrin und den neuesten Gesetzbüchern an, daß, ebenso wie bei dem Morde, bei dem Todtschlage der bestimmte oder unbestimmte Vorsatz, zu tödten, nothwendig sei, und daß er sich von jenem nur dadurch unterscheidet, daß die That weder mit Vorbedacht beschlossen noch ausgeführt ist.

Die älteren Gesetzbücher bedrohen den Todtschlag in diesem Sinne des Wortes mit Todesstrafe, und selbst in dem württembergischen Gesetzbuche ist, abweichend von dessen Entwurfe, auf den vor, bei oder nach Verübung eines andern Verbrechens verübten Todtschlag, Todesstrafe gesetzt.

Die Todesstrafe läßt sich indeß bei einem in der Leidenschaft verübten Verbrechen überhaupt nicht und also auch nicht in dem so eben berührten Concurrenzfalle rechtfertigen. In dem Gesetze ist daher, übereinstimmend mit den meisten Gesetzbüchern und Entwürfen, als Regel die schwerste Freiheitsstrafe bei Todtschlag angedrohet. Concurrenzfälle, wie sie der Art. 245. des württembergischen Gesetzbuches vor Augen hat, können nach den über die Concurrenz gegebenen Vorschriften, Kettenstrafe bis zu deren längsten außerordentlichen Dauer nach

sich ziehen, ein auch für die schlimmsten Verbrechen dieser Art ausreichendes Strafmaß.

Alle neueren Gesetzgebungen nehmen mit Recht an, daß es einen bedeutenden Milderungsgrund bilde, wenn der Getödtete durch schwere Beleidigungen den Thäter in Leidenschaft versetzt hat.

Als Strafart wird gemeiniglich Arbeitshaus oder Gefängniß, und als Minimum werden vier Jahre angenommen. Dieses Strafminimum hat zu hoch geschienen. Erwägt man nämlich, daß diese Fälle auch die, wenigstens nach der Ansicht mancher Rechtslehrer bisher ganz straffreien Tödtungen, z. B. des Ehebrechers durch den Gatten, des Verführers der Tochter durch den Vater, mit unter sich begreifen, und besonders, daß nach diesen Grundsätzen auch die Tödtung durch Excess in der Nothwehr oder durch Ueberschreitung der Amtsgewalt beurtheilt wird, und daß es der menschlichen Natur viel zumuthen heißt, selbst bei thätlicher Mißhandlung von der empfindlichsten Art die gesetzlichen Grenzen inne zu halten, so wird man die nach den angenommenen Unterschieden festgesetzten Strafen, die überdies der bisherigen Praxis entsprechen, nicht zu milde finden.

#### §. 147.

##### 3) Tödtung mit Einwilligung des Entlebten.

Besondere Vorschriften für Fälle dieser Art sind nothwendig, denn sie lassen sich den Bestimmungen über Mord oder Todtschlag ohne Härte nicht subsummiren. Schon das preussische Landrecht hat eine ähnliche Bestimmung, und setzt eine Strafe von vier Wochen bis zwei Jahren Gefängniß oder Festungsstrafe fest. Zwischen dieser sehr milden Bestrafung und der in den neuesten Gesetzbüchern angenommenen von sechs Monat bis zu drei Jahren Arbeitshaus hält das Gesetz die Mitte, und berücksichtigt den Umstand: ob ein doch schon dem Tode Verfallener getödtet wurde? —

#### §. 148.

##### 4) Beihilfe zum Selbstmorde.

Der Selbstmord kann nach dem diesem Gesetz zum Grunde liegenden Systeme als Verbrechen nicht angesehen werden. Dagegen ist die Beihilfe dazu für strafbar zu halten, und deshalb in diesem §. mit Strafe bedrohet.

Bemerk. zu §. 148. Auf den Antrag der Stände ist auch die Anstiftung zum Selbstmorde mit Strafe bedrohet, und neben der Beihilfe, auf welche der Entwurf sich beschränkte, der Theilnahme an dem Selbstmorde ausdrücklich erwähnt worden. C. B. S. 59.

## §. 149.

## 5) Kindesmord.

Man kann zwar nicht mit Bentham der Ansicht sein, daß in dem Kindesmorde weder ein Uebel erster, noch zweiter Ordnung liege, d. h. daß dasselbe kein bestimmtes Individuum und auch nicht das Gemeinwesen oder eine unbestimmbare Anzahl Individuen treffe, denn das hieße so viel, als das neugeborene Kind noch gar nicht als Rechtssubject betrachten. Aber läugnen läßt sich nicht, daß eben so sehr in dem noch völlig unentwickelten Bewußtsein eines solchen Kindes, als in dem Zustande der Mutter und der Rücksicht auf die Geschlechtschre ein Rechtfertigungsgrund für die geringere Strafbarkeit des Kindesmordes gesucht werden muß, woraus sich auch die sonst sehr auffallende Thatsache erklärt, daß bei vielen Völkern die Aussetzung Neugeborener erlaubt war und noch erlaubt ist. ~~Die Rücksicht auf die Geschlechtschre~~ kann leider nur noch ein unbedeutendes Moment bilden, wenn durchschnittlich das fünfte Kind ein uneheliches ist, und unter der zahlreichsten Classe der Bevölkerung die uneheliche Schwängerung eine Schande zu sein fast aufgehört hat. Es ist daher jetzt in den meisten Fällen nicht sowohl die Rettung der Geschlechtschre, als der Wunsch, sich von einer freilich oft drückenden Last zu befreien, das Motiv des Kindesmordes. Aus diesen und den sonst für die geringere Strafbarkeit des Kindesmordes sprechenden Gründen kann man denn auch dieses Verbrechen, wenn es an einem ehelichen Kinde begangen wird, dem Morde in der Strafbarkeit nicht gleichstellen, wie dies auch schon in dem österreichischen Gesetzbuche anerkannt ist.

Die Bestimmungen des §. umfassen die Fälle des Kindesmordes im eigentlichen Sinne und des Kindestodtschlags, verweisen aber auf die strengere Bestrafung des erstern.

Die Zweckmäßigkeit einer positiven Bestimmung der Zeit, innerhalb welcher das Kind noch als ein neugeborenes angesehen werden soll, läßt sich allerdings bestreiten; indeß bilden die ersten vier und zwanzig Stunden einen natürlichen Abschnitt, und es möchten Fälle eigentlichen Kindesmordes, wo diese Zeit überschritten wäre, selten vorkommen. Um indeß, wenn sie vorkommen, sie gleichmäßig zu beurtheilen, ist dem richterlichen Ermessen der erforderliche Spielraum gewährt.

Als Strafart ist unter den angegebenen Rücksichten für die Tödtung ehelicher Kinder die schwerste Freiheitsstrafe, und für die unehelicher die nach dieser zunächst folgende passend, und ihr Zeitmaß setzt die Ge-



richte in den Stand, die bis jetzt bei Bestrafung dieses Verbrechens befolgten Grundsätze inne zu halten.

Die Tödtung eines nicht lebensfähigen Kindes kann zwar nach allgemeinen Grundsätzen schon als beendigter Versuch des Kindesmordes angesehen werden, wenigstens wenn der Mangel der Lebensfähigkeit in zu frühzeitiger Geburt liegt; indessen lassen sich doch hiergegen Zweifel erheben, denn durch den Mord ist das vorhandene, wenn auch nicht zu erhaltende Dasein eines Menschen vernichtet, eigentlich also ebensowohl wie bei dem Morde eines Todtfranken, der Thatbestand der Tödtung vorhanden. Es hat daher zweckmäßig geschienen, diesen Fall ausdrücklich zu bestimmen, wie es auch in den neueren Gesetzgebungen meistens geschehen ist. Jedoch ist kein zureichender Grund vorhanden, unter diesen Fall nur den aus zu früher Geburt entspringenden Mangel an Lebensfähigkeit zu subsummiren.

Die Strafe wiederholten Kindesmordes kann den allgemeinen Vorschriften über Zusammentreffen der Verbrechen füglich überlassen bleiben.

Die Veranstaltung einer hülfslosen Niederkunft als Vorbereitung des Kindesmordes ist in dem §. 157. angenommen.

Bemerk. zu §. 149. Unter der Tödtung eines unehelichen Kindes ist hier auch der Fall begriffen, daß eine Ehefrau ihr uneheliches Kind tödtet.

Die Mitschulbigen an dem Verbrechen des Kindesmordes sind nach §. 41. u. 54. als gewöhnliche Mitschuldige zu einer vorsätzlichen Tödtung zu beurtheilen.

C. B. S. 59.

Ueber den Ausdruck »Kindesmord« vergl. Bemerk. zu §. 175.

## §. 150.

### 6) Tödtung einer Mißgeburt.

Die eigenmächtige Tödtung einer Mißgeburt kann nicht straflos bleiben, indeß läßt sich die Strafbarkeit eines solchen Vergehens nicht höher steigern, als es in dem gegenwärtigen §. geschehen ist.

## §. 152.

### II. Unvorsätzliche Tödtungen.

#### 1) Culpa dolo determinata.

Wenn man zu den Erfordernissen des Todtschlages den Vorsatz, zu tödten, rechnet, so ist es nothwendig, entweder bei den einzelnen Verbrechen, bei welchen eine unvorsätzliche Tödtung vorkommen kann, diese als besondere Qualifikation zu behandeln, oder im Allgemeinen eine Bestimmung über die Strafbarkeit aller solchen Verbrechen zu geben. Das letzte, als das Einfachste und die gleichmäßigste Behandlung Ge-

während, hat, wie bereits oben bemerkt ist, in dem gegenwärtig Gesetze den Vorzug erhalten.

Es liegt in der Natur der Sache, daß die solchergestalt ausgezeichneten unvorsächlichen Tödtungen mit härterer Strafe belegt werden, da, wer ein Verbrechen begeht, das so schwere Folgen haben kann und wirklich hat, die durch seine verbrecherische Thätigkeit veranlaßte Beschädigung zu vermeiden oder zu verhindern um so mehr Grund hatte. Viele Gesetzgebungen und Entwürfe zählen daher hier die culpa dolo determinata, wenigstens insoweit eine Handlung in feindseliger Absicht gegen den Getödteten verübt ist, dem Todtschlage bei.

Das Gesetz stellt sich hier auf einen allgemeineren Standpunkt, und die gegebene Vorschrift umfaßt alle hierher gehörigen möglichen Concurrenzfälle.

Zuchthaus ist für Tödtungen dieser Art, wenn das concurrirnde Verbrechen mit Zuchthaus oder härterer Strafe bedrohet ist, nicht zu hart, da diese Strafart doch schon ~~oder eine noch~~ schwerere eintreten würde, und es möchte sich eher fragen: ob nicht auch Kettenstrafe zulässig sei? — Für die Fälle, wo das concurrirnde Verbrechen mit gelinderen Strafen belegt ist, wo also die Strafe des unvorsächlichen die des vorsächlichen übersteigt, rechtfertigt sich diese Strenge durch die Größe der Rechtsverletzung und die grobe Verschuldung des Thäters.

## 2) Rein culpose Tödtungen.

Bei den rein culposen Tödtungen kommt nur die Bestimmungen des gehörigen Strafmaßes in Erwägung. Die als Regel passende Strafart ist Gefängniß, und die Unterscheidung, nach welcher die Dauer der Strafe über ein Jahr oder darunter betragen soll, dürfte aus der Natur der Sache entspringen.

Bemerk. zu §. 152. Die unvorsächliche Tödtung einer Person bei Ausübung eines öffentlichen Amtes ist in §. 286. behandelt.

C. B. S. 59.

## §. 153.

### III. Gemeinschaftliche Bestimmungen bei Tödtungen\*).

#### 1) Tödtung durch Mehrere.

Die Verfasser der Carolina haben es nothwendig gefunden, besondere gesetzliche Bestimmungen über den Fall zu geben, wenn, ohne daß eine Verabredung zu Begehung des Verbrechens besteht, eine Person in einem Raufhandel von Mehreren erschlagen wird. Sie unterscheidet Art. 148. folgende Fälle:

\*) Strafbestimmungen über die vernachlässigte Rettung Scheintodter und dergl. sind übergangen, als in das Gebiet der Polizeigesetzgebung gehörig.

- 1) es hat nur Einer tödtlich verwundet, dann wird dieser als Todtschläger, die Uebrigen werden willkürlich bestraft;
- 2) es haben Mehrere den Entleibten tödtlich verletzt, und
  - a. man weiß, von welcher sonderlichen Hand und That er gestorben ist, dann trifft auch nur denjenigen die Strafe des Todtschlages, in dessen Handlung die Todesursache wirklich liegt; die Uebrigen willkürliche Strafe;
  - b. man weiß nicht, welche tödtliche Verletzung den Tod bewirkt hat, dann werden Alle als Todtschläger bestraft.

Die Fälle unter 1 und 2 a. enthalten nur die Anwendung der richtigen allgemeinen Grundsätze, und Bestimmungen hierüber sind eigentlich unnöthig. Der Fall unter 2 b. ist dagegen eine völlig singuläre Bestimmung. Weil nicht bewiesen werden kann, welche von den Personen, die möglicherweise die Thäter sein können, wirklich der Thäter sei, werden Alle mit der Strafe des Verbrechens belegt. Diese Abweichung von den allgemeinen und unwandelbaren Grundsätzen der strafenden Gerechtigkeit ist in die neueren und selbst in die neuesten deutschen Gesetzgebungen übergegangen, und es wird einer genauen Untersuchung bedürfen: ob sich eine so wichtige Ausnahme von den **allgemein** angenommenen Regeln rechtfertigen lasse? —

Geht man auf den Ursprung dieser Lehre der Carolina zurück, so wird man sich leicht überzeugen, daß sie ihr Dasein lediglich einem Mißverstehen des römischen Rechts verdankt. Dieses nämlich schreibt vor, daß, wenn in einer Rauferei ein Mensch umgekommen sei, der Schlag jedes einzelnen Theilnehmers zu berücksichtigen sei.

(L. ult. D. ad legem Corneliam de sicariis (48. 8.) Quod si in rixa homo percussus perierit, ictus uniuscuiusque in hoc collectorem contemplari oportet.)

Da die Bestimmungen L. 1. §. 3. h. t., so wie die griechischen Scholiasten zu jener Stelle den Richter ausdrücklich anweisen, darauf zu sehen, welche Waffen der Einzelne bei der Schlägerei gehabt habe, und da das römische Recht überhaupt in allen Criminalsachen Beweise klarer als das Tageslicht verlangt, so läßt sich nicht bestreiten, daß, wo von criminellem Verbrechen die Rede ist, im römischen Rechte die Strafbarkeit aller derer, welche dem Getödteten eine tödtliche Wunde versetzt haben, keineswegs gleichgestellt ist, vielmehr nur die überhaupt in dieser Lehre geltenden Grundsätze auch auf diesen Fall consequent angewendet werden. Ganz verschiedene Vorschriften finden sich dagegen bei dem Privatvergehen der Beschädigung fremden Eigenthums. Zu diesem Vergehen gehört auch die Tödtung fremder Sklaven und in dem

über diesen Gegenstand handelnden Titel von der *lex aquilia* wird allerdings angenommen, daß, wenn man nicht wisse, wer von Mehreren dem Sklaven die tödtliche Wunde versetzt habe, Alle haften (*quod si non apparet, omnes quasi occiderint teneri*, *Julianus ait. L. 11. §. 2. D. h. t., (9. 2.)*) Ja es wird sogar angenommen, daß, wenn Einer einen Sklaven tödtlich verwundet hat und ein zweiter ihn später tödtet, beide haften (*L. 51 eod.*), worüber indeß die römischen Juristen selbst nicht einig gewesen zu sein scheinen (*L. 11. §. 3. eod.*) Der römische Jurist bemerkt hiebei, diese Ansichten könnten absurd scheinen, allein es sei im Civilrechte Vieles des allgemeinen Bestens wegen angenommen, was mit der Logik unverträglich sei.

Bei Abfassung der *Carolina* ist nun ganz augenscheinlich bei der Lehre von den Tödtungen der Titel des *Corpus iuris* von der *lex aquilia* mannichfach benutzt, und es läßt sich nicht läugnen, daß sich hier manche zutreffende Analogien darbieten. So sind die im Art. 146 der *P. G. D.* aufgeführten Beispiele aus *L. 9. §. ult. und L. 11 pr. h. t.* entnommen. Die Uebertragung der Grundsätze der *lex aquilia* von dem Haften Mehrerer bei unvollständigem Beweise auf die peinliche Strafbarkeit der Tödtung, die nach der *lex aquilia* nur Schadensersatz, nach der *Carolina* aber Todesstrafe zur Folge hat, ist ein offener Mißgriff.

Die Annahme dieser Grundsätze soll durch zwei Momente gerechtfertigt werden, nämlich die Gefährlichkeit solcher Kaufereien und die Schwierigkeit des Beweises. Beide Gründe sind unhaltbar. Denn die Gefährlichkeit eines Verbrechens kann nie rechtfertigen, daß man Jemand, der dasselbe begangen haben kann, von dem sich aber nicht nachweisen läßt, daß er es wirklich begangen hat, mit dessen Strafe belegt; auch ist nicht zu erwarten, daß durch eine solche härtere Bestrafung auch nur eine Kauferei, gerade bei der Natur dieser Excesse, verhindert werde. Die Schwierigkeit des Beweises findet sich überdies bei manchen Verbrechen, ohne daß man ihr gleiche Folgen gäbe. Ueberhaupt wird durch eine Bestimmung der Art die eigentliche Schwierigkeit nicht gehoben. Kennt man nämlich die Urheber der Verwundungen, so werden sie der Strafe nicht entgehen, auch wenn man ihnen die Tödtung nicht beimessen kann, und das ist immer die Hauptsache, denn nur das Eintreten gänzlicher Strafflosigkeit wirkt nachtheilig. Wie aber jeder Praktiker weiß, besteht gerade darin die Schwierigkeit, zu ermitteln, welche Theilnehmer den Getödteten verwundet haben, und weil es hier an Beweisen mangelt, tritt häufig gänzliche Strafflosigkeit ein. Hiernach ist das einzig wirksame und zugleich gerechte Mittel das, daß

man die Theilnahme an gefährlichen Raufereien an sich mit ernstern Strafen belegt, auch wenn der Einzelne nicht überwiesen ist, tödtliche Verletzungen zugefügt zu haben.

Man könnte hiernach alle von den neueren Gesetzgebungen hier berührte Fälle füglich den allgemeinen Grundsätzen überlassen, wenn nicht die Carolina schon hier specielle Vorschriften gegeben hätte, und diese, bald so, bald anders modificirt, in die neuen Gesetzgebungen übergegangen wären. Dies macht zur Vermeidung von Mißverständnissen besondere Bestimmungen, wenn auch nicht nothwendig, doch räthlich.

Zuvor ist aber hier noch zu bemerken, daß, wenn man einmal Vorschriften über die hier zur Sprache gebrachte Frage geben will, solche sich keineswegs auf Todtschlag oder durch Verwundung herbeigeführte Tödtung in Raufereien beschränken dürfen. Denn dieselben Fragen können nicht nur ganz unabhängig von Raufereien, sondern sie können auch bei Mord und bei allen unvorsächlichen Tödtungen vorkommen.

Wenn z. B. A und B, ohne Vereinigung beider, auf C schießen, ihn treffen, und man nicht weiß, welcher Schuß ihn getödtet hat, oder wenn sie ihn in der Absicht, ihn nur zu beschädigen, der Eine heute, der Andere morgen, Gift geben, C stirbt und man nicht nachweisen kann, welches Gift tödtlich wirkte, u. s. w.

Alle diese verschiedenen Fälle umfassen die Bestimmungen des Gesetzes; es sind in ihnen die allgemeinen Grundsätze consequent durchgeführt, um keinen Zweifel zu lassen, wie die einzelnen hier möglichen Fragen zu entscheiden seien.

## §. 154.

### 2. Thatbestand der Tödtung.

Die Richtigkeit der hier aufgestellten Grundsätze versteht sich eigentlich so sehr von selbst und ist jetzt so allgemein anerkannt, daß sie kaum einer eigenen gesetzlichen Sanction zu bedürfen scheinen. Nur drei Bemerkungen mögen hier Platz finden:

1) Neben den hier gegebenen Bestimmungen bedarf es der Vorschrift nicht, daß eine tödtliche Beschädigung die sei, die als wirkende Ursache den Tod herbeiführt; denn dieses versteht sich von selbst und liegt in dem gegebenen Thatbestande der hierher gehörigen Verbrechen.

2) Daß eine Beschädigung, die den Tod herbeigeführt haben würde, wenn derselbe nicht durch ein anderes Ereigniß zeitiger bewirkt wäre, als eine tödtliche, d. h. im Sinne dieser Vorschrift als eine

tödtende, angesehen werden soll, ist eine nicht zu rechtfertigende, aus der *lex aquilia* genommene Anomalie. Denn wenn man einmal Versuch und vollbrachtes Verbrechen unterscheidet, so kann man den, der getödtet haben würde, nicht dem, welcher getödtet hat, gleichsetzen und gerade bei den schwersten Privatverbrechen durch eine Fiction dem Angeeschuldigten selbst Todesstrafe auferlegen, da ein Moment des Verbrechens, die erfolgte Rechtsverletzung fehlt.

3) Es folgt schon aus den allgemeinen Bestimmungen, (§. 34.) daß eine Tödtung eben so gut durch Unterlassen, als durch Handeln verübt werden kann.

Es ist indeß nicht nothwendig erachtet, ausdrücklich zu sagen, daß nur eine Unterlassung, die gegen besondere Rechtsverbindlichkeiten anstößt, eine verschuldete Tödtung begründe. Denn da überhaupt alle Unterlassungen nur unter dieser Bedingung strafbar sind, so kann eine solche Bestimmung leicht das Mißverständniß erregen, als habe hier bei den Tödtungen etwas besonderes verordnet werden sollen, und gerade diese Ansicht könnte für das Verbrechen der Tödtung zu nicht geeigneten Resultaten führen.

#### §. 155.

#### IV. Abtreibung der Leibesfrucht.

Bei Festsetzung des Thatbestandes dieses Verbrechens folgt das Gesetz dem gemeinen Rechte und erfordert eine lebendige Frucht und deren Tödtung. Erfolgt daher zwar eine zu frühe Entbindung, aber nicht der Tod des Kindes, so wird nur der Versuch des Verbrechens zu strafen sein.

Für den ad 2. in diesem §. aufgeführten Fall ist wohl eine Unterscheidung gemacht: ob das Kind ehelich oder unehelich sei und eine größere Strafbarkeit der Abtreibung eines ehelichen Kindes angenommen. Indeß im Allgemeinen läßt sich eine solche größere Strafbarkeit, deren Grund nur in der Verzeihlichkeit des Wunsches der Erhaltung der weiblichen Ehre bei unehelich Geschwängerten gesucht werden kann, dadurch allein nicht begründen, wenigstens nicht in allen Fällen, z. B. bei Personen, welche ihre weibliche Ehre eingebüßt haben, und es hat daher nicht nöthig geschienen, auf diesen Umstand eine eigene Strafabstufung zu gründen, sondern dessen Beurtheilung bleibt dem richterlichen Ermessen in den Fällen überlassen.

Die neueren Gesetzbücher sind, nach dem Muster des Baierschen, bei diesem Verbrechen ganz besonders streng. Schon die Anwendung von Abortivmitteln auch ohne Erfolg bildet das Verbrechen, wird im

Minimum mit drei oder vier Jahren Arbeitshaus bestraft, und Concurrenzfälle durch Beschädigung oder Tod der Mutter werden mit eigenen Strafen, der letztere, selbst mit Todesstrafe bedrohet. Indeß so verabscheuungswürdig dieses Verbrechen ist, so kann doch der Versuch und die ideale Concurrenz füglich den allgemeinen Bestimmungen überlassen werden und das Gesetz bleibt auch hier aus den bereits oben näher entwickelten Gründen seinem Systeme getreu.

Die Verschiedenheit der Strafbarkeit dieses Verbrechens, je nachdem dasselbe wider oder mit Willen der Schwangeren verübt wird, liegt in der Natur der Sache, und bei der Gefährlichkeit dieses Verbrechens an sich und für das Dasein oder doch die Gesundheit der Mutter ist Kettenstrafe für den ersten dieser Fälle nicht zu hart.

Das Minimum für den zweiten Fall stimmt mit dem österreichischen Gesetzbuche und mit der bisherigen Praxis überein.

Eine erhöhte Strafbarkeit der gewerbmäßigen Beihülfe zu diesem Verbrechen rechtfertigt sich, und zwar dadurch, daß meistens erst durch die Beihülfe die Ausführung des Verbrechens möglich wird, und die gewerbmäßige Vernichtung entstehender Menschenleben unstreitig ein sehr schweres Verbrechen ist.

Einer Bestimmung, daß Aerzte, Chirurgen und Hebammen, die der Theilnahme dieses Verbrechens schuldig sind, die Praxis zu untersagen sei, bedarf es nicht, da die Zwangsarbeit, die auch in dem Falle ad 2 sie treffen würde, schon von selbst diese Folge hat.

#### §. 156.

#### V. Aussetzung Hülflöser.

Man kann, ohne den Begriff dieses Verbrechens zu eng zu bestimmen, dasselbe nicht auf diejenigen Personen beschränken, die eine Alimentations- oder Verpflegungs-Verbindlichkeit gegen den Ausgesetzten haben, und das Gesetz folgt hier dem sächsischen Gesetzbuche, welches auch diese allgemeinere Bestimmung angenommen hat.

Das negative Merkmal, daß die Aussetzung nicht in der Absicht zu tödten oder zu beschädigen unternommen sein muß, ist mindestens überflüssig, kann aber leicht Mißverständnisse veranlassen. Die möglichen Concurrenzfälle culpofer (durch das vorsätzliche Verbrechen der Aussetzung oder Verlassung verursachter) Tödtung und Beschädigung werden hier, wie überall, den allgemeinen Grundsätzen überlassen.

Die Abstufungen der Strafen, nach den angenommenen Fällen, liegen in der Natur der Sache und werden von allen Gesetzgebungen gebilligt.

**Bemerk. zu §. 156.** Bei Zurechnung der Strafe ist darauf Rücksicht zu nehmen, ob der Ausgesetzte oder Verlassene sein Leben verloren hat, oder ob er zwar am Leben erhalten, jedoch mehr oder weniger beschädigt worden, oder ob er unbeschädigt geblieben ist.

Das Verbrechen der Aussetzung oder Verlassung hilfloser Personen kann nur vorsätzlich begangen werden. War der Hilflöse nicht aus Vorsatz, sondern aus Fahrlässigkeit an einem solchen Orte oder unter solchen Umständen verlassen, daß ein Schaden für sein Leben oder für seine Gesundheit entstehen konnte, so ist nicht das im §. 156. benannte, sondern nach Beschaffenheit der Umstände ein anderes Verbrechen vorhanden, und es findet eine Verurtheilung nur Statt, wenn eine Beschädigung wirklich eingetreten ist, und die Bedingungen der culposen Tödtung oder Beschädigung (§. 152. 161.) insofern vorhanden sind, daß dieser mittelbare voraussehbare Erfolg der fahrlässigen Handlung dem Thäter zur eignen Fahrlässigkeit zugerechnet werden kann.

### §. 157.

#### VI. Veranstaltung einer hilflosen Niederkunft.

Das Gesetzbuch setzt auch hier nur die Strafe des Verbrechens an sich fest, und der angenommene Thatbestand stimmt mit den neuen Gesetzgebungen überein. Die größere Strafbarkeit des Falles, wo das Kind abhanden gebracht ist, rechtfertigt sich dadurch, daß auf diese Weise unmöglich gemacht wird, zu constatiren: ob nicht sonst ein Verbrechen begangen sei, und daß dessen Begehung unter diesen Umständen allerdings wahrscheinlich ist.

**Bemerk. zu §. 157.** Unter welchen Umständen die Niederkunft als verheimlicht anzusehen, ist nach Beschaffenheit des einzelnen Falles zu ermessen. In der Regel wird die Niederkunft als verheimlicht anzunehmen sein, wenn die Gebärende zu der Entbindung den Beistand einer andern Person haben konnte, jedoch entweder ohne Beisein anderer, oder nur in Gegenwart mit ihr einverständlicher Personen geboren hat. Nach der bisherigen Gesetzgebung wurde die hilflose Niederkunft nicht als eigenes Verbrechen, sondern nur dann bestraft, wenn sie mit einem andern Verbrechen zusammentraf, oder als Versuch eines andern Verbrechens zu beurtheilen war. C. B. S. 60.

### §. 158.

#### VII. Gemeinschaftliche Bestimmungen für Selbstmord, Kindesmord u. s. w.

Das preussische Landrecht enthält zwar Vorschriften über Vorbeugungsmittel gegen den Kindesmord, jedoch keine dem gegenwärtigen Paragraphen ähnliche Bestimmung, eben so wenig die anderen deutschen Gesetzgebungen. Dem Strombeck'schen Entwurfe gebührt das Verdienst, sie aufgenommen zu haben, und wenn man die Mißhandlungen kennt, denen in den unteren Ständen Mädchen, die sich eines Fehltritts schuldig gemacht haben, ausgesetzt sind, und actuenmäßig Fälle vorkom-



men, wo selbst Ehefrauen durch Furcht vor grausamer Behandlung von Seiten ihrer Männer zu dem Verbrechen der Abtreibung der Leibesfrucht veranlaßt werden, indem solche unnatürliche Väter eine Vermehrung der Familie, deren Urheber sie sind, doch der Ehefrau als eine Schuld anrechnen, so kann man im Interesse der Humanität eine Straffaction dieser Art nur angemessen finden, und die Menschenquälerei, gegen welche sie gerichtet ist, verdient weit mehr Beachtung, als das Vergehen der Thierquälerei, welches die meisten Gesetzgebungen aufgenommen haben.

## Capitel 2.

### Beschädigungen an der Person.

#### §. 159 — 165.

In diesem Capitel sind die von den Tödtungen angenommenen Begriffe und Grundsätze analogisch auf die Körperbeschädigung angewendet, da die Analogie, welche zwischen diesen Verbrechen besteht, unverkennbar ist. Es kann daher hier auf das so eben bei den Tödtungen Gesagte Bezug genommen werden.

Das Strafmaß ist bei diesem Verbrechen in den deutschen Gesetzgebungen sehr verschieden bestimmt. Das österreichische Gesetzbuch hat als Maximum 5 Jahre schweren Kerker, was aber für die schlimmsten hier möglichen Fälle und für gemeingefährliche Verbrechen dieser Art im Verhältniß zu den Strafen anderer ähnlichen Verbrechen zu gering ist. Die neuesten deutschen Gesetzbücher sind theilweise strenger, als das Gesetzbuch, das sich an die Praxis hält.

Die Selbstverstümmelung mit dem Zwecke, dem Militairdienste sich zu entziehen, ist in dem Gesetze über die Verpflichtung zum Kriegsdienste mit Strafe bedrohet, und eine weitere Ausdehnung dieser Straffaction auf alle ähnliche Fälle ist nicht nothwendig, daher dieses Verbrechen hier übergangen wird.

Bemerk. zu §. 159. Unter die Bestimmung bei Nr. 1. gehört insbesondere die Vergiftung von Brunnen. Prot. Nr. XLVII. S. 572.

Bemerk. zu §. 161. Der Fall der unvorsächlichen Beschädigung bei Ausübung eines Amtes findet sich im §. 286., und versteht es sich von selbst, daß, insofern bei Verübung eines anderen Verbrechens zugleich eine Körperbeschädigung bewirkt worden, alsdann nach Beschaffenheit der Umstände die Grundsätze über Zusammenreffen mehrerer Uebertretungen §. 55. zur Anwendung kommen. C. B. S. 61.

Zur Erleichterung der Uebersicht der für vorsätzliche und unvorsächliche Beschädigungen festgesetzten Strafen dient die als Anlage beigefügte Tabelle. C. B. S. 60. 127

**Bemerk.** zu §. 165. Das Schmerzgeld findet nach dieser Vorschrift auch bei unvorsätzlichen Beschädigungen Statt, während es bisher meistens nur bei vorsätzlichen Beschädigungen zuerkannt wurde. Eben so hat zwar wohl derjenige, welcher den Streit angefangen (autor rixae), nicht aber derjenige, welcher zuerst die Thatlichkeiten verübt hat (autor pugnae), einen Anspruch auf Schmerzgeld, bei dessen Bestimmung nur die Verhältnisse des Beschädigten, und zwar dessen Leiden, nicht aber der Stand und das Vermögen des Beschädigenden zu berücksichtigen sind. C. B. C. 61. 62.

### Capitel 3.

#### Nothwehr.

##### §. 166 — 168.

In diesem Capitel folgen die im allgemeinen Theile (Motive zu §. 31.) ausgesetzten Bestimmungen über die Nothwehr, da sie sich nur auf Tödtungen und Verletzungen beziehen. ~~Es sind ganz die gemein-~~ rechtlichen Grundsätze angenommen, jedoch ist ein gewaltthätiger Angriff vorausgesetzt und eine Vertheidigung gegen denselben, auch wenn er nur gegen Eigenthum gerichtet war, für zulässig erachtet. Das schließt indeß den Fall des entlaufenden Diebes nur insofern mit ein, als der verfolgte Dieb Widerstand leistet; eine weitere Ausdehnung der Nothwehr kennt das gemeine Recht nicht, und sie möchte sich aus dem legislatorischen Gesichtspunkte nicht rechtfertigen lassen, selbst vorausgesetzt, daß dem Eigenthümer durch den Diebstahl ein unwiederbringlicher Verlust, der doch sehr unbedeutend sein kann, zugefügt wird. Dagegen hat es zweckmäßig geschienen, das Eindringen in fremde Wohnungen, als einen Angriff, der die Gegenwehr rechtfertigt, ausdrücklich hervorzuheben. Das Gesetz beschränkt sich übrigens auf die Feststellung allgemeiner Grundsätze, da hier doch das Meiste dem vernünftigen Ermessen des Richters überlassen bleiben muß, und speciellere Bestimmungen ihn leicht zu viel binden.

Ueberhaupt lassen sich bei der Lehre von der Nothwehr zwei Fälle unterscheiden, nämlich der, wo ein widerrechtlicher Angriff abgewehrt, und der, wo ein rechtlich erlaubter Angriff auf Widerstand stößt. Diese beiden Fälle sind, mehrerer Deutlichkeit wegen, in der Fassung des §. gesondert, obgleich sie sonst nach denselben Grundsätzen behandelt sind.

Die peinliche Gerichtsordnung erwähnt schon des Falles, daß Jemand durch den, der ihn von Amtswegen verhaften soll und demer Widerstand leistet, getödtet wird. Art. 150. Die anderen ähnlichen in dem letzten Absätze dieses §. aufgenommenen Fälle finden sich entweder schon im gemeinen Rechte, oder ergeben sich aus der Natur der Verhältnisse,

wie die Gestattung der Ergreifung auf frischer ertappten That oder mit Steckbriefen verfolgter Verbrecher.

Es versteht sich übrigens, daß durch diese Vorschriften die den Steuerofficianten, Jagdbedienten und dem Polizei-Militair hinsichtlich des Waffengebrauchs gegebenen Befugnisse nicht verändert werden.

Bemerk. zu §. 166. 1. Vergl. die Bemerk. zu §. 118.

2. Durch die den Bestimmungen über Nothwehr im Systeme des Gesetzbuches gegebene Stellung hat an der rechtlichen Natur der Nothwehr, in welcher Hinsicht die Motive auf die gemeinrechtlichen Grundsätze verweisen, nichts geändert, und den Umfang ihrer Zulässigkeit nicht beschränkt werden sollen, so daß es also lediglich darauf ankommt, ob die Tödtung oder Verletzung nach den über die Sache selbst getroffenen Bestimmungen als eine erlaubte anzusehen war, ob sie durch die besonderen Verhältnisse, unter denen sie vorgenommen wurde, die Eigenschaft einer erlaubten Handlung annimmt. S. Bemerk. zu §. 34.

Prot. Nr. XLIV. S. 527. Nr. XLVII. S. 566. 567.

Unter der Ehre ist die Geschlechtslehre sowohl bei Manns-, als bei Frauenpersonen mit begriffen,

(l. 1. §. 4. D. ad legem Cornel. de sicar. 48. 4.)

und die Worte: »andere nicht unbekannte Mittel« beziehen sich hauptsächlich auf das Anrufen der obrigkeitlichen Hülfe. Es fällt aber dem Angegriffenen keineswegs unter allen Umständen zur Last, wenn er sich dem Angriffe durch die Flucht entziehen konnte, es jedoch nicht that, insofern er sich dadurch einer andern Gefahr, sei es für Leib und Leben, sei es für die Ehre (P. O. L. Art. 140.) ausgesetzt haben würde. Auch ist die Gefahr für Ehre auf die Ehre einzelner Stände nicht beschränkt.

Die Handlung ist mit Rücksicht auf alle dabei vorgekommenen Nebenumstände, die Gemüthsstimmung, die Individualität und die besondere Lage, in denen sich Beide, sowohl der Angreifer, als der Angegriffene zur Zeit des Angriffes befanden, §. 167. Abs. 1. u. 2. zu beurtheilen. C. B. S. 62.

Bemerk. zu §. 167. 1. Da im 1ten Absätze dieses §. schon auf unvorsätzliche (fahrlässige) Tödtungen und Beschädigungen, §. 152. und 161., hingewiesen und damit eine Strafe für Ueberschreitung der Grenzen Nothwehraus Fahrlässigkeit festgesetzt ist, so kann in den Fällen des 2ten und 3ten Absatzes eine Zurechnung zur Strafe überall nicht stattfinden, mithin tritt hier Straßlosigkeit ein. C. B. S. 62.

2. Sollte der Fall der Ueberschreitung der Grenzen der Nothwehr mit Vorbedacht oder Ueberlegung (dolo praemeditato), im Gegensatz der Ueberschreitung ohne Vorbedacht oder Ueberlegung (dolo repentino) vorkommen, so sind bei dem Mangel der rechtlichen Erfordernisse der Nothwehr (§. 166.) die Strafbestimmungen des §. 145. und des §. 159. nicht ausgeschlossen.

Bemerk. zu §. 168. Es hat angemessen geschienen, auch dem, welcher aus Zwang (§. 33.) das Strafgesetz übertreten hat, die Verpflichtung zur Anzeige aufzuerlegen, insbesondere mit aus dem Grunde, daß nach dem Aufhören des Zwanges derjenige, der solchen ausgeübt hatte, zur Strafe gezogen werden kann. C. B. S. 62. Prot. Nr. XLVII. S. 567.

## Capitel 4.

## Verbrechen wider die Freiheit.

## §. 169.

## I. Menschenraub.

Alle in diesem Capitel aufgeführten Verbrechen gehören zu den Vergewaltigungen einer Person. Sie unterscheiden sich von anderen ähnlichen Verbrechen (z. B. der Körperverletzung) und untereinander lediglich durch den Zweck des Verbrechens, und es ist daher bei jeder dieser Rechtsverletzungen die gegebene Definition so zu verstehen, daß die Handlung keine andere Tendenz haben und in kein anderes benanntes Verbrechen übergehen muß, ähnlich wie bei dem *crimen vis* der Römer.

Das in den Thatbestand des Menschenraubes von Kindern mit deren Einwilligung mit aufgenommene Merkmal, daß solcher ohne Einwilligung der Aeltern oder Vormünder geschehen sein solle, scheint unrichtig und überflüssig, nämlich

- 1) unrichtig für alle die Fälle, wo das geraubte Kind dem Staatsschutze entzogen wird; denn hiezu können Aeltern und Vormünder nie das Recht der Einwilligung haben, und es ist daher auch in dem sächsischen Gesetzbuche dieserhalb ein freilich nicht ganz ausreichender Zusatz gemacht;
- 2) überflüssig für die Fälle, wo das Kind nur dem Schutze seiner Aeltern oder Vormünder entzogen wird, da in die Definition mit aufgenommen ist, daß nur die Bemächtigung ohne Recht strafbar sein soll, und daher schon dadurch alle die Fälle ausgeschlossen sind, wo die Aeltern u. einwilligten und einwilligen konnten.

Die Straf Abstufungsgründe sind den anderen deutschen Gesetzgebungen nachgebildet, nur ist unter 1 die unter gefährlichen Umständen erfolgte Ueberlieferung an eine auswärtige Macht mit enthalten, die selbst strafbarer sein kann, als die Absicht, Jemand in Sklaverei zu führen, z. B. eine solche, wie die des Duc d'Enghien.

Für die Fälle, wo Aeltern u. s. w. Kinder zu den ad. 2. genannten Zwecken überlassen, kann eine gänzliche Strafflosigkeit nicht eintreten, da man den Aeltern u. s. w. ein so weit gehendes Dispositionsrecht über die Kinder nicht einräumen kann. Eben so wenig passen aber die Strafen des eigentlichen Menschenraubes, sondern mildere Bestrafung, wie sie auch in Sachsen angenommen ist, entspricht diesem Vergehen, besonders für die Annehmer der Kinder.

## §. 170.

## II. Widerrechtliches Gefangenhalten.

Zu den hier bestimmten Strafen wird nur zu bemerken sein, daß, insofern mit diesem Verbrechen ein anderes concurrirt, z. B. das der Beschädigung der Gesundheit, hier wie überall die allgemeinen Bestimmungen über die Concurrenz eintreten, so daß dieser Fall nicht zu gedenken war, und deshalb auch die angenommenen Strafmaxima als ausreichend angesehen werden können.

## §. 171.

## III. Entführung.

Die Ausdehnung dieses Verbrechens auf Personen männlichen Geschlechts scheint nicht erforderlich, da für diese die aus der Entführung für Frauenspersonen hervorgehenden eigenthümlichen Nachtheile nicht vorhanden sind, und die sonst in derselben liegenden Rechtsverletzungen in andere Verbrechen übergehen und mit Strafe bedrohet sind. Ebenso bedarf es nicht des Merkmals, daß die Entführung ohne Willen der Entführten geschehen sei, wenn das Verbrechen, so wie es in dem Gesetze geschehen, definirt ist. Das funfzehnte Jahr ist bei diesem, wie bei ähnlichen Verbrechen, deshalb als das mannbare Alter angenommen, weil die Kirchenordnung c. XXII. mit diesem Lebensjahre die Mädchen für heirathsfähig erklärt.

Zuchthaus wird als Regel die passende Strafart bilden, da eine Entführung, insofern sie nicht eine Ehe zur Folge hat, meistens das ganze Lebensglück einer Frauensperson untergräbt.

Die Entführung Minderjähriger ist mit der eigentlichen Entführung so nahe verwandt, daß sie sich nur durch den Zweck unterscheidet und daher hierher gestellt werden könnte, jedoch ist sie (nach dem Antrage der Stände) in das Capitel der Verletzung der Rechte des Standes einer Person aufgenommen (§. 182.).

## §. 172.

## IV. R o t h s c h u t.

Ueber die Stellung dieses Verbrechens und des Raubes im Systeme herrschen verschiedene Ansichten. Es ist indeß überzeugend dargethan, daß sowohl aus historischen, als wissenschaftlichen Gründen nach richtiger Doctrin schon gemeinrechtlich diese Verbrechen in das Capitel von den Vergewaltigungen gehören. Hierher sind sie aber noch weit mehr aus legislativen Rücksichten zu zählen, da sie dem Thatbestande und der Strafbarkeit nach weit mehr den Vergewaltigungen angehören

und gleichstehen, als die Verbrechen wider die Sitten oder das Eigenthum.

Aus der richtigen Stellung dieser Verbrechen im Systeme ergibt sich eine sehr wichtige practische Folge. Erkennt man und muß man in diesen Verbrechen den Angriff auf die Person als das strafbarste Moment erkennen, so wird man dieselben nur durch ihren Zweck von den übrigen Vergewaltigungen unterscheiden können, und bei ihnen ebenso wie bei allen in dieses Capitel gehörenden Rechtsverletzungen die Erreichung des verbrecherischen Zwecks zum Thatbestande des Verbrechens nicht erfordern. Diese wird zwar immer ein wichtiges Moment für die Strafbarkeit als Strafabstufungs- oder Erschwerungsgrund bilden, aber als Erforderniß des Thatbestandes kann sie nicht angesehen werden. In dem sächsischen Gesetzbuche, welches diesem Verbrechen auch die richtige Stelle angewiesen hat, so wie in dem österreichischen und baselschen Strafgesetzbuche und dem hannoverschen Entwurfe Art. 320, ist die hier aufgestellte Ansicht hinsichtlich des Raubes, nicht aber bei der Nothzucht befolgt. Diese Fälle unterscheiden sich nun allerdings dadurch, daß in der Ausführung der verbrecherischen Absicht des Nothzüchtigers eine unmittelbar der Person zugefügte höchst nachtheilige Rechtsverletzung liegt, in der Vollbringung des Raubes aber nur eine Verletzung des Eigenthums, die an sich von geringer Bedeutung sein kann. Hierdurch rechtfertigt sich denn der in dem Gesetze angenommene Unterschied, daß bei der Nothzucht die Erreichung der verbrecherischen Absicht als Strafabstufungsgrund, bei dem Raube als Strafzumessungsgrund behandelt ist. Eine weitere Folge kann aber diesem Unterschiede nicht gegeben werden, aus den bereits angeführten Gründen, besonders aus dem Gesichtspunkte des Gesetzgebers, da in den meisten Fällen für die Geschlechts-Ehre der Ueberfallenen schon der Angriff dieselben übeln Folgen hat, wie die vollbrachte Nothzucht.

Die peinliche Gerichtsordnung nimmt an, daß die Nothzucht nur an einer unverläumdeten Frauenperson begangen werden kann. Art. 131. Die neueren Gesetzgebungen verwerfen diese Ansicht, weil auch die Verläumdeten ein unbestreitbares Recht auf ihre Person haben. Dieses Argument muß man insofern als richtig anerkennen, als es zu weit führt, wenn die Carolina das Unverläumdetsein zum Thatbestande des Verbrechens erfordert. Dagegen läßt sich nicht verkennen, daß eine Nothzucht an Personen, die durch öffentliche Preisgebung ihre Geschlechts-Ehre eingebüßt haben, denen also eine wesentliche, in der Nothzucht liegende Rechtsverletzung nicht mehr zugefügt werden kann,

in der Strafbarkeit bedeutend herabsinkt. Eine verminderte Strafbarkeit bei Nothzucht gegen solche Personen anzunehmen, die ihre Geschlechtslehre verloren, d. h. schon ein uneheliches Kind gehabt haben oder die dem Nothzüchtiger schon einmal zu Willen gewesen sind, scheint dagegen zu weit zu führen, wenn gleich diese Umstände als Strafzumessungsgrund Berücksichtigung verdienen.

Die gemeinrechtliche Controverse: ob an nicht Mannbaren Nothzucht begangen werden könne? — erledigt sich durch die angenommene Definition des Verbrechens, und jeder Zweifel wird durch die unter Nr. 1 mit aufgeführte Qualification gehoben.

#### §. 173.

Die Gleichstellung dieses noch verabscheuungswürdigeren Falles mit der Nothzucht rechtfertigt sich von selbst, und wird auch von allen neueren Gesetzgebungen angenommen.

#### §. 174.

### V. S c h ä n d u n g.

Der Nothzucht sehr nahe steht das Verbrechen der Schändung. Theils dieser Verwandtschaft, theils der in demselben liegenden Rechtsverletzung wegen, die immer den Charakter einer Gewaltthätigkeit unmittelbar gegen die Person und nicht allein den einer Verletzung persönlicher Rechte an sich trägt, ist dasselbe in dieses Capitel aufzunehmen gewesen.

In der Strafbarkeit kommt es der Nothzucht gleichfalls nahe, und es hat daher nicht zulässig geschienen, dieselbe weiter, als es hier geschehen, herunterzusetzen.

Bemerk. zu §. 174. Wenn die gemißbrauchte Person durch Verschulden des Verbrechers in den bewußtlosen Zustand gesetzt worden, so kommen nach Verschiedenheit der Fälle die §§. 172. oder 173. zur Anwendung.

C. P. C. 63.

#### §. 175.

### VI. R a u b.

Es wird bei diesem, wie bei allen übrigen durch Gewalt verübten Verbrechen nicht jede Thätlichkeit gegen die Person, um zu stehlen, als Raub angesehen werden können, und die hieraus hervorgehende Gränze zwischen Raub und Diebstahl ist durch die bei diesem Verbrechen gegebenen Bestimmungen genauer bezeichnet.

Der Fall, wo der Dieb, um das gestohlene Gut zu schützen, Gewalt gegen seine Verfolger gebraucht, läßt sich dem Raube nicht unde-

dingt gleichstellen. Denn es bleibt immer ein erheblicher Unterschied: ob die Absicht von Anfang an auf einen Angriff gegen die Person gerichtet war und gerade dieser als Mittel zur Begehung des Verbrechens dienen sollte, oder ob die Gewaltthätigkeit nur durch einen Zufall herbeigeführt wird.

In dem Gesetze ist daher eine gleiche Strafbarkeit des Räubers und Diebes nur angenommen, wenn dieser sich zur Unternehmung der That mit Waffen versehen, also auf Gegenwehr gerechnet hatte und nun auch wirklich von den Waffen gegen Personen Gebrauch gemacht hat. (§. 213. Nr. 1.)

Aus der diesem Verbrechen gegebenen Stellung im Systeme und dessen Thatbestande folgt, daß der Werth des Geraubten als Strafabszungsgrund nicht dienen kann. Der Werth des Geraubten läßt sich nicht einmal als Strafzumessungsgrund bei diesem Verbrechen annehmen, da hier für die subjective Strafbarkeit nicht nur nicht dasselbe, sondern sogar das umgekehrte Verhältniß eintritt, wie bei den allein gegen fremdes Eigenthum gerichteten Verbrechen, deren Strafbarkeit mit der Größe des Gegenstandes wächst. Der Räuber dagegen ist subjectiv um so strafbarer, je geringer das Object ist, dessen er sich zu bemächtigen beabsichtigt; denn offenbar ist der ein weit gefährlicherer Mensch, der kein Bedenken trägt, wegen weniger Groschen einen Andern lebensgefährlich anzugreifen, als der, welcher, um viele Tausende zu erlangen, einen solchen Angriff wagt.

Das Zusammentreffen anderer Verbrechen mit dem Raube, Wiederholung und Rückfall sind den allgemeinen Bestimmungen auch hier überlassen.

Bemerk. zu §. 175. 1. Nach der bisher befolgten, jedoch keineswegs unbestrittenen Theorie gehörten zum Thatbestande des Raubes sämtliche Erfordernisse des Diebstahls, mithin auch die Bemächtigung der Sachen, so daß also erst mit der geschehenen Besitzergreifung der Raub als vollendet angesehen werden konnte.

Diesen Gesichtspunkt hat das Gesetzbuch aus guten legislatorischen Gründen verlassen, indem es bei dem Raube, so wie bei mehreren zu derselben Kategorie gehörigen Verbrechen (§. 169., 172., 177., 178., 179., 259.), die Vergewaltigung oder Verletzung der Person als Hauptgesichtspunkt hervorhebt und sie durch bloße Gewaltanwendung oder gefährliche Bedrohung (§. 79.) u., unabhängig von der Erreichung der Absicht des Thäters, den Raub mithin unabhängig von dem Erfolge hinsichtlich der Wegnahme der Sachen als vollendet (vergl. §. 35.) betrachtet, folglich als formelles Delict auffaßt. Damit steht es in Verbindung, daß auf den Werth des Geraubten überall nichts ankommt und die Erreichung des Zweckes nur als Grund der Zumessung strenger Strafen angenommen ist.



Insofern nun das Wort Raub nach dem gemeinen Sprachgebrauche eine gewaltsame Wegnahme beweglicher Sachen bedeutet, würde dieser Ausdruck eigentlich nicht mehr für den anderergestalt construirten Begriff des hier in Rede stehenden Verbrechens passen. Der Ausdruck »Raub« hat jedoch eine technische Bedeutung, und bezieht sich auf das Gewaltthame und Allgemeingefährliche. Gleiche Verwandniß hat es mit dem Ausdrucke »Kindesmord,« als absichtliche Tödtung solcher, in Ansehung derer besondere Pflichten verletzt werden, sollte auch die Handlung in leidenschaftlicher Aufwallung geschehen sein.

C. B. C. 63. 64.

2. In dem Forst- und Jagd-Strafgesetze (§. 19.) ist als Nachtzeit die Zeit nach Sonnenuntergang und vor Sonnenaufgang bestimmt. Diese Bestimmung ist, als auf besonderen Gründen beruhend, hier, so wie auch bei dem Diebstahle §. 214. nicht anzuwenden, vielmehr im Sinne der §. 175. u. 214. als Nachtzeit diejenige Zeit zu betrachten, welche in der Regel der nächtlichen Ruhe gewidmet zu sein pflegt.

Bemerk. zu §. 176. Dieser §. ist mit Berücksichtigung der §. 151. erhaltenen Bestimmung auf den Antrag der Stände aufgenommen. C. B. C. 64.

### §. 177.

## VII. Erpressung.

Da zufolge des hier angenommenen Thatbestandes die Erpressung sowohl hinsichtlich der Mittel als des Zweckes dem Raube ganz gleich steht, so hat dieselbe auch diesem Verbrechen in der Strafbarkeit gleichgestellt werden können.

Erpressung durch nicht gefährliche Drohungen gehört dagegen unter die Rubrik dieses leztgedachten Verbrechens.

### §. 178.

## VIII. Nöthigung.

Dieses Verbrechen ist in jeder Beziehung dem Raube sehr ähnlich, unterscheidet sich nur durch den Zweck des Nöthigers, die Strafbarkeit kommt daher der des Raubes nahe, und die Strafabsufungen sind nach denselben Grundsätzen zu bilden.

### §. 179.

## IX. Drohungen.

In diesen Paragraphen ist nicht nur der Fall, daß die Drohung einen bestimmten Zweck hat, aufgenommen, sondern auch der, wo mit der Verübung von Verbrechen gedrohet worden, ganz allgemein, da Drohungen dieser Art, auch wenn sie weder einen Vermögensvorteil, noch eine Handlung, Duldung oder Unterlassung des Bedrohten zum Zweck haben, eben so, ja noch strafbarer sein können, z. B. wenn sie nur geschehen, um sich an der Angst des Bedrohten zu weiden, oder aus Rache.

Bemerk. zu §. 177., 178., 179. 1. Das Verbrechen des Raubes und

der Erpressung unterscheiden sich insbesondere dadurch, daß bei jenem augenblicklicher Gewinn, bei dieser gewöhnlich ein künftiger beabsichtigt wird, bei jenem meistens rohe Gewalt, bei dieser zum Theil psychologischer Zwang wirkt, jener gewöhnlich ein Verbrechen der untersten Volkscasse ist, diese meistens bei höher gestellten Personen vorkommt.

2. Die Erpressung, §. 177., 259., unterscheidet sich von der Nöthigung, §. 178., dadurch, daß bei jener der Zweck auf einen Vermögensvorteil, bei dieser aber auf eine Handlung, Duldung oder Unterlassung, welche jenen Zweck nicht hat, gerichtet ist. C. B. S. 64.

3. Bei dem im §. 179. gedachten Verbrechen der Drohung kann dagegen der Zweck unter anderem sowohl auf einen Vermögensvorteil, als auf eine Handlung, Duldung oder Unterlassung, welche jenen Zweck nicht hat, gerichtet sein, nur wird vorausgesetzt, daß die angewandeten Drohungen nicht mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben (§. 79.) verbunden waren, indem sonst nach Verschiedenheit des Zweckes Erpressung oder Nöthigung vorhanden ist.

### §. 180.

#### X. Störung des Hausfriedens.

Auch dieses Verbrechen gehört seinem ganzen Character nach in die Reihe der Vergewaltigungen, die Strafabstufungen sind den in andern Gesetzgebungen angenommenen, in der Natur der Sache liegenden, ähnlich.

Die Strafbarkeit bis zur polizeilichen Ahndung herabsinken zu lassen, hat nicht angemessen geschienen, da die Gesetzgebung mit Ernst für die häusliche Sicherheit Sorge tragen muß.

Bemerk. zu 180. Vergl. Bemerk. zu §. 105. C. B. S. 64.

### Capitel 5.

#### Verbrechen wider den Stand der Personen.

##### §. 181. 182. 183.

##### I. Unterdrückung der Familienrechte.

##### II. Weinträchtigung der Familienrechte

(vergl. §. 171. am Ende) und

##### III. Verleitung zur Ehe

sind ganz den neuesten Gesetzgebungen gleich behandelt und geben zu besonderen Bemerkungen keine Veranlassung.

##### §. 184.

IV. Verleitung zum Beischlafe durch betrüglische Ehe unterscheidet sich von den in dem vorhergehenden Paragraphen erwähnten Verbrechen dadurch, daß dort eine Ehe wirklich, hier aber nur scheinbar geschlossen ist. Dieser unstreitig strafbarere Fall bedarf einer besonderen Bestimmung.

## §. 185.

## V. Zwang zur Ehe

gehört, seiner Natur nach, mehr in dieses Capitel als in das von den Gewaltthaten, und ist deshalb auch hier aufgenommen.

## §. 186.

## VI. Die Verleitung zur Auswanderung

ist ein jetzt häufig vorkommendes und für den Verletzten oft sehr schädliches Verbrechen, so daß für die schlimmeren Fälle Zwangsarbeit sich rechtfertigt.

## Capitel 6.

## Verbrechen wider die Sitten.

## §. 187.

## I. Mehrfache Ehe.

In Bestimmung des Strafmaßes folgt hier das Gesetz dem österreichischen und sächsischen Gesetzbuche fast ganz. Die in anderen Ländern angenommenen höheren Strafbestimmungen sind bei einem Verbrechen, dessen Verübung fast unmöglich ist, ohne Fälschungen, die dann noch besondere Strafen nach sich ziehen, an sich zu hoch, und stimmen mit der hiesigen Praxis durchaus nicht überein.

Bemerk. zu §. 187. Die peinliche Gerichtsordnung bezeichnet, Art. 121, die Bigamie ausdrücklich als einen Ehebruch, und siehet die bloße Eingehung der Ehe ohne Vollziehung des Beischlafs nur als Versuch der Bigamie an. Nach der im §. 187. gegebenen Begriffsbestimmung, verglichen mit §. 197., ist aber das Verbrechen der Bigamie schon mit der geschlossenen Trauung für vollendet zu halten. C. B. C. 65.

## §. 188.

## II. Ehebruch.

Eine unbedingte höhere Strafbarkeit der Ehefrau, oder doch deren höhere Strafbarkeit, wenn die Legitimität eines Kindes ungewiß wird, ist anzunehmen bedenklich gefunden. Denn wenn sich eine höhere Strafbarkeit der Frau ergibt, so kann sie als Strafzumessungsgrund benutzt werden, und die Ungewißheit über die Legitimität eines Kindes ist ein in der Regel nicht beabsichtigter, rechtlich auch nicht erheblicher Umstand, denn der Zweifel kann nicht berücksichtigt werden, sondern nur die Gewißheit. Gleichfalls hat eine gängliche Straflosigkeit des ledigen Ehebrechers oder doch der ledigen Ehebrecherin nicht gerechtfertigt geschienen, und hierin sind die neueren Legislationen einig.

Der gemeinrechtliche Grundsatz, daß Untersuchungen wegen Ehebruchs nur auf Anzeige des beleidigten Gatten zulässig seien, ist beibehalten, worüber die Vorschriften weiter unten folgen. Es ist indeß die Frage entstanden: ob nicht auch darüber etwas zu bestimmen sei, in wie fern die Scheidungsklage wegen Ehebruchs der Untersuchung oder diese jener präjudiciren solle? —

In einem k. sächsischen neben dem Criminalgesetzbuche erschienenen Gesetze vom 3. April 1838 wird angenommen: daß die Untersuchung, insofern nicht bereits die Verjährung des Vergehens eingetreten ist, der Scheidungsklage vorhergehen müsse. Doch kann das Verfahren durch Condonation gehemmt werden, wodurch zugleich dem Rechte auf Scheidung entsagt wird.

Das Gesetz hat die umgekehrte Ansicht adoptirt und läßt eine Bestrafung nur nach erfolgter Scheidung zu, und zwar aus folgenden Gründen:

1) Daß eigentliche Motiv der Bestimmung, daß die Untersuchung der Scheidungsklage vorhergehen soll, scheint darin gesucht werden zu müssen, daß man annimmt: auf diese Weise würden Scheidungsklagen wegen Untreue weniger stattfinden, da sich der unschuldige Gatte eher zu einer Klage auf Scheidung, als zu einem Antrage auf Bestrafung entschließen werde. Allein wenn man auch die Richtigkeit der Ansicht, die Trennung der Ehen möglichst zu verhindern, voraussetzt, so möchte doch dieses Mittel, wenigstens nach unseren Einrichtungen, kaum dem Zwecke entsprechen. Denn erwägt man, daß das Civilverfahren und die mit dessen Beginnen meistens verknüpfte Trennung der Ehegatten bedeutende Kosten und Unannehmlichkeiten herbeiführt, daß dagegen eine Anzeige zum Zweck der Bestrafung diese Folge nicht hat, so möchte leicht das Umgekehrte von dem, was man beabsichtigt, bewirkt werden;

2) es widerspricht dem Grundsatz: die Trennung der Ehen thunlichst zu verhindern und den Ehefrieden nicht zu stören, wenn man die Bestrafung ohne die Scheidung zuläßt. Denn wie ist das glückliche Fortbestehen einer Ehe zu erwarten, wenn der eine Ehegatte auf Antrag des andern wegen Untreue Strafe erlitten hat?

3) alle Gesetzgebungen nehmen an, daß durch Condonation nicht nur die Scheidungsklage, sondern auch die Bestrafung ausgeschlossen wird. Nun giebt es aber für eine Thatfache dieser Art sehr selten Beweismittel, welche in dem Untersuchungsprocesse brauchbar wären. Es kann daher sehr wohl vorkommen, daß diese Einrede in dem Untersuchungsverfahren nicht, wohl aber in dem Civilverfahren erwiesen wird. Man wird also jedenfalls, sobald diese Einrede vorgeschützt wird,

den Denuncianten erst in das Civilverfahren verweisen müssen. Aehnliche Unzuträglichkeiten lassen sich denken, wenn dem die Anzeige machenden Ehegatten auch die Verletzung der ehelichen Treue vorgeworfen wird und dadurch wohl eine Scheidung verhindert, aber z. B. wegen eingetretener Verjährung eine Bestrafung nicht mehr beantragt werden kann oder überhaupt nicht verlangt wird.

§. 189. bis 197.

Der übrige Inhalt dieses Capitels giebt nur noch zu zwei Bemerkungen Anlaß:

1) Bei dem Incest sind die Bestimmungen der Verordnung vom 14. April 1814 §. 10. zum Grunde gelegt und als criminell strafbar nur die Fälle angesehen, in welchen die Ehe unbedingt verboten ist. Bei der Unnatürlichkeit, also Seltenheit des Verbrechens, und in Rücksicht auf die österreichische Gesetzgebung haben strengere Strafen als die angenommenen nicht erforderlichlich geschienen.

2) Die über die Vollendung der Unzucht-Verbrechen angenommene Bestimmung ist, in Beziehung auf widernatürliche Unzucht, eigentlich unvollständig, allein es ist sehr bedenklich, diese Materie in einem Strafgesetzbuche specieller zu behandeln.

3) Concubinat, einfache Hureri, auch gewerbsmäßige, und die neu hinzugekommenen Verbrechen der bösslichen Verlassung und der Thierquälerei, eignen sich zur polizeilichen Behandlung, sie gehören aber nicht in die Reihe der Verbrechen.

Bemerk. zu §. 191. Der Mißbrauch einer Gefangenen zur Unzucht wird hier auch in Beziehung auf Gefangenwärter nicht als Amtsverbrechen, sondern als gemeines Verbrechen behandelt, weil darin keine Ueberschreitung der Amtsbefugnisse, sondern eine ganz außerhalb derselben liegende Handlung zu finden ist. Es folgt daraus, daß eintretenden Falles die Gerichte dieserwegen ohne Antrag der vorgesetzten Disciplinarbehörde zu verfahren befugt sind §. 255. Abs. 2., und zwar wird die Bestimmung des §. 245. Abs. 3. anzuwenden sein.

Bemerk. zu §. 196. Da auch unzüchtige, zum öffentlichen Aergerniß gereichende Aeußerungen oder Reden strafbar erscheinen, jedoch nicht so hart zu ahnden sind, als Handlungen der Art, so hätte die Prüfungs-Commission auf einen Zusatz dahin angetragen, daß die bezeichneten Aeußerungen oder Reden mit polizeilicher Gefängnißstrafe oder Geldbuße bedrohet würden.

Das Herzogl. Staats-Ministerium hielt zwar die vorgeschlagene Bestimmung an sich für zweckmäßig, war jedoch der Meinung, daß sie in das Criminalgesetzbuch nicht gehöre, in welchem auf die polizeiliche Bestrafung nur bei Verbrechen hingewiesen sei, deren Strafbarkeit so weit herabsinken könne, daß polizeiliche Bestrafung ausreiche, wogegen nur verwandte, polizeilich zu bestrafende Vergehen nicht mit aufgenommen seien, und es nothwendig sei, bei diesem Grundsatz zu bleiben.

Unter diesen Umständen ist von einer Vervollständigung des §. in dem bezeichneten Sinne abstrahirt. C. B. S. 65.

## Capitel 7.

### Ehrenkränkungen.

§. 198. bis 203.

Bei der Lehre von den Injurien folgt das Gesetz in den Begriffsbestimmungen dem gemeinen Rechte, das fast gleichmäßig in alle deutschen Gesetzgebungen in dieser Beziehung übergegangen ist. In dem §. 202. aufgeführten Verbrechen wird zwar nicht in jedem Falle nothwendig auch eine Injurie im engeren Sinne liegen. Zu den Injurien im weiteren Sinne gehört dasselbe indeß auch schon nach gemeinrechtlicher Ansicht, und findet jedenfalls den passendsten Platz in diesem Capitel.

Hinsichtlich der Bestimmungen über die Strafabstufungen bietet dieses Verbrechen seiner Natur nach die größten Schwierigkeiten dar, namentlich auch in Beziehung auf die Kompetenzverhältnisse der Gerichte.

Daß ein Maximum von einem Jahre Freiheitsstrafe genüge, läßt sich wohl mit Sicherheit annehmen, besonders in Rücksicht auf die bisherige Praxis und die österreichische Gesetzgebung, welche dieses Verbrechen unter die Polizeiübertretungen verweist (Gesetzbuch über schwere Polizeiübertretungen §. 234), und wenn man erwägt, daß die Thätlichkeiten, sobald sie in Verletzungen übergehen, besondere Strafen außerdem nach sich ziehen. Es möchte daher die den Kreisgerichten überwiesene Competenz als Strafmaximum für dieses Verbrechen ausreichen.

Weit schwieriger ist die Gränzlinie zu bestimmen, mit der dieses Verbrechen aufhören soll, crimineß bestraft zu werden. Es würde offenbar höchst unzumuthig sein, jede auch nur die geringste Injurie crimineß zu behandeln, und dies würde dem bestehenden Rechte widersprechen. Das schwierige einer zweckmäßigen Bestimmung liegt hier besonders darin, daß ganz dieselbe Handlung nach den verschiedenen Umständen einen so sehr verschiedenen Grad der Strafbarkeit haben kann, und es ist eben so bedenklich, hier zu viel als zu wenig zu thun. Nach mannichfacher und wiederholter Erwägung ist man bei den Strafabstufungen stehen geblieben, die der Paragraph nachweist.

Die unter 1 aufgenommenen werden kaum Bedenken erregen können, denn vorbedachte ehrenkränkende Thätlichkeiten und Pasquill eignen sich gewiß nicht zur polizeilichen Ahndung.

Von den unter 2 aufgeführten Fällen sind allerdings einige von der Art, daß man zweifelhaft sein kann: ob sie nicht durch polizeiliche

Bestrafung hinlänglich gesühnt werden, gerade wegen der großen Verschiedenheit der Verhältnisse und der Art, unter der sie vorkommen können, z. B. nicht vorbedachte Thätlichkeiten, Injurien vor einer versammelten Menge oder bei feierlichen Gelegenheiten. Allein hält man diese Bestimmungen zusammen mit der Vorschrift des §. 160., wonach eine vorangegangene Reizung als Grund, die Sache polizeilich zu behandeln, angesehen wird, so möchten sich auch diese Bestimmungen rechtfertigen; denn auch nicht vorbedachte Thätlichkeiten, oder öffentliche Injurien der erwähnten Art, wenn sie ohne alle Veranlassung zugefügt werden, dürften der polizeilichen Bestrafung zu entziehen sein.

Bemerk. zu §. 198 — 203.1. (§. 200.) In anderen Gesetzgebungen ist zwar die Erwidrerung der Injurie für straflos erklärt. Die im §. 200. getroffenen Bestimmungen entsprechen jedoch dem gemeinen Rechte, der bisherigen Legislation (z. B. Landes-Ordn. Art. 74. wegen Mital Injurien) und dem Gerichtsgebrauche. C. B. E. 66.

2. (§. 203.) Da nicht wegen jeder geringfügigen Beleidigung das Erkenntniß bekannt zu machen ist, indem darin für den Verurtheilten eine zu große Härte liegen kann, so ist mit Bezug auf §. 24., wonach in geeigneten Fällen die Bekanntmachung zulässig ist, und mit Rücksicht auf §. 4. des (übrigens in Kraft bleibenden) Gesetzes vom 23. Febr. 1837, das Verfahren in Injurienfällen betreffend, nach welchem der Beleidigte nur wegen öffentlicher Injurien die Bekanntmachung verlangen kann, das rechtsfreie Recht des Beleidigten auf öffentlich erlittene Beleidigung und öffentlich erlittene Verläumdung beschränkt. B. B. E. 66.

3. Das Gesetz hat in dem Capitel über Ehrenkränkungen vieles der Doctrin überlassen und der Natur der Sache nach überlassen müssen.

Aus diesem Grunde sind auch Bestimmungen über Beleidigungen gegen eine Familie, einen ganzen Stand oder ganze Classen von Einwohnern (vergl. jedoch §. 198. Nr. 2. und 282.), weil dabei die Beschaffenheit jedes einzelnen Falles, ob darin eine Injurie gegen eine bestimmte Person gefunden werden kann oder nicht, entscheidet, so wie Bestimmungen über s. g. mittelbare Injurien, insbesondere wider Verstorbene, nicht aufgenommen.

Damit es jedoch nicht den Anschein gewinne, als ob das Andenken eines Verstorbenen böswilligen Injurianten zur beliebigen Schmähung preisgegeben sei, sind im §. 245. Vorschriften darüber getroffen, welche Personen wegen Ehrenkränkungen wider Verstorbene zur Anzeige berechtigt sein sollen? Es würde zu weit geführt haben, allen Angehörigen nach der Erklärung dieses Wortes im §. 73. das Anzeigerecht zu gestatten; dagegen aber ist es billig gefunden, solches auch den Erben einzuräumen, da der Erb zu Persönlichkeit des Verstorbenen auch in dieser Beziehung vertritt und ihm die Pflicht eine Pflicht dazu auferlegen kann. C. B. E. 66. 67.

## Zweiter Abschnitt.

### Verbrechen an dem Vermögen Anderer.

#### Capitel I.

#### Vermögensbeschädigungen.

#### §. 204.

#### 1) Vorsätzliche Beschädigungen.

##### I. Brandstiftung.

##### A. Brandstiftung mit Gefahr für Personen.

Unter den Verbrechen wider das Vermögen Anderer stehen die Vermögensbeschädigungen oben an, als die strafbarsten Verbrechen dieser Art, da sie nicht nur als **Eigenthumsbeschädigungen** gemeingefährlich sein können, sondern zugleich dem Leben und der Gesundheit von Menschen Gefahr drohen.

Unter dieser Art von Verbrechen nimmt wieder den ersten Platz, ihrer Gefährlichkeit und praktischen Wichtigkeit wegen, die Lehre von der Brandstiftung ein.

Der Thatbestand dieses Verbrechens ist übereinstimmend mit dem von der Doktrin, den Grundsätzen des gemeinen Rechts gemäß, angenommenen Begriffe festgestellt. Brandstiftung im eigentlichen Sinne findet daher nur an Gebäuden, Bauwerken und Anlagen Statt, die Menschen zum Aufenthalte dienen. Ob sie eigentliche Wohngebäude oder Bauwerke, die sich zu den Gebäuden im engeren Sinne nicht rechnen lassen, oder andere gewöhnliche Aufenthaltsorte (z. B. Schiffe) sind, ist dagegen gleichgültig, wenn nur Personen dadurch in Gefahr gebracht werden, denn darin liegt gerade die höhere Strafbarkeit der Brandstiftung im eigentlichen Sinne.

Die Strafbarkeit dieses Verbrechens anlangend, ist bereits oben bemerkt, daß, den angenommenen Grundsätzen zufolge, die Todesstrafe bei demselben selbst für den Fall nicht als gerechtfertigt angesehen ist, wenn mit demselben eine unvorsätzliche Tödtung zusammentrifft. Fällt die Handlung dagegen unter die Bestimmungen des Mordes, d. h., läßt sich dem Thäter der vorbedachte, bestimmte oder unbestimmte Vorsatz, zu tödten, beimessen, so versteht sich von selbst, daß dann auch die Strafe des Mordes anzuwenden sei.

Getreu den überhaupt befolgten Grundsätzen hat das Gesetz auch bei diesem Verbrechen nicht nach dem Erfolge oder der zufälligen Ge-



fährlichkeit, sondern nach der Bösartigkeit und Gefährlichkeit der Gesinnung des Verbrechers die Strafabstufungen bestimmt. Die Beträchtlichkeit des angerichteten Schadens wird daher zwar immer zu beachten sein, aber nur einen Strafzumessungsgrund bilden.

Alle unter Nr. 1. aufgeführten Umstände weisen aber auf eine in so hohem Grade verruchte Sinnesart und auf eine so geflissentliche und hartnäckige Verachtung der Gesetze hin, daß die der Todesstrafe zunächst stehende Strafe als zu hart nicht angesehen werden kann, selbst wenn kein erheblicher Schaden an Personen oder Eigenthum durch ein solches verbrecherisches Beginnen entstanden sein sollte.

Ebenfalls enthalten die unter 2 bemerkten Thatsachen so erhebliche Erschwerungsgründe, daß unter zehnjährige Kettenstrafe nicht hat herabgegangen werden können, wie denn diese Strafart auch für die mildesten Fälle der eigentlichen Brandstiftung als die angemessene sich darstellt.

Mit dem Gerichtsgebrauche stimmen diese Vorschriften im Wesentlichen überein.

Bemerk. zu §. 204. Die höhere Strafbarkeit der Brandstiftung in dem unter 1. im Anfange angeführten Falle beruht darauf, daß an mehreren Orten zugleich Brand gelegt wird, mag nun der Thäter ein Einzelner sein oder mögen sich mehrere zu der That verbunden haben. In Nr. 2. am Ende ist wegen wiederholter Brandstiftung zum mindesten eine 10jährige Kettenstrafe festgesetzt, selbst wenn nach den allgemeinen Grundsätzen über Zusammentreffen mehrerer Uebertretungen §. 55. und über Rückfall §. 58. den Verbrecher eine geringere Strafe getroffen haben würde. C. B. S. 67.

#### §. 205.

B. Brandstiftung an fremden Sachen ohne Gefahr für Personen.

Brandstiftung an anderen Gegenständen als Gebäuden oder Anlagen, die Menschen zum Aufenthalte dienen, ist eine reine Eigenthumsbeschädigung, jedoch des gebrauchten Mittels wegen von allerdings gefährlicher Art, und deswegen auch strenger zu strafen.

Allein bei ihr ist doch immer, wie bei allen nur das Eigenthum angreifenden Verbrechen, das Wesentlichste die Größe des Schadens, und daher ist auch hiernach, wie bei allen ähnlichen Verbrechen, nach dessen Betrage die Strafe bestimmt.

#### §. 206.

C. Brandstiftung an eigenen Sachen ohne Gefahr für Personen und fremdes Eigenthum.

Eine Brandstiftung dieser Art kann nur zum Verbrechen werden durch die mit derselben sonst verknüpfte rechtswidrige Absicht. Nach

Maßgabe dieser verbrecherischen Tendenz wird sie auch zu strafen sein, und namentlich wenn sie in betrügerischer Absicht unternommen ist, nach ähnlichen Grundsätzen wie der Betrug, nur kann sie wegen der Gefährlichkeit des Mittels nie als Polizeivergehen angesehen werden.

### §. 207.

#### D. Vollendung der Brandstiftung.

Die gemeinrechtliche Controverse: ob das Verbrechen der Brandstiftung durch Anzündung der Materie, vermittelt welcher die Brandstiftung bewirkt werden soll, oder erst durch Anbrennen des Gegenstandes selbst, dessen Anzündung beabsichtigt wird? so wie: ob das Ausschlagen der Flamme nothwendig sei oder das Glimmen genüge? — entscheidet der gegenwärtige §. nach den schon aus dem bestimmten Thatbestande dieses Verbrechens sich ergebenden Grundsätzen.

### §. 208.

#### E. Thätige Reue.

In Erwägung, daß gerade bei diesem Verbrechen es sehr wichtig ist, den Thäter durch Aussicht auf eine weit gelindere Bestrafung zum Innehalten in seinem verbrecherischen Unternehmen zu bewegen, hat man in das Gesetz die in dem gegenwärtigen §. enthaltene Vorschrift über die Wirkungen der thätigen Reue aufnehmen zu müssen geglaubt, welche, so oder anders modificirt, sich in den meisten neueren Gesetzgebungen findet.

### §. 209.

#### 2) Gemeingefährliche Beschädigungen.

Dieses Verbrechen, so wie

### §. 210.

#### 3) Vergiftung von Weiden und Verbreitung von Viehseuchen,

und endlich

### §. 211.

#### 4) Einfache Eigenthumsbeschädigungen

sind nach den auch bei den Brandstiftungen angenommenen Grundsätzen mit strengerer Strafe belegt, je nachdem sie Personen Gefahr drohen oder nicht, und in dem letzten Falle nach dem Betrage des Schadens.

Die für die einfache Beschädigung angenommenen Strafen werden nicht zu gelinde erscheinen, wenn man erwägt, daß, insofern mit ihnen (was allerdings möglich ist) eine Körperverletzung oder Tödtung zusammenrifft, die Strafen dieser Verbrechen auch eintreten, und daß bei den nicht mit Gefahr für Personen verbundenen Eigenthumsbeschädi-

gungen, der Regel und auch der Volksansicht nach, ein schimpfliches Motiv selten zum Grunde liegt, diese Verbrechen wenigstens aus einem ganz andern Gesichtspunkte betrachtet werden, als Diebstahl und Betrug, so daß als passende Strafart Gefängniß angenommen werden konnte. Besondere Strafabstufungen für muthwillige Beschädigungen dieser Art sind nicht nothwendig erachtet, da bei der angenommenen Strafart dieser Bewegungsgrund des Thäters nur als Strafzumessungsgrund betrachtet werden kann, und überdies bei erheblicher Schadenstiftung der Muthwille kaum noch als ein milderndes Moment angesehen und der Bosheit fast ganz gleichgestellt werden kann.

Bemerk. zu §. 209. Unter öffentlichen Anlagen der Art, sind insbesondere auch zum öffentlichen Gebrauche bestimmte Fahren begriffen.

Prot. Nr. XLVII. S. 572. Anl. II. zu Lt. Nr. XXI.

### §. 212.

#### II. Unvorsätzliche Brandstiftung und Beschädigung.

Bei diesem Verbrechen sind die allgemeinen bereits oben näher entwickelten, für die fahrlässigen Vergehen aufgestellten Grundsätze befolgt. Es hat daher eine härtere Strafart, als Gefängniß, nicht erforderlich geschienen, und bei den Strafabstufungsgründen sind die im Allgemeinen oder bei dem hier vorliegenden Verbrechen im Besonderen erheblich gefundenen Rücksichten beachtet.

### Capitel 2.

#### Diebstahl und Unterschlagung.

##### I. Diebstahl.

##### §. 213 — 218.

##### 1) Eigentlicher Diebstahl.

Keine Lehre des Criminalrechts verdient eine sorgsamere Erwägung des Gesetzgebers, als die vom Diebstahle; denn nach einem ziemlich sich gleichbleibenden Durchschnitte bilden die Diebstähle in Deutschland zwei Fünftheile aller vorkommenden Verbrechen. Es ist daher hier gerade sehr wichtig, daß die Gesetzgebung eine praktisch durchaus brauchbare und angemessene Vorschrift gebe, und sie wird dieses Ziel durch möglichste Einfachheit in den Bestimmungen selbst und in deren Darstellung am besten erreichen. Besonders aber wird sie den Gerichtsgebrauch, so weit er aus den Bedürfnissen der Zeit hervorgegangen ist, als sichersten Leitfaden vor Augen haben müssen.

Zu den in dem Gesetze angenommenen Erfordernissen des Thatbestandes dieses Verbrechens werden wenigstens bei einigen der angenommenen Merkmale einige Erläuterungen nicht überflüssig sein.

1) Es ist bestimmt, daß der Dieb die fremde Sache wesentlich an sich genommen haben müsse. Streng genommen könnte dieses Merkmal wegbleiben, da dasselbe schon aus den Bestimmungen über den bösen Vorsatz folgt. Denn der Vorsatz, eine fremde Sache an sich nehmen zu wollen, läßt sich nicht denken, ohne daß man weiß, sie sei eine fremde. Um indeß keine Zweifel darüber zu lassen, daß die Aneignung einer fremden Sache, in deren Besitz man, ohne es zu wollen, gelangt ist, kein Diebstahl, sondern eine Unterschlagung sei, ist dieses Merkmal mit aufgenommen. Dasselbe ist dagegen keineswegs erforderlich, um die Idee eines culposen Diebstahls auszuschließen, da, wenn dieser als möglich angenommen werden sollte, es den allgemeinen Grundsätzen zufolge hierüber einer ausdrücklichen Bestimmung bedürfen würde.

2) Es könnte überflüssig scheinen, daß neben der Absicht, sich die fremde Sache zuzueignen, auch noch die gewinnsüchtige Absicht als Erforderniß aufgestellt ist. Indesß kann Jemand sehr wohl über eine fremde Sache in einer Weise verfügen wollen, die nur dem Eigenthümer zusteht, ohne eine gewinnsüchtige Absicht zu haben, und doch ist diese letztere gerade das wesentliche Erforderniß, welches dieses Verbrechen von anderen in dieser Beziehung unterscheidet, z. B. von der Eigenthumbeschädigung.

3) Die gewinnsüchtige Absicht ist bei diesem wie bei ähnlichen Verbrechen vorhanden, der Thäter mag den Vermögensvorteil für sich oder für Andere gewollt haben. Es hat aber nicht nothwendig geschienen, aus den bereits oben erwähnten Gründen, dieses besonders auszudrücken.

Hat man den Begriff des Diebstahls festgestellt, so fragt sich weiter: ob es nothwendig oder doch zweckmäßig sei, verschiedene Arten desselben in der Gesetzgebung zu unterscheiden? Die meisten Gesetzgebungen haben nicht nur mehr oder weniger die schon dem gemeinen Rechte bekannten Arten des Diebstahls aufgenommen, sondern sie auch noch vermehrt. Indesß die ausgezeichneten Diebstähle des gemeinen Rechts, der große, der dritte, der mit Einschießen oder Einbrechen, sind eigentlich dem jetzigen Gerichtsgebrauche und auch den meisten Gesetzgebungen zufolge nur Qualificationen, nicht Arten des Diebstahls, erschwerende Umstände, wie sie bei fast allen Verbrechen als Strafabschungsgründe vorkommen. Ebenso können der Pferde- und Hausdiebstahl nur als solche Qualificationen angesehen werden. Denn bei allen

diesen Verbrechen sieht der Gerichtsgebrauch und muß die Gesetzgebung sehen auf die Größe der gestohlenen Summe, und für keins dieser Verbrechen läßt sich eine Strafart rechtfertigen, die nicht auch den einfachen Diebstahl bei großem Werthe des Gestohlenen treffen müßte. Der einzige Diebstahl, der wegen seiner Eigenthümlichkeit eine eigene Art desselben bilden könnte, ist der Diebstahl mit Waffen, da hier das strafbarste Moment in der mit ihm verbundenen Gefahr für Personen liegt, und auf die Summe daher nichts ankommt, so daß die sonst bei der Eigenthumsverletzung als die höchste Strafe für zulässig erkannte Strafart, nämlich das Zuchthaus, für die Fälle, wo wirkliche Gewalt an Personen verübt ist, nicht ausreicht.

Indeß mag die Doktrin immer die Arten des Diebstahls unterscheiden; für die Gesetzgebung und Praxis hat eine solche Art der Darstellung nur Werth, insofern sie sich auf die verwirkte Strafe bezieht, und durch Unterordnung der verschiedenen Fälle unter die für sie angenommenen Strafen ist für den Gesetzgeber und Praktiker offenbar der einfachste Gesichtspunkt erwählt. Von dieser Ansicht ausgehend, hat man in dem Gesetze die ganze Lehre vom Diebstahle in die §§. 213. bis 216. aufgenommen. Zu deren einzelnen Bestimmungen ist noch Folgendes zu bemerken:

Zu I. (§. 213.)

Der Dieb, der sich bewaffnet, um zu stehlen, und von den Waffen gegen Personen hernach Gebrauch macht, steht dem Räuber in der Strafbarkeit gleich, wie bereits oben bemerkt ist. Kettenstrafe ist daher gerechtfertigt. Concurriren Körperbeschädigungen mit dem Diebstahle, so kann die Strafe verhältnißmäßig steigen.

Ist dagegen

zu II. (§. 214.)

1) von den Waffen kein Gebrauch gemacht, es ist aber zugleich in Wohnungen eingedrungen oder zur Nachtzeit gestohlen, so genügt für die Eigenthumsverletzung Zuchthaus, dieses ist aber der Gefährlichkeit der Handlung wegen auch passend.

(2) Der vorigen Qualifikation ist die gleichgeachtet, wenn der Dieb Waffen zur Unternehmung der That zwar nicht mit sich gebracht, jedoch am Orte des Diebstahls Waffen gefunden, sich damit als Schutzmittel versehen und sie gebraucht hat. (C. B. S. 67. 68.)

3) Zuchthausstrafe ist gleichfalls als gerecht angesehen, wenn folgende Umstände zusammentreffen: a) die Uebereinkunft Mehrerer; b) Einbringen in Wohnungen; c) zur Nachtzeit; d) ein Werth über 30 Thlr.

Die objective und subjective Gefährlichkeit einer solchen Handlung rechtfertigt hier die strengere Strafe.

4) Alle neueren Gesetzgebungen seit dem österreichischen Gesetzbuche nehmen als besonders erschwerende Qualification die Gewohnheit, zu stehlen, oder das gewerbmäßige Stehlen auf. Versteht man darunter den Zustand, worin Jemand das Stehlen als seine eigentliche Nahrungsquelle ansieht, so dürfte an sich hiergegen nichts zu erinnern sein. Indes hat die härteste, auf Verbrechen am Eigenthum gesetzte Strafart auch für diesen Fall erst alsdann als gerechtfertigt angesehen werden können, wenn schon Strafen wegen Diebstahls vorausgegangen sind. Hierfür spricht, theils daß der Begriff des gewerbmäßigen Stehlens an sich etwas vage bleibt; theils daß er auch da, wo er nach der eben gegebenen Ansicht zutrifft, doch in seinen Resultaten und Motiven äußerst verschieden sein kann; theils endlich, daß ein gewerbmäßiger Betrieb des Diebstahls im Großen, schon der Summe wegen, unter die bei Nummer II. aufgeführten Diebstähle fällt, daß also, wenn ein geringerer Betrieb dieser Art zur Bestrafung vorliegt, noch andere erschwerende Umstände hinzukommen müssen, um die Zuchthausstrafe als passend darzustellen.

5) Zweifelhafter könnte es sein: ob die Größe der Summe allein genügt, um bis zur Zuchthausstrafe aufzusteigen? — Das Gesetz hat in dieser Beziehung folgende Grundsätze angenommen:

- a) Der Werth von 5 Thlr. und weniger begründet nur Polizeistrafe. In dieser Beziehung sind die Vorschriften der Verordnung vom 17. Sept. 1825 beibehalten, die sich als angemessen erfahrungsmäßig erwiesen haben.
- b) Nach der bisherigen Praxis ist ein Diebstahl mit ein Jahr Zwangsarbeit belegt, sobald er die Summe des großen Diebstahls erreichte oder um weniges überstieg.

Hierin liegt indes, im Vergleich zu den der polizeilichen Bestrafung überwiesenen Diebstählen, kein gehöriges Verhältniß, und die Summe, welche die Carolina für den großen Diebstahl annimmt (nämlich fünf Goldgulden, d. h. Ducaten), paßt für unsere Geld- und Verkehrsverhältnisse überhaupt nicht. Es ist daher angenommen, daß ein Jahr für die Diebstähle bis zu 30 Thaler genüge.

- c) Zwangsarbeit über ein Jahr, also bis von fünf Jahren, soll eintreten, wenn der Werth über 30 bis 500 Thlr. beträgt; und endlich
- d) Zuchthaus, wenn der Werth 500 Thlr. übersteigt.

Gegen diese ganze Anordnung läßt sich nun einwenden, daß solche Strafabstufungen, und namentlich der Uebergang zu anderen Strafarten, durch einen Pfennig mehr oder weniger nicht bedingt werden sollten. Die neuesten Gesetzbücher haben auch, um eine solche Inconvenienz zu vermeiden, zwar Summen ebenfalls bestimmt, aber die *Maxima* und *Minima* der bei jeder Summe festgesetzten Strafen in einander greifen lassen.

Es scheint indeß, als ob man dieser Einrichtung einen höhern Werth zuspräche, als sie überhaupt hat. Denn man hat auf diese Weise zwar das richterliche Ermessen bei Bestimmung der Strafe erweitert, keineswegs aber die Härte oder Schwierigkeit in der Sache selbst gehoben. Denn wenn man z. B. bestimmt, daß ein Diebstahl bis von fünf Thalern mit Gefängniß bis von sechs Wochen, und ein Diebstahl über 5 bis 10 Thlr. mit Gefängniß von vier bis acht Wochen bestraft werden soll, so hat man eigentlich in Beziehung auf das Bedenken, daß ein Pfennig mehr ein Gewicht in die Waagschale lege, nichts gewonnen. Denn beträgt der Diebstahl einen Pfennig über fünf Thaler, so muß doch mindestens auf vier Wochen erkannt werden, und doch würde, wenn dieser eine Pfennig mehr nicht wäre, unter vier Wochen, vielleicht auf eine Woche zu erkennen gewesen sein, wenigstens hätte so erkannt werden können. Auch entstehen daraus gar manche Bedenken, daß wegen eines Werthes von 5 Thlr. auf sechs Wochen, und wegen eines Werthes von 10 Thlr. auf vier Wochen Gefängniß erkannt werden kann. — Müssen daraus nicht in der Rechtsprechung bei verschiedenen Gerichten nothwendig Ungleichheiten entstehen? —

Abgesehen hiervon läßt sich ein solches System nur durchführen, wenn durch die Werthsummen und die denselben entsprechenden Strafen nicht zugleich die Competenz bestimmt werden soll. Denn wenn dies geschehen muß, wird gerade ein Abschnitt nothwendig. Er ist daher erforderlich bei der Summe, welche die polizeiliche Competenz, und bei der, welche die Competenz der Kreisgerichte übersteigt. Für diese Fälle ließe sich daher jene Einrichtung, selbst wenn man sie zweckmäßig fände, auf unsere Gerichtsverfassung nicht anwenden. Sie wäre also nur anzubringen bei dem Uebergange von Zwangsarbeit zur Zuchthausstrafe. Hier findet sie sich in dem Gesetze, wie bei allen ähnlichen Fällen, auch dem Wesen nach, da die Dauern dieser Strafarten in einander greifen.

Ein Bedenken gegen die Zuchthausstrafe kann daher nur noch insofern bestehen, als die Folgen dieser Strafart von der der Zwangsarbeit verschieden und härter sind. Allein diese Verschiedenheit ver-

schwindet dadurch fast ganz, daß mit der Veruntreuung an sich, nach unserer Gesetzgebung, abgesehen von der Strafe, schon der Verlust der meisten Rechte, welche durch die Zwangsarbeit nicht aufgehoben werden, verbunden ist, so wie daß die wenigsten mit Zuchthaus zu bestrafenden Diebe solche Rechte haben. Erwägt man nun hierneben, daß Zwangsarbeit bis von fünf Jahren sowohl nach der bisherigen Praxis als nach der Annahme anderer Gesetzbücher kein ausreichendes Straf-übel für die größten Summen, die gestohlen werden können, ist, daß aber der angenommene Werth von 500 Thlr. sehr selten gestohlen wird, und ein solcher erheblicher Diebstahl eine nicht unbedeutende Geflissenheit und Gefährlichkeit des Thäters voraussetzt und kaum ohne eine andere Qualification vorkommen wird, so ergibt sich, daß nichts anderes übrig bleibt, als zu dieser Strafart aufzusteigen, und daß aus diesen Gründen hierzu zu schreiten auch unbedenklich erscheint.

Zu III. (§. 215.)

1) Der bewaffnete Dieb \*) begeht eine so gefährliche Handlung, daß dessen Strafbarkeit, mag die gestohlene Sache auch noch so geringfügig sein, unter ein Jahr Zwangsarbeit nicht herabsinken kann, da hier ähnliche wie die oben bei dem Raube angeführten Rücksichten (§. 175.) eintreten. Dagegen hat dessen Strafbarkeit, ohne die zu I. und II. 1. angeführten Qualificationen, höher nicht bestimmt werden können, und insbesondere Zwangsarbeit ausreichend geschehen, da der bewaffnete Dieb dem Räuber nicht ganz gleichzustellen ist.

2) Das gewerbsmäßige Stehlen ist gleichfalls mit Zwangsarbeit nicht unter einem Jahre belegt, da dasselbe an sich diese Strafe verdient, und meistens auch schon der Summe nach in diese Classe der Diebstähle gehören wird.

3) A — G. Von den unter dieser Nummer aufgeführten Qualificationen, die fast alle schon dem gemeinen Rechte angehören, ist keine für so erheblich gehalten, erstlich, daß sie Zuchthausstrafe nach sich zöge, wenn nicht einer der unter II. aufgeführten Umstände zugleich eintritt, und zweitens, daß Zwangsarbeit über ein Jahr sich rechtfertigen ließe, wenn nicht zugleich der Werth des Gestohlenen 5 Thlr. übersteigt. Dieser Werth ist angenommen, weil auf der andern Seite auch keine

---

\*) Der Fall, daß der Dieb, um sich erforderlichen Falles zur Wehre zu setzen, am Orte der That gefundene Waffen an sich genommen hat, stehet zwar dem Falle, daß er sich zur Unternehmung der That mit Waffen versehen hat, in Ansehung der Strafbarkeit nicht ganz gleich, jedoch giebt der Unterschied nicht sowohl einen Strafabschufungs- als nur einen Strafzumessungs-Grund ab. C. D. S. 68.



dieser Qualificationen so gering geachtet ist, daß ein Diebstahl, bei welchem sie sich findet, der polizeilichen Bestrafung überwiesen werden könnte, auch bei dem unbedeutendsten Betrage (§. 216. Nr. IV. 1.)

4) A — H. Die unter dieser Nummer aufgeführten Umstände sind nicht sowohl eigentlich Qualificationen im gemeinrechtlichen Sinne, sondern Auszeichnungen oder erschwerende Umstände, die minder strafbar sind, als die unter 3 enthaltenen. Sie sind daher auch bei einem Betrage von 2 Thlr. oder weniger mit Polizeistrafe belegt, und es ist wenigstens als Regel für das Strafminimum die Strafe doppelt so hoch angenommen, als für den einfachen Diebstahl. Das Maximum der Zwangsarbeit kann dagegen auch bei höherem Betrage nicht überschritten werden, und so allerdings bei einem Diebstahle von fünfhundert Thaler die Qualification gleichsam verschwinden. Hierin liegt indeß keine Inconsequenz, da hinsichtlich aller Verbrechen bei dem Zusammentreffen mehrerer oder gar aller möglichen Qualificationen sich etwas Aehnliches findet, und ja auch keineswegs vorgeschrieben ist, daß bei einem Diebstahle von fünfhundert Thalern auf das Maximum der Zwangsarbeit erkannt werden solle.

Darüber lassen sich verschiedene Ansichten aufstellen: ob nicht einige der hier aufgeführten Umstände denen unter 3 bemerkten zuzuzählen seien, und ferner, ob man alle diese Umstände als Strafabschüßungs- oder nur als Erschwerungs-Gründe ansehen solle? — Wenn sich nun auch nicht verkennen läßt, daß, unter übrigens ganz gleichen Umständen, bei allen hier aufgeführten Fällen sich nicht eine völlig gleiche Strafbarkeit finde, so wird doch sich behaupten lassen, daß für keinen derselben, wenn der Werth des Gestohlenen 15 Thlr. übersteigt, das festgesetzte Strafminimum zu hoch sei, und übrigens gewährt die ordentliche Dauer der angedrohten Strafart das Mittel, die Strafe angemessen zu bestimmen.

#### Zu IV. (§. 216.)

Die hier unter 2 gegebenen Bestimmungen können vielleicht insofern ein Bedenken erregen, als sie, wenigstens hinsichtlich einiger der hierher gehörenden Auszeichnungen, dem Eigenthume nicht hinlänglichen Schutz in der Beziehung zu gewähren scheinen, daß nach ihnen keine der hier aufgeführten Qualificationen an sich für geeignet gehalten ist, den Diebstahl der criminellen Bestrafung zu unterwerfen, sondern daß daneben der Werth desselben noch 2 Thlr. übersteigen soll. Wegen dieses Bedenken wird nun Folgendes in Betracht kommen. Besonders bei den Verbrechen gegen das Eigenthum ist die Erheblichkeit der Verletzung ein wichtiges Moment bei der Strafbestimmung, denn bei dieser läßt sich dasselbe selbst nach Zahlen bestimmen. Es liegt nun schon eine sehr erhebliche Straferhöhung darin, daß, während einfacher Diebstahl erst über

5 Thlr. der polizeilichen Abndung entzogen ist, der qualificirte Diebstahl schon, wenn er 2 Thlr. übersteigt, criminell bestraft werden soll. Erwägt man nun hieneben theils, daß Subjecte, die kleine Diebstähle begehen, nicht gerade wegen jeder einzelnen Dieberei zur Untersuchung und Strafe gezogen werden, sondern daß in der Regel mehrere solche zugleich zur Bestrafung kommen, und dann eine Zusammenrechnung stattfindet; theils, daß der fortgesetzte Betrieb solcher kleinen Dieberei, als Erwerbszweig, den Thäter unter die Bestimmung der *N* III. 2. des §. 215. fallen läßt, so werden schon diese faktischen Verhältnisse jenes Bedenken sehr vermindern, welches überdies dadurch noch an Erheblichkeit verliert, daß eine zweimalige polizeiliche Bestrafung wegen Diebstahls jede spätere gleiche Uebertretung zum Verbrechen macht. Daneben läßt sich von der schnelleren Aburtheilung kleiner Diebereien mit Grunde ein größerer Effect erwarten, und es wird hierin ein erheblicherer Schutz für das Eigenthum liegen, als wenn solche Vergehen dem nothwendigerweise gemesseneren Gange der Criminaljustiz durch Anordnung peinlicher Strafen überwiesen würden.

Vergleicht man nun das hier angenommene Strafmaß mit dem bisherigen Gerichtsgebrauche, so wird man finden, daß die festgesetzten Strafen demselben im Allgemeinen entsprechen. Bei den §. 215. unter III. 3. aufgeführten Diebstählen sind sie eher strenger als gelinder als die jetzige Praxis, wenigstens im Minimum. Dagegen sind die Strafen für den einfachen Diebstahl bis von dreißig Thalern und das Minimum der Strafe des einfachen Diebstahls über dreißig Thaler milder als der Gerichtsgebrauch. Das Gesetz ist indeß in dieser Beziehung noch immer strenger als fast alle neueren Gesetzbücher und Entwürfe; denn z. B. das österreichische Gesetzbuch setzt für den Diebstahl von 25 bis von 300 Gulden W. W. schweren Kerker zwischen sechs Monaten und einem Jahre fest (Art. 153. 157. 159.); das sächsische Gesetzbuch hat für den Werth von 10 bis 50 Thlr. Arbeitshaus von zwei Monaten bis zu zwei Jahren, und bei höherem Betrage Arbeitshaus von einem bis zu sechs Jahren (Art. 223); das württembergische Gesetzbuch bestimmt die Strafe des Diebstahls bei einem Betrage über 5 bis von 25 Gulden auf Gefängniß von 8 Tagen bis von 4 Monaten, bei über 25 bis von 100 Gulden auf Kreisgefängniß von drei bis acht Monaten, bei über 100 bis 500 Gulden auf Arbeitshaus von 6 Monaten bis von zwei Jahren, bei über 500 bis zu 2500 Gulden auf Arbeitshaus von einem bis zu sechs Jahren, bei einem größeren Werthe auf Zuchthaus von 5 bis zu 8 Jahren. (Art. 322.) — In Rücksicht auf die neueren Gesetzgebungen würde sich daher die Annahme höherer Summen für die Straf Abstufungen bei dem einfachen Diebstahle haben rechtfertigen lassen, wenn man es nicht vorgezogen hätte,

auch hier dem Bestehenden sich anzuschließen, weshalb auch die Summen von 5, 15 und zweimal 15 oder 30 Thlr. angenommen sind. Uebrigens liegt für die kleineren Diebstähle darin eine Verschärfung der Strafe, daß Zwangsarbeit als die regelmäßige Strafart festgesetzt ist, da bisher auch auf Gefängniß erkannt wurde. Diese Strafart erscheint für dieses und ähnliche Verbrechen als die geeignete, und über den sonstigen Nutzen ihrer Anwendung in dieser Beziehung ist schon oben bei den verschiedenen Arten der Freiheitsstrafen das Erforderliche bemerkt.

Es ist bereits angeführt, daß besondere Strafbestimmungen für Diebstahls-Rückfälle nicht angeordnet, sondern daß auch sie, mit Ausnahme der bereits näher erörterten Bestimmung unter II. 4. des §. 214., nach den allgemeinen Vorschriften zu beurtheilen seien. Zur Rechtfertigung dieser von allen anderen deutschen Gesetzgebungen abweichenden Anordnung wird noch Einiges anzuführen sein. Der einzige Grund für eine Abweichung von den allgemeinen Grundsätzen über Rückfall hinsichtlich des Diebstahls liegt in der Erfahrung, daß gerade bei diesem Verbrechen der Rückfall sehr häufig und mehr als bei anderen Verbrechen vorkommt, so daß man also härtere Strafen *nothwendig findet*, um die *Neigung zu demselben* wirksam zurückzuhalten. Die Thatsache an sich, daß Diebe häufig rückfällig werden, läßt sich nun zwar nicht läugnen; der Hauptgrund dieser Erscheinung möchte indeß in der verhältnißmäßig großen Zahl der Diebe überhaupt zu suchen sein. Denn ob nicht auch bei anderen Verbrechen, nach dem Verhältnisse der Zahl derselben, die Zahl der Rückfälligen der der rückfälligen Diebe gleich sei? — möchte sehr zweifelhaft sein, und z. B. bei dem Betruge sich fast ein gleiches Verhältniß zeigen. Wie dem indeß auch sei, diese Erscheinung, für sich allein betrachtet, kann den Grund zu einer strengeren Bestrafung nicht abgeben, namentlich nicht bei einem Verbrechen wie der Diebstahl, welches, seiner Natur und seinen Ursachen nach, das am meisten vorkommende sein muß. Läge wirklich hierin ein Straferschwerungsgrund, so müßte man, consequenterweise, auch die ersten Diebstähle härter strafen, als andere Verbrechen gegen das Eigenthum, was doch von keiner deutschen Gesetzgebung angenommen wird. Um daher einen sichern Anhaltspunkt für das Urtheil zu erlangen, wird man diese Erscheinung und deren Gründe näher in's Auge fassen müssen. Hier zeigt sich nun, wenn man das Leben in dieser Beziehung mit Aufmerksamkeit betrachtet, daß die rückfälligen Diebe aus drei sehr verschiedenen Classen bestehen.

In die erste Classe sind die zu setzen, welche durch verwahrloste Erziehung oder angeborene Neigung eine unbezwingliche Ehen vor jeder Arbeit und daneben einen leidenschaftlichen Hang zur Böllerei haben.

Um diesem Gange zu fröhnen, greifen sie zu dem leichtesten sich ihnen darbietenden Mittel, dem Diebstahle. Diese eben so gefährlichen als schwer zu bessernden Diebe werden allerdings bei Rückfällen strenger bestraft werden müssen. Allein es bedarf in dieser Beziehung keiner besonderen Bestimmungen, da auf sie gerade das Anwendung leidet, was wegen des gewerbmäßigen Stehlens verordnet ist.

In die zweite Classe gehören die Personen, die zwar eine nützliche Thätigkeit erwählt und oft auch keine äußere Veranlassung zum Stehlen haben, denen aber ein unwiderstehlicher Trieb dazu gewissermaßen angeboren scheint. Diese psychologische Erscheinung wird dadurch noch merkwürdiger, daß sie bei manchen solchen Individuen eine ganz specielle Richtung nimmt, indem dieselben entweder alle Diebstähle ganz auf gleiche Weise vornehmen, oder gar nur gewisse Arten von Sachen entwenden.

Die Mitglieder dieser nicht zahlreichen Classe verdienen eher Mitleid als strengere Bestrafung, und schon nach den allgemeinen über die Zurechnungsfähigkeit und Strafbarkeit aufgestellten Grundsätzen läßt sich für sie eine Erhöhung der für die übrigen Verbrechen festgesetzten Rückfallsstrafen nicht annehmen.

Die dritte und zahlreichste Classe der rückfälligen Diebe bilden diejenigen, welche durch äußere Veranlassungen, meistens durch Mangel oder augenblickliches Bedürfniß, zum Stehlen veranlaßt werden. Diese Personen werden durch dieselben Ursachen, welche sie zum ersten Diebstahle verleiteten, zu dem Rückfalle bewogen. Es ist daher offenbar, daß bei ihnen kein Grund ist, strengere Grundsätze, als die im Allgemeinen über Rückfallsstrafen angenommenen, eintreten zu lassen, sondern das beste und allein zweckmäßige Mittel, sie vom Stehlen abzuhalten, besteht darin, sie arbeitsfähig zu machen und ihnen Erwerb zu verschaffen. Dieses ist aber hauptsächlich Sorge der Polizei, und die bisherige, wenn auch nur kurze Erfahrung, hat schon bewiesen, daß gerade für Individuen dieser Art die Arbeits- und Besserungs-Anstalten eine wahre Wohlthat sind, in denen sie zu tüchtigen Arbeitern gebildet und an Fleiß gewöhnt werden, was in den Strafanstalten nie in dem Maße zu erreichen sein wird. Solche Diebe haben sich der Besserung weit zugänglicher bewiesen, als Bagabonden und Bettler.

Wenn das Gesetz daher aus diesen Gründen besondere und härtere Bestimmungen wegen Bestrafung des Rückfalls bei Diebstählen nicht aufstellt, so folgt es im Wesentlichen auch hierin nur dem jetzigen Gerichtsgebrauche. Denn dieser hat selbst bei dem dritten Diebstahle den Rückfall nur als Erschwerungsgrund des jetzt zu bestrafenden Verbrechens angesehen, und keineswegs denselben noch als eine eigene Art des Diebstahls behandelt.

Die den gegebenen Vorschriften zufolge wegen Rückfalls zu erken-  
nenden Maxima der Strafen müssen übrigens für ausreichend gehalten  
werden. Denn bei einem mit Zuchthaus zu bestrafenden Diebstahle kön-  
nen sie bis auf 15 Jahre Zuchthaus, bei einem mit Zwangsarbeit über  
ein Jahr bedrohten auf Zwangsarbeit bis von 10 Jahren, und bei ei-  
nem mit Zwangsarbeit bis von einem Jahre zu bestrafenden auf Zwangs-  
arbeit bis von 5 Jahren steigen. Es ist sowohl bei Zuchthaus wie bei  
Zwangsarbeit die längste außerordentliche Dauer so hoch bestimmt, weil  
jene Strafart die schwerste, diese aber die gewöhnliche für die Verbrechen  
gegen fremdes Eigenthum ist, und für Concurrency und Rückfall gerade  
bei diesen Verbrechen ein bedeutender Spielraum erforderlich ist.

Auf diese Weise zieht das angenommene System der Beurtheilung  
des Richters bei Zumessung der Strafe nicht zu enge Gränzen, was be-  
sonders bei Bestimmung der Strafe des Rückfalls, dessen Strafbarkeit  
nach den Umständen so außerordentlich verschieden sein kann, höchst noth-  
wendig ist, und bleibt zugleich der Einfachheit der angenommenen Grund-  
sätze getreu, worin jedenfalls ein bedeutender Gewinn liegt.

Ueber die Vollendung des Diebstahls sind besondere Vorschriften  
nicht nöthig erachtet, da aus dem festgestellten Thatbestande schon her-  
vorgeht, daß allein das Anfsichnehmen schon das Verbrechen bildet, und  
diese Ansicht mit der bisherigen Praxis übereinstimmt und daher nicht  
zweifelhaft ist.

Theilnahme, Beihülfe und Begünstigung können gleichfalls bei diesem  
Verbrechen ganz den allgemeinen Bestimmungen überlassen bleiben.

Bemerk. zu §. 213 — 215. 1. (§. 213.) Der Unterschied zwischen dem Raube  
und den mit dem Diebstahle verbundenen Gewaltthätigkeiten besteht darin, daß bei  
dem gewaltsamen Diebstahle die Gewalt zum Schutze der Person des Diebes  
und zur Sicherung des gestohlenen Guts, bei dem Raube aber zum Angriffe  
auf die Person des Besitzers und zur Erlangung des Guts gerichtet ist. Raub  
ist vorhanden, wenn der Angriff auf die Person die Hauptsache und der Ge-  
winn des Guts der beabsichtigte Zweck des Unternehmers ist, Diebstahl aber  
ist vorhanden, wenn das Anfsichnehmen des Guts die Hauptsache und das mehr  
heimtückische Wagnis an die Person das zufällige Mittel ist. Vergl. §. 215. III. 3. E.  
C. B. S. 67.

2. (§. 213.) Um die unter I. gegebenen Strafbestimmungen anwenden zu  
können, wird in allen Fällen vorausgesetzt:

daß der Dieb sich zur Unternehmung der That mit Waffen versehen,  
und nach vollbrachtem Diebstahle von denselben, um sich oder das  
gestohlene Gut zu schützen, gegen Personen zu deren Mißhandlung  
oder gefährlichen Bedrohung Gebrauch gemacht hat,

so daß dieser so beschriebene Waffengebrauch, wenn es auf die Anzahl der  
Qualifikationen ankommt, nicht mitgezählt werden kann, sondern als zum

Thatbestande eines nach §. 213. Nr. I. zu bestrafenden Diebstahles gehörig anzusehen ist.

Bei dem Vorhandensein solchen Waffengebrauches ist nun zu erkennen:

I. Zuchthaus, wenn entweder

1) bloß dieser Waffengebrauch, oder wenn

2) neben demselben nur einer der §. 175. I. B. 1., 2., 3., 5. aufgeführten Umstände eingetreten ist (§. 175. III.);

II. Kettenstrafe bis von zehn Jahren, wenn mit dem Waffengebrauche mindestens zwei der §. 175. I. B. 1., 2., 3., 5. aufgeführten Umstände zusammentreffen (§. 175. II.);

III. Kettenstrafe über zehn Jahre, wenn entweder

1) mit dem Waffengebrauche drei oder vier jener Umstände zusammentreffen (§. 175. I. B.);  
oder wenn

2) der Waffengebrauch lebensgefährlich gewesen, oder der Angegriffene gepeinigt worden ist (§. 175. I. A.).

Prot. Nr. XLVIII. S. 578. 579.

Prot. Nr. XLIX. S. 592. 593.

Anl. II. zu LI. Nr. XXIII.

Anl. I. zu LV.

3. (§. 214. II. 1.) Wegen der »Nachtzeit« vergl. Bemerk. 2. zu §. 175.

4. (§. 214. II. 4.) Wenn der Dieb die Zwangsarbeit bloß deshalb erlitten hat, weil solche Strafart ihm wegen eines andern verübten Verbrechens zuerkennen und nur dieses Zusammentreffens halber die verwirkte polizeiliche Strafe des Diebstahls in Zwangsarbeit zu verwandeln gewesen (§. 25. u. §. 55.) und dies mehrere Male vorgekommen ist, so kommt die vorliegende Bestimmung nicht zur Anwendung, indem in diesen und anderen Fällen der Art der Grundsatz: *surrogatum capit naturam ejus in cuius locum surrogatum est*, entscheidet, so daß also, wenn die höhere Strafart lediglich in Folge der durch das Gesetz vorgeschriebenen Verwandlung zur Anwendung gebracht worden, hierauf keine Rücksicht zu nehmen, sondern die Sache nach den ursprünglichen Verhältnissen, wie sie ohne solche Verwandlung begründet gewesen, zu beurtheilen ist. Um dies bestimmt auszudrücken, ist in dem Gesetze gesagt:

»Zwangsarbeitsstrafe verwirkt und erlitten hat.«

C. B. S. 68.

5. (§. 215. III. 4. C.) Die Entwendung von Fischen und Krebsen aus Teichen oder andern zur Zucht oder Aufbewahrung bestimmten Gewässern, oder aus Fischbehältern fällt unter das Jagdstrafgesetz, §. 85, und kann daher die Bestimmung unter III. 4. C. nur auf den Diebstahl von Fischen und Krebsen aus im Freien befindlichen Fischtafen bezogen werden. Vergl. das Jagdstrafgesetz §. 84.

C. B. S. 69.

6. (§. 215. III. 4. F.) Durch diese Bestimmung hat die bisherige Gesetzgebung eine Abänderung erlitten, indem es den angenommenen richtigen Grundsätzen zufolge, nunmehr lediglich auf die häusliche Gemeinschaft, nicht auf das verwandtschaftliche Verhältniß des Bestohlenen zu dem Hausherrn ankommt.

C. B. S. 69.

## §. 219.

## 2) Entwendung von Leichen und aus Gräbern.

Ueber die Stellung dieser Verbrechen im Systeme läßt sich streiten, da sie dem Diebstahle im eigentlichen Sinne nicht beizuzählen sind. Indes am schicklichsten finden sie doch in diesem Capitel ihren Platz.

Die nach den verschiedenen Unterschieden angenommenen Strafabschüpfungen werden einer Erläuterung nicht bedürfen.

## §. 220 — 222.

## II. Unterschlagung.

Es hat zweckmäßig geschienen, den Thatbestand dieses Verbrechens durch speciellere Bestimmungen näher festzustellen, damit kein Zweifel darüber bleibt, wann die Aneignung hier als vorhanden und als vollendet anzusehen sei.

Die Strafabschüpfungen und das Strafmaß sind hier ganz in gleicher oder ähnlicher Weise, wie bei dem Diebstahle, bestimmt, und da dieses der Natur dieses Verbrechens, dem Gerichtsgebrauche und den Vorschriften der übrigen deutschen Gesetzgebungen entspricht, so wird es einer weiteren Rechtfertigung nicht bedürfen.

Bemerk. zu §. 220 — 222. Die vollkommene Gleichstellung des diebischen Verhaltens (der Unterschlagung, Veruntreuung) mit dem Diebstahle, was die Strafbarkeit betrifft, weicht zwar von der bisherigen Praxis ab, rechtfertigt sich aber, weil damit meistens ein Vertragsbruch oder eine Verletzung des Vertrauens verbunden ist. Auf dieser Ansicht beruhen auch die Bestimmungen der P. O. Art. 170. C. B. O. 70.

## §. 223.

## III. Funddiebstahl.

Die Strafen für die Aneignung gefundener Sachen sind geringer bestimmt, als für Diebstahl und Unterschlag. Der Grund dafür liegt theils in der Volksansicht, die dieses Vergehen für weit geringer hält, als Diebstahl und Unterschlagung, theils darin, daß man dasselbe auch wirklich aus dem legislativen Gesichtspunkte jenen Verbrechen in der Strafbarkeit nicht ganz gleichstellen kann. Denn der Thäter handelt nicht sowohl aus eigenem Antriebe, als daß er durch einen von ihm unabhängigen Zufall zu der Unrechtfertigkeit veranlaßt wird, und der welcher die Sache verloren hat, ist schon durch das Verlieren, wenigstens für jetzt, um dieselbe gekommen.

Dieser Paragraph enthält übrigens nur die Strafbestimmungen für dieses Verbrechen, auf welche der §. 3. der Verordn. v. 15. April 1824

verweist, und es bedarf daher wohl kaum der Bemerkung, daß der übrige Inhalt dieser Verordnung, der überdies nicht in ein Strafgesetzbuch gehört, nach wie vor bestehen bleibt.

Hinsichtlich eines gefundenen Schatzes haben besondere Bestimmungen nicht erforderlich geschienen, da die hier gegebenen auch für diesen Fall ausreichen.

Bemerk. zu §. 223. Die Beurtheilung des Falles, daß jemand eine Sache, die ein anderer gefunden, wissentlich an sich gebracht, ist den allgemeinen Grundsätzen überlassen. C. B. S. 70.

Dagegen findet der §. 223. in seiner Fassung auch Anwendung auf den Fall eines gefundenen Schatzes, wobei jedoch §. 242. zu berücksichtigen ist, insofern dem Finder ein Antheil an dem gefundenen Schatze gehören sollte.

Prot. Nr. XLVIII. S. 580.

### Capitel 3.

#### Betrug und Fälschung.

#### §. 224 — 230.

#### I. Betrug. II. Fälschung.

Betrug und Fälschung können als Mittel zur Ausführung fast jeden Verbrechens dienen. Insofern dieselben nun bei den einzelnen Verbrechen eine besondere Rücksicht und Straffunction erforderlich machen, sind sie bereits in den vorhergehenden Bestimmungen dieses Entwurfes abgehandelt. Hier kommen dieselben in ihrem eigentlichen Sinne, als Verbrechen gegen das Vermögen, vor.

Eine Unterscheidung zwischen Betrug und Fälschung bei der Darstellung dieser Materien zu machen hat erforderlich geschienen, da, wenn gleich die Strafbarkeit beider im Ganzen gleich gestellt ist, doch der Thatbestand, die Vollendung und die Strafabsfufungsgründe bei beiden verschieden sind. Der Thatbestand des Betruges ist den gemeinrechtlichen Grundsätzen gemäß bestimmt, welche auch meistens in die neueren Gesetzgebungen übergegangen sind. Zu dem Thatbestande des Betruges wird verlangt, daß der Betrogene im Irrthume sei, möge nun der Betrüger diesen veranlaßt oder nur einen schon vorhandenen Irrthum benutzt haben. Es ist also nur eine Versuchshandlung, wenn es dem Betrüger nicht gelingt, den beabsichtigten Irrthum hervorzurufen.

Das Verbrechen der Fälschung wird erst dadurch vollendet, daß von der falschen oder verfälschten Sache Gebrauch gemacht ist, und dadurch unterscheidet sich das Privatverbrechen der Fälschung wesentlich von den öffentlichen Fälschungen. Die hier angenommenen Grundsätze wei-



chen von den bei den öffentlichen Fälschungen festgestellten auch insofern ab, daß die Strafe hier in allen Fällen mit durch die Größe des beabsichtigten oder des wirklich erlangten oder gestifteten Vortheils oder Schadens bestimmt wird. Diese ohnehin billigeren Ansichten entsprachen dem Wesen eines Privatverbrechens mehr, für das die bei den öffentlichen Verbrechen dieser Art redenden Gründe nicht passen, insbesondere weil bei dem Privatverbrechen der Fälschung schon die Verfälschung der falschen oder verfälschten Sache an sich nicht gefährlich ist, und der Mangel von Schätzungsprincipien, um den Werth oder Schaden, der sich bei den öffentlichen Fälschungen hauptsächlich auf den öffentlichen Verkehr und Credit bezieht, festzustellen, sich nicht findet, und der Umstand, daß sich gar kein Schätzungswerth denken läßt, nicht eintritt. Im Uebrigen sind, hinsichtlich der Vollendung dieser Verbrechen, dieselben Grundsätze wie oben bei den öffentlichen Fälschungen angenommen, es ist also eine Schadensstiftung oder ein erlangter Vortheil zur Vollendung des Verbrechens nicht erfordert. Man kann um so weniger Grund haben, von dieser richtigen, auch von der hiesigen Praxis befolgten Theorie abzugehen, als man selbst bei dem Diebstahle nicht auf den wirklich gestifteten Schaden oder erlangten Vortheil sieht, sondern schon in der Besitzergreifung die Vollendung des Verbrechens findet, so daß auch schon die Consequenz in der Anwendung gleicher Grundsätze bei ähnlichen Verbrechen die Beibehaltung der Theorie fordert.

Eine bei dieser Lehre vorkommende nicht unerhebliche Schwierigkeit bedarf dagegen nothwendig einer Hebung durch die Gesetzgebung, nämlich die Frage: inwiefern der bei Verträgen vorkommende Betrug zu strafen sei? — Darüber ist man einverstanden, daß nicht jede bei einem Vertrage vorkommende Handlung, die sich unter dem Begriff des Betruges bringen läßt, auch strafbar sei. Allein wo nun die Gränze sei und wann solche Handlungen anfangen sollen, den Strafgesetzen zu verfallen? — darüber herrschen in der Doktrin, Praxis und Gesetzgebung sehr verschiedene Ansichten.

Nach mehrfacher und sorgfältiger Erwägung dieses Gegenstandes hat man geglaubt, dabei stehen bleiben zu müssen, daß eine Bestrafung nur dann zulässig sei, wenn der Betrüger nicht im Stande ist, den angestifteten Schaden sofort zu ersetzen.

In der hier angenommenen Bestimmung liegt ein festes und durchgreifendes Princip, welches auch gewiß nicht zu weit führt, und die Analogie der für den betrüglichen Bankerott angenommenen Grundsätze für sich hat.

Zwar ließe sich auch festsetzen, daß der Betrug in Verträgen dann

strafbar sein sollte, wenn er von der Art ist, daß auf den Grund desselben die Aufhebung des Vertrages würde verlangt werden können. Allein das Bedenken, welches sich hiergegen erhebt, besteht darin, daß die Lehre von der Wirkung des Betruges bei Verträgen im Civilrechte nicht frei von Controversen ist, daß also in einzelnen Fällen der Criminalrichter zweifelhaft sein kann: ob eine Untersuchung einzuleiten sei? und daß daher zuvor durch einen Civilproceß die präjudicielle Frage würde entschieden werden müssen.

Die Straf Abstufungsgründe, die Strafarten und das Strafmaß sind nach denselben Grundsätzen bei diesem Verbrechen bestimmt, wie bei dem Diebstahle, und es darf daher hier auf dasjenige verwiesen werden, was daselbst über die befolgten allgemeinen Grundsätze gesagt ist.

Bemerk. zu §. 224 — 226. — Nach der auf den Antrag der Stände in das Gesetz aufgenommenen Begriffsbestimmung ist, abweichend von der des Entwurfes, in welchem letzten (§. 224.) die Worte — »und seinen verbrecherischen Zweck erreicht« — fehlen, der Betrug erst alsdann vollendet, wenn der Betrüger seinen verbrecherischen Zweck erreicht hat, also erst dann, wenn der Vermögensschaden wirklich angefügt, oder der für sich oder andere beabsichtigte Gewinn wirklich erlangt ist. Unter Zufügung eines Vermögensschadens oder Erlangung eines Vortheils für sich oder andere ist aber nicht bloß ein gegenwärtiger, sondern auch ein künftiger, mithin nicht bloß der Fall zu verstehen, daß Jemand von seinem Vermögen bereits etwas verloren hat, sondern auch der, daß ihm durch die betrügerische Handlung ein Vermögensvorteil, den er sonst gehabt haben würde, entzogen oder dem Betrüger zugewandt wird, und dabei die Uebernahme einer Obligation, die Verursachung von Mühe, Zeitverlust, Kosten oder Auslagen nicht minder zu berücksichtigen, — non solum cum de bonis eorum aliquid minuitur, sed etiam cum intersit ipsorum litibus et sumtibus non vexari.

Auch kann bei den aus gewinnsüchtiger Absicht unternommenen Betrügereien darüber kein Zweifel obwalten, daß unter dem erlangten Vortheile nicht etwa ein Gebrauch oder Verbrauch der durch den Betrug erlangten Sachen von Seiten des Betrügers oder ein für den Betrogenen entstandener Verlust zu verstehen ist, sondern daß es schon genügt, wenn er sich in den Besitz der abgelieferten Sache oder des beabsichtigten Vortheils gesetzt hat, so daß mithin auf eine unfreiwillige Restitution nichts ankommt. C. B. S. 70 — 72.

Bemerk. zu §. 227. Hier und im Falle des letzten Absatzes des §. 243. befreiet der Ersatz des Schadens, welcher auf Anfordern des Verletzten geleistet wird, von der Strafe, während im Falle des ersten Absatzes des §. 243. nur der freiwillige Ersatz diese Folge hat. C. B. S. 72.

Bemerk. zu §. 228 — 230. 1. Das Verbrechen der Fälschung ist erst dann vollendet, wenn von der falschen oder verfälschten Sache in der im §. 228. bezeichneten Richtung Gebrauch gemacht worden ist.

Der Fall, daß ein Anderer wissentlich von falschen oder verfälschten Sachen, die ein Anderer verfertigt oder verfälscht hat, Gebrauch macht, erscheint zwar an sich nicht so strafbar, als wenn er die Fälschung oder Verfälschung

selbst vorgenommen; indeß giebt dieses, ebenso wie bei dem Betrüge, wenn Jemand den Irrthum eines Andern nicht veranlaßt, sondern nur benutzt hat, bloß einen Strafzumessungs-, nicht einen Strafabschufungsgrund ab.

Wenn die falschen oder verfälschten Sachen als ächte öffentlich zum Verkaufe ausgestellt sind, oder wenn das falsche Gewicht, z. B. in einem Kaufladen, zur Hand ist, um gebraucht zu werden, so ist das Verbrechen vollendet, wenn auch die Sachen nicht speciell zum Kaufe angeboten, oder im letzten Falle auch noch nicht wirklich abgewogen worden. Von öffentlichen Fälschungen und von Fälschungen der Beamten ist im §. 85. 126 — 134. 262. 263. 283. die Rede. Der §. 118. des Forststrafgesetzes bleibt als specielle Vorschrift neben der Bestimmung des Criminalgesetzbuches bestehen.

E. B. C. 72. 73.

2. In dem Entwurfe fand sich im §. 230. III. 1. C. nach den Worten: „eines Handelshauses“ der Satz eingeschoben

„mit Nachtheil für die Abnehmer der Waare“

Es ist indeß dafür gehalten, daß die Strafe der Fälschung nicht davon abhängig gemacht werden könne, daß diese „mit Nachtheil für die Abnehmer der Waare“ verbunden sei, und daher solcher Satz auf den Antrag der Stände gestrichen. E. B. C. 72.

## §. 231. 232.

### III. W u c h e r.

Der Wucher läßt sich als Betrug mit Recht nur in dem Falle ansehen, wenn in ihm wirklich eine Täuschung liegt. Das Gesetz hat diese Ansicht aufgenommen, und außerdem dem gemeinen Wucher, der seiner schädlichen Folgen wegen sich zur Aufnahme in das Criminalgesetzbuch eignet, mit verhältnißmäßigen Strafen bedrohet, da die gemeinrechtlichen Bestimmungen nicht ausreichen.

Bemerk. zu §. 231. 232. 1. Durch die gegebene Begriffsbestimmung ist die gemeinrechtliche Controverse über die Vollendung des Wuchers dahin entschieden, daß solcher schon für vollendet zu erachten, wenn der Gläubiger die den gesetzlichen Zinsfuß überschreitenden Vortheile sich hat versprechen lassen, nicht erst durch deren wirkliche Annahme, als worin nur ein Grund der Zumessung strengerer Strafen liegt.

2. Das gegenwärtig bestehende gesetzliche Maasß der Zinsen beträgt fünf Procent (Reichsabsch. von 1654. u. Nieder-Sächsischer Kreis-Schluß v. 4. Decbr. 1654. abgedruckt hinter der Hofgerichtsordnung S. 799 bis 805.), und nur den Kaufleuten der Stadt Braunschweig ist ausnahmsweise erlaubt, von anderen Kaufleuten, mögen sie in oder außerhalb Braunschweig wohnhaft sein, sechs Procent Zinsen zu nehmen. (Landesherrl. Rescr. an den Stadtmagistrat zu Braunschweig v. 11. Januar 1773. Fredericksdorf Promt. II. S. 712. V. S. 267. VII. 250.) Durch das Ueberschreiten des Zinsfußes zu fünf Pct. in den Fällen, wo nicht ausnahmsweise sechs Pct. gestattet sind, wird das Verbrechen des Zinswuchers begründet. Prot. Nr. XLVIII. C. 582. 583.

3. Aus den Worten: „oder dem kaaren Gelde gleichzuachtender Staats-

oder Creditpapiere folgt, daß solche Papiere nach dem jeweiligen Course zu berechnen sind. Prot. Nr. XLVIII. S. 583.

4. Der Anatocismus ist, insofern nicht ein vertheilter Zinswucher darin enthalten, mit einer Strafe nicht bedrohet, und in Ansehung der Mädlgergebühren verbleibt es bei den Vorschriften der Verordnungen vom 19. Juli 1827 und vom 11. Febr. 1832. C. B. S. 73.

#### §. 233 — 236.

#### IV. Strafbarer Bankerott.

In diesen Paragraphen sind bei der Bestimmung des Thatbestandes im Wesentlichen die Grundsätze der Verordnung vom 26. März 1823 Nr. 15. beibehalten. Das Strafmaß hat indeß, um dasselbe mit dem bei ähnlichen Verbrechen angenommenen in Einklang zu bringen, geändert werden müssen. Im §. 234. ist wegen der Führung von Handelsbüchern auf das verwiesen, was in dieser Beziehung die Handelsitte mit sich bringt, da die allegirte Verordnung in dieser Beziehung zu weit geht, und so, wie es in dem Gesetze geschehen, durch die Praxis beschränkt ist. Die Strafe des fahrlässigen Bankerotts ist erheblich gemildert, da die bisherigen Strafbestimmungen sich zu streng erwiesen haben und fast nie zur Ausführung gekommen sind.

Bemerk. zu §. 233 — 235. Die Strafbestimmungen des Gesetzes sind im Vergleich zu der Verordnung vom 26. März 1823, die Bankerotte betreffend, auch insofern milder, daß künftig der Verlust der Innungsrechte und der Gewerbe-Concession, selbst bei dem betrüglichen Bankerotte, nur stattfindet, wenn wegen desselben auf Zuchthausstrafe (§. 17.) erkannt wird, während bisher bei Bankerotten jeder Art der Verlust der Concession nach Beschaffenheit der Umstände erkannt werden konnte. Die §§. 1 — 9., 17., 18., 20 — 23., 25. und 26. der Verordnung vom 26. März 1823 die Bankerotte betreffend, bleiben bestehen, und sind nur die in den §§. 10 — 16., 19., 24. derselben enthaltenen Strafbestimmungen aufgehoben; ingleichen ist die Beihilfe zum betrüglichen Bankerotte, deren im §. 19. und 24. solcher Verordnung gedacht wird, künftig nach den allgemeinen Bestimmungen des Criminalgesetzbuches zu beurtheilen. C. B. S. 73. 74.

2. In Folge der im zweiten Absätze der §§. 233. u. 234. gegebenen Vorschriften können eintretenden Falles die Strafen des betrüglichen, des muthwilligen und des fahrlässigen Bankerotts neben einander zur Anwendung kommen, und sind nach den Grundsätzen über Zusammentreffen mehrer Uebertretungen §. 55. zu bestimmen.

Prot. Nr. XLVIII. S. 583. 584.

Prot. Nr. XLIX. S. 593. 594.

Anal. II. zu LI. zu XXVIII. Nr. XXIX.

3. Es versteht sich von selbst, daß die Bilanz (§. 234.), welche bisher jährlich zu ziehen war, künftig aber nur alle zwei Jahre gezogen zu werden braucht, aufbewahrt und vorgelegt werden muß, weil der insolventie Kauf-

mann u. in der Untersuchung darüber, daß er ordnungsmäßig Bilanz gezogen, sich auszuweisen hat.

Prot. Nr. XLVIII. S. 585.

Prot. Nr. XLIX. S. 594. 595.

Bemerk. zu §. 236. Es ist hier von der Verwaltung eines fremden Vermögens die Rede, welche in Folge übernommenen Auftrages oder in Folge der Bestellung zum Vormunde oder Curator besorgt, und wobei ein besonderes Vertrauen vorausgesetzt wurde.

Prot. Nr. XLVIII. S. 588.

### §. 237.

#### V. Verletzung fremder Geheimnisse.

In der Weise, wie dieses Verbrechen hier bestimmt ist, enthält es wirklich eine dem Betruge im weiteren Sinne des Wortes ähnliche Handlung, die nur insofern weniger strafbar ist, daß nicht eine Täuschung des Beschädigten beabsichtigt wird. Fälle dieser Art können indeß so strafbar sein, das Gefängniß bis von einem Jahre als Strafmaximum keineswegs zu hoch erscheint.

Bemerk. zu §. 237. Der in der Stände-Versammlung erhobene Antrag im Eingange des §. 237. die Worte: »um einem Anderen zu schaden — zu verschaffen« zu streichen, wurde abgelehnt, weil dafür gehalten ist, daß das Eindringen in fremde Geheimnisse ohne die Absicht, einen Schaden zu stiften, oder ohne gewinnsüchtige Absicht, nur als ein polizeiliches Delict angesehen werden könne, wenn nicht etwa eine Injurie darin liege, so wie aus den in der Bemerk. zu §. 196. entwickelten Gründen, und weil für die wichtigeren Fälle der widerrechtlichen Brieföffnung in der Postordnung vom 13. August 1832 §. 9. und 10. ausreichende Strafbestimmungen enthalten seien.

Prot. Nr. XLVIII. S. 588.

Prot. Nr. XLIX. S. 595. 596.

### §. 238.

#### VI. Betrügliche Entwendung eigener Sachen.

Schon nach allgemeinen Grundsätzen würden die hier aufgeführten Handlungen als Betrug angesehen werden können; um indeß hierüber keine Zweifel zu lassen, sind sie ausdrücklich mit Strafe bedrohet. Wäre von dem Eigenthümer eine mit Beschlag belegte Sache nicht heimlich, sondern gewaltsam entnommen, so läge darin ein anderes Vergehen.

Bemerk. zu §. 238. Den Bestimmungen dieses §. liegen die Vorschriften des gemeinen Rechtes über das furtum possessionis l. 12. §. 2. l. 20. §. 1. l. 53 §. ult. l. 59 ff. de furtis 47, 2. insbesondere der l. 15. §. 1. 2. ff. de furtis 47, 2. zum Grunde, und zu dem »sonstigen rechtmäßigen Inhaber« gehört namentlich derjenige, dem ein Retentionsrecht an der Sache zusteht und dem daran ein jus quasi pignoris zugeschrieben wird.

Derjenige aber, welcher seine mit obrigkeitlichem Beschlage belegte Sache

demselben heimlicher Weise entziehet, und im Sinne des §. 238. deutet — »heimlicher Weise« alles, was nicht gewaltsam ist, kann mit der hier festgesetzten Strafe nur dann belegt werden, wenn er dadurch dem Gläubiger die Verfolgung seiner Ansprüche zu vereiteln beabsichtigt, indem sonst keine betrügliche Absicht, sondern z. B. nur Ungehorsam gegen obrigkeitliche Verfügungen §. 110 vorhanden ist.

C. B. C. 74.

Prot. Nr. XLVIII. C. 589.

## §. 239.

VII. Widerrechtliche Benutzung fremder Sachen muß, wenn sie den Betrag erreicht, den der Paragraph festsetzt, als Verbrechen angesehen werden, indem sie ein dem Diebstahle sehr verwandtes Verbrechen ist.

Bemerk. zu §. 239. Dieser Paragraph beziehet sich nur auf die Fälle des *furtum usus* (l. 40. l. 54. §. 1. ff. de furtis 47, 2.), und nicht jeder *malae fidei possessor*, weder bei Grundstücken, noch sonst (vergl. z. B. l. 44. §. 1. ff. de furtis 47, 2.) ist wegen Gebrauches der Sache strafbar.

## Capitel 2.

### Gemeinschaftliche Bestimmungen.

## §. 240.

### 1. Entwendung zc. unter Angehörigen.

Es läßt sich darüber streiten: ob der Begriff der Angehörigen, wie er §. 73. bestimmt ist, in Beziehung auf dieses Verbrechen nicht zu weit sei? — Indes wenn man dasselbe, wie es hier geschehen, nicht ganz straffrei läßt, wird eine solche Ausdehnung unbedenklich sein.

Gänzliche Straffreiheit läßt sich aber bei diesem Verbrechen nicht wohl rechtfertigen, sondern das Zweckmäßige in dieser Beziehung besteht darin, daß eine Untersuchung von Amtswegen nicht statt hat, und die mildere Bestrafung wird durch die übrigen Verhältnisse hinlänglich motivirt.

Zu den insofern ausgezeichneten Diebstählen und Betrügereien, daß sie mit einer milderen Strafe belegt werden, rechnet schon das gemeine Recht und nach demselben die meisten deutschen Gesetzgebungen die Entwendung von Victualien, allein der Lüsterheit wegen. In das gegenwärtige Gesetz ist eine solche Bestimmung nicht aufgenommen, weil, wenn ein solches Vergehen den Betrag von 5 Thlr. oder den von 2 Thlr. übersteigt und dann mit einer der bei diesem Verbrechen angenommenen Qualifikationen versehen ist, kein hinlänglicher Grund mehr vorhanden war, solche widerrechtliche Handlungen der criminellen Bestrafung zu entziehen.

## Capitel 5.

## Gemeinschaftliche Bestimmungen für die Verbrechen an dem Vermögen Anderer.

## §. 241 und 242.

## I. und II. Bestimmung des Werthes.

Der Grundsatz, daß bei dem Verbrechen an fremdem Vermögen der gemeine Werth des Gegenstandes die Norm abgebe und es auf den Affectionswerth nicht ankomme, ist wohl unbestritten. Aus dieser Regel folgt indeß keineswegs, daß z. B. der Dieb, der etwas ganz Anderes, als er zu stehlen glaubte, stiehlt, nicht seiner Absicht nach, sondern lediglich nach dem wirklichen Werthe des Gestohlenen zu beurtheilen sei. Vielmehr würde für solche Fälle die §. 32 gegebene allgemeine Vorschrift auch Anwendung leiden, insofern nicht der Dieb, nachdem er seinen Irrthum entdeckt hat, sich die entwendete Sache dennoch aneignet. Da dies schon aus den allgemeinen Grundsätzen folgt, sind ausdrückliche Vorschriften dieserhalb nicht nothwendig erachtet.

Die §. 242 gegebenen Vorschriften verstehen sich im Grunde von selbst.

## §. 243.

## III. Thätige Reue.

Die hier angenommenen Grundsätze, welche zuerst das österreichische Gesetzbuch in die Gesetzgebung eingeführt hat, haben sich erfahrungsmäßig als wohlthätig ausgewiesen und stimmen mit den allgemeinen Principien, auf denen dieses Gesetz ruhet, überein.

Bemerk. zu §. 243. Die Straflosigkeit kann in solchen Fällen nur eintreten, wenn der Beschädigte aus bereiten Mitteln, also thatsächlich durch Geld oder Geldwerth, und nicht etwa durch erwirkten Erlass oder Stundung, vollkommen zufrieden gestellt worden. Auch muß der Ersatz reell geleistet werden, so daß z. B. der Beschädigte nicht verpflichtet ist, sich mit einer Sicherheitsleistung durch Pfand oder Bürgen oder mit einer Verschreibung zu begnügen.

C. P. G. 75. Prot. Nr. XXIX. S. 597.

Außerdem hielt die Prüfungscommission dafür, daß hierbei eine Discussion über den Werth unstatthaft erscheine, weil das Verbrechen, um es strafrei werden zu lassen, in allen seinen Folgen aufgehoben sein müsse, so daß dem Beschädigten auch nicht einmal eine scheinbare Verschwerung zurückbleibe, und werde der Beschädigte, um sich auf diese Weise von der Strafe zu befreien, selbst dem übermäßig geforderten Ersatz sich zu unterziehen und solchen sich gefallen zu lassen haben, damit von dem Delicte nichts, als das nackte

Factum, welches nicht ungeschehen zu machen, übrig sei. Um diese Ansicht bestimmter hervorzuheben, wurde anheim gegeben, in dem ersten Sage hinter »Beschädigten« und in dem letzten Sage hinter »Berechtigten« die Worte einzuschalten:

»mit dessen vollkommener Zufriedenstellung.«

Dieser Zusatz wurde jedoch abgelehnt, indem dessen Aufnahme den Beschädigten zu Unbilligkeiten und Bedrückungen berechtigen würde, und eintretenden Falles, wenn derjenige, welcher eine Vermögensbeschädigung sich habe zu Schulden kommen lassen, mit dem Beschädigten sich über den zu leistenden Ersatz sich nicht einigen könne, die Gerichte darüber zu entscheiden hätten, ob der angebotene Ersatz für genügend zu halten sei.

E. B. G. 75. Prot. Nr. XXIX. S. 597 — 599.

Bei den Amtsverbrechen der Unterschlagung anvertraueter Sachen und der unerlaubten Benutzung anvertraueter Gelder u. findet die Bestimmung des §. 243 keine Anwendung. Vergl. §. 261. Abs. 2.

### Dritter Abschnitt.

Vorschriften für die Fälle, in welchen die Untersuchung nicht von Amts wegen anzustellen ist.

#### §. 244 — 247.

Um eine Uebersicht über diese Lehre zu gewähren, und unnöthige Wiederholungen zu vermeiden, ist es vorgezogen, diese Vorschriften in einem besonderen Abschnitte zusammenzustellen, während die meisten Gesetzbücher dieselben bei den einzelnen Verbrechen, auf welche sie sich beziehen, enthalten.

Im Allgemeinen ist das Gesetz in dieser Beziehung demjenigen, was schon das gemeine Recht vorschreibt, gefolgt. Es lassen sich darüber, wie weit man hier gehen wolle, verschiedene Ansichten aufstellen. Die Nothwendigkeit der Anzeige des Beschädigten auf noch mehrere Verbrechen, als in dem Gesetze geschehen, auszudehnen, stimmt mit unseren gerichtlichen, processualischen und polizeilichen Einrichtungen zu wenig überein und kann dem gemeinen Wesen auch nicht frommen.

Die Vorschrift, daß derjenige, der eine Person in seiner Gewalt hat, auch wider deren Willen die Anklage wegen der besonders ausgehobenen Verbrechen zu machen berechtigt ist, entspricht dem gemeinen Rechte gleichfalls, namentlich auch bei Injurien, wenigstens in Beziehung auf den Vater und Ehemann, die, als selbst beleidigt, ein eigenes Klagerecht haben.

Bei den Injurien ist in dem Gesetze vom 23. Febr. 1837 Nr. 9 angenommen, daß der Beleidigte auch die Strafe erlassen könne. Diese



Vorschrift ist auch für die Injurien, deren eigenthümlicher Natur wegen, zweckmäßig, läßt sich aber auf andere Verbrechen nicht anwenden, und für diese bildet den natürlichsten Abschnitt, bis zu welchem die Zurücknahme der Anzeige nur erlaubt ist, das Erkenntniß erster Instanz. Selbst bei Ehebruch, der in dieser Hinsicht den Injurien am ersten gleichgestellt werden könnte, ist kein zureichender Grund, von dieser Regel abzugehen, wenn, wie das in dem Gesetze geschehen ist, man dessen Bestrafung erst nach geschiedener Ehe zuläßt.

Es ist zur Sprache gebracht: ob nicht der Anzeigende, der seine Anzeige zurücknimmt, die Kosten erstatten solle? — eine Frage, die durch die zunehmenden Untersuchungen wegen Injurien veranlaßt wurde.

Es läßt sich hiefür, besonders bei den der polizeilichen Competenz überwiesenen Vergehen dieser Art, manches anführen, indeß bei den in das Gebiet des Criminalrechts gehörenden strafbaren Handlungen würde eine solche Vorschrift mit den bisher befolgten Grundsätzen nicht übereinstimmen und sich auch nicht rechtfertigen lassen.

Bemerk. zu §. 244. Durch die Bestimmung im Absätze 2 ist der schon gemeinrechtlich bei Injurien geltende Grundsatz, daß wegen derselben ex officio auf eine Strafe erkannt werden kann, wenn deren Verübung mit einer vis publica oder privata verbunden ist oder ein anderes delictum publicum idealiter concurrirt, so wie der gemeinrechtliche Grundsatz, daß unter Umständen wegen Ehebruchs ex officio eingeschritten werden kann, wenn dadurch ein öffentliches Aergerniß gegeben wird, auf alle im §. 244 benannten Verbrechen ausgedehnt worden.

E. B. S. 75 u. 76.

Bemerk. zu §. 246 u. 247. 1. Der im Entwurfe fehlende §. 246 ist auf den Antrag der Herzogl. Landesreg. zur Vermeidung ungleicher Ansichten eingeschoben. Die daselbst am Ende hinsichtlich der Anzeige gemachte Ausnahme, daß die Untersuchung auch allein gegen die fremden Theilnehmer beantragt werden kann, ist bei der Zurücknahme der Anzeige nicht anwendbar erschienen, da, wenn einmal die Untersuchung gegen Alle eingeleitet worden, es nicht mehr zweckmäßig ist, den zur Anzeige Berechtigten zu gestatten, Einzelne wieder derselben zu entziehen.

E. B. S. 76.

2. Die Zurücknahme der Anzeige überhaupt, und bei Injurien der Erlass der Strafe von Seiten der Theilhaftigen insbesondere (§. 247.), kann nur von Wirkung sein hinsichtlich der nicht von Amtswegen untersuchten Verbrechen, nicht aber alsdann, wenn die Untersuchung von Amtswegen anzustellen gewesen. Vergl. §. 244. Abs. 2. und Gesetz vom 23. Februar 1837. Nr. 9. §. 4

## T i t e l 3.

### A m t s v e r b r e c h e n.

#### Titel 1.

#### Allgemeine Bestimmungen.

##### §. 248.

##### I. Umfang dieser Bestimmungen.

In den meisten Gesetzgebungen werden die Vorschriften über die Amtsverbrechen auch auf die Hofdienerschaft bezogen. Dies ist indeß weder als nothwendig noch als zweckmäßig betrachtet, da die Hofdienerschaft nach Willkür des Landesherrn entlassen werden kann, die meisten Amtsverbrechen von der Art sind, daß sie nach dem eigenthümlichen Verhältnisse der Hofdienerschaft von dieser nicht begangen werden können, und endlich fast alle Amtsverbrechen, welche bei ihnen vorkommen können, zugleich gemeine Verbrechen und als solche strafbar sind.

Von den unter Nr. 5 dieses Paragraphen aufgeführten Personen können nicht alle in dem Capitel 2 enthaltenen Amtsverbrechen begangen werden. Indeß ergibt sich dies aus der Fassung der einzelnen Paragraphen von selbst, und im Allgemeinen passen diese Bestimmungen für alle öffentlichen Functionen im weiteren Sinne des Wortes.

##### §. 249.

##### II. Eigenthümliche Strafarten.

Ueber Absetzung sind hier die im Staatsdienstgesetze festgestellten Grundsätze beibehalten, und nur auf alle Angestellte, so weit sie auf dieselben anwendbar sind, ausgedehnt. Die Entlassung im criminalrechtlichen Sinne ist dagegen von der des Staatsdienstgesetzes verschieden, besonders auch darin, daß dem Entlassenen kein Theil des Gehaltes bleibt. Dies rechtfertigt sich durch die Verschiedenheit der Gründe, durch welche die Entlassung nach dem Staatsdienstgesetze und nach dem Criminalgesetze bedingt wird.

Bemerk. zu §. 249. 1. Der vierte Absatz enthält folgende Fälle:

A. Es hat ein Beamter ein Dienstverbrechen begangen, welches mit Absetzung oder Entlassung als selbstständigen Strafen bedroht ist; er geräth aber zugleich in Untersuchung wegen eines gemeinen Verbrechens, wofür er eine Strafe verwirkt hat, womit der Verlust der Dienstrechte verbunden ist, so daß deren Verlust hierbei nicht als selbstständige Strafe, sondern nur als Folge anderer Strafe eintritt. In solchem Concurrencysfalle soll der Beamte neben der

für das gemeine Verbrechen zu erkennenden, mit dem Verluste der Dienstrechte verbundenen Strafe noch Zwangsarbeit oder Gefängniß erleiden, als Surrogatstrafe für das Amtsverbrechen, weil dies sonst straflos bleiben würde.

B. Der Beamte hat mehrere Dienstverbrechen begangen, von denen jedes mit Entsetzung oder Entlassung als selbstständigen Strafen bedrohet ist, und über diese mehreren Dienstverbrechen ist gleichzeitig zu erkennen. Als dann trifft ihn wegen des einen Dienstverbrechens der Verlust der Dienstrechte, wegen des andern Zwangsarbeit oder Gefängniß als Surrogatstrafe, weil er Entsetzung oder Entlassung gleichzeitig mehrere Male verwirkt hat. Wenn jedoch ein Beamter mehrere gemeine Verbrechen, z. B. Todtschlag und Brandstiftung, verübt hat, so kann ihn der Verlust der Dienstrechte nur ein Mal treffen, weil solcher Verlust hier keine selbstständige Strafe, sondern nur gesetzliche Folge der Strafen des Todtschlages und der Brandstiftung ist.

C. Ein früher begangenes Dienstverbrechen, welches mit dem Verluste der Dienstrechte als selbstständigen Strafen bedrohet ist, kommt erst später zur Untersuchung, nachdem schon vor der Entdeckung und Verurtheilung der Dienstverband auf die eine oder die andere Weise aufgehört hatte. Hier wird nun, weil der Dienstverband bereits aufgehoben war, mithin die Entsetzung oder Entlassung nicht mehr eintreten kann, statt Entsetzung oder Entlassung auf Zwangsarbeit oder Gefängnißstrafe erkannt. Sollte aber nach bereits aufgelöstem Dienstverbände der aus dem Dienste geschiedene Beamte wegen eines gemeinen Verbrechens in Untersuchung gerathen, möge er solches vor oder nach Auflösung des Dienstverbandes verübt haben, und dies gemeine Verbrechen mit einer Strafe bedrohet sein, die den Verlust der Dienstrechte zur gesetzlichen Folge hätte, insofern der Beamte noch im Dienste wäre, so kann er diesershalb statt Entsetzung oder Entlassung eine Zusatzstrafe nicht erleiden, weil die Entsetzung oder Entlassung in solchem Falle keine selbstständige Strafe, sondern weil sie nur Folge einer andern Strafe sein würde, und in Ermangelung einer selbstständigen Strafe auch keine Surrogatstrafe stattfinden kann. C. B. C. 77. 78.

2. Abs. 5. Insofern ein nicht im eigentlichen Staats- oder Gemeinbedienste Angestellter (Staatsdienstgesetz §. 7 und 8.), z. B. ein Auditor, Referendar, Forst-, Steueraspirant, während er sich noch auf einer Vorbereitungsstelle befindet, oder er mit einer Dienstverrichtung vorübergehend beauftragt ist, ein Dienstverbrechen verübt, wegen welches, wenn er wirklich angestellt gewesen, ihn Dienstentsetzung oder Entlassung getroffen haben würde, so muß er deshalb bestraft werden, weil die auf administrativem Wege zu verfügende Entfernung von einer widerruflichen oder vorübergehenden Dienstverrichtung nicht als Strafe angesehen werden kann. Würde ein solcher (zu denen jedoch die unter Vorbehalt der Bestätigung, §. 47., 65. des Staatsdienstgesetzes, und die auf Kündigung Angestellten, §. 66. des Staatsdienstgesetzes, so wie diejenigen, welche ein zeitliches Gemeindeamt bekleiden, §. 89. der Städteordnung, nicht zu rechnen) wegen eines Dienstverbrechens eine Strafe verwirkt haben, die den Verlust der Dienstrechte zur gesetzlichen Folge hätte, so ist ihm die Surrogatstrafe erlassen worden, nicht aber, wenn Entsetzung oder Entlassung als selbstständige Strafe zu erkennen gewesen. Dagegen ist es angemessen erschienen, ihn etwas milder, als einen wirklich Angestellten, zu behandeln.

Ob ein solcher demnächst eine Anstellung im Staatsdienste, überhaupt Dienstrechte erlangen könne, wird von der Voraussetzung des analogisch anzuwendenden §. 64. des Staatsdienstgesetzes abhängig sein.

C. B. S. 78.

3. In dem Absätze 6 (welcher sich auf die Fälle bezieht, wenn wegen Versuches, Theilnahme u. s. w., wegen Minderungsgründe, §. 36, 37, 40, 44, 45, 46, 47, 48, 51, 62, eine geringere Strafe zu erkennen ist),

tritt statt Dienstentsetzung Dienstentlassung oder Gefängniß bis von einem Jahre, und statt Dienstentlassung Gefängniß bis von neun Monaten ein,

weil für Versuch, Beihilfe u. s. w. mehrere Strafabstufungen vorgeschrieben sind, insbesondere bei Begünstigung (§. 47.) die Strafe um zwei Grade herabsinkt, z. B. statt Todes- oder Kettenstrafe, Zwangsarbeit über 1 Jahr, und daher statt Dienstentsetzung neben der Dienstentlassung noch wenigstens eine niedrigere Strafabstufung offen zu lassen gewesen ist, welche, da Gefängniß über ein Jahr schon von selbst die Dienstentlassung nach sich zieht, nur in Gefängniß bis von einem Jahre bestehen konnte.

C. B. S. 79.

4. Die Verjährung, §. 249. Absatz 7. (vergl. §. 71. Absatz 2.), kann hier sich nur auf die Verjährung der gerichtlichen Verfolgung, §. 71. Nr. 1., nicht auf die Verjährung der erkannten Strafen, §. 71. Nr. 2., beziehen, weil die Dienstrechte schon durch die Verurtheilung zu deren Verluste verloren gehen und diese regelmäßig mit der Vollstreckbarkeit des den Verlust aussprechenden Erkenntnisses von selbst eintritt. Obgleich aber nach §. 71. 1. I. D. und §. 71. 2. III. sowohl Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr als Gefängniß nicht unter ein Jahr hinsichtlich der Verjährung gleichgestellt worden, so ist die vorliegende Fassung dennoch deshalb gewählt, um anzudeuten, daß Dienstentsetzung wie Zwangsarbeit nicht unter ein Jahr, und Dienstentlassung wie Gefängniß nicht unter 1 Jahr in Ansehung ihrer rechtlichen Folgen zu beurtheilen sind. Dienstentsetzung und Entlassung sind übrigens in ihren Folgen, §. 17. Absatz 2., darin verschieden, daß Dienstentsetzung den Verlust der politischen und Dienstrechte, so wie der Fähigkeit, dieselben zu erlangen, Dienstentlassung aber nur den Verlust der Dienstrechte zur Folge hat. Der Entlassene behält also seine politischen Rechte, so wie die Fähigkeit, dergleichen künftig zu erwerben und in Ansehung der Wiederanstellungsfähigkeit normirt §. 64. b. St. D. G. C. B. S. 79.

5. Wenn der Beamte ein mit Dienstentsetzung oder Dienstentlassung bedrohtes Amtsverbrechen begehet, und nachher auf eine andere Stelle, als diejenige ist, in Beziehung auf welche das verübte Verbrechen als Amtsverbrechen erscheint, befördert oder versetzt ist, so muß dessen ungeachtet die Entsetzung oder Entlassung aus seinem dormaligen Amte erkannt werden, da die stattgehabte Beförderung oder Versetzung, zumal wenn sie erfolgt ist, bevor jenes Amtsverbrechen bekannt geworden, hierin keinen Unterschied begründen, und insofern als erschlichen angesehen werden kann.

Erkenntniß Herzogl. Landesger. vom 21. Juli 1840 und des Oberappellationsgerichts vom 13. October 1840. 3. II. S. wider den vormaligen Gefangenwärter, jetzigen Amtsuntervoigt E. zu 3.

L. G. 1840. Nr. 286.

6. Wegen Mittheilung der in Untersuchungssachen wider Staatsdiener angegebenen Erkenntnisse an die denselben vorgesetzten Behörden, vergl. Circularrescript vom 20sten Februar 1836. Nr. 8.

### §. 250.

#### III. Gehülfen und Begünstiger.

Diese Bestimmung wird durch die in der Amtspflicht liegende Verpflichtung zur Aufsicht auf die Untergebenen und durch die allgemeinen Grundsätze über Gehülfe und Begünstigung gerechtfertigt. Deren nicht zu verkennende Strenge erheischt die Sorge für die Aufrechterhaltung der Dienstordnung und der durch sie zu wahrenen oder zu vertretenden wichtigen öffentlichen Interessen. Alle neueren Gesetzbücher enthalten ähnliche Vorschriften.

### §. 251.

#### IV. Straflosigkeit befolgter Befehle.

In diesem Paragraphen ist nur dem in dem §. 23 des Staatsdienstgesetzes angenommenen Grundsätze eine weitere der Sache angemessene Ausdehnung gegeben.

Bemerk. zu §. 251. 1. Den Bestimmungen des §. 251 zufolge darf die Handlung nur als Mißbrauch oder Ueberschreitung der Amtsgewalt oder als Verletzung der Amtspflicht strafbar sein, so daß also die Straffreiheit bloß eintritt, insofern in der Handlung nicht zugleich ein gemeines Verbrechen liegt. C. B. C. 80.

2. Die landesgrundgesetzlichen Bestimmungen über die Fälle, in welchen die Beamten für die Verfassungs- und Gesetzmäßigkeit ihrer Handlungen persönlich verantwortlich sind, z. B. Landesgrdges. §. 108. 156., Gesetz vom 20. December 1834. §. 7. (Gesetz- und Verordnungs-Sammlung v. 1835. Nr. 3.), Gesetz von 12. October 1837, das Finanzcollegium betreffend. Nr. 29. §. 9. vergl. mit dem Landesgrdges. §. 187, bleiben unverändert. Publicationspatent §. III.

Prot. Nr. XLIX. C. 599.

### §. 252.

#### V. Theilnahme Nicht-Angestellter an Amtsverbrechen.

Die hier gegebene Vorschrift enthält eigentlich nur eine Anwendung der allgemeinen Grundsätze, und sie kann nur insofern für erforderlich angesehen werden, als man es nothwendig oder doch zweckmäßig findet, jeden Zweifel über diese Frage durch eine ausdrückliche Aussprechung des richtigen Grundsatzes abzuschneiden.

Bemerk. zu §. 252. Von der hier aufgestellten Regel ist §. 261. eine Ausnahme gemacht.

E. B. C. 80.

### §. 253.

#### VI. Verübung gemeiner Verbrechen mit Amtsmißbrauch.

Schon aus den über die Strafzumessung gegebenen Anweisungen folgt die in dem ersten Absätze dieses Paragraphen enthaltene Bestimmung von selbst. Dagegen bedarf es über den in dem zweiten Absätze desselben behandelten Gegenstand einer näheren Bestimmung, wenn nicht Zweifel entstehen sollen.

Wenn nämlich ein öffentlicher Beamter einen Diebstahl, eine Unterschlagung, eine Fälschung oder einen Betrug begeht, welcher, der polizeilichen Bestrafung nach den oben gegebenen Vorschriften anheim fallen würde, so fragt sich, welche Folge die Begehung eines solchen Polizeivergehens für ihn haben solle? — Die genannten Verbrechen sind von der Art (und sie sind zugleich die einzigen, die in der niedrigsten Strafabstufung mit Zwangsarbeit bedrohet sind und doch auch polizeilich bestraft werden können), daß eine Person, die sich derselben auch in noch so geringer Maße schuldig macht, in einer öffentlichen Function nicht gelassen werden kann, denn sie sind an sich und nach der gemeinen Meinung beschimpfend, und ein solches Subject würde dem Stande, dem es angehört, nicht nur Unehre bringen, sondern auch die Achtung, die allen öffentlichen Beamten nothwendig ist, auf diese Weise mindern und untergraben. Es ist daher in dem Wahlgesetze bereits angenommen, daß selbst alle politischen Rechte durch ein Vergehen dieser Art verloren gehen, und in dem Staatsdienstgesetze ausgesprochen, daß, wer irgend eine Strafe dieser Vergehen wegen erlitten hat, des Dienstes entsetzt werden soll. (§. 62.)

Diese letztere Vorschrift hat das gemeinschaftliche Ober-Appellationsgericht jedoch einschränkend erklären zu können geglaubt, indem es angenommen hat, daß nur eine Criminalstrafe wegen solcher Vergehen die Absetzung zur Folge haben könne.

Wenn es sich nun auch nicht verkennen läßt, daß die Dienstentsetzung ein hartes Strafmaß für ein Polizeivergehen dieser Art ist, so wird sich auf der anderen Seite doch auch nicht läugnen lassen, daß es mit dem Besten des Dienstes unverträglich ist, Diebe, Betrüger und Fälscher in Dienstthätigkeit zu lassen. Man denke sich nur einen Richter, der eben, wenn auch nur eine vierundzwanzigstündige Gefängnißstrafe wegen Diebstahls erlitten hat, und der sich nun wieder auf den Richterstuhl setzt,

um über andere Diebe zu richten. Das Auskunftsmittel der Pensionirung würde für einen solchen Fall nicht einmal anwendbar sein, und da, wo es, wie bei den Administrations-Beamten, anwendbar wäre, läßt es sich um deswillen nicht rechtfertigen, weil es ein sehr schlechtes Beispiel abgäbe, wenn sich Jemand durch Diebstahl oder Betrug die Gnadenpension erwerben könnte, und doch würde diese zu geben sein.

Da nun das Beste des Dienstes sowohl als die Sorge für die Finanzen des Staats die Entfernung von Dieben und Betrügern aus dem öffentlichen Dienste im Wege Rechtens dringend fordert, die Dienstentsetzung aber für polizeilich zu bestrafende Vergehen dieser Art allerdings ein hartes Strafübel ist, so wird in dem gegenwärtigen Paragraphen Dienstentlassung für einen solchen Fall angedrohet.

Bemerk. zu §. 253. Durch die Bestimmungen dieses Paragraphen hat §. 62. des Staatsdienstgesetzes insofern eine Abänderung erlitten, daß, wenn eines der benannten Vergehen (Diebstahl, Unterschlagung, Betrug und Fälschung) der polizeilichen Bestrafung anheimfällt, nun nicht Dienstentsetzung, sondern Dienstentlassung des Criminalgesetzbuches eintritt. Bei einer Absolution von der Instanz rücksichtlich eines jener Verbrechen kann dagegen nur Entlassung im Disciplinarwege, also mit Vorbehaltung eines Fünftheils des Normalgehaltes, §. 60. Nr. 3. und §. 61. des Staatsdienstgesetzes, eintreten.  
C. B. S. 80.

Wegen der Prediger und Schullehrer vergl. noch Landtagsabschied von 1823. Art. 47. und landesherrl. Circularrefer. vom 12. November 1824. (Bege Repert. III. S. 263.)

Prot. Nr. XLIX. S. 599.

## §. 254.

### VII. Disciplinarstrafen.

Manche der hier vorkommenden Handlungen werden nur Criminalverbrechen, wenn bei ihnen sich die Qualificationen finden, welche die Bestimmungen über die einzelnen hierher gehörenden Rechtsverletzungen enthalten. Finden sich diese Qualificationen nicht, so soll nur Disciplinarstrafe eintreten. — Jedoch vorbehältlich der Bestimmungen des Staatsdienstgesetzes §. 60.

## §. 255.

### VIII. Bedingung der Anstellung der Untersuchung.

Es würde zu einer Verwirrung der Dienstverhältnisse führen, wenn wegen Dienstvergehen Untersuchungen von Amtswegen von den Gerichten eingeleitet werden könnten. Die hier aufgenommene Bestimmung findet sich schon in dem Staatsdienstgesetze (§. 42), und wird nur auf die anderen hierher gehörigen Personen ausgedehnt.

Bemerk. zu §. 255. Der letzte Satz, daß die Gerichte wegen gemeiner Verbrechen der Beamten von Amtswegen einschreiten dürfen, bildet den Gegensatz bloß davon, daß wegen Amtsverbrechen die Untersuchung lediglich auf Antrag der vorgesetzten Disciplinarbehörde anzustellen ist, so daß daneben der §. 244. bestehen bleibt, mithin wegen gemeiner Verbrechen der Beamten von Amtswegen gegen dieselben nur verfahren werden kann, wenn überhaupt eine Untersuchung ohne Anzeige der Betheiligten zulässig ist. Uebrigens versteht es sich von selbst, daß, wenn ein Dienstverbrechen mit einem gemeinen Verbrechen concurrirt, derselbe Grundsatz, daß nämlich ohne vorgängigen Antrag der vorgesetzten Disciplinarbehörde die Untersuchung angestellt werden kann, anzuwenden ist. Vergl. §. 42. des St. D. G. und §. 251. des C. G. B. C. B. C. 80.

## Capitel 2.

### Verletzung allgemeiner Dienstpflichten.

#### §. 256.

##### I. Bestechung.

Ueber die einzelnen in diesem und dem folgenden Capitel aufgeführten Verbrechen wird es nur sehr weniger Bemerkungen bedürfen.

Der Thatbestand derselben ist entweder da, wo sie zugleich gemeine Verbrechen enthalten, z. B. Unterschlagung, schon durch die oben gegebenen Vorschriften bestimmt, oder da, wo sie in eigenthümlichen Verbrechen bestehen, der Natur der Sache nach sehr einfach.

Bei dem Strafmaße ist im Allgemeinen der Grundsatz befolgt, daß bei den aus gewinnstüchtiger Absicht oder einem ähnlichen schlechten Motive hervorgehenden Verletzungen der beschworenen Amtspflicht Dienstentsetzung oder Dienstentlassung als Strafe angenommen ist. Neben der Dienstentsetzung oder Dienstentlassung sind noch Gefängnißstrafen in den Fällen, wo dies erforderlich schien, angedrohet. Treten härtere Freiheitsstrafen ein, so folgt die Dienstentsetzung von selbst.

Bei der Bestechung wird nur zu bemerken sein, daß eine wirklich pflichtwidrige Handlung zur Vollendung des Verbrechens nicht gehört, daß da, wo diese erfolgt, die Bestechung in ein schwereres Verbrechen übergehen kann, und daß daher für die Bestechung, wie sie hier festgesetzt worden, einjährige Gefängnißstrafe neben der Absetzung ausreicht.

#### §. 257.

##### II. Annahme von Geschenken.

Es ist unausführbar, alle Geschenkannahme von Untergebenen den Beamten zu verbieten, und schon die hiesige Verordnung vom 20. März



1742 trifft hier das rechte Maß, wenn sie nur von denen, die etwas zu klagen oder zu suchen haben, also in Beziehung auf Amtshandlungen, den Beamten Geschenkannahme verbietet. Das Gesetz ist hierbei stehen geblieben. Für das so bestimmte Verbrechen sind die angenommenen Strafmaßstäbe nicht zu hart.

Bemerk. zu §. 256 u. 257. 1. Diese §§. handeln von der passiven Bestechung; von der activen ist §. 112 u. 113. die Rede gewesen. Der Beamte, welcher zur Leistung eines Geschenkes, einer Belohnung u. s. w. auffordert, ist, auch wenn diese nicht gegeben oder versprochen worden, ebenfalls strafbar, und zwar wegen Versuches zu den §. 256. u. 257. benannten Verbrechen, was aus den allgemeinen Grundsätzen §. 36. und 37. folgt.

C. B. S. 80.

2. Der von der Ständeversammlung gemachte Antrag, den zweiten Absatz des §. 256. zu streichen, ist von Herzogl. Landesregierung abgelehnt.

Prot. Nr. XLIX. S. 600. Nr. L. S. 604 — 606.

Anl. II. zu Ll. Nr. XXXII.

Anl. I. zu LV.

Prot. Nr. LV. S. 671 — 673.

3. Die Bestimmung des §. 257. findet auf solche Amtshandlungen, wo für eine Vergütung in Anspruch zu nehmen die gesetzliche Befugniß zusteht, und auf diejenigen Fälle, in welchen dergleichen Gaben nicht als Geschenke, sondern als ein gesetzlich gestattetes Honorar für geleistete Dienste anzusehen sind, keine Anwendung, z. B. wenn ein Prediger für eine kirchliche Handlung, der Notar für ein besorgtes Rechtsgeschäft eine Belohnung annimmt. Wohl aber würde z. B. ein Arzt, der vermöge seines Amtes als Physicus ein Gutachten der Behörde zu erstatten hätte, in Beziehung auf die Ausstellung solchen Gutachtens Geschenke von den Betheiligten weder annehmen, noch sich versprechen lassen dürfen, und in diesem Falle der §. 257. anzuwenden sein.

Prot. Nr. L. S. 606. 607.

## §. 258.

### III. Mißbrauch der Amtsgewalt.

Zu diesem Paragraphen so wie zu

## §. 259.

### IV. Erpressung im Amte

wird nur zu bemerken sein, daß die festgesetzten Strafmaßstäbe um deswillen nicht zu hart erschienen sind, weil Personen, die sich solcher schuldig gemacht haben, im Dienste nicht geduldet werden können, und wie die Erfahrung leider lehrt, insonderheit die unteren Beamten nur durch unerbittliche Strenge von Unrechtfertigkeiten dieser Art abzuhalten sind, so daß man diese Strenge den Unterthanen schuldig ist.

## §. 260.

## V. Unterschlagung.

Es ist hier der Begriff der Unterschlagung beibehalten und speciell auf die hier vorkommenden Verhältnisse angewendet.

Bei den Strafabstufungen sind die Summen, welche die bestehende Gesetzgebung (Verordnung vom 25. Febr. 1773) als solche annimmt, beibehalten, und die dadurch gegen die gemeine Unterschlagung entstehende Straferhöhung wird durch die größere Verschuldung des Thäters und die größere Gefährlichkeit der That hinlänglich begründet.

## §. 261.

## VI. Unerlaubte Benutzung anvertrauter Gelder u. s. w.

Wenn auch ohne Verletzung besonderer Amtspflichten alle Handlungen dieser Art als Verbrechen nicht angesehen werden können, so müssen sie doch, um den Staat oder Private, die gezwungen sind, sich öffentlicher Beamten zu bedienen, vor Schaden zu bewahren, da, wo sie zugleich die Dienstpflicht verletzen, mit Strafe belegt werden.

Die Gründe, welche bei der gemeinen Unterschlagung den Ersatz als Grund der Strafflosigkeit empfehlen, gelten nicht für diese Verbrechen, und um jeden Zweifel zu heben, ist dies ausdrücklich bestimmt.

Bemerk. zu §. 260. und 261. Der letzte Fall im §. 260., „wer, um zu veruntreuen, Gelder — auf Zinsen ausleiht“, bezieht sich auf die Veruntreuung des Geldes selbst, also des Hauptstuhls, wogegen der Fall im §. 261 nur auf die Benutzung von Zinsen, wobei das Capital selbst nicht veruntreuet wird, geht. C. B. S. 80.

## §. 262!

## VII. Rechnungsfälschung.

Bei der großen Gefährlichkeit und Schädlichkeit dieses Vergehens ist eine specielle Aufführung der hierher gehörigen Fälle zweckmäßig erachtet und zugleich die Strafschärfung angemessen gefunden, die darin liegt, daß, wenn eine Unterschlagung zugleich eintritt, wie dies meist der Fall sein wird, die Strafen beider Verbrechen zusammen erkannt werden sollen. — Es folgt schon aus den allgemeinen Grundsätzen, daß, wer wissentlich Geld herleiht, um einen Cassendefect zu verdecken und um nach der Cassenuntersuchung das Geld wieder zu erhalten, als Begünstiger angesehen werden kann. Es schien aber zu weit zu führen, ihn als Theilnehmer anzusehen, auch selbst für den Fall, wenn er die Absicht hat, dem Beamten bei Fortsetzung des Verbrechens dadurch beförderlich zu sein.

## §. 263.

## VIII. Fälschung bei Amtshandlungen.

Die Dienstentlassung wird hier nur eintreten, wenn nach den über den Betrug gegebenen Vorschriften auf Polizeistraf zu erkennen wäre, in allen anderen Fällen folgt der Strafe des Betruges Dienstentsetzung von selbst.

## §. 264.

## IX. Verkürzung öffentlicher Einkünfte.

Dieser Paragraph und die

Bemerk. zu §. 264. Der zweite Absatz ist schon in dem gemeinen Rechte gegründet, wornach derjenige, welcher Kraft seines Amtes verkauft, nicht selbst als Käufer auftreten darf, weder unmittelbar noch durch Zwischenpersonen, bei Strafe des Verlustes der Sache und daneben des vierfachen Werthes.

l. 46. ff. de contrah. emt. 18, 1. Prot. Nr. XLIX. C. 601.

## §. 265.

## X. Verletzung der Amtsverschwiegenheit;

## §. 266.

## XI. Amtserfleichung;

## §. 267.

## XII. Verlassung des Amtes;

## §. 268.

## XIII. Ungehorsam im Dienst;

## §. 269.

XIV. Theilnahme an unerlaubten Verbindungen  
geben zu besonderen Bemerkungen keine Veranlassung.

Bemerk. zu §. 270. Der §. 48 handelt von einer allgemeinen Bürgerpflicht, von welcher im §. 49. die Angehörigen befreiet sind, es wäre denn, daß sie von Amtswegen zu einer Anzeige verpflichtet wären, in welchem Falle es auch rücksichtlich ihrer bei der Vorschrift des §. 48. verbleibt. Wer indeß, vermöge seines Amtes, bevorstehende oder verübte Verbrechen zu verhindern oder anzuzeigen verpflichtet ist, und dahin gehören, in Betreff der Anzeige verübter Verbrechen nicht bloß Justiz- und Polizeibeamte, sondern auch Gerichtsärzte und Wundärzte, Hebammen u. s. w. bei Anzeichen der Vergiftung, des Kindermordes, Kinderabtreibung etc., muß dies in allen Fällen thun, wenn

er davon Wissenschaft hat und nicht lediglich in dem beschränkten Maße des §. 48. Wegen Unterlassung der Untersuchung begangener Verbrechen enthält §. 278. für Untersuchungsbeamte, wohin auch die Polizeibeamten gehören, Landsh.-Ord. §. 194., und wegen Nichtverhinderung von Verbrechen, §. 281., für Polizeibeamte die erforderliche Strafbestimmung. Es fehlte indeß an einer solchen noch, was die Nichtanzeige bereits verübter Verbrechen anlangt, für sämtliche obgedachte Personen, weshalb dieser in dem Entwurfe nicht vorhandene §. 270. in Gemäßheit des Antrages der Stände in das Gesetz aufgenommen hat. C. B. S. 81.

### Capitel 3.

#### Verletzung besonderer Amtspflichten.

##### §. 271 — 281.

##### 1. Der Justiz und Polizei-Beamten.

Die Strafbestimmungen dieses Abschnitts sind streng. Man wird sie indeß nicht zu hart finden, wenn man berücksichtigt, daß es den Motiven und der persönlichen Verschuldung nach kaum etwas Niederträchtigeres geben kann, als wenn gerade diejenigen, deren amtlicher Vorsorge der Schutz der Personen und des Eigenthums anvertrauet ist, und deren heiliger Beruf darin besteht, die Gerechtigkeit auf Erden zu verwalten, ihre dienstliche Stellung aus Habsucht, Rachgier oder Parteilichkeit benutzen, um Verbrechen zu begehen.

Bemerk. zu §. 271. Wenn ein Justiz- oder Polizeibeamter wissentlich einen Unschuldigen in Haft nimmt, so findet der §. 271., ist es aber aus Mangel an Ueberlegung geschehen, so finden die Bestimmungen des Staatsdienstgesetzes Anwendung. Im ersten Falle war überhaupt kein Recht zur Verhaftung vorhanden, im letzten Falle nur eine unter Umständen entschuld bare Ueberschreitung eines vorhandenen Rechtes.

Prot. Nr. L. S. 607.

Bemerk. zu §. 272. Das Wort — »Untersuchungsbeamte« — begreift sowohl Justiz- als Polizeibeamte, was sich aus §. 271. des C. B. S. und §. 194. 204. des Landesgrundgesetzes ergibt.

Prot. Nr. L. S. 609.

Bemerk. zu §. 273. Dieser im Entwurfe fehlende §. ist auf den Antrag der Stände eingeschoben, damit der ungebührlichen Verzögerung der Untersuchung wider Verhaftete vorgebeugt, und dieserwegen angemessene Strafe erkannt werden könne.

Prot. Nr. L. S. 609. Nr. LI, S. 616. 617. Anl. II. zu LI. Nr. XXXVI.

Bemerk. zu §. 281. Ungerechtigkeiten können nicht bloß bei Entscheidung eines Rechtsstreites, sondern auch bei Leitung einer Rechtsache, und zwar sowohl einer streitigen als unstreitigen, vorkommen, und sind im letzten Falle nicht minder strafbar.

Der Fall, wenn ein Richter in einer Untersuchungssache den ihm bekannten Entschuldigungsbeweis mit rechtswidriger Absicht nicht zu den Acten bringt, gehört unter die Bestimmungen des §. 143. C. B. G. 82.

### §. 282 u. 283.

#### II. Der Kirchendiener.

Die Bestimmungen des §. 282 sind namentlich in der jetzigen Zeit sehr heilsam, und die des §. 283 folgen aus der Natur und Wichtigkeit des Geschäfts, auf welches sie sich beziehen.

Bemerk. zu §. 282. Die Bestimmung beziehet sich auf alle Geistliche ohne Unterschied der Confession und Religion.

Bergl. Prot. Nr. L. G. 610. 611.

Bemerk. zu §. 283. Bössliche aus Gewinnsucht oder sonst in rechtswidriger Absicht vorgenommene Auslassungen sind der Fälschung oder Verfälschung beinahe gleich zu achten.

C. B. G. 82.

Unter Umständen kann dadurch auch das Verbrechen der Unterdrückung der Familienrechte begründet werden, §. 181., und der Kirchendiener, der wesentlich falsche kirchliche Zeugnisse ausstellt, ist nach §. 131. zu beurtheilen.

### §. 284.

#### III. Der Schuldiener.

Wenn Schullehrer die Züchtigungsbefugniß in der Weise missbrauchen, wie es der Paragraph voraussetzt, wird Dienstentlassung keine zu harte Strafe sein. Leider zeigt die Erfahrung, daß auch in dieser Beziehung Strenge erforderlich ist, um Excesse zu verhüten.

### §. 285.

#### IV. Untreue der Rechtsanwälte.

Der Inhalt dieses Paragraphen ist zum Theil dem gemeinen Rechte entsprechend. Die in den beiden letzten Absätzen desselben mit Strafe bedrohten Handlungen sind dem gemeinen Rechte als Verbrechen unbekannt. Indes wenn man erwägt, daß schlechte und gewissenlose Advocaten durch solches Verfahren das Glück ganzer Familien untergraben, und daß, wenn die Merkmale, welche das Gesetz erfordert, vorhanden sind, im Wesentlichen ein Betrug in Beziehung auf Amtspflichten begangen wird, so werden auch diese Strafbestimmungen als gerechtfertigt angesehen werden müssen.

Bemerk. zu §. 285. Das *Palmarium* und das *Pactum de quota litis* sind — insofern nicht dadurch das §. 257. gedachte Verbrechen begründet wird — den civilrechtlichen Bestimmungen überlassen.

Prot. Nr. L. G. 611. 612.

## §. 286.

## V. Unvorsätzliche Tödtung oder Beschädigung einer Person bei Ausübung eines öffentlichen Amtes.

Wenn der Staat die hier benannten Beamten oder Gewerbetreibenden zur Ausübung ihrer Kunst oder ihres Gewerbes allein zuläßt und an sie das Publicum verweist, so hat er auch die Verpflichtung, dafür Sorge zu tragen, daß diejenigen unter ihnen, die durch Ungeschicklichkeit oder Nachlässigkeit Personen beschädigen oder gar tödten, von dem Amte, das ihnen zu solchen Verletzungen Gelegenheit giebt, entfernt werden.

Bemerk. zu §. 286. Die zur Ausübung einer Kunst oder eines Gewerbes öffentlich Ermächtigten werden hier den §. 248. Nr. 5. benannten Personen gleichgestellt, sollten sie auch mit einer öffentlichen Function nicht bekleidet sein. Es folgt daraus, daß im letzten Falle bei ihnen, weil es an einer vorgesezten Disciplinarbehörde fehlt, die Anstellung der Untersuchung nicht an die im §. 255. Abs. 1. aufgestellte Bedingung gebunden sein kann.

C. B. C. 83.

## §. 287.

## VI. Pflichtwidriges Verhalten der Gesundheitsbeamten.

Es kommt leider vor, daß die Gesundheitsbeamten ihren Beruf mehr darin finden und suchen, Geld zu erwerben, als den Bedrängten Hülfe zu gewähren, und daß sie auch in dringenden Fällen und mit augenscheinlichem Nachtheil für die Leidenden ihre Hülfe versagen, wenn sie nicht der Zahlung gewiß sind. Ein so hartherziges und pflichtwidriges Verfahren verdient unstreitig Strafe.

Ueber die bei den Postbeamten, dem Forstpersonal und der Steuerverwaltung vorkommenden besonderen Dienstvergehen sind hier keine Vorschriften gegeben, eben so wenig wie wegen ärztlicher oder wundärztlicher Puscherei, da die in den speciellen, diese Gegenstände betreffenden Gesetzen, Ordnungen und Rescripten gegebenen Vorschriften genügen und dort den betheiligten Personen besser bekannt werden.

## B e m e r k u n g e n

3 "

dem Gesetze, die gegen Kinder wegen verbrecherischer Handlungen zu ergreifenden polizeilichen Maßregeln betreffend.

---

Im §. 30. des Criminalgesetzbuches ist das vollendete 14te Lebensjahr als das zurechnungsfähige Alter angenommen, und finden hiernach gegen Kinder unter 14 Jahren wegen begangener geschwidriger Handlungen nur polizeiliche Maßregeln Statt.

Erfahrungsmäßig verüben jedoch auch Personen dieses Alters nicht selten verbrecherische Handlungen mit großer Verschlagenheit und Bosheit, und ist es daher um so nothwendiger gewesen, daß eines Theils den Polizeibehörden die geeigneten Mittel, um gegen jugendliche Verbrecher wirksam verfahren zu können, gegeben, und anderen Theils ihnen bestimmte Grenzen in deren Anwendung vorgeschrieben werden.

Dies ist der Zweck des vorliegenden Gesetzes, in Bezug auf dessen einzelne Bestimmungen nur hervorzuheben ist:

1) daß keine der für zulässig erklärten polizeilichen Maßregeln verfügt werden darf, bevor nicht das zuständige Gericht den Beweis der Schuld geführt erachtet hat (§. 8.); woraus denn folgt, daß im Falle einer Entbindung von der Instanz nicht die Bestimmungen dieses Gesetzes zur Anwendung kommen, sondern nur solche polizeiliche Maßregeln eintreten können, zu denen die Polizeibehörden außerdem, namentlich nach dem Gesetze vom 29. Juli 1833, die Besserungs- und Arbeitsanstalten betreffend, ermächtigt sind;

C. B. Anal. IV. zu Nr. XLl.

und

2) daß durch solches Gesetz die auf Statuten und Reglements sich gründenden Verfügungen zur Aufrechterhaltung der Disciplin in den Schulen und öffentlichen Erziehungsanstalten nicht abgeändert werden.

Prot. Nr. LI. S. 623. 624. Anal. I. zu LII. Anal. II. zu LV.



# Tabellarische Uebersicht

der

für die verschiedenen Grade der Mitschuld (§. 35 — 40.)  
und die Arten der Mitschuldigen (§§. 41 — 48. u. 51.)  
festgesetzten Strafabstufungen,

aufgestellt

für mit Todes-, Ketten-, Zuchthaus-, Zwangsarbeits- und  
Gefängniß-Strafe bedrohte Verbrechen.

---

Unlage A — E.

---

C. B. C. 98. — 107.

Anl. A.

**M o r d ,**

§. 145.

Arten der Mitschuldigen	Grade der Mitschuld				
	Vollen- dung, §. 35. §. 145	Beendigter Versuch, §. 36. Abs. 1.	Nicht Be- endigter Versuch §. 36. Abs. 2.	Vorberei- tung, §. 40 §. 151.	Rückfall §. 58.
1. Anstifter und Urheber, §. 41.	Tod	Zeitliche Kettenstra- fe nicht un- ter 10 bis 25 Jahre	Zeitliche Kettenstra- fe v. 5 bis 15 Jahren	Zwangs- arbeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	
2. Gleiche Theilnehmer, §. 43.	Dieselben Strafen				
3. Ungleiche Theilnehmer 1ten Grades, §. 44., und Gehülfen 1ten Grades, §. 46.	Zeitliche Kettenstra- fe nicht un- ter 10 bis 25 Jahre	Zeitliche Kettenstra- fe von 5 bis 15 Jah- ren	Zeitliche Kettenstra- fe v. 3 bis 15 Jahren	Zwangs- arbeit nicht unter 1 Monat bis 5 Jahre	
4. Ungleiche Theilnehmer 2ten Grades, §. 45., Ge- hülfen 2ten Grades, §. 46., und Begünstiger 1ten Gra- des, §. 47.	Zeitliche Kettenstra- fe v. 5 bis 15 Jahren	Zeitliche Kettenstra- fe von 3 bis 15 Jah- ren	Zuchthaus von v. 2 bis 10 Jahren	Gefängniß v. 14 Ta- gen bis 3 Jahren.	
5. Zurücktretende Anstifter, §. 45. Nr. 1.	Zuchthaus v. 2 bis 10 Jahren	Zuchthaus v. 2 bis 10 Jahren	Zuchthaus von 2 bis 10 Jahren		
6. Begünstiger 2ten Grades, §. 47., zurücktretende Theil- nehmer, und zurücktretende Gehülfen, §. 51. Nr. 2.	Zwangs- arbeit von 1 Jahre bis 5 Jahren	Zwangs- arbeit v. 1 Jahre bis 5 Jahren	Zwangs- arbeit von 1 Jahre bis 5 Jahren		
7. Mitwisser, §. 48.	Gefängniß v. 1 Jahre bis 3 Jah- ren	Gefängniß v. 1 Jahre bis 3 Jah- ren	Gefängniß v. 1 Jahre bis 3 Jah- ren		
8. Anstiftung, wenn der An- fang zur Ausführung noch nicht gemacht ist, §. 37. Nr. 1.	Zeitliche Kettenstrafe von 3 bis 15 Jahren				
9. Diejenigen, welche die Be- gehung des Mordes zuge- sagt haben, vertragemässi- ge Theilnehmer und Ge- hülfen, unter der ad 8. er- wähnten Voraussetzung, §. 37. Nr. 2.	Zuchthaus von 2 bis 10 Jahren				

Anl. B.

**Brandstiftung**

mit Gefahr für Personen, jedoch ohne erschwerende Umstände §. 204. Nr. 3.

Arten der Mitschuldigen	Grade der Mitschuld				
	Vollendung §. 35. Nr. 3.	Beendigter Versuch §. 36. Abs. 1.	Nichtbeendigter Versuch §. 36. Abs. 2.	Vorbereitung §. 40.	Rückfall §. 58. (§. 204. Nr. 2.)
1. Anstifter und Urheber, §. 41.	Zeitliche Kettenstrafe v. 5 bis 10 Jahren.	Zeitliche Kettenstrafe v. 3 bis 10 Jahren.	Zuchthaus von 2 bis 10 Jahren.	Straffrei.	Zeitliche Kettenstrafe v. 10 bis 15 Jahren.
2. Gleiche Theilnehmer, §. 43.	Dieselben Strafen				
3. Ungleiche Theilnehmer 1sten Grades, §. 44., und Gehülfen 1sten Grades, §. 46.	Zeitliche Kettenstrafe v. 3 bis 10 Jahren.	Zuchthaus von 2 bis 10 Jahren.	Zuchthaus von 1 bis 10 Jahren.		
4. Ungleiche Theilnehmer 2ten Grades, §. 45., Gehülfen 2ten Grades, §. 46., Begünstiger 1sten Grades, §. 47.	Zuchthaus von 2 bis 10 Jahren.	Zuchthaus von 1 bis 10 Jahren.	Zwangsarbeit von 1 Mon. bis 5 Jahre.		
5. Zurücktretende Anstifter, §. 51. Nr. 1.	Zuchthaus von 2 bis 10 Jahren.	Zuchthaus von 2 bis 10 Jahren.	Zwangsarbeit von 1 Mon. bis 5 Jahre.		
6. Begünstiger 2ten Grades, §. 47., zurücktretende Theilnehmer und zurücktretende Gehülfen, §. 51. Nr. 2.	Zwangsarbeit von 1 Jahre bis 5 Jahre.	Zwangsarbeit von 1 Jahre bis 5 Jahren.	Gefängniß von 14 Tagen bis 3 Jahren.		
7. Mitwisser, §. 48.	Gefängniß v. 14 Tagen b. 3 Jahren.				
8. Anstiftung, wenn der Anfang zur Ausführung noch nicht gemacht ist, §. 37. Nr. 1.	Zuchthaus v. 1 bis 10 Jahren				
9. Diejenigen, welche die Verübung der Brandstiftung zugesagt haben, vertragmäßige Theilnehmer und Gehülfen, unter der ad 8. bemerkten Voraussetzung, §. 37. Nr. 2.	Zwangsarb. v. 1 Mon. b. 5 Jahren				

**Falschmünzen,**

§. 126.

Arten der Mitschuldigen	Grade der Mitschuld				
	Vollen- dung §. 35. §. 126.	Beendiger Versuch §. 36. Abs. 1.	Nicht be- endigter Ver- such §. 36. Abs. 2.	Vorberei- tung §. 40. §. 133.	Rückfall §. 58.
1. Urheber und Anstifter, §. 41.	Zuchthaus von 2 bis 10 Jahren.	Zuchthaus von 1 bis 10 Jahren.	Zwangs- arbeit v. 1 Monat bis 5 Jahren.	Gefängniß von 14 Ta- gen bis 1 Jahr.	Zuchthaus über 2 bis 15 Jahre.
2. Gleiche Theilnahme §. 43.	Dieselben Strafen				
3. Ungleiche Theilnehmer 1sten Grades, §. 44., und Gehülfsen 2ten Grades, §. 46.	Zuchthaus- strafe von 1 bis 10 Jahren.	Zwangs- arbeit von 1 Monat bis 5 Jah- ren.	Zwangs- arbeit v. 14 Tagen bis 5 Jahren.	Gefängniß v. 1 Tage bis 1 Jahr.	
4. Ungleiche Theilnehmer 2ten Grades, §. 45., Ge- hülfsen 2ten Grades, §. 46., Begünstiger 1sten Grades, §. 47.	Zwangs- arbeit von 1 Monat bis 5 Jah- ren.	Zwangs- arbeit von 14 Tagen bis 5 Jah- ren.	Gefängniß von 14 Ta- gen bis 3 Jahren.	Gefängniß v. 1 Tage bis 4 Mo- naten, oder Geldbuße.	
5. Zurücktretende Anstifter, §. 51. Nr. 1.	Zwangs- arbeit von 1 Monat bis 5 Jah- ren.	Zwangs- arbeit von 14 Tagen bis 5 Jah- ren.	Gefängniß von 14 Ta- gen bis 3 Jahren.		
6. Begünstiger 2ten Grades, §. 47., zurücktretende Theil- nehmer und zurücktretende Gehülfsen, §. 51. Nr. 2.	Gefängniß von 14 Ta- gen bis 3 Jahren.	Gefängniß von 14 Ta- gen bis 3 Jahren.	Gefängniß von 14 Ta- gen bis 3 Jahren.		
7. Mitwisser, §. 48.	Gefängniß von 14 Ta- gen bis 3 Jahren.	Gefängniß von 14 Ta- gen bis 3 Jahren.	Gefängniß von 14 Ta- gen bis 3 Jahren.		
8. Anstiftung, wenn der An- fang zur Ausführung noch nicht gemacht ist, §. 37. Nr. 1.	Zwangearb. v. 14 Tagen	v. 5 Jahren			
9. Diejenigen, welche die Ver- übung des Falschmünzens zugefagt haben, vertrags- mäßige Theilnehmer und Gehülfsen unter der ad 8. bemerkten Voraussetzung, §. 37. Nr. 2.	Gefängniß v. 14 Tagen	b. 3 Jahren			

Ant. D.

# Brandstiftung an eigenen Sachen

in betrügllicher Absicht bei einem Schaden von mehr als 15 Thlr. und bis von 500 Thlr., §. 206.

Arten der Mitschulbigen	Grade der Mitschuld				
	Vollen- dung §. 35. 206. 207.	Beendigter Versuch §. 36 Abs. 1	Nicht be- endigter Ver- such §. 36. Abs. 2.	Vorberei- tung §. 40.	Rückfall §. 58.
1. Anstifter und Urheber §. 41.	Zwangs- arb. von 1 Jahre bis 5 Jahren.	Zwangs- arb. von 1 Mon. bis 5 Jahren.	Gefängnis v. 14 Ta- gen bis 3 Jahren.	Straßlos.	Zwangs- arb. üb. 1 Jahr b. v. 10 Jahren.
2. Gleiche Theilnehmer, §. 43.	Dieselben Strafen				
3. Ungleiche Theilnehmer er- sten Grades, §. 44., und Gehülfen ersten Grades, §. 46.	Zwangs- arb. von 1 Monate b. von 5 Jahr.	Gefängnis v. 14 Ta- gen bis 3 Jahren.	Gefängnis v. 1 Tage bis 3 Jahr- ren.	Gefängnis v. 1 Tage bis 3 Jahr- ren.	
4. Ungleiche Theilnehmer 2ten Grades, §. 45., Ge- hülfen 2ten Grades, §. 46., und Begünstiger ersten Grades, §. 47.	Gefängnis v. 14 Ta- gen bis 3 Jahren.	Gefängnis v. 1 Tage bis 3 Jahr- ren.	Gefängnis v. 1 Tage bis von 3 Jahren od. Verweis.	Gefängnis v. 1 Tage bis v. 3 Jahren, od. Geldstrafe, jedoch nur bis zur Dauer von 1 Jahre.	
5. Zurücktretende Anstifter, §. 51. Nr. 1.	Gefängnis v. 14 Ta- gen bis v. 3 Jahren.	Gefängnis v. 14 Ta- gen bis v. 3 Jahren.	Gefängnis v. 1 Tage bis v. 3 Jahren, od. Geldstrafe, jedoch nur bis zur Dauer v. 1 Jahre.	Gefängnis v. 1 Tage bis v. 3 Jahren, od. Geldstrafe, jedoch nur bis zur Dauer v. 1 Jahre.	
6. Begünstiger 2ten Grades §. 47., zurücktretende Theil- nehmer und zurücktretende Gehülfen, §. 51. Nr. 2.	Gefängnis v. 14 Ta- gen bis v. 3 Jahren.	Gefängnis v. 14 Ta- gen bis v. 3 Jahren.	Gefängnis v. 1 Tage bis v. 3 Jahren, od. Geldstrafe, jedoch nur bis zur Dauer v. 1 Jahre.	Gefängnis v. 1 Tage bis v. 3 Jahren, od. Geldstrafe, jedoch nur bis zur Dauer v. 1 Jahre.	
7. Mitwisser, §. 48.	Gefängnis v. 14 Ta- gen bis v. 3 Jahren.	Gefängnis v. 14 Ta- gen bis v. 3 Jahren.	Gefängnis v. 1 Tage bis v. 3 Jahren, od. Geldstrafe, jedoch nur bis zur Dauer v. 1 Jahre.	Gefängnis v. 1 Tage bis v. 3 Jahren, od. Geldstrafe, jedoch nur bis zur Dauer v. 1 Jahre.	
8. Anstiftung, wenn der An- fang zur Ausführung noch nicht gemacht ist, §. 37. Nr. 1.	Gefängnis v. 1 Tage bis von 3 Jahren.				
9. Diejenigen, welche die Verübung zugesagt ha- ben, die vertragsmäßigen Theilnehmer und Gehül- fen, unter der zu 8. bemerk- ten Voraussetzung, §. 37. Nr. 2.	Gefängnis von 1 Tage bis von 3 Jahren oder Verweis.				

Anl. E.

**Einfache Beschädigung fremden Eigenthums,**

wenn der angerichtete Schaden 500 Thlr. übersteigt, §. 211. Nr. 1.

Arten der Mitschuldigen.	Grade der Mitschuld				
	Vollen- dung §. 35. §. 211. Nr. 2.	Beendiger Versuch §. 36. Abs. 1.	Nicht be- endiger Ver- such §. 36. Abs. 2.	Vorberei- tung §. 40.	Rückfall §. 58.
1. Anstifter und Urheber §. 41.	Gefängniß v. 1 Jahre bis von 3 Jahren.	Gefängniß v. 14 Ta- gen bis 3 Jahren.	Gefängniß v. 1 Ta- ge bis von 1 Jahre.	Straßlos.	Gefängniß über 1 Jahr bis 5 Jahre.
2. Gleiche Theilnehmer, §. 43.	Dieselben Strafen				
3. Ungleiche Theilnehmer 1ten Grades, §. 44., und Gehülfsen 1ten Grades, §. 46.	Gefängniß v. 14 Ta- gen bis 3 Jahren.	Gefängniß v. 1 Tage bis von 1 Jahre.	Gefängniß v. 1 Tage b. v. 1 Jahre.		
4. Ungleiche Theilnehmer 2ten Grades, §. 45., Gehülfsen 2ten Grades, §. 46., und Begünstiger 1ten Gra- des, §. 47.	Gefängniß v. 1 Tage bis von 1 Jahre.	Gefängniß v. 1 Tage bis von 1 Jahre.	Gefängniß v. 1 Tage bis von 1 Jahre, od. Verweis.		
5. Zurücktretende Anstifter, §. 51. Nr. 1.	Gefängniß v. 1 Tage bis von 1 Jahre.	Gefängniß v. 1 Tage bis von 1 Jahre, od. Geldstrafe.	Gefängniß v. 1 Tage bis von 1 Jahre, od. verhältniß- mäßige Geldstrafe.		
6. Begünstiger 2ten Grades, §. 47. zurücktretende Theil- nehmer und Gehülfsen, §. 51. Nr. 2.	Gefängniß v. 1 Tage bis von 1 Jahre.	Gefängniß v. 1 Jahre oder ver- hältnißmäßige Geldstr.	Gefängniß v. 1 Tage b. v. 1 Jahre oder ver- hältnißmäßige Geldstr.		
7. Mitwisser, wenn ein Un- schuldiger in Untersuchung gerathen ist, §. 48.	Gefängniß v. 1 Tage bis 1 Jahr.	Gefängniß v. 1 Jahre, oder ver- hältnißmäßige Geldstr.	Gefängniß v. 1 Tage b. v. 1 Jahre, oder ver- hältnißmäßige Geldstr.		
8. Anstiftung, wenn der An- fang zur Ausführung noch nicht gemacht ist, §. 37. Nr. 1.	Gefängniß	Gefängniß v. 1 Tage b.	Gefängniß v. 1 Jahre		
9. Diejenigen, welche die Begehung des Verbrechens zugefagt haben, die ver- tragmäßigen Theilnehmer und die Gehülfsen, unter der zu 8. erwähnten Vor- aussetzung §. 37. Nr. 2.	Gefängniß v. 1 Tage bis v. 1 Jahre, oder Verweis				

Anl. F.

# Tabellarische Uebersicht

der für vorsätzliche und unvorsätzliche Beschädigung festgesetzten Strafen.  
§. 159 — 161. und §. 167.

A r t den Beschädigung	I. Vorsätzliche Beschädigung		II. Unvorsätzliche Beschädigung §. 161.		
	1) vorbedachte §. 159.	2) in leidenschaftlicher Auf- wallung §. 160. a) nicht ent- schuldigte	b) entschul- digte	1. bei einem vorsätzli- chen Ver- brechen	2. in anderen Fällen
A. Schwere bleibende Be- schädigung. §. 159. Nr. 2. §. 160. Nr. 1.	Kettenstrafe bis von 5 bis 10 Jahren.	Zuchthaus von 2 bis 10 Jahren.	Gefängnis von 1 bis 3 Jahren.	Zwangs- arbeit über 1 Jahr bis 5 Jahren.	Gefängnis v. 14 Tagen b. v. 1 Jahre oder verhältnismä- ßiger Geldstrf.
B. Erhebliche jedoch vorüber- gehende. §. 159. Nr. 3. §. 160. Nr. 2.	Zuchthaus v. 2 bis 10 Jahren	Zwangsarbeit über 1 bis 5 Jahre.	Gefängnis von 14 Tagen bis v. 1 Jahre	Gefängnis von 6 Mo- naten bis v. 1 Jahre	Desgl.
C. Mit Waf- fen, ohne daß eine der unter 1. und 2. auf- geführten Fel- gen eingetreten ist, §. 160. Nr. 3.		Gefängnis über 1 Jahr bis 3 Jahre.	Gefängnis von 14 Tagen bis 6 Monaten.	Gefängnis von 14 Ta- gen bis v. 4 Monaten	Polizeiliche Bestrafung mit Gefängnis bis von 14 Tagen, oder Geldbuße b. v. 10 Thlr.
D. Leichtste Be- schädigung. §. 159. Nr. 4. §. 160. Nr. 4.	Zwangsarbeit über 1 Jahr bis 5 Jahre.	Gefängnis von 3 Monaten bis von 1 Jahre.	Gefängnis von 14 Tagen bis von 6 Monaten.	Gefängnis von 14 Ta- gen bis v. 4 Monaten	Desgl.
E. Beschädi- gung ohne Krankheit und Arbeitsunfä- higkeit. §. 159. Nr. 5. §. 160. Nr. 5.	Gefängnis von 3 Mona- ten bis von 1 Jahre.	Gefängnis von 14 Tagen bis von 6 Monaten.	Polizeiliche Bestrafung mit Gefängnis bis von 14 Tagen	Gefängnis von 14 Ta- gen bis v. 4 Monaten	Desgl.

# Zusammenstellung

der

## öffentlichen und Privat=Verbrechen nach den Strafen \*).

---

- I. Todesstrafe.
- II. Kettenstrafe.
  - A. Lebenslängliche.
  - B. Zeitliche von 10 bis von 15 Jahren.
  - C. Zeitliche von 5 bis von 15 Jahren.
  - D. Zeitliche von 5 bis von 10 Jahren.
- III. Zuchthaus von 2 bis von 10 Jahren.
- IV. Zwangsarbeit.
  - A. Von 1 Jahre bis von 5 Jahren.
  - B. Von 1 Monate bis von 1 Jahre und weniger.
- V. Gefängniß.
  - A. Von 5 bis von 15 Jahren.
  - B. Von 2 bis von 10 Jahren.
  - C. Von 1 Jahre bis von 5 Jahren.
  - D. Von 1 Jahre bis von 3 Jahren.
  - E. Von 14 Tagen bis von 1 Jahre.
  - F. Von 14 Tagen bis von 6 Monaten und weniger.

---

\*) Eine solche Zusammenstellung ist, wenn nicht nothwendig, doch jedenfalls sehr interessant, damit die Abstufungen, welche dem Gesetze zum Grunde gelegt sind, übersehen, und die Verbrechen selbst in ihren Abstufungen darnach verglichen werden können, so daß sich sofort ergibt, welche Verbrechen auf eine und dieselbe Strafsstufe gestellt sind.



## I. T o d e s s t r a f e.

- 1) Hochverrath. 81. № I. und II. \*).
- 2) Mord. 145.

## II. K e t t e n s t r a f e.

## A. Lebenslängliche.

- 1) Hochverrätherisches Unternehmen gegen die Gesundheit oder Freiheit des Landesfürsten, das nur bis zu dem nicht beendigten Versuche vorgeschritten ist, in den schwereren Fällen. 81. Abs. 2.
- 2) Hochverrätherische Verschwörung gegen das Leben des Staatsoberhauptes. 82.
- 3) Landesverrath ersten Grades mit Stiftung erheblichen Schadens. 84.
- 4) Majestäts-Beleidigung des Staats-Oberhauptes durch vorbedachte Thätlichkeiten. 90.
- 5) Menschenraub, wenn die ~~gewählte~~ Person in Sklaverei, Leibeigenschaft oder mit Gefahr für Leben und Freiheit in fremde Gewalt gebracht worden ist. 169. Nr. 1.
- 6) Brandstiftung unter höchst gefährlichen Umständen. S. 204. Nr. I.

## B. Zeitliche Kettenstrafe von 10 bis 15 von Jahren.

- 1) Hochverrätherisches Unternehmen gegen die Gesundheit oder Freiheit des Staatsoberhauptes, wenn jenes nur bis zu dem nicht beendigten Versuche vorgeschritten ist, in den milderer Fällen. 81. Abs. 2.
- 2) Majestäts-Beleidigung des Staatsoberhauptes durch nicht vorbedachte Thätlichkeiten. 90.
- 3) Beleidigung der Landesfürstin oder des Erbprinzen durch vorbedachte Thätlichkeiten. 93.
- 4) Kindesmord (eheliches Kind). 149.
- 5) Menschenraub, um in Sklaverei, Leibeigenschaft, oder mit Gefahr für Leben oder Freiheit in fremde Gewalt gebracht zu werden. 169. Nr. 1.
- 6) Raub mit lebensgefährlichem Angriffe, Peinigung oder mit mehreren anderen Qualifikationen. 175. Nr. I.
- 7) Erpressung unter gleichen Umständen. 177.
- 8) Brandstiftung unter gefährlichen Umständen. 204. Nr. II.
- 9) Diebstahl mit Waffen, wenn davon Gebrauch gemacht ist (auch Kettenstrafe bis von 10 Jahren und Zuchthaus). 213. Nr. I.

## C. Zeitliche Kettenstrafe von 5 bis von 15 Jahren.

- 1) Hochverrätherische Verschwörung, nicht gegen das Leben des Landesfürsten. 82.

---

\*) Diese beigelegten Zahlen beziehen sich auf die §§. des Crim. Ges. Buchs

- 2) Landesverrath ersten Grades, sofern kein erheblicher Schaden gestiftet ist. 84.
- 3) (Hoch-) Verrätherische Handlungen gegen auswärtige Regenten und Staaten. 86. Nr. 1.
- 4) Aufruhr ersten Grades, Anstifter, Rädelsführer und bewaffnete Theilnehmer, wenn vorsätzlich Tödtung, Raub oder Brandstiftung verübt worden. 96. I. 1.
- 5) Meuterei der Gefangenen, wie Aufruhr. 99.
- 6) Todtschlag. 146.
- 7) Gemeingefährliche vorbedachte Beschädigungen. 159. Nr. 1.

#### D. Zeitliche Kettenstrafe von 5 bis von 10 Jahren.

- 1) Majestätsbeleidigung durch thätliche Drohungen mit Vorbedacht. 91.
- 2) Beleidigung der Landesfürstin oder des Erbprinzen durch nicht vorbedachte Thätlichkeiten. 93.
- 3) Abtreibung der Leibesfrucht ohne Willen der Schwangern. 155. Nr. 1.
- 4) Schwere vorbedachte Beschädigung an der Person. 159. Nr. 2.
- 5) Menschenraub zu auswärtigem Kriegs- oder Schiffsdienst und von Bettlern u. s. w. 169. Nr. 2.
- 6) Nothzucht unter erschwerenden Umständen. 172. Nr. 1.
- 7) Mißbrauch einer Frauens- oder Mannsperson zur naturwidrigen Befriedigung des Geschlechtstriebes unter gleichen erschwerenden Umständen. 173.
- 8) Raub unter erschwerenden Umständen. 175. Nr. II.
- 9) Erpressung unter gleichen Umständen. 177.
- 10) Brandstiftung ohne besondere Qualifikationen. 204. Nr. III.
- 11) Diebstahl mit Waffen, wenn davon Gebrauch gemacht ist u. (auch Kettenstrafe über 10 Jahre und Zuchthaus). 213. Nr. I.

#### III. Zuchthaus von 2 bis von 10 Jahren.

- 1) Vorbereitung des Hochverraths ersten Grades. 83. Nr. 1.
- 2) Landesverrath zweiten Grades. 85.
- 3) (Hoch-) Verrätherisches Unternehmen gegen die Gesundheit und Freiheit auswärtiger Regenten, insofern solches nur bis zu dem nicht beendigten Versuche vorgeschritten ist. 86. Nr. 1.
- 4) (Hoch-) Verrätherische Verschwörung gegen das Leben auswärtiger Regenten. 86. Nr. 1.
- 5) (Landes-) Verrätherische Handlungen ersten Grades gegen auswärtige Staaten. 86. Nr. 2.
- 6) Majestätsbeleidigung durch thätliche Drohungen in leidenschaftlicher Aufwallung (5 bis 10 Jahre). 91.

- 7) Majestätsbeleidigung ohne thätliche Drohungen, jedoch mit Qualifikationen. 92.
- 8) Thätliche Drohungen gegen die Landesfürstin oder den Erbprinzen. 93.
- 9) Aufruhr ersten Grades, nicht bewaffnete Theilnehmer, mit Tödtung, Raub oder Brandstiftung. 96. I. 2.
- 10) Aufruhr ersten Grades, Anstifter, Rädelsführer und bewaffnete Theilnehmer bei geringeren Gewaltthaten. 96. II. 1.
- 11) Meuterei der Gefangenen wie Aufruhr. 99.
- 12) Falschmünzen, wenn das falsche Geld als solches nicht leicht erkennbar ist. 126.
- 13) Verbreitung falschen Geldes, im Einverständnisse mit den Falschmünzern, wenn das falsche Geld als solches nicht leicht erkennbar ist. 128.
- 14) Verfälschung falscher Staatspapiere, wenn sie nicht leicht als falsch zu erkennen sind. 130. Abs. 1.
- 15) Verbreitung falscher Staatspapiere, im Einverständnisse mit den Fälschern, wenn die Papiere nicht leicht als falsch zu erkennen sind. 130. Abs. 2.
- 16) Fälschung des Stempelpapiers, öffentlicher Urkunden, Siegel und Stempel mit Mißbrauch der Landesherrlichen Unterschrift oder der oberen Behörden oder mit Schaden über 30 Thlr. 131. Nr. 1.
- 17) Unterdrückung öffentlicher Urkunden mit einem Schaden über 30 Th. 132.
- 18) Meineid, um einen Unschuldigen in Strafe zu bringen u. ohne Erfolg, oder von Parteien, Zeugen oder Sachverständigen in Civilsachen. 135. Nr. 1. und 2.
- 19) Urkundenfälschung, Gebrauch falscher Urkunden oder Unterdrückung von Urkunden zum Nachtheil eines Angeschuldigten. 143.
- 20) Falsche Anklage wegen eines mit Todes- oder Kettenstrafe bedrohten Verbrechens. 144. Nr. 1.
- 21) Todtschlag, durch schwere Beleidigungen veranlaßt. 146.
- 22) Kindesmord (uneheliches Kind). 149.
- 23) Unvorsätzliche, mit Wahrscheinlichkeit vorauszusehende Tödtung durch Begehung eines andern vorsätzlichen Verbrechens. 152. Abs. 1.
- 24) Gewerbsmäßige Beihülfe zur Abtreibung der Leibesfrucht. 155.
- 25) Aussetzung Hülfsloser, wenn deren Rettung sich mit Wahrscheinlichkeit nicht erwarten ließ. 156. Nr. 1.
- 26) Erhebliche vorbedachte Beschädigung an der Person. 159. Nr. 3.
- 27) Schwere nicht vorbedachte Beschädigung an der Person. 160. Nr. 1.
- 28) Ueberschreitung der Grenzen der Nothwehr im Falle vorsätzlicher Tödtung (auch Zwangsarbeit). 167.
- 29) Menschenraub ohne Qualifikationen. 169. Nr. 3.
- 30) Gefangenhalten über 3 Monate, oder mit körperlichen Leiden. 170. Nr. 1.

- 31) Entführung. 171. Abs. 1.
- 32) Nothzucht ohne Qualificationen. 172. Nr. 2.
- 33) Qualificirte Nothzucht einer öffentlichen Dirne. 172. Abs. 2.
- 34) Mißbrauch einer Frauens- oder Mannsperson zur naturwidrigen Befriedigung des Geschlechtstriebes ohne erschwerende Umstände zc. 173.
- 35) Raub ohne erschwerende Umstände. 175. Nr. III.
- 36) Erpressung unter gleichen Umständen. 177.
- 37) Nöthigung mit lebensgefährlichem Angriffe oder mehreren Qualificationen. 178. Nr. 1.
- 38) Unterdrückung der Familienrechte. 181.
- 39) Qualificirte Anzündung unbewohnter Gebäude u. s. w., oder mit Schaden über 500 Thlr. 205.
- 40) Anzündung eigener Gebäude mit einem Schaden über 500 Thlr. 206.
- 41) Gemeingefährliche Beschädigungen mit augenscheinlicher Gefahr für Personen. 209.
- 42) Vergiftung von Weiden zc. mit Schaden über 500 Thlr. 210.
- 43) Diebstahl.
  - a) mit Waffen,
  - b) als Gewerbe und nachdem der Dieb bereits zwei Male wegen Diebstahls Zwangsarbeit verwirkt und erlitten hat,
  - c) von Mehreren mit nächtlichem Einbruch und über 30 Thlr., sowie
  - d) Diebstahl über 500 Thlr. 213. Nr. I. 214. Nr. II.
- 44) Unterschlagung über 500 Thlr. 220. Nr. I.
- 45) Betrug über 500 Thlr. 224. Nr. I.
- 46) Fälschung über 500 Thlr. 228. Nr. I.
- 47) Betrüglicher Wucher unter gleichen Umständen. 231.
- 48) Betrügliche Entwendung eigener Sachen unter gleichen Umständen. 238.
- 49) Betrüglicher Bankerott mit einem Schaden über 500 Thlr. 233. Nr. I.

#### IV. Zwangsarbeit.

##### A. Von 1 Jahre bis von 5 Jahren.

- 1) Vorbereitung des Hochverrathes zweiten Grades. 83. Nr. 2.
- 2) (Hoch-) Verrätherische Verschwörung gegen auswärtige Regenten und Staaten. 86. Nr. 1.
- 3) (Landes-) Verrätherische Handlungen zweiten Grades gegen auswärtige Staaten. 86. Nr. 2.
- 4) Verleitung zur Desertion und unerlaubtes Werben zu Kriegszeiten. 87.
- 5) Majestätsbeleidigung ohne Qualificationen. 92.
- 6) Nicht thätliche, jedoch qualificirte Beleidigung der Landesfürstin oder des Erbprinzen. 93.

- 7) Beleidigung eines Mitgliedes des Herzogl. Hauses u. s. w. durch Thätlichkeiten oder thätliche Drohungen. 94.
- 8) Aufruhr ersten Grades, nicht bewaffnete Theilnehmer bei geringeren Gewaltthaten. 96. II. 2.
- 9) Aufruhr zweiten Grades, Anstifter, Räbelsführer und bewaffnete Theilnehmer. 97.
- 10) Meuterei der Gefangenen wie Aufruhr. 99.
- 11) Oeffentliche Gewalt an Personen mit Waffen. 102. Nr. 1.
- 12) Oeffentliche Drohungen von Mord, Raub, Brand &c. 103. Abs. 1.
- 13) Gewaltthätige Störung des Gottesdienstes. 104. Abs. 1.
- 14) Mißhandlung oberer öffentlicher Beamten u. s. w. während der Ausübung des Dienstes durch vorbedachte Thätlichkeiten. 107. Nr. 1.
- 15) Gewaltthätige Widersehung gegen die Obrigkeit oder obere öffentliche Beamten mit Waffen. 107. Nr. 2.
- 16) Befreiung eines Gefangenen aus öffentlicher Haft, mit Gewalt an Personen und mit Waffen. 109. Abs. 1.
- 17) Münzverfälschung mit Gewinn über 15 Thlr. 127.
- 18) Verbreitung verfälschten Geldes im Einverständnisse mit den Münzverfälschern, mit Gewinn über 15 Thlr. 128.
- 19) Verbreitung falschen, oder verfälschten in betrügerlicher Absicht an sich gebrachten Geldes über 15 Thlr. 129.
- 20) Verfälschung von Staatspapieren mit Gewinn über 15 Thlr. 130. Abs. 1.
- 21) Verbreitung falscher Staatspapiere, im Einverständnisse mit den Fälschern, wenn die Papiere leicht als falsch erkennbar sind, der Betrag jedoch 30 Thlr. übersteigt. 130. Abs. 2.
- 22) Verbreitung verfälschter Staatspapiere, im Einverständnisse mit den Verfälschern, wenn der Betrag 15 Thlr. übersteigt. 130. Abs. 2.
- 23) Verbreitung falscher oder verfälschter Creditpapiere über 30 Thlr., oder sofern sie in gewinnfuchtiger Absicht erworben sind und der Betrag 15 Thlr. übersteigt. 130. Abs. 2.
- 24) Fälschung des Stempelpapiers und öffentlicher Urkunden u. s. w. über 15 Thlr., oder von Gerichts- und Notariats-Urkunden. 131. Nr. 2.
- 25) Unterdrückung öffentlicher Urkunden mit einem Schaden über 15 Thlr. 132.
- 26) Meineid, nicht um einen Unschuldigen in Strafe zu bringen, und nicht von Parteien, Zeugen oder Sachverständigen in Civilsachen. 135. Nr. 3.
- 27) Falsche Anklage wegen eines mit Zuchthaus bedrohten Verbrechens. 144. Nr. 2.

- 28) Todtschlag, durch besonders schwere Beschimpfungen oder thätliche Mißhandlungen veranlaßt. 146.
- 29) Anstiftung zum Selbstmorde. 148.
- 30) Vorbereitung zum Morde. 151.
- 31) Unvorsätzliche, mit Wahrscheinlichkeit nicht vorauszusehende Tödtung durch Begehung eines andern Verbrechens. 152. Abs. 1.
- 32) Abtreibung der Leibesfrucht, oder mit Einwilligung der Schwangeren. 155. Nr. 2.
- 33) Aussetzung Hülfsloser, wenn deren Rettung mit Wahrscheinlichkeit zu erwarten war. 156. Nr. 2.
- 34) Vorübergehende, oder sonst qualifizierte vorbedachte Beschädigung. 159. Nr. 4.
- 35) Erhebliche nicht vorbedachte Beschädigung an der Person. 160. Nr. 2.
- 36) Schwere unvorsätzliche mit Wahrscheinlichkeit vorauszusehende Beschädigung durch Verübung eines andern Verbrechens. 161.
- 37) Ueberschreitung der Grenzen der Nothwehr im Falle vorsätzlicher Tödtung (auch Zuchthaus). 167.
- 38) Ueberlassung von Kindern an Gaukler aus Haß oder in gewinnföchtiger Absicht. 169. Abs. 2.
- 39) Gefangenhalten über 14 Tage. 170. Nr. 2.
- 40) Der Entführer einer einwilligenden Ehefrau. 171. Abs. 2.
- 41) Entführung einer Unverehelichten mit deren Einwilligung wider den Willen des Vaters oder Vormundes, ohne Absicht der Ehe. 171. Abs. 3.
- 42) Nicht qualifizierte Nothzucht einer öffentlichen Dirne. 172. Abs. 2.
- 43) Mißbrauch einer öffentlichen Dirne zur naturwidrigen Befriedigung des Geschlechtstriebes. 173.
- 44) Schändung. 174. Abs. 1.
- 45) Vorbereitung zum Raube. 176.
- 46) Nöthigung mit einigen Qualificationen. 178. Nr. 2.
- 47) Drohung mit Mord und Brand. 179.
- 48) Hinwegführung aus ehelicher, väterlicher oder vormundschaftlicher Gewalt, ohne Einwilligung der Hinweggeführten. 182.
- 49) Betrüglische Ehe und Verleitung zum Beischlaf. 184.
- 50) Mehrfache Ehe, der schon verhehlchte Theilnehmer. 187. Abs. 1. (Milderungsgründe. 189.)
- 51) Qualifizierte Rappellei. 190. Nr. 1.
- 52) Verführung. 191. Abs. 1.
- 53) Blutschande der Ascendenten. 192.
- 54) Unzucht wider die Natur mit Kindern unter 15 Jahren. 195.

- 55) Nicht qualifizierte Anzündung unbewohnter Gebäude u. f. w. mit Schaden über 15 Thlr. 205.
- 56) Anzündung eigener Gebäude in betrügllicher Absicht mit einem Schaden über 15 Thlr. 206.
- 57) Gemeingefährliche Beschädigung ohne augenscheinliche Gefahr für Personen. 209.
- 58) Vergiftung von Weiden u. f. w. mit Schaden über 15 Thlr. 210.
- 59) Qualificirter Diebstahl über 5 Thlr. und resp. 15 Thlr., gewerbmäßiges Stehlen und Diebstahl über 30 Thlr. 215. Nr. III.
- 60) Qualifizierte Unterschlagung über 15 Thlr., und Unterschlagung über 30 Thlr. 221. Nr. II.
- 61) Funddiebstahl über 500 Thlr. 223.
- 62) Qualificirter Betrug über 15 Thlr., und Betrug über 30 Thlr. 225. Nr. II.
- 63) Qualifizierte Fälschung über 15 Thlr., und Fälschung über 30 Thlr. 229. Nr. II.
- 64) Betrüglicher Wucher unter gleichen Umständen. 231.
- 65) Betrügliche Entwendung eigener Sachen unter gleichen Umständen. 238.
- 66) Betrüglicher Bankerott mit einem Schaden über 30 Thlr. 233. Nr. II.
- 67) Muthwilliger Bankerott mit einem Schaden über 500 Thlr. 234.

#### B. Zwangsarbeit von 1 Monate bis von 1 Jahre und weniger.

- 1) Verleitung zur Desertion und unerlaubtes Werben in Friedenszeiten. 87.
- 2) Qualifizierte Beleidigung eines Mitgliedes der Herzogl. Familie u. (6 Monate). 94.
- 3) Mißhandlung eines obern öffentlichen Beamten u. f. w. während der Ausübung des Dienstes durch nicht vorbedachte Thätlichkeiten. (6 Monate). 107. Nr. 1.
- 4) Gewaltfame Widerspächlichkeit gegen die Obrigkeit oder obere öffentliche Beamten u. f. w. ohne Waffen. 107. Nr. 2.
- 5) Gewaltfame Widersetzung gegen untere öffentliche Beamte u. f. w. mit Waffen (gegen Schildwachen nicht unter 3 Monate). 107. Nr. 3.
- 6) Befreiung eines Gefangenen aus öffentlicher Haft, mit Gewalt an Personen, jedoch ohne Waffen. 109. Absf. 1.
- 7) Verhinderung der Verhaftung mit Gewalt gegen untere Beamte und mit Waffen. 109. Absf. 2.
- 8) Rückkehr eines Verwiesenen. 124.
- 9) Falschmünzen, wenn das falsche Geld als solches leicht zu erkennen ist. 126.

- 10) Münzverfälschung mit Gewinn bis von 15 Thlr. 127.
- 11) Verbreitung falschen Geldes, im Einverständnisse mit den Fälschern, wenn das falsche Geld als solches leicht erkennbar ist. 128.
- 12) Verbreitung verfälschten Geldes im Einverständnisse mit den Münzverfälschern, mit Gewinn bis von 15 Thlr. 128.
- 13) Verbreitung falschen oder verfälschten in betrügerlicher Absicht an sich gebrachten Geldes mit Gewinn bis von 15 Thlr. 129.
- 14) Verbreitung falschen Geldes ohne diese Absicht, jedoch über 15 Thlr. 129.
- 15) Verfertigung falscher Staats- oder Creditpapiere, wenn sie leicht als falsch zu erkennen sind. 130. Abs. 1.
- 16) Verfälschung von Staats- oder Creditpapieren mit Gewinn bis von 15 Thlr. 130. Abs. 1.
- 17) Verbreitung falscher Staatspapiere im Einverständnisse mit den Fälschern, wenn die Papiere leicht als falsch zu erkennen sind, und der Betrag 30 Thlr. nicht übersteigt. 130. Abs. 2.
- 18) Verbreitung verfälschter Staats-Papiere, im Einverständnisse mit den Verfälschern, wenn der Betrag 15 Thlr. nicht übersteigt. 130. Abs. 2.
- 19) Verbreitung falscher oder verfälschter Staatspapiere, über 15 Thlr. bis von 30 Thlr., oder wenn sie in gewinnsüchtiger Absicht erworben sind der Betrag jedoch 15 Thlr. nicht übersteigt. 130. Abs. 2.
- 20) Fälschung des Stempelpapiers und öffentlicher Urkunden bis von 15 Thlr. und ohne Qualification. 131. Nr. 3.
- 21) Unterdrückung öffentlicher Urkunden mit einem Schaden bis von 15 Thlr. 132.
- 22) Grenzverfälschung in gewinnsüchtiger Absicht (bis von 6 Monaten). 134.
- 23) Falsche Versicherung an Eides Statt und Anerbieten zum Meineide. 136.
- 24) Falsche Anklage wegen einer mit Zwangsarbeit, Dienstentsetzung oder Dienstentlassung bedrohten strafbaren Handlung. 144. Nr. 3.
- 25) Veranstellung einer hülfslosen Niederkunft in kindesmörderischer Absicht (6 Monate). 157.
- 26) Verleitung zur Auswanderung, wenn der Verleitete dadurch in eine hülfsbedürftige Lage gerathen ist. 186.
- 27) Nicht qualificirte Kuppelerei (3 Monate). 190. Nr. 2.
- 28) Blutsande der Stief- oder Schwiegerältern, wenn die Ehe, welche das stief- oder schwiegerälterliche Verhältniß begründet, noch besteht (6 Monate). 193. Abs. 1.



- 29) Unzucht wider die Natur mit Personen über 15 Jahre. 195.
- 30) Nicht qualifizierte Brandstiftung mit Schaden bis von 15 Thlr. 205.
- 31) Anzündung eigener Gebäude in nicht betrügerischer Absicht, oder mit Schaden bis von 15 Thaler. 206.
- 32) Vergiftung von Weiden mit Schaden bis von 15 Thlr. 210.
- 33) Qualifizierter Diebstahl u. über 2 Thlr., Diebstahl über 5 Thlr. 216. Nr. IV.
- 34) Entwendung von Leichen in gewinnsüchtiger Absicht (6 Monate). 219. Abs. 1.
- 35) Entwendung aus Gräbern. 219. Abs. 2.
- 36) Qualifizierte Unterschlagung über 2 Thlr., einfache über 5 Thlr. 222. Nr. III.
- 37) Qualifizierter Betrug über 2 Thlr. und Betrug über 5 Thlr. 226. Nr. III.
- 38) Qualifizierte Fälschung über 2 Thlr., und Fälschung über 5 Thlr. 230. Nr. III.
- 39) Betrüglicher Wucher unter gleichen Umständen. 231.
- 40) Betrügliche Entwendung eigener Sachen unter gleichen Umständen. 238.
- 41) Betrüglicher Bankerott mit einem Schaden bis von 30 Thlr. 233. Nr. III.
- 42) Muthwilliger Bankerott mit einem Schaden bis von 500 Thlr. 234.

## V. Gefängniß.

### A. Von 5 bis von 15 Jahren.

Zweikampf auf den Tod, mit Tödtung eines Kämpfers. 119. Nr. 1.

### B. Gefängniß von 2 bis von 10 Jahren.

Zweikampf, wenn der Veranlasser des Duells seinen Gegner tödtet. 119. Nr. II. 1.

### C. Gefängniß von 1 Jahre bis von 5 Jahren.

Zweikampf, wenn der, welcher das Duell nicht veranlaßte, seinen Gegner tödtet. 119. Nr. II. 1.

### D. Gefängniß von 1 Jahre bis von 3 Jahren.

- 1) Vorbereitungen zum (Hoch-) Verrathe gegen auswärtige Regenten und Staaten. 86. Nr. I.
- 2) Unerlaubte Verbindungen mit gefährlichen Zwecken. 88. Nr. 1.
- 3) Aufruhr zweiten Grades, nicht bewaffnete Theilnehmer. 97.

- 4) Aufruhr dritten Grades, die Anstifter und Anführer. 98. Abs. 1.
- 5) Meuterei der Gefangenen, wie Aufruhr. 99.
- 6) Aufforderung zum Aufsehr. 100.
- 7) Deffentliche Gewalt an Personen ohne Waffen. 102. Nr. 1.
- 8) Burgfriedensbruch bei Anwesenheit des Staatsoberhauptes oder der Landesfürstin, wenn Gewalt an Personen oder Sachen verübt ist, oder mit Waffen. 105. Nr. 1.
- 9) Beleidigung der Landesregierung mit Verleumdung. 115.
- 10) Zweikampf mit lebensgefährlicher oder bleibenden Nachtheil verursachender Verwundung. 119. Nr. II. 2.
- 11) Tödtung mit Einwilligung des Getödteten. 147.
- 12) Theilnahme und Beihülfe bei dem Selbstmorde. 148.
- 13) Unvorsätzliche mit Wahrscheinlichkeit vorauszufehende Tödtung, oder mit Uebertretung von Polizeigesetzen. 152. Abs. 2.
- 14) Raufhandel, in denen Jemand erschlagen ist, diejenigen, welche daran gegen den Getödteten bewaffnet Theil genommen haben. 153. Abs. 2.
- 15) ~~Nicht vorbedachte~~ vorübergehende Beschädigung an der Person mit Waffen. 160. Nr. 3.
- 16) Schwere nicht vorbedachte Beschädigung an der Person, durch schwere Beleidigungen veranlaßt. 160. Abs. 2.
- 17) Schwere unvorsätzliche, jedoch gemeingefährliche Beschädigung. 162.
- 18) Ueberschreitung der Grenzen der Nothwehr im Falle unvorsätzlicher Tödtung (auch Gefängniß bis von 1 Jahre). 167.
- 19) Ueberschreitung der Grenzen der Nothwehr im Falle vorsätzlicher schwerer Verletzung. 167.
- 20) Einfache Beschädigung über 500 Thlr. 211. Nr. 1.
- 21) Unvorsätzliche Brandstiftung oder Beschädigung mit Uebertretung von Strafgesetzen und Gefahr für Personen. 212. Nr. 1.
- 22) Funddiebstahl über 30 Thaler. 223.

#### E. Gefängniß von 14 Tagen bis von 1 Jahre.

- 1) Unerlaubte und ausdrücklich untersagte Verbindungen (3 Monate). 88. Nr. 2.
- 2) Verbreitung falscher Nachrichten und Aufreizung. 89.
- 3) Beleidigungen der Landesfürstin oder des Erbprinzen ohne Qualifikationen (6 Monate). 93.
- 4) Beleidigung eines Mitgliedes des Herzogl. Hauses u. s. w. ohne Qualifikationen (3 Monate). 94.
- 5) Auflauf. 101. Abs. 1.

- 6) Öffentliche Gewalt an Sachen (3 Monate). 102. Nr. 2.
- 7) Öffentliche gefährliche Drohungen und Verbreitung von Brandbriefen. 103. Abs. 2.
- 8) Nicht gewaltthätige Störung des Gottesdienstes. 104. Abs. 2.
- 9) Burgfriedensbruch bei Anwesenheit des Staatsoberhauptes oder der Landesfürstin, ohne Gewalt und ohne Waffen (1 Monat). 105. Nr. 1.
- 10) Burgfriedensbruch bei Abwesenheit des Landesfürsten oder seiner Gemahlin, wenn Gewalt an Personen oder Sachen verübt ist, oder mit Waffen (6 Monate). 105. Nr. 2.
- 11) Eindringen in Gerichtsgebäude u. s. w., wie Burgfriedensbruch. 106.
- 12) Widerseßlichkeit gegen untere Beamte ohne Waffen und
- 13) Thätliche Mißhandlung derselben während der Ausübung des Dienstes (gegen Schildwachen nicht unter 3 Monate). 107. Nr. 3.
- 14) Befreiung eines Gefangenen aus öffentlicher Haft ohne Gewalt gegen Personen und ~~ohne Waffen~~. 109. Abs. 1.
- 15) Verhinderung der Verhaftung mit Gewalt gegen untere Beamte, jedoch ohne Waffen. 109. Abs. 2.
- 16) Bestechung eines Beamten, oder in Beziehung auf Ausübung öffentlicher Rechte oder von Zeugen und Sachverständigen. 112. 113.
- 17) Erschleichung öffentlicher Rechte. 114.
- 18) Beleidigung der Landesregierung ohne Verläumdung. 115.
- 19) Beleidigung der Obrigkeit und oberer Beamten. 116. Abs. 1.
- 20) Störung der religiösen Ordnung. ~~117.~~
- 21) Zweikampf ohne erhebliche Verletzung (3 Monate). 119. Nr. II. 3.
- 22) Aufheßen zum Zweikampf (3 Monate). 122.
- 23) Vorbereitung zu Münz-, Creditpapier- und Urkunden-Fälschungen. 133.
- 24) Leichtfinniger Eid. 137.
- 25) Eidesbruch. 138.
- 26) Falsche Anklage wegen einer mit Gefängniß bedroheten strafbaren Handlung. 144. Nr. 4.
- 27) Tödtung eines Todtfranken oder tödtlich Verwundeten mit dessen Einwilligung. 147.
- 28) Theilnahme und Beihülfe bei dem Selbstmorde eines Todtfranken oder tödtlich Verwundeten. 148.
- 29) Unvorsätzliche Tödtung ohne erschwerende Umstände. 152. Abs. 2.
- 30) Theilnahme an Raufhändeln, in denen Jemand erschlagen ist, ohne Qualificationen. 153. Abs. 2.
- 31) Veranstellung einer hülfslosen Niederkunft in der Absicht, das Kind auszusetzen, oder wenn das Kind abhanden gebracht ist. 157.

- 32) Vorübergehende oder sonst nicht qualificirte, vorbedachte Beschädigung (3 Monate). 159. Nr. 5.
- 33) Leichte, nicht vorbedachte Beschädigung an der Person. 160. Nr. 4.
- 34) Erhebliche nicht vorbedachte Beschädigung, durch schwere Beleidigungen veranlaßt. 160. Abs. 2.
- 35) Unvorsätzliche, voranzusehende erhebliche Beschädigung (6 Monate). 161. Abs. 1.
- 36) Unvorsätzliche, nicht qualificirte schwere oder erhebliche Beschädigung. 161. Abs. 2.
- 37) Ueberschreitung der Grenzen der Nothwehr im Falle unvorsätzlicher Tödtung (auch Gefängniß nicht unter ein Jahr). 167.
- 38) Ueberschreitung der Grenzen der Nothwehr im Falle vorsätzlicher erheblicher Beschädigung. 167.
- 39) Ueberschreitung der Grenzen der Nothwehr im Falle schwerer oder erheblicher unvorsätzlicher Beschädigung. 167.
- 40) Ueberlassung von Kindern an Gaukler ohne gewinnstüchtige Absicht. 169. Abs. 2.
- 41) ~~Gefangenhalten~~ bis von 14 Tagen. 170. Nr. 3.
- 42) ~~Mißbrauch~~ des Züchtigungsrechts zu einer längern als 14tägigen Einsperrung. 170. Abs. 2.
- 43) Eine Ehefrau, die sich entführen lassen, 171. Abs. 2.
- 44) Der Entführer einer Unverheiratheten mit der Absicht der Verheirathung und mit Einwilligung. 171. Abs. 3.
- 45) Nöthigung ohne Qualification (3 Monate). 178. Nr. 3.
- 46) Drohungen ohne Qualificationen. 179.
- 47) Hausfriedensbruch mit Waffen oder Gewalt an Personen oder Sachen. 180. Nr. 1.
- 48) Hinwegführung aus ehelicher, väterlicher oder vormundschaftlicher Gewalt mit Einwilligung der Hinweggeführten. 182.
- 49) Betrüglische Verleitung zur Ehe. 183.
- 50) Betrüglisches Eheversprechen und Verführung (3 Monate). 184.
- 51) Mehrfache Ehe, der ledige Theilnehmer (3 Monate). 187. Abs. 2.
- 52) Kuppelei bei öffentlichen Dirnen. 190. Abs. 2.
- 53) Mißbrauch einer öffentlichen Dirne zur Unzucht. 191. Abs. 2.
- 54) Blutschande der Kinder und Enkel. 192.
- 55) Blutschande unter Geschwistern. 194. Abs. 1.
- 56) Ehrenkränkungen (auch bis von 9 Monaten). 198.
- 57) Verläumdung. 199. Abs. 1.
- 58) Einfache Beschädigung über 30 Thlr., oder sonst qualificirt. 211. Nr. 2.

- 59) Unvorsätzliche Brandstiftung oder Beschädigung mit Gefahr für Personen oder Sachen über 500 Thlr. 212. Nr. 2.  
 60) Funddiebstahl über 5 Thlr. 223.  
 61) Gemeiner Wucher. 232.  
 62) Fahrlässiger Bankerott. 235.  
 63) Betrüglische Verletzung fremder Geheimnisse. 237.  
 64) Diebstahl, Unterschlagung und Betrug unter Angehörigen über 15 Thlr. 240.

F. Gefängniß von 14 Tagen bis von 6 Monaten und weniger.

- 1) Nichtentfernung bei Aufruhr wider obrigkeitliches Verbot (bis von 3 Monate) 98. Absf. 2.
- 2) Nichtentfernung bei einem Anlauf wider obrigkeitliches Gebot (bis 4 Wochen). 101. Absf. 2.
- 3) Zusammenrottung, um öffentliche Gewalt zu verüben. 102. Nr. 3.
- 4) Burgfriedensbruch bei Abwesenheit des Staatsoberhauptes oder der Landesfürstin, ohne Gewalt und ohne Waffen. 105. Nr. 2.
- 5) Eindringen in Gerichtsgebäude u., wie Burgfriedensbruch. 106.
- 6) Verabredung u. zur Widerseßlichkeit gegen die Obrigkeit. 108.
- 7) Verletzung amtlicher Bekanntmachungen und Siegel u. und Ungehorsam gegen die Obrigkeit u. (bei bloßem Muthwillen polizeiliche Bestrafung). 110.
- 8) Annahmung öffentlicher Titel u. s. w. 111.
- 9) Beleidigung unterer Beamten u. 116. Absf. 2.
- 10) Selbsthülfe mit Gewalt an Personen oder Sachen. 118.
- 11) Secundanten oder Zeugen beim Zweikampf. 120.
- 12) Ausforderung zum Zweikampf bei den Duellanten (bis 3 Monate) und bei den Secundanten oder Zeugen (4 Wochen). 121.
- 13) Bezeigung von Verachtung wegen unterlassenen Zweikampfs (bis 3 Monate). 122.
- 14) Bössliche Einstellung der Arbeit. 123.
- 15) Ueberschreitung der Begrenzung. 125.
- 16) Verbreitung falschen Geldes bis von 15 Thlr. und ohne betrüglisches Anfschbringen. 129.
- 17) Verbreitung falscher Staats- oder Creditpapiere unter gleichen Umständen. 130. Absf. 2.
- 18) Verfälschung von Pässen, Reiserouten u. ohne gewinnsüchtige Absicht (polizeilich zu bestrafen). 123.
- 19) Tödtung, eigenmächtige, einer Mißgeburt (bis 6 Wochen). 150.

- 20) Ansetzung Hülflöser ohne alle Gefahr (bis von 3 Monaten). 156. Nr. 3.
- 21) Veranstaltung einer hülflösen Niederkunft, ohne Qualificationen. 157.
- 22) Leichtere nicht vorbedachte Beschädigung an der Person, ohne Verursachung von Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit. 160. Nr. 5.
- 23) Leichtere nicht vorbedachte Beschädigung an der Person, durch schwere Beleidigungen veranlaßt. 160. Abs. 2.
- 24) Unvorsätzliche vorauszusehende leichte Beschädigung an der Person (bis 4 Monate)). 161.
- 25) Erhebliche unvorsätzliche, jedoch gemeingefährliche Beschädigung. 162.
- 26) Theilnahme an Kaufhändeln, in welchen eine Person beschädigt ist. 163. Abs. 2.
- 27) Ueberschreitung der Grenzen der Nothwehr im Falle vorsätzlicher leichter Beschädigung. 167.
- 28) Unterlassene Anzeige einer Tödtung oder Verwundung in Nothwehr oder einer aus Zwang oder im Nothstande verübten gesetzwidrigen Handlung (bis 3 Monate). 168.
- 29) Gauner u. s. w., die Kinder annehmen, (bis 3 Monate). 169. Abs. 2.
- 30) Eine entführte, unverehelichte Person, die sich ihrem Vater oder Vormunde hat entführen lassen, ohne Absicht der Verehelichung. 171. Abs. 3.
- 31) Eine solche Entführte mit beabsichtigter Verehelichung (bis von 3 Monaten). 171. Abs. 3.
- 32) Schändung einer öffentlichen Dirne (polizeiliche Bestrafung). 174. Abs. 2.
- 33) Hausfriedensbruch ohne Qualification (bis von 3 Monaten). 180. Nr. 2.
- 34) Die mit ihrer Einwilligung aus ehelicher, väterlicher oder vormundschastlicher Gewalt hinweggeführte Person. 182.
- 35) Zwang zur Ehe. 185.
- 36) Verleitung zur Auswanderung ohne erschwerende Umstände. 186.
- 37) Ehebruch (bis von 6 Monaten). 188. 189.
- 38) Blutschande der Stief- oder Schwieger-Kinder (bis von 6 Monaten). 193. Abs. 1. und 2.
- 39) Blutschande der Stief- oder Schwiegerältern, wenn die Ehe, durch welche das Stief- oder Schwiegerälterliche Verhältniß begründet wurde, nicht mehr besteht. 193. Absatz 2.
- 40) Unzüchtige, zum öffentlichen Aergernisse gereichende Handlungen. 196.
- 41) Verbreitung falscher Nachrichten über eine Person. 202.
- 42) Einfache Beschädigung über 5 Thlr. u. s. w. 211. Nr. 3.

- 
- 43) Unvorsätzliche Brandstiftung oder Beschädigung mit Schaden über 30 Thlr. 212. Nr. 3.
- 44) Entwendung von Leichen zu wissenschaftlichen Zwecken. 219. Abs. 1.
- 45) Widerrechtliche Benutzung fremder Sachen, wenn der Gegenstand des Verbrechens den Werth von 15 Thlr. übersteigt. 239.
- 6) Diebstahl, Unterschlagung, Betrug und Fälschung, auch betrüglicher Bucher, betrüglische Entwendung eigener Sachen bis von 5 Thlr. ohne erschwerende Umstände (polizeiliche Bestrafung). 216., 222., 226., 230., 231., 238.
-

## Zusammenstellung der Amtsverbrechen nach den Strafen.

---

- I. Zuchthaus von 2 Jahren bis von 10 Jahren.
  - II. Zwangsarbeit von 1 Jahre bis von 5 Jahren.
  - III. Zwangsarbeit von 1 Monate bis von 1 Jahre und darunter.
  - IV. Dienstentsetzung, verbunden mit Gefängniß.
  - V. Dienstentlassung, verbunden mit Gefängniß.
  - VI. Dienstentsetzung.
  - VII. Dienstentlassung.
  - VIII. Gefängniß.
- 

### I.

#### Zuchthaus von 2 bis von 10 Jahren.

- 1. Unterschlagung anvertrauter Sachen über 100 Thlr. 260. Nr. 1.
- 2. Rechnungsfälschung in den schwereren Fällen oder mit Schaden über 30 Thlr. 262. u. 131.
- 3) Beugung des Rechts in den schwereren Fällen (insofern nicht eine härtere Strafe eintritt. 135. Nr. 1.). 279.
- 4) Verfälschung der Kirchenbücher in den schwereren Fällen oder mit Schaden über 30 Thlr. 283. 131.

### II.

#### Zwangsarbeit von 1 Jahre bis von 5 Jahren.

- 1) Unterschlagung anvertrauter Sachen über 15 Thlr. bis 100 Thlr. 260. Nr. 2.



- 2) Rechnungsfälschung in den minder schweren Fällen oder mit Schaden über 15 Thlr. bis 30 Thlr. 262. u. 131.
- 3) Verschuldete Entweichung eines Gefangenen, wenn sie absichtlich bewirkt und der Gefangene eines schweren Verbrechens angeschuldigt war. 277.
- 4) Verfälschung der Kirchenbücher in den minder schweren Fällen oder mit Schaden über 15 Thlr. bis 30 Thlr. 283. 131.

## III.

Zwangsarbeit von 1 Monate bis von 1 Jahre und darunter.

- 1) Unterschlagung anvertrauter Sachen bis von 15 Thlr. 260. Nr. 3.
- 2) Rechnungsfälschung in den leichteren Fällen oder mit Schaden unter 15 Thlr. 262. u. 131.
- 3) Verschuldete Entweichung eines Gefangenen, wenn sie absichtlich bewirkt, und der Gefangene eines minder schweren Verbrechens angeschuldigt war. 277.
- 4) Verfälschung der Kirchenbücher in den leichteren Fällen oder mit Schaden bis von 15 Thlr. 283. 131.

## IV.

Dienstentsetzung, verbunden mit Gefängniß.

- 1) Bestechung (passive). 256. Abs. 1.
- 2) Eigenmächtige Verlassung des Amtes in der Absicht, dasselbe anzugeben. 267.
- 3) Pflichtwidrige Nichtverhinderung eines schweren Verbrechens im Einverständnisse mit dem Thäter u. 281. Nr. I. 1.

## V.

Dienstentlassung, verbunden mit Gefängniß.

- 1) Annahme von Geschenken bei dem ersten Rückfalle (bis von 6 Monaten). 257.
- 2) Mißhandlung der Gefangenen von Seiten der unteren Beamten bei grober Mißhandlung oder bei dem Rückfalle (bis von 1 Jahre). 276.
- 3) Pflichtwidriges Nichtverhindern eines minder schweren Verbrechens im Einverständnisse mit dem Thäter u. (bis von 1 Jahre). 281. Nr. I. 2.
- 4) Verleitung zu frivolen Processen von Seiten der Advocaten, Procuratoren oder Notare bei Schaden über 30 Thlr. (bis von 3 Monaten). 285. Abs. 3.

## VI.

## Dienstentsetzung.

- 1) Mißbrauch der Amtsgewalt, wenn die Handlung zugleich ein gemeines Verbrechen enthält. 258.
- 2) Amterschleichung (zugleich die Strafe der Bestechung oder des Betruges). 266.
- 8) Ungehorsam im Dienste, verbunden mit thätlicher Widerseßlichkeit gegen Vorgesetzte (außer der hierdurch verwirkten Strafe). 268.
4. Rechtswidrige Einleitung der Untersuchung (neben der Strafe der falschen Anklage, 144., oder der widerrechtlichen Gefangenhaltung, 170.) 271.
- 5) Rechtswidrige Verlängerung der Haft von Seiten der Untersuchungsbeamten aus Haß, Rachsucht u. (neben der Strafe der widerrechtlichen Gefangenhaltung 170.) 272. Nr. 1.
- 6) Ungebührliche Verzögerung der Untersuchung wider einen Verhafteten, aus Haß u. s. w. (neben der Strafe der widerrechtlichen Gefangenhaltung 170.) 273.
- 7) Mißhandlung der Angeschuldigten und Zeugen behuf Abpressung eines Geständnisses oder einer falschen Aussage (vorbehältlich der etwa verwirkten härteren Strafe, 135.) 275. Nr. 1.
- 8) Unterlassung der Untersuchung u., wenn diese ein wenigstens mit Zuchthaus bedrohtes Verbrechen betrifft. 278.
- 9) Beugung des Rechts in den minder schweren Fällen. 280.
- 10) Pflichtwidriges Verhalten der Gesundheitsbeamten bei erheblicher Beschädigung oder beim Rückfalle. 287.

## VII.

## Dienstentlassung.

- 1) Mißbrauch der Amtsgewalt, insofern die Handlung ein gemeines Verbrechen nicht mit enthält. 258.
- 2) Erpressung im Amte, insofern die Handlung ein anderes Verbrechen nicht mit enthält. 259.
- 3) Unerlaubte Benutzung anvertrauter Gelder und Sachen. 261.
- 4) Fälschung bei Amtshandlungen (verbunden mit der Strafe des Betruges oder der Fälschung). 263.
- 5) Verkürzung öffentlicher Einkünfte und eigennützige Geschäftsführung (eintretenden Falles zugleich die Strafe des Betruges). 264.
- 6) Verletzung der Amtsverschwiegenheit, insofern nicht ein schwereres Verbrechen begründet ist. 265.

- 7) Eigenmächtige Verlassung des Amtes, ohne Absicht, dasselbe aufzugeben, jedoch mit Abwesenheit über zwei Monate. 267.
- 8) Ungehorsam im Dienste, verbunden mit Beleidigung der Amtsehre des Vorgesetzten (außer der hierdurch verwirkten Strafe). 268.
- 9) Theilnahme an unerlaubten Verbindungen, wenn diese mit Strafe (88.) bedrohet sind (neben der verwirkten Strafe). 269.
- 10) Unterlassene Anzeige verübter Verbrechen, im Einverständnisse mit dem Thäter oder aus Parteilichkeit, wenn das Verbrechen zu den §. 48. aufgeführten gehört. 270. Nr. I. 1.
- 11) Rechtswidrige Verlängerung der Haft, von Seiten der Untersuchungsbeamten ohne sonstige rechtswidrige Absicht, wenn die Verzögerung über 4 Wochen gedauert hat. 272. Nr. II.
- 12) Ungebührliche Verzögerung der Untersuchung wider einen Verhafteten, bei dem zweiten Rückfalle, oder wenn die Verzögerung über 3 Monate gedauert hat (jedoch ohne sonstige rechtswidrige Absicht) 273.
- 13) Eigenmächtige Verhaftung oder rechtswidrige Verlängerung der Haft, von Seiten der untergeordneten Diener der Justiz oder Polizei, bei dem Rückfalle. 274.
- 14) Mißhandlung der Angeschuldigten und Zeugen bei grober körperlicher Mißhandlung oder bei dem Rückfalle. 275. Nr. II.
- 15) Entweichung eines Gefangenen, wenn sie durch Fahrlässigkeit verschuldet und der Gefangene eines ~~schweren~~ Verbrechen angeklagt oder überwiesen war. 277.
- 16) Unterlassung der Untersuchung zc., wenn diese ein nicht mit Zuchthaus oder einer schwereren Strafe bedrohetes Verbrechen betrifft. 278.
- 17) Mißbrauch des Kirchenamtes zu Schmähungen (außer der verwirkten Strafe), in besonders schweren Fällen oder beim zweiten Rückfalle. 282.
- 18) Unterlassene Eintragung in die Kirchenbücher aus Gewinnsucht, insofern nicht eine schwerere Strafe begründet ist. 283.
- 19) Mißbrauch des Züchtigungsrechts von Seiten der Schuldiener in den schwereren Fällen oder wenn sie deshalb schon Polizeistrafe erlitten haben. 284.
- 20) Untreue der Advocaten und Procuratoren in bösslicher Absicht. 285. Absf. 1.
- 21) Geßiffentliche Geschäftsverzögerung von Seiten der Advocaten, Procuratoren oder Notare, beim zweiten Rückfalle. 285. Absf. 2.
- 22) Unvorsätzliche Tödtung oder Beschädigung bei Ausübung eines

Amtes (außer der sonst verwirkten Strafe) in den schwereren Fällen. 286.

## VIII.

## G e f ä n g n i ß.

- 1) Unterlassene Anzeige von einer versuchten Bestechung (bis 4 Wochen) 256. Abs. 2.
- 2) Annahme von Geschenken im ersten Falle (bis 3 Monat). 257.
- 3) Ungezügliche Entfernung vom Amte, ohne Absicht, dasselbe aufzugeben, bei Abwesenheit bis von 2 Monaten, wenn ein erheblicher Schaden verursacht ist (über ein Jahr). 267.
- 4) Unterlassene Anzeige verübter Verbrechen, im Einverständnisse mit dem Thäter oder aus Parteilichkeit, wenn das Verbrechen zu den §. 48. aufgeführten nicht gehört, (bis von 6 Monaten). 270. Nr. I. 2.
- 5) Unterlassene Anzeige verübter Verbrechen, nicht im Einverständnisse mit dem Thäter und nicht aus Parteilichkeit (bis von 3 Monaten oder verhältnismäßige Geldstrafe). 270. Nr. II.
- 6) Rechtswidrige Verlängerung der Haft unter 4 Wochen, durch Untersuchungsbeamte ohne sonstige rechtswidrige Absicht (bis von 3 Monaten). 272. Nr. II.
- 7) Eigenmächtige Verhaftung oder rechtswidrige Verlängerung der Haft von Seiten der untergeordneten Diener der Justiz oder Polizei (bis von 6 Monaten). 274.
- 8) Mißhandlung der Angeschuldigten oder Zeugen in den geringeren Fällen. 275. Nr. III.
- 9) Mißhandlung der Gefangenen von Seiten der untern Beamten in den minder schweren Fällen (bis von 6 Monaten). 276.
- 10) Durch Fahrlässigkeit verschuldete Entweichung eines Gefangenen, in den minder schweren Fällen (6 Monate — 1 Jahr und resp. bis von 6 Monaten). 277.
- 11) Pflichtwidriges Nichtverhindern von Verbrechen, ohne Einverständniß mit dem Thäter (bis von 6 Monaten). 281. Nr. II.
- 12) Untreue der Advocaten oder Procuratoren nicht aus Gewinnsucht oder nicht in rechtswidriger Absicht (bis von 6 Monaten). 285. Abs. 1.
- 13) Gefährliche Geschäftsverzögerung von Seiten der Advocaten, Procuratoren oder Notare (bis von 3 Monaten, beim ersten Rückfalle bis von 6 Monaten). 285. Abs. 2.

- 
- 14) Verleitung zu frivolen Processen von Seiten der Advocaten, Procuratoren oder Notare bei Schaden unter 30 Thlr. (bis von 3 Monaten). 285. Abs. 3.
  - 15) Pflichtwidriges Verhalten der Gesundheitsbeamten in den minder schweren Fällen (bis von 6 Monaten). 287.
-

# R e g i s t e r.

(Die Zahlen beziehen sich auf die §§. des Criminalgesetzbuches.)

## A.

- Abstehen vom verbr. Unternehmen 69.  
 Abtreibung der Leibesfrucht 155, Veranlassung dazu 158.  
 Alter, hohes, ein Strafminderungsgrund 66 (7), jugendliches, Strafherabsetzungsgrund 60, zurechnungsfähiges 30.  
 Amtserschleichung 266.  
 Amtsgewalt, Mißbrauch der, 258.  
 Amtsmißbrauch, Verübung gemeiner Verbrechen mit, 253.  
 Amtspflicht, Verletzung der von Seiten der Gesundheitsbeamten 287, der Justiz- und Polizeibeamten 271—281, der Kirchenbedienten 282 und 283, der Rechtsanwälte 285, der Schulbedienten 284.  
 Amtsverbrechen 248 — 287, Bedingung der Anstellung der Untersuchung 255, Begünstigung und Beihilfe 250, 262, Strafarten 249, Theilnahme Nichtangestellter 252.  
 Amtsverschwiegenheit, Verletzung der, 265.  
 Analogie 4.  
 Anerbieten zum Meineide 136, Vollendung 141.  
 Angehörige 73, als Begünstiger und Mitwisser 49, Entwendung, Unterschlagung und Betrug unter Angehörigen 240.  
 Anklage, falsche 144.  
 Anmaßung öffentlicher Dienste und Ehrenrechte 111.  
 Anreizung zum Zweikampfe 122.  
 Anstifter 41, zurücktretende 51, beim Aufruhr 96, 97, 98.  
 Anstiftung, deren Zusammentreffen mit Theilnahme und Beihilfe 50, zum Selbstmorde 148.  
 Anwälte, Untreue der, 285.  
 Anwendbarkeit der allgemeinen Bestimmungen 5.  
 Anwendungsregel 4.  
 Anzeige, bei der Obrigkeit 69, nicht von Amtswegen zu untersuchender Verbrechen 244 — 247, unterlassene Anzeige verübter und bevorstehender Verbrechen 48, 270, einer Verletzung bei Nothwehr u. 168, Zurnahme 70, 247.  
 Arbeit, Einstellung derselben 123, der Strafgefangenen 13.  
 Aufforderung zum Aufruhr 100, zu hochverrätherischen Handlungen 83, zum Kriege 84.  
 Auflauf 101.  
 Aufreizung gegen die Landesregierung und Verfassung 89, zum Zweikampfe 122.  
 Aufruhr 96—98, Aufforderung zum 100.  
 Aufsicht, Stellung unter polizeiliche, 22, 125.  
 Ausland, Verbrechen im 2.  
 Ausforderung zum Zweikampfe 121.  
 Ausländer, Verbrechen der, 1.  
 Auslegung der Strafgesetze 4.

Aussetzung Süßloser 156, Veranlassung dazu 158.  
 Auswanderung, Verleitung zur, 186.  
 Auszeichnungen, Zusammentreffen mehrerer, 55 a. E. und 57.

### B.

Bande 38.  
 Bankerott, betrüglischer, 233, fahrlässiger 235, muthwilliger 234, Erschwerungsgründe 236.  
 Beamte, obere und untere, 78, Widerseßlichkeit und Thätigkeiten gegen dieselben 107, Beleidigung ders. 116.  
 Befehle, Straflosigkeit befolgter, 251, zu einem Verbrechen 41.  
 Befreiung eines Gefangenen 109.  
 Begnadigung 68.  
 Begrenzung 22, Ueberschreitung derselben 125.  
 Begünstigung bei Amtsverbrechen 250, bei Rechnungsfälschung 262, strafbare 47, straflose 49.  
 Beihilfe 46, 37, bei Amtsverbrechen 250, Zusammentreffen mit Anstiftung und Theilnahme 50, bei Duell 120, bei der Abtreibung 155, bei Selbstmord 148.  
 Bekanntmachung der Vollziehung der Strafen 24, 144, 203, 249, Verlegung amtlicher Bekanntmachungen 110.  
 Beleidigung 198, 200, 203, Untersuchung 244, 245, 247, der Amtsehre der Vorgesetzten 268, öffentlicher Behörden und Beamten 116, der Landesfürstin und des Erbprinzen 93, der Landesregierung 115, der Mitglieder des Herzogl. oder andrer fürstl. Häuser und der Gesandten 94, des Staatsoberhauptes 90, 91, 92, Verfahren dabei 95.  
 Benützung fremder Sachen, widerrechtliche 239, Untersuchung 244, thätige Neue 243, unerlaubte anvertrauter Gelder und Sachen im Amte 261.  
 Berechnung der Freiheitsstrafen 16, des Werthes 241, 242, 53.

Beschädigung, an der Person, vorsätzliche 159, 160, unvorsätzliche 161, 162, bei Ausübung einer Kunst oder eines Amtes 286, durch Mehrere und im Raufhandel 163, Erschwerungsgründe 164, des Vermögens, gemeingefährliche 209, einfache, unvorsätzliche 212, vorsätzliche 211, thätige Neue 243, — Anstellung der Untersuchung 244.

Befiehung 112 und 113, behuf Amtsererschleichung 266, als Amtsverbrechen 256.

Bestimmung des Werthes 53, 241 und 242.

Betrug 224—227, behuf Amtsererschleichung 256, unter Angehörigen 240, Anstellung der Untersuchung 244. — **Thätige Neue** 243, Werthsberechnung 241 und 242, betrüglische Ehe 184, behuf Verleitung zur Ehe 185, betrüglische Verlegung fremder Geheimnisse 237, betrüglische Entwendung eigener Sachen 238.

Beugung des Rechts 279 und 280.

Bewußtlose 30, bei Schändung 174, Nothzucht 173.

**Bewußtlose, unverschuldete Verdunkelung** desselben 60.

Blödsinn 60, Schändung einer blödsinnigen Person 174.

Blutschande 192, 193, 194, Vollen- dung 197.

Brandbriefe, Auslegen und Verbreiten derselben 103.

Brandstiftung, unvorsätzliche 212, vorsätzliche 204—208.

Bund, Hochverrath gegen den deutschen Bund 81, Landesverrath gegen denselben 84.

Burgfriedensbruch 105.

### C.

Complot 37.

Confiscation 21, 25, 67, 129.

Creditpapiere, Fälschung derselben 130.

Criminalrecht, gemeines deutsches 5.

## D.

- Dauer der Freiheitsstrafen 14, der Stellung unter polizeiliche Aufsicht 22.  
 Desertion, Verleitung zur, 87, und vor dem Feinde 84.  
 Diebstahl 213—216, unter Angehörigen 240, aus Gräbern 219. — Erschwerungsgründe 218, Berechnung des Werths 241 u. 242, thätige Reue 243, Anstellung der Untersuchung 244.  
 Dienste, Annahmung öffentlicher, 111.  
 Dienstentlassung 20 und 249.  
 Dienstentsetzung 20 und 249.  
 Dienstrechte 76, Verlust derselben und der Fähigkeit dergleichen zu erwerben 17, 249 und 62 a. E.  
 Disciplin in den Strafanstalten 13. a. E.  
 Disciplinarstrafen 254.  
 Drohbriefe, Verbreitung ders., 103.  
 Drohungen 179, gefährliche 79, gegen die Obrigkeit und Beamte 107, öffentliche 103, thätliche, bei Beleidigung des Staatsoberhauptes 91, der Landesfürstin und des Erbprinzen 93, der Mitglieder des Herzogl. oder anderer Fürstl. Häuser und Gesandten 94.

## E.

- Ehe, betrügl. 184, mehrfache 187, 189, Verleitung zur 183, Zwang zur 185, Anstellung der Untersuchung 244.  
 Ehebruch 188, 189, Vollendung 197, Untersuchung 244.  
 Eheverlöbniß, betrügl. 184, Untersuchung 244.  
 Ehrenkränkung 198—203.  
 Ehrenrechte 74, Verlust ders. und der Fähigkeit dergleichen zu erwerben, 17, 62 a. E., Annahmung 111.  
 Eid, falscher s. Meineid; leichtsinniger 137 u. 139; der Mennoniten und

Anhänger ähnl. Sekten, vor Notaren abgeleiteter 139; Beziehung auf einen abgeleiteten 140, Vollendung 141, Widerruf 142.

Eidesbruch 138, der Mennoniten und Anhänger ähnl. Sekten 139.

Eidesstatt, falsche Versicherung an 136, der Mennoniten und Anhänger ähnl. Sekten 139, Beziehung auf eine Versicherung an 140, Vollendung 141, Widerruf 142.

Eigenthumäbelschädigung siehe Beschädigung.

Eindringen in Wohnungen 217, in Gerichts- und andere öffentliche Gebäude 106, in Residenzen 105; s. Rothwehr 166 und Störung des Hausfriedens 180.

Einkünfte, Verkürzung öffentlicher, 264.

Einrede der Wahrheit 201.

Einstellung der Arbeit bösl. 123.

Entführung 171, Untersuchung 244.

Entthauptung 7.

Entwendung, unter Angehörigen 240, 244, aus Gräbern und von Leichen 119, eigener Sachen, betrügl. 238, 244, thätige Reue 243, Berechnung des Werthes 241 u. 242.

Entweichung eines Gefangenen, verschuldete 277.

Erbprinz, Beleidigung desselben 93.

Erlaß der Strafe bei Ehrenkränkung 247.

Erpressung 177, im Amte 259.

Erschleichung, öffentl. Rechte 114.

Erschwerungsgründe 63, 64, 65, bei Bankrott 236, bei Beschädigung der Person 164, beim Diebstahl 218, bei Erpressung 171.

Erwiderung der Beleidigung oder Verläumdung 200.

## F.

Fälschung als Privatverbrechen 228—230, in Amtshandlungen 263, 283, von Creditpapieren 130, des Stem-



pappiertes, öffentlicher Urkunden, Siegel und Stempel 131, Vorbereitung 133, von Urkunden zum Nachtheil eines Angeklagten 143, f. Grenzverfälschung, Münzverfälschung, Rechnungsverfälschung.

Fahrlässigkeit 26, 29, Zusammentreffen des Vorjages und der, 28.

Falschmünzen 126.

Familienrechte, Beeinträchtigung der, 182, Untersuchung 244, Unterdrückung der, 181.

Folgen der Strafen 17, 61, 62 a. G. und 249, Tilgung der Folgen durch Begnadigung 68.

Fortsetzung des Verbr. 56.

Freiheitsstrafen 8—12, Berechnung 16, Dauer 14, Folgen 17, Theilbarkeit 15, Vollziehung 13, Verwandlung oder Schärfung derselben 25.

Fremde Verbr. derselben 1.

Furtdiebstahl 223.

## G.

Gefängniß 12, Berechnung 16, Dauer 14, Folgen 17, Theilbarkeit 15.

Gefangenhalten widerrechtliches 170, 272, 273, 274.

Gefangene, f. Befreiung, Entweichung, und Meuterei.

Geheimnisse, betrüglische Verlegung fremder, 237, Untersuchung 244.

Gehülfen 46, 37, zurücktretende 51, bei Amtsverbr. 250.

Geld, Benützung anvertrauten G. 261, Verbreitung falschen G. 128, 129.

Geldstrafen 18, 25, 67.

Gerichtsgebäude, Einbringen und Verweilen in denselben 106.

Gesandte, Beleidigung ders. 94.

Geschäftsführung, eigennützige, 264.

Geschenke, Annahme von Geschenken 257, vergl. 256, 112, 113.

Gesundheitsbeamte, pflichtwidriges Verhalten derselben 287.

Gewalt, öffentl. 102, 96.

Gewerbeconcession, Verlust derselben 17, Erschleichung 114.

Gewerbmäßige Beihilfe 46, 155, 190. Gleichartige Verbrechen 59.

Gottesdienst, Störung desselben 104, Beschädigung der dem G. geweihten Sachen 211, Diebstahl derselben 215, 218.

Gotteslästerung 117.

Gräber, Entwendung aus Gräbern 219.

Grenzverfälschung 134, Verrückung der Staatsgrenzen 85.

## H.

Haft, unverschuldete 61, Verlängerung 272, 273, 274.

Handlungen 4, 27, staatsgefährliche 86—89, unzüchtige zum öffentl. Aergerniß gereichende 196.

Hausfrieden, Störung desselben 180.

Hausfuchung 22.

Herabwürdigung der Religion 117.

Hochverrath 81, 82, 83, vergl. 86.

Hohheitszeichen, Verletzung der 110.

## I.

Inland, Verbrechen im Inlande 1.

Irrthum, Benützung eines, bei Anstiftung von Verbr. 41, beim Betruge 224, im Gegenstande des Verbr. 28, in Thatfachen 32 u. 36.

Jugend 60.

Justizbeamte, Verletzung besondrer Amtspflichten der, 271—281.

## K.

Kettenstrafe 8, Berechnung 16, Dauer 14, Folgen 17, Theilbarkeit 15, Verschärfung 25.

Kindermord 149, Veranlassung dazu 158.

Kinderunterschlebung 181.

Kirchenbediener, Verletzung besondrer Amtspflichten der, 282, 283.

Kreisgefängniß 12.

Kuppelerei 190, Vollenbung 197.

## L.

Landeseinwohner 1, Anwerben zum auswärtigen Kriegsdienste 87, Ver-

Leitung zur Auswanderung 186.  
Landesfürst, s. Hochverrath 81, und  
Beleidigung 90 — 92.  
Landesfürstin, Beleidigung ders. 93.  
Landesstrafanstalt 12.  
Landesregierung, Beleidigung ders. 115.  
Landesverrath 84 u. 85, vergl. 86.  
Landesverweisung 23 u. 124.  
Leibesfrucht, Abtreibung der 155.  
Leichen, deren Entwendung 219.  
Leiden, unverschuldete 61.

## **M.**

Majestätsbeleidigung 90 — 92.  
Majestätsverbrechen 90 — 95.  
Meineid 135, Anerbieten zum 136,  
Beziehung auf einen geleisteten  
Eid 140, der Mennoniten und An-  
hänger ähnlicher Sekten 139, Voll-  
endung 141, Widerruf 142.  
Mennoniten, deren Eide 139.  
Menschenraub 169.  
Meuterei der Gefangenen 99.  
Militairpersonen, Verbr. der, 3.  
Militairstrafgesetze 3.  
Minberungsgründe 63 u. 66, Zusam-  
mentreffen Mehrerer 62, vergl. 145,  
81.  
Mißgeburt, Tödtung einer 150.  
Mißhandlung der Angeschuldigten und  
Zeugen 275 u. 276.  
Mitglieder des Herzogl. oder anderer  
Fürstl. Häuser, deren Beleidigung  
94.  
Mitschuldige 41 — 54.  
Mitwissenschaft, strafbare 48, strafflose  
49.  
Mord 145, Vorbereitung 151.  
Münzverfälschung 127, Vorbereitung  
zur Münzverfälschung 133.

## **N.**

Nachrichten, Verbreitung falscher, für  
den Staat beunruhigender 89, über  
eine Person 202, 203.  
Nebenstrafübel 21 — 24.  
Nichtverhinderung von Verbrechen 48,  
als Amtsverbrechen 281.

Nichtzurechnungsfähige 30.  
Niederkunft, Veranstaltung einer hüß-  
losen, 157, Veranlassung dazu 158.  
Niederschlagung der Untersuchung 68.  
Notare, Untreue der 285.  
Nöthigung 178.  
Nothstand 34, Unterlassung der An-  
zeige einer Verletzung im Nothst.  
168.  
Nothwehr, Erfordernisse der, 166, Ue-  
berschreitung der Grenzen der, 167,  
unterlassene Anzeige einer Verle-  
zung durch, 168.  
Nothzucht 172, 173, Untersuchung 244.

## **O.**

Obrigkeit 77, Beleidigung 116, Dro-  
hung 107, Ungehorsam 110, beim  
Auflauf 101, Aufbruch 96 — 98,  
Widerseßlichkeit und Thätlichkeit  
107 und 108.

## **P.**

Passquill 198.  
Paß, Verfälschung desselben 131.  
Polizeibeamte, Verletzung besonderer  
Amtspflichten 271 — 281.  
Polizeiliche Aufsicht 22, 125.  
Prediger, pflichtwidriges Verhalten  
derselben 282, 283.  
Politische Rechte 75, Verlust 17, Er-  
schleichung 114.

## **R.**

Rädelshführer beim Aufruhr 96.  
Raub 175, Vorbereitung 176.  
Raufhandel, Beschädigung im 163,  
Tödtung im 153.  
Rechnungsverfälschung der Beamten 262.  
Rechtsanwälte, Untreue der 285.  
Rechtsunwissenheit 31.  
Rechtsverfolgung, Verjährung der 72,  
249.  
Regenten, auswärtige 86, 94.  
Religion, Störung der religiösen Ord-  
nung 117.  
Reue, thätige 69, 208, 243, 261.  
Rückfall 58 und 59, Verjährung der  
selben 71.

Rückkehr eines Verwiesenen 124.  
Rücktritt vom Verbrechen 51 und 69.

## S.

Sachverständige, Befragung derselben 113.  
Schaden, unbestimmter 39.  
Schadenersatz 66 (6), 243, 261.  
Schändung 174, Untersuchung 244.  
Schmerzensgeld 165.  
Schuldienet, Verletzung der Amtspflichtigen der 284.  
Secundanten 120.  
Selbsthilfe 118.  
Selbstmord, Anstiftung und Beihilfe 148, Veranlassung 158.  
Siegel, Verletzung amtlicher 110, Fälschung öffentlicher 131, Fälschung der Privatiegel 230.  
Staaten, auswärtige 86.  
Staatsgefährliche Handlungen 86 — 89.  
Staatsgrenzen, Verrückung 85.  
Staatsoberhaupt, Hochverrath gegen dasselbe 81, Beleidigung 90 — 92.  
Staatspapiere, Fälschung der 130.  
Stellung unter polizeiliche Aufsicht 22 und 125.  
Stempel, Verletzung amtlicher 110, Fälschung 131, 230.  
Stempelpapier, Fälschung 131, 133.  
Störung des Gottesdienstes 104, des Hausfriedens 180, der religiösen Ordnung 117.  
Strafen, Bestimmungen darüber 6 — 25, 249, Verjährung 71 und 72.  
Strafabstufungsgründe, Zusammentreffen mehrerer 57.  
Strafanstalten 13.  
Strafbarkeit, allgemeine Bedingungen 26 — 34, Verhältniß bei Mitschuldigen 54, Tilgung 67 — 72.  
Straferhöhungsgründe 55 — 59.  
Straferabsetzungsgründe 60 — 62.  
Straflosigkeit befolgt Befehle 251.  
Strafverwandlung 25.  
Strafzumessung 63, Zumessungsgründe 64 — 66.

## T.

Taubstumme, Zurechnungsfähigkeit derselben 30.  
Thätlichkeit gegen die Obrigkeit 108.  
Theilnahme an unerlaubten Verbindungen 88, 269, Nichtangestellter an Amtsverbrechen 252.  
Theilnehmer 42 — 45, bei Tödtung 153, bei Beschädigung einer Person 163.  
Tilgung der Strafbarkeit 67 — 72.  
Tod des Verbrechers 67.  
Todesstrafe 7.  
Tobtranke, Tödtung derselben 147.  
Tödtschlag 146.  
Tödtung, unvorsätzliche 152, bei Ausübung eines öffentlichen Amtes oder einer Kunst 286, durch Mehrere und im Kaufhandel 153, vorsätzliche 145 — 151, mit Einwilligung des Entlebten 147, eines nicht lebensfähigen Kindes 149, einer Mißgeburt 150, bei Nothwehr 167, im Zweikampfe 119, Thatbestand 154.  
Trunkenheit, als Strafminderungsgrund 66.

## U.

Uebereinkunft zu gemeinschaftlicher Verübung eines Verbrechens 37, 43, Ueberschreitung, der Uebereinkunft 52, der Begrenzung 123.  
Ungehorsam im Dienste 268, gegen die Obrigkeit 97, 98, 101, 108, 110.  
Unterbrechung der Verjährung 72.  
Unterdrückung der Beweismittel u. s. w. als Begünstigung 47, von Urkunden 132, 143, der Familienrechte 181.  
Unterlassungen 4 und 27.  
Unterschlebung eines Kindes 181.  
Unterschlagung 220 — 222, im Amte 260, unter Angehörigen 240, 244, thätige Heue 243, Werthberechnung 241 und 242.

Untersuchung, Bedingung der Anfechtung 244, bei Amtsverbrechen 255, bei Ehebruch 188, bei Entführung 171, rechtswidrige Einleitung derselben 271, Niederschlagung 68, Unterlassung 278.

Untersuchungshaft, Anrechnung unverschuldeter 61, rechtswidrige Verlängerung der 272 — 274.

Untersuchungskosten, Erstattung derselben durch die Erben 67.

Untreue der Rechtsanwält 285.

Unwissenheit über die Strafbarkeit der That u. s. w. 31.

Unzucht, widernatürliche 195, Untersuchung 244, Vollendung 197, Mißbrauch zur 191.

Unzüchtige Handlungen 196.

Urheber 41.

Urkunden, Fälschung und Unterdrückung öffentl. 131, 132, zum Nachtheil eines Angeschuldigten 143, Fälschung derselben bei Amtshandlungen 263, der Kirchenbücher 283, der Privaturkunden 229, 230.

### **B.**

Veranstellung einer hülflosen Niederkunft 157, 158.

Verbindungen, unerlaubte 88, Theilnahme eines Beamten daran 269.

Verbrechen, nicht von Amtswegen zu untersuchende 244, unterlassene Anzeige von Verbrechen 48, 270, im Auslande 2, fortgesetzte 56, gleichartige 59, im Inlande 1, der Militärpersonen 3, Nichtverhinderung von Verbrechen 281, Zusammentreffen mehrer 55, 249.

Verbreitung falschen oder verfälschten Geldes 128, 129.

Vereinigung zur Verübung eines bestimmten Verbrechens 37, unbestimmter 38.

Verführung 191, Vollendung 197, Untersuchung 244, 245.

Vergiftung 145, gemeingefährliche 159, 162, von Weiden u. s. w. 210.

Verhaftung, Verhinderung der 109.

Veräbhrung 71, 72, der Dienstenklaffung und Dienstensetzung 249.

Verkündigung des Urtheils, verzögerte 272.

Verkürzung öffentlicher Einkünfte 264.

Verlängerung der Haft, rechtswidrige 272 — 274.

Verläumdung 199 — 203, Untersuchung 244.

Verlassung des Amtes 267, des Gemeindebezirks 125.

Verleitung zum Verbr. 41, zur Auswanderung 186, Desertion 87, Ehe 183, frivolen Processen 285.

Verlöbniß, betrügerisches 184.

Vermögensbeschädigung, s. Beschädigung.

Vermögensstrafen 18 und 21.

Verrätherische Unternehmungen gegen auswärtige Regenten u. s. w. 86.

Verschwörung, hochverrätherische 82, vergl. 86.

Versicherung an Eidesstatt, falsche 136, 140 — 142.

Versuch 36 — 39, 149.

Verträge, Betrug in denselben 227.

Verweis, 19, 37, 45.

Verwiesene, Rückkehr derselben 124,

Vollendung des Verbrechens 35, der Brandstiftung 207, des leichtsinnigen Eides, Meineides, der Versicherung an Eidesstatt 141, der Unzuchtverbrechen 197, bei Tödtungen 154.

Vollziehung der Freiheitsstrafen 13, Todesstrafe 7.

Vorbereitung 40, der Fälschung von Stempel- und Creditpapier, Münzen und Urkunden 133, des Hochverraths 83, vergl. 86, Mordes 151, Raubes 176, des Kindesmordes und der Aussetzung 157.

Vorsatz, böser 26, 27, Zusammentreffen mit Fahrlässigkeit 28.

## B.

Waffen 80.  
 Bahn 31.  
 Wahrheit, Einrede der 201.  
 Werben, unerlaubtes 83, 87.  
 Werthberechnung 39, 53, 55, 241, 242.  
 Wiedererstattung des Gestohlenen,  
 Abgetroffenen, Unterschlagenen 243.  
 Widerruf beim Eide, 142.  
 Widerseßlichkeit gegen die Obrigkeit  
 107 und 108.  
 Wohnungen 217.  
 Worterklärungen\* 73 — 80, 217.  
 Wucher, betrügerischer 231, gemeiner 232,

## 3.

Zeugen, Befragung der 113, Miß-  
 handlung der 275 und 276, beim  
 Zweikampf 120 und 121.  
 Züchtigungsrecht, Mißbrauch desselben  
 durch Einsperren 170, der Schul-  
 diener 284; Beschädigung einer  
 Person durch Mißbrauch desselben  
 161.  
 Zuchthaus 8 und 10, Berechnung 16,

Dauer 14, Folgen 17, Theilbar-  
 keit 15.

Zumessung der Strafe 63, Gründe  
 der Strafzumessung 64 — 66.  
 Zurücknahme der Anzeige 70, 247.  
 Zurücktreten von der Ausführung des  
 Verbrechens 51, 66 (6), 69.  
 Zusammentreffen der Anstiftung, Theil-  
 nahme, Beihilfe 50; mehrerer  
 Strafen 25 und 249; mehrere  
 Strafherabsetzungsgründe u. Min-  
 derungsgründe 62; mehrerer Ver-  
 brechen 55 u. ff. und 249; des  
 bösen Vorsatzes und der Fahrläs-  
 sigkeit 29.  
 Zuschauer beim Auflauf 101, Aufruhr  
 8.  
 Zwang 33, zur Ehe 185, unterlassene  
 Anzeige einer Gesetzesübertretung  
 aus 168.  
 Zwangsarbeit 8 und 11, Berechnung  
 16, Dauer, 14, Folgen 17, Theil-  
 barkeit 15.  
 Zweikampf 119, Anreizung zum 122,  
 Aerzte, Secundanten und Zeugen  
 120, Herausforderung zum 121.

## Inhaltsübersicht.

---

	Seite
I. Einführungs-patent.....	1 — 6
Motive und Bemerkungen zu dem Einführungs-patente.....	127 — 132
II. Criminal-gesetz-buch.....	7 — 119
Motive und Bemerkungen zum Criminal-gesetz-buche.....	133 — 334
III. Gesetz, die gegen Kinder wegen verbrecherischer Handlungen zu ergreifenden polizeilichen Maßregeln betreffend.....	121 — 126
Bemerkungen zu diesem Gesetze.....	335 — 337
IV. Anlagen.....	339 — 368
1. Tabellarische Uebersicht der für die verschiedenen Grade der Mitschuld und die Arten der Mitschuldigen festgesetzte Strafabstufungen A — E.....	341 — 345
2. Tabellarische Uebersicht der für vorsätzliche und unvorsäch- liche Beschädigungen festgesetzte Strafen F.....	346
3. Zusammenstellung der öffentlichen und Privatverbrechen nach den Strafen G.....	347 — 362
4. Zusammenstellung der Amtsverbrechen nach den Strafen H.	363 — 368

---

## Druckfehler.

---

- §. 22. §. 7. 3. 6. statt: zuverschieben l. zu verschieben.  
§. 24. in der Note ist das Wort: „neine“ zu streichen.  
§. 33. §. 40. Abs. 2. fehlt nach dem Worte: „Aufsicht“ das Notenzeichen.  
§. 43. §. 66. 3. 5. statt: Strafwürdig = l. Strafwürdigkeit.  
§. 44. 3. 16. v. u. statt: 4. 67. l. §. 67.  
§. 45. 3. 14. v. o. statt: §. 69. l. §. 70.  
§. 58. §. 103. 3. 1. in der Ueberschrift statt: Drohungen l. Drohungen.  
§. 76. §. 162. 3. 2. statt: einer l. eine.  
§. 79. §. 169. 3. 4. statt: ihm l. ihn.  
§. 80. §. 172. 3. 3. statt: einem l. einen.  
§. 96. §. 220. 3. 7. statt: folgendermaßen l. folgendermaßen.  
§. 108. §. 249. 3. 3. statt: Dienstentsetzung l. Dienstentsetzung  
(nur in einigen Exemplaren.)  
§. 119. 3. 13. v. o. statt: Monaten sonst l. Monaten, sonst.  
§. 225. 3. 13. statt: allgemein l. zu allgemein.
-

von Bülow's Abhandlungen über Römisches Recht.

---

**Abhandlungen**  
über einzelne Materien  
des  
**römischen und bürgerlichen Rechts.**

Von  
**Gottfried Philipp von Bülow.**

2 Thle. Preis 2 Thlr. 18 Sgr.

---

**Krüger's Darstellung des bürgerlichen Processes.**

---

**Systematische Darstellung**  
des  
**bürgerlichen Processes**

im  
Herzogthume Braunschweig.

Von  
**C. S. P. Krüger.**

Preis 20 Sgr.

---

**Collmann's Theorie des Beweises im Civilprozeß.**

---

**Grundlinien einer Theorie**  
des  
**Beweises im Civilprozeß,**

nach gemeinem, in Deutschland geltendem Rechte, mit Hinsicht auf  
das Preussische allgemeine Landrecht und die allgemeine Gerichts-  
ordnung, so wie die im Großherzogthume Niederrhein bestehende  
Gesetzgebung, nebst einer Einleitung über das Princip  
und den Organismus der Rechtswissenschaft.

Von  
**Carl Christian Collmann.**

Preis 20 Sgr.

---





